

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

STOLINHOERSTRAßE 1972 · TEIL IV

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen),
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), J. Purš (ČSSR), E. Ragionieri (Italien), S. I. Tjulpanow
(Sowjetunion)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,
Horst Heining, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar,
Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig,
Alfred Schröter, Rolf Sonnemann, Irene Strube

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Parviz Khalatbari, Hermann
Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Hildegard Hoffmann, Jörg Roesler, Heinzpeter
Thümmeler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmeler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1972 · TEIL IV



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1972

Redaktionsschluß: 15. 3. 1972

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Clara-Zetkin-Str. 26

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3 – 4

Copyright 1972 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/81/73

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR

Bestellnummer: 2103/72/4 · ES 5 B 2 · 14 D

EDV 752 130 5

Einzelpreis des Bandes 20, – M

Abonnementpreis des Jahrganges 72, – M (4 Bände), Einzelband 18, – M

I N H A L T

Zu diesem Band

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

<p>Ī. D. Koval' ņenko/ N. V. Selunskaja</p>	<p>Sowjetische Erfahrungen bei der Anwendung mathematisch-statistischer Methoden in historischen Untersuchungen</p>	<p>11</p>
<p>Ų. Klemm</p>	<p>Zur Anwendung mathematisch-statistischer Methoden bei der Interpretation agrargeschichtlicher Zeitreihen</p>	<p>23</p>
<p>O. Thiede</p>	<p>Die Verstaatlichung der britischen Eisenbahnen im Rahmen der Verstaatlichungspolitik der dritten Labourregierung 1945 bis 1951</p>	<p>81</p>
<p>R. Günther</p>	<p>Die Voraussetzungen und der Beginn der Kapitaloffensive deutscher Bankmonopole in der rumänischen Erdölindustrie (1900 bis 1905)</p>	<p>107</p>
<p>G. Barthel/G. Kück/ M. Voigt</p>	<p>Grundlinien der Strukturentwicklung in der Industrie der arabischen Länder und der Einfluß äußerer Faktoren auf diesen Prozeß unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution</p>	<p>137</p>
<p>W. Eccarius</p>	<p>Der Oberbaurat August Leopold Crelle und dessen Beteiligung an der Planung und Ausführung des frühen preußischen Eisenbahnwesens</p>	<p>163</p>
<p>DISKUSSIONEN</p>		
<p>M. Nussbaum</p>	<p>Was ist die Kolonialpolitik der Monopole? (Noch einmal zum Thema "imperialistische Kolonialpolitik"). Bemerkungen zu: Jolanda Ballhaus, Wesen und Charakter der kolonialen Landgesellschaften Ende des 19. Jahrhunderts</p>	<p>173</p>
<p>R. Sonnemann</p>	<p>Bemerkungen zu Heike Reishaus-Etzold, Die Herausbildung von monopolkapitalistischen Lenkungsorganen der Wissenschaft während der Weimarer Republik unter dem Einfluß der Chemiemonopole</p>	<p>191</p>

Die Entwicklung der Landwirtschaft unter den Bedingungen der Industriellen Revolution und der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus und Sozialismus

II. Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der VR Ungarn vom 7. bis 10. September 1971 in Quedlinburg

- 1044
H. Fruck† /W. Draeger Zur Entwicklung der Landwirtschaft in den Mitglieds- 197
ländern des RGW
- J. Kuczynski Zum Problem der Messung der Arbeitsproduktivität 203
aufgrund von Berechnungen für die Landwirtschaft
in den USA. Zur Entwicklung einer kleinen Gedanken-
folge
- E. Niederhauser Zur Typologie der Agrarstruktur Osteuropas 211
- 9
G. B. Hagelberg Zur Rolle der Rübenzuckerindustrie bei der Inten- 215
sivierung der Landwirtschaft in Deutschland im
19. Jahrhundert. Einige technologische und ökonomi-
sche Aspekte

LITERATURKRITIK

- B. Widera Die ländliche Kleinindustrie in Rußland im 223
17. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Genesis
des Kapitalismus in Rußland

QUELLEN UND MATERIALIEN

- G. Engelmann Das Landbuch der Mark Brandenburg als Quelle 233
zur historischen Geographie Brandenburgs

Bestandsinformation für den Wirtschaftshistoriker
aus dem Deutschen Zentralarchiv Potsdam

- E. Schwarze Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 245
18. Jahrhunderts im Bestand Generaldirektorium
im Deutschen Zentralarchiv, Historische Abteilung II,
Merseburg

BIBLIOGRAPHIE

- Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 1. Lieferung 263

- R. Günther Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebs- 281
geschichte in der Deutschen Demokratischen Republik
(7. Fortsetzung)

- Autorenverzeichnis 289

Zu diesem Band

In diesem Jahr wiederholt sich zum 50. Male der Tag, an dem die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gegründet wurde, einer der denkwürdigsten Tage, die den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution befestigten. Damit waren die staatlichen Voraussetzungen für einen Entwicklungsweg entstanden, der auch als Grundbedingung für die bestmögliche Entfaltung und Nutzung der Wissenschaft zum Wohle des Menschen gelten darf, eine Entwicklung, die in vielfacher Weise auch für uns fruchtbar wurde und in zunehmendem Maße ihre Wirkungen zeigt. Hierfür dürfen wir im vorliegenden Band des Jahrbuchs den Beitrag der sowjetischen Kollegen Kovačenko und Selunskaja als Bestätigung betrachten. Ihre Arbeit zum Problem der Anwendung mathematisch-statistischer Methoden in historischen Untersuchungen kennzeichnet den hohen Entwicklungsstand der sowjetischen Forschungen auf diesem Gebiet, und wir freuen uns, diese Pionierarbeit zum Jahrestag der UdSSR vorlegen zu können.

Ein zweiter Beitrag zu dieser Thematik, deren Wert und methodologische Bedeutung für die Entwicklung historischer Forschungsgebiete unbestritten ist, entstammt der Feder eines Agrarhistorikers der DDR, Volker Klemm.

Probleme der Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus haben nach wie vor ihren aktuellen Bezug. Ihre Erforschung im Detail durch das Zusammentragen vieler einzelner Fakten, beschreibende Darstellungen wie ihre theoretische Verallgemeinerung reihen sich in die vorrangigen Aufgaben der Wirtschaftshistoriker ein, die mit der Analyse ökonomisch-historischer Prozesse Fragen der Gegenwart erhellen. Die Beiträge von Thiede und Günther, die den zweiten Hauptkomplex des Bandes bilden, tragen diesem Anliegen Rechnung.

Ihnen schließt sich ein Beitrag von Barthel/Kück/Voigt zu Industrialisierungsproblemen im arabischen Raum an, der die Fortsetzung eines Beitrages dieser Autoren aus dem Band I/1972 darstellt.

Überzeugt von der Nützlichkeit und erkenntnisbereichernden Wirkung des wissenschaftlichen Meinungsstreits sind wir auch weiterhin um seine Förderung bemüht. In diesem Sinne legen wir in der Rubrik DISKUSSIONEN die Meinungsäußerungen von Manfred Nussbaum zum Beitrag von Jolanda Ballhaus über "Wesen und Charakter der kolonialen Landgesellschaften Ende des 19. Jahrhunderts" und von Rolf Sonnemann zu Heike Reishaus-Etzolds Artikel über "Die Herausbildung von monopolkapitalistischen Lenkungsorganen der Wissenschaft während der Weimarer Republik unter dem Einfluß der Chemiemonopole" vor, die sich thematisch in den ersten Komplex unseres Bandes einordnen.

Unter der Sonderrubrik "Die Entwicklung der Landwirtschaft unter den Bedingungen der Industriellen Revolution und der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus und

Sozialismus" setzen wir die Veröffentlichung der Diskussionsbeiträge fort, die auf dem II. Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der Volksrepublik Ungarn in Quedlinburg vom 7. bis 10. September 1971 gehalten wurden.

Ein neues Unternehmen, dem sich das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte zugewandt hat, ist die von der Abteilung Information und Dokumentation des Zentralinstituts für Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin erarbeitete "Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR". Wir wollen damit dem zunehmenden Bedürfnis nach schneller Information innerhalb der Forschung Rechnung tragen - ein Bedürfnis, das auch auf wirtschaftshistorischem Gebiet besteht und zunimmt. Vor allem entsprechen wir damit auch dem Wunsche vieler Historiker aus dem Ausland, sich über die Ergebnisse wirtschaftshistorischer Forschung in der DDR zu informieren.

Neben dieser Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR wird die von Renate Günther schon seit Jahren in Fortsetzungen publizierte "Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik" mit dem vorliegenden Band weitergeführt.

Junii 1972

Abhandlungen, Studien, Miscellen

SOWJETISCHE ERFAHRUNGEN BEI DER ANWENDUNG MATHEMATISCH-STATISTISCHER METHODEN IN HISTORISCHEN UNTERSUCHUNGEN

von I. D. Koval'čenko/N. V. Selunskaja

Einer der charakteristischen Züge des 20. Jahrhunderts, vor allem seiner zweiten Hälfte, ist die immer raschere Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Man braucht sich bloß zu vergegenwärtigen, daß auf siebzig Jahre dieses Jahrhunderts mehr als zwei Drittel der *wissenschaftlich-technischen Errungenschaften der Menschheit* und über 90 Prozent der von ihr geschaffenen wissenschaftlichen Information entfallen. Unaufhörlich steigen die Forderungen der Gesellschaft an die Wissenschaft. Immer komplizierter werden die Aufgaben, vor die sich die Wissenschaft gestellt sieht. Das gilt für alle Zweige der Wissenschaft und damit auch für die Gesellschaftswissenschaft.

Die sowjetische Geschichtswissenschaft hat in dem reichlichen halben Jahrhundert, auf das sie zurückblicken kann, große Erfolge erzielt. Ihre gegenwärtige Entwicklungslinie ist dadurch gekennzeichnet, daß sie ihre Forschungstätigkeit sowohl zu allgemeinen Gesetzmäßigkeiten als auch zu spezifischen Erscheinungsformen der Geschichte der Länder und Völker vertieft.

Die Hauptaufgabe der Forschung ist die Entdeckung des inneren Mechanismus und die allseitige Erklärung des Wesens der zu untersuchenden Erscheinungen und Prozesse. Der Umfang der von den Historikern auszuwertenden konkreten Geschichtsdaten wächst unaufhörlich. Das alles erfordert neben herkömmlichen Methoden vollkommenere Verfahren - so auch die quantitative und maschinelle Verarbeitung und Analyse konkreter historischer Fakten. Die Erfolge bei der Entwicklung der angewandten Mathematik und Rechentechnik schaffen dafür günstige Möglichkeiten.

Die Erfahrungen bei der Anwendung mathematischer Methoden in der Geschichtswissenschaft reichen in unserem Lande bis in den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück.¹ Aber erst in jüngster Zeit fand die quantitative und maschinelle Verarbeitung und Analyse historischer Fakten bei den Geschichtswissenschaftlern eine ständig wachsende Beachtung. So bedienen sich sowjetische Historiker mathematischer Methoden und der Rechentechnik bei sozialökonomischen, demographiegeschichtlichen, archäologischen und technikgeschichtlichen Forschungen.

Der vorliegende Beitrag ist der Versuch, die Quintessenz dieser bisherigen sowjetischen Erfahrungen bei der Verwendung mathematischer Methoden und elektronischer Rechenmaschinen in der sozialökonomischen Forschung zu vermitteln. Dabei sollen zugleich auch die Gebiete und Aspekte der Geschichtsforschung näher bestimmt werden, wo sich schon jetzt mit Hilfe von mathematischen Methoden und Elektronenrechnung ein wesentlicher Forschungseffekt erzielen läßt. Gleichzeitig soll erörtert werden, welche Verfahren und Methoden der quantitativen Analyse sich am meisten für die historische Forschung eignen.

1 Vgl. Ljubovič, N. N., *Statističeskij metod v priloženii k istorii* (Die Anwendungsmöglichkeit der statistischen Methode in der Geschichte), Warschau 1901.

Immer wieder stößt die sozialökonomische Forschung auf das Hindernis, daß ihr für die Erschließung des Kerns und die Bewertung bestimmter Erscheinungen und Prozesse oft lediglich partielle und gar nicht selten nur fragmentarische Fakten vorliegen.

So kommt es in hohem Maße zu einer subjektiven Lösung vieler Fragen, wenn - wie es oft der Fall ist - aufgrund aller möglichen indirekten Anzeichen und Anhaltspunkte darüber entschieden wird, ob und inwieweit die vorhandenen Fakten typisch und ausreichend sind.

Auch die Auswertung primärer Quellen, die Massencharakter aufweisen (zum Beispiel Volks-, Industrie-, Landwirtschafts-, Berufs- und ähnliche Zählungen), stellt den Forscher vor schwierige Aufgaben. So begnügt er sich bei seinen Untersuchungen oft mit einem geringen Teil der Daten und bleibt dabei die Erklärung, inwieweit die von ihm ausgewählten Fakten das Wesen der von ihm untersuchten Erscheinungen insgesamt widerspiegeln, in der Mehrzahl der Fälle schuldig.

Noch größer werden die Schwierigkeiten bei der Erschließung von Wechselbeziehungen zwischen bestimmten Prozessen und der Rolle, die den verschiedenen Faktoren zukommt. Selbst wenn Daten zu diesen Faktoren reichlich vorhanden sind, führt ihre unvermittelte Konfrontation noch lange nicht zu quantitativen, das heißt zu maximal objektiven und genauen Kennziffern, an denen sich ihr Stellenwert und ihr spezifisches Gewicht ablesen lassen. Auch die mittelbare Analyse, wie immer man sie handhabt, führt nicht dahin. Ohne derartige Kennziffern muß der Forscher entweder ganz darauf verzichten, den Stellenwert der verschiedenen Faktoren zu ermitteln, oder er muß sich dabei mit einer höchst vagen Wertung ("wichtig", "beträchtlich", "groß" usw.) begnügen. Aber gerade der Stellenwert der einzelnen Ursachen ist von erstrangiger Bedeutung, wenn es darum geht, Natur und inneren Kern von bestimmten Prozessen sowie die diesen innewohnenden Gesetzmäßigkeiten und Besonderheiten zu ergründen.

Mit den bisherigen Ausführungen sind die Schwierigkeiten, denen sich die Historiker bei der traditionellen Analyse historisch-statistischer und anderer Daten ausgesetzt sehen, bei weitem noch nicht erschöpft. An ihnen zeigt sich jedoch unseres Erachtens bereits die entscheidende Ursache recht typischer Mängel, wie man sie in der sozialökonomischen Geschichtsforschung immer wieder antrifft. Diese Mängel kommen in zwei Extremen zum Ausdruck: entweder in ungenügend fundierten Konstruktionen und Schlüssen oder umgekehrt in einer übermäßigen Vorsicht und Umschreibung. So enthüllen die Entwicklung der Geschichtswissenschaft, die neuen Forschungsaufgaben immer eklatanter die Unzulänglichkeiten der traditionellen Methode bei der Aufbereitung und Analyse historisch-statistischer Daten. So war es ganz natürlich, daß sich die Historiker veranlaßt sahen, die Mathematik zu Rate zu ziehen. Zugleich zwangen die immense Zunahme an Informationen für die Historiker, deren Bewältigung mit Papier und Bleistift schlechterdings unmöglich wird, sowie die Anwendung mathematisch-statistischer Methoden, die mit einer Unzahl von Einzelberechnungen verbunden ist, zur Benutzung vollkommener technischer Hilfsmittel und damit auch zur Einbeziehung elektronischer Rechenmaschinen.

Wir sehen also, daß die Hinwendung der Historiker zu mathematischen Methoden und elektronischen Rechenmaschinen durchaus von der Geschichtswissenschaft selbst bestimmt wird. Sie ist somit kein Tribut an eine Modeerscheinung, wie man mitunter fälschlich annimmt.

Im Rahmen der sowjetischen sozialökonomischen Historiographie wurden mathematische und maschinelle Methoden vor allem in der Agrargeschichte angewandt. Man bediente sich dieser Methoden bei der Lösung zweier Arten von Aufgaben; erstens bei der Analyse partieller Daten zum Zwecke einer verallgemeinernden Charakterisierung der untersuchten Erscheinungen; zweitens zur Erschließung von Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Faktoren und zur Bestimmung des Stellenwertes der untersuchten Faktoren innerhalb bestimmter Prozesse.

Als Beispiel für die erste Art von Aufgaben lassen sich Berechnungen zur Wirtschaftslage und sozialen Stellung der leibeigenen Bauernschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit Hilfe charakteristischer Kennziffern anführen.² Eine der unerforschtesten und daher umstrittensten Fragen zur Geschichte der Bauernschaft in Rußlands Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus ist bekanntlich die Frage nach Richtung und Maß der Veränderungen in der Wirtschaftslage und der sozialen Stellung der Bauern. Die meisten Forscher sind der Auffassung, daß sich die Wirtschaftslage und die soziale Stellung der Bauern am Ende der Leibeigenschaftsepoche erheblich verschlechterte. Zweifel an dieser Auffassung werden indessen durch auf einzelne Gutswirtschaften beschränkte Angaben sowie durch die - nicht gerade genauen - allgemeinen Daten der offiziellen zaristischen Statistik (zum Beispiel die Gouvernementszählungen) genährt. Also braucht man zur Lösung dieser Aufgabe Angaben, deren Genauigkeit unumstritten ist und die zugleich den erforderlichen Massencharakter aufweisen. Für das Gutsbauernndorf sind solche Angaben in den sogenannten Hofinventarlisten enthalten. Dort ist der Bestand des jeweiligen Hofes an Grund und Boden, Arbeitskräften, Zug- und sonstigem Nutzvieh, Getreide usw. verzeichnet, was Rückschlüsse auf die Wirtschaftslage und die soziale Stellung der Bauern erlaubt. Aber gemessen an der Gesamtzahl der Bauernhöfe, ist die Zahl der vorhandenen Hofinventarlisten doch recht gering. Es wurden nicht allzu viele angelegt, und auch davon blieb nur ein kleiner Teil erhalten. So konnten in langjähriger Sucharbeit etwa 300 Hofinventarlisten aufgespürt werden, die rund 200 verschiedene Bauernhöfe des russischen Gutsbauernndorfes erfassen. Wenn man bedenkt, daß sich auf dem untersuchten Territorium mehr als 50 000 Bauernhöfe befanden, wird einem sofort in aller Deutlichkeit bewußt, wie spärlich die vorhandenen Angaben sind. Hinzu kommt, daß sich mehrere Hofinventarlisten nur zu etwa 40 Bauernhöfen aufspüren ließen. Aber auch diese Hofinventarlisten erfassen wiederum nur bei etwa 20 Bauernhöfen einen längeren Zeitraum (25 bis 30 Jahre und mehr). Folglich waren die Möglichkeiten, daran die Veränderungen in der Lage der Bauernwirtschaft abzulesen - und hierin bestand ja gerade die Hauptaufgabe -, höchst begrenzt. Und wieder tauchte die eingangs erwähnte Alternative auf: entweder die Entwicklungstendenzen der Bauernwirtschaften nach eklatant unzureichenden Angaben zu beurteilen oder von jeglicher Verallgemeinerung abzusehen und sich darauf zu beschränken, den Stand der Dinge für den jeweiligen Bauernhof zu erfassen. Erst mit der Hinwendung zu statistischen Methoden gelang es, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

In der mathematischen Statistik wurden verschiedene Methoden zur Bestimmung unbekannter Parameter der gesamten Untersuchungseinheit nach Stichprobenverfahren entwickelt. Im vorliegenden Fall ging es darum, aus den vorhandenen Hofinventarlisten den Versorgungsgrad der Bauern mit Zug- und sonstigem Nutzvieh im Untersuchungsgebiet insgesamt festzustellen und danach jene Veränderungen zu ermitteln, die in den Jahrzehnten vor der Aufhebung der Leibeigenschaft seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts vor sich gegangen waren. Eine Überprüfung der gespeicherten Daten ergab, daß sie sich als Grundlage für die entsprechenden verallgemeinerungsfähigen Kennziffern eigneten. Mit einem hohen Wahrscheinlichkeitsgrad (95 Prozent) wurden die Intervalle (das heißt die Grenzwerte; die Minima und die Maxima), die den Versorgungsgrad der in der Landwirtschaft tätigen Bauern mit Vieh kennzeichnen, für die Jahre von 1800 bis 1830 sowie von 1831 bis 1860 und für die Zonen innerhalb und außerhalb des Schwarzerdegürtels ermittelt. Daraus ließ sich das Fazit ziehen, daß die generelle Versorgung der Bauern mit Vieh aller Art (auf Großvieheinheiten umgerechnet) in der Periode von 1831 bis 1860 gegenüber dem Zeitraum zwischen

2 Näheres darüber in dem Beitrag Koval'čenko, I. D., Ob opyte matematiko-statističeskoj obrabotki vyboročnych dannych o krest'janskom chozjajstve v Rossii XIX veka (Erfahrungen bei der mathematisch-statistischen Aufbereitung ausgewählter Daten über die Bauernwirtschaft in Rußland im 19. Jh.), in: Vestnik Moskovskogo gosudarstvennogo universiteta, Reihe 9: Istorija, Nr. 1/1966, S. 76 - 89.

1800 und 1830 im Schwarzerdegürtel um 10 bis 12 Prozent zurückgegangen war. Eine entsprechende Berechnung wurde auch getrennt nach Zug- und sonstigem Nutzvieh und nach verschiedenen bäuerlichen Schichten (ganz arme, mittelmäßig begüterte, wohlhabendere Bauern) durchgeführt. Auf diese Weise konnte die rückläufige Tendenz des Versorgungsgrades der Bauernwirtschaft mit Vieh, die im russischen Bauerndorf in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorherrschte, nachgewiesen werden.

Auch bei einer Reihe anderer Fragen trug die Ermittlung allgemeiner Kennziffern auf der Grundlage partieller Daten zur Lösung bei. So wurden - ebenfalls anhand von Angaben aus den Hofinventarlisten - die quantitativen Relationen zwischen den ganz armen, den mittelmäßig begüterten und den wohlhabenderen bäuerlichen Schichten für die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts und die der Aufhebung der Leibeigenschaft vorangehende Epoche ermittelt. Das wiederum ermöglichte Schlüsse auf den Charakter und das Tempo der sozialen Differenzierung innerhalb der Bauernschaft in den einzelnen Bezirken und auf die Rolle, die Landwirtschaft und sonstiges Gewerbe als Einflußfaktoren bei der ökonomischen Tätigkeit der Bauern spielten. Anhand partieller Daten konnten auch Kennziffern zum Versorgungsgrad der Bauern mit Arbeitskräften und zur Größe der gutsherrlichen Nutzflächen ermittelt werden. Alles in allem trug die Anwendung mathematisch-statistischer Methoden zur Überwindung einer Reihe von Schwierigkeiten bei. Durch sie ist man bei der Erfassung und Analyse von Daten und damit bei der Lösung der gestellten Aufgaben gegenüber den traditionellen Analyseverfahren einen großen Schritt vorangekommen.

Ein weiteres Beispiel für die wissenschaftliche Durchdringung eines Untersuchungsbereichs in seiner Gesamtheit nach dem Stichprobenverfahren bildet die Arbeit von Ju. L. Bessmertnyj zur Entwicklung des nordfranzösischen Adels vom 12. bis zum beginnenden 14. Jahrhundert.³ Hier wurde eine andersgeartete Aufgabe gelöst. Der Autor verfügte über umfangreiche Verzeichnisse entsprechender Adelsbesitzungen. In drei der vom Autor benutzten Verzeichnisse waren mehr als achttausend solcher Besitzungen erfaßt. Die durchgängige Erschließung dieser Quellen wäre ein höchst mühsames und kräfteraubendes Unterfangen gewesen, zu dem die Forschungsergebnisse in keinem angemessenen Verhältnis gestanden hätten. Daher kam Bessmertnyj auf die Idee, sich dem Stichprobenverfahren zuzuwenden; denn dieses bot ihm die Möglichkeit, verallgemeinerungsfähige Charakteristika der für die Analyse bestimmter Kennziffern im Gesamtrahmen des Materials und mit einem beliebig wählbaren Genauig- und Zuverlässigkeitsgrad zu ermitteln. Der Autor zeigte, daß schon ein Stichprobenumfang von 2 Prozent genügte, Fehleinschätzungen mit einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 90 Prozent auszuschließen. Und Stichproben, die sich auf 10 bis 20 Prozent des gesamten Untersuchungsmaterials erstrecken, vermitteln bereits ein hinreichend zuverlässiges und genaues Bild der Tendenzen, von denen die Untersuchungsprozesse bestimmt wurden. Aufgrund derartiger Stichproben, die auf dem Wege der Zufallsauswahl durchgeführt wurden, ermittelte Bessmertnyj zuverlässige Intervalle für eine Reihe von Kennziffern (Größenstruktur der Besitzungen, Korrelation zwischen den verschiedenen Vermögensgruppen der Seigneure). So konnte mit einem weit geringeren Zeitaufwand als bei einer durchgängigen Auswertung der Verzeichnisse die ökonomische Struktur dieser adligen Grundeigentümer und der Grad ihrer sozialen Homogenität herausgearbeitet werden.

Die in der mathematischen Statistik entwickelten Methoden zur Bestimmung unbekannter Parameter für die gesamte Untersuchungseinheit auf der Grundlage von Teilermittlungen

3 Bessmertnyj, Ju. L., Nekotorye problemy istorii dvorjanstva v severnoj Francii konca XII - načala XIV veka (Einige Probleme der Geschichte des Adels in Nordfrankreich - Ende 12. bis Anfang 14. Jh.), in: Francuzskij ežegodnik. Stat'i i materialy po istorii Francii (Frankreich-Jahrbuch. Beiträge und Materialien zur Geschichte Frankreichs) 1966, Moskau 1967, S. 5 - 27.

lassen sich in großem Umfang und mit einem beachtlichen Forschungseffekt bei historisch-statistischen Analysen anwenden. Wenn die vorhandenen partiellen Daten sich als repräsentativ erweisen, so bietet sich die Möglichkeit für zuverlässig fundierte Verallgemeinerungen zu den untersuchten Erscheinungen und Prozessen. Zeigt es sich aber, daß sie doch nicht repräsentativ sind, dann sind eben auch bestimmte Folgerungen nicht hinreichend begründet, und der Historiker kann sich entsprechend darauf einstellen. So oder so: In jedem Fall erhöht sich die Beweiskraft und Objektivität in der historischen Forschung ganz beträchtlich.

Ein weites Anwendungsfeld eröffnet sich den mathematisch-statistischen Methoden auch bei der Ermittlung von Wechselbeziehungen zwischen verschiedenen Kriterien. Hier bedient man sich vor allem der Korrelationsanalyse.

Ein Beispiel dafür, wie die Korrelationsanalyse zur quantitativen Staffellung des Zusammenhangs zwischen den einzelnen Faktoren angewandt wurde, bildet die Arbeit von J. Kahk und H. Ligi über die Wirtschaftslage und die feudalen Verpflichtungen der Bauern im Gouvernement Estland.⁴ Anhand von Daten, die sich über den Zeitraum vom Ausgang des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts erstrecken, führten die Autoren eine vergleichende Untersuchung durch: Die eine Entwicklungsreihe galt dem Versorgungsgrad der Bauern mit Zugtieren und Arbeitskräften, die andere dem Ausmaß der den Bauern auferlegten Frondienste. Dabei zeichnete sich das Ergebnis ab, daß die Intensität, mit der die Bauern ausgebeutet wurden, sich im 17. Jahrhundert insgesamt verstärkte; denn in 61 von 79 Fällen blieb die Zunahme ihres Versorgungsgrades mit Arbeitskräften und Zugvieh hinter dem Anstieg ihrer Verpflichtungen zurück.⁵ Dort, wo ein paralleles Wachstum von Verpflichtungen und Vermögenslage der Bauernwirtschaften zu verzeichnen war, interessierte die Autoren natürlich die Frage, inwieweit der Umfang der Fronverpflichtungen und ihre Zunahme in einem proportionalen Verhältnis zu der Wirtschaftslage der Bauern und ihren Wandlungen stand. Anders ausgedrückt: Erhielt ein Grundeigentümer von seinen "wohlhabenderen" Bauern höhere Fronleistungen als sein Nachbar, dessen Bauern "ärmer" waren?

Eine bloße Gegenüberstellung der Daten zur Wirtschaftslage und zu den Verpflichtungen der Bauern führt hier zu keinem Ergebnis. Erst die Ermittlung der Korrelationskoeffizienten ermöglicht eine exakte Antwort auf diese Frage. Ihr zufolge entsprach das Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem Umfang der Fronverpflichtungen und dem Versorgungsgrad mit Zugvieh einem Korrelationskoeffizienten, der zwischen 0,34 und 0,38 schwankt. Frondienste und männliche Arbeitskräfte standen in einem Abhängigkeitsverhältnis zueinander, dessen Korrelationskoeffizient zwischen 0,36 und 0,47 liegt. Und zum kombinierten Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Verpflichtungen einerseits sowie dem Bestand an Zugvieh und dem Arbeitskräftepotential andererseits erstreckt sich der Korrelationskoeffizient von 0,38 bis 0,48. Damit ergab sich also, daß von einem Abhängigkeitsverhältnis der Fronverpflichtungen von der ökonomischen Lage der betreffenden Bauernwirtschaft als wesentlichem Faktor kaum die Rede sein kann. In noch stärkerem Maße gilt dies für die Zeit vom Ausgang des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts bei den Beziehungen zwischen dem Wachstumstempo der Fronverpflichtungen und demjenigen des Bestandes an Zugvieh sowie der Zahl arbeitsfähiger Männer. Hier bewegt sich der Korrelationskoeffizient sogar nur zwischen 0,09 und 0,20 (für beide Kriterien kombiniert, liegt er bei 0,20).⁶ Das heißt: Der

4 Kahk, J./Ligi, H., K voprosu ob ekonomičeskom položenii i feodal'nych povinnostjach krest'jan v Estljandskoj gubernii v XVIII veke. Opyt primenenija ĖVM v istoričeskom issledovanii (Zu der ökonomischen Lage und den Feudalverpflichtungen der Bauern im Gouvernement Estland im 18. Jh. Erfahrungen mit elektronischen Rechenmaschinen in der Geschichtsforschung), in: Ežegodnik po agrarnoj istorii stran Vostočnoj Evropy (Jahrbuch für osteuropäische Agrargeschichte) 1962, Minsk 1964, S. 43 - 60.

5 Ebenda, S. 48.

6 Ebenda, S. 52.

Anstieg der Fronverpflichtungen hatte insgesamt wenig mit den Veränderungen der Bauernwirtschaft im Hinblick auf Zugtiere und menschliche Arbeitskräfte zu tun. Ging es Kakh und Ligi darum, das Ausmaß der Abhängigkeit der Fron von zwei für die Bauernwirtschaft charakteristischen Faktoren zu ergründen, so stellten sich zwei andere Forscher aus der Estnischen SSR, I. Sildmäe und L. Võchañdū noch eine weiterführende Aufgabe⁷: Mit Hilfe der Korrelationsanalyse untersuchten sie die Wechselbeziehungen zwischen einer Reihe ökonomischer Kennziffern, wie sie für die bäuerliche und für die gutsherrliche Wirtschaft sowie für die Feudalrente zu Beginn des 19. Jahrhunderts charakteristisch waren. In einem Fall sichten sie diese Wechselbeziehungen bei 12 Kennziffern auf der Grundlage von 40 Gütern, im anderen – bei 22 Kennziffern auf der Grundlage von 142 Gütern. Als Fazit ergab sich ein komplizierter Abhängigkeitsmechanismus zwischen Ausmaß der Feudalrente und Zustand der Bauernwirtschaft. Die Autoren zeigten, daß der Umfang der Feudalrente nur von einem bestimmten Zeitpunkt an einen bestimmaren Einfluß auf den Zustand der Bauernwirtschaft ausübte, und zwar war dieser Zeitpunkt dann gegeben, wenn die Intensität der Ausbeutung einen Grad erreicht hatte, der eine Entwicklungsmöglichkeit für die Bauernwirtschaft ausschloß.

Wir sehen also: Die Einbeziehung der Mathematik führte auch hier zu weit umfassenderen Ergebnissen, als es bei der Anwendung herkömmlicher Analyseverfahren möglich gewesen wäre.

Die Methoden der Korrelationsanalyse finden ein weites Anwendungsfeld im Bereich der historisch-statistischen Daten. Sie sind schon seit langem bekannt und werden von Ökonomen und Statistikern bei der Untersuchung sozialökonomischer Prozesse angewandt. Aber sie sind keine Universalmethoden für die Ergründung von Abhängigkeiten. Soweit es darum geht, den Grad der Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Kennziffern zu ermitteln, sind sie effektiv. Wenig geeignet sind sie indessen zur Ermittlung des Einwirkungsgrades der einzelnen Faktoren auf das Resultat und damit auch zur Bestimmung ihres Stellenwertes in einem bestimmten Prozeß. Im Grunde genommen läßt sich der Stellenwert der Faktoren nur in zwei Fällen mit Hilfe von Korrelationskoeffizienten feststellen: entweder wenn eine entscheidende Abhängigkeit zwischen bestimmten Faktoren herausgefunden wurde, wie sie zwischen den anderen Faktoren nicht besteht, oder wenn es gelingt, den Faktor auszusondern, dessen Wirksamkeit keinen weiteren Ursachen bzw. lediglich konstanten Ursachen unterliegt. Bei historischen Prozessen verhält es sich jedoch in der Mehrzahl der Fälle so, daß die Einwirkungskraft eines bestimmten Faktors auf den Verlauf des Untersuchungsprozesses zugleich auch auf die Einwirkung weiterer Ursachen zurückgeht. In allen derart gelagerten Fällen, wo also die Analyse in erster Linie den Stellenwert der Untersuchungsmerkmale ermitteln soll, führt die Korrelationsanalyse kaum weiter. Hier muß man sich anderer Methoden der mathematischen Statistik bedienen. Eine davon ist die Regressionsanalyse.

Die Regressionsanalyse wurde (mit der Errechnung der Korrelationskoeffizienten kombiniert) von einem der Autoren des vorliegenden Beitrags bei der Untersuchung der sozialökonomischen Entwicklung des russischen Dorfes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts⁸ detailliert angewandt. Die Regressionskoeffizienten signalisieren als Gradmesser

7 Sildmäe, I./Võchañdū, L., O primenenii matematičeskich metodov k prorabotke dannych o feodal'noj rente (Zur Anwendung mathematischer Methoden bei der Aufbereitung von Daten zur Feudalrente), in: Tartu Riikliku Ülikooli Toimetised/Učenyje Zapiski Tartusko gosudarstvennogo universiteta, Nr. 183, Tartu 1966, S. 37 – 57 = Trudy po pravovedeniju, Nr. 4.

8 Ergebnisse dieser Untersuchung finden sich z. T. in folgenden Arbeiten: Koval'čenko, I. D., O primenenii matematičeskich metodov pri analize istoriko-statističeskich dannych (Zur Anwendung mathematischer Methoden bei der Analyse historisch-statistischer

die Veränderungen, denen das resultative Merkmal bei einer bestimmten Veränderung des auf ihn einwirkenden Faktors unterliegt. Die Unterschiede zwischen Regressions- und Korrelationskoeffizient lassen sich grob so ausdrücken; Wenn der Korrelationskoeffizient zum Beispiel 0,8 beträgt, so heißt dies, daß bei 80 Prozent der betreffenden Fälle eine Abhängigkeit zwischen den Untersuchungsmerkmalen besteht.

Würde bei diesem Beispiel der Regressionskoeffizient, angenommen, 1,44 betragen (zum Unterschied vom Korrelationskoeffizienten kann sich der Regressionskoeffizient in einer beliebigen positiven oder negativen Zahl ausdrücken), so hieße dies, daß sich die Größenveränderungen des bestimmenden Faktors auf das von ihm abhängige Resultat im Verhältnis 1 zu 1,44 auswirkt.

Mit Hilfe der Ermittlung der Regressionskoeffizienten von linearen Bedingungsgleichungen gelang es, den Stellenwert einer ganzen Reihe von Faktoren in verschiedenen Prozessen festzustellen. So bestand eine der wichtigsten Aufgaben darin, zu ermitteln, in welchem Grade das Ausmaß der bäuerlichen Verpflichtungen und deren Zunahme auf die Lage der Bauernwirtschaft einwirkten und in welcher Weise deren Dynamik in den einzelnen Rayonen davon erfaßt wurde. Eine solche Aufgabe auf dem herkömmlichen Wege zu lösen, war unmöglich; denn aus einer Gegenüberstellung der für die Lage der Bauernschaft charakteristischen Angaben (Viehbestand, Saatflächen, Ernteerträge usw.) mit der Höhe der bäuerlichen Verpflichtungen (Höhe des Fronzinses oder Größe der gutsherrlichen Anbaufläche) wäre der Einwirkungsgrad der Ausbeutung auf die Lage der Bauernwirtschaft genausowenig hervorgegangen wie die Rolle, die andere Faktoren dabei spielten. Dies sei an einem Beispiel demonstriert: Auf dem Gutsbesitz Manilov (Kreis Ržev), der den Gagarins gehörte, veränderten sich nach den Angaben der Hofinventarlisten in den Jahren von 1813 bis 1860 die Lage der Bauernwirtschaft (bäuerlicher Viehbestand, auf Großvieheinheiten umgerechnet, pro Kopf der männlichen Landbevölkerung) und die Höhe der Verpflichtungen (Fronzins in Silber rubel pro männlicher Arbeitskraft) folgendermaßen:

Viehzahl und Grundzins pro männlicher Arbeitskraft in Manilov

Jahr	1813	1823	1826	1829	1833	1840	1850	1856	1860
Viehzahl	2,4	2,4	2,2	2,0	1,7	2,0	2,2	2,1	1,9
Grundzins (in Rubel)	4,7	8,5	8,3	12,6	12,8	14,4	12,3	13,1	12,3

Wie wir sehen, verschlechterte sich einerseits die Lage der Bauernwirtschaft (1860 war gegenüber 1813 der Versorgungsgrad mit Vieh um 21 Prozent gesunken), während andererseits die Verpflichtungen beträchtlich zunahmen (der Grundzins stieg um 162 Prozent).⁹ Eine herkömmliche Gegenüberstellung dieser Angaben hätte zweifellos zu dem Ergebnis geführt, daß die Verschlechterung der Lage der Bauernwirtschaft durch die verstärkte Ausbeutung hervorgerufen wurde. Indessen zeigt die Ermittlung der Koeffizienten der linearen Be-

Daten), in: Istorija SSSR, Nr. 1/1964, S. 13 - 20; derselbe, O karaktere i formach rassloenija pomeščič'ich krest'jan Rossii v pervoj polovine XIX v. (Über den Charakter und die Formen der sozialen Differenzierung der Gutsbauern Rußlands in der ersten Hälfte des 19. Jh.), in: Istoričeskie zapiski, hg. v. Akademija nauk SSSR, Institut istorii, Bd. 78, 1965, S. 131 - 136. - Ausführlichere Angaben enthält die Monographie derselbe, Russkoe krestnoe krest'janstvo v pervoj polovine XIX veka (Die russische leibeigene Bauernschaft in der ersten Hälfte des 19. Jh.), Moskau 1967, Kap. 6.

⁹ Vgl. derselbe, O karaktere i formach rassloenija pomeščič'ich krest'jan Rossii v pervoj polovine XIX v., a. a. O., S. 98 f.

dingungsgleichungen, daß im Gutsbesitz Manilov der relative Rückgang des bäuerlichen Viehbestandes nur in ganz geringem Maße von der Zunahme des Grundzinses abhing. Die rapide Zunahme der Verpflichtungen im Gutsbesitz Manilov hatte noch keinen wesentlichen Einfluß auf die Dynamik der bäuerlichen Wirtschaftslage, insofern nämlich, als die Intensität der Ausbeutung der Bauern hier weit unter dem Durchschnitt lag (der Grundzins war Ende der fünfziger Jahre in Manilov beispielsweise nur halb so hoch wie durchschnittlich im Gouvernement Tver⁹ insgesamt). Aus diesem Beispiel läßt sich deutlich die Begrenztheit der herkömmlichen Analysemethoden bei der Ermittlung des Stellenwertes der einzelnen Faktoren in bestimmten Prozessen ersehen.

Die Ermittlung der Koeffizienten der linearen Regression auf der Grundlage von Angaben, die sich über ganz Zentralrußland erstrecken, führte zu Kennziffern, aus denen der Einwirkungsgrad der Verpflichtungen auf die bäuerliche Wirtschaftslage hervorgeht. So wurde festgestellt, daß die Intensität der Ausbeutung, von der die breite Masse der Fron- und Zinsbauern im russischen Leibeigenendorf in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts betroffen wurde, in ihrer Gesamtheit der Faktor war, auf den sich der als Tendenz vorherrschende Niedergang der bäuerlichen Wirtschaftslage im wesentlichen zurückführen ließ. Damit fand die bekannte These, wonach die Entwicklungsmöglichkeit der Bauernwirtschaft in der Feudalepoche vor allem von der Höhe der Feudalrente abhing, für den Rayon, auf den sich die Untersuchung erstreckte, ihre konkrete Bestätigung. Dabei gelang der Nachweis, daß die einzelnen Kategorien der leibeigenen Bauern mit unterschiedlicher Intensität ausgebeutet wurden; Bei den Fronbauern war sie weit höher als bei den Zinsbauern. Außerdem wurde festgestellt, daß die Ausbeutung nur insgesamt, auf die breite Masse der Bauern bezogen, die entscheidende Rolle spielte. Dagegen hatte bei einer beträchtlichen Zahl von Gutsbesitzungen die Ausbeutungsintensität noch nicht jene Grenze erreicht, deren Überschreitung die Wirtschaftslage der Bauern unweigerlich verschlimmern mußte. Dazu gehörte auch die Gagarinsche Gutsbesitzung Manilov.

Korrelations- und Regressionsanalysen wurden von K. V. Chvostova¹⁰ durchgeführt, um die Abhängigkeit der Steuerhöhe von der Vermögenslage und der Zahl der Steuerzahler für das Byzanz des 14. Jahrhunderts zu ermitteln. Die Untersuchung stützte sich auf 17 Verzeichnisse, die Angaben über die Art und Höhe der Vermögen, die Zahl der Steuerpflichtigen und deren Besteuerung enthielten. Die Ermittlung der Koeffizienten der linearen Korrelation zeigte, daß die Steuer am stärksten von der Vermögensart abhing, die Haupteinkahmequelle in dem betreffenden Wohngebiet war. In sieben Fällen war dies die Anzahl der Zugtiere, in fünf - die Fläche der Weingärten, in drei - die Fläche des Ackerlandes.¹¹ Die Korrelationskoeffizienten ergaben einen Vergleichswert zwischen der Besteuerung und den verschiedenen Vermögensarten, der die Rangfolge der einzelnen Objekte bei der steuerlichen Erfassung für die einzelnen Wohngebiete widerspiegelte. Die Autorin bediente sich neben der Korrelations- zugleich auch der Regressionsanalyse. Mit deren Hilfe konnte sie ermitteln, in welcher Höhe die betreffenden Objekte in den einzelnen Wohngebieten besteuert wurden.

Als Fazit gelang der Autorin der begründete Nachweis, daß sich im Spätbyzantinischen Reich das Prinzip einer gemischten Kopf- und Vermögensbesteuerung erhalten hatte, wie es bereits in der nachrömischen Epoche für die Besteuerung der abhängigen und nichtprivilegierten Bevölkerung charakteristisch war. Zugleich wurden jedoch die übernommenen Auffassungen in der Weise erheblich präzisiert, daß die römischen Prinzipien einer Bodenbesteuerung im Spätbyzantinischen Reich keine Gültigkeit mehr besaßen.¹²

10 Chvostova, K. V., Osobennosti agrarno-pravovych otnošenij v pozdnej Vizantii (XIV-XV vv.). Istoriko-sociologičeskij očerk (Besonderheiten der bodenrechtlichen Verhältnisse im Spätbyzantinischen Reich [14./15. Jh.]. Historisch-soziologischer Abriß), Moskau 1968, S. 112 ff.

11 Ebenda, S. 126.

12 Ebenda, S. 128, 135.

Methoden der Regressionsanalyse wurden von sowjetischen Historikern auch bei einer Reihe anderer Fragen angewandt.¹³

Eine weitere von sowjetischen Historikern benutzte Methode zur Ermittlung des Stellenwertes der verschiedenen Ursachen innerhalb bestimmter Prozesse ist die Faktorenanalyse. Im Prinzip führt sie zu gleichartigen Ergebnissen wie die Regressionsanalyse, von der sie sich jedoch nicht zuletzt darin unterscheidet, daß sich ihr Anwendungsgebiet auf die Ermittlung der Wechselbeziehungen zwischen sogenannten qualitativen Kennzeichen konzentriert.

So lassen sich etwa Bildungsgrad, Geschlecht, soziale Stellung, Kennzeichen der inneren Struktur der Bevölkerung also, den qualitativen Kennzeichen zuordnen. Bei der Analyse des Stellenwertes dieser Kennzeichen gehört die Faktorenanalyse zu den Methoden, die den größtmöglichen Effekt versprechen.

Ein Beispiel für die Anwendung der Faktorenanalyse in der Geschichtsforschung ist die Arbeit von A. Ruusmann, der anhand der Daten der 1939 im bürgerlichen Estland durchgeführten Landwirtschaftszählung das Schicksal von Landflüchtigen untersuchte.¹⁴

Ruusmann stellt sich die Aufgabe, den Einfluß solcher Faktoren wie soziale Herkunft, Bildungsgrad, Alter und Geschlecht auf die spätere soziale Stellung der Landflüchtigen zu ermitteln. Dabei bediente er sich zur Lösung dieser Aufgabe verschiedener Methoden. Zunächst wandte er die gewöhnliche Prozentrechnung an. Sie ergab ein Abhängigkeitsverhältnis der späteren gesellschaftlichen Stellung von der sozialen Herkunft, aber auch vom Bildungsgrad und vom Alter. Dann wurden die Korrelationskoeffizienten ermittelt. Sie unterstrichen gleichfalls, daß sich Herkunft, Bildungsgrad und Alter als wichtigste Einflussfaktoren auf das Schicksal der Landflüchtigen auswirkten. Damit war der Hauptkomplex der Ursachen umrissen, von denen die spätere gesellschaftliche Stellung der Landflüchtigen bestimmt wurde. Die Indexziffern und die Korrelationskoeffizienten erschlossen jedoch nicht den Stellenwert dieser Faktoren. Erst die Faktorenanalyse offenbarte die jeweilige Rolle der angeführten Merkmale. Am stärksten hing die spätere soziale Stellung von der Herkunft, das heißt der Vermögenslage der Eltern, ab. An zweiter Stelle folgte das Alter (bezogen auf den Entstehungszeitpunkt der Unterlage), das sich als indirekter Gradmesser des Erfahrungspotentials des Landflüchtigen erwies, und den dritten Platz nahm der Bildungsgrad ein.

Bei der Untersuchung der angeführten Prozesse und Erscheinungen wurden statistische Methoden zusammen mit traditionellen Forschungsverfahren des Historikers angewandt. Diese Methoden trugen zur Vertiefung der Analyse bei. Sie ermöglichten auch dort noch eindeutige Antworten, wo der herkömmliche Untersuchungsweg lediglich zu hypothetischen Schlüssen oder Darstellungen geführt hätte. Alles in allem ist das jedoch nur die erste Anwendungsstufe mathematisch-statistischer Methoden in der historischen Forschung. Die höhere Stufe bilden solche Aufgabenstellungen, bei denen die Aufbereitung und Analyse der historisch-statistischen Daten einzig und allein auf der Grundlage mathematischer und maschineller Methoden möglich ist. In den letzten Jahren haben sowjetische Historiker die Arbeit in dieser Richtung aufgenommen.

Dafür ein Anwendungsbeispiel: die Korrelationsanalyse der Preise, um mit ihrer Hilfe den Herausbildungsprozeß des einheitlichen nationalen Marktes zu erforschen. Versuche einer solchen Analyse hat es auch schon früher gegeben, aber erst in den letzten Jahren wurden sie mit dem Herausbildungsprozeß des einheitlichen nationalen Marktes verknüpft.

13 Koval'čenko, I. D., Russkoe krepostnoe krest'janstvo v pervoj polovine XIX veka, a. a. O.

14 Ruusmann, A., Iz opyta primenenija faktornogo analiza v istoričeskom issledovanii (Erfahrungen bei der Anwendung der Faktorenanalyse in der Geschichtsforschung), in: Vestnik Moskovskogo gosudarstvennogo universiteta, Nr. 6/1966, S. 78 - 91. - In diesem Beitrag wird die Anwendung der Faktorenanalyse eingehend methodisch beleuchtet.

Hier sei vor allem Sereni¹⁵ erwähnt, der in seinen Arbeiten die Herausbildung des Agrarmarktes in Italien verfolgte.

Die sowjetischen Historiker Koval'čenko und Milov untersuchen die Herausbildung des einheitlichen Agrarmarktes in Rußland (18. bis 20. Jahrhundert).¹⁶ Man muß auch hier darauf hinweisen, daß die Forscher, die sich mit der Herausbildung des russischen Marktes befassen und befassen, vor einer sehr schweren, ja zum Teil schier unlöslichen Aufgabe stehen. Fast immer kollidieren sie mit dem enormen Widerspruch, der zwischen der auf Verallgemeinerung ausgerichteten Problemstellung und einer Vielzahl höchst spezieller, heterogener Fakten und Beobachtungen besteht. Für eine Synthese dieses Materials, für ein Gesamtbild von der Herausbildung des russischen Marktes, für eine detaillierte Periodisierung dieses Prozesses sind die Lücken noch immer viel zu groß. So sind die historischen Fakten zum Abhängigkeitsverhältnis der kleinen Warenwirtschaft vom Verlag im 17. und 18. Jahrhundert, die den Forschern zur Verfügung stehen, ungemein spärlich. Einen gleichermaßen viel zu sporadischen Charakter weisen die uns bekannten Fakten über die Zunahme der kleinen Warenwirtschaft in dieser Periode auf. Auch das Material zur Ökonomik der kleinen Warenwirtschaft reicht nicht aus usw. Aus diesen sowie verschiedenen anderen Gründen existieren unter den sowjetischen Historikern noch immer starke Meinungsdivergenzen zum Beispiel über den Entwicklungsstand der kapitalistischen Elemente im 17. Jahrhundert und über den Entwicklungsstand des damaligen gesamt-russischen Marktes.

Wie aber kann die Geschichtsforschung das historische Labyrinth dieses Prozesses praktisch erkunden? Muß sie doch hier ihren Bogen über einen gewaltigen Zeitabschnitt spannen? Ihre Situation spitzt sich obendrein noch dadurch zu, daß die Quellenlage - quantitativ und qualitativ - den Spielraum des Historikers erheblich einschränkt und daß systematisches Material zur Geschichte des Handels und der Marktbeziehungen überhaupt fehlt. Eine scheinbar ausweglose Situation, und dennoch gibt es einen Ausweg. In dem unübersichtlichen Chaos des bunt zusammengewürfelten fragmentarischen Archivmaterials ist uns eine in ihrer Art höchst lakonische, aber homogene und systematische Quelle überliefert: die Marktpreise für landwirtschaftliche Produkte. Dieses Material wurde mit Hilfe der Korrelationsanalyse aufbereitet. Als Resultat konnten die Hauptetappen der Herausbildung des einheitlichen russischen Agrarmarktes vom 18. bis zum beginnenden 20. Jahrhundert ermittelt werden.

Eine andere Aufgabe, die nur mit Hilfe mathematischer Methoden gelöst werden kann, stellte sich Kahk. Bekanntlich beginnt sich die Überlegenheit der großen Gutswirtschaft gegenüber der kleinen Bauernwirtschaft erst in einem ziemlich fortgeschrittenen Entwicklungsstadium des Agrarkapitalismus bemerkbar zu machen. Diese Überlegenheit kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß der Ernteertrag auf Gutsäckern in der Regel höher als auf Bauernäckern war. Der Grad der Wechselbeziehung in der Ernteertragskurve zwischen gutsherrlichen und bäuerlichen Anbauflächen, wie er in Estland in der Mitte des 19. Jahrhunderts bestand, wird zur Kennziffer der Einwirkungsintensität der großen Wirtschaft auf die kleine. Die unter dem Gesichtspunkt dieses Abhängigkeitsverhältnisses durchgeführte Korrelationsanalyse führte zu dem Ergebnis, daß ein solches Abhängigkeitsverhältnis im wesentlichen nicht bestand. Das wiederum ließ den Schluß zu, daß der Agrarkapitalismus im Untersuchungsgebiet damals erst schwach entwickelt war.¹⁷

15 Sereni, Emilio, Due linee di politica agraria (Zwei Linien der Agrarpolitik), Rom 1961.

16 Koval'čenko, I. D./Milov, L. V., O principach issledovanija processa formirovanija vserossijskogo agranogo rynka (XVII - XX vv.) (Zu den bei der Untersuchung des Herausbildungsprozesses des gesamt-russischen Agrarmarktes [17. - 20. Jh.] angewandten Prinzipien), in: Istorija SSSR, Nr. 1/1969, S. 27 - 57.

17 Kahk, Juhan, Die Krise der feudalen Landwirtschaft. Das zweite Viertel des XIX. Jahrhunderts, Tallinn 1969.

Eine der aktuellen Aufgaben der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Forschung besteht darin, den Kreis der Prozesse und Erscheinungen abzustecken, die sich mit mathematisch-statistischen Methoden analysieren lassen, und eine Methodik geeigneter Lösungswege zu entwickeln. Die Bemühungen dürfen sich dabei nicht nur auf isolierte Kennziffern erstrecken. Sie sollten vielmehr die betreffenden Prozesse allseitig erfassen, und das wiederum nicht mit jeweils einem einzigen Verfahren, sondern mit kombinierten Methoden.

Die erfolgreiche Anwendung quantitativer und maschineller Methoden in der historischen Forschung setzt die Lösung einer Reihe allgemeiner und spezieller Fragen voraus. Obwohl sich mit Hilfe elektronischer Rechenmaschinen auch Aufgaben lösen lassen, die auf qualitativen Kennziffern beruhen, dienen sie doch in erster Linie zur Lösung von Aufgaben mit quantitativen Kennzeichen. Deshalb lenken wir die Aufmerksamkeit auf solche Fragen, die sich in Verbindung mit diesem Aspekt bei der Handhabung quantitativer Methoden und elektronischer Rechenmaschinen ergeben. Da existiert zunächst die Frage nach den Grenzen, die der quantitativen Analyse zwangsläufig gesetzt sind; denn es ist doch klar, daß durchaus nicht alles in der historischen Forschung auf die quantitative Wertung hinauslaufen kann und darf.

So sind dem Anwendungsgebiet dieser Methoden bei der Untersuchung gesellschaftlicher Prozesse deutliche Grenzen gesetzt, besteht doch die Hauptaufgabe der historischen Forschung darin, das innere Wesen und die Eigenart der untersuchten Prozesse, Erscheinungen und Objekte, die zwischen ihnen bestehenden Wechselbeziehungen und die kausalen Zusammenhänge zu enthüllen. Deshalb hat in der Geschichtsforschung die quantitative Analyse nur in dem Maße ihre Berechtigung, wie sie zur Lösung dieser Aufgaben führt. Damit ist der Platz der quantitativen Analyse in der historischen Forschung umrissen. Der Marxismus erfährt die gesellschaftlichen Strukturen erstens als Gesamtsystem gesetzmäßiger und zufälliger, bestimmender und untergeordneter Wesenszüge und Elemente und zweitens als Ausdruck dynamischen Wandels. Folglich kann die richtige Aufgabenstellung der quantitativen Analyse und die treffsichere Interpretation ihrer Resultate nur auf der Grundlage einer vorangehenden qualitativen Analyse der untersuchten Prozesse, Erscheinungen oder Objekte erfolgen. Bei dieser Analyse gehen die marxistischen Historiker von der materialistischen Theorie und der dialektischen Methode aus. So begründet selbst die breiteste Anwendung statistischer Methoden auf keinen Fall eine neue Wissenschaft. Die quantitative Analyse ist nicht Ziel, sondern Mittel der Erkenntnis; sie ist nur eine der möglichen Methoden. Daraus folgt, daß sie andere Untersuchungsmethoden nicht verdrängen kann.

Quantitative Analysen haben ihre Vorzüge. So können im Verlauf der qualitativen Untersuchung aufgestellte wissenschaftliche Hypothesen mit bestimmten Methoden überprüft werden.

Dabei kann die gewöhnliche deskriptiv-logische Überprüfung eine aufgestellte Hypothese lediglich bestätigen oder widerlegen. Über den Wahrscheinlichkeitsgrad eines möglichen Fehlers kann sie indessen keine Auskunft geben. Demgegenüber gewährt die statistische Überprüfung (natürlich nur dort, wo sie möglich ist) erstens Aufschluß über die Fehlerwahrscheinlichkeit. Zweitens geht aus ihr augenfällig hervor, inwieweit die vorhandenen Daten zur Lösung der betreffenden Frage ausreichen. Aus diesem Grunde vertrat ja Karl Marx auch den Standpunkt, daß - wie Paul Lafargue schreibt - "eine Wissenschaft erst dann wirklich entwickelt war, wenn sie dahin gelangt war, sich der Mathematik bedienen zu können".¹⁸

Damit ist der eine Kreis der Bedingungen für eine erfolgreiche und richtige Anwendung quantitativer Methoden in der Geschichtsforschung abgesteckt. Von den übrigen Anforderungen

¹⁸ Lafargue, Paul, Persönliche Erinnerungen an Karl Marx, in: Karl Marx. Wie ich meinen Schwiegersohn erzog, Berlin 1969, S. 175.

muß auf alle Fälle die folgende erwähnt werden. Die Zuverlässigkeit der Resultate einer quantitativen Analyse hängt vor allem davon ab, ob sich die dafür zur Verfügung stehenden Daten als repräsentativ erweisen. Darüber zu befinden, wird bei der sogenannten "natürlichen Stichprobe" besonders schwierig, das heißt dann, wenn nur bruchstückhafte Daten überliefert sind. Hier muß eine spezielle Überprüfung erfolgen, wobei größte Vorsicht geboten ist. Prinzipielle Bedeutung bei der quantitativen Analyse hat die Auswahl der Kennziffern. Sie müssen die wesentlichen Züge des Untersuchungsgegenstandes ausdrücken.

Eine große Rolle spielt die richtige Wahl des Maßstabes für die statistischen Einheiten, da er das Resultat erheblich beeinflußt. Kakk stellte auf der Grundlage von Material, das Ligi gesammelt hatte, zum Beispiel fest, daß der korrelative Abhängigkeitsgrad zwischen der Höhe der Feudalrente und der Versorgungslage der Bauern mit Zugvieh und Arbeitskräften unterschiedlich ist, wenn man ihn einmal auf der Grundlage summarischer und durchschnittlicher Kennziffern, zum anderen aber anhand der Daten für die einzelnen Wirtschaften errechnet. Im erstgenannten Fall war er weit höher. Ähnliche Divergenzen können auch bei der Lösung vieler anderer Aufgaben auftreten.¹⁹ Daher muß der Forscher dem Tatbestand Rechnung tragen, daß auch die für die statistischen Einheiten gewählten Maßstäbe das Korrelationsverhältnis beeinflussen können.

Bei der Anwendung einer bestimmten statistischen Methode für die Lösung der gestellten Aufgabe spielt die Ermittlung der optimalen Methodik eine wichtige Rolle. So wirkt sich bei der Korrelationsanalyse dynamischer Preisreihen die Wahl der Zeitabschnitte in erheblichem Maße auf den Korrelationskoeffizienten aus.

Schließlich muß man auch die mathematischen Bedingungen bei der Verwendung eines analytischen Modells streng beachten. Man muß also prüfen, ob es dem untersuchten Prozeß entspricht.

So setzt der Umgang mit quantitativen Methoden und Rechenmaschinen in der Geschichtsforschung nicht nur bestimmte Spezialkenntnisse beim Historiker voraus, sondern er zwingt zugleich auch zur Erweiterung und Vertiefung der gesamten Arbeit im Bereich von Geschichtsmethodologie und Geschichtsmethodik. Insbesondere taucht das Problem der Quellenkritik bei der Anwendung elektronischer Rechenmaschinen und mathematischer Methoden erneut auf. Doch es steht außer Zweifel, daß sich die damit verbundenen Mühen lohnen. Die Anwendungsmöglichkeit und Effektivität mathematischer Methoden und elektronischer Rechenmaschinen in der sozialökonomischen historischen Forschung ist erwiesen. Jetzt gilt es, ihnen einen breiten Wirkungskreis zu sichern. Das Niveau der Geschichtswissenschaft wird dadurch unbedingt steigen.

(Übersetzt von Fedor Kretschmar)

¹⁹ Vgl. dazu Blalock, Hubert M. jr., Causal inferences in nonexperimental research, Chapel Hill (North-Carolina) 1964.

ZUR ANWENDUNG MATHEMATISCH-STATISTISCHER METHODEN BEI DER INTERPRETATION AGRARGESCHICHTLICHER ZEITREIHEN

von Volker Klemm

1. Die für die Interpretation ausgewählten Reihen
2. Zielsetzung und Möglichkeiten für die mathematisch-statistische Darstellung der genannten Zeitreihen
3. Darstellung der Zeitreihen durch Relativreihen und Zuwachsraten
4. Darstellung der Zeitreihen durch Trendfunktionen
5. Auswertung der Ergebnisse der Trendfunktionen

Sein Buch "Quantität oder Begriff" eröffnet Thiel mit dem Satz: "Die Möglichkeiten zur Anwendung der Mathematik in der Gesellschaftswissenschaft sind unbegrenzt. Man muß sie richtig zu sehen wissen."¹ In den letzten Jahren hat sich, von dieser Erkenntnis ausgehend, auch die Geschichtswissenschaft der DDR mit der Frage beschäftigt, inwieweit es möglich ist, Methoden der Mathematik für die historische Forschung auszunutzen.² Neue Impulse erhielten diese Diskussionen durch den XIII. Internationalen Historikerkongreß im August 1970 in Moskau.³ Dabei wird vor allem die Bedeutung der Anwendung mathematisch-statistischer Methoden für den Wirtschaftshistoriker und somit auch für die Agrargeschichte betont.⁴ Hier soll nur eine derartige Methode, die für die quantitative Analyse der historischen Entwicklung der materiellen Produktivkräfte eine wichtige Rolle spielt, etwas näher erläutert werden. Es handelt sich um die Darstellung von Zeitreihen durch Trendfunktionen, die mit Hilfe der Summe der kleinsten Quadrate berechnet wurden.⁵

- 1 Thiel, Rainer, Quantität oder Begriff? Der heuristische Gebrauch mathematischer Begriffe in Analyse und Prognose gesellschaftlicher Prozesse, Berlin 1967, S. V.
- 2 Palli, Heldur, Lochkartenverfahren und mathematische Methoden in der Geschichtswissenschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden; ZfG), H. 4/1969, S. 504 - 514; Hermann, Joachim, Netzwerkkonzeption und gesellschaftswissenschaftliche Forschung, in: ZfG, H. 9/1968, S. 1232 - 1234.
- 3 Siehe dazu: Sektionen und Kommissionen auf dem XIII. Internationalen Historikerkongreß, in: ZfG, H. 2/1971, S. 244.
- 4 Ebenda; Brachmann, Botho, Die Anwendung von Methoden der Informationstheorie in der Arbeit des Historikers, in: ZfG, H. 3/1971, S. 341.
- 5 Eine für den Nichtmathematiker verständliche Darstellung dieser Methode ist zu finden in: Ausgewählte Kapitel der Mathematik für Ingenieur- und Fachschulen, 2. Aufl. Leipzig 1967, S. 354 ff.; Allgemeine Statistik, Lehrbuch, Berlin 1969, S. 437 ff.; außerdem sei an dieser Stelle auf das für den Gesellschaftswissenschaftler sehr gut verwendbare Buch von Claus, Günter/Ebner, Heinz, Grundlagen der Statistik für Psychologen, Päd-

Für die Geschichte der landwirtschaftlichen Produktivkräfte besitzen Zeitreihen von Ertrags- und Bestandskennziffern große Wichtigkeit. Die rechnerische Erfassung der Trends dieser Zeitreihen gestattet eine bessere Quantifizierung der Fortschritte der agraren Produktivkräfte. In den letzten Jahren sind vor allem im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte eine Anzahl agrarhistorischer Publikationen erschienen, die sich über die bloße Darstellung hinaus auch mit einer weitergehenden statistischen Auswertung von derartigen Zeitreihen beschäftigten. Von besonderer Bedeutung waren hier die Arbeiten von Helling.⁶ Helling stellt eine große Anzahl von Zeitreihen mit absoluten und relativen Ertragszahlen zusammen und entwickelt außerdem einen Gesamtindex der deutschen Agrarproduktion des 19. Jahrhunderts. Vergleiche zwischen verschiedenen Ländern bzw. verschiedenen Produkten führt sie mit aus relativen Werten bestehenden Zeitreihen durch. Diese relativen Zahlen werden direkt einander gegenübergestellt und dann ausgewertet. Die Autorin verzichtet dabei jedoch auf eine zusätzliche statistische Umformung der von ihr in aufwendiger Kleinarbeit errechneten Zeitreihen.

Im wesentlichen nach der gleichen Methode verfahren auch Bittermann und Berthold mit den in ihren Arbeiten dargebotenen Zeitreihen für landwirtschaftliche Erträge.⁷ Der Leser wird von der großen Menge der statistischen Angaben fast überfordert.⁸ Von der in der DDR veröffentlichten agrarhistorischen Literatur zeichnet sich bisher nur eine Arbeit durch eine weitere mathematisch-statistische Interpretation von Zeitreihen aus: Sie erschien 1968 und stammt von dem sowjetischen Historiker Kahk.⁹ Kahk berechnet für Ernteerträge mit Hilfe der Summe der kleinsten Quadrate lineare Trendfunktionen und benutzt die ermittelten Funktionen, um die in den Zeitreihen fehlenden Werte zu schätzen bzw. den Trend der Zeitreihe zu analysieren. Von besonderem Interesse ist es auch, daß Kahk versucht, mit Hilfe der Regressions- bzw. Korrelationsrechnung einfache lineare korrelative Zusammenhänge zwischen einigen Zeitreihen festzustellen.¹⁰ Derartige Möglichkeiten für eine komplexere mathematisch-statistische Erläuterung von korrelativen Zeitreihen können allerdings hier nicht dargestellt werden, da eine solche Analyse über das den folgenden Ausführungen gestellte Ziel hinausgehen würde.

agogen und Soziologen, Berlin 1967, hingewiesen. Die Autoren behandeln allerdings leider nicht die Darstellung von Zeitreihen durch Trendfunktionen.

6 Helling, Gertrud, Berechnung eines Index der Agrarproduktion in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 4, S. 125 - 151; dieselbe, Zur Entwicklung der Produktivität in der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert, in: ebenda 1966, T. 1, S. 129 - 141; dieselbe, Berechnung vergleichbarer Indizes der Agrarproduktion entwickelter kapitalistischer Länder im 19. Jahrhundert, in: ebenda 1968, T. 1, S. 183 - 238; T. 3, S. 277 - 337.

7 Bittermann, Eberhard, Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland 1800 bis 1950, in: Kühn-Archiv, Halle, H. 1/1956, S. 1 - 149; Berthold, Rudolf, Agrarkrisen, Agrarkonjunktur und Bevölkerungsentwicklung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 4, S. 253 - 265.

8 Entsprechendes gilt auch für die in der BRD erschienene Arbeit Finck von Finckenstein, Hans Wolfram, Die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen und Deutschland 1800 - 1930, Würzburg 1960.

9 Kahk, Juhan, Zu den Hauptproblemen der Krise des Feudalsystems in Estland im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 2, S. 215 - 275.

10 Mit derartigen korrelativen Zusammenhängen zwischen agrargeschichtlichen Zeitreihen beschäftigen sich auch Saalfeld, Diedrich, Die Produktion und Intensität der Landwirtschaft in Deutschland und angrenzenden Gebieten um 1800, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Jg. 1967, S. 170 ff.; Achilles, Walter, Die Getreidewirtschaft der Kirche zu Hedeper und Bornum (Kreis Wolfenbüttel), in: ebenda, Jg. 1960, S. 138 ff.

1. Die für die Interpretation ausgewählten Reihen

Für die Analyse und Interpretation werden agrargeschichtliche Zeitreihen der Jahre 1880 bis 1939 in Deutschland bzw. der Jahre 1949 bis 1969 in der Deutschen Demokratischen Republik verwendet, denn selbstverständlich lassen sich die Möglichkeiten einer mathematisch-statistischen Auswertung derartigen Zahlenmaterials nur an konkreten Beispielen demonstrieren. Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Reihen:

- a) Entwicklung der Hektarerträge für die vier Hauptgetreidearten in Deutschland während der Jahre 1880 bis 1912¹¹,
- b) Entwicklung der Hektarerträge für die vier Hauptgetreidearten in Deutschland während der Jahre 1921 bis 1939¹²,
- c) Entwicklung der Hektarerträge für die vier Hauptgetreidearten in der DDR während der Jahre 1949 bis 1969¹³,
- d) Entwicklung der Rinder- und Schweinebestände je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in Deutschland während der Jahre 1873 bis 1912¹⁴,
- e) Entwicklung der Rinder- und Schweinebestände je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in Deutschland während der Jahre 1921 bis 1939¹⁵,
- f) Entwicklung der Rinder- und Schweinebestände je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in der DDR während der Jahre 1949 bis 1969¹⁶.

Für die Auswahl und die zeitliche Begrenzung der genannten Reihen gibt es mehrere Motive. Die verwendeten Reihen enthalten relativ gesicherte statistische Daten. Der zeitliche Umfang der Perioden wurde so gewählt, daß sich der vorhandene Trend klar erkennen läßt. Dieser Umstand ist besonders für die Erträge der Pflanzenproduktion von Bedeutung, dabei einer zu kurzen Periode zufällige Witterungsschwankungen den Trend der Ertragsentwicklung oftmals entstellen.¹⁷

Es spielt dabei keine Rolle, daß für die vierte Reihe (Anhang, Anlage Nr. 4) nicht für jedes Jahr die erforderlichen Daten angegeben sind. Die Periode umfaßt rund vierzig Jahre, und die bekannten Zahlen reichen bei richtiger Festlegung der Zeitwerte für die Bestimmung des Trends aus. Kennziffern der Betrags- und Bestandsentwicklung werden benutzt, um die einzelnen Perioden einander vergleichbar zu machen. Vor allem unter dem Aspekt der Vergleichbarkeit und der Demonstration des Nutzens der angewandten statistischen Methode ist auch die zeitliche Begrenzung der Perioden zu sehen. Die Dreiteilung folgt der Periodisierung der vom Verlag der Wissenschaften herausgegebenen "Deutschen Geschichte".¹⁸ Das vorhandene Zahlenmaterial zwang allerdings zu einigen Veränderungen. Abnorme Abweichungen in den unmittelbaren Nachkriegsjahren und teilweise auch in den Kriegsjahren wurden bei den Zeitreihen nicht berücksichtigt. Sie hätten den Trend irreal deformiert und die Vergleichbarkeit der Perioden daher beeinträchtigt. Aus diesem Grunde beginnen die Zeitreihen in der zweiten und dritten Periode erst mit den Jahren 1921 und 1949, als die schwersten Folgen des Krieges für die Bestände und Erträge schon überwunden waren.

11 Siehe Anlage Nr. 1.

12 Siehe Anlage Nr. 2.

13 Siehe Anlage Nr. 3.

14 Siehe Anlage Nr. 4.

15 Siehe Anlage Nr. 5.

16 Siehe Anlage Nr. 6.

17 Siehe dazu Agararstatistik, Berlin 1965, S. 50 f.

18 Deutsche Geschichte, Bd. 2, Berlin 1965, Bd. 3, Berlin 1968.

Einige Probleme wirft allerdings die Frage auf, ob es möglich ist, Ertrags- und Bestandsreihen aus territorial inkongruenten Gebieten miteinander zu vergleichen. Grundsätzlich kann hierzu bemerkt werden, daß es natürlich weitaus günstiger wäre, wenn man nur territorial kongruente Gebiete gegenüberstellen würde. Leider ist das jedoch von der Erfassung der Ausgangsdaten her nur in recht seltenen Fällen möglich. Bestimmte ökonomische Analysen, zum Beispiel die meisten internationalen Vergleiche, müssen außerdem von vornherein auf territoriale Kongruenz verzichten. Da es jedoch in unserem Falle vor allem um die Demonstration eines speziellen mathematischen Verfahrens, also um eine vorwiegend methodische Frage geht, spielt die territoriale Inkongruenz keine entscheidende Rolle, ganz abgesehen davon, daß sich in Relation zur landwirtschaftlichen Nutzfläche sowohl die Getreideerträge als auch die Viehbestände für Schweine auf dem heutigen Gebiet der DDR in den Vorkriegsjahren keine wesentlichen Abweichungen gegenüber den Zahlen für ganz Deutschland (Grenzen von 1934) ergaben.¹⁹ Spürbare Differenzen wiesen nur die Rinderzahlen auf; hier war besonders in West- und Süddeutschland vor dem zweiten Weltkrieg die Bestandsdichte weit größer als auf dem heutigen Territorium der DDR.

2. Zielsetzung und Möglichkeiten für die mathematisch-statistische Darstellung der genannten Zeitreihen

Die genannten und in den Anlagen dargestellten Zeitreihen bilden die Grundlage für folgende Analysen:

- Messung und Fixierung des Entwicklungstempos der Getreideerträge und Viehbestände in den einzelnen Perioden,
- Bestimmung der Ertragsschwankungen der Getreideerträge in den einzelnen Perioden,
- vergleichende Untersuchung des Entwicklungstempos in den einzelnen Perioden,
- Bestimmung der Auswirkungen der beiden imperialistischen Weltkriege auf das Entwicklungstempo.

Um diese Zielstellungen zu realisieren, ist es notwendig, die Zeitreihen etwas umzuformen. Die erste Möglichkeit besteht in der Darstellung durch absolute empirische Naturalziffern, wie das in der Anlage 1 bis 6 geschehen ist. Derartige Reihen lassen sich nur dann vergleichen, wenn die absoluten Zahlen gleichnamig sind, so zum Beispiel Ertrag je Hektar Erntefläche in Dezitonnen oder Viehbestand je Stück je Hektar Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) zu einer bestimmten Jahreszeit.

Die Möglichkeiten für die Interpretation derartiger Reihen sind jedoch ohne eine weitergehende Umrechnung dieser gleichnamigen absoluten Zahlen verhältnismäßig gering. Eine günstigere Form bildet daher die Darstellung der Zeitreihen durch Relativzahlen, also durch Indexziffern. Mit dieser Methode lassen sich einzelne Zeitreihen weit leichter miteinander vergleichen, wobei die Umrechnung der absoluten Zahlen in Indexzahlen im Regelfall ein ganz einfaches Rechenverfahren ist. Derartige Zeitreihen spielen daher in der agrarhistorischen Literatur eine hervorragende Rolle. Ihr Aussagewert ist allerdings begrenzt.

Auf der Grundlage der relativen Zahlen kann eine Zeitreihe auch durch jährliche Zuwachsraten bzw. durchschnittliche jährliche Zuwachsraten ausgedrückt werden. Das geometri-

¹⁹ Die Durchschnittshektarerträge für Getreide beliefen sich 1934/38 in Deutschland (Grenzen von 1934) auf 19,7 dt, der Tierbestand betrug je 100 ha Gesamtfläche 1936 bei Schweinen 55,0 und bei Rindern 42,7 Stück. Auf dem Gebiet der heutigen DDR waren es dagegen 20,7 dt bzw. 57,3 Schweine und 33,3 Rinder. (Errechnet nach Statistisches Handbuch von Deutschland, München 1949, S. 124, 142 ff., 146 ff., 196.)

sche Mittel der Reihe, dargestellt durch die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate, verbessert erneut die Interpretationsmöglichkeiten der Reihen. Es weist aber hinsichtlich seines Aussagewertes ähnliche Nachteile wie die Indexreihe auf. Eine weitere Form bildet die Darstellung der Zeitreihen durch Trendfunktionen, die mit Hilfe der Summe der kleinsten Quadrate berechnet wurden. Mit Hilfe dieser Funktionen können nicht nur das Entwicklungstempo bestimmt, sondern auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Reihen besser analysiert werden. Für fehlende empirische Werte der Reihen lassen sich mit Hilfe der Funktionen geeignete Schätzwerte gewinnen, deren Genauigkeitsgrad annähernd bestimmbar ist.

3. Darstellung der Zeitreihen durch Relativreihen und Zuwachsraten

Die Ausgangsbasis für die Darstellung der Zeitreihen durch Relativzahlen bilden selbstverständlich die empirischen absoluten Werte. Bei der Berechnung der Indizes wird von einer Basisperiode ausgegangen. In unserem Fall wären das die empirischen Werte der Reihen für die Jahre 1880, 1921 und 1949.²⁰ Damit treten aber schon die ersten Probleme auf. Die Größe des Zahlenwertes der Basisperiode beeinflusst entscheidend den Umfang der relativen Zunahme. Ist der Wert der Basisperiode im Vergleich zu den anderen Zahlen niedrig, dann ist die Zunahme verhältnismäßig groß. Ist der Wert der Basisperiode relativ groß, dann ist die jährliche Zunahme gering. In der Landwirtschaft wird der jährliche Ertrag der Pflanzenproduktion maßgeblich von zufälligen natürlichen Bedingungen mit beeinflusst. Die Ergebnisse der Pflanzenproduktion wirken sich nicht unerheblich auf die Tierbestände aus, insbesondere auf die Schweinebestände. Die Schwankungsbreite der Erträge ist somit erheblich größer, als das im Normalfall bei den Zeitreihen für die Produktion von Industrieerzeugnissen der Fall zu sein pflegt. Handelt es sich also bei der Basisperiode um ein Jahr, das im stärkeren Maße von einem Durchschnittswert abweicht, dann ist die durch Relativzahlendargestellte Zeitreihe stark deformiert. So ist zum Beispiel die Steigerung der Hektarerträge für Getreide während der Jahre 1921 bis 1939 verhältnismäßig gering, weil das benutzte Basisjahr aufgrund günstiger Witterungsbedingungen einen hohen Getreideertrag aufwies. Umgekehrt zeigte die Entwicklung der Schweinebestände in der DDR von 1949 bis 1952 einen enormen Anstieg, was sich jedoch nicht zuletzt daraus erklärt, daß 1949 infolge einer ungünstigen Kartoffelernte und noch nicht überwundener Kriegsauswirkungen die Bestände anormal niedrig waren. Diese Mängel der aus Indexzahlen bestehenden Zeitreihen machen den Vergleich zwischen Zeitreihen aus verschiedenen Perioden für die Ertragsentwicklung in der Landwirtschaft oftmals illusorisch.

Ein weiteres Problem besteht darin, daß eine direkte Gegenüberstellung derartiger Indexreihen nur möglich ist, wenn die Reihen die gleiche Anzahl von Jahren umfassen. So ist es zum Beispiel unzulässig, für die Schweine- oder Rinderbestände die Periode von 1880 bis 1912 direkt mit der Periode von 1921 bis 1939 zu vergleichen, da die erste Reihe 33 Jahre und die zweite Reihe nur 19 Jahre umfaßt. Um zu einer solchen Vergleichbarkeit zu gelangen, müßte für die jeweilige Reihe erst ein Mittelwert berechnet werden.

Einen für diesen Zweck brauchbaren Mittelwert bildet das geometrische Mittel. Mit seiner Hilfe können wir die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate für die einzelnen Zeitreihen berechnen. Die Interpretation einer Zeitreihe durch die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate ist vor allem mit zwei Vorteilen gegenüber der aus Relativzahlen bestehenden Zeitreihe verbunden: Eine vielgliedrige Reihe wird in einer Kennziffer zusammengefaßt, und es können daher nun Zeitreihen von unterschiedlichem Umfang miteinander verglichen werden.

20 Siehe Anlagen Nr. 1 - 6.

Nach unseren Berechnungen²¹ erreichen die durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten für unsere Beispielzeitreihen folgende Prozentsätze:

	1873 (bzw. 1880) ²² - 1912	1921 - 1939	1949 - 1969
Hektarerträge für die vier Hauptgetreidearten	2,02 %	1,38 %	2,47 %
Rinderbestand je 100 ha LN	0,63 %	0,85 %	2,32 %
Schweinebestand je 100 ha LN	2,92 %	2,66 %	3,95 %

Trotz ihrer Vorteile gegenüber den Indexreihen enthält jedoch auch die Darstellung von agrarhistorischen Zeitreihen durch die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate eindeutige Nachteile. Für die Berechnung der durchschnittlichen Zuwachsrate besitzen das Anfangs- und Endjahr, bzw. die Anfangs- und Endperiode, der Reihe eine entscheidende Bedeutung. Ihr Zahlenwert bestimmt ausschließlich die Größe des Radikanden. Da aber viele landwirtschaftliche Ertragszahlen, wie schon erwähnt, vielfach große Schwankungsbreiten aufweisen, besteht hier ebenfalls die Gefahr, daß sich ein deformiertes Bild der Zuwachsrate ergibt. Besonders gilt das für Ertragszahlen der Pflanzenproduktion. War das Anfangs- oder Endjahr ein sehr gutes oder schlechtes Erntejahr, dann wird ein geometrisches Mittel für die Reihe errechnet, das den Trend der Reihe sehr ungenau widerspiegelt. Ein einfaches Mittel, dieser Fehlerquelle entgegenzuwirken, besteht darin, für die Erträge der pflanzlichen Produktion nicht Jahreszahlen, sondern das durchschnittliche jährliche Ertragsergebnis von mindestens drei Jahren zu verwenden. Nach wie vor wird dadurch natürlich der Nachteil nicht aufgehoben, daß die Anfangs- und Endperiode entscheidend für die Größe des Radikanden sind und daß die Zahlenwerte der Zwischenperioden nicht berücksichtigt werden.

Dennoch wird das Ergebnis exakter, weil sich durch die Berechnung des dreijährigen Durchschnittsertrages²³ die Ertragsschwankungen teilweise ausgleichen. Nach unseren Berechnungen²⁴ erhalten wir für die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate dann folgende Prozentsätze:

Hektarerträge für Getreide

Jahre	jährliche Zuwachsrate
1880 - 1912	1,86 %
1921 - 1939	1,97 %
1949 - 1969	2,39 %

Diese Ergebnisse weichen also beträchtlich von den vorher ermittelten durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten ab. Es zeigt sich, daß von 1921 bis 1939 die Hektarerträge für die vier Hauptgetreidearten in Deutschland schneller anstiegen als vor dem ersten Weltkrieg.

²¹ Siehe Anlage Nr. 7.

²² Rinder- und Schweinebestand; 1873; Erträge für die vier Hauptgetreidearten; 1880.

²³ Siehe Anlage Nr. 8.

²⁴ Siehe Anlage Nr. 7.

Nach der zuerst berechneten jährlichen durchschnittlichen Zuwachsrate hätten sich die Erträge der Periode von 1921 bis 1939 erheblich langsamer entwickelt als in der Zeit von 1880 bis 1912.

4. Darstellung der Zeitreihen durch Trendfunktionen

Für die Darstellung von Zeitreihen durch Trendfunktionen gibt es zahlreiche Möglichkeiten. Der Trend der Hektarerträge und Viehbestände in unseren Beispielen läßt sich rechnerisch am besten durch lineare Funktionen oder Exponentialfunktionen erfassen.

Die erste Möglichkeit zur Darstellung der Trendfunktionen für die genannten Beispiele geht von den durch uns schon benutzten Mittelwerten aus.²⁵ Die lineare Trendfunktion für die durchschnittliche absolute Zunahme wird dann dargestellt in der Form:

$$y = s_0 + \frac{s_n - s_0}{n} x$$

Soll die durchschnittliche Zuwachsrate in ihrem Trend mit Hilfe einer Exponentialfunktion erfaßt werden, dann bietet sich die Form an:

$$y = s_0 \left(\frac{s_n}{s_0} \right)^{\frac{x}{n}}$$

Trendfunktionen in dieser Form weisen jedoch nach wie vor den schon im vorhergehenden Abschnitt genannten Mangel auf, daß sich ihr Trend ausschließlich auf die Größe der Anfangs- und Endperiode gründet. Sie sind daher für die Interpretation von Zeitreihen aus dem Bereich der Agrarproduktion meistens nur bedingt verwendbar.

Da die theoretische Kurve den tatsächlichen Trend möglichst exakt widerspiegeln soll, also bei der Ermittlung der Funktion alle empirischen Werte der Zeitreihe berücksichtigt werden sollen, empfiehlt es sich für unsere Beispiele, die Trendfunktionen mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadratsumme zu berechnen.²⁶

Damit entsteht jedoch die Frage, ob die lineare oder die Exponentialfunktion für die Darstellung des Trends bei unseren Beispielen effektiver ist. Ist es beabsichtigt, den Trend der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate zu erfassen, dann empfiehlt sich von vornherein die Berechnung einer Exponentialfunktion. Auch für den Fall einer offensichtlich progressiven oder degressiven Veränderung der absoluten jährlichen Zunahme ist die Exponentialfunktion der linearen Funktion vorzuziehen.

Wir haben uns jedoch hier für die Berechnung linearer Trendfunktionen entschieden. Dafür gibt es mehrere Gründe. Die Reihen der empirischen Werte zeigen in den einzelnen Perioden keine eindeutig progressive Tendenz der absoluten Zunahme. Der Rechenaufwand für die Ermittlung der linearen Funktion ist beträchtlich geringer. Die ermittelten durchschnittlichen absoluten Zunahmen lassen sich für die Ertrags- oder Bestandsentwicklung eines bestimmten Erzeugnisses leichter miteinander vergleichen, als das für durchschnittliche Wachstumsraten der Fall ist. Ganz abgesehen davon, ist der Anpassungsgrad der mit der Methode

25 Allgemeine Statistik, 4. Aufl. Berlin 1969, S. 435 f.

26 Ebenda, S. 437 ff.; Ausgewählte Kapitel der Mathematik für Ingenieur- und Fachschulen, a. a. O., S. 354 ff.

der Summe der kleinsten Quadrate berechneten linearen Trendfunktion an die empirischen Werte relativ günstig. Für die von uns angegebene Zielsetzung ist also bei den genannten Beispielen die lineare Trendfunktion gut geeignet.

Nach unseren Berechnungen erhalten wir für die genannten Zeitreihen folgende lineare Trendfunktionen²⁷:

	1873 (bzw. 1880) ²⁸ - 1912	1921 - 1939	1949 - 1969
Hektarerträge für Getreide	$y = 14,74 + 0,31x$	$y = 18,32 + 0,35x$	$y = 25,17 + 0,50x$
Rinderbestände je 100 ha LN	$y = 45,79 + 0,44x$	$y = 65,32 + 0,78x$	$y = 66,87 + 1,46x$
Schweinebestände je 100 ha LN	$y = 15,69 + 1,33x$	$y = 74,88 + 2,02x$	$y = 128,81 + 2,51x$

Der Trend für die durchschnittliche absolute Zunahme je Jahr beträgt also für die Hektarerträge der vier Hauptgetreidearten in den Jahren 1880 bis 1912 0,31 Dezitonnen, in den Jahren 1921 bis 1939 jährlich 0,35 Dezitonnen und von 1949 bis 1969 jährlich 0,50 Dezitonnen. Bei den Rinderbeständen weist die Trendfunktion für 1873 bis 1912 eine durchschnittliche jährliche Steigerung von 0,44 Stück je 100 Hektar LN auf, für 1921 bis 1939 von 0,78 Stück und für 1949 bis 1969 um 1,46 Stück. Die Schweinebestände je 100 Hektar LN wuchsen nach den Trendfunktionen von 1873 bis 1913 jährlich im Durchschnitt um 1,33, von 1921 bis 1939 jährlich um 2,02 und von 1949 bis 1969 jährlich um 2,51 Stück.

Natürlich geben die linearen Trendfunktionen den Verlauf der Ernteerträge und die Entwicklung der Viehbestände nicht völlig exakt wieder, denn die wirklichen jährlichen absoluten Zunahmen der Reihen differieren selbstverständlich untereinander. Dennoch charakterisiert der Steigungskoeffizient der Geraden die absolute durchschnittliche jährliche Zunahme relativ genau. Das beweisen nachdrücklich der relative und absolute Anpassungsgrad der Funktionswerte an die empirischen Werte der Reihen. Der Grad der absoluten und relativen mittleren Abweichung beträgt bei den einzelnen Reihen²⁹:

	1873 (bzw. 1880) ³⁰ - 1912		1921 - 1939		1949 - 1969	
	absolut	relativ	absolut	relativ	absolut	relativ
Hektarerträge für Getreide	0,92 dt	6,25 %	1,44 dt	7,83 %	2,10 dt	8,34 %
Rinderbestände je 100 ha LN	1,43 Stück	2,54 %	1,32 Stück	2,02 %	2,50 Stück	3,73 %
Schweinebestände je 100 ha LN	3,78 Stück	8,02 %	4,95 Stück	6,61 %	13,13 Stück	10,20 %

27 Siehe als Beispiel für die Berechnung Anlage Nr. 9.

28 Rinder- und Schweinebestand; 1873; Erträge für die vier Hauptgetreidearten; 1880.

29 Siehe als Beispiele für die Berechnung der absoluten und relativen mittleren Abweichung die Anlagen Nr. 9 und 10.

30 Rinder- und Schweinebestand; 1873; Erträge für die vier Hauptgetreidearten; 1880.

Selbstverständlich ist es möglich, für die gleichen Reihen mit Hilfe der Summe der kleinsten Quadrate auch die exponentialen Trendfunktionen der jährlichen durchschnittlichen Zuwachsrate zu berechnen. So ist das in der Anlage Nr. 11 (Anhang) für die Getreidehektarerträge 1921 bis 1939 in Deutschland geschehen. Nach unseren Berechnungen beläuft sich die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate pro Jahr von 1921 bis 1939 auf 1,98 Prozent.³¹ An dieser Stelle ist jedoch vor allem die Frage interessant, ob diese exponentiale Trendfunktion sich den empirischen Werten besser anpaßt als die ermittelte lineare Trendfunktion. Für einen derartigen Vergleich bietet sich die mittlere quadratische Abweichung bzw. der Variationskoeffizient der Funktionswerte von den empirischen Werten an.

Die mittlere Abweichung der Funktionswerte von den empirischen Daten beläuft sich für diese Exponentialfunktion auf 1,45 Dezitonnen. Der Variationskoeffizient beträgt 7,89 Prozent. Der Vergleich mit den entsprechenden Zahlen der linearen Trendfunktion (1,44 Dezitonnen bzw. 7,83 Prozent) zeigt für die Exponentialfunktion kein besseres Ergebnis. Es läßt sich also in diesem Falle, da hier auch nur der Trend der absoluten Zunahme berechnet werden soll, schon allein aufgrund des geringeren Rechenaufwandes effektiver mit der linearen Trendfunktion arbeiten.

Der schlechtere Anpassungsgrad der linearen Trendfunktionen für die Getreideerträge und Schweinebestände im Vergleich zu den Rinderbeständen erklärt sich vor allem aus der größeren Schwankungsbreite der empirischen Werte dieser Reihen. Bei solchen Erscheinungen empfiehlt es sich, für die Berechnung der linearen Trendfunktionen mit der Methode der Summe der kleinsten Quadrate an die Stelle der einjährigen empirischen Werte den Durchschnitt von mehrjährigen Perioden zu setzen. Selbst der bei unseren Beispielen schon recht günstige Anpassungsgrad kann auf diese Weise noch beträchtlich verbessert werden. Bei Benutzung von dreijährigen Ertragsdurchschnitten erhalten wir für die Entwicklung der Getreidehektarerträge folgende lineare Trendfunktionen³²:

1880/82 - 1910/12	1921/23 - 1936/39	1949/51 - 1967/69
$y = 14,75 + 0,92x$	$y = 18,18 + 0,53x$	$y = 25,17 + 1,52x$

Pro Jahr steigt also bei der ersten Reihe der Hektarertrag um 0,31 Dezitonnen, bei der zweiten Reihe um 0,35 Dezitonnen und bei der dritten Reihe um 0,51 Dezitonnen. Die jährliche absolute durchschnittliche Zunahme unterscheidet sich zwar nur geringfügig von unseren ersten Ergebnissen. Der Anpassungsgrad der linearen Trendfunktionen an die empirischen Werte hat sich jedoch erhöht. Die mittlere absolute und relative Abweichung der Funktionswerte von den empirischen Werten beträgt nun für die einzelnen Reihen (bezogen auf eine dreijährige Periode)³³:

	1880/82 - 1910/12	1921/23 - 1936/39	1949/51 - 1967/69
absolut	0,72 dt	0,53 dt	1,22 dt
relativ	4,86 %	2,91 %	6,04 %

Der Anpassungsgrad erhöht sich also bei der ersten Reihe um rund 1,4, bei der zweiten um rund 4,9 und bei der dritten um rund 2,3 Prozent.

Mit den Indexzahlen für die absolute Zunahme und den durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten ist es nicht möglich, die Ertragsschwankungen der Hektarerträge für pflanzliche Produkte oder auch jährliche Schwankungen der Viehbestände und deren Entwicklungstendenz

31 Siehe Anlage Nr. 11.

32 Siehe als Beispiel für die Berechnung Anlage Nr. 12.

33 Ebenda.

genauer zu analysieren. Diese Aufgabe kann in zufriedenstellender Weise erst mit Hilfe von linearen Trendfunktionen gelöst werden, die nach der Methode der Summe der kleinsten Quadrate berechnet worden sind.³⁴ Die Funktionswerte der einzelnen Reihen bilden eine dynamische Reihe von Mittelwerten, von denen man die positiven und negativen Abweichungen der empirischen Werte leicht bestimmen kann. Schon bei der Bestimmung der mittleren Abweichungen wurden die Funktionswerte und die Abweichungen der jeweiligen empirischen Werte von den zu ihnen gehörenden Funktionswerten für die einzelnen Reihen ermittelt.³⁵

Die Spannweite der Abweichungen reichte bei den Hektarerträgen für Getreide

- bei der Reihe für die Jahre 1880 bis 1939 von - 2,16 Dezitonnen bis + 1,63 Dezitonnen,
- bei der Reihe für die Jahre 1921 bis 1939 von - 2,53 Dezitonnen bis + 2,28 Dezitonnen,
- bei der Reihe für die Jahre 1949 bis 1969 von - 4,47 Dezitonnen bis + 3,86 Dezitonnen.

Aus den absoluten Werten allein läßt sich die Tendenz der Ertragsschwankungen nicht klar ablesen. Um zu einer eindeutigen Aussage zu gelangen, ist es erst einmal erforderlich, die linearen Trendfunktionen (Methode Summe der kleinsten Quadrate) für die positiven und negativen Abweichungen zu bestimmen.³⁶

Lineare Trendfunktionen der positiven und negativen Abweichungen der Getreidehektarerträge:

	1880 - 1912	1921 - 1939	1949 - 1969
für die positiven Abweichungen	$y^+ = 0,65 + 0,005x$	$y^+ = 1,25 + 0,034x$	$y^+ = 1,76 + 0,006x$
für die negativen Abweichungen	$y^+ = 0,71 - 0,001x$	$y^+ = 1,86 - 0,067x$	$y^+ = 0,97 - 0,051x$

Die Funktionswerte dieser Trendfunktionen weisen folgende Spannweiten auf (Funktionswerte des Anfangs- und Endjahres der Reihen)³⁷:

	1880 - 1912	1921 - 1939	1949 - 1969
positive Abweichungen	0,66 - 0,82 dt	1,29 - 1,91 dt	1,76 - 1,87 dt
negative Abweichungen	0,71 - 0,67 dt	1,79 - 0,59 dt	1,02 - 2,04 dt

Insgesamt³⁸ wächst also der Trend der Ertragsschwankungen der Getreidehektarerträge in den Perioden 1880 bis 1912 und 1949 bis 1969, und zwar von 1,37 auf 1,49 bzw.

34 Wir folgen hier im wesentlichen der von dem sowjetischen Statistiker Boris J. Paßschar entwickelten Methode (siehe dazu Agrarstatistik, a. a. O., S. 44 ff.), verwenden aber eine vereinfachte Terminologie und Symbolik.

35 Siehe dazu Anlage Nr. 9.

36 Siehe dazu die Beispiele in den Anlagen Nr. 13 und 14.

37 Ebenda.

38 Die Funktionswerte der Anfangs- und Endjahre der Reihen werden für die positiven bzw. negativen Abweichungen addiert.

von 2,78 auf 3,91 Dezitonnen. In der Periode von 1921 bis 1939 fällt er dagegen von 3,08 auf 2,50 Dezitonnen.

Relativ betrachtet³⁹, sinkt der Trend der Ertragsschwankungen auch bei den Reihen, die absolut (in Dezitonnen) eine steigende Tendenz der Ertragsschwankungen aufweisen. Für die Reihe von 1880 bis 1912 vermindert sich der Anteil Ertragsschwankungen an den Funktionswerten der Ertragsentwicklung von 14,02 Prozent auf 7,57 Prozent, für die Reihen von 1921 bis 1939 von 20,30 Prozent auf 11,65 Prozent und für die Reihe von 1949 bis 1969 von 13,84 Prozent auf 12,97 Prozent.

5. Auswertung der Ergebnisse der Trendfunktionen

Mit Hilfe der nach der Methode der Summe der kleinsten Quadrate berechneten linearen Trendfunktionen können nun auch die beiden letzten im zweiten Abschnitt gestellten Aufgaben gelöst werden. Die Vorteile dieser Form von Trendfunktionen für vergleichende Analysen zwischen landwirtschaftlichen Ertrags- und Bestandsreihen werden dabei erneut offensichtlich. Im Unterschied zu den aus Relativzahlen bestehenden Zeitreihen gestatten es die linearen Trendfunktionen, Zeitperioden auch dann direkt miteinander zu vergleichen, wenn sie eine voneinander abweichende Anzahl von Jahren umfassen. Die durch die Überbetonung des Anfangs- und Endwertes bedingte oftmalige Deformation der Indexreihe bzw. der auf dem geometrischen Mittel basierenden durchschnittlichen Zuwachsrate spielt bei den Trendfunktionen, die nach der Methode der Summe der kleinsten Quadrate ermittelt wurden, keine Rolle, da alle empirischen Werte bei der Berechnung der Trendfunktionen berücksichtigt werden.

Der Steigungskoeffizient der Geraden, der die durchschnittliche absolute Zunahme und damit die Entwicklungsrichtung der Reihe klar ausdrückt, wird bei den hier verwandten Beispielen durch Naturaleinheiten und nicht durch Relativzahlen dargestellt. Er besitzt den Vorzug der größeren Anschaulichkeit. Ein weiterer Vorteil dieser Trendfunktionen besteht darin, daß eine einzige Funktionsgleichung eine Zeitreihe mit zahlreichen Gliedern eindeutig charakterisiert.

Ein Vergleich der absoluten durchschnittlichen Zunahme der Getreidehektarerträge zeigt, wie bereits weiter vorn ausgeführt, daß diese Zunahme für die Periode 1949/51 bis 1967/69 mit 0,51 Dezitonnen pro Jahr am größten ist. Es folgt die Periode 1921/23 bis 1936/39 mit 0,35 und schließlich 1880/82 bis 1910/12 mit 0,31 Dezitonnen. Bevor man aus diesen unterschiedlichen Mittelwerten Schlußfolgerungen auf ein voneinander differierendes Entwicklungstempo der durchschnittlichen absoluten Zunahme schließen kann, ist zu entscheiden, ob für die Beantwortung dieser Frage Signifikanztests notwendig sind. Derartige Tests sind unbedingt erforderlich, wenn die miteinander zu vergleichenden Mittelwerte (in unserem Falle die Steigungskoeffizienten der linearen Trendfunktion der Zeitreihe) nur aufgrund von Stichproben errechnet worden sind.⁴⁰ Da die mit Hilfe der Summe der kleinsten Quadrate errechneten jährlichen durchschnittlichen absoluten Zunahmen der Getreidehektarerträge jedoch alle möglichen Werte der Grundgesamtheit (das heißt der Zeitreihe) berücksichtigten, sind diese Mittelwerte von vornherein als statistisch gesichert anzusehen.

39 Diese Feststellung ergibt sich aus der Konfrontation der Funktionswerte für die Trendfunktionen der Ertragsschwankungen mit den entsprechenden Funktionswerten für die Trendfunktionen der Ertragsentwicklung.

40 Siehe dazu Allgemeine Statistik, a. a. O., S. 508; Claus, Günter/Ebner, Heinz, a. a. O., S. 168; Storm, Regina, Wahrscheinlichkeitsrechnung, mathematische Statistik und statistische Qualitätskontrolle, 3. erw. Aufl. Leipzig 1969, S. 133.

Ein weiteres Hindernis für die direkte Vergleichbarkeit der durchschnittlichen absoluten Zunahmen könnte nun darin bestehen, daß der Anpassungsgrad der Trendfunktionen an die jeweiligen empirischen Werte erheblich voneinander abweicht. Auch dieser begrenzende Faktor spielt für die gewählten Beispiele keine Rolle, weisen sie doch alle drei einen Variationskoeffizienten auf, der beträchtlich unter 10 Prozent liegt.⁴¹

Ausgehend von diesen Überlegungen, kann nun entschieden werden, daß die durchschnittliche jährliche Zunahme in der DDR von 1949/51 bis 1967/69 die vorhergehenden Perioden beträchtlich übertrifft, denn pro Jahr vergrößert sich bei dieser Trendfunktion der Hektarertrag um 0,51 Dezitonnen gegenüber 0,35 Dezitonnen in den Jahren 1921/23 bis 1936/39 bzw. 0,31 Dezitonnen in den Jahren 1880/82 bis 1910/12.⁴² Damit wird also die These von Ebert⁴³ bestätigt, daß der Getreidebau in der DDR einen weitaus stärkeren Ertragsanstieg aufweist als in jeder vorhergehenden Periode.

Die Auswertung der mit der Methode der Summe der kleinsten Quadrate ermittelten linearen Trendfunktionen für die durchschnittliche jährliche Zunahme der Rinder- und Schweinebestände je 100 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche entspricht im wesentlichen dem Trend der Hektarerträge für Getreide. Allerdings ist hier bei Vergleichen zu den Reihen für die Periode 1873 bis 1912 ein Signifikanztest notwendig, da für diese Periode nur einzelne empirische Werte vorliegen. Die Trendfunktionen für 1873 bis 1912 wurden also aufgrund von Stichproben berechnet. Die durchgeführten Tests der genannten Periode zu den anderen Reihen bestätigen mit einem hohen Wahrscheinlichkeitsgrad die Signifikanz der jährlichen durchschnittlichen absoluten Zunahmen.⁴⁴ Am schnellsten vermehrten sich pro Jahr die Schweine- und Rinderbestände während der Jahre 1949 bis 1969. Es folgt der Zeitabschnitt von 1921 bis 1939, und die letzte Stelle nimmt wiederum die Periode von 1873 bis 1912 ein. Die Entwicklung der Getreidehektarerträge und der Viehbestände der DDR dokumentiert damit recht eindrucksvoll den Erfolg der marxistisch-leninistischen Agrarpolitik in unserer Republik.

Ein weiterer wesentlicher Vorteil der Darstellung von derartigen landwirtschaftlichen Zeitreihen durch Trendfunktionen besteht darin, daß man trotz fehlender Glieder die Grundrichtung der Zeitreihe bestimmen und die fehlenden empirischen Werte in ihrer Größe relativ genau berechnen kann.⁴⁵ Wir haben uns diese Möglichkeit schon bei der Errechnung der Funktionswerte des Trends für die Schwankungen der Getreidehektarerträge zunutze gemacht.⁴⁶ Zählungen der Viehbestände fanden zum Beispiel im kaiserlichen Deutschland nur mit mehrjährigen Unterbrechungen statt. Trotzdem konnte die jährliche absolute Bestandszunahme berechnet werden. Damit ließen sich die Funktionswerte auch für die fehlenden Jahre bestimmen.⁴⁷ Die errechneten relativen mittleren Abweichungen von 2,54 Prozent bei den Rinderbeständen und von 8,02 Prozent bei den Schweinebeständen gewährleisten, daß die Funktionswerte für die fehlenden Jahre annähernd den empirischen Werten entsprechen.

41 Eine Prüfung des Verhältnisses der beiden voneinander am meisten differierenden Varianzen (siehe dazu Claus, Günter/Ebner, Heinz, a. a. O., S. 198 ff.) ergab für den Fall, daß es sich nur um Stichprobenuntersuchungen gehandelt hätte, mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von <1 % eine annähernd gleiche Varianz für beide Reihen.

42 Selbst bei der Annahme, daß es sich bei den empirischen Werten der Reihe 1921/23 bis 1936/39 bzw. 1949/51 bis 1967/69 nur um Stichproben einer Grundgesamtheit handelt, sind die durchschnittlichen jährlichen Zunahmen mit einer Wahrscheinlichkeit von >95 % signifikant voneinander. (Siehe dazu Anlage Nr. 16.)

43 Ebert, Dieter, Zu einigen Fragen der Konzentration und Spezialisierung im Getreidebau der DDR, in: Agroforum, H. 6 - 7/1969, S. 162.

44 Siehe Anlage Nr. 17.

45 Auf diese Möglichkeit weist auch Kahk, Juhan, a. a. O., S. 24, hin.

46 Siehe Anlagen Nr. 13 und Nr. 14.

47 Siehe Anlage Nr. 10.

Aber nicht nur für die Schätzung fehlender Zahlenangaben, sondern auch für die Bestimmung der perspektivischen Entwicklung einer Zeitreihe kann man die linearen Trendfunktionen benutzen. Welchen Wert diese Eigenschaft für die Agrargeschichte besitzt, soll am Beispiel der Getreidehektarerträge von 1921 bis 1939 demonstriert werden. Die Trendfunktion für diese Periode lautete: $y = 18,32 + 0,35x$. Wenn die Funktionswerte über das Jahr 1939 hinaus extrapoliert werden⁴⁸, dann erhalten wir für das Jahr 1967 einen Hektarertrag von 31,19 Dezitonnen. Ein derartiges Ergebnis je Hektar Erntefläche wird trotz des erheblich größeren Steigungskoeffizienten der linearen Trendfunktion für 1949 bis 1969 also erst nach neunzehn Jahren überschritten. Bezogen auf die Periode von 1921 bis 1939, ist das noch sehr günstig, denn die Funktionswerte der linearen Trends von 1880 bis 1912 wurden in der Periode 1921 bis 1939 weder bei den Getreidehektarerträgen noch bei den Rinder- und Schweinebeständen je 100 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche annähernd erreicht. Mit anderen Worten, die Auswirkungen des ersten imperialistischen Weltkrieges auf die Entwicklung der Agrarproduktion in Deutschland konnten trotz einer Steigerung der durchschnittlichen absoluten jährlichen Zunahme in fast zwei Jahrzehnten nicht überwunden werden. Das dokumentiert noch einmal nachdrücklich, welche negativen Auswirkungen die beiden verbrecherischen Raubkriege der deutschen Monopolbourgeoisie auf die Entwicklung der Landwirtschaft hatten.

Die Darstellung von landwirtschaftlichen Ertrags- und Bestandszeitreihen durch lineare Trendfunktionen, die mit der Methode der Summe der kleinsten Quadrate berechnet werden, bieten dem Agrarhistoriker relativ umfangreiche Möglichkeiten, die Entwicklung der materiellen Produktivkräfte zu analysieren. Diese Möglichkeiten an einer Anzahl von agrarhistorischen Zeitreihen zu demonstrieren, darin bestand das Hauptanliegen dieser Zeilen.

Selbstverständlich gibt es außer der hier genannten Methode noch zahlreiche andere mathematisch-statistische Verfahren, die für den Agrarhistoriker zur weiteren Untersuchung und Wertung solcher Reihen von Interesse sind. An dieser Stelle sei insbesondere noch einmal auf die Regressions- und Korrelationsrechnung sowie auf die bei Stichprobenuntersuchungen erforderlichen Signifikanztests hingewiesen.

In der Agrargeschichtsforschung unserer Republik werden derartige Verfahren noch viel zuwenig angewendet. Schon allein daraus ergibt sich das zweite Anliegen dieses Artikels, die Agrarhistoriker der DDR anzuregen, sich umfassender als bisher der für ihre Zwecke brauchbaren mathematisch-statistischen Methoden zu bedienen.

48 Siehe als Beispiel für die Berechnung Anlage Nr. 15.

Aus Gründen der Platzersparnis wird für die einzelnen Berechnungsmethoden nur jeweilig ein Beispiel angeführt.

Anlage Nr. 1

Hektarerträge für die vier Hauptgetreidearten⁺ in Deutschland⁺⁺ 1880 bis 1912
(in dt je ha Erntefläche)

Jahr	dt/ha	Index	Jahr	dt/ha	Index
1880	10,4	100	1897	15,0	144,2
1881	10,2	98,1	1898	16,4	157,7
1882	12,0	115,4	1899	17,3	166,4
1883	10,4	100,0	1900	16,3	156,7
1884	10,9	104,8	1901	15,4	148,1
1885	11,3	108,7	1902	17,3	166,4
1886	12,0	115,4	1903	17,9	172,1
1887	11,8	113,5	1904	17,2	165,4
1888	11,3	108,7	1905	16,4	157,7
1889	10,4	100,0	1906	18,1	174,0
1890	11,9	114,4	1907	18,7	179,8
1891	11,2	107,8	1908	18,2	175,0
1892	12,9	124,0	1909	19,9	191,4
1893	13,9	133,7	1910	18,0	173,1
1894	15,6	150,0	1911	18,4	176,9
1895	14,8	142,3	1912	19,7	189,4
1896	15,3	147,1			

+ Roggen, Weizen, Gerste, Hafer.

++ Grenzen von 1914.

Quelle: Errechnet nach Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches 1882, S. 20; 1883, S. 22; 1884, S. 27; 1885, S. 30; 1886, S. 21; 1887, S. 27; 1888, S. 21; 1889, S. 16; 1890, S. 16 f.; 1891, S. 15 f.; 1892, S. 12; 1893, S. 14; 1894, S. 13 f.; 1905, S. 25 f.; 1914, S. 42 f.

Anlage Nr. 2

Hektarerträge für die vier Hauptgetreidearten⁺ in Deutschland⁺⁺ 1921 bis 1939
(in dt je ha Erntefläche)

Jahr	dt/ha	Index	Jahr	dt/ha	Index
1921	16,7	100	1931	17,5	104,8
1922	13,0	77,8	1932	20,1	120,4
1923	17,2	103,0	1933	21,3	127,5
1924	14,5	86,8	1934	19,0	113,8
1925	17,5	104,8	1935	18,9	113,2
1926	15,8	94,6	1936	18,9	113,2
1927	16,8	100,6	1937	19,6	117,4
1928	19,9	119,2	1938	23,1	138,3
1929	19,3	115,6	1939	21,4	128,1
1930	17,5	104,8			

+ Roggen, Weizen, Gerste, Hafer.

++ Grenzen von 1934.

Quelle: Errechnet nach Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches 1923/24, S. 58;
1928, S. 72 f.; 1934, S. 74; 1939/40, S. 100.

Anlage Nr. 3

Hektarerträge für die vier Hauptgetreidearten⁺ in der DDR 1949 bis 1969
(in dt je ha Erntefläche)

Jahr	dt/ha	Index	Jahr	dt/ha	Index
1949	18,1	100	1960	27,5	151,9
1950	19,7	108,8	1961	21,7	119,9
1951	25,0	138,1	1962	26,4	145,9
1952	23,1	127,6	1963	24,7	136,5
1953	22,4	123,8	1964	27,0	149,2
1954	21,6	119,3	1965	29,2	161,3
1955	24,8	137,0	1966	26,1	144,2
1956	23,6	130,4	1967	31,8	175,7
1957	23,3	128,7	1968	33,4	184,5
1958	25,2	139,2	1969	29,5	163,0
1959	24,4	134,8			

+ Roggen, Weizen, Gerste, Hafer.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, S. 26.

Anlage Nr. 4

Entwicklung der Rinder- und Schweinebestände je 100 ha LN in Deutschland +
1873 bis 1912++

(Stück je 100 ha LN)

Jahr	Rinder	Index	Schweine	Index
1873	48,5	100	21,9	100
1883	48,6	100,2	28,3	129,2
1892	54,0	111,3	37,4	170,8
1897	56,9	117,3	43,9	200,5
1900	58,2	120,0	51,7	236,1
1904	59,5	122,7	58,2	265,8
1907	63,4	130,7	68,1	311,0
1912	62,1	128,0	67,4	307,8

+ Grenzen von 1914.

++ Für 1873, 1883, 1892 und 1897 wurden die Tierbestände auf die LN des Jahres 1895 bezogen, für 1900, 1904, 1907 und 1912 auf die LN des Jahres 1907.

Quelle: Errechnet nach Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches
1914. S. 34, 40.

Anlage Nr. 5

Entwicklung der Rinder- und Schweinebestände je 100 ha LN in Deutschland+
1921 bis 1939

(Stück je 100 ha LN)

Jahr	Rinder	Index	Schweine	Index
1921	60,1	100	56,6	100
1922	58,4	97,2	52,5	92,8
1923	59,5	99,0	61,6	108,8
1924	61,4	102,2	59,8	105,7
1925	60,4	100,5	56,8	100,4
1926	60,4	100,5	68,1	120,3
1927	63,0	104,8	80,1	141,5
1928	64,6	107,5	70,6	124,7
1929	63,3	105,3	70,0	123,7
1930	64,8	107,8	82,4	145,6
1931	67,1	111,7	83,6	147,7
1932	67,2	111,8	80,3	141,9
1933	69,3	115,3	84,0	148,4
1934	67,4	112,2	81,5	144,0
1935	67,6	112,5	81,5	144,0
1936	71,7	119,3	92,5	163,4
1937	73,2	121,8	85,2	150,5
1938	71,7	119,3	84,8	149,8
1939	70,0	116,5	90,8	160,4

+ Grenzen von 1934.

Quelle: Errechnet nach Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches
1928, S. 81, f; 1930, S. 69; 1937, S. 87; 1939/40, S. 95, 120 f.

Anlage Nr. 6

Entwicklung der Rinder- und Schweinebestände je 100 ha LN in der DDR 1949 bis 1969
(Stück je 100 ha LN)

Jahr	Rinder	Index	Schweine	Index
1949	51,9	100	67,6	100
1950	55,4	106,7	87,4	129,3
1951	58,2	112,1	108,3	160,2
1952	60,3	116,2	139,4	206,2
1953	58,3	112,3	126,1	186,5
1954	58,4	112,5	128,8	190,5
1955	58,0	111,8	139,3	206,1
1956	57,4	110,6	128,5	190,1
1957	57,9	111,6	127,7	188,9
1958	64,3	123,9	116,4	172,2
1959	69,4	133,7	128,8	190,5
1960	72,8	140,3	129,5	191,6
1961	70,9	136,6	138,1	204,3
1962	70,5	135,8	125,8	186,1
1963	72,4	139,5	145,8	215,7
1964	73,5	141,6	137,5	203,4
1965	74,9	144,3	139,6	206,5
1966	77,5	149,3	146,8	217,2
1967	79,3	152,8	146,3	216,4
1968	80,9	155,9	150,8	223,1
1969	82,1	158,2	146,6	216,9

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1970, S. 27.

Anlage Nr. 7

Berechnung der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate:

$$x = \sqrt[n-1]{\frac{x_n}{x_1}}$$

Hektarerträge für Getreide 1880 - 1912:

$$x = \sqrt[32]{\frac{19,7}{10,4}} \approx 1,0202$$

Hektarerträge für Getreide 1880/82 - 1910/12:

$$x = \sqrt[10]{\frac{18,7}{10,9}} \approx 1,0555, \text{ pro Jahr also } \approx 1,0186$$

Die anderen genannten durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten werden nach der gleichen Methode berechnet.

Entwicklung der Hektarerträge für die vier Hauptgetreidearten (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer) im Durchschnitt von drei Jahren
(in dt/ha Erntefläche pro Jahr)

1880 bis 1912 in Deutschland:

Jahre	dt/ha und Jahr
1880/1882	10,9
1883/1885	10,9
1886/1888	11,7
1889/1891	11,2
1892/1894	14,1
1895/1897	15,0
1898/1900	16,7
1901/1903	16,9
1904/1906	17,2
1907/1909	18,9
1910/1912	18,7

1921 bis 1939 in Deutschland:

Jahre	dt/ha und Jahr
1921/1923	15,6
1924/1926	15,9
1927/1929	18,7
1930/1932	18,4
1933/1935	19,7
1936/1939	20,8

1949 bis 1969 in der DDR:

Jahre	dt/ha und Jahr
1949/1951	20,9
1952/1954	22,4
1955/1957	23,9
1958/1960	25,7
1961/1963	24,3
1964/1966	27,4
1967/1969	31,6

Anlage Nr. 9

Berechnung der linearen Trendfunktion für die Hektarerträge der vier Hauptgetreidearten in Deutschland 1880 bis 1912

Jahr	x_i	s_i	x_i^2	$s_i x_i$	y_i	$s_i - y_i$	$(s_i - y_i)^2$
1880	-16	10,4	256	-166,4	9,76	0,64	0,4096
1881	-15	10,2	225	-153,0	10,08	0,12	0,0144
1882	-14	12,0	196	-168,0	10,39	1,61	2,5921
1883	-13	10,4	169	-135,2	10,70	-0,30	0,0900
1884	-12	10,9	144	-130,8	11,01	-0,11	0,0121
1885	-11	11,3	121	-124,3	11,32	-0,02	0,0004
1886	-10	12,0	100	-120,0	11,63	0,37	0,1369
1887	-9	11,8	81	-106,2	11,94	-0,14	0,0196
1888	-8	11,3	64	-90,4	12,25	-0,95	0,9025
1889	-7	10,4	49	-72,8	12,56	-2,16	4,6656
1890	-6	11,9	36	-71,4	12,87	-0,97	0,9409
1891	-5	11,2	25	-56,0	13,19	-1,99	3,9601
1892	-4	12,9	16	-51,6	13,50	-0,60	0,3600
1893	-3	13,9	9	-41,7	13,81	0,09	0,0081
1894	-2	15,6	4	-31,2	14,12	1,48	2,1904
1895	-1	14,8	1	-14,8	14,43	0,37	0,1369
1896	0	15,3	0	0	14,74	0,56	0,3136
1897	1	15,0	1	15,0	15,05	-0,05	0,0025
1898	2	16,4	4	32,8	15,36	1,04	1,0816
1899	3	17,3	9	51,9	15,67	1,63	2,6569
1900	4	16,3	16	65,2	15,98	0,32	0,1024
1901	5	15,4	25	77,0	16,30	-0,90	0,8100
1902	6	17,3	36	103,8	16,61	0,69	0,4761
1903	7	17,9	49	125,3	16,92	0,98	0,9604
1904	8	17,2	64	137,6	17,23	-0,03	0,0009
1905	9	16,4	81	147,6	17,54	-1,14	1,2996
1906	10	18,1	100	181,0	17,85	0,25	0,0625
1907	11	18,7	121	205,7	18,16	0,54	0,2916
1908	12	18,2	144	218,4	18,47	-0,27	0,0729
1909	13	19,9	169	258,7	18,78	1,12	1,2544
1910	14	18,0	196	252,0	19,09	-1,09	1,1881
1911	15	18,4	225	276,0	19,41	-1,01	1,0201
1912	16	19,7	256	315,2	19,72	-0,02	0,0004
-	-	486,5	2 992	929,4	-	-	28,0336

$$a_0 = \frac{\sum s_i}{n} = \frac{486,5}{33} \approx 14,74$$

$$S = \sqrt{\frac{1}{n} \cdot \sum (s_i - y_i)^2} = \sqrt{\frac{1}{33} \cdot 28,0336}$$

$$a_1 = \frac{\sum s_i x_i}{\sum x_i^2} = \frac{929,4}{2992}$$

$$S \approx 0,922$$

$$a_1 \approx 0,311$$

$$V = \frac{S \cdot n}{\sum s_i} = \frac{0,922 \cdot 33}{486,5}$$

$$y = 14,74 + 0,311x$$

$$V \approx 0,0625$$

Die linearen Trendfunktionen und der Anpassungsgrad für die Getreidehektarerträge sowie die Entwicklung der Rinder- und Schweinebestände je 100 ha LN in den Jahren 1921 bis 1939, 1949 bis 1969 werden nach der gleichen Methode berechnet.

Anlage Nr. 10

Berechnung der linearen Trendfunktion für die Entwicklung der Rinderbestände je 100 ha LN in Deutschland 1873 bis 1912

Jahr	x_i	s_i	x_i^2	$s_i x_i$	y_i	$s_i - y_i$	$(s_i - y_i)^2$
1873	1	48,5	1	48,5	46,23	2,27	5,1529
1883	11	48,6	121	534,6	50,65	-2,05	4,2025
1892	20	54,0	400	1 080,0	54,63	-0,63	0,3969
1897	25	56,9	625	1 422,5	56,84	0,06	0,0036
1900	28	58,2	784	1 629,6	58,17	0,03	0,0009
1904	32	59,5	1 024	1 904,0	59,93	-0,43	0,1849
1907	35	63,4	1 225	2 219,0	61,26	2,14	4,5796
1912	40	62,1	1 600	2 484,0	63,47	-1,37	1,8769
-	192	451,2	5 780	11 322,2	-	-	16,3982

$$\sum s_i = a_0 n + a_1 \sum x_i \quad 451,2 = 8a_0 + 192a_1 \quad a_1 \approx 0,442$$

$$\sum s_i x_i = a_0 \sum x_i + a_1 \sum x_i^2 \quad 11 322,2 = 192a_0 + 5 780a_1$$

$$a_0 \approx 45,79$$

$$S = \sqrt{\frac{1}{n} \cdot \sum (s_i - y_i)^2} = \sqrt{\frac{1}{8} \cdot 16,3982} \approx 1,4317$$

$$V = \frac{S \cdot n}{\sum s_i} = \frac{1,4317 \cdot 8}{451,2} \approx 0,0254$$

Die linearen Trendfunktionen und der Anpassungsgrad für die Schweinebestände 1873 bis 1912 werden nach der gleichen Methode berechnet.

Berechnung der Exponentialfunktion für die Hektarerträge der vier Hauptgetreidearten in Deutschland 1921 bis 1939

Jahr	x_i	s_i	$\lg s_i$	$x_i \lg s_i$	y_i	$s_i - y_i$	$(s_i - y_i)^2$
1921	-9	16,7	1,2227	-11,0043	15,22	1,48	2,1904
1922	-8	13,0	1,1139	- 8,9112	15,52	-2,52	6,3504
1923	-7	17,2	1,2355	- 8,6485	15,83	1,37	1,8769
1924	-6	14,5	1,1614	- 6,9684	16,15	-1,65	2,7225
1925	-5	17,5	1,2430	- 6,2150	16,46	1,04	1,0816
1926	-4	15,8	1,1987	- 4,7948	16,79	-0,99	0,9801
1927	-3	16,8	1,2253	- 3,6759	17,12	-0,32	0,1024
1928	-2	19,9	1,2989	- 2,5978	17,46	2,44	5,9536
1929	-1	19,3	1,2856	- 1,2856	17,81	1,49	2,2201
1930	0	17,5	1,2430	0	18,16	-0,66	0,4356
1931	1	17,5	1,2430	1,2430	18,52	-1,02	1,0404
1932	2	20,1	1,3032	2,6064	18,89	1,21	1,4641
1933	3	21,3	1,3284	3,9852	19,26	2,04	4,1616
1934	4	19,0	1,2788	5,1152	19,64	-0,64	0,4096
1935	5	18,9	1,2765	6,3825	20,03	-1,13	1,2769
1936	6	18,9	1,2765	7,6590	20,43	-1,53	2,3409
1937	7	19,6	1,2923	9,0461	20,83	-1,23	1,5129
1938	8	23,1	1,3636	10,9088	21,24	1,86	3,4596
1939	9	21,4	1,3304	11,9736	21,66	-0,26	0,0676
-	-	348,0	23,9207	4,8183	-	-	39,6472

$$\sum x_i^2 = 570$$

$$\sum \lg s_i = n \lg a_0 \quad \lg a_0 = \frac{\sum \lg s_i}{n} = \frac{23,9207}{19} \approx 1,2592$$

$$\sum x_i \cdot \lg s_i = \lg a_1 \cdot \sum x_i^2 \quad \lg a_1 = \frac{\sum x_i \cdot \lg s_i}{\sum x_i^2} = \frac{4,8183}{570} \approx 0,0085$$

$$\lg y = \lg a_0 + \lg a_1 \quad \lg y = 1,2592 + x \cdot 0,0085$$

$$y = a_0 \cdot a_1^x \quad y = 18,16 \cdot 1,0198^x$$

$$S = \sqrt{\frac{1}{n} \sum (s_i - y_i)^2} = \sqrt{\frac{1}{19} \cdot 39,6472} \approx 1,4445$$

$$V = \frac{S \cdot n}{\sum s_i} = \frac{1,4445 \cdot 19}{348,0} \approx 0,0789$$

Berechnung der linearen Trendfunktion für die Hektarerträge der vier Hauptgetreidearten in Deutschland in Dreijahresperioden 1880/1882 bis 1910/1912 (jährlicher Durchschnittsertrag)

Jahre	x_i	s_i	x_i^2	$s_i x_i$	y_i	$s_i - y_i$	$(s_i - y_i)^2$
1880/1882	-5	10,9	25	-54,5	10,13	0,77	0,5929
1883/1885	-4	10,9	16	-43,6	11,05	-0,15	0,0225
1886/1888	-3	11,7	9	-35,1	11,98	-0,28	0,0784
1889/1891	-2	11,2	4	-22,4	12,90	-1,70	2,8900
1892/1894	-1	14,1	1	-14,1	13,82	0,28	0,0784
1895/1897	0	15,0	0	0	14,75	0,25	0,0625
1898/1900	1	16,7	1	16,7	15,67	1,03	1,0690
1901/1903	2	16,9	4	33,8	16,59	0,31	0,0961
1904/1906	3	17,2	9	51,6	17,52	-0,32	0,1024
1907/1909	4	18,9	16	75,6	18,44	0,46	0,2166
1910/1912	5	18,7	25	93,5	19,36	-0,66	0,4356
-	-	162,2	110	101,5	-	-	5,6444

$$a_0 = \frac{\sum s_i}{n} = \frac{162,2}{11} \approx 14,746$$

$$a_1 = \frac{\sum s_i x_i}{\sum x_i^2} = \frac{101,5}{110} \approx 0,923$$

$$y = 14,746 + 0,923x$$

$$S = \sqrt{\frac{1}{n} \sum (s_i - y_i)^2} = \sqrt{\frac{1}{11} \cdot 5,6444} \approx 0,716$$

$$V = \frac{S \cdot n}{\sum s_i} = \frac{0,716 \cdot 11}{162,2} \approx 0,0486$$

Die linearen Trendfunktionen und der Anpassungsgrad für die Getreidehektarerträge 1921/23 bis 1936/39 und 1949/51 bis 1967/69 werden im wesentlichen nach der gleichen Methode berechnet.

Berechnung der linearen Trendfunktion der positiven Abweichungen von den Trendfunktionswerten der Getreidehektarerträge in Deutschland 1880 bis 1912

Jahr	x_i	$s_i - y_i = s_i^+ > 0$	x_i^2	$s_i^+ x_i$	y_i^+
1880	1	0,64	1	0,64	0,658
1881	2	0,12	4	0,24	0,663
1882	3	1,61	9	4,83	0,668
1883					0,673
1884					0,678
1885					0,683
1886	7	0,37	49	2,59	0,688
1887					0,694
1888					0,699
1889					0,704
1890					0,709
1891					0,714
1892					0,719
1893	14	0,09	196	1,26	0,724
1894	15	1,48	225	22,20	0,729
1895	16	0,37	256	5,92	0,734
1896	17	0,56	289	9,52	0,739
1897					0,745
1898	19	1,04	361	19,76	0,750
1899	20	1,63	400	32,60	0,755
1900	21	0,32	441	6,72	0,760
1901					0,765
1902	23	0,69	529	15,87	0,770
1903	24	0,98	576	23,52	0,775
1904					0,780
1905					0,785
1906	27	0,25	729	6,75	0,790
1907	28	0,54	784	15,12	0,796
1908					0,801
1909	30	1,12	900	33,60	0,806
1910					0,811
1911					0,816
1912					0,821
-	267	11,81	5 749	201,14	-

$$\sum s_i^+ = a_0 n + a_1 \sum x_i \quad 11,81 = 16a_0 + 267a_1 \quad a_1 \approx 0,0051$$

$$\sum s_i^+ x_i = a_0 \sum x_i + a_1 \sum x_i^2 \quad 201,14 = 267a_0 + 5749a_1 \quad a_0 \approx 0,6527$$

$$y^+ = 0,6527 + 0,0051x$$

Die Trendfunktionen der positiven Abweichungen für die Getreidehektarerträge 1921 bis 1939 sowie 1949 bis 1969 werden nach der gleichen Methode ermittelt.

Berechnung der linearen Trendfunktion der negativen Abweichungen von den Trendfunktionswerten der Getreidehektarerträge in Deutschland 1880 bis 1912

Jahr	x_i	$s_i - y_i = s_i^+ < 0$	x_i^2	$s_i^+ x_i$	y_i^+
1880					0,711
1881					0,710
1882					0,708
1883	4	0,30	16	1,20	0,707
1884	5	0,11	25	0,55	0,706
1885	6	0,02	36	0,12	0,705
1886					0,704
1887	8	0,14	64	1,12	0,702
1888	9	0,95	81	8,55	0,701
1889	10	2,16	100	21,60	0,700
1890	11	0,97	121	10,67	0,699
1891	12	1,99	144	23,88	0,698
1892	13	0,60	169	7,80	0,696
1893					0,695
1894					0,694
1895					0,693
1896					0,692
1897	18	0,05	324	0,90	0,690
1898					0,689
1899					0,688
1900					0,687
1901	22	0,90	484	19,80	0,686
1902					0,684
1903					0,683
1904	25	0,03	625	0,75	0,682
1905	26	1,14	676	29,64	0,681
1906					0,680
1907					0,678
1908	29	0,27	841	7,83	0,677
1909					0,676
1910	31	1,09	961	33,79	0,675
1911	32	1,01	1 024	32,32	0,674
1912	33	0,02	1 089	0,66	0,672
-	294	11,75	6 780	201,18	-

$$\sum s_i^+ = a_0 n + a_1 \sum x_i \quad 11,75 = 17a_0 + 294a_1 \quad a_1 \approx -0,0012$$

$$\sum s_i^+ x_i = a_0 \sum x_i + a_1 \sum x_i^2 \quad 201,18 = 294a_0 + 6780a_1$$

$$y^+ = 0,7119 - 0,0012 x \quad a_0 \approx 0,7119$$

Die Trendfunktionen der negativen Abweichungen für die Getreidehektarerträge 1921 bis 1939 sowie 1949 bis 1969 werden nach der gleichen Methode ermittelt.

Darstellung der Trendfunktion für die Getreidehektarerträge von 1921 bis 1939 über das Jahr 1939 hinaus

Jahr	x_i	y_i	s_i	Jahr	x_i	y_i	s_i
1938	8	21,10	23,1	1959	29	28,41	24,4
1939	9	21,45	21,4	1960	30	28,76	27,5
1949	19	24,93	18,1	1961	31	29,10	21,7
1950	20	25,28	19,7	1962	32	29,45	26,4
1951	21	25,62	25,0	1963	33	29,80	24,7
1952	22	25,97	23,1	1964	34	30,15	27,0
1953	23	26,32	22,4	1965	35	30,50	29,2
1954	24	26,67	21,6	1966	36	30,84	26,1
1955	25	27,02	24,8	1967	37	31,19	31,8
1956	26	27,36	23,6	1968	38	31,54	33,4
1957	27	27,71	23,3	1969	39	31,89	29,5
1958	28	28,06	25,2				

Lineare Trendfunktion für 1921 - 1939: $y = 18,32 + 0,348x$.

x_i : Zeitwerte, die auf die Funktion $y = 18,32 + 0,348x$ bezogen sind.

y_i : Funktionswerte der Funktion $y = 18,32 + 0,348x$.

s_i : Hektarerträge für die vier Hauptgetreidearten in der DDR
(in dt/ha Erntefläche).

Die Extrapolation der Trendwerte für die anderen linearen Funktionen wird im wesentlichen nach der gleichen Methode durchgeführt.

Ermittlung der Meßwerte für die beiden Reihen

Jahre	R ₁			Jahre	R ₂		
	x _i	s _i	(s _i -y ₁):x _i		x _i	s _i	(s _i -y ₁):x _i
1921/23	-	15,6	-	1949/51	-	20,9	-
1924/26	1	15,9	0,40	1952/54	1	22,4	1,80
1927/29	2	18,7	1,60	1955/57	2	23,9	1,65
1930/32	3	18,4	0,97	1958/60	3	25,7	1,70
1933/35	4	19,7	1,05	1961/63	4	24,3	0,93
1936/39	5	20,8	1,06	1964/66	5	27,4	1,36
				1967/69	6	31,6	1,83

Als Test wird der parameterfreie U-Test verwendet. Siehe dazu Claus, Günter/Ebner, Heinz, Grundlagen der Statistik für Psychologen, Pädagogen und Soziologen, Berlin 1967, S. 205 ff.

Die Meßwerte für die beiden Reihen wurden nach der Methode $(s_i - y_1) : x_i$ ermittelt. Der erste Funktionswert für die Reihe R₁ beträgt $y_1 = 15,5$ dt und für die Reihe R₂ $y_1 = 20,6$ dt.

Bestimmung der Rangplätze

Meßwerte		Rangplatz	
für R ₁	für R ₂	R ₁	R ₂
0,40	-	1	-
-	0,93	-	2
0,97	-	3	-
1,05	-	4	-
1,06	-	5	-
-	1,36	-	6
1,60	-	7	-
-	1,65	-	8
-	1,70	-	9
-	1,80	-	10
-	1,83	-	11
		20	46

Berechnung der Prüfgrößen

$$U = R_1 - \frac{n_1(n_1 + 1)}{2} = 20 - \frac{5 \cdot 6}{2} = 5$$

$$U' = R_2 - \frac{n_2(n_2 + 1)}{2} = 25$$

Überprüfung der Hypothesen

Nach Claus, Günter/Ebner, Heinz, (a. a. O., Tafel 6, S. 345) weist für $U = 5$, $n_1 = 5$ und $n_2 = 6$ mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von nur 4,1% R₂ im Mittel größere Werte auf als R₁.

Ermittlung der Meßwerte für die beiden Reihen

Jahre	R_1		Meßwerte $(s_i - y_1) : x_i$	Jahre	R_2		Meßwerte $(s_i - y_1) : x_i$
	x_i	s_i			x_i	s_i	
1873	-	48,5	-	1921	-	60,1	-
1883	10	48,6	0,24	1922	1	58,4	0,10
1892	19	54,0	0,41	1923	2	59,5	0,60
1897	24	56,9	0,45	1924	3	61,4	1,03
1900	27	58,2	0,44	1925	4	60,4	0,53
1904	31	59,5	0,43	1926	5	60,4	0,42
1907	34	63,4	0,51	1927	6	63,0	0,78
1912	39	62,1	0,41	1928	7	64,6	0,90
				1929	8	63,3	0,63
				1930	9	64,8	0,72
				1931	10	67,1	0,88
				1932	11	67,2	0,81
				1933	12	69,3	0,92
				1934	13	67,4	0,70
				1935	14	67,6	0,66
				1936	15	71,7	0,89
				1937	16	73,4	0,94
				1938	17	71,4	0,79
				1939	18	70,0	0,65

R_1 : Rinderbestände je 100 LN 1873 bis

1912 $y_1 = 46,2$ Stück

R_2 : Rinderbestände je 100 LN 1921 bis

1939 $y_1 = 58,3$ Stück

Quelle: Claus, Günter/Ebner, Heinz, Grundlagen der Statistik für Psychologen, Pädagogen und Soziologen, Berlin 1967.

Bestimmung der Rangplätze

Meßwerte		Rangplätze	
für R_1	für R_2	R_1	R_2
-	0,10	-	1
0,24	-	2	-
0,41	-	3,5	-
0,41	-	3,5	-
-	0,42	-	5
0,43	-	6	-
0,44	-	7	-
0,45	-	8	-
0,51	-	9	-
-	0,53	-	10
-	0,60	-	11
-	0,63	-	12
-	0,65	-	13
-	0,66	-	14
-	0,70	-	15
-	0,72	-	16
-	0,78	-	17
-	0,79	-	18
-	0,81	-	19
-	0,88	-	20
-	0,89	-	21
-	0,90	-	22
-	0,92	-	23
-	0,94	-	24
-	1,03	-	25
		39	286

Berechnung der Prüfgrößen

$$U = 11 \quad U' = 115$$

Überprüfung der Hypothesen

Nach Claus, Günter/Ebner, Heinz, a. a. O., Tafel 7, S. 348 f., weist für

$U_{0,01;7,18} = 24$, $n_1 = 7$ und $n_2 = 18$ mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von nur 1 % R_2 im Mittel größere Werte als R_1 auf. Da nun die Prüfgröße

$U < U_{0,01;7,18}$ ist, liegt die Irrtumswahrscheinlichkeit für diese Signifikanz sogar noch erheblich unter 1 %.

Hinweis

Durch ein bedauerliches Versehen ist die fortlaufende
Paginierung ab S. 51 unterbrochen.

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte IV/1972

DIE VERSTAATLICHUNG DER BRITISCHEN EISENBAHNEN IM RAHMEN DER VERSTAATLICHUNGSPOLITIK DER DRITTEN LABOURREGIERUNG 1945 BIS 1951⁺

von Otmar Thiede

0. Einleitung

1. Einige wirtschaftliche Folgen des zweiten Weltkrieges für Großbritannien
2. Die innenpolitische Lage Großbritanniens am Ende des zweiten Weltkrieges
3. Die Parlamentswahlen von 1945 und die Bildung der dritten Labourregierung
4. Die Verstaatlichungspolitik der dritten Labourregierung
5. Der technisch-wirtschaftliche Zustand der Eisenbahnen vor ihrer Verstaatlichung
6. Verladende Wirtschaft, Eisenbahngesellschaften und Labourpartei zur Lösung des Eisenbahnproblems
7. Die Vorbereitung und Annahme des Verkehrsgesetzes von 1947

0. Einleitung

Die Verstaatlichungspolitik der dritten Labourregierung 1945 bis 1951 führte zu einer beträchtlichen Ausdehnung des kapitalistischen Staatseigentums in Großbritannien. Natürlich hatte Großbritannien seit langem Unternehmen, die öffentliches - staatliches oder kommunales - Eigentum waren. Dazu zählen die Waffenfabriken, Marinewerften, die Post, die kommunale Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Nahverkehrsunternehmen und der Londoner Hafen. Dies waren längst vertraute Einrichtungen des kapitalistischen Systems, und sie entsprachen im wesentlichen der Einschätzung, die Friedrich Engels über die Bismarckschen Verstaatlichungsmaßnahmen gab. Mit der Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Großbritannien in und nach dem ersten Weltkrieg führte die Verstaatlichung das erstmal zu größeren Konzentrations- und Zentralisationsvorgängen. Während der relativen Stabilisierung des Kapitalismus schuf im Verlauf einer Monopolisierungs- und Konzentrationswelle, in der der Staat seine Unterdrückungsfunktion verstärkte, ein konservatives Kabinett im Jahre 1926 das "Central Electricity Board", das die Großverteilung der Elektrizität über ein nationales Verbundnetz übernahm. 1933 wurde im Verlauf der Weltwirtschaftskrise, in der es zu einer gewaltigen Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit besonders auch im Londoner Nahverkehr kam, das "London Passenger Transport Board" gegründet, das als Vorläufer der Verstaatlichung des Verkehrswesens

+ Die vorliegende Arbeit entstand aus einem Kapitel der Dissertation des Verfassers. Vgl. Thiede, Otmar, Die Verstaatlichung der britischen Eisenbahnen unter der dritten Labourregierung 1945 - 1951, Diss. Verkehrshochschule "Friedrich List" Dresden 1970. - Der Autor beabsichtigt, in weiteren Veröffentlichungen auch noch auf andere mit diesem Thema zusammenhängende Probleme einzugehen.

unter der dritten Labourregierung gelten kann. In ihm wurden 17 Eisenbahn-, 16 Straßenbahn- und 62 Omnibusunternehmen konzentriert.

Quantitativ einmalig und qualitativ neu waren die Verstaatlichungsmaßnahmen unter der dritten Labourregierung. Sie umfaßten die Kohlegewinnung, die Gas- sowie Elektrizitätserzeugung und -verteilung und große Bereiche des Verkehrswesens. Die Verstaatlichung führte zur Konzentration und Unterstellung dieser Betriebe, in denen 10 Prozent der in der Wirtschaft Großbritanniens Beschäftigten tätig waren¹, unter 12 staatliche Konzernleitungen. Diese Zweige der Grundstoffindustrie und des Verkehrswesens zeichnen sich durch folgende Merkmale aus:

- Sie arbeiten mit hohen Vorschüssen an fixem und langfristig zirkulierendem Kapital (hoher Investitionsbedarf, große Kapitalanlagen, relativ langsamer Kapitalumschlag).
- Ihre Produktivkräfte drängen besonders auf eine zentralisierte Leitung.
- Sie sind ein Kriterium für die Verwertung des gesamten Monopolkapitals.

Tatsächlich übernahm die dritte Labourregierung mit ihren Verstaatlichungsmaßnahmen die Investitionstätigkeit in diesen Zweigen und machte den Privatmonopolen die Hände frei, so daß die Monopolbourgeoisie ihr Kapital rettete bzw. günstiger anlegen konnte. Der Staat realisierte mit den Verstaatlichungsmaßnahmen Regulierungsfunktionen hinsichtlich der Profithöhe der Privatmonopole in verschiedener Hinsicht: Die durch den Bau und die Unterhaltung dieser unrentablen Zweige entstehenden Kosten konnten auf die breite Masse der Steuerzahler abgewälzt werden, und es bestand die Möglichkeit, das Nationaleinkommen durch billige Leistungen dieser Zweige zugunsten der Privatmonopole umzuverteilen. Diese Zweige dienten den Privatmonopolen als umfangreicher und beständiger Markt für den Absatz an Investitionsgütern zu hohen Preisen bei entsprechend hohen Profiten.

Die Monopolbourgeoisie zog also großen Nutzen aus den Verstaatlichungsmaßnahmen der dritten Labourregierung. Die Hauptmasse der Produktionsmittel blieb jedoch in Privateigentum: Während der Anteil der vom Staat Beschäftigten im sogenannten Versorgungssektor rund 70 Prozent betrug, machte dieser Anteil in der verarbeitenden Industrie nur 4 Prozent aus. Der Profittrieb wirkte in der Weise, daß selbst in der Grundstoffindustrie und im Verkehrswesen keine vollständige Verstaatlichung erfolgte und Unternehmen, die unter staatlicher Regie durch Erweiterung und Rekonstruktion rentabel geworden waren, reprivatisiert wurden. Dies bestätigt, daß die Integration des Verkehrswesens, die im Verkehrsgesetz von 1947 als Ziel gestellt war, im Kapitalismus objektiv unmöglich ist. Der Tendenz zur Verstaatlichung im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Behandlung der Produktivkräfte wirkte weiterhin entgegen, daß die Bourgeoisie die offene Propagierung der Idee der erweiterten staatlichen Lenkung der Wirtschaft fürchten mußte, weil sie die Legende von der Überlegenheit des Privateigentums untergräbt. Deshalb wandte sich die Monopolbourgeoisie Großbritanniens in der Folge scharf gegen weitere Verstaatlichungen, die profitable Industriezweige betroffen hätten.

Die Verstaatlichung der britischen Eisenbahnen im Rahmen der Verstaatlichungspolitik der dritten Labourregierung 1945 bis 1951 wurde in ihrem konkreten Charakter von folgenden drei Hauptfaktoren bestimmt:

- 1 Der Wirkungsbereich des Staates war allerdings noch viel größer. Rechnet man die Beschäftigten im medizinischen Dienst, im Schulwesen, in der staatlichen und örtlichen Verwaltung hinzu, so ergibt sich ein Anteil von mehr als einem Viertel an der Gesamtbeschäftigtenzahl für Großbritannien. Hinzu kamen die 830 000 Personen in den Streitkräften und in den zugehörigen Einrichtungen. Dabei wurden umfangreiche Mittel und Teile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals in den Händen des Staates konzentriert.

- von der wirtschaftlichen und innenpolitischen Lage Großbritanniens am Ende des zweiten Weltkrieges,
- vom Wesen der am Ende des zweiten Weltkrieges gebildeten dritten Labourregierung,
- vom technisch-wirtschaftlichen Zustand der Eisenbahnen vor ihrer Verstaatlichung.

1. Einige wirtschaftliche Folgen des zweiten Weltkrieges für Großbritannien

Der britische Kapitalismus ging aus dem zweiten Weltkrieg geschwächt hervor. Zwar hatten die Kriegsschäden die Industrieproduktion nicht wesentlich verringert², und die Profite der britischen Kapitalisten waren von 1,37 Milliarden Pfund Sterling im Jahre 1938 auf 2,4 Milliarden Pfund Sterling im Jahre 1945 gestiegen.³ Aber beträchtlich war die Schwächung des britischen Kapitalismus durch die sogenannten fehlenden Investitionen (desinvestment), das heißt durch die Verluste infolge der Unmöglichkeit bzw. des bewußten Versäumnisses, die Produktionsmittel zu erhalten und zu ersetzen, also eine erweiterte kapitalistische Reproduktion zu betreiben.⁴ Der britische Kapitalismus war weiterhin durch die Verluste im sogenannten unsichtbaren Export (den Profiten aus den Kapitalinvestitionen im Ausland, aus der Schifffahrt und aus den internationalen Finanzoperationen⁵, mit dem vor dem Krieg fast ein Drittel der Importe bezahlt wurde⁶, geschwächt. Ein Labourpolitiker gab dazu folgende Einschätzung: "Früher oder später mußten wir uns mit der Tatsache vertraut machen, daß wir im Ausland nur kaufen konnten, wenn wir für Importe mit Waren oder Dienstleistungen bezahlten."⁷ Der ehemalige konservative Minister für Produktion gab den Rückgang der Exporte von 1938 bis 1944 in Pfund Sterling von 471 Millionen auf 256 Millionen und als Indexzahlen von 100 auf 54 an.⁸

Der Verschleiß an Produktionsmitteln, der nicht durch neue Investitionen gedeckt wurde, und der Verlust an Märkten bedingten den weiteren Verfall einiger "traditioneller" Zweige der britischen Industrie, insbesondere des Eisenbahnwesens, der Kohlen-, der Textil- und der Bekleidungsindustrie.⁹ Das Zurückbleiben der wenig konzentrierten und technisch veralteten Energiewirtschaft (Kohle, Gas und zum Teil Elektrizität) und das in Verfall geratene Binnenverkehrswesen, insbesondere die physisch und moralisch verschlissenen und wirtschaftlich bankrotten Eisenbahnen, führten zu einer Erhöhung der Produktionskosten bei den Monopolen, zur Schwächung der Konkurrenzfähigkeit der "neuen Wirtschaftszweige" (Chemieindustrie, Elektrotechnik und Elektronik, Fahrzeugbau und andere) auf dem Weltmarkt und beschränkten die Möglichkeiten der Kapitalakkumulation in diesen Wirtschaftszweigen.

2 Nach einem von der UNO benutzten Index betrug die Industrieproduktion 1937: 100, 1939: 94 und 1946: 90. (Vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 25: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in England von 1900 bis zur Gegenwart, Berlin 1965, S. 166.)

3 Vgl. Truchanowski, W. G., Neueste Geschichte Englands 1917 - 1951, Berlin 1962, S. 464.

4 Vgl. Brady, R. A., Crisis in Britain, London 1950, S. 5 f.

5 Vgl. Truchanowski, W. G., a. a. O., S. 466.

6 Zit. nach Hall, J. E. D., Labour's First Year, London 1947, S. 14. - Die Kapitalinvestitionen zum Beispiel waren während des Krieges um 25 Prozent gesunken. (Vgl. Truchanowski, W. G., a. a. O.)

7 Hall, J. E. D., a. a. O.

8 Vgl. ebenda.

9 Vgl. Ekonomika i politika Anglii posle vtoroj mirovoj vojny (Wirtschaft und Politik Englands nach dem zweiten Weltkrieg), Moskau 1958, S. 98.

zweigen.¹⁰ Die Eisenbahngesellschaften nannten die Summe von 92 Millionen Pfund Sterling für bis zum Jahre 1944 aufgeschobene Ersatzinvestitionen. Für eine Modernisierung wäre allerdings fast das Dreifache erforderlich gewesen.¹¹ Die Konservativen gaben in einem politischen Dokument 1946 folgende Einschätzung: "Britannien befindet sich in einem schlimmen Zustand (Britain is in a bad way). Vor 1914 schuldete die Welt dem Volke unseres Landes 100 L pro Kopf. Heute schuldet Britannien der übrigen Welt rund 100 B pro Kopf der Bevölkerung des Landes."¹² Bevan, der spätere Gesundheitsminister der dritten Labourregierung, erklärte im Zusammenhang mit der ökonomischen Lage Großbritanniens: "Man muß betonen, daß wir hier von nichts Geringerem als vom Überleben (survival) Großbritanniens als einer Industriemacht sprechen."¹³

2. Die innenpolitische Lage Großbritanniens am Ende des zweiten Weltkrieges

Wie also aus ihren Äußerungen hervorgeht, waren sich die Vertreter der Konservativen wie auch die rechten Labourführer über die außerordentliche Schwächung des britischen Kapitalismus am Ende des zweiten Weltkrieges im klaren. Doch die Konservativen hatten angesichts der im Krieg gegen Hitlerdeutschland und seine Verbündeten gewachsenen Kraft der Arbeiterklasse und der erstarkten anderen fortschrittlichen Kräfte in Großbritannien und in der übrigen Welt keine für die Rettung des imperialistischen Systems Großbritanniens günstige Lösung anzubieten.¹⁴ Die rechtsopportunistischen Führer der Labourpartei bemühten sich, die Forderungen der Arbeiterklasse und anderer fortschrittlicher Kräfte in Bahnen zu lenken, die das imperialistische System Großbritanniens nicht bedrohten, sondern in der Endkonsequenz mit ihm konform gingen. Wie die Taten dieser Labourführer in der Folge bewiesen, ging es ihnen nur um eine Rettung der kapitalistischen Ordnung in Großbritannien; denn sie stellten sich den Forderungen der britischen Arbeiter entgegen oder münzten sie zum Nutzen des britischen Kapitalismus um, wie dies zum Beispiel eben auch durch die Verstaatlichungspolitik der dritten Labourregierung geschah, bei der die Labourführer kapitalistische Verstaatlichungsmaßnahmen demagogisch als Schritt auf dem Wege zum Sozialismus bezeichneten.

Die gewachsene Kraft der Arbeiterklasse zeigte sich beispielhaft an der Festigung der Einheit der Eisenbahner: Der Landesverband der Eisenbahner (National Union of Railwaymen, NUR), der Verband der Eisenbahnangestellten (Railway Clerks' Association, RCA) und die Vereinigte Gesellschaft der Lokomotivführer und Heizer (Associated Society of Locomotive Engineers and Firemen, ASLEF) gründeten 1943 ein ständiges Komitee zur Erörterung aller Fragen, die die Entlohnung der Eisenbahner und die Koordinierung der Tätigkeit dieser drei Gewerkschaften betrafen.¹⁵ Die britischen Werk tätigen wollten nicht zu den üblen Zu-

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 101 f.

¹¹ Vgl. Heinemann, M., Who Is to Plan Our Post-War Industries? in: Labour Monthly, Nr. 4/1945, S. 120. - Ein Parlamentsausschuß, nach seinem Vorsitzenden Weir-Ausschuß genannt, hielt 1930 die Summe von 260 Millionen B für eine vollständige Elektrifizierung der Eisenbahnen für erforderlich. (Ebenda.)

¹² The Industrial Charter - A Better Plan for Everyman. A Statement of Conservative Policy, London 1946, S. 5.

¹³ Bevan, Aneurin, In Place of Fear, London 1952, S. 70.

¹⁴ Vgl. Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 160.

¹⁵ Vgl. Fagan, Hymnie, Die dritte Labourregierung in Großbritannien von 1945 - 1951 (im folgenden; Die dritte Labourregierung), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 13. Jg. 1965, S. 759. - Mitgliedschaft der drei Eisenbahngewerkschaften im Jahre 1943: Landesverband der Eisenbahner (NUR): 405 758 Mitglieder; Verband der Eisen-

ständen in der Zeit zwischen den Weltkriegen zurückkehren. Selbst der Führer der Labourpartei, Clement Attlee, kam nicht umhin, angesichts dieser Situation die Feststellung zu treffen: "Das Volk verlangte eine positive neue Politik und wies den Versuch zurück, zur alten zurückzukehren ..."¹⁶

Wenn die herrschenden Kreise Großbritanniens vom Überleben Großbritanniens als Industriemacht sprachen, so meinten sie natürlich Großbritannien als imperialistische Industriemacht. Im Krieg hatten sie, um die Rüstungsproduktion auf dem höchsten Stand zu halten, dem Volk gewisse Versprechungen gemacht, die gleichzeitig die revolutionären Stimmungen bei den britischen Werktätigen dämpfen sollten.¹⁷ So wurde versprochen, daß der Staat nach Kriegsende für Vollbeschäftigung sorgen, ein verbessertes Gesundheitswesen schaffen und für verbesserte soziale Einrichtungen eintreten werde.¹⁸ Das Programm des britischen Monopolkapitals zur Rekonstruktion der Wirtschaft wurde der Regierung von der Föderation der britischen Industrie (Federation of British Industries, FBI) in einem umfangreichen Programm unter dem Titel "Reconstruction" vorgelegt.¹⁹ Den Ausweg aus den Nachkriegsschwierigkeiten sah der Bericht in der verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse bei Ausbau des Staatskapitalismus. Unter dem Mantel des Kampfes gegen das faschistische Deutschland hatte die Bourgeoisie die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen mit Hilfe der staatsmonopolistischen Kriegswirtschaft verstärkt.²⁰ Um die Wirtschaft des Landes nach dem Krieg noch stärker den großen Monopolen unterzuordnen, wollte die Bourgeoisie die kriegswirtschaftliche Regulierung möglichst lange nach dem Krieg beibehalten und das staatsmonopolistische System ausbauen.²¹

Die britische Arbeiterklasse betrachtete die Reformpläne der Regierung Churchill als völlig ungenügend. Die Mehrheit der Arbeiter forderte die Nationalisierung der Kohlenindustrie. Vertreter des Verbandes der Transportarbeiter und der ungelerten Arbeiter (Transport und General Workers' Union) sowie des Landesverbandes der Eisenbahner (NUR) verlangten auf einer Labourkonferenz im Krieg die Nationalisierung der Eisenbahnen und der Binnenschifffahrt.²² Auf derselben Konferenz wurde der Antrag eingebracht, die gesamte Kriegswirtschaft "auf eine sozialistische Grundlage zu stellen".²³ Beide Anträge fanden die Zustimmung der Konferenz, aber die Führung des Trades Union Congress (TUC) und der Labourpartei unternahm keinerlei Schritte zu ihrer Verwirklichung.²⁴

Erst unter verstärktem Druck der Massen beschloß der Jahreskongreß des TUC in Blackpool Ende 1944 ein Programm zur Reorganisation der britischen Wirtschaft.²⁵ Mit diesem Programm wurden im wesentlichen die Vorschläge wieder aufgenommen, die in einem 1932 herausgegebenen Bericht des TUC mit dem Titel "Die öffentliche Kontrolle und die Regulie-

bahnangestellten (RCA): 87 644 Mitglieder; Vereinigte Gesellschaft der Lokomotivführer und Heizer (ASLEF): 67 432 Mitglieder. (Vgl. Goldstein, J., The Government of British Trade Unions, London 1952, S. 38.)

16 Attlee, Clement R., A Prime Minister Remembers, London o. J., S. 8.

17 Vgl. Truchanowski, W. G., a. a. O., S. 424.

18 Vgl. Fagan, Hymnie, a. a. O., S. 759.

19 Vgl. Truchanowski, W. G., a. a. O., S. 424 ff.

20 Dazu gehörte vor allem die Verteidigungsordnung (Defense Regulation) 18 B, d. h. Ermächtigung zur Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren und Anklage, sowie die Verteidigungsordnung 2 D, d. h. die Ermächtigung, Zeitungen ohne gerichtliche Begründung zu verbieten. (Vgl. Hull, A., British Trade Unionism, London 1952, S. 145.)

21 Vgl. Truchanowski, W. G., a. a. O., S. 426.

22 Vgl. ebenda.

23 Zitiert nach ebenda.

24 Ebenda.

25 Post-War Reconstruction. Interim Report, hg. v. TUC, Blackpool 1944.

zung der Industrie und des Handels" (Public Control and Regulation of Industry and Trade) gemacht worden waren.²⁶ Das Programm forderte die Nationalisierung der wichtigsten Zweige der Brennstoff- und Energieindustrie (Kohle, Gas, Elektroenergie), des Verkehrswesens (Eisenbahnen, Kanäle, Kraftverkehr, Küstenschifffahrt und Inlandflugverkehr), der Stahlindustrie und, ohne unmittelbare Terminstellung, der Baumwollindustrie²⁷, die öffentliche Kontrolle über die Zweige der übrigen Industrie, die am stärksten monopolisiert waren²⁸, die Schaffung eines Nationalen Industrierates (als oberste und zentrale Koordinierungsbehörde unter Beteiligung der Gewerkschaften), die Kontrolle der Verbraucherpreise, die Beibehaltung der staatlichen Subventionierung einiger Waren des Massenbedarfs sowie eine staatliche Regelung der Finanzierung und der Kapitalinvestitionen bei Beachtung nationaler und sozialer Gesichtspunkte.²⁹ Die Verfasser des Berichts des TUC machten jedoch gleichzeitig viele Vorbehalte. Es wurde nicht die Frage nach der Macht der Arbeiterklasse gestellt, der Bericht hielt es nicht für möglich, "mit irgendwelcher Genauigkeit und Endgültigkeit" ein vollständiges, zeitlich determiniertes Nationalisierungsprogramm aufzustellen³⁰, und gab keine konkrete Stellungnahme zur künftigen Änderung der Eigentumsverhältnisse in den zunächst nicht für die Verstaatlichung vorgesehenen Industriezweigen ab. Die Kommunistische Partei Großbritanniens vertrat demgegenüber in ihren Dokumenten konsequent die Interessen der Werktätigen. Im September 1944 veröffentlichte sie ihr Programm "Wie der Krieg zu gewinnen ist", das alle demokratischen Kräfte Großbritanniens zum gemeinsamen Kampf gegen die Herrschaft der Konservativen aufforderte.³¹ Die Entschlie-ßung "Sieg, Frieden, Sicherheit", die auf dem Parteitag der KP Großbritanniens im Oktober 1944 angenommen wurde, stellte ein Kampfprogramm für die britische Arbeiterklasse dar.³² In bezug auf die Wirtschaft forderte die Entschlie-ßung, in Großbritannien die Planwirtschaft einzuführen sowie, ausgehend von der Nationalisierung des Bodens, der Kohlen- und Brennstoffindustrie, des Verkehrs- und Hüttenwesens und der Banken, gesellschaftliche Veränderungen vorzunehmen.³³ Zur Vorbereitung eines künftigen Wahlsieges über die Konservativen schlug die Kommunistische Partei der Labourpartei vor, bei den Parlamentswahlen zusammenzugehen. Der Vorschlag wurde von einer Reihe der größten Gewerkschaften unterstützt, aber die Führung der Labourpartei widersetzte sich einem gemeinsamen Vorgehen mit der Kommunistischen Partei.³⁴

3. Die Parlamentswahlen von 1945 und die Bildung der dritten Labourregierung

Gegen Ende des Krieges in Europa rückte die Frage der Parlamentswahlen, die seit 1940 infolge des Kriegszustandes ausgesetzt worden waren, in den Mittelpunkt des politischen Lebens Großbritanniens.

Die Labourpartei legte unter dem Druck der Volksmassen und zur Gewinnung von Stimmen im Mai 1945 ein Wahlprogramm³⁵ vor, das einige Vorschläge zur Verstaatlichung und zu sozialen Reformen enthielt. In bezug auf die Verstaatlichungsvorschläge hatte damals noch die Clause IV des im Jahre 1918 angenommenen programmatischen Dokuments der Labour-

26 Vgl. ebenda, S. 2.

27 Ebenda, S. 9.

28 Ebenda, S. 16.

29 Truchanowski, W. G., a. a. O., S. 450.

30 Post-War Reconstruction, a. a. O., S. 9.

31 Zitiert bei Truchanowski, W. G., a. a. O., S. 425.

32 Zitiert ebenda.

33 Ebenda.

34 Vgl. ebenda.

35 Let Us Face the Future. A Declaration of Labour Policy for the Nation, London 1945.

partei "Labour and the New Social Order" Gültigkeit. In diesem Dokument heißt es, daß es das Ziel der Partei sei, "für die Hand- und Geistesarbeiter die vollen Früchte ihrer Arbeit und die gerechteste Verteilung, die auf der Basis des allgemeinen Eigentums an den Produktions-, Distributions- und Kommunikationsmitteln und auf der Basis des bestmöglichen Systems der Leitung und Kontrolle jedes Industriezweiges oder öffentlichen Dienstes möglich ist, zu gewährleisten."³⁶ Die rechten Labourführer dachten jedoch nicht daran, Maßnahmen vorzusehen, die eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Großbritannien bedeutet hätten. Je näher die Wahl rückte, um so deutlicher wurde dies. Sogar den Redakteuren der "Railway Gazette", der führenden Zeitschrift der Eisenbahnmagnaten, fiel auf, daß in den letzten Monaten des Jahres 1944 "eine Veränderung in der Betonung einzutreten scheint, die gewisse Führer der Labourpartei in bezug darauf, ob es wünschenswert sei, die Eisenbahnen und andere größere Industriezweige des Landes zu 'nationalisieren', legen."³⁷ Entgegen den Beschwörungen der Labourführung setzten die Delegierten auf der Jahreskonferenz der Labourpartei 1944 jedoch noch eine Abstimmung durch, in der sich die Mehrzahl der Delegierten für eine Nationalisierung wenigstens des Bodens, der großen Bauunternehmen, der Schwerindustrie und der Elektroenergieerzeugung aussprach.³⁸ Das auf der Jahreskonferenz der Labourpartei im Mai 1945 angenommene Wahlprogramm "Let Us Face the Future" bedeutete aber ein weiteres Abrücken der Labourpartei von Maßnahmen zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen. Die Labourpartei schlug in diesem Programm nur noch die Verstaatlichung der Brennstoff- und Energieindustrie, des Binnenverkehrswesens sowie der Eisen- und Stahlindustrie vor. Selbst die repräsentative Wirtschaftszeitschrift der britischen Bourgeoisie "Economist" konnte sich nicht enthalten zu bemerken, daß sich das Programm "Let Us Face the Future" "vielleicht klugerweise auf die Verstaatlichung von Brennstoff und Energie, Binnenverkehr, Eisen und Stahl und die Bank von England beschränkt ... Nach dem Tenor einiger auf der Tagesordnung (der Jahreskonferenz der Labourpartei 1945 - O. T.) stehender Resolutionen zu urteilen, werden viele Delegierte sagen, daß das Programm nicht weit genug geht, und eine schnellere Einführung des Sozialismus anstelle des jetzt vorgeschlagenen Ratensystems fordern."³⁹ Die großbürgerliche "Times" schrieb: "... die Labourpartei hat zumindest Pläne für eine gewisse Reorganisation einer Gruppe von Industrien vorgelegt, die nach allgemeiner Einsicht nicht in den Zustand zurückkehren können, in dem sie vom Krieg überrascht wurden."⁴⁰

Die Konservativen wandten sich gegen die Verstaatlichung und gegen die Beibehaltung der staatlichen Kontrolle über die Wirtschaft in dem von der Labourführung vorgeschlagenen Umfang. Im übrigen war das Programm der Konservativen wenig konkret. "Die Konservative Partei hatte Herrn Churchill und den Segen (blessings) seines Vier-Jahr-Planes, Herr Churchill legte den Wählern seine mannigfaltigen Erfahrungen vor und bat um einen weiteren Vertrauensbeweis der Wähler, wobei er wenig oder nichts über die Konservative Partei sagte."⁴¹ Mit antisozialistischen Schreckbildern, in denen Churchill den Labourführern einen Sozialismus unterstellte, den sie gar nicht wollten, führten die Konservativen den Wahlkampf.⁴²

36 The Labour Party Report of the 48th Annual Conference, Blackpool/London 1949, S. 228 f.

37 Nationalisation of Railways, in: Railway Gazette, Bd. 84, Nr. 1/1945, S. 1.

38 Ebenda.

39 Labour's Election Programme, in: Economist, Nr. 5305/1945, S. 541.

40 The Times, 29. 6. 1945, zit. in: Montagu, I. The election campaign, in: Labour Monthly, Nr. 8/1945, S. 233.

41 Callum, R. B./Readman, A., The British General Election of 1945, London 1947, S. 128.

42 Vgl. Mr. Churchill on Controls and Free Enterprise, in: Railway Gazette, Bd. 82, Nr. 12/1945, S. 293.

Die Kommunistische Partei Großbritanniens ging mit Forderungen nach Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Wahlkampf. Harry Pollit sagte dazu: "Es ist ein integrierender Bestandteil unseres Kampfes, daß wir dem Volk eine Vorstellung davon geben müssen, was Sozialismus in unserem Lande bedeutet. Wir müssen das Klassenbewußtsein wecken. Wir müssen das Volk dazu bringen, die Tory-Herrschaft wirklich zu hassen, und das wird von unschätzbarem Wert nach den Parlamentswahlen sein."⁴³ Damit war die KP Großbritanniens von Anfang an darauf bedacht, neben dem Kampf gegen die Konservativen die verräterische Politik der Labourführer zu entlarven. Die Kommunistische Partei ging in die Abstimmung mit der Taktik: "An jedem Ort, an dem ein Kommunist kandidiert, stimmt für die Kommunisten! An jedem Ort, an dem kein kommunistischer Kandidat vorhanden ist, gebt der Labourpartei eure Unterstützung!"⁴⁴ Die Kommunisten und die mit ihnen zusammengehenden Linken kritisierten in diesem Zusammenhang das Labourprogramm. Der bekannte fortschrittliche Jurist und Publizist Denis Novel Pritt, der erfolgreich als unabhängiges Labour-Parlamentsmitglied kandidierte und mit den beiden 1945 ins Parlament gewählten Kommunisten Gallacher und Piratin zusammenarbeitete, schrieb später, daß viele Menschen mit größerem politischen Verständnis "Let Us Face the Future" als "nichts weiter als ein in Wirklichkeit verschwommenes und sorgfältig abgefaßtes reformistisches Programm, das überhaupt nichts mit Sozialismus zu tun hat", betrachteten.⁴⁵

Bei den Parlamentswahlen erlitten die Konservativen eine vernichtende Niederlage. Die Labourpartei erhielt rund 12 Millionen Stimmen und errang aufgrund des Mehrheitswahlsystems⁴⁶ 393 Sitze im Parlament. Die Konservativen⁴⁷ erhielten etwa 10 Millionen Stimmen und 213 Sitze.⁴⁸ 79 Wahlkreise wählten das erstmalig in ihrer Geschichte die Labourpartei. Die herrschende Klasse war zunächst über den Ausgang der Wahlen bestürzt. Churchills Biographin, Virginia Cowles, gab in ihrem Buch, dessen Titel in deutscher Übersetzung bezeichnenderweise "Kein Grund zur Beunruhigung" lautet, die folgende Einschätzung: "Als die Wahlergebnisse am 26. Juli bekannt wurden, war die Bestürzung in der britischen 'upper class' offensichtlich größer als wenn Bomben auf London gefallen wären."⁴⁹ Mit der Abfuhr, die das britische Volk den Konservativen erteilte, zeigte es, daß es nicht zu der Innen- und Außenpolitik der Konservativen vor dem Kriege zurückkehren wollte. Die Niederlage der Konservativen Partei machte deutlich, daß der Sieg über den deutschen und italienischen Faschismus nicht nur die Positionen der Reaktion auf dem Kontinent geschwächt hatte, sondern der "Linksdruck" auch auf Großbritannien übergriffen hatte.⁵⁰

43 Pollit, Harry, The Communist Party and the Election, in: Labour Monthly, Nr. 7/1945, S. 201.

44 Communist Election Policy, in: Labour Monthly, Nr. 7/1945, S. 221.

45 Pritt, Denis Novel, The Labour Government 1945 - 1951, London 1963, S. 16.

46 In jedem Wahlkreis erhält der Kandidat mit den meisten Stimmen einen Sitz im Parlament, während die Stimmen des oder der Gegenkandidaten keine weitere Berücksichtigung finden.

47 Einschließlich Ulster Unionists und National Liberals.

48 Fagan, Hymnie, The Election: A Factual Survey, in: Labour Monthly, Nr. 4/1950, S. 177.

49 Cowles, Virginia, No Cause for Alarm, New York 1949, S. 27.

50 Der Redakteur der englischen Ausgabe der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus", Fagan, gibt dazu folgende Beschreibung: "Der Hintergrund, vor dem sich die Wahl der ersten Labourregierung vollzog, war der Sieg über den Hitlerfaschismus. Der Kampfgeist der Bevölkerung war ausgezeichnet. Der fortschrittliche Charakter des Krieges, der immer weniger gegen Deutschland, Italien oder Japan und immer mehr gegen den Faschismus geführt worden war, die glänzenden Erfolge der UdSSR und ihrer Armeen und die ruhmreiche Widerstandsbewegung in den besetzten Ländern Europas - das zusammen hatte einen Linksruck bewirkt, wie ihn Großbritannien seit Ende des er-

Die rechten Labourführer waren in einer schwierigen Lage: Durch den Wunsch der Massen nach sozialökonomischen Veränderungen an die Macht gebracht, mußten sie jetzt nicht nur gegen die Stimmung der Massen, sondern auch gegen die Stimmung eines großen Teils der Labourabgeordneten handeln.⁵¹ Zum Verständnis dieser Entwicklung ist es wichtig zu wissen, daß der Anteil der von den Gewerkschaften unterstützten Labourabgeordneten – und diese waren zum großen Teil Reformisten⁵² – weniger als ein Drittel betrug.⁵³ Es kam ein Schwall von bürgerlichen Labourabgeordneten – Juristen, Journalisten, Lehrern, Ärzten und graduierten Akademikern – ins Unterhaus. Rund zwei Drittel der Angehörigen der Labourfraktion (Parliamentary Labourparty) waren das erstmal im Parlament.⁵⁴

Durch die Niederlage der Konservativen war die Anzahl der Vertreter der Eisenbahngesellschaften im Parlament zurückgegangen. Vor den Wahlen befanden sich 12 Aufsichtsratsmitglieder von Eisenbahngesellschaften im Parlament. Nach den Wahlen waren nur das Aufsichtsratsmitglied der London, Midland and Scottish Railway, Sir Ralph Glynn, und das Aufsichtsratsmitglied der Great Western Railway, Brigade-General G. S. Harvie Watt, übriggeblieben.⁵⁵ Andererseits saßen nunmehr 12 Eisenbahner als Labourabgeordnete des Landesverbandes der Eisenbahner (NUR) und 9 vom Verband der Eisenbahnangestellten (RCA) im Unterhaus. Dazu kamen noch 9 Eisenbahngewerkschafter, die in den Wahlkreisen der Labourpartei (Divisional Labourparties) kandidiert hatten. Von diesen 30 Eisenbahnern waren 25 noch im Dienst. 5 waren ehemalige, zur Zeit ihrer Kandidatur als Gewerkschaftsfunktionäre tätige Eisenbahner.⁵⁶

Am 26. Juli 1945 hatte Churchill sein Rücktrittsgesuch beim König eingereicht. Attlee hatte den Vorschlag des Königs zur Neubildung des Kabinetts angenommen. Am 27. Juli gab Attlee die ersten 7 Mitglieder der neuen Regierung bekannt⁵⁷, am 28. Juli lag die vollständige

sten Weltkrieges nicht mehr erlebt hatte. Das politische Bewußtsein der Bevölkerung war im Verlaufe des Krieges bedeutend gewachsen, so daß auch solch ein Politiker wie Winston Churchill nicht nur den demokratischen Charakter des Krieges gegen den Faschismus hervorheben mußte, sondern sich auch genötigt sah, von 'unseren sowjetischen Verbündeten' zu reden, obwohl seine Feindschaft gegen den Kommunismus im allgemeinen und gegen die Sowjetunion im besonderen fast sprichwörtlich war. In Betriebskantinen und Kasernen, in Luftschutzkellern und Splittergräben wurde unterdessen über den Sozialismus, und was er für England bedeuten würde, diskutiert." (Fagan, Hymnie, Die dritte Labourregierung, a. a. O., S. 758.)

51 Pritt gab zum Vorgehen der Labourführer eine sehr treffende Charakterisierung: "Aber wir werden sehen, daß die neuen Abgeordneten, die mit wirklich echten sozialistischen Prinzipien und Hoffnungen gekommen waren, noch bedeutend größere Schocks hinnehmen mußten; und ihre allmähliche Umformung (von den Nazis 'Gleichschaltung' und von den neueren Feinden der Menschheit 'brainwashing' genannt) der sie ihre Führer unterzogen, um sie in gut diszipliniertes, anti-sowjetisches antikommunistisches und nichtsozialistisches Lobby-Futter zu verwandeln, war eines der ärgsten Dinge, die ich in den folgenden viereinhalb Jahren beobachtete." (Pritt, Denis Novel, a. a. O., S. 30 f.)

52 Zu ihnen gehörten solche reformistischen Labourminister wie Ernest Bevin vom Verband der Transportarbeiter und ungelerten Arbeiter und George Isaacs vom Landesverband der Maschinendrucker und -gehilfen. (Allen, V. L., Trade Unions and the Government, London 1960, S. 297.)

53 Vgl. Pelling, H., A Short History of the Labour Party, London 1962, S. 92.

54 Vgl. ebenda.

55 Vgl. Railway Representation in Parliament, in: Railway Gazette, Bd. 83, Nr. 7/1945, S. 157.

56 Ebenda, Bd. 83, Nr. 9/1945, S. 213.

57 Phillips, N., Labour's Advent to Power, in: Tracey, H., The British Labour Party. Bd. 1, London 1948.

Liste der Mitglieder der dritten Labourregierung vor. Attlee war in der Regierung Premierminister, Präsident des Schatzamtes und Verteidigungsminister. Stellvertretender Premierminister, Vorsitzender des Geheimen Rates und Sprecher des Unterhauses wurde Herbert Morrison, der in der zweiten Labourregierung 1929 bis 1931 Verkehrsminister gewesen war. Zum Minister für Kriegsverkehrswesen wurde Alfred Barnes ernannt.⁵⁸ Attlee, Bevan und Morrison hatten schon in der Koalitionsregierung Churchills gegessen.⁵⁹ Von den 20 Mitgliedern der dritten Labourregierung wurden 5 in "public schools" erzogen, 6 besuchten die Universitäten Oxford und Cambridge, 3 waren ehemalige liberale Abgeordnete, 6 Angehörige freier Berufe.⁶⁰ Die 20 Kabinettsmitglieder waren entweder Minister ohne Ministerium oder Minister der wichtigsten Ministerien. Die übrigen Minister gehörten nicht zum Kabinet.⁶¹ Zu den letztgenannten Ministern zählte auch der Minister für Kriegsverkehrswesen, Alfred Barnes.⁶² Die konservative Zeitung "Daily Telegraph and Morning Post" schrieb in einem Leitartikel: "Die Auswahl der neuen Minister durch Attlee war sehr glücklich."⁶³

Die personelle Zusammensetzung des Labourkabinetts war die erste Säule der Politik der dritten Labourregierung. Eine zweite Säule bestand darin, daß sie sich gegenüber den fortschrittlichen Kräften freie Hand verschaffte. Dazu gehörte, wie es Morrison formulierte, daß "weder der Parteivorstand (Party Executive) noch die Parteikonferenz (Party Conference) das Recht für sich in Anspruch nehmen, einer im Amt befindlichen Labourregierung Weisungen zu erteilen".⁶⁴ Die dritte Säule der Politik der rechten Labourführer war ihr Kampf gegen die Kommunisten.⁶⁵ Den Hauptfeind sahen die rechten Labourführer nicht etwa in den Kapitalisten, sondern in den Kommunisten und in den Linken der Labourbewegung.⁶⁶ So konnte schließlich die Bourgeoisie Großbritanniens und des Auslands ihre Beruhigung über den Übergang der absoluten Mehrheit im Parlament an die Labourpartei und die Übernahme der Regierungsgewalt durch die rechten Labourführer zum Ausdruck bringen.⁶⁷

58 Hansard's Parliamentary Debates, House of Commons. Official Report (im folgenden: Hansard), Bd. 416, Nr. 41, S. I - IV.

59 Truchanowski, W. G., a. a. O., S. 458.

60 Vgl. Gollan, John, Das politische System Großbritanniens, Berlin 1965, S. 37. - Über diese dritte Labourregierung gibt der kommunistische Abgeordnete Gallacher folgende Einschätzung: "Es war eine Regierung der 'Rechten', ohne daß ein einziger Vertreter der 'Linken' einen Platz gefunden hätte. Es gab einige, die den törichten Glauben hatten, daß solch ein Minister wie Aneurin Bevan einer der 'Linken' wäre. Aber eine Durchsicht seiner Reden und Aufsätze macht klar, daß er nie irgendeine wirkliche Verbindung oder Loyalität zu einer 'linken Gruppierung' hatte. Sein 'Leftismus' war rein opportunistischer Art, eine Tatsache, die Morrison und seine Gesellschaft völlig erkannt hatten." (Gallacher, W., A Year of Labour Government, in: Labour Monthly, Nr. 8/1946, S. 236 f.)

61 Pelling, H., a. a. O., S. 95.

62 1887 als Sohn eines Hafenarbeiters geboren, erlernte er ein Kunsthandwerk. Er gehörte seit 1908 der Konsumgenossenschaftsbewegung (Co-operative Society) an, die zur Labour Party gehört. Barnes war stellvertretender Minister des Schatzamtes (Junior Lord of Treasury) in der zweiten Labourregierung. (Vgl. Tracey, H., The British Labour Party, Bd. 3, London 1948, S. 97 ff.)

63 Zit. in Truchanowski, W. G., a. a. O., S. 459.

64 Morrison, Herbert, Regierung und Parlament in England, München 1956, S. 182.

65 Auf der Jahreskonferenz der Labour Party im Mai 1945 war es ihnen nur mit Mühe gelungen, dafür zu sorgen, daß der Antrag zur Einheit mit der Kommunistischen Partei Großbritanniens abgelehnt wurde (1 219 000 Stimmen zu 1 134 000 Stimmen). (Vgl. Pritt, Denis Novel, a. a. O., S. 24 f.)

66 Fagan, Hymnie, Die dritte Labourregierung, a. a. O., S. 759.

67 Dies wird durch das Eingeständnis eines bürgerlichen Publizisten der USA illustriert:

4. Die Verstaatlichungspolitik der dritten Labourregierung

Am 15. November 1945 gab Herbert Morrison als Vorsitzender des Geheimen Rates im Unterhaus bekannt, daß die Regierung noch während der Laufzeit des Parlaments Gesetze zur Verstaatlichung der Kohlenbergwerke (1945/1946), des Verkehrswesens (1947), der Elektrizitätsversorgung und der Gasindustrie (beide 1947/1948) vorlegen wollte.⁶⁸ Die Verstaatlichung des Verkehrswesens sollte die Eisenbahnen, die Kanäle und den Ferngüterkraftverkehr umfassen.⁶⁹

Die Auswahl der für die Verstaatlichung vorgesehenen Industriezweige entsprach der von den Labourführern vertretenen Verstaatlichungspolitik, daß erstens "der Industriezweig oder der Versorgungszweig einen allgemeinen Dienst für die Industrie leistet oder von grundlegender Bedeutung ist und daß er zweitens ein Monopol ist oder daß aufgrund seiner Natur oder aufgrund der Unordnung (muddle), in die ihn der Privatbesitz gebracht hat, das öffentliche Interesse am besten gewahrt werden kann, wenn er ein Monopol wird."⁷⁰

In den vom TUC herausgegebenen Berichten von 1932 und 1944⁷¹ sowie im Wahlprogramm der Labourpartei von 1945⁷² entsprachen diesen Auswahlprinzipien drei "Reifegrade". Als unmittelbar "reif" für eine Verstaatlichung wurden solche Industriezweige angesehen, die folgenden Kriterien genügten:

- "Die Wichtigkeit eines Industriezweiges für das Leben und die Sicherheit der Gesellschaft. Da keine grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungen vorgesehen waren, bedeutete dies also ihre Wichtigkeit für den Bestand des kapitalistischen Staates."
- "Das Vorhandensein eines Monopols oder einer Konzentration in einer Industrie, die einem breiten Bedürfnis dient".
- "Die Bedeutung einer Industrie als Quelle für den Bedarf an Investitionen".⁷³

Im Bericht des TUC von 1944 hieß es, daß die öffentliche Meinung für eine Verstaatlichung der Kohlenbergwerke (nach dem ersten Kriterium) und der Eisenbahnen (nach dem zweiten Kriterium) vorbereitet sei. Für Industrien des zweiten Reifegrades waren "gewisse Regulierungsmaßnahmen im öffentlichen Interesse" geplant, für Industrien des dritten Reifegrades war vorgesehen, "sie vorläufig vollständig unter der Privatwirtschaft zu belassen".⁷⁴

"Linksgerichtete Bewegungen entwickelten sich fast überall auf dem Kontinent. In Frankreich und Italien existierten gewaltige kommunistische Kräfte mit großer Unterstützung durch das Volk. Das Prestige Sowjetrußlands war groß. Ohne Zweifel schien es natürlich, anzunehmen, daß die Entwicklung nach links (the leftward swing) den größten Teil Europas in das kommunistische Lager ziehen würde. Der Sieg der Sozialisten bei den britischen Parlamentswahlen war ein Schlag gegen diese Hoffnungen. Denn dieser Sieg bildete sogleich einen mächtigen Gegenpol gegen den Kommunismus (a powerful counter-attraction to communism), einen neuen Magneten, in dessen Richtung die europäische Linke vielleicht gezogen werden konnte." (Williams, F., Socialist Britain, New York 1949, S. 198.)

68 Morrison, Herbert, a. a. O., S. 298.

69 Vgl. Hansard, a. a. O., Bd. 416, Sp. 34.

70 Morrison, Herbert, Economic Socialisation, in: Tracey, H., a. a. O., S. 18.

71 Post-War Reconstruction, a. a. O., S. 9.

72 Let Us Face the Future, a. a. O., S. 6.

73 Post-War Reconstruction, a. a. O.

74 Ebenda. - Der zweiten Gruppe wurden zugeordnet: die Großchemie, die Zement-, Kunstseiden-, Seifen-, Margarine-, Nichteisenmetall-, Gummiverarbeitungs-, Getreidemühlen- und Tabakindustrie. (Ebenda.) Das heißt, sobald es um profitable Verarbeitungs- oder Grundstoffindustrien ging, wurde auf die Verstaatlichung verzichtet und eine staatsmonopolistische Regulierung vorgesehen.

Ihre Verstaatlichungsmaßnahmen in diesem Rahmen und mit diesen Zielen versuchten die Labourführer mit dem Begriff "Sozialisierung" (socialisation = Vergesellschaftung) zu tarnen. Morrison formulierte dies folgendermaßen: "Sowohl 'Nationalisierung' als auch 'Sozialisierung' sind geeignete Ausdrücke, aber ich persönlich ziehe das Wort 'Sozialisierung' vor, weil ich denke, daß das gesellschaftliche Eigentum und die gesellschaftliche Kontrolle (social ownership and control) ein exakterer sprachlicher Ausdruck ist".⁷⁵ Die Labourführer versuchten aber nicht nur vom Inhalt, sondern auch vom Umfang her sozialistische Maßnahmen vorzutauschen, indem sie teils trügerische, teils verschwommene Vorstellungen über die weitere gesellschaftliche Entwicklung äußerten: "Wenn das gesamte Programm von 1945 verwirklicht sein wird, wird es zunächst noch eine gemischte Wirtschaft (mixed economy) geben, wenn auch das Feld der öffentlichen Unternehmen sich erweitert haben wird. Und obwohl dann ein großer Schritt in Richtung auf die Gesellschaft von Gleichen (the egalitarian society) getan sein wird, wird sie noch nicht völlig erreicht sein. Eine sozialistische Gesellschaft kann vielleicht bis 1960, aber nicht bis 1950 erreicht werden".⁷⁶

Der wahre Charakter und der wirkliche Umfang der Verstaatlichungsmaßnahmen der Labourregierung entsprach jedoch völlig den Interessen der britischen Bourgeoisie. So hielt der "Economist" die Vorstellung von einer "völlig ungezügelter Industrie, die neue Wunder an Unternehmertum durch die Methode der freien Konkurrenz vollbringt, heutzutage nur für eine Täuschung".⁷⁷ In einer Darstellung der politischen Grundprinzipien der Konservativen heißt es: "Die öffentlichen Versorgungsbetriebe stellen eine fortgeschrittene Form der staatlichen Leitung dar, und, wenn eine Leitungsform überholt und nicht anpassungsfähig ist, kann eine vollständige Nationalisierung bedeuten, daß Initiative freigesetzt wird".⁷⁸ Daß es den Labourführern nur um eine "Heilung" des kapitalistischen Systems und nicht um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen ging, geht am klarsten aus einer Äußerung Morrisons in einer Rundfunkrede hervor, die er am 17. Oktober 1945 für Hörer in den USA hielt, in der er versicherte: "Es gibt nur eine Begründung für die Alternative zwischen Verstaatlichung oder Privateigentum - das ist eine effektive Leistung im Interesse der Nation. Wenn die Privatwirtschaft das kann, dann soll sie erhalten bleiben."⁷⁹ Insofern führten die Labourführer zum größten Teil nur das aus, was die Bourgeoisie an staatsmonopolistischen Maßnahmen schon früher für notwendig gehalten und vorgeschlagen hatte. Die meisten Verstaatlichungen der Labourregierung waren in Berichten von "Königlichen Kommissionen" (Royal Commissions) oder ähnlichen Körperschaften, in denen die Meinung der Labourführer als Minderheit gegenüber den Konservativen und Liberalen vertreten war, als Anregung enthalten: die Verstaatlichung der Bank von England im Macmillan-Report, die der Kohlenindustrie im Reid-Report, die der Gasindustrie im Heyworth-Report und die der Elektrizitätswirtschaft (electricity) im McGowan-Report.⁸⁰

⁷⁵ Morrison, Herbert, Economic Socialisation, a. a. O., S. 14.

⁷⁶ Young, M., Labour's Plan for Plenty, London 1947, S. 10 f.

⁷⁷ Government and Industry, in: Economist, Nr. 5265/1944, S. 104.

⁷⁸ Clarke, D., The Conservative Faith in a Modern Age, London 1947, S. 5.

⁷⁹ Nationalisation of Inland Transport, in: Railway Gazette, Bd. 85, Nr. 21/1946, S. 571.

⁸⁰ Vgl. Pritt, Denis Novel, a. a. O., S. 44; vgl. auch Gallacher, W., a. a. O., S. 236; The Nationalisation Queue, in: Economist, Nr. 5334/1945, S. 712; Pelling, H., a. a. O., S. 96; Universal Directory of Railway Officials and Railway Year Book 1949 - 1950, S. 95 ff. - Der prominente Fabier und Labourökonom Cole machte in einer grundsätzlichen Einschätzung der Verstaatlichungsmaßnahmen der dritten Labourregierung das Eingeständnis, daß sich eine konservative Regierung 1945 kaum der Notwendigkeit einer Verstaatlichung der Kohlenbergwerke sowie der Eisenbahnen und wahrscheinlich auch der Gas- und Elektrizitätsversorgung hätte entziehen können. (Cole, George Douglas Howard, The Post-War Condition of Britain, London 1956, S. 128 f.)

Die Verstaatlichungsvorhaben der dritten Labourregierung waren also durch folgende Weisungen gekennzeichnet:

- Die Labourführer begrenzten ihre Verstaatlichungsmaßnahmen (abgesehen von der Bank von England) auf die Grundstoffindustrie⁸¹ und das Verkehrswesen.
- Die Labourführer wählten damit für die Verstaatlichung weitgehend die Zweige aus, die wirtschaftlich zerrüttet waren und die Profite der verarbeitenden Industrie bedrohten.⁸²
- Die Labourführer täuschten grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen durch eine angebliche "Sozialisierung" der britischen Wirtschaft vor.
- Indem die Labourführer Attlee, Morrison und andere den Arbeitern vorgaukelten, die kapitalistische Verstaatlichung sei ein Schritt auf dem Wege zum Sozialismus, versuchten sie, dem Klassenkampf die Spitze abzubrechen.
- Mit der Begrenzung der Verstaatlichungsmaßnahmen auf die heruntergewirtschafteten Grundstoffindustrie- und Transportzweige und der Preisgabe dieser Zweige an die wirtschaftliche Ausbeutung durch die verarbeitende Industrie, schufen die Labourführer die Möglichkeit, daß die "Sozialisierung" in Mißkredit gebracht werden konnte, weil die verstaatlichten Zweige unter diesen Bedingungen im allgemeinen nicht rentabel erscheinen konnten. Die Labourführer gaben damit dem Monopolkapital die Argumente in die Hand, mit denen es sich vor einer Verstaatlichung der profitablen Verarbeitungsindustriezweige schützte.

5. Der technisch-wirtschaftliche Zustand der Eisenbahnen vor ihrer Verstaatlichung

Nach Beendigung des Krieges blieb die kriegswirtschaftliche Leitung der Eisenbahnen bestehen. Die Verbindung zwischen dem Staat und den Eisenbahngesellschaften wurde sogar noch enger gestaltet; Die vier großen Privatmonopolgesellschaften, die 1921 durch staatlich gelenkte Fusionierung gebildet worden waren und unter denen das Territorium Großbritanniens aufgeteilt war - London, Midland and Scottish Railway, London and North-Eastern Railway, Great Western Railway, Southern Railway -, und sieben weitere kleinere Eisenbahngesellschaften blieben unter der Leitung des 1938 gebildeten Railway Executive Committee, dessen Vorsitz der Labourverkehrsminister Barnes im Oktober 1945 übernahm.⁸³

Im Krieg standen den erhöhten Betriebskosten, die durch Tarifierhöhungen berücksichtigt wurden, mehrere Faktoren gegenüber, die einem Absinken der Einnahmen und des Gewinns entgegenwirkten, die Einnahmen sogar beträchtlich erhöhten:

81 In bezug auf die Grundstoffindustriezweige im einzelnen vgl. insbesondere Fagan, Hymnie, Nationalisation, London 1960; Gollan, John, Das politische System Großbritanniens, a. a. O.; Ekonomika i politika Anglii posle vtoroj mirovoj vojny, a. a. O.; Kuczynski, Jürgen, a. a. O.; Dutt, Palme, The Unjust Society, in: Labour Monthly, Nr. 10/1951, S. 460.

82 Die Gesamtzahl der Beschäftigten Großbritanniens, außer der staatlichen Verwaltung und den Streitkräften, betrug Ende der vierziger Jahre etwas über 21 Millionen. Die Beschäftigtenzahl in der Kohlen-, Gas- und Elektrizitätswirtschaft sowie im Verkehrswesen lag bei rund 2,5 Millionen, das waren 12 Prozent der Gesamtbeschäftigtenzahl. (Dutt, Palme, a. a. O., S. 460.)

83 Gemäß der "Supplies and Services (Transitional Powers) Act", 1945, blieben die wesentlichen "Defense Regulations" nach Beendigung des Krieges mit Deutschland in Kraft. (Vgl. Kahn-Freund, O., The Law of Carriage by Inland Transport, London 1965, S. 784.)

- geringe Qualität der Beförderungsleistungen infolge längerer Fahrzeiten, geringerer Häufigkeit der Beförderungen und Überfüllung der Reisezüge;
- höhere Auslastung der Güterzüge.

In der Nachkriegszeit änderten sich für die Eisenbahnen folgende technisch-wirtschaftliche Bedingungen:

- Rückgang des Transportbedarfs durch weitgehenden Wegfall der Militär- und Militärversorgungstransporte;
- höhere Anforderungen an die Beförderungsqualität (geringere Auslastung der Reise- und Güterzüge, kürzere Fahrzeiten, steigende Häufigkeit der Beförderungen), um der Konkurrenz zu begegnen;
- Unterbietung der Beförderungspreise durch den Kraftverkehr;
- hoher Investitionsbedarf, um eine Verbesserung der Beförderungsqualität der Eisenbahnen zu erreichen.

Nach Beendigung des Krieges gingen die Einnahmen durch die Verringerung der staatlichen Güter- und Personentransporte stark zurück. Während die Eisenbahngesellschaften im Jahre 1945 noch einen Gewinnüberschuß von 19 Millionen Pfund Sterling über die staatlich garantierte Pauschalsumme von 43 Millionen Pfund Sterling hatten, wurde für das Jahr 1946 ein Defizit von 13 Millionen Pfund Sterling zu der an die Eisenbahnen zu zahlenden Pauschalsumme erwartet.⁸⁴ Im Jahre 1947 betrug der Fehlbetrag schon 59 Millionen Pfund Sterling, und für 1948 rechnete man mit einem Fehlbetrag von 65 Millionen Pfund Sterling.⁸⁵ Da die Regierung im Rahmen der staatlichen Aufsicht über die Eisenbahnen die Pauschalsumme von 43 Millionen Pfund Sterling weiterzahlte, konnten die Eisenbahnen bis 1947 bei der Endausschüttung relativ hohe Dividenden erreichen.⁸⁶

Da die Eisenbahnen damit rechnen mußten, daß über kurz oder lang die kriegswirtschaftliche Regulierung aufgehoben und der Vorkriegszustand hergestellt, sehr wahrscheinlich aber ihre Verstaatlichung vorgenommen würde, nahmen sie entgegen ihren publizierten Versprechungen, "sobald es die nationale Lage gestattet, die Eisenbahnen neu auszurüsten, ihr Personal neu zu schulen und weitgehende Verbesserungen mit dem Aspekt durchzuführen, Großbritannien mit einem der vorzüglichsten Eisenbahnnetze der Welt auszurüsten"⁸⁷, keine wirksamen Wiederherstellungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen nach Kriegsende in Angriff. Im November 1946 gestand die "Railway Gazette" ein: "Es ist schlimm, daß acht Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten alle vier Hauptbahn-Gesellschaften zahlreiche Klagen in bezug auf die Zugverbindungen erhalten: ... die Gesellschaften schleppen sich mühselig mit Unterhaltungsrückständen und Neubauten dahin."⁸⁸ Der technische Zustand der briti-

84 In den ersten Wochen des Jahres 1946 waren die Verkehrseinnahmen um 14,1 Millionen £ - davon um 11 Millionen £ im Güterverkehr - gesunken. (Vgl. Higher Rail Charges, in: Economist, Nr. 5362/1946, S. 895.)

85 Labour Party Year Book, 1947/1948, London 1948, S. 196.

86 Auf die Zusatzstammaktien (deferred ordinary stock) der Southern Railway war die Endausschüttung die höchste seit ihrer Bildung im Jahre 1923, nämlich 4 £, 7 s, 2 p pro 100 £. (Vgl. Economist, Nr. 5452/1948, S. 319.) Die Great Western Railway verteilte die höchsten Dividenden seit 1929 - 7 £, 10 s pro 100 £. Die London and North-Eastern Railway zahlte seit 1930 das erstmalig wieder Dividenden, nämlich 16 s, 2,4 p (1930: 5 s) pro 100 £. Die London, Midland and Scottish Railway zahlte 4 £, 7 s, 8 p pro 100 £ und damit seit 1935 erstmalig wieder Dividenden. (Vgl. Economist, Nr. 5453/1948, S. 356.)

87 British Railways' Post-War Plans, in: Railway Gazette, Bd. 84, Nr. 1/1945, S. 3.

88 Disquieting Railway Position, in: Railway Gazette, Bd. 85, Nr. 20/1946, S. 543.

schen Eisenbahnen war allerdings so, daß er ein ernstes Hindernis für die privatkapitalistische Profitwirtschaft der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels Großbritanniens darstellte. Die Laboursprecher benützten die Debatte zum Verkehrsgesetz dazu, den schlechten Zustand der Eisenbahnen zu illustrieren. In ihrem Verstaatlichungseifer zum Nutzen des kapitalistischen Systems trieben sie ihre Argumentation zuweilen auf die Spitze; dennoch ergibt sich unter Berücksichtigung dessen und unter Einbeziehung der Angaben der Eisenbahnen ein anschauliches Bild des schlechten Zustandes der Eisenbahnen unmittelbar nach dem Krieg.

Bei den Gleisanlagen ergab sich die Notwendigkeit, 9 000 Meilen Gleis vollständig und 2 500 Meilen teilweise zu erneuern.⁸⁹ Um die Unterhaltungsrückstände im Gleisbau aufzuholen, waren 10 Millionen Schwellen und 328 000 Tonnen neue Stahlschienen erforderlich.⁹⁰ Bei der London, Midland and Scottish Railway kostete die Unterhaltung der Gleise und Sicherungsanlagen 12 Millionen Pfund Sterling je Jahr zu damaligen Preisen. Für 14 Millionen Pfund Sterling bestanden Unterhaltungsrückstände.⁹¹ Um diese Eisenbahn auch in bezug auf das rollende Material in einen ordentlichen Zustand zu versetzen, wären 26 Millionen Pfund Sterling für 1947 erforderlich gewesen.⁹² In einem "White Paper" vom April 1946 wurden die Rückstände der Eisenbahnen in der Unterhaltung per 31. Dezember 1945 auf 116 Millionen Pfund Sterling zu laufenden Preisen unter Berücksichtigung des Zustandes der Gleise und des rollenden Materials geschätzt.⁹³

Im Güterverkehr betrug die durchschnittliche Geschwindigkeit der Züge 9 Meilen in der Stunde. Die durchschnittliche Transportweite war 44 Meilen auf der London and North-Eastern Railway und 60 Meilen für das gesamte Eisenbahnnetz.⁹⁴ Das Sammeln der Güter erfolgte auf der Grundlage einer übermäßigen Anzahl von kleinen Ortsbahnhöfen innerhalb von Entfernungen, die vom Rollverkehr hätten bedient werden können. Die Bahnhofsgütergleise der London and North-Eastern Railway hatten zum großen Teil noch eine aus dem 19. Jahrhundert stammende Kapazität von 25 Wagen, während der damalige Eisenbahnbetrieb zumindest eine Aufnahmefähigkeit für 90 Wagen verlangte.⁹⁵ Die Ladefähigkeit der Güterwagen lag größtenteils unter 25 Tonnen, nur wenige hatten 40 Tonnen Ladefähigkeit.⁹⁶ Von den insgesamt 1 250 000 Güterwagen waren 611 240 Privatwagen.⁹⁷ 50 Prozent der Privatwagen waren über 35 Jahre alt, 20 Prozent waren völlig veraltet und schrottreif.⁹⁸ Der Labour-Verkehrsminister Barnes bezeichnete sie als einen "Anachronismus" bei den britischen Eisenbahnen.⁹⁹ Von der Gesamtzahl der 1 250 000 Wagen waren bei Kriegsende 165 000 nicht einsetzbar.¹⁰⁰ Im November 1947 - also kurz vor der Verstaatlichung - war die Zahl der nicht einsetzbaren Wagen auf 200 000 gestiegen.¹⁰¹

89 British Railways and the Future, in: Railway Gazette, Bd. 85, Nr. 16/1946, S. 452. - 1 statute mile = 1,61 km.

90 Labour Party Year Book, 1947/1948, a. a. O., S. 195.

91 Disquieting Railway Position, a. a. O.

92 Ebenda.

93 British Railways and the Future, a. a. O.

94 Davies, E., in: Hansard, a. a. O., Bd. 431, Sp. 1652.

95 Harrison, in: Hansard, a. a. O., Bd. 431, Sp. 1857.

96 Brady, R. A., a. a. O., S. 260.

97 Railway Gazette, Bd. 85, Nr. 3/1947, S. 59.

98 Brady, R. A., a. a. O., S. 260.

99 Barnes, A., in: Hansard, a. a. O., Bd. 431, Sp. 1621.

100 Labour Party Year Book, 1947/1948, a. a. O., S. 195, - Bei der London and North-Eastern Railway betrug das Durchschnittsalter des rollenden Materials 32 Jahre. (Barnes, A., in: Hansard, a. a. O., Bd. 431, Sp. 1621.)

101 Home Affairs Survey, 25. 11. 1947, zit. in: Brady, R. A., a. a. O.

Im Reiseverkehr gab es Klagen über den Zustand der Wagen insbesondere im Nahverkehr, die als "schlechtbeleuchtete Holzkästen" bezeichnet wurden.¹⁰² Die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit der Personenzüge betrug in Großbritannien 15 Meilen in der Stunde.¹⁰³

Eine entsprechende Situation bestand in bezug auf die Lokomotiven. Bei der London and North-Eastern Railway gab es statt 35 bis 40 Lokomotivtypen, die für die verschiedenen Spanndienste auf dem britischen Eisenbahnnetz erforderlich gewesen wären, 400 Lokomotivtypen.¹⁰⁴ Als der Winter 1946/1947 begann, waren vom gesamten Lokomotivpark mit 20 242 Lokomotiven 3 700 wegen Reparaturen außer Dienst gestellt.¹⁰⁵

Um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von sich abzuwälzen, schlugen die Eisenbahnkonzerne Preiserhöhungen vor. Auf den Jahreshauptversammlungen der vier Hauptbahnkonzerne im März 1945 sprachen die Aufsichtsratsvorsitzenden von einer notwendigen Erhöhung der Eisenbahntarife. Sir Charles Hambro, der Vorsitzende der Great Western Railway, hielt unter der Voraussetzung eines Verkehrsvolumens, wie es vor dem Krieg bestand, folgende Tarifierhöhungen für erforderlich: um 50 Prozent, damit die tatsächlich erzielten Vorkriegsdividenden erreicht würden, und um 60 Prozent, damit die im Eisenbahngesetz von 1921 zur Sicherung der Monopolprofite bzw. der kapitalistischen Reproduktion vorgesehenen sogenannten "Standarddividenden" erzielt werden könnten.¹⁰⁶ Ab 1. Juli 1946 wurden dann die Personentarife auf einen Stand von 33 1/3 Prozent, Arbeiterrückfahrkarten, Zeitkarten und Gütertarife auf 25 Prozent über Vorkriegsniveau erhöht.¹⁰⁷

Eine weitere Tarifierhöhung erfolgte am 1. Oktober 1947, indem mit diesem Zeitpunkt alle Personenfahrpreise, Gütertarife und Gebühren der Hauptbahnen auf eine Höhe von 55 Prozent über dem Vorkriegsniveau erhöht wurden. Damit war der Normalfahrpreis dritter Klasse (basic third-class single fare) auf 2,44 Pence pro Meile gestiegen.¹⁰⁸ Im Güterverkehr war die Zahl der Ausnahmetarife gegenüber dem Vorkriegsstand noch weiter gewachsen. Der Verkehrsminister Barnes sprach von 40 bis 50 Millionen verschiedener Tarife.¹⁰⁹ Der Parlamentssekretär im Ministerium für Verkehrswesen der dritten Labourregierung, G. R. Strauss, malte ein düsteres Bild der Preisentwicklung bei den Eisenbahnen.¹¹⁰ Auf den Jah-

102 Davies, E., in: Hansard, a. a. O., Bd. 431, Sp. 1649.

103 Railway Gazette, Bd. 87, Nr. 3/1947, S. 59. - Der London, Midland and Scottish Railway fehlten 1840 einsatzfähige Reisezugwagen. Um den Reisewagenpark zu ergänzen, hätte die Eisenbahngesellschaft 10 Millionen £ für Reparaturen und Neubauten in den nächsten 3 Jahren gebraucht. (Vgl. Disquieting Railway Position, a. a. O., S. 543.)

104 The Times, 4. 1. 1949, zit. in: Brady, R. A., a. a. O., S. 259.

105 Labour Party Year Book, 1947/1948, a. a. O., S. 195.

106 Railway Charges and Costs, in: Railway Gazette, Bd. 83, Nr. 3/1945, S. 55.

107 Higher Rail Charges, a. a. O.; Still Dearer Transport? in: Economist, Nr. 5377/1946, S. 421; Railway Charges, in: Railway Gazette, Bd. 85, Nr. 12/1946, S. 316. - Die Erhöhung auf 16 2/3 Prozent über Vorkriegsniveau war am 1. 12. 1940 erfolgt. (Vgl. Bell, R., History of British Railways During the War 1939 - 1945, London 1946, S. 15.)

108 Labour Party Year Book, 1947/1948, a. a. O., S. 197; Universal Directory of Railway Officials and Railway Year Book, a. a. O., S. 548.

109 Universal Directory of Railway Official and Railway Year Book, a. a. O., S. 564.

110 "Als Monopolunternehmen hatten die Eisenbahnen verlangt, was die Verkehrsart an Kosten tragen konnte (what the traffic could bear). Unter der Konkurrenz des Kraftverkehrs blieben ihnen größtenteils die Massengüter. Aber die Eisenbahnen würden offensichtlich nicht in der Lage sein, irgendwelche höheren Tarife auf ihren Verkehr der hochwertigen Güter zu erheben, sondern sicher weniger. Sie würden deshalb keine andere Alternative haben, als eine starke Erhöhung der Tarife für die Güter von niedrigem Wert und für die Grundrohstoffe der Industrie, wie Kohle, Mineralien, vorzunehmen. Das würde katastrophale Auswirkungen auf die gesamte nationale Wirtschaft haben." (Strauss, G. R., in: Hansard, a. a. O., Bd. 431, Sp. 1979 f.)

reshauptversammlungen der Eisenbahngesellschaften machten alle Aufsichtsratsvorsitzenden auf die bevorstehenden Schwierigkeiten der Eisenbahnen aufmerksam.¹¹¹ Die "Railway Gazette" formulierte die Aussichten für die Eisenbahnen folgendermaßen: "Somit werden die Eisenbahnen einer bestimmten Erhöhung der Ausgaben, aber einem ungewissen Umfang der Einnahmen gegenüberstehen, ungewiß um so mehr, weil es unmöglich ist, vorauszusagen, wie das Vorkriegsproblem der Schiene-Straße-Konkurrenz um die Verkehrsbedienung gelöst werden wird."¹¹² Der Finanzminister der dritten Labourregierung, Dalton, stellte die düsteren wirtschaftlichen Aussichten der Eisenbahnen noch deutlicher dar: "... was würde passieren, wenn wir die Eisenbahn nicht verstaatlichen würden und wenn eine Regierung an der Macht wäre, die wirklich an eine Unkontrolliertheit glaubte und nicht nur davon in allgemeinen Worten spräche, sondern bereit wäre, sie zu praktizieren und Tür und Tor dem vollen Ansturm der Konkurrenz gegenüber dem geschützten Eisenbahnwesen - geschützt seit vielen Jahren durch legislative und administrative Maßnahmen - öffnen und die Eisenbahnen wirklich dem vollen Ansturm der Konkurrenz durch den Kraftverkehr aussetzen würde? Ich wage zu behaupten, daß innerhalb weniger Jahre das gesamte Eisenbahnwesen völlig bankrott wäre. Es könnte nicht den Bedingungen der freien und ungehinderten Konkurrenz standhalten."¹¹³

Somit hatten sich im Bereich des Eisenbahnwesens Großbritanniens drei wesentliche Widersprüche auf technisch-ökonomischem Gebiet herausgebildet:

- ein Rückgang der Einnahmen der Eisenbahnen gegenüber einem großen Investitionsbedarf,
- hohe Beförderungspreise, die die Exportfähigkeit britischer Waren beeinträchtigen,
- geringe Beförderungsqualität der im Kriege stark verschlissenen Eisenbahnen bei steigenden Ansprüchen an die Beförderungsqualität.

6. Verladende Wirtschaft, Eisenbahngesellschaften und Labourpartei zur Lösung des Eisenbahnproblems

Die Minderung einiger Widersprüche innerhalb des britischen Verkehrswesens sowie zwischen Verkehrswesen und Wirtschaft im Rahmen der staatsmonopolistischen Kriegswirtschaft legte der Bourgeoisie Großbritanniens in bezug auf das Verkehrswesen eine staatsmonopolistische Lösung nahe, die sich aus den Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte im Rahmen des kapitalistischen Systems unter den allgemeinen politischen und ökonomischen Bedingungen in Großbritannien nach dem zweiten Weltkrieg ergab. So hob zum Beispiel der "Economist" die Vorteile der kriegswirtschaftlichen Integration hervor: "Während des Krieges war die Regierung dazu übergegangen, die verschiedenen Verkehrsträger bis zu einem gewissen Grade in ihrer Beförderungskapazität als miteinander austauschbar zu betrachten, und die Regierung war somit in der Lage gewesen zu versuchen, die Verkehrsträger jeweils nach bestem Vorteil einzusetzen. Es ist eine vernünftige Annahme, daß sie auch ebenso in Friedenszeiten betrachtet werden ..." ¹¹⁴ Es mehrten sich die Stimmen unter den Vertretern der Bourgeoisie, die gegen eine Rückkehr zu den Organisationsformen der Eisenbahnen in Gestalt der vier großen Privatmonopolgesellschaften vor dem Krieg waren: "... der ständige Schaden, der mit der Organisationsform der Vorkriegszeit - gemessen an der Differenz zwischen seinen dem Lande entstehenden Kosten und denen im Falle anderer Organisationsformen - verursacht wurde, mag nicht sehr hoch

111 Railway Gazette, Bd. 82, Nr. 10/1945, S. 243 ff.; ebenda, Nr. 11, S. 279 ff.

112 The Problem of Railway Charges, in: ebenda, Nr. 10/1945, S. 228.

113 Dalton, H., in: Hansard, a. a. O., Bd. 431, Sp. 1807.

114 The Future of Inland Transport, in: Economist, Nr. 5271/1944, S. 323.

gewesen sein. Doch der Schaden, der durch die Beibehaltung jener Organisationsformen entstehen würde, könnte allerdings sehr hoch sein.¹¹⁵

Die britische Bourgeoisie forderte eine Unterordnung des Verkehrswesens unter ihre Gesamtinteressen und eine weitgehende Integration der Verkehrsträger.¹¹⁶ Die Lösung sah die Bourgeoisie in einer Verstaatlichung des Verkehrswesens. Darin waren sich schließlich Verkehrsökonominnen in ihren Veröffentlichungen, Liberale und Konservative einig.¹¹⁷ Der "Economist" schrieb: "... es können also durchaus reale Einsparungen durch eine Vereinigung der Politik innerhalb der gesamten Transportindustrie erreicht werden. Der einfache Weg zu einer Vereinigung führt über das gemeinsame Eigentum, und der bei weitem einfachste Weg, zu gemeinsamem Eigentum zu kommen, ist die Verstaatlichung."¹¹⁸ Der Vorsitzende der Thomas Tilling, Ltd. (eine der drei größten Kraftverkehrsgesellschaften) war für ein einheitliches Netz der Eisenbahnen unter Fortführung der einheitlichen Leitung der Eisenbahnen während des Krieges.¹¹⁹ In einer Propagandaschrift der Liberalen "The Future of British Transport. Proposals by the Liberal Party. Committee under the Chairmanship of Sir Seeborn Rowntree", London 1945, hieß es: "Wir empfehlen deshalb, daß die Leitung und das Eigentum der Eisenbahnen sowie des Güterfernkraftverkehrs und des Personenkraftverkehrs einer öffentlichen Körperschaft übertragen werden sollten."¹²⁰ R. A. Butler, einer der bekanntesten Führer der Konservativen, meinte, daß die Konservativen "sich nicht vor der Verwendung des Staates scheuen. Ein guter Tory ist in der Geschichte niemals vor der Benutzung des Staates zurückgeschreckt."¹²¹ Zwei vom Zentrum des konservativen "Daily Express" für die öffentliche Meinung für und wider die Verstaatlichung durchgeführte Umfragen erbrachten nahezu eine Zweidrittelmehrheit für die Verstaatlichung.¹²²

Die Vertreter der Eisenbahngesellschaften - konfrontiert mit den Bestrebungen nach Verstaatlichung des Verkehrswesens - konnten keine fundierten Gegenvorschläge machen. Im Jahre 1940 hatten die Eisenbahngesellschaften zwar einen Sonderausschuß gebildet, der den Zusammenschluß der Eisenbahnen entweder durch vollständige Fusion oder durch gemeinsame Betriebsführung (Pooling) vorschlug, aber schließlich waren die Eisenbahngesellschaften für die Beibehaltung der vier Konzerne.¹²³ Am offensichtlichsten war die Schwäche der Position der Eisenbahnen in bezug auf künftige Investitionserfordernisse. Um in eine ähnlich profitgünstige Lage wie der Kraftverkehr zu kommen, schlugen die Eisenbahngesellschaften einen Kauf der festen Anlagen, jedoch nicht des rollenden Materials, durch den Staat und die Benutzung der Schienenwege durch die Eisenbahnen in verschiedenen Versionen vor.¹²⁴ Aber auch diese Vorschläge wurden von der Regierung nicht aufgenommen. Unter Bezugnah-

115 Ebenda, in: Nr. 5273, S. 389.

116 Davies, E., British Transport, London 1945, S. 7 = Fabian Research Series, Nr. 95.

117 Railway Nationalisation May Be Delayed, in: Railway Gazette, Bd. 83, Nr. 7/1945, S. 181; Milne, A. M./Laing, A., The Obligation to Carry, London 1946, S. 34.

118 The Fusion of Transport, in: Economist, Nr. 5381/1946, S. 580.

119 Zum Vorschlag eines Plans für die Zusammenarbeit aller privaten Verkehrsträger sagte er: "Ich für mein Teil war überzeugt, daß, insofern nicht solch ein Plan angenommen werden sollte, die Alternative die vollständige Verstaatlichung ist." (Watkin, E., The Cautious Revolution, London 1951, S. 56.)

120 Zitiert nach Strauss, G. R., in: Hansard, a. a. O., Bd. 431, Sp. 1992.

121 Zit. nach Rogow, A. A., The Labour Government and British Industry 1945 - 1951, Oxford 1955, S. 14 f.

122 Railways Run by the State, in: Railway Gazette, Bd. 82, Nr. 15/1945, S. 364.

123 Pearson, A. J., The Railways and the Nation, London 1946, S. 54.

124 National Pool of Transport Tracks? in: Railway Gazette, Bd. 82, Nr. 6/1945, S. 128; British Railways and the Future, in: ebenda, Bd. 85, Nr. 16/1946, S. 452; The State and the Railways, in: ebenda, S. 453.

me auf einen solchen staatlichen Verkehrsbetrieb wie das 1933 gegründete Londoner Personenverkehrsamt (London Passenger Transport Board) oder auf den vor dem ersten Weltkrieg gebildeten staatlichen Hafenbetrieb "Port of London Authority", die beide beträchtliche Investitionen im Zuge von Rekonstruktionsmaßnahmen aufwandten, rückte auch bei den Eisenbahngesellschaften die Möglichkeit einer Verstaatlichung in den Vordergrund. Der Präsident der London, Midland and Scottish Railway, Sir William Wood, betonte, daß eine Verstaatlichung die Kapitalbeschaffung erleichtern könnte.¹²⁵ In ihrem Publikationsorgan "The Railway Stockholder" sprachen die Eisenbahnaktionäre davon, daß, "obgleich die Verstaatlichung durchaus eine schlechte Sache sein mag, die Bildung einer staatlichen Verkehrsbehörde (Transport Board) in keiner Weise revolutionär wäre."¹²⁶

Die Konzeption der Labourführer (einschließlich der rechten Gewerkschaftsführer) in bezug auf die zukünftige Gestaltung des Verkehrswesens ging davon aus, eine dem kapitalistischen Wirtschaftssystem entsprechende Entwicklung des Verkehrswesens zu sichern. Insofern stimmten die Labourführer mit den Bestrebungen der Bourgeoisie überein, daß das Verkehrswesen einen noch stärkeren Konzentrationsgrad erreichen und die Möglichkeit einer Rekonstruktion der Eisenbahnen gegeben sein muß, um eine höhere Effektivität des gesamten Transportwesens bei gleichzeitiger Senkung der Transportpreise, möglicherweise unter die Rentabilitätsgrenze zum Nutzen der privatmonopolistischen Wirtschaft, zu sichern.¹²⁷ Die Besitzverhältnisse hatten für die Labourführer untergeordnete Bedeutung.¹²⁸ Die Verstaatlichung benutzten die Labourführer als parteipolitisches Aushängeschild, ohne ein Arbeitsprogramm für die Verstaatlichung als Kampfmittel für die Interessen der Werktätigen zu haben.¹²⁹ Auch in bezug auf die Entschädigungsbedingungen wahrten die rechten Labourführer die Interessen der Bourgeoisie, in diesem Falle der Eisenbahnaktionäre. Der "Railway Stockholder", der an der Verstaatlichung einzig und allein eine "ungerechte und unzureichende" (fair and inadequate) Entschädigung als revolutionär bezeichnete, konnte zur Beruhigung seiner Leser eine Versicherung Attlees zitieren: "Wenn Sie zum angemessenen Zeitpunkt aufhören werden, Eisenbahnaktienbesitzer zu sein, wird der Staat mit ihnen ein günstiges Geschäft (fair bargain) abschließen."¹³⁰ Ein britischer bürgerlicher Verkehrsökonom gab zur Übereinstimmung der Interessen der Bourgeoisie mit denen der Labourführer folgende Einschätzung: "Man kann nicht sagen, daß die Verstaatlichung der Eisenbahnen nach dem Krieg wirklich in größerem Maße ein Streit der Parteien war. Die geistigen Führer des Big Business und der Sozialisten befanden sich in Übereinstimmung - wenn sie es auch für notwendig und ratsam hielten, dies nicht offen zu proklamieren."¹³¹

125 Railways and the State, in: ebenda, Bd. 82, Nr. 25/1945, S. 610.

126 Zit. nach Railway Stockholder and Nationalisation, in: ebenda, Bd. 83, Nr. 10/1945, S. 233.

127 "Diese Politik berücksichtigt nicht nur einen Verkehrsträger, sondern das Verkehrswesen als einheitliche Dienstleistung ... Das Verkehrswesen dient den Interessen der Industrie und der Landwirtschaft und muß so angepaßt werden, daß es in den Gesamtplan paßt ... Ein staatlicher Verkehrsbetrieb könnte seine Transportpreise so festlegen, daß er ... überhaupt keinen Gewinn oder sogar einen Verlust, der aus einer anderen Quelle ausgeglichen werden könnte, zeigt." (Attlee, Clement R., The Labour Party in Perspective - and Twelve Years Later, London 1949, S. 138, siehe auch S. 194; vgl. auch Gaitskell, H., Socialism and Nationalisation, London 1956, S. 19 = Fabian Tract 300.)

128 Vgl. Nationalisation of Inland Transport, a. a. O., S. 571.

129 Vgl. Post-War Policy for Railways, hg. v. Associated Society of Locomotive Engineers and Fireman, London 1944, S. 3 f.

130 Zit. nach Railway Gazette, Bd. 83, Nr. 10/1945, S. 233.

131 Hamilton, E., British Railway History (1877 - 1947), London 1959, S. 386.

In den der Gesetzesvorlage vorausgehenden Dokumenten der Labourpartei und der Gewerkschaften sowie in den Grundsatzschriften von Labourpolitikern wurde die Betonung auf die Integration, die Erhöhung der Effektivität (Rationalisierung), die Möglichkeit der Planung sowie die Rekonstruktion durch Neuinvestitionen gelegt.¹³² Das Wahlprogramm der Labourpartei von 1945 führte aus: "Koordinierung des Eisenbahn-, Kraft- und Luftverkehrs sowie der Kanalschifffahrt kann nicht ohne deren Vereinheitlichung erreicht werden. Und Vereinheitlichung ohne Verstaatlichung bedeutet ständigen Kampf mit den Einzelinteressen oder die Alleinherrschaft des Privatmonopols, das eine Gefahr für die übrige Industriewäre."¹³³ Im einzelnen beschäftigten sich die Verstaatlichungspläne in ökonomistisch-pragmatischer Weise hauptsächlich nur mit den günstigeren betriebswirtschaftlichen Ergebnissen, die die Verkehrsfachleute der Labourpartei von einer Konzentration erwarteten.¹³⁴ Auf dem ersten Jahreskongreß des TUC (im September 1945) nach dem Wahlsieg der Labourpartei wurde die Organisationsform für den staatlichen Verkehrskonzern konkretisiert, indem eine "National Transport Authority" mit sieben "subsidiary operating boards" vorgeschlagen wurde.¹³⁵ Auf dem erwähnten Jahreskongreß des TUC sowie in einer Flugschrift des Verbandes Eisenbahnangestellter (RCA) mit dem Titel "On the Way to Greater Service"¹³⁶, auf der Jahreskonferenz 1945 der Vereinigten Gesellschaft der Lokomotivführer und Heizer (ASLEF)¹³⁷ und auf der Jahreshauptversammlung 1946 des Landesverbandes der Eisenbahner (NUR)¹³⁸ wurde die Verstaatlichung des Verkehrswesens diskutiert. Es gelang den Labourführern, die Unterstützung für ihre Vorschläge zur Verstaatlichung des britischen Verkehrswesens zu erhalten.

7. Die Vorbereitung und Annahme des Verkehrsgesetzes von 1947

Am 12. November 1946 wurde in der Unterhausdebatte zur Rede des Königs am Beginn der Sitzungsperiode 1946/1947 des Parlaments die Verstaatlichung des Verkehrswesens angekündigt.¹³⁹ Zur Vorbereitung der Verstaatlichungsgesetze hatte Attlee als Premierminister der dritten Labourregierung einen Ausschuß von Ministern, dessen Vorsitz Morrison hatte und dem die sogenannten Sozialisierungsminister angehörten, gebildet.¹⁴⁰ Diesem Ausschuß unterbreitete der Minister für Verkehrswesen, Barnes, seinen Vorschlag, in dem die Organisation, die Struktur und finanzielle Ausstattung des neuen staatlichen Verkehrskonzerns behandelt wurden. Barnes hatte dazu vorher mit anderen Ministern (der Industrie, des Finanzwesens, des Arbeitskräfteeinsatzes usw.) beraten.¹⁴¹

¹³² Railways for the Nation, London 1945, S. 28.

¹³³ Let Us Face the Future, a. a. O., S. 7.

¹³⁴ Vgl. Young, M., a. a. O., S. 65 f.

¹³⁵ The T. U. C. on Transport, in: Economist, Nr. 5324/1945, S. 330; T. U. C. National Transport Scheme, in: Railway Gazette, Bd. 83, Nr. 15/1945, S. 235.

¹³⁶ Vgl. A Nationalised Transport Plan, in: ebenda, Bd. 85, Nr. 15/1946, S. 403.

¹³⁷ Vgl. A. S. L. E. F. Annual Conference, in: ebenda, Bd. 85, Nr. 15/1946, S. 403.

¹³⁸ Vgl. The N. U. R. on Nationalisation, in: ebenda, Bd. 85, Nr. 4/1946, S. 87.

¹³⁹ Lords and Commons Debate Transport Nationalisation, in: ebenda, Bd. 85, Nr. 21/1946, S. 590 ff.

¹⁴⁰ Morrison, Herbert, Regierung und Parlament in England, a. a. O., S. 328.

¹⁴¹ Ebenda, S. 328. - Alle Gesetzesentwürfe, ganz gleich in welchem der beiden Häuser sie eingebracht werden, haben folgende Stadien zu durchlaufen: Erste Lesung (die nur eine Formalität darstellt); zweite Lesung, während der über den Entwurf debattiert wird; Ausschußstadium, das dem Studium und der Prüfung des Entwurfs dient, und in welchem Änderungsvorschläge erwogen werden; Berichtsstadium, jetzt werden die Resultate der Beratung im Ausschuß vom Plenum geprüft und Änderungsvorschläge bera-

Nachdem der Gesetzgebungsausschuß den Gesetzentwurf zugelassen hatte, erfolgte am 27. November 1946 die erste Lesung der Verkehrsgesetzesvorlage (Transport Bill).¹⁴² Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Parlament noch nie mit dem Verkehrswesen als Ganzem befaßt. Jeder Verkehrsträger wurde vordem getrennt behandelt. Nunmehr wurde das Wort "Transport" das erstmalig für den Titel eines Verkehrsgesetzes verwendet.¹⁴³ Der volle Wortlaut des Gesetzes erschien am 28. November 1946.¹⁴⁴ Die zweite Lesung des Gesetzes fand vom 16. bis 18. Dezember 1946 statt. Zur Begründung der Gesetzesvorlage sagte Barnes unter anderem; "... bringe ich als Rechtfertigung dieser Maßnahme das Argument, daß nunmehr die Zeit gekommen ist, da wir die Unsicherheit des vergangenen Jahrhunderts beiseitigen und uns entschließen sollten, den Vereinigungsprozeß zu Ende zu führen."¹⁴⁵ Während bis 1947 von "Koordinierung" der Verkehrsträger gesprochen wurde, tauchte nunmehr der Begriff "Integration" auf. Dies kam im Paragraph 3 des ersten Abschnitts, der in dieser Hinsicht den Kern der Gesetzesvorlage bildete, zum Ausdruck; "... Sicherung bzw. Förderung eines effektiven, ausreichenden, wirtschaftlichen und entsprechend integrierten Systems des öffentlichen Binnenverkehrswesens und der Hafeneinrichtungen innerhalb Großbritanniens für Personen und Güter".¹⁴⁶

Die Debatte anlässlich der zweiten Lesung des Verkehrsgesetzes wurde von parteipolitischen Scheingefechten und vom Feilschen um eine Entschädigung der Eisenbahnaktienbesitzer, also von den Möglichkeiten zur Rettung des bei den Eisenbahnen angelegten Kapitals, bestimmt. Dazu wurde die Presse schon längere Zeit vor der zweiten Lesung eingesetzt. Je näher die Behandlung der Gesetzesvorlage rückte und je offensichtlicher wurde, daß es zu einer Annahme des Gesetzes kommen würde, desto mehr verstärkten die Bourgeoisie und die Eisenbahngesellschaften ihren scheinbaren Widerwillen gegen die Verstaatlichung, um politisches, aber auch buchstäblich Kapital auf Kosten der Labourpartei und der Steuerzahler aus der Verstaatlichung der Eisenbahnen herauszuschlagen.

Mitte Juli hatten die Direktoren der vier Hauptbahngesellschaften einen Brief mit Antwortpostkarte an jeden der rund eine Million zählenden Aktienbesitzer geschickt. Die Direktoren baten darin die Aktienbesitzer um das Mandat, gegen eine Verstaatlichung der Eisenbahn aufzutreten.¹⁴⁷ Es ging den Eisenbahngesellschaften darum, die vielen kleinen Aktienbesitzer aus dem Bürgertum für die Ziele der mächtigen Eisenbahnaktienbesitzer der Großbourgeoisie auszunützen. Aufgrund der Zentralisation des Kapitals mußte sich eine Lobbytätigkeit der großen Masse der Eisenbahnaktienbesitzer vervielfacht zum Nutzen der Eisenbahnma-

ten, und schließlich die dritte Lesung. Bei der dritten Lesung kann nur noch über die dann vorliegende Fassung des Entwurfes diskutiert werden. (Ebenda, S. 274.)

142 Ebenda, S. 319. - Nachdem 21 Entwürfe für das Verkehrsgesetz (bei Kohle waren es 13) angefertigt worden waren und der Gesetzgebungsausschuß den endgültigen Gesetzesentwurf geprüft und zugelassen hatte, wurde auf der Tagesordnung des Unterhauses angezeigt, daß das Gesetz im Hause eingebracht würde. Anschließend ging das Gesetz ins Oberhaus und wurde dort auf ähnliche Weise beraten. (Ebenda.) Die Behandlung der Gesetzesvorlage war im Unterhaus und im Oberhaus im wesentlichen gleich. Das Oberhaus hatte damals das Recht, die Annahme einer Gesetzesvorlage um 3 Sitzungsperioden (annähernd zwei Jahre) hinauszuschieben, konnte aber kein Gesetz aufheben. (Vgl. Bromhead, P. A., The House of Lords and Contemporary Politics 1911 - 1957, London 1958, S. 128.)

143 Vgl. Pearson, A. J., The Railways and the Nation, a. a. O., S. 16.

144 Transport Bill, in: Railway Gazette, Bd. 85, Nr. 33/1946, S. 649.

145 Hansard, a. a. O., Bd. 431, Sp. 1620.

146 Ebenda, Sp. 1623.

147 Railway Chairmen's Letters to the Stockholders, in: Railway Gazette, Bd. 85, Nr. 1/1946, S. 27.

gnaten auswirken.¹⁴⁸ Es folgten im Zusammenhang mit der zweiten Lesung weitere Lobby-Demonstrationen der Eisenbahngesellschaften. Am 6. Dezember 1946 wurde zum Beispiel vom Aktionärsverband der London and North-Eastern Railway (L.N.E.R. Stockholders Association) ein Meeting im "May Fair Hotel" in London und am 13. Dezember eine Zusammenkunft von Aktienbesitzern durch die Vereinigung der britischen Eisenbahnaktionäre (British Railway Stockholders Union) organisiert.¹⁴⁹ Die liberale Zeitung "Manchester Guardian" witterte: "Es scheint fast, als wollte die Regierung absichtlich Streit suchen, oder sie ist nicht in der Lage, dem Druck der Gewerkschaften bei der Gestaltung ihrer Gesetzgebung standzuhalten."¹⁵⁰ Auch der "Economist" schlug nun einen anderen Ton an: "Wenn das Vorhaben der Regierung gerecht und notwendig wäre, könnte man ihre Charakterstärke (morale courage) bewundern. Unter diesen Umständen aber (Berücksichtigung der Stimmen der kleineren Aktionäre bei der nächsten Parlamentswahl - O. T.) kann man nur über ihre Tollkühnheit gegenüber den Wählern erstaunt sein."¹⁵¹

Die Labourführer benutzten die zweite Lesung als Tribüne für ihre Parteipropaganda. In seiner Rede sagte der Verkehrsminister Alfred Barnes: "Geben sie dieser Labourregierung fünf Jahre Amtszeit auf diesem Gebiet der Transportleistungen, und unser Volk wird mehr Fortschritt sehen können, als in fünfzig Jahren Tory-Herrschaft erreicht werden könnte."¹⁵² Er bezeichnete die Verkehrsgesetzesvorlage als "die größte und umfassendste Sozialisierungsmaßnahme, die jemals einem freien demokratischen Parlament vorgelegt wurde."¹⁵³

Die Konservativen und Liberalen nahmen die Debatte zum Anlaß, um mit der Labourpartei Scheingefechte zu führen. Sir David Maxwell Fyfe, der im Namen der Opposition die Ablehnung der Gesetzesvorlage beantragte, sprach von der Vorlage als "Konfiszierung von Einkommen und Lebensunterhalt" (confiscation of income and livelihood) und sagte, daß "die Vorlage der schlechteste Dienst (greatest disservice) sei, den die Regierung bislang dem Handel und der Industrie des Landes erwiesen habe".¹⁵⁴ Clement Davies, als Sprecher der Liberalen, hielt die Gesetzesvorlage für schlecht und meinte, daß sie überarbeitet werden müßte.¹⁵⁵

Im Grunde genommen ging es der Opposition nicht darum, die Gesetzesvorlage zunichte zu machen. Dies zeigte auch die zweite Lesung der Vorlage im Oberhaus: Zwar richteten die Vertreter der Konservativen, die im Oberhaus die erdrückende Mehrheit hatten, ihre Diskussionsbeiträge gegen die Vorlage, aber sie sahen davon ab, die Vorlage ernsthaft abzuweisen. Es wurden zum Beispiel drei Anträge gegen die Regierung angenommen, aber das geschah nur demonstrativ, denn den Anträgen stimmte das Unterhaus nicht zu, und als sie ans Oberhaus zurückgingen, bestand dies nicht auf ihnen. Während der Oberhausdebatte war der Führer der Konservativen, Lord Salisbury, darauf bedacht, die Konzeption der Vorlage zu wahren. So verurteilte er zum Beispiel den Versuch eines liberalen Abgeordneten, den

148 Von den 1 137 000 Aktienbesitzern der vier großen Privatmonopolgesellschaften besaßen 1/5 nicht mehr als 100 £ an Aktien, 1/3 nicht mehr als 200 £, über die Hälfte nicht mehr als 400 £, 4/5 nicht mehr als 1 000 £ an Aktien. Aber 7 Prozent besaßen 10 000 £ oder mehr an Aktien. Diese Aktienbesitzer kontrollierten 24,6 Prozent des Kapitals. 8 Aktienbesitzer hatten je mehr als 1 Million £ an Aktien. (Vgl. Railways for the Nation, a. a. O., S. 23.)

149 Railway Stockholders and the Transport Bill, in: Railway Gazette, Bd. 85, Nr. 24/1946, S. 653.

150 Trailing its Coat, in: ebenda, Nr. 23/1946, S. 632.

151 Electoral Foolhardiness, in: ebenda, S. 632.

152 Hansard, a. a. O., Bd. 431, Sp. 1638.

153 Ebenda, Sp. 1617.

154 Transport Bill Debate Opens, in: Railway Gazette, Bd. 85, Nr. 26/1946, S. 705.

155 Ebenda.

Kraftverkehr von der Verstaatlichung auszuschließen.¹⁵⁶ Am Ende der zweiten Lesung im Unterhaus gab ein Vertreter der Opposition zu: "Es versteht sich von selbst, daß im Falle eines Erfolges für dieses Verstaatlichungsvorhaben im Verkehrswesen, woran zweifellos die ehrenwerten Abgeordneten der anderen Seite wahrhaft glauben, unserem Lande ein großer Nutzen entstehen wird".¹⁵⁷ Ein bürgerlicher Historiker schrieb über die Haltung der Konservativen: "Die Konservativen waren im allgemeinen gegenüber den Hauptreformen der Regierung weniger feindlich eingestellt, als es die Konservativen zur Zeit Balfours gegenüber dem Vorgehen der liberalen Regierung waren".¹⁵⁸ Die Bestrebungen der Opposition richteten sich im wesentlichen dabei auf einen Ausbau der Macht der Großbourgeoisie in der künftigen Leitung des zu bildenden staatlichen Verkehrskonzerns, auf die Sicherung der ökonomischen Interessen der Wirtschaft als Verkehrsnutzer und auf ein für die Eisenbahngesellschaften möglichst lukratives Entschädigungsverfahren. Der Kampf um die Machtpositionen der Großbourgeoisie in der Leitung des künftigen staatlichen Verkehrskonzerns zeigte sich im Bestreben der Opposition, der im Gesetz vorgeschlagenen "Britischen Transport-Kommission" möglichst viel Autonomie und das Recht zur Ernennung der Mitglieder der Exekutivbehörden zu sichern.¹⁵⁹ Zur unmittelbaren Sicherung der ökonomischen Interessen der Monopolbourgeoisie sagte ein Sprecher der Opposition: "Ich möchte wiederholen, wie auffallend wenig Aufmerksamkeit in der Gesetzesvorlage dem Schutz der Verkehrsnutzer gewidmet wird. Es ist nicht nur eine Frage des Reisenden, sondern der gesamten Wirtschaft unseres Landes, und es fällt auf, daß es praktisch in dieser Hinsicht keinen effektiven Apparat gibt. Aus diesem Grunde halte ich diese Vorlage für höchst gefährlich ..."¹⁶⁰ Den größten Raum in der Debatte zur Verkehrsgesetzesvorlage nahmen die Entschädigungsbedingungen ein.¹⁶¹ Die von den Konservativen und Liberalen unterstützten Sprecher der Eisenbahnbesitzer jammerten darüber, daß sie angeblich gezwungen würden, ungerechte (unfair) und unzureichende (inadequate) Entschädigung anzunehmen¹⁶², während die Vertreter der Labourpartei beteuerten, daß die Eisenbahnaktionäre keinen Kapitalverlust erleiden würden und die für die Entschädigung maßgeblichen Kurse wegen der garantierten Einnahmen der Eisenbahnen im Rahmen der staatsmonopolistischen Kriegswirtschaft zur gegebenen Zeit durchweg höher gelegen hätten als vor dem Krieg.¹⁶³

Die dritte Lesung des Verkehrsgesetzes fand am 5. Mai 1947 statt und führte zur Annahme des Gesetzes im Unterhaus mit 308 gegen 148 Stimmen.¹⁶⁴ Die königliche Zustimmung (Royal Assent) und damit Gesetzeskraft erhielt die Vorlage am 6. August 1947.¹⁶⁵ Wirksam wurde das Gesetz mit dem 1. Januar 1948.¹⁶⁶

156 Vgl. Bericht des "Economist" über die zweite Lesung des Verkehrsgesetzes im Oberhaus: The Transport Bill in the Lords, in: Economist, Nr. 5416/1947, S. 927.

157 Hansard, a. a. O., Bd. 431, Sp. 1874.

158 Bromhead, P. A., a. a. O., S. 128. - Balfour war konservativer Außenminister in der Koalitionsregierung Lloyd Georges der Liberalen (nach dem ersten Weltkrieg). (Vgl. Truchanowski, W. G., a. a. O., S. 104 ff.)

159 Gutknecht, R., Die Verstaatlichung der englischen Verkehrswirtschaft, in: Verkehr und Technik, Nr. 3 - 4/1948, S. 41 f.; Hansard, a. a. O., Bd. 431, Sp. 2015; Comments on Transport Bill, in: Railway Gazette, Bd. 85, Nr. 26/1946, S. 711.

160 Hansard, a. a. O., Bd. 431, Sp. 1976.

161 Gutknecht, R., a. a. O.

162 Railway Stockholders and Nationalisation, a. a. O., S. 233.

163 Gutknecht, R., a. a. O.

164 Bromhead, P. A., a. a. O., S. 159.

165 Walker, G., The Transport Act of 1947, in: Economic Journal, Bd. 58, März 1948, S. 11. - Seit 1707 wurde die königliche Zustimmung zu einem Parlamentsgesetz niemals verweigert. (Gollan, John, Das politische System Großbritanniens, a. a. O., S. 50.)

166 Transport Act 1947, 10 & 11 Geo., Ch. 49 H. M. S. O.. London 1947, vgl. auch Walker, G., a. a. O.

Auf der Jahreskonferenz der Labourpartei 1948 betonte Morrison, daß außer der Stahlindustrie alle vorgesehenen Wirtschaftszweige verstaatlicht wären, und kündigte ein Programm an, das einen anderen Charakter als das Programm "Let Us Face the Future" von 1945 hätte.¹⁶⁷ Auf einem Treffen der Labourführung in Dorking im Mai 1950 wurde beschlossen, keine weiteren Verstaatlichungen vorzunehmen.¹⁶⁸ Diese Position wurde dann in den Stellungnahmen der Labourführer, die zum größten Teil ihren Niederschlag in den Programmen der Labourpartei fanden, politisch und ideologisch begründet. Die Basis der ideologischen Position der Labourführer war ein bürgerlich-idealistischer Eklektizismus, dessen Register nunmehr in voller Lautstärke gezogen wurden. Im Labourprogramm von 1950 "Labour and the New Society" hieß es: "Das private Unternehmertum hat einen maßgeblichen Platz in der Wirtschaft. Wir sollten wirklich seine Effektivität und seine Aktivität unterstützen und stimulieren." Und der Schluß dieses Programms lautete: "Die Brüderlichkeit der Menschen, die Redlichkeit des Geistes, der Stolz auf die Familie und die Nation - das sind die Kräfte, die uns voranbringen werden. Unser Glaube und unsere Hoffnung liegen in den wahren Tugenden der einfachen Männer und Frauen ..."¹⁶⁹ Um die offene Abwendung von den ursprünglichen Zielen der Labourbewegung und um die Propagierung der Kollaboration mit der Kapitalistenklasse zu bemänteln, traten die Labourführer mit zwei Argumenten auf:

- Sie behaupteten, daß sich der Nachkriegskapitalismus völlig vom Vorkriegskapitalismus, gegen den die Labourbewegung gekämpft hatte, unterscheide.
- Sie behaupteten, daß der Sozialismus, für den die Labourbewegung gekämpft hatte, etwas völlig anderes wäre, als der Sozialismus, für den die Labourbewegung nunmehr kämpfen müßte.¹⁷⁰

Die Notwendigkeit der Erweiterung der ökonomischen Rolle des Staates bestand auch nach den Verstaatlichungsmaßnahmen der dritten Labourregierung. Der staatsmonopolistische Charakter des britischen Imperialismus entwickelte sich weiter. Die Verdienste der dritten Labourregierung für den britischen Kapitalismus bestehen eben darin, daß die Labourregierung mit ihrer Verstaatlichungspolitik dem britischen kapitalistischen Wirtschaftssystem über die Nachkriegskrise hinweghalf und die Grundlagen für die Weiterentwicklung des staatsmonopolistischen Systems in Großbritannien mit neuen Zügen zu einer Zeit schuf, als sich der Imperialismus auf die Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Weltssystem einzustellen begann. Der Einfluß des Staates auf die Hauptelemente des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses - Produktion und Distribution, Akkumulation und Konsumtion - wurde durch ein entwickeltes Instrumentarium der ökonomischen Regulierung auch unter den der dritten Labourregierung folgenden Regierungen, einschließlich der Labourregierungen bis zum heutigen Tage weiter verstärkt (Geld-Kredit-System, die Manipulierung mit den Steuern und dem Staatshaushalt, Rüstungswirtschaft). So stieg zum Beispiel der Anteil der Steuereinnahmen des britischen Staates am sogenannten Bruttosozialprodukt von 33,1 Prozent im Jahre 1964 auf 44,3 Prozent im Jahre 1970. Ein weiteres Beispiel ist der Versuch, die Entwicklung der britischen Wirtschaft durch sogenannte nationale Pläne (1962 bis 1966, 1965 bis 1970) zu beeinflussen.

Die Entwicklung der Produktivkräfte drängt immer mehr zu ihrer tatsächlichen Vergesellschaftung. Insofern ist der staatsmonopolistische Kapitalismus die Reaktion der Bourgeoisie auf den wachsenden gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte. Die Privatmonopole können dabei die Möglichkeiten, die sich aus der Verflechtung der Monopole mit dem

167 Zit. nach Gollan, John, Labour Party's Election Programme, in: Labour Monthly, Nr. 4/1949, S. 116.

168 Vgl. derselbe, Dorking Socialism, in: ebenda, Nr. 7/1950, S. 305.

169 Labour and the New Society, London 1950, S. 19 ff.

170 Vgl. New Fabian Essays, London 1952.

DIE VORAUSSETZUNGEN UND DER BEGINN DER KAPITALOFFENSIVE DEUTSCHER BANKMONOPOLE IN DER RUMÄNISCHEN ERDÖLINDUSTRIE (1900 BIS 1905)

von Renate Günther

1. Die Krise von 1899 in Rumänien
2. Die internationale Situation auf dem Gebiet des Erdöls um die Jahrhundertwende
3. Die Bedingungen und Voraussetzungen der deutschen Bankmonopole für eine Kapitaloffensive in der rumänischen Erdölindustrie
4. Das Tauziehen um die rumänischen Staatsländereien - Die Konservativen und die Liberalen
5. Das Eindringen der Deutschen Bank in die rumänische Erdölindustrie
6. Der Vertrag von 1904
7. Der Vorstoß der Deutschen Bank zur Konzessionierung der rumänischen Erdölterrains, die "România" und das endgültige Scheitern der Verhandlungen

Die Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus kennt unzählige Beispiele, daß Betriebe, Rohstoffvorkommen, Industriezweige oder sogar ganze Staaten in die Gewalt einer Finanzgruppe oder eines mächtigen Konzerns gerieten. Sie sind in vielen ausführlichen Darstellungen beschrieben. Weit weniger häufig sind die Beispiele, wo es relativ kleinen und schwach entwickelten Ländern gelang, die nationalen Reichtümer zumindest zeitweise vor dem Zugriff der Monopole zu bewahren. Solche Situationen können dann entstehen, wenn es einem schwach entwickelten Land gelingt, das internationale Kräfteverhältnis oder den Konkurrenzkampf zwischen den Monopolen eines einzelnen imperialistischen Staates zu seinen Gunsten auszunutzen, sozusagen "lachender Dritter" zu sein. Ob ein solcher Sieg tatsächlich immer auch ein Sieg im nationalen Interesse des Landes oder nur im Interesse der herrschenden Clique ist, kann nur die Untersuchung der konkreten Umstände zeigen.

Die Forschung darf die Untersuchung dieser "nichttypischen" Vorgänge nicht außer acht lassen, denn erst durch sie zeigt sich die ganze Vielfalt der Beziehungen und Verflechtungen innerhalb des imperialistischen Systems, die ganze Breite der Methoden und Versuche der mächtigsten Monopole, sich aller Reichtümer der Welt zu bemächtigen. Die Untersuchungen solcher Fälle sind daher wesentliche Bausteine zur Darstellung der Gesamtgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus, zur Gesamteinschätzung der unheilvollen Rolle, die er in der Welt gespielt hat und heute noch spielt.

Einen solchen Fall greift die vorliegende Studie auf.

1. Die Krise von 1899 in Rumänien

Das 20. Jahrhundert begann mit einer ökonomischen Krise, die alle Länder Europas ergriff. In Rumänien, das sich 1877/1878 die politische Unabhängigkeit erobert hatte und aus einem türkischen Vasallen ein 1880 auch von den europäischen Großmächten anerkannter selbständiger Staat geworden war, begann die Krise 1899. Sie war die erste größere Krise in diesem Lande, die fast alle Seiten seines wirtschaftlichen und politischen Lebens ergriff. Die Überproduktionskrise wurde verschärft durch eine Finanzkrise. Starke Regenfälle und Überschwemmungen 1897, eine schlechte Ernte 1898 und eine anhaltende Dürre 1899 brachten den Getreideexport - die Haupteinnahmequelle des Landes - fast zum Erliegen und die Finanzen des rumänischen Staates in eine nahezu ausweglose Situation.¹

Die Ursachen der Krise lagen allerdings nicht in Rumänien allein. Rumänien war - obwohl der Kapitalismus hier noch sehr schwach entwickelt war - Bestandteil des wirtschaftlichen Weltmechanismus des Kapitalismus geworden. Die Überproduktions- und Finanzkrise in den übrigen kapitalistischen Ländern verschärfte die Situation in Rumänien und war auch eine der Ursachen für die längere Dauer der Krise in diesem Lande. Ihr Tiefpunkt lag in den Jahren 1900 und 1901, sie dauerte jedoch insgesamt bis 1903.

Die Krise zeigte deutlich die kapitalistische Verflechtung der Weltwirtschaft, aber auch die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder: Sie begann in Rußland 1899 mit einer Geldkrise, die sich bis Ende des Jahres auch auf die Produktion ausdehnte, setzte 1900 als Überproduktionskrise in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Japan ein, breitete sich 1901 auf Österreich, Ungarn und andere europäische Länder und 1903 auf die USA aus. Die Krise ergriff aber auch die verschiedenen Wirtschaftszweige und sogar die einzelnen Unternehmen ungleichmäßig. In Rumänien verursachten nicht allein der Grad der Kapitalkonzentration, sondern auch einige Maßnahmen der rumänischen Regierung solche Unterschiede. So wurden beispielsweise die durch das Industrieförderungsgesetz von 1887 begünstigten Unternehmen² weit weniger von der Krise betroffen, und auch die Zollgesetzgebung, die zwar einen Schutzzoll vorsah, ihn aber nicht auf alle Wirtschaftszweige ausdehnte, vertiefte die Ungleichmäßigkeit der Krisenauswirkungen.

Es gab sogar ganze Wirtschaftszweige, in denen die Produktion stieg. Dazu zählten die mechanisch-metallurgische Industrie sowie die Textilindustrie³, die fast durchgängig die Vorteile des Industrieförderungsgesetzes genossen, vor allem aber die Petroleumindustrie. Die steigende Produktion führte in diesen Zweigen aber unter den Bedingungen der Krise zum starken Absinken der Preise.⁴

¹ Vgl. dazu die Berichte der kaiserlich deutschen Gesandtschaft dieser Jahre im Deutschen Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg (im folgenden: DZA Merseburg), Rep. 120, C XIII 15, Nr. 24, Bd. 10 u. 11.

² Das Industrieförderungsgesetz gewährte In- und Ausländern, die mit mindestens 50 000 Francs Betriebe gründeten oder täglich mindestens 25 Arbeitskräfte beschäftigten, kostenloses Terrain für die Errichtung einer Fabrik, für 15 Jahre Befreiung von allen direkten Steuern, Zollfreiheit für die Einfuhr der nötigen Maschinen und Rohstoffe, Ermäßigung der Eisenbahntarife für die Fabrikate und Bevorzugung bei der Vergabe von Staatsaufträgen. Da aber die Kapitalakkumulation noch schwach war, fielen alle Vergünstigungen im wesentlichen dem ausländischen Kapital zu, das auf diese Weise die rumänische Wirtschaft immer stärker durchdrang.

³ Constantinescu, N. N./Axenciuc, V., Capitalismul monopolist in România (Der Monopolkapitalismus in Rumänien), Bukarest 1962, S. 64 f.

⁴ Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung I, Potsdam (im folgenden: DZA Potsdam), Auswärtiges Amt (im folgenden: AA) 8432, Bl. 68, Konsulatsbericht 12. 11. 1899.

Die Regierung Petre Carp sah angesichts der kaum entwickelten Industrie im Lande den Ausweg aus der Finanz- und Wirtschaftskrise im wesentlichen in der Hilfe durch das ausländische Kapital. Sie legte im Herbst 1899 ein finanzpolitisches Programm vor, dessen Hauptpunkte neben der Erschließung neuer Staatseisenbahnen, einer Steuerreform sowie der Beschränkung der großen öffentlichen Arbeiten in der Aufnahme einer Anleihe und in der Beseitigung der dem fremden Kapital in Rumänien im Wege stehenden Hindernisse bestanden.⁵

Für die Gewährung einer Anleihe bot die rumänische Regierung den deutschen Banken Konzessionen für die Ausbeutung der Staatsdomänen, des Fluß- und Seeschiffahrtsdienstes sowie das Salz- und Streichholzmonopol. Die Banken verweigerten die Anleihe jedoch zunächst unter dem Vorwand, daß auch die deutsche Wirtschaft durch die Krise erschüttert sei und ihrer Hilfe bedürfe.⁶ Ihnen lag ganz offensichtlich weniger an der Gewährung einer Staatsanleihe, die - nach allen bisherigen Erfahrungen - zum größten Teil zu unproduktiven Zwecken verwandt werden und zu ihrer Tilgung neue Anleihen nach sich ziehen würde. Sie versprachen sich weit mehr von einer direkten Invasion in die Wirtschaft des Landes, der Ausbeutung der Naturschätze und Arbeitskräfte auf dem Wege des Kapitalexports.

Die Hindernisse für das ausländische Kapital beruhten vor allem in der bestehenden rumänischen Wirtschaftsgesetzgebung. So verbot das Handelsgesetzbuch auf Grund des Artikels VII der Verfassung Ausländern den Erwerb von Landbesitz. Die Vorschläge der Liberalen in der Deputiertenversammlung und im Senat, diese Bestimmung zu ändern, löste heftige Diskussionen aus.⁷ Weiter sah das Handelsgesetzbuch vor, daß der Verwaltungsrat von Aktiengesellschaften in seiner Majorität aus Rumänen zusammengesetzt sein müsse und daß ausländische Gesellschaften bei der Gründung von Banken oder industriellen Unternehmungen eine Kautions von 300 000 Lei hinterlegen mußten, die die rumänische Regierung bis auf ein Viertel des Nominalkapitals steigern konnte. Die tatsächliche Wirkung einer solchen Regelung charakterisierte M. Alexandrescu im Senat so: "Es ist unmöglich, zu glauben, daß ein paar Rumänen ohne Kapital, die nicht eine einzige Aktie zeichnen können, in diesen Kapitalgesellschaften, an diesen ausländischen Institutionen irgendetwas nationalisieren würden."⁸ Es sei im Gegenteil "leicht zu verstehen ..., wieviele ausländische Gesellschaften, die zur Entwicklung unserer nationalen Wirtschaft hätten beitragen können, auf Grund dieses Hemmnisses (das brachliegende Kapital der Kautions - R. G.) anderswohin gegangen sind."⁹ Im Frühjahr 1900 wurde die Kautions reduziert und der Anteil von Rumänen am Verwaltungsrat auf ein Drittel festgelegt. Soweit es sich allerdings um Gesellschaften handelte, die Grundbesitz erwerben wollten, hatte mit Rücksicht auf den Artikel VII der Verfassung auch in Zukunft die Mehrheit des Verwaltungsrates aus Rumänen zu bestehen.¹⁰

5 Vgl. Münchener Allgemeine Zeitung, Nr. 260, 19. 9. 1899.

6 Ausführliche Angaben dazu siehe in Desbaterile Adunării Deputaţilor (Die Debatten der Deputiertenversammlung, im folgenden: DAD), Nr. 65/1900, S. 1159. - Die Datumsangaben dieser Publikation sind Daten alten Stils.

7 Vgl. z. B. ebenda, Nr. 62/1900, S. 1065 f.

8 Desbaterile Senatului (Die Senatsdebatten, im folgenden: DS), Nr. 17/1900, S. 862. - Die Praxis sah tatsächlich so aus: Der Deputierte Dissescu erklärte am 12. 3. 1904 in der Deputiertenversammlung: "Es ist auch mir passiert, daß man mir vorgeschlagen hat, in so eine Gesellschaft einzutreten. Ich habe geantwortet, daß ich zehntausend Lei zeichnen kann. Man bedeutete mir, daß es unnötig sei, real Geld zu zeichnen, denn man werde mir fiktiv Nominalaktien geben, deren wirklicher Eigentümer die Gesellschaft sei. Ich sagte Merci ... und lehnte den Vorschlag ab, obwohl man mir eine Reihe sehr ehrenwerter Namen vorlas, die den Vorschlag angenommen hatten." (DAD, Nr. 44/1904, S. 760.)

9 DS, Nr. 54/1900, S. 862.

10 Vgl. den Gesetzentwurf ebenda, S. 863 f.

Die rumänische Minengesetzgebung erfuhr zwischen 1893 und 1900 mehrfach Veränderungen. Die Schwierigkeit bestand hier vor allem darin, den Artikel VII der Verfassung mit der Notwendigkeit in Einklang zu bringen, ausländisches Kapital für die Erschließung der rumänischen Naturreichtümer zu gewinnen. Eine Trennung in Oberfläche und Untergrund löste zwar weitgehend dieses Problem, aber gleichzeitig traten neue auf: Die Größe der Parzellen war zwar in den verschiedenen Minengesetzen unterschiedlich, sie reichte von 3 bis 10 Hektar im Gesetz von 1893 bis zu 100 Hektar im Gesetz von 1900, aber auch die 100 Hektar waren zu klein für die Gier der ausländischen Kapitalisten nach den begehrten Erdölquellen. Sie forderten die als erdölführend zunächst bekannten 20 000 Hektar Staatsländereien in einem Stück und beabsichtigten, sie mit keinem Konkurrenten zu teilen. Nur dann hielten sie die Erschließung der rumänischen Erdölvorkommen, ihren industriemäßigen Abbau und die Errichtung einer Verarbeitungsindustrie für profitabel.

Die Finanzsituation des Staates verschlechterte sich jedoch immer mehr. Ende 1899 berichtete der Konsul aus Bukarest an den deutschen Reichskanzler, daß die Staatskassen leer seien, die Soldaten keinen Sold mehr erhielten, die Goldwährung nur noch fiktiv und die Nationalbank nicht in der Lage sei, Gold und Devisen abzugeben.¹¹

Die deutschen Großbanken, vor allem die Disconto-Gesellschaft, hatten Rumänien in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Anleihen gewährt, die noch nicht getilgt waren. Sie waren also gewissermaßen gezwungen, ihre ablehnende Haltung gegen eine neue Anleihe aufzugeben und weiterzuzahlen, wenn sie nicht den Verlust der bisher gezahlten Summen riskieren wollten. Außerdem bereitete die Disconto-Gesellschaft eine großangelegte Kapitaloffensive in Rumänien vor. Die rumänische Regierung eng an sich zu binden, lag also im ureigensten Interesse der Bank. Daher bildete sie ein Konsortium, dem das Bankhaus S. Bleichröder, die 1897 von diesen beiden Bankhäusern unter Einschluß rumänischen Kapitals gegründete Banca Generală Română sowie einige französische Bankhäuser angehörten und das der rumänischen Regierung am 7./19. November 1899 eine Anleihe von 175 Millionen Lei gewährte. Die Anleihe wurde in Form von fünfprozentigen Schatzanleihen mit einer fünfjährigen Laufzeit gewährt, die das Konsortium zum Kurs von 91 übernahm oder sie zum Kurs von 89,5 in Kommission gab. Die Rückzahlung sollte bis zum Dezember 1904 erfolgen. Die rumänische Regierung mußte sich diesen Banken völlig ausliefern durch die vertraglich fixierte Verpflichtung, vor Dezember 1902 keine weitere innere oder äußere Anleihe aufzunehmen.¹²

Noch vor Abschluß der Verhandlungen hatte die rumänische Regierung begonnen, sich nach weiteren Geldquellen umzusehen. Anleihen von den Regierungen der europäischen Staaten zu erhalten, erwies sich auf Grund der in allen entwickelten kapitalistischen Ländern Europas herrschenden Krisensituation als nahezu aussichtslos und wurde durch die gegenüber dem Bankkonsortium übernommene Verpflichtung überhaupt unmöglich. Ende des Jahres 1900 gelang es der rumänischen Regierung dennoch, zur Deckung eines Teils des Budgetdefizits mit einem Bankensyndikat, bestehend aus der Disconto-Gesellschaft, dem Bankhaus Bleichröder und der Banca Generală Română, eine Konvention abzuschließen, durch die dem Konsortium das Nettoprodukt des Zigarettenpapiermonopols in der geschätzten Höhe von 2 128 600 Lei jährlich für 12 Jahre und 7 Monate übergeben wurde und die Banken sich dagegen verpflichteten, dem Staat die Summe von 12,15 Millionen Mark zu zahlen.¹³ Da aber diese Summe kaum als ausreichend betrachtet wurde, der komplizierten Finanzsituation Herr zu werden, schien die Vergabe von Konzessionen für Rohstoffvorkommen und Industriebetriebe an die großen ausländischen Bank- und Industriekonzerne, denen daran ge-

¹¹ DZA Merseburg, Rep. 120, C XIII 15, Nr. 24, Bd. 11.

¹² DAD, Nr. 65/1900, S. 1159.

¹³ Ebenda, Nr. 3/1900, S. 5. - Zu den Verhandlungen siehe ausführlich ebenda, Nr. 65/1900, S. 1156 ff.

legen war, ihren Kapitalüberschuß profitbringend anzulegen, der einzige Ausweg zu sein. Rumänien gehörte zu den Ländern, über die Lenin, das Beispiel Rußlands vor Augen, schrieb: "In diesen rückständigen Ländern ist der Profit ungewöhnlich hoch, denn es gibt dort wenig Kapital, die Bodenpreise sind verhältnismäßig nicht hoch, die Löhne niedrig und die Rohstoffe billig. Die Möglichkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß eine Reihe rückständiger Länder bereits in den Kreislauf des Weltkapitalismus hineingezogen ist, die Hauptlinien der Eisenbahnen bereits gelegt oder in Angriff genommen, die elementaren Bedingungen der industriellen Entwicklung gesichert sind usw."¹⁴ Die von Lenin genannten Voraussetzungen waren in Rumänien erfüllt und die an anderer Stelle von Lenin geschilderten Ereignisse - die Lenin ebenfalls auf Rußland bezieht - traten ein: "Gierig stürzen sie (die ausländischen Kapitalisten - R. G.) sich auf das ... Land, wo die Regierung dem Kapital so wohlgeneigt und gefällig ist ..., wo sie Arbeiter vorfinden, die weniger organisiert und abwehrfähig sind als im Westen, und wo das Lebensniveau der Arbeiter, damit also auch ihr Arbeitslohn, bedeutend niedriger ist, so daß die Kapitalisten riesige, in ihrem Heimatland nie dagewesene Profite einstreichen können."¹⁵

Die Krisensituation, der ständige akute Geldmangel, die wenig entwickelte Industrie und der entsprechend enge innere Markt zwangen die rumänische Regierung geradezu, auf der Suche nach möglichen Auswegen aus dieser Situation alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Kapital aus dem Ausland zu erhalten. Eine dieser Möglichkeiten war die Verwertung der Petroleumreichtümer des Landes.

2. Die internationale Situation auf dem Gebiet des Erdöls um die Jahrhundertwende

Obwohl Rumänien um 1860 der Hauptlieferant Europas für Erdölprodukte gewesen war¹⁶, wurde es schon bald darauf durch das amerikanische und russische Erdöl vom europäischen Markt verdrängt. Die rumänischen Handschächte und die primitive Verarbeitung wurden, gemessen am Aufschwung der industriellen Ausbeutung und der fabrikmäßigen und auch qualitativ besseren Raffination in Amerika und Rußland, unrentabel. Die völlig ungenügende geologische Erforschung Rumäniens machte die Suche nach Erdöl teuer, ließ die Vorkommen für eine industrielle Nutzung bedeutungslos erscheinen und sie in Vergessenheit geraten.

Inzwischen entwickelte sich die Erdölindustrie in anderen Zentren stark. In den USA hatte Rockefeller die Standard Oil Co. gegründet, die wie ein mächtiger Polyp ihre Arme zunächst über den amerikanischen Kontinent, aber bald schon auch über andere Teile der Welt ausstreckte. Sie brachte die Transportwege für Erdöl unter ihre Kontrolle, errichtete später Raffinerien und beherrschte auf diese Weise schließlich einen großen Teil des Absatzmarktes für Leuchtöl, das bis etwa um die Jahrhundertwende wichtigste Erdölprodukt. Um den Erwerb erdölführender Terrains hatte sich die Standard Oil Co. bis dahin kaum bemüht. Das Transportmonopol sicherte ihr den Bezug allen in den USA geförderten Rohöls.

Die später gegründete Royal Dutch Shell dagegen riß seit ihrem Bestehen alle Petroleumlagerstätten an sich, derer sie habhaft werden konnte. Ihre Politik bestand darin, sich kurze Frachtwege zwischen Verbrauchs- und Produktionsländern zu sichern. Deshalb war sie ständig bemüht, in allen Teilen der Welt Lagerstätten zu kaufen bzw. zu pachten, und deshalb fusionierte sie mit der Shell Trading Vo., einem Transportunternehmen, an dem die Boy-

¹⁴ Lenin, W. I., Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 245.

¹⁵ Ebenda, Bd. 2, Berlin 1961, S. 102.

¹⁶ Bickel, Heinrich, Die englischen Erdölinteressen und der Wirtschaftsnationalismus der Rohstoffländer, rechts- und staatswiss. Diss. Hamburg 1941, S. 79; u. a.

kottmaßnahmen Rockefeller scheitern mußten. Die Standard Oil Co. begann erst nach 1900, sich außerhalb Amerikas Konzessionen auf Erdöllagerstätten zu sichern.

Der dritte Erdölgigant entstand in Rußland. Der Nobeltrust entwickelte sich rasch, und seine Produktion überstieg 1898 sogar die der Standard Oil Co.

Der Monopolisierungsprozeß war auch in der Erdölindustrie mit Riesenschritten vorwärtsging. Je näher eine Industrie der Rohstoffgewinnung liegt, desto stärker haben Lenins Worte für sie Geltung: "Derartige Monopole sind am festesten, wenn alle Rohstoffquellen in einer Hand zusammengefaßt werden ... Je höher entwickelt der Kapitalismus, je stärker fühlbar der Rohstoffmangel, je schärfer ausgeprägt die Konkurrenz und die Jagd nach Rohstoffquellen in der ganzen Welt sind, desto erbitterter ist der Kampf um die Erwerbung von Kolonien."¹⁷ Aber nicht nur von Kolonien allein. Wenn die Rohstoffquellen in bereits kapitalistisch mehr oder weniger entwickelten Ländern vorhanden sind, dann ist es für die Imperialisten notwendig, auch diese Länder fest an sich zu binden, sie ökonomisch zu durchdringen und wenn möglich politisch zu beherrschen. Dabei sind nicht allein die bereits entdeckten Rohstoffquellen von Bedeutung, "sondern auch die eventuell noch zu erschließenden, denn die Technik entwickelt sich in unseren Tagen mit unglaublicher Geschwindigkeit, und Ländereien, die heute unbrauchbar sind, können morgen brauchbar gemacht werden, sobald neue Verfahren gefunden ... und größere Kapitalien aufgewandt werden."¹⁸

Eine solche Situation entstand um die Jahrhundertwende in der Erdölindustrie und richtete das Interesse der Kapitalisten auf die rumänischen Vorkommen.

Der deutsche Leuchtölmarkt wurde, wie der der meisten europäischen Länder außer Rußland, durch die Standard Oil Co. beherrscht. In den neunziger Jahren strebten die deutsche und die russische Regierung eine Koalition gegen die Standard Oil Co. an. Sie kam jedoch nicht zustande, weil die deutschen Banken den Handel mit russischem Erdöl in die eigenen Hände bekommen wollten, Nobel jedoch mit der Standard Oil Co. verhandelte und eine Verständigung mit ihr offenbar für erstrebenswert hielt.¹⁹ Aber schon in den Regierungsverhandlungen zeigte sich, daß außer dem Leuchtöl bereits weitere Produkte an Bedeutung gewannen, ja das Leuchtöl in den Schatten zu stellen im Begriff waren. Erdöl gewann Bedeutung als Heizmittel für Lokomotiven, und man sprach auch bereits über Erdölfeuerung in der Flotte.²⁰ Aber auch der Dieselmotor war bereits Realität und wurde von Großunternehmen wie Krupp gebaut. Außerdem machte die Automobilindustrie ihre ersten Schritte, die Nachfrage nach Benzin wuchs immer mehr. Zwar blieb das Leuchtöl noch das wichtigste Produkt im Erdölgeschäft, aber das an Benzin und Rückständen reiche rumänische Erdöl zog die Aufmerksamkeit der ausländischen Kapitalisten auf sich.²¹

Auf der Weltausstellung 1893 in Chicago war der größte Erdölmotor eine Maschine mit 35 PS, aber auf der Pariser Ausstellung im Jahre 1900 bereits eine von 1 000 PS. Die Ent-

17 Lenin, W. I., Werke, Bd. 22, a. a. O., S. 264.

18 Ebenda, S. 266.

19 Eine ausführliche Darstellung dazu siehe bei Fursenko, A. A., Neftjannyje tresty i mirovaja politika (Die Erdöltrusts und die Weltpolitik), 1880 - 1918, Moskau/Leningrad 1965, Kapitel 6. - Fursenko behandelt auch ausführlich die Rolle der Veränderungen in der internationalen Situation, die zwar eine wichtige Rolle beim Scheitern der deutsch-russischen Verhandlungen spielten, auf die hier aber nicht näher eingegangen werden kann.

20 Stellenweise wurde sogar Rohöl verheizt.

21 Das rumänische Leuchtöl war reich an ungesättigten Kohlenwasserstoffen, die seine Brennfähigkeit beeinträchtigten. Diese ungesättigten Verbindungen zählen zu den wichtigsten Ausgangsmaterialien für die Petrochemie. 1908 erwarb der rumänische Chemiker Edeleanu das Patent auf ein Verfahren, das 1911 in die Praxis eingeführt wurde und diese Verbindungen mit Hilfe von flüssiger schwefeliger Säure extrahierte.

wicklung der Verbrennungsmotoren gab in den Jahren um die Jahrhundertwende dem weiteren industriemäßigen Ausbau der Ölgewinnung einen Impuls, wie es fünfzig Jahre vorher die Petroleumlampe getan hatte und wie es fünfzig Jahre später die Petrochemie tat.

Die Steigerung des Verbrauchs an Erdölprodukten trieb die Monopolisierung seiner Vorkommen immer weiter voran. In dieser Zeit ging die Ausbeute in den traditionellen amerikanischen Fördergebieten zurück. Die deutschen Großbanken hielten jetzt den Zeitpunkt für günstig, nach dem erfolglosen Versuch, sich am russischen Erdölgeschäft zu beteiligen, nun mit mehr Erfolg ins rumänische einzudringen. Die Einführung von Motoren nicht nur in Land-, Luft- und Wasserfahrzeugen, sondern bald darauf auch in der Industrie als Antriebskraft für Maschinen steigerte ebenso wie die Heizölföderung den Erdölbedarf und auch die Preise für Erdölprodukte so sehr, daß ein Außenseiter beim Eindringen in diese Sphäre auf Erfolg rechnen konnte. Das war aber dank dem hohen Grad der Monopolisierung gerade in diesem Zweig nur im erbitterten Konkurrenzkampf mit den bestehenden Erdölmonopolen möglich, die den rasch wachsenden Markt für sich beanspruchten.

Die deutschen Bankmonopole hielten sich für besonders prädestiniert, in das Erdölgeschäft gerade in Rumänien einzudringen.

3. Die Bedingungen und Voraussetzungen der deutschen Bankmonopole für eine Kapitaloffensive in der rumänischen Erdölindustrie

Zunächst war Rumänien für den Export von Petroleum nach Deutschland geographisch günstig gelegen. Die rumänischen Erdölfelder lagen Deutschland näher als die russischen oder gar die amerikanischen. Selbst der Seetransport nach Hamburg war immer noch kürzer als der für Erdöllieferungen aus Amerika. Besonders der Donauweg bot sich für den Transport, vor allem zur Versorgung Süddeutschlands, an. Das Zufrieren der Donau in den Wintermonaten und die Schwierigkeiten, das Eiserne Tor mit größeren Schiffen zu passieren, hielten die meisten der sich mit dieser Problematik beschäftigenden Autoren für überwindbar. Es wurden aber auch Vorschläge für den Bau einer 900 Kilometer langen Pipeline von Cimpina nach Schlesien gemacht, die durch das galizische Erdölgebiet führen und so die Versorgung noch sicherer gestalten sollte.²²

Günstig für die deutschen Monopole war auch der Umstand, daß Rumänien von einem seiner Abstammung nach deutschen König regiert wurde, der enge Verbindung zu deutschen Großbanken besaß. Der rumänische Schriftsteller Cocea schreibt in einem seiner Pamphlete, die rumänischen Regierungskreise hätten sich nach der Einsetzung von Carol I. verpflichtet, keine Anleihen mehr ohne Bewilligung der deutschen Banken aufzunehmen. Das habe das deutsche Kapital zum wahren Herrscher über Rumänien gemacht.²³ Dafür gibt es zwar keinen Beleg, aber Cocea dürfte der Wahrheit ziemlich nahe gekommen sein. Die deutschen Großbanken, vor allem die Disconto-Gesellschaft, besaßen bis zur Jahrhundertwende tatsächlich eine Art Monopol auf die Vergabe von Anleihen in Rumänien. Die Verhandlungen um die Anleihe von 1899 zeigten deutlich, welche Rolle deutsche Großbanken in Rumänien zu spielen imstande waren.

Rumänien lag den deutschen Imperialisten auch bei ihren Versuchen zur wirtschaftlichen und politischen Expansion in der Türkei sozusagen "auf dem Wege". Der deutsche Einfluß

²² Vgl. Brackel, Oswald v./Leis, Joseph, Der dreißigjährige Petroleumkrieg, Berlin 1903, S. 326.

²³ Hier nach Nicolae, Constantin/Asandei, S., u. a., Der deutsche Militarismus und Rumänien, Geschichtlicher Abriss, Bukarest 1963, S. 13.

auf die Türkei würde auch dem Absatz von Erdölprodukten späterer deutscher Unternehmen dienlich sein, zumal sich die Anatolische Eisenbahn, die Eisenbahnstrecke Salonik-Monastir und die Bagdadbahn um die Jahrhundertwende bereits in Bau befanden. Bis zum ersten Weltkrieg setzten die Erdölunternehmen der deutschen Großbanken dann auch in großem Umfang Leuchtöl, vor allem aber auch Heizöl an die türkische Eisenbahn und Flotte ab. Die Vorkommen von Mossul waren um die Jahrhundertwende noch gar nicht erforscht. Erst 1904 rüstete die Deutsche Bank eine Expedition zur Erforschung der Mossulfelder aus.²⁴ Die Beteiligung an der rumänischen Erdölindustrie ergäbe also einen kräftigen Stützpunkt bei der Verwirklichung des "Berlin-Bagdad-Gedankens". Sie würde aber außerdem, wenn man in Mossul wirklich Öl fände, der Öffnung des türkischen Marktes für deutsches Kapital dienen und gleichzeitig Grundstein sein für die Schaffung eines deutschen Erdöltrusts, der dann schon an zwei Stellen der Welt über eigene Rohstoffvorkommen verfügte.

Die deutschen Bankmonopole konnten also bei dem bevorstehenden Griff nach dem rumänischen Erdöl mit günstigen äußeren Bedingungen rechnen. Ebenso war es um die inneren Bedingungen bestellt. Die Kapitalstärke der deutschen Monopolbanken war immer mehr angewachsen und hatte sie längst aus bescheidenen Zahlungsvermittlern zu Zentren wirtschaftlicher, in vielen Fällen auch bereits politischer Macht werden lassen. Seit den neunziger Jahren ging die Bedeutung des Kapitalexports in Form von Anleihen relativ zurück, dagegen wuchs der Kapitalexport in Form von direkten Industriebeteiligungen. Die Banken gewährten Eisenbahnanleihen, finanzierten Rüstungsbetriebe, gründeten Niederlassungen und Tochtergesellschaften inländischer Industriebetriebe oder beteiligten sich an ausländischen Industrieunternehmen; schließlich gründeten sie auch eigene Industrien im Ausland.²⁵ Solche Industrien entstanden oft gerade auf oder nahe dem Gebiet der Rohstoffherzeugung. Bei den großen Banken waren die Kapitalmengen konzentriert, deren es bedurfte, um die großen Summen an fixem Kapital beim Erwerb von Rohstoffquellen bereitzustellen.

Diese Veränderung in der Form des Kapitalexports hatte sich schon lange vorher angekündigt. In den Banken hatten allmählich Personen die Leitung übernommen, "die ein aktives Eingreifen in die Gesamtentwicklung der Industrie für die notwendige, immer aktueller werdende Aufgabe der Großbanken" hielten.²⁶

Für die deutschen Großbanken bestand aber nicht nur eine Möglichkeit, sondern in gewissem Sinne auch die Notwendigkeit, Erdöllagerstätten zu erwerben und in irgendeiner Form im Erdölgeschäft Fuß zu fassen. Die beginnende Motorisierung und die Ölheizung boten große Möglichkeiten für eine Verwendung von Erdöl in der Kriegführung. Autos waren geeignet, die Abhängigkeit der Armee von den Eisenbahnlinien auf ein Mindestmaß zu reduzieren, sie waren weit leistungsfähiger als Pferdefuhrwerke, die bisher überall dort benutzt wurden, wo keine Eisenbahnstrecken vorhanden waren. Heizöl steigerte den Aktionsradius der Schiffe. Schließlich ermöglichte der Dieselmotor den Einsatz von Unterseebooten und der Benzinmotor den Einsatz von Flugzeugen. Voraussetzung für den Besitz sicherer Treibstoffbezugsquellen in Kriegszeiten war aber "die Verhinderung eines Zusporns derselben in Friedenszeiten durch Dritte".²⁷ Das bedeutete rechtzeitige Sicherung der kriegswichtig werdenden Treibstoffe.

In den meisten Darstellungen bürgerlicher Ökonomen gilt als Hauptausgangspunkt und als wesentlichste oder sogar einzige Ursache für das Eindringen der deutschen Großbanken in

24 DZA Potsdam, AA 13 310, Bl. 28 f., Gwinner am 13. 10. 1904 an AA; Bl. 23, Deutsche Bank am 3. 12. 1904 an AA.

25 Vgl. dazu Nehls, Katja, Zur Bewegung des Kapitalexports des deutschen Imperialismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 4, S. 65.

26 Jeidels, Otto, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie, Leipzig 1905, S. 183.

27 Spies, Georg, Zwei Denkschriften zum Petroleum-Monopol, Berlin 1913, S. 28.

das rumänische Erdölgeschäft die Beherrschung des deutschen Leuchtölmarktes durch die Standard Oil Co. So stellt zum Beispiel auch die im Auftrag ihres Vorstands verfaßte Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Deutschen Bank die in Deutschland 1904 gegründete Holdinggesellschaft, die Deutsche Petroleum AG, in den Vordergrund ihrer Ausführungen über das Eindringen deutschen Finanzkapitals in die Petroleumsphäre in Rumänien.²⁸ Eine so ausschlaggebende Bedeutung kommt den Verhältnissen auf dem deutschen Markt sicher nicht zu. Jeidels schrieb sogar: "Es ist durchaus denkbar, daß die deutschen Banken sich früher oder später, wenn ihnen die Zeit geeignet erscheint, in dieser oder jener Weise mit Rockefeller, Nobel und Rothschild einigen werden ... Die Bedeutung der Vorgänge besteht vielmehr in dem planmäßigen Eindringen der Großbanken in eine ausländische Industrie."²⁹ Aber als ein wichtiger Grund unter anderen noch wichtigeren dürfen die Ereignisse auf dem deutschen Markt dennoch nicht ganz übersehen oder ignoriert werden. 1861 hatte die Einfuhr amerikanischen Petroleums nach Deutschland begonnen. Anfang der neunziger Jahre zog die Standard Oil Co. den bis dahin von deutschen Firmen betriebenen Importhandel an sich und hatte ihn in wenigen Jahren aufgesogen.³⁰ Im Konkurrenzkampf mit dem russischen Erdöl gelang es ihr, auch den deutschen Großhandel zu übernehmen und schließlich sogar den Kleinhandel zum Teil an sich zu binden.

Dennoch führten alle diese Maßnahmen interessanterweise nicht zu einer monopolistischen Preissteigerung. Obwohl die Standard Oil Co. (bzw. die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft) den deutschen Markt zeitweise völlig beherrschte, konnte sie von den niedrigen Preisen aus der Zeit des Kampfes um diesen Markt nicht wesentlich abgehen. Das hatte mehrere Ursachen, die aber alle letzten Endes aus einem erbitterten, immer von neuem aufflackernden und von verschiedenen Seiten geführten Konkurrenzkampf resultierten. Die vielbesprochenen russisch-amerikanischen Verhandlungen hatten keine feste Vereinbarung über den deutschen Markt erzielt. Dagegen bemühten sich die deutschen Großbanken mit wechselnden Erfolgsaussichten um Zugang zu den rumänischen Erdölquellen. Und über allem standen als ständige Drohung seit 1900 verschiedene Vorschläge und Versuche zur Schaffung eines staatlichen Leuchtölmonopols in Deutschland.

4. Das Tauziehen um die rumänischen Staatsländereien - Die Konservativen und die Liberalen

Rumänien war für den Kapitalexpert der deutschen Monopolbanken um die Jahrhundertwende nicht nur ein günstiges "Objekt", sondern auch als eins der wenigen Länder übriggeblieben, "nach denen man Kapital so gewinnbringend exportieren kann wie nach den Kolonien und nach abhängigen Staaten ..."³¹ Aber für solche Länder gilt auch, was Lenin über die Tätigkeit ausländischer Kapitalisten in Rußland schrieb, daß sie nämlich ohne die allseitige Hilfe der Kapitalisten in dem entsprechenden Land überhaupt nicht tätig sein können. "Eine Hand wäscht die andere. Die amerikanischen, englischen, deutschen Kapitalisten scheffeln Profit mit Hilfe der russischen Kapitalisten, für die ein sehr guter Teil abfällt."³² Dieser "sehr gute Teil" ist auch der Hauptgrund dafür, daß in fast allen Ländern, die ihre Wirtschaft mit

28 Seidenzahl, Fritz, 100 Jahre Deutsche Bank, 1870 - 1970, Frankfurt (Main) 1970, S. 205 ff.

29 Jeidels, Otto, a. a. O., S. 196.

30 Vgl. dazu ausführlich Das Erdöl, Bd. 5, Leipzig 1919, S. 331 - 335; Hieke, Ernst, Wilhelm Anton Riedemann. Anfang und Aufstieg des deutschen Petroleumhandels in Geestemünde und Hamburg 1860 - 1894, Hamburg 1963; Vagts, Alfred, Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik, Bd. 1, London 1935, S. 237 - 257; u. a.

31 Lenin, W. I., Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 224.

32 Ebenda, Bd. 18, Berlin 1962, S. 224.

ausländischem Kapital aufzubauen versuchen, die Aktiengesetzgebung eine bestimmte Anzahl - oft die Mehrheit - der Sitze im Verwaltungs- oder Aufsichtsrat den einheimischen Kapitalisten vorbehält. Auf diese Weise erhalten sie einen gewissen Einblick in das Unternehmen und sichern sie sich in gewissem Maße, daß ihr Anteil am Profit nicht zu niedrig ausfällt.

Das Tauziehen um die rumänischen Staatsländereien begann die Standard Oil Co. Ihre Vertreter nahmen bereits seit 1895 geologische Untersuchungen in Rumänien vor.³³ Nachdem sie sich von der Ertragsfähigkeit der Vorkommen überzeugt hatten, übergaben sie im Jahre 1900 dem damaligen Finanzminister Take Ionescu einen schriftlichen Vorschlag, in Rumänien - ganz im Sinne der bisherigen Politik der Standard Oil Co. - Pipelines zu bauen. Im gleichen Jahr wandte sich die Disconto-Gesellschaft - vertreten durch Adolf von Hanse- mann - an ihren langjährigen Vertrauensmann, den späteren Finanzminister (in der liberalen Regierung 1902 bis 1904) Emil Costinescu, und verlangte eine Art Option auf die Staatsländereien, falls darauf eine Konzession vergeben werden sollte. Sie bot einen Vorschuß von 5 Millionen Mark auf die Redevez (eine auf die geförderte Erdölmenge bezogene Abgabe). Diese Verhandlungen wurden vom konservativen Ministerpräsidenten Petre Carp fortgesetzt. Er verpflichtete die beiden Firmen, ihre Vorschläge zu koordinieren, gemeinsam die staatlichen Petroleumterrains auszubeuten und die Pipeline zu bauen.³⁴ Die Disconto-Gesellschaft war offenbar einverstanden - Pressestimmen ergingen sich in Andeutungen, daß die Disconto-Gesellschaft in gewisser Weise mit der Standard Oil Co. liiert sei -, und die Standard Oil Co. erfreute sich jetzt der Beziehungen, die die Disconto-Gesellschaft in Rumänien unter anderem durch ihre seit 1871 gewährten Anleihen hatte. Beide beabsichtigten, die sich in Rumänien immer mehr verschärfende Krisensituation auszunutzen, um die rumänischen Erdölreichtümer in ihre Hand bringen zu können. Die Vertreter der Standard Oil Co. legten einen Vertragsentwurf vor³⁵, in dem sie sich bereit erklärten, sich "an dem Vorschuß der Summe von 10 Millionen Francs zu beteiligen, den die Disconto-Gesellschaft der rumänischen Regierung zahlt." Diese 10 Millionen sollte Rumänien in Form eines Vorschusses auf die Redevez erhalten. Bis zur Abgeltung des Vorschusses sollte der rumänische Staat 8 Prozent der gewonnenen Rohölmenge erhalten, danach 10 Prozent. Die Standard Oil Co. forderte als Gegenleistung die Verpachtung von 15 000 Hektar staatlicher Erdölterrains für fünfzig Jahre. Sie verpflichtete sich, darauf in den ersten acht Jahren für 7 Millionen Lei Bohrungen bis zu 500 Metern Tiefe oder bis zum Fündigwerden zu errichten und - was auf Grund des in den USA erreichten Transportmonopols und seiner Auswirkungen lebhaften Protest in Rumänien hervorrief - Pipelines zu bauen. In diesem Vertragsentwurf war - außer was die Zahlung der 10 Millionen Francs betraf - von der Disconto-Gesellschaft nicht mehr die Rede. Die Standard Oil Co. hatte offensichtlich die Absicht, das Geschäft allein zu machen. Das war aber ganz sicher nicht im Sinne der Disconto-Gesellschaft, und es gab offenbar Differenzen zwischen den Partnern. Die Disconto-Gesellschaft brach die Verbindungen zur Standard Oil Co. ab und stachelte allem Anschein nach "ihre Lakeien, König und Liberale"³⁶ gegen die Amerikaner auf. Diese auch bei Ravaş geäußerten Vermutungen³⁷ dürften der Wahrheit ziemlich nahe kommen. Jedenfalls begann in der liberalen Presse und im Parlament eine wütende Kampagne gegen die Vergabe der Staatsländereien an die Amerikaner. Der König verweigerte dem Vertrag mit der Standard Oil Co. seine Zustimmung, obwohl Carp angedroht hatte, "aus der Genehmi-

33 DZA Potsdam, AA 8425, Bl. 32.

34 Vgl. die Darstellung dieser Vorgänge in DS, Nr. 18/1906, S. 232.

35 Abgedruckt in Moniteur du pétrole roumain, Nr. 9/1904, S. 273 - 276.

36 Ravaş, Gh., Din istoria petrolului rominesc (Aus der Geschichte des rumänischen Petroleums), Bukarest 1955, S. 58.

37 Ravaş kann seine Vermutungen hierüber ebenfalls nicht auf schriftliche Belege stützen.

gung oder Nichtgenehmigung der Konzession eine Kabinettsfrage" zu machen.³⁸ Es ist anzunehmen, daß die Haltung des Königs ebenfalls stark von der Disconto-Gesellschaft beeinflußt wurde. Die offizielle Lesart lautete später, daß die Liberalen im allgemeinen und ihr Vorsitzender Sturza im besonderen das Angebot der Standard Oil Co. für das Wohl des Landes als zu gering befunden und deshalb den König veranlaßt hätten, seine Zustimmung zu versagen. Dafür wurden sie von den rumänischen bürgerlichen Ökonomen und Wirtschaftshistorikern als Retter der rumänischen Naturreichtümer gelobt und beglückwünscht.³⁹

Was den König im einzelnen bewogen hat, sein Veto einzulegen, ist aus den vorhandenen Quellen nicht zu ermitteln. Dem englischen Gesandten gegenüber äußerte er, in Rumänien sei Platz nur für einen König, und das sei immer noch er, er wünsche keinen Rockefeller neben sich zu sehen.⁴⁰ Es gibt aber doch zu denken, daß die Disconto-Gesellschaft Ende 1900 Rumänien eine Anleihe gewährte, die die größten Löcher im Staatssäckel stopfte und die Anleihe von 1899 mit der Bedingung verknüpft hatte, daß Rumänien in den nächsten zwei Jahren bei keinem anderen eine neue Anleihe aufnehmen dürfe. Ein Schreiben der Disconto-Gesellschaft vom 25. Juli 1903 an das Auswärtige Amt, das auf diese Ereignisse hindeutet, bestärkt die Vermutung, daß die ehemalige Anleihe und die gestellte Bedingung das Eindringen der Disconto-Gesellschaft in die rumänische Erdölindustrie vorbereiten sollten, Zumindest versperrte sie dem großen amerikanischen Konkurrenten den Weg dorthin. In dem Schreiben heißt es: "Wie bekannt, führten die bereits weit gediehenen Besprechungen (mit der Standard Oil Co. - R. G.) schließlich doch nicht zum Ziele, insbesondere weil für Rumänien, dem wir inzwischen durch Gewährung des Vorschusses auf das Cigarettenpapiermonopol eine weitere Hilfsquelle erschlossen hatten, nicht mehr die absolute Notwendigkeit bestand, durch Anlehnung an die Standard Oil Company die gewünschte finanzielle Unterstützung zu erlangen."⁴¹

Zwei Tage nachdem die Standard Oil Co. ihren Vorschlag zurückgezogen hatte, versuchte die Disconto-Gesellschaft, das Geschäft und die 15 000 Hektar Staatsländereien für sich zu retten und bot der Regierung Carp eine Anleihe von 6 480 000 Mark.⁴² Die von den Liberalen und vielleicht sogar von den Vertrauensleuten der Disconto-Gesellschaft selbst gegendie Standard Oil angeheizte "nationale Empörung" schlug jedoch solche Wogen, daß es überhaupt unmöglich war, an eine Konzessionierung der rumänischen Erdölreichtümer zu denken.

In den rumänischen Zeitungen und im Parlament begann nun ein neues Kapitel jener "prinzipiellen" Diskussion für und wider das ausländische Kapital, die in diesem vom internationalen Finanzkapital bis 1944 stets mehr oder weniger abhängigen Lande jahrelang andauerte und immer neuen Zündstoff fand.

Die Verhandlungen mit der Standard Oil hatten den Erdölreichtum des Landes überall bekanntgemacht. Aber die Meinung der rumänischen Politiker über seine Verwertung waren geteilt. In der bürgerlichen Literatur dominiert die Auffassung, die Anhänger der Konservativen seien für die Verwertung durch ausländisches Kapital gewesen, die Liberalen dagegen. Das ist allerdings eine recht oberflächliche Betrachtungsweise, denn im Grunde waren beide sich in der Regierung abwechselnden Parteien für den Import ausländischen Kapitals. Dennoch bestanden zwischen ihnen wesentliche Meinungsverschiedenheiten, die aber mehr die Methoden betrafen, mit denen das ausländische Kapital ins Land geholt werden sollte.

38 Carp - Rockefeller, Sturza - Fiala, Bukarest o. J., S. 11.

39 Vgl. z. B. Bratianu, Vintila/Halaceanu, Constantin, *Politica de stat in industria petrolului* (Die staatliche Politik in der Petroleumindustrie), Bukarest 1911, S. 4.

40 Hier nach Vagts, Alfred, a. a. O., S. 262.

41 DZA Potsdam, AA 8444, Bl. 4.

42 Ravaş, Gh., a. a. O., S. 69.

Die Konservativen rekrutierten sich im wesentlichen aus der Klasse der Großgrundbesitzer. Sie vertraten die Ansicht, daß eine gut entwickelte Landwirtschaft genüge, um Rumänien Wohlhabenheit zu sichern, und daß es ein Agrarstaat bleiben müsse. Viele von ihnen hatten ihr Land an Pächter gegeben und verzehrten in Paris oder Bukarest ihre Renten. Die in äußerster Armut lebenden Bauern waren aller Voraussicht nach außerstande, weitere Steuerlasten zu tragen. Die Großgrundbesitzer schlugen daher dem Staat zur Beseitigung seiner Finanzschwierigkeiten die gleiche Methode vor, deren sie sich selbst bedienten - Verpachtung der Ländereien. Die Tatsache, daß sie Naturreichtümer bargen, würde die Pachtsumme nur erhöhen können. Ein Verkauf der Ländereien war nach der Verfassung unmöglich, die Verpachtung würde dem Staat aber in Form von Pacht und Redevenz feste jährliche Einnahmen sichern. Auf diese Weise verfahren die konservativen Großgrundbesitzer übrigens auch mit ihren privaten erdölführenden Terrains.

Die Liberalen waren in ihren Bestrebungen ebenso vielschichtig wie die Interessen, die sie vertraten. Sie umfaßten kleine und größere Kapitalisten, kapitalistische Pächter in der Landwirtschaft sowie die so kompliziert zusammengesetzte soziale Grupplerung, die unter dem Begriff "Mittelschichten" zusammengefaßt wird. Alle diese Schichten und ihre Interessenvertreter im Parlament erhofften von einer Ausbeutung der Erdölfelder nicht mehr und nicht weniger als das Aufblühen der rumänischen Wirtschaft und vom Kapitalexport der imperialistischen Hauptländer die Entwicklung aller Wirtschaftszweige. In dieses Aufblühen wollten sie einbezogen werden, an ihren Profiten wollten sie teilhaben. Sie erwarteten jedoch, daß der Kapitalexport in Rumänien die Anfangsstadien eines Kapitalismus der freien Konkurrenz nachvollziehen sollte, daß er Hilfe leistete bei der Akkumulation der vorhandenen "nationalen" Kapitalien, daß er eine - übrigens auch in den kapitalistischen Hauptländern nie vorhanden gewesene - "Chancengleichheit" gewährte, daß "ehrliche" Kapitalisten und Kapitalien ins Land kämen.⁴³ Den Kapitalexport aber als eine Art Heilsarmee zu betrachten, die blühende Wirtschaftszweige verschenkt, ist eine Utopie und wurde von nüchternen Ökonomen auch durchaus so eingeschätzt.

Diese ganze Diskussion, auf welche Weise das ausländische Kapital am besten zum Wohle des Landes bzw. zutreffender seiner herrschenden Klassen zu nutzen sei, basierte jedoch nicht nur auf der um die Jahrhundertwende bestehenden Krisensituation. Die Ursachen lagen tiefer.

Rumänien war ein kapitalistisch noch schwach entwickeltes Land. Fünfhundert Jahre Türkenherrschaft hatten nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung gehemmt. Die hohen und immer wachsenden Tributforderungen hatten auch eine gewisse "Von-der-Hand-in-den-Mund"-Ideologie geschaffen, von der auch die herrschende Klasse nicht freigeblichen war. Zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung und während dieses Prozesses war überall von Kapitalmangel als der Ursache aller Schwierigkeiten die Rede. In Wirklichkeit fehlte aber industrielles Kapital. Man beschäftigte sich mit Bankgeschäften und mit Börsenspekulationen, die nicht auf dem Industriesektor lagen.

Eine weitere Ursache, die in vielseitiger Wechselbeziehung zu der eben genannten stand, bildete das Aufeinandertreffen der beiden von Lenin charakterisierten Tendenzen des Kapitalismus in der nationalen Frage. "Die erste Tendenz: Erwachen des nationalen Lebens und der nationalen Bewegung, Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, Herausbildung von Nationalstaaten. Die zweite Tendenz: Entwicklung und Vervielfachung der verschiedenartigen Beziehungen zwischen den Nationen, Niederreißen der nationalen Schranken, Herausbildung der internationalen Einheit des Kapitals, des Wirtschaftslebens überhaupt, der Politik, der Wissenschaft usw. Beide Tendenzen sind ein Weltgesetz des Kapitalismus. Die erste überwiegt im Anfangsstadium seiner Entwicklung, die zweite kennzeichnet den reifen,

43 Vgl. DAD, Nr. 62/1900, S. 1066.

seiner Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft entgegengehenden Kapitalismus.⁴⁴ Diese beiden Tendenzen stießen hier aufeinander. Der rumänische Kapitalismus befand sich im Anfangsstadium seiner Entwicklung. In seiner nationalen Entwicklung stieß er jedoch auf das ins Land strömende Kapital der viel weiter entwickelten imperialistischen Länder, in denen die zweite Tendenz überwog. Dieses Kapital setzt sich selbst über die nationalen Interessen des eigenen Landes hinweg, wenn sie den Profit beeinträchtigen, um so mehr über die eines kapitalistisch wenig entwickelten Landes, das es auf dem Wege des Kapitalexports als Profitquelle zu erobern trachtet. Und dennoch handelte es sich bei diesem schwach entwickelten Land um keine Kolonie. Es hatte eine eigene kapitalistische Entwicklung bereits begonnen; es besaß eine eigene Regierung und Gesetze, mit denen das eindringende Kapital rechnen und denen es sich oft beugen mußte; es besaß vor allem einheimische Kapitalisten, die danach strebten, aus den an das ausländische Kapital zu vergebenden Konzessionen soviel wie möglich mit zu profitieren. Das geschah teils direkt, teils auf dem Umweg, daß die Entwicklung bestimmter Industriezweige durch das ausländische Kapital jetzt eine Reihe von Nachfolgebetrieben und -zweigen profitabel erscheinen ließ. Denn "der Kapitalexport beeinflußt in den Ländern, in die er sich ergießt, die kapitalistische Entwicklung, die er außerordentlich beschleunigt."⁴⁵

1902 wurde erneut die Frage des Baus einer Pipeline in Rumänien erörtert. Das Geld dafür sollte in deutschen Finanzkreisen aufgebracht werden. Das rumänische Finanzministerium ließ zunächst solche Meldungen als Gerüchte dementieren, verhandelte aber 1903 bereits mit der Disconto-Gesellschaft.⁴⁶ Auf den Bau einer staatlichen, von der Disconto-Gesellschaft lediglich kreditierten Pipeline ließ sich jedoch die Bank nicht ein. Die rumänische Regierung wiederum wollte nicht auf gemeinsame Rechnung mit der Disconto-Gesellschaft arbeiten, weil sie fürchten mußte, daß die kapitalstarke Bank schließlich das Projekt völlig an sich reißen würde. Umgekehrt hätte die Regierung die Verluste allein zu tragen, die aus den Ausfällen im Eisenbahnbudget entstehen würden. Der rumänische Gesandte in Berlin, Beldiman, beauftragte den deutschen Ingenieur Richard Sorge, der früher auf Empfehlung von Nobel in Rumänien für die Disconto-Gesellschaft tätig gewesen war, mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über die Notwendigkeit von Pipelines. Sorge hatte sich inzwischen mit der Disconto-Gesellschaft überworfen⁴⁷ und stellte in seinem Gutachten fest, "daß die rumänische Erdöl-Industrie einer Rohrleitung noch nicht dringend bedarf."⁴⁸ Daraufhin verzichtete die rumänische Regierung zunächst auf das Projekt einer staatlichen Leitung, und für die Disconto-Gesellschaft war auch der zweite Anlauf, in das rumänische Erdölgeschäft einzusteigen, mißlungen.

Warum aber waren es gerade die staatlichen Erdölfelder, und zwar en bloc, um die sich alle Kontrahenten hartnäckig bemühten? Außer der Standard Oil und der Disconto-Gesellschaft nahmen später auch die Deutsche Bank und eine eigens zu diesem Zweck ins Leben gerufene rumänische Gesellschaft den Kampf um die Terrains auf, worauf im weiteren noch eingegangen wird.

Neben der Tatsache, daß die Pachtung der staatlichen Erdölfelder auch staatliche Aufträge und damit gesicherten Absatz erwarten ließ, gibt es in der Erdölindustrie einen weiteren Grund. Er liegt in der natürlichen Beschaffenheit des Rohstoffs und fügt der allgemeinen, vor den Monopolen stehenden Notwendigkeit, sich viele, möglichst alle Vorkommen eines Rohstoffs zu sichern, die besondere hinzu, sich möglichst ausgedehnte, zusammenhängen-

44 Lenin, W. I., Werke, Bd. 20, Berlin 1961, S. 12.

45 Ebenda, Bd. 22, S. 247.

46 DZA Potsdam, AA 8443, Bl. 38 f., Konsulatsbericht 4. 9. 1902.

47 Vgl. zu diesen Vorgängen ebenda, 8444, Bl. 3 - 7 mit Anlagen, Disconto-Gesellschaft (im folgenden: DG) am 25. 7. 1903 an AA.

48 Ebenda, 8443, Bl. 60.

de Flächen anzueignen. Erdöl ist flüssig und fließt dorthin nach, wo es abgebaut wird. Wenn also die gepachteten Flächen klein sind und nebeneinanderliegende nicht zu haben sind (das untersagte die Erdölgesetzgebung), dann bohren mehrere miteinander konkurrierende Firmen dasselbe Vorkommen von verschiedenen Stellen her an. Die zuerst das Öl erreichende Sonde hat die größten Förderchancen. Keiner der Konkurrenten darf die Produktion drosseln, keiner darf das Öl im Boien "aufsparen" für Zeiten mit höheren Preisen und anderen günstigeren Bedingungen. Gegen das Wegpumpen des Öls durch die Konkurrenten gibt es außer dem sofortigen Förderbeginn nur ein einziges Mittel; eben den Erwerb von Konzessionen über möglichst ausgedehnte Gebiete. Das bringt allerdings eine bedeutende Belastung an fixem Kapital mit sich. Dem Staat gehörten in Rumänien ein Drittel bis zwei Fünftel des Petroleumterrains.⁴⁹ Nur vom Staat war eine so große zusammenhängende Fläche zu pachten. In allen anderen Fällen waren Verhandlungen mit vielen einzelnen Eigentümern nötig, was oft auch die Preise des Bodens stark erhöht hätte. Deshalb erschien den Großbanken die Zeit der Krise als so geeignet für ihr Vorhaben, weil hier die Möglichkeit bestand, die Regierung durch die Verweigerung oder Gewährung von Anleihen unter Druck zu setzen.

Dazu kam, daß die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden in Rumänien durchaus nicht immer klar waren. Manchmal verkauften oder verpachteten mehrere Mitglieder einer Familie ihren Boden an verschiedene Interessenten, und schließlich stellte sich vor Gericht heraus, daß er keinem von ihnen gehört hatte. Im Jahre 1904 wurde ein Konsolidierungsgesetz geschaffen, wonach alle konzessionierten Erdölparzellen in ein Spezialregister der entsprechenden Gemeinde eingetragen wurden, um so die Rechtsverhältnisse für den Konzessionär zu festigen.⁵⁰ Erst 1905 nahm eine Kommission die vorbereitenden Arbeiten für die Errichtung eines Katasters in Angriff.⁵¹

Dennoch ließen sich die bestehenden Petroleumunternehmen alle - auch kleine - als erdölführend vermutete Landstücke konzessionieren, soweit das Kapital reichte - manchmal auch dann, wenn das Kapital nicht mehr reichte. In vielen Gesellschaften war der größte Teil des Aktienkapitals in Form von Eigentumstiteln an Erdölterrains eingebracht worden.

Die Entwicklung zum Monopol, die sich beim Übergang zum Imperialismus überall durchsetzte, geht ganz besonders dort beschleunigt vor sich, wo es sich, wie bei den meisten Rohstoffen, um ein natürliches Monopol als Grundlage der sich bildenden Monopolgesellschaften handelt. Der deutsche Konsul in Bukarest berichtete so am 22. August 1903, daß es sich wohl auch bei der Disconto-Gesellschaft zunächst darum handele, "auf alle Fälle die Hand auf die Sache zu legen."⁵²

Wo die geologischen Erkundungen vermuten ließen, daß ein Unternehmen eine Lagerstätte insgesamt an sich gebracht hatte, bzw. eine Lagerstätte insgesamt nicht nur Pachtland, sondern sogar Eigentum des Unternehmens geworden war (was ja für rumänische Gesellschaften möglich war bzw. für solche, bei denen die Mehrzahl der Verwaltungsratsmitglieder aus Rumänen bestand), blieben solche Flächen als "Reserve" fast unbearbeitet. So wird beispielsweise über die Steaua Română, 1905 noch das größte Petroleumunternehmen in Rumänien, berichtet, die Gesellschaft fördere Erdöl nur auf einem Prozent der ihr konzessionierten Ländereien.⁵³

49 Alimăneşteanu, Rolul elementului românesc în exploatarea bogățiilor noastre petrolifere (Die Rolle des rumänischen Elements bei der Ausbeutung unserer Erdölreichtümer), Bukarest 1900, S. 9.

50 Vgl. DAD, Nr. 52/1904, S. 1080.

51 Vgl. DZA Potsdam, AA 8448, Bl. 69, Konsulatsbericht 15. 5. 1905.

52 Ebenda, 8444, Bl. 48.

53 Ebenda, 8449, Bl. 54.

5. Das Eindringen der Deutschen Bank in die rumänische Erdöl-industrie

Auch die Deutsche Bank blieb bei dem Kampf um diese profitable Anlagensphäre nicht untätig. Sie nutzte jedoch die Erfahrungen ihrer Vorgänger und ging auf andere Weise vor.

Im Zuge der engeren Verflechtung der Banken mit der Industrie gingen die Banken immer mehr von der Liquidation von vor dem Ruin stehenden Unternehmen zu deren Sanierung über. Jeidels gibt dem in dreierlei Hinsicht Bedeutung: "1. für die Bank ist sie ein lohnendes Geschäft, das ohne ihre Mitwirkung meistens überhaupt nicht zustande kommen kann; 2. führt sie eine Verbindung zwischen Industrie und Bankwelt herbei, die sich von der durch Kreditgewährung dadurch unterscheidet, daß sie die Sicherheit der Bank nicht bedroht und ihren Ausdruck in der Regel bezeichnenderweise in der Entsendung eines Vorstandsmitgliedes der Bank in den Aufsichtsrat der Gesellschaft findet ... Die Sanierung charakterisiert schließlich 3. das neue Streben im Bankwesen, feste Verbindungen mit der Industrie zu schaffen und diese Verbindungen für die Verwirklichung der Industriepolitik der Banken zu benutzen."⁵⁴ Die Sanierung gibt den Banken also dauernden Einfluß, außerdem beugt sie der Gefahr vor, die der Stabilität der Wirtschaft mit zunehmender Größe der Kapitalien beim Ruin eines Unternehmens droht. Eine große Gesellschaft sanieren kann nur eine kapitalstarke Großbank. Sie muß es aber auch tun, weil im Falle ihrer Weigerung sofort eine andere Bank an ihre Stelle tritt.

Gossweiler schreibt: "Es entsprach der Orientierung der Deutschen Bank auf die Verbindung mit den zukunftssträchtigen neuen Industriezweigen, daß sie zu Beginn unseres Jahrhunderts sich auch dem Petroleumgeschäft zuwandte und den Versuch unternahm, das rumänische Erdöl an sich zu reißen."⁵⁵ Sie war hier nicht mehr Zahlungsvermittler oder Kreditinstitut, sondern investierte selbständig Kapital. Die Bank wurde selbst industrieller Großunternehmer und Großkaufmann.

Die Deutsche Bank stand seit vielen Jahren in enger Verbindung mit dem Wiener Bankverein, der 1890 die Ungarische Bank für Industrie und Handel gegründet hatte. Sie errichtete ihrerseits eine Reihe von Finanzierungsgesellschaften. 1892 hatte sich der Wiener Bankverein an der aus der Firma Ofenheim, Singer & Co. in Rumänien entstandenen Societate română pentru industria și comerțul de petrol beteiligt, die 1895 in große finanzielle Schwierigkeiten geriet. Daraufhin gründete die ungarische Bank die Internationale Petroleumindustrie-AG, die die rumänische Gesellschaft in die neue Firmengründung Steaua Română (Rumänischer Stern) übernahm.⁵⁶

Die Societate română pentru industria și comerțul de petrol geriet im Zusammenhang mit Veruntreuungen unredlicher Leiter in Schwierigkeiten.⁵⁷ Die ungarische Bank dagegen konnte den immer höheren Kapitalbedarf nicht mehr befriedigen. 1896 mußte das Kapital der Steaua auf 7 und 1898 auf 10 Millionen Lei erhöht werden. Außerdem wurden 1898 Obligationen im Werte von 5 Millionen Lei emittiert, denen 1900 weitere 5 Millionen folgten. Aber all das reichte nicht aus. Die Steaua Romana war der ungarischen Bank über den Kopf gewachsen. Die Bank versuchte sich durch die Gründung einer Holdinggesellschaft zu retten.

54 Jeidels, Otto, a. a. O., S. 48.

55 Gossweiler, Kurt, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhmaffäre, Phil. Diss. Berlin 1963, S. 223.

56 Über die öffentlich bekannt gewordenen Details der Gründungsgeschichte der Steaua Română gibt es eine reichhaltige Literatur. Als Beispiele seien hier nur erwähnt Liefmann, Robert, Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften, 4. Aufl. Jena 1923, S. 450 - 452; Haase, Friedrich, Die Erdölinteressen der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft in Rumänien, Berlin 1922, S. 42 - 48.

57 Vgl. DZA Potsdam, AA 8425, Bl. 58, Konsulatsbericht Galatz 12. 1. 1896.

Nach verschiedenen erfolglosen Versuchen, auf andere Weise Kapital zu erhalten, gründete sie 1898 in London den Roumanian Oil Trust. Sie konnte jedoch nur einen kleinen Teil der Aktien dieses Trusts absetzen.

1901 hatte die ungarische Bank die Hälfte ihrer gesamten Aktiva in der Steaua Română festgelegt, deren Kapitalbedarf immer weiter wuchs. Der Zusammenbruch der Bank wie der Steaua schien unvermeidlich.

Die europäischen Großbanken blickten skeptisch abwartend auf die Entwicklung der Erdölproduktion in Rumänien. Ein blühendes Erdölunternehmen wäre sicher ein profitables Geschäft - die Standard Oil Co. hatte 1900 und 1901 ihren Aktionären 48 Prozent Dividende gezahlt⁵⁸ -, aber die Erdölförderung war auch außerordentlich risikoreich, noch dazu in diesem geologisch kaum erkundeten Land.

Die abwartende Haltung der deutschen Großbanken wurde verstärkt durch die Gleichgültigkeit einiger deutscher Regierungsstellen gegenüber der Sicherung von Erdöllagerstätten im allgemeinen und rumänischer im besonderen. Zwar hatte es in den neunziger Jahren eine heftige Pressekampagne gegen die Herrschaft der Standard Oil Co. auf dem deutschen Leuchtölmarkt gegeben, aber direkte Eingriffe der Regierungsbehörden in den Kampf um den Markt blieben auf Ausnahmen beschränkt. Man beließ es bei platonischen Erklärungen. Schließlich war die ganze Affäre im Sande verlaufen.

Die Ungarische Bank für Industrie und Handel bot 1900 dem Reichsmarineamt an, sich den ausschlaggebenden Einfluß auf die Steaua Română zu sichern, die 70 Prozent der rumänischen Förderung beherrsche. Die Standard Oil Co. interessierte sich bereits für dieses Unternehmen, mit dessen Hilfe das Reichsmarineamt seinen Bedarf an Heizölen - dem Beispiel Englands und Frankreichs folgend - decken könne.⁵⁹ Das von preußischen Junkern beherrschte Reichsmarineamt, dem die Einführung der Heizölfeuerung auch darum fraglich erschien, weil in Deutschland selbst nur wenig Erdöl gewonnen wurde und man immer von ausländischer Einfuhr abhängig sein würde, erwiderte lakonisch: "Es wird nicht beabsichtigt, Ihren Anregungen wegen Sicherung des Bezugs von rumänischem Petroleum näher zu treten. Dem RMarineamt ist es gleichgültig, ob die rumänischen Petroleumquellen in amerikanische Hände übergehen oder nicht."⁶⁰

Ende 1902 trat die ungarische Bank in Liquidation. Schon im Jahre 1900 hatte sie Verhandlungen mit ausländischen Großbanken über eine Weiterführung der Steaua begonnen. Die Disconto-Gesellschaft prüfte die Möglichkeiten, auf diese Weise ins Petroleumgeschäft einzusteigen, aber auch die Vertreter der Standard Oil sahen sich in der Steaua um. Als die ungarische Bank in Liquidation ging, verhandelte der Wiener Bankverein weiter. Die Société Industrielle Française de Pétales erbot sich schließlich, die Steaua Română zu reorganisieren und die Disconto-Gesellschaft daran zu beteiligen. Der Wiener Bankverein sollte mit 25 Prozent beteiligt bleiben und der mit ihm verbundenen Deutschen Bank einen Teil seiner Quote abtreten. Die Verhandlungen waren dem Abschluß nahe, da eröffneten am 27. Juni 1903 die Vertreter des Wiener Bankvereins eine in Berlin stattfindende Unterredung mit der Erklärung, "sie seien zu ihrer Bestürzung bei einem am Tag vorher der Deutschen Bank abgestatteten Höflichkeitsbesuche von dieser ganz unerwarteterweise in eine Situation versetzt worden, die vorläufig jede weitere Besprechung des Geschäftes für sie unmöglich mache. Die Deutsche Bank erhebe nämlich im Widerspruch mit ihrer bisherigen Haltung plötzlich nachdrücklichen Protest dagegen, daß die Reorganisation der Steaua Romana anders als durch ein von ihr selbst geleitetes Syndikat durchgeführt werde. Auch müß-

⁵⁸ Liefmann, Robert, a. a. O., S. 247.

⁵⁹ DZA Potsdam, AA 8432, Bl. 104 - 108, Ungarische Bank für Industrie und Handel an AA, 8. 2. 1900.

⁶⁰ Ebenda, 10280, Bl. 10.

te die Organisation des Petroleumvertriebes in Deutschland ihren süddeutschen Freunden zufallen. Irgendwelche Aufklärung darüber, weshalb diese Opposition erst jetzt geltend gemacht werde, nachdem so lange mit Wissen der Deutschen Bank auf einer den gedachten Wünschen nicht entsprechenden Basis verhandelt worden war, vermochten die Vertreter des Wiener Bankvereins und der Ungarischen Bank für Industrie und Handel nicht zu geben. Sie äußerten, mit der Deutschen Bank angesichts ihrer sonstigen Beziehungen zu derselben wegen dieses einen Geschäftes keinen Konflikt entstehen lassen zu können, und daher auf seine Realisierung innerhalb des bisher in Aussicht genommenen Rahmens verzichten zu müssen.⁶¹ Die vorhandenen Akten geben über die Meinungsäußerung der leitenden Männer der Deutschen Bank keinen Aufschluß. Allerdings zeigt ein Schriftwechsel, daß der bereits erwähnte Richard Sorge bei von Tirpitz vorstellig geworden war und von ihm die Zustimmung erhalten hatte, die Deutsche Bank für das Petroleumprojekt zu interessieren. Von Tirpitz gab Sorge eine Einführungskarte für den Direktor der Deutschen Bank, Arthur von Gwiner.⁶² Sorge kannte die Verhältnisse in der rumänischen Erdölindustrie genau, und es ist zu vermuten, daß er die Deutsche Bank von den Profitmöglichkeiten dieses Unternehmens, das damals bereits über drei große Raffinerien und einen ausgedehnten und wertvollen Feldbesitz verfügte, zu überzeugen wußte. Dafür, daß diese Vermutung der Wahrheit recht nahe kommt, spricht auch die Tatsache, daß Sorge später direkt in den Petroleumunternehmungen der Deutschen Bank arbeitete.

Die Disconto-Gesellschaft versuchte am 3. Juli 1903 mit einem Beschwerdebrief, das Auswärtige Amt zum Eingreifen zu bewegen. Darin hieß es: "Wir brauchen nicht zu versichern, daß wir es ungemein bedauern, durch das Vorgehen der Deutschen Bank verhindert worden zu sein, die durch eingehende Studien vorbereitete und dem Abschluß nahe Übernahme der Steaua Romana zu realisieren, und zwar um so mehr, weil wir diesem recht gefährvollen Geschäft ... nur deshalb näher getreten waren", um "die für den heimischen Bedarf und insbesondere für die Zwecke der Kaiserlichen Marine so wichtige Zufuhr rumänischen Petroleums nach Deutschland zu erleichtern" usw., usw.⁶³ Aber das Auswärtige Amt biß nicht an. Die Verflechtungen zwischen den Banken und Unternehmen untereinander hatten sich hier als wirksamer erwiesen als die Beziehungen, die zwischen der Disconto-Gesellschaft und dem Auswärtigen Amt bzw. auch der rumänischen Regierung bestanden. Übrigens hatte die Disconto-Gesellschaft, wie sie in dem eben zitierten Schreiben dem Auswärtigen Amt mitteilte, inzwischen mit einem anderen privaten Unternehmen Verhandlungen aufgenommen, auf die weiter unten noch kurz eingegangen wird.

Die Sanierung der Steaua Română erfolgte in einer komplizierten Finanzoperation. Ein Vertrag legte Regelungen fest, über die der deutsche Konsul in Bukarest berichtete: "Der Vorgang ist in der vulgären Banksprache ausgedrückt der, daß der Wiener Bankverein auf dem Rücken der verkrachten Ungarischen Bank für Handel und Industrie 'abschreibt'. Die Aktiengesellschaft beschließt im vorliegenden Falle, daß sie einen Teil ihrer Schulden nicht bezahlt."⁶⁴ Der Vertrag sah vor: Der Roumanian Oil Trust tritt in Liquidation; die Steaua erhöht ihr Aktienkapital von 10 auf 17 Millionen Lei und gibt die 7 Millionen Lei an die ungarische Bank, die dagegen ihre Gesamtforderungen von 11,5 Millionen Lei an die Steaua streicht. Die ungarische Bank gibt dem Roumanian Oil Trust dessen Obligationen zurück, so daß dieser der Steaua die restlichen 4,5 Millionen Lei Obligationen als getilgt zurückgeben kann.

61 Ebenda, 8443, Bl. 141. - Die bereits erwähnte Darstellung von Seidenzahl rückt das Vorgehen dieses Finanzinstituts in ein wesentlich freundlicheres Licht und bewertet die Disconto-Gesellschaft als Eindringling in die Sphäre der Deutschen Bank. (Vgl. Seidenzahl, Fritz, a. a. O., S. 211.) Aber Tatsachen sind ein hartnäckig Ding.

62 DZA Potsdam, AA 8443, Bl. 32, Aktennotiz v. 14. 5. 1903.

63 Ebenda, Bl. 142.

64 Ebenda, Bl. 6.

Die ungarische Bank liefert außerdem alle Aktien des Roumanian Oil Trust an denselben zurück und erhält als Gegenwert 9 Millionen Lei alter Aktien der Steaua. Eine Million Lei in alten Aktien behält der Roumanian Oil Trust zur Einlösung seiner im Publikum befindlichen Aktien zurück. Von den 16 Millionen Lei Aktien der Steaua Română, die die ungarische Bank in Händen hat, übernimmt die Deutsche Bank 8 Millionen Lei sofort und erhält bis 1905 die Option auf den Rest. Diesen Rest erwarb die Deutsche Bank bereits 1904 und war damit faktisch im Besitz des Gesamtkapitals der als rumänische Aktiengesellschaft etablierten Steaua Română.⁶⁵

Nun begann eine lebhafte Aktivität. Das Kapital wurde 1905 weiter erhöht auf 24 Millionen, 1906 auf 30, 1910 auf 50 und 1913 auf 100 Millionen Lei. 1904 schüttete die Steaua erstmals nach 3 Jahren wieder eine Dividende aus, die 8 Prozent betrug.⁶⁶

Auch die Produktion stieg rasch an. Sie wuchs von 132 400 Tonnen im Geschäftsjahr 1902/1903 auf 385 954 Tonnen im Geschäftsjahr 1907/1908.⁶⁷

Mit Hilfe der Begünstigungen, die das Industrieförderungsgesetz Verarbeitungsbetrieben gewährte, erweiterte die Gesellschaft die Raffinerien, sie verkaufte Eisenbahnkesselwagen und Dampfer, errichtete eine Kisten- und Bidonfabrik in Constanța, baute die Exportanlagen in den Häfen Giurgiu und Brăila aus, kaufte schließlich 30 000 Hektar Land in Constanța und erbaute darauf einen eigenen Petroleumhafen. Sie gründete Tochtergesellschaften in Rumänien und im Ausland (wobei ihren in Deutschland befindlichen Gesellschaften kein großer Erfolg beschieden war), errichtete mechanische Werkstätten und ein Elektrizitätswerk. In Bukarest wurde ein chemisches Labor zur Untersuchung von Möglichkeiten der Nutzung von Nebenprodukten geschaffen und in Berlin entstand zur technischen Überwachung aller Betriebe ein technisches Büro unter der Leitung von Sorge. Die Steaua führte bei den Aufschluß- und Gewinnungsarbeiten Elektrizität an Stelle der bisher gebräuchlichen Dampfkraft ein und gründete sogar eine Schule für Bohrmeister in Rumänien, die aber - da die rumänische Regierung nicht zur Zahlung von Subventionen bereit war - ihre Pforten schon bald wieder schloß.⁶⁸

Die Steaua Română wuchs in wenigen Jahren zu einem riesigen Konzernbetrieb, der die Produktion von Rohöl, die Verarbeitung, den Absatz der Produkte und alle dazu notwendigen Nebenarbeiten umfaßte. Es gelang der Steaua sogar, als einzige größere Gesellschaft Erdölgeländes als Eigentum zu erwerben. Sie umging den Artikel VII der rumänischen Verfassung zunächst dadurch, daß sie sich als rumänische Gesellschaft etablierte, außerdem aber auch zum Beispiel durch einen Vertrag mit dem rumänischen Ingenieur Emil Baum, früher Erdöl-ingenieur im Dienste der rumänischen Regierung. Dieser Vertrag hatte "den Erwerb von Petroleum-Konzessionen in der rumänischen Ebene zum Ziele" und legte fest, daß Baum auf seinen Namen, zu Bedingungen, die die Steaua vorschrieb, und für Territorien, für die sie im voraus ihre Zustimmung erklärt hatte, Kontrakte abzuschließen hatte. Dafür sollte er Spesen, Vergütungen und Kommission erhalten. Für alle Terrains, die endgültig Eigentum der Steaua würden, sollte er bei Gebieten bis zu 5 000 Hektar 20 Francs pro Hektar und für alle darüber hinaus gehenden Terrains 10 Francs pro Hektar erhalten. Das Abkommen verpflichtete Baum zur Geheimhaltung der Bestimmungen und zur ausschließlichen Tätigkeit für die Steaua Română. Nach vier Monaten wurde der Vertrag wieder gelöst.⁶⁹ Sicher gab es ähnliche Abmachungen mit anderen Personen. Bis Mitte 1906 gelang es der Steaua jedenfalls, 30000 Hektar Erdölgelände zu pachten und zu kaufen.

⁶⁵ Vgl. Segalle, L., Die englischen Erdölinteressen in Rumänien, Berlin 1933, S. 51.

⁶⁶ Moniteur du pétrole roumain, Nr. 20/1920, S. 663.

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Vgl. zu dieser Entwicklung ausführlich die im DZA Potsdam aufbewahrten Gesandtschafts- und Konsulatsberichte sowie die Meldungen der damaligen Tageszeitungen.

⁶⁹ Archiv der Muntenia Petroliferă, Aktenbestand Steaua Română, Pacht 1/1904, Dosar 2.

Mit dem Aufschwung dieses Großbetriebes begannen jetzt auch andere Banken und Monopolunternehmen auch anderer Länder in die rumänische Erdölindustrie einzudringen. Der Übergang vom Kleinbetrieb zur Großindustrie vollzog sich. Die Anzahl der von den kleinen Privatproduzenten betriebenen Handbrunnen nahm immer mehr ab, die Anzahl der mechanisch erbohrten und betriebenen Sonden - die im wesentlichen von kapitalstarken Betrieben errichtet wurden - nahm immer mehr zu. 1903 produzierten in Rumänien 2 693 Handbrunnen und 488 Sonden, 1913 waren es 485 Handbrunnen und 1 004 Sonden.⁷⁰ Das war ebenso ein Zeichen für die starke Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung und der Konzentration der Produktion durch den Kapitalexport wie auch für die rasch anwachsende Förderung. Von 310 000 Tonnen im Jahre 1902 stieg die Gewinnung auf 1 129 297 Tonnen im Jahre 1907.⁷¹

Trotz ihrer mehrmals mißlungenen Versuche, die staatlichen Erdöiterrains zu erwerben, gab auch die Disconto-Gesellschaft die Absicht nicht auf, im rumänischen Erdölgeschäft Fuß zu fassen, und zwar, wenn es sein mußte, eben auch ohne die Staatsländereien. Sie hatte sich 1899 an der ursprünglich holländischen Internaționala beteiligt, die wichtige Konzessionen vom rumänischen Staat erhalten hatte. Nun strebte sie jedoch nach dem "großen" Geschäft, nach Maximalprofit. Um den von der Deutschen Bank erreichten Vorsprung wieder einzuholen, erwarb die Disconto-Gesellschaft im Juli 1903 im Verein mit dem Bankhaus Bleichröder einen bedeutenden Anteil an der Telega Oil Co., an der bisher überwiegend englisches Kapital beteiligt war.⁷² Außerdem beteiligte sie sich Ende 1903 an der Gesellschaft Buştenari, die Kapital zur Erwerbung des Unternehmens Conductul National suchte. So kam die Disconto-Gesellschaft in den Besitz einer Fördergesellschaft, in die 23 unabhängige Privatunternehmer ihr Terrain eingebracht hatten, und gleichzeitig in den Besitz einer der wichtigsten Röhrenleitungen des Erdölgebietes.⁷³ Sie hatte jedoch vorläufig weder eine Raffinerie noch eine Absatzorganisation. Daher gründete sie 1905 die Gesellschaft Vega mit 3,75 Millionen Francs und den Credit Petrolifer mit 3 Millionen Francs Kapital, das 1906 auf 5 Millionen erhöht wurde.

Die Vega diente der Schaffung einer großen Raffinerie. An ihr war auch die Compagnie Industrielle des Pétroles de Paris beteiligt, die sich schon an der Sanierung der Steaua hatte beteiligen wollen und die in Frankreich eine gut ausgebaute Absatzorganisation besaß. 1907 begann diese Raffinerie zu produzieren.

Der Credit Petrolifer war eine Verkaufs-, Transport- und Lagerungsgesellschaft, die gleichzeitig die Aufgabe hatte, solche Petroleumgesellschaften "zu unterstützen", die nicht imstande waren, sich alle für einen modernen Großbetrieb notwendigen Einrichtungen zu verschaffen.⁷⁴ Ihnen kaufte sie das geförderte Rohöl ab und stellte ihnen Werkstätten und Transportmittel zu Verfügung. Ein ähnlicher Weg also, wie ihn die Standard Oil Co. in den USA gegangen war, um die gesamte Erdölproduktion an sich zu reißen, und dennoch nicht ganz der gleiche, denn inzwischen war die Entstehung eines neuen Erdölkonzerns ohne ausgedehnten eigenen Felderbesitz gar nicht mehr denkbar.

70 Vgl. Statistica Minieră (Bergbaustatistik) 1902 - 1906, Bukarest 1906; Anuarul statistic al României 1919.

71 Moniteur du pétrole roumain, Nr. 20/1920, S. 663.

72 Vgl. hierzu DZA Potsdam, AA 8444, Bl. 2, Konsulatsbericht 19. 7. 1903; Bl. 45 ff., Konsulatsbericht 22. 8. 1903.

73 Vgl. Haase, Friedrich, a. a. O., S. 71; Jeidels, Otto, a. a. O., S. 195.

74 Vgl. Vossische Zeitung, 18. 10. 1906, Beilage.

Das Rohrleitungsnetz des Credit Petrolifer, das 1905 erst 19 Kilometer Länge erreichte, wuchs rasch. 1906 betrug seine Länge 86 Kilometer, 1909 überschritt sie 150 und erreichte 1912 schon 270 Kilometer Länge.⁷⁵

1906/1907 fusionierte dann die inzwischen in Sylva Societate Anonimă Română pentru Industria Petrolului umgewandelte Telega mit der Bușteni zur Concordia, an der auch italienisches Kapital beteiligt war. Offenbar blieben aber auch die fein gesponnenen Fäden zur Standard Oil Co. bestehen.

Die Standard Oil Co. hatte sich durch die Ablehnung ihres Konzessionsvorschlags ebenso wenig entmutigen lassen wie die anderen ausländischen Monopole. Während im Parlament die Konservativen noch lamentierten, man habe sich das amerikanische Kapital "verschertzt, als man der Standard Oil Co. die Tür wies"⁷⁶, ließ diese 1903 durch ihren Vertreter George Franklin Southard ganz privat und in dessen Namen eine Gesellschaft gründen.

Als die Liberalen wieder ans Ruder kamen, wurde Southard nach New York zurückgerufen, und der amerikanische Ingenieur Lufkin führte die Gesellschaft unter dem gleichen Namen weiter.⁷⁷ Ebenfalls unter der liberalen Regierung gründete die Standard Oil Co. die Societate Anonimă Româno-Americană. Obwohl das Kapital dieser Gesellschaft zunächst nur mit 2,5 Millionen Lei ausgewiesen war, errichtete sie eine große Raffinerie, projektierte den Bau einer Erdölleitung und hatte bis September 1905 bereits 15 000 Hektar Petroleumterrains "okkupiert".⁷⁸ Von Rumänien aus begann sie, auf den türkischen und den bulgarischen Markt vorzustoßen. Sie kaufte Erdöl überall auf, wo sich die Gelegenheit dazu bot; bei allen kleinen Gewinnungsbetrieben, aber auch bei denen der Disconto-Gesellschaft⁷⁹ und sogar bei der Steaua⁸⁰.

Als schließlich wiederum eine konservative Regierung ans Ruder gelangte, deren Finanzminister Take Ionescu war, trat die Româno-Americană aus der Reserve, erlangte umfangreiche private Terrainkonzessionen⁸¹ und entwickelte sich zu einem monopolistischen Großunternehmen. Wenn die Höhe ihres Nominalkapitals auch bis zum ersten Weltkrieg nie die der anderen ausländischen Großbetriebe in Rumänien erreichte, machte die hinter ihr stehende Macht des riesigen Standard-Trusts sie doch zu einem durchaus ernst zu nehmenden Konkurrenten. Sie war ein erster tastender Versuch des amerikanischen Trusts, Felderbesitz im Ausland zu erwerben.

Schließlich versuchte - neben zahlreichen kleineren Unternehmen, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll - eine weitere deutsche Bankengruppe, bestehend aus der Dresdner Bank und dem Schaaffhausenschen Bankverein, ebenfalls in der rumänischen Erdölindustrie Fuß zu fassen. Der Schaaffhausensche Bankverein war in einer Reihe von Erdölgesellschaften in Wietze bei Hannover über die Internationale Bohrgesellschaft AG beteiligt, deren Aktienmehrheit die Bank 1902 erworben hatte und die - gegründet zur Ausnutzung eines neuen Bohrverfahrens des Ingenieurs Raky - auch in Rumänien Bohrungen durchführte.⁸² Die Bank war auf diese Weise in den Besitz großer Erdölländereien gelangt, zu deren Ausnutzung sie

75 Branisteanu, Vasile, Die deutschen Kapitalanlagen in Rumänien, phil. Diss. Berlin 1923, S. 167; DZA Potsdam, AA 3089, Bl. 47.

76 DZA Potsdam, 8443, Bl. 150 f., Gesandter aus Sinaia 3. 7. 1903.

77 Ebenda, 8446, Bl. 34 ff., Konsulatsbericht Bukarest 9. 4. 1904.

78 Vgl. Zeitungsberichte der Wirtschaftspresse im September 1905.

79 DZA Potsdam, AA 3084, Bl. 154 f.

80 Ebenda, 8443, Bl. 119.

81 Ebenda, 8448, Bl. 48 f.

82 Zu den riesigen Profiten dieser Gesellschaft, die 1905/06 und 1906/07 je 500 Prozent Dividende ausschüttete, vgl. Liefmann, Robert, a. a. O., S. 279. - Übrigens führte diese Gesellschaft nicht nur Erdölbohrungen durch.

1904 den Royaume Roumain mit 5 Millionen Lei Kapital als Gewinnungsbetrieb gründete. 1904 gründete der Schaaffhausensche Bankverein zusammen mit der Dresdner Bank, mit der ihn eine 1904 für 30 Jahre abgeschlossene Interessengemeinschaft verband, die Gesellschaft Cimpina-Moreni mit 5 Millionen Lei Kapital. 1905 wurden beide Unternehmen zum Regatul Român vereinigt, dessen Kapital 1906 auf 24 Millionen Lei erhöht wurde.⁸³ Diese Gesellschaft besaß keine eigene Absatzorganisation; das geförderte Rohöl verarbeitende Raffinerien der Steaua Română, und es schien zunächst so, als ob sich hier eine engere Zusammenarbeit abhaken würde.⁸⁴ 1910 fusionierte der Regatul Român jedoch mit der Astra. Sie war 1908 durch die Geconsolidierte Hollandsche Petroleum Mij., eine Finanzierungs- und Kontrollgesellschaft des Royal-Dutch-Shell-Konzerns, gegründet worden. Der Regatul Român sollte ihr nun eine feste Rohstoffbasis sichern. Die Fusion erfolgte in Form einer Neugründung mit einem Anfangskapital von 29,4 Millionen Lei unter dem Namen Astra Română S. A.⁸⁵ Der Schaaffhausensche Bankverein blieb an dieser Gesellschaft beteiligt⁸⁶, die schon bald zur absolut größten und mächtigsten aller in Rumänien tätigen Erdölunternehmen wurde.

Mit der Aquila Română (1904 gegründet) und der Colombia (1905 gegründet) beteiligte sich auch französisches Kapital an dem aufblühenden Industriezweig. 1905 waren an der rumänischen Erdölindustrie 73 889 500 Lei deutsches, 27 106 000 Lei holländisches, 7 500 000 Lei italienisches, 5 770 000 Lei französisches, 4 500 000 Lei englisches, 5 150 000 Lei belgisches, 5 000 000 Lei amerikanisches und 11 320 000 Lei rumänisches Kapital beteiligt.⁸⁷ Ein Bericht über die rumänische Petroleumindustrie an das Auswärtige Amt führte aus: "Der ... Entnationalisierungs-Prozeß der rumänischen Petroleumindustrie macht immer weitere Fortschritte. Das einzige, relativ bedeutende Unternehmen rumänischer Nationalität, Hagienoff & Cimpeanu, ist am Jahresschluß in die Hände der Gesellschaft 'Trajan' übergegangen, die unter ungarischer Führung steht. Die rein rumänischen Unternehmungen, deren Anteil an der Gesamtausbeute in den Jahren 1903 - 1905 noch 27,6 % bzw. 19,18 % und 19,61 % betrug, laufen damit Gefahr, im Jahre 1906 ihren Anteil merklich reduziert zu sehen."⁸⁸

6. Der Vertrag von 1904

Obwohl zwischen der Telega und der Steaua schon 1903 Verhandlungen über eine Verständigung in Rumänien und in Deutschland geführt wurden, kam keine Einigung zustande. Die Disconto-Gesellschaft beanspruchte als "Bankier des Landes" auch in der Erdölfrage die führende Rolle. Beide Gruppen überboten sich rücksichtslos beim Terrainerwerb. Direktoren und Arbeiter gingen bei der Bewachung gepachteter Terrains, auf denen die Förderung noch nicht begonnen hatte, mit Stöcken auf die Angestellten des Konkurrenten los. Ein Gerichtsprozeß zwischen beiden Gruppen schien unvermeidlich.

Der deutsche Gesandte in Bukarest versuchte vergeblich zu vermitteln. Die Disconto-Gesellschaft beteuerte, sie habe sich bisher von der Türkei, dem Gebiet der Deutschen Bank, ferngehalten, die gleiche Haltung verlange sie von ihr im rumänischen Erdöl. Da die Deut-

83 Vgl. dazu DZA Potsdam, AA 3084, Bl. 5 v., Konsulatsbericht Bukarest 30. 8. 1906; Bl. 119 v.

84 Ebenda, 3084, Bl. 59 f., Gesandtschaftsbericht, 16. 11. 1906; Bl. 82 f., Gesandtschaftsbericht, 4. 12. 1906.

85 Vgl. Segalle, L., a. a. O., S. 63 f.

86 Monitorul Petrolului, Nr. 5/1911.

87 DZA Potsdam, AA 3084, Bl. 115 v.

88 Ebenda, 8450, Bl. 213.

sche Bank aber einen größeren Besitz an Erdölländereien und auch die kapitalstärkere Erdölgesellschaft besaß, war sie nicht dazu bereit. Die Disconto-Gesellschaft bot der Deutschen Bank die führende Rolle beim Verkauf von Erdölprodukten auf dem deutschen Markt an. Dort beherrschte jedoch die Standard Oil Co. den Leuchtölmarkt fast völlig, und der Markt für Benzin und Rückstände war erst im Entstehen. Das Angebot erschien daher wenig reizvoll.

Die liberale rumänische Regierung des Jahres 1904 sah sich nicht veranlaßt, in den Streit einzugreifen und zwischen die Mühlensteine der beiden Rivalen zu geraten. Premierminister Sturdza - insgeheim aber bereits damals auf seiten der Deutschen Bank - erklärte schließlich dem Königlich Geheimen Regierungsrat und Direktor der Nationalbank für Deutschland, Richard Witting, er werde keine Gruppe bevorzugen, aber strenge Maßregeln gegen beide ergreifen, wenn sie sich nicht einigten. Die Nationalbank für Deutschland war eng mit den Erdölinteressen der Deutschen Bank verbunden, und Witting schlug entsprechend dem Auswärtigen Amt vor, Druck auf die Disconto-Gesellschaft auszuüben, um Sturdzas Stellung zu festigen, der der einzige deutschfreundliche Mann unter den führenden rumänischen Politikern sei.⁸⁹

Schließlich griff das Auswärtige Amt in den Streit ein, und zwar auf der Seite der Deutschen Bank. In einem Schreiben vom 14. Februar 1904 an den deutschen Gesandten Kiderlen in Bukarest hieß es, die Deutsche Bank sei bereitwillig gewesen, dagegen habe es "bei der Disconto-Gesellschaft eines gewissen Druckes bedurft, um auch sie für eine Einigung zugänglich zu machen."⁹⁰ Aber noch war kein Vertrag unterzeichnet. Kiderlen glaubte, sich mehrende Anzeichen dafür zu sehen, daß die Disconto-Gesellschaft sich insgeheim mit der Standard Oil Co. zu verständigen wünschte. Sie könne sonst nicht "so renitent" sein.⁹¹ Seine Vermutung war nicht von der Hand zu weisen, da die Telega keine eigene Raffinerie hatte, die Disconto-Gesellschaft aber behauptete, eine Zusage Sturdzas aus dem Jahre 1902 zu haben zur Abnahme großer Mengen Rückstände durch die rumänischen Staatsbahnen. Erst als Sturdza diese Zusage abtritt und erklärte, daß alle Regierungsaufträge zwischen der Steaua und der Telega geteilt würden⁹², gelang es, die beiden Rivalen zu einer Einigung zu bewegen. Gwinner, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Präsident des Verwaltungsrates der Steaus Română, gab auf einer Besprechung im Auswärtigen Amt die Erklärung ab, "um eine Verständigung zu ermöglichen, sei die DB bereit, für die Dauer dieses Vertrages darauf zu verzichten, Anleihen oder Vorschußgeschäfte mit dem rumänischen Staate zu kontrahieren, und zwar solange als die Produktionsgesellschaft die ihr dadurch eingeräumte Vorzugsstellung nicht dazu benutzen wird, für ihr nahestehende Petroleumunternehmungen mit dem Staat Sondervorteile zu vereinbaren, welche der der DB nahestehenden Gesellschaften nachteilig sind. Diese Erklärung soll indessen streng geheim gehalten werden. Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieser Erklärung sollen dem Auswärtigen Amte unterbreitet werden."⁹³

Im April 1904 schlossen die Disconto-Gesellschaft und die Deutsche Bank eine Vereinbarung ab⁹⁴, die vom 1. Mai 1904 an für fünf Jahre Gültigkeit haben sollte. Danach sollten Streitfragen von einem unabhängigen Schiedsrichter geklärt werden. Beide Banken sollten

89 Vgl. zu diesen Vorgängen ebenda, 8444, Bl. 153 ff., Konsulatsbericht Bukarest 27. 11. 1903; 8445, Bl. 2 ff., Gesandtschaftsbericht 2. 12. 1903; Bl. 103, Gesandtschaftsbericht 21. 2. 1904; Bl. 143, Konsulatsbericht Bukarest, 27. 2. 1904; Bl. 67 f., Gesandtschaftsbericht 5. 2. 1904.

90 Ebenda, 8445, Bl. 71.

91 Ebenda, Bl. 103.

92 Ebenda, Bl. 82 ff., DG an AA 22. 2. 1904.

93 Ebenda, Bl. 184, Geheime Aktennotiz 9. 4. 1904.

94 Ebenda, Bl. 172 ff.

der rumänischen Regierung gleichlautend mitteilen, daß eine Verständigung über das Zusammengehen erfolgt sei und künftige Verhandlungen mit den rumänischen Behörden gemeinsam geführt werden würden. Die Steaua solle beim Verkauf von Erdölprodukten in Rumänien führen, die Disconto-Gesellschaft bei Verhandlungen über die rumänischen Staats terrains. In Deutschland sollte die Petroleum-Produkte AG die Erzeugnisse beider Gruppen verkaufen. Die Gwinnersche Erklärung war dem Vertrag als Geheimklausel beigelegt.

Wie alle monopolistischen Vereinbarungen hielt auch diese nur so lange, bis sich das Kräfteverhältnis zwischen den Vertragspartnern änderte. Die Gelegenheit, den Vertrag abzustreifen, ergab sich schon im folgenden Jahr.

7. Der Vorstoß der Deutschen Bank zur Konzessionierung der rumänischen Erdölterrains, die "România" und das endgültige Scheitern der Verhandlungen

Im Jahre 1904 ging der rumänischen Regierung ein neuer Vorschlag für die Ausbeutung der staatlichen Erdölländereien durch ausländisches Kapital zu. Er wurde überreicht durch einen Wiener Rechtsanwalt namens Dr. Fialla, der eine französisch-russische Kapitalgruppe, zusammengesetzt aus dem Bankhaus Rothschild sowie den Erdölmonopolen Nobel und Mantaschew, vertrat. Der damalige Ministerpräsident Sturdza schrieb während seines Urlaubs in München am 10. September 1904 an Fialla, daß dessen Vorschläge geprüft würden und er auf der vorgeschlagenen Basis zu verhandeln bereit sei. Der Vorschlag versicherte der rumänischen Regierung, daß die Finanzgruppe keinerlei Verbindungen zur Standard Oil Co. habe, und verlangte die Konzession von 30 000 Hektar staatlicher Erdölfelder für 50 Jahre. Dafür sollte der Staat 1 Prozent der Bruttoproduktion an Rohöl erhalten, vom sechsten Jahr der Konzessionsdauer an 5 Francs pro Jahr und Hektar für alle Terrains, die auf dieser Grundlage zu errichtende Gesellschaft wirklich behielt, aber mindestens für 15 000 Hektar. Außerdem sollte die Gesellschaft 8 Prozent Redevez in Geld für die jährliche Rohölproduktion bezahlen, die die rumänische Regierung auch in natura erheben könne. Weiter sollte der Staat am Gewinn der Gesellschaft beteiligt werden. Sie verpflichtete sich, jährlich 20 Sonden bis zu 250 Meter Tiefe zu bohren und verlangte für sich alle Vergünstigungen des Industrieförderungsgesetzes sowie alle anderen in Kraft befindlichen wirtschaftlichen Vergünstigungen. Außerdem dürfe die Regierung in der Zeit der Konzessionsdauer niemandem das Recht erteilen, öffentliche Pipelines zu errichten.⁹⁵

Dieser Vorschlag war am 10. September 1904 von Sturdza und Fialla unterzeichnet worden, und beide verpflichteten sich, ihn sieben Monate lang Dritten gegenüber geheimzuhalten.⁹⁶

Am 3. Januar 1905 trat die liberale Regierung ab, und die konservative Partei übernahm unter G. Gr. Cantacuzino die Herrschaft. Aber auch die von Fialla vertretene Finanzgruppe bestand in der zunächst gedachten Zusammensetzung nicht mehr. Die spätere offizielle Version lautete, Rothschild sei wegen Rumäniens Haltung in der Judenfrage zurückgetreten.

Am 1. Februar 1905 erfuhr die Deutsche Bank durch Fialla von den Verhandlungen. Sie sah hier die große Gelegenheit, doch noch die herrschende Stellung im rumänischen Petroleumgeschäft zu erringen. Nach den 1904 mit der Disconto-Gesellschaft getroffenen Vereinbarungen hätten die Verhandlungen aber unter Führung der letzteren stattfinden müssen. Gwinner suchte "Rat und Hilfe" beim Auswärtigen Amt. Er wollte das Geschäft nicht teilen und erklärte, Fialla habe gesagt, mit der Disconto-Gesellschaft werde die rumänische Regie-

⁹⁵ Moniteur du pétrole roumain, Nr. 17/1905, S. 500 ff.

⁹⁶ DS, Nr. 46/1905, S. 580.

rung unter keinen Umständen einen Vertrag abschließen. Die "Angelegenheit sei äußerst weittragend, denn der Bewerber dieser ungemein reichen Petroleumterrains erhalte durch sie die Kontrolle des europäischen, wenn nicht des Weltmarkts. Es handle sich um ein unschätzbbares Wertobjekt. So märchenhaft die Erzählung von Sturdzas Vertrag erscheint, der einen Bruch mit der ganzen Haltung Sturdzas, des Königs und mit den uns wiederholt gegebenen Versicherungen bedeutet, so behauptet Gwinner, den Originalvertrag mit Sturdzas eigener Unterschrift gesehen zu haben ..." Das Auswärtige Amt bat in einem streng geheimen Telegramm am 3. Februar 1905 den deutschen Gesandten, sich "unter Wahrung absoluter Geheimhaltung" - die Disconto-Gesellschaft habe "nicht die mindeste Kenntnis" - über die Sachlage zu informieren.⁹⁷

Der Gesandte bestätigte den Eindruck, daß die Einbeziehung der Disconto-Gesellschaft zum Mißerfolg führen würde, weil Sturdza ihr immer noch wegen ihrer Verhandlungen im Auftrage der Standard Oil Co. mißtraue. Der Gesandte machte Vorschläge, wie man die Disconto-Gesellschaft dazu bringen könne, die Verhandlungen der Deutschen Bank nicht zu stören, ohne daß der Vertrag zwischen den Banken völlig gekündigt würde. Sie reichten von dem Gedanken, der Disconto-Gesellschaft reinen Wein einzuschenken und sie schön um das Nachgeben zu bitten, bis zu der Idee, irgendeinen Vorwand zu finden, um behaupten zu können, daß die Disconto-Gesellschaft den Vertrag gebrochen habe, und sie dann staatlicherseits unter Druck zu setzen.⁹⁸ Die Beamten des Auswärtigen Amtes beschlossen schließlich, mit Direktor Schölller von der Disconto-Gesellschaft zu sprechen, der sich ehrenwörtlich zur Verschwiegenheit zu verpflichten hätte. Man wolle ihm sagen, daß es ausgeschlossen sei, "das Geschäft für Deutschland zu retten, wenn Disconto auf Grund des Abkommens mit Deutscher Bank die Führung der Verhandlungen beanspruche. Es sei daher eine nationale Pflicht der Disconto, in diesem Falle nicht auf dem Wortlaut des Vertrages zu bestehen, sie könne umso leichter dies tun, als DB (nach Mitteilung Gwinners bei der Besprechung der Sache) bereit sei, Disconto Konsortialbeteiligung an dem auf Deutsche Finanzgruppe entfallenden Teil des zu bildenden Syndikats nach Maßgabe des Vertrags zwischen Disconto und DB zu gewähren."⁹⁹ Um Schölller "gefügiger" zu machen, sollten ihm verschiedene Mißgriffe der letzten Zeit, die dem Ansehen der Disconto-Gesellschaft in Rumänien Abbruch getan hatten, vorgehalten werden. Einige davon hatte das Auswärtige Amt bei der Hand, andere sollte der Gesandte in dieser Richtung sammeln.¹⁰⁰

Dennoch war die Disconto-Gesellschaft nicht bereit, ihre "nationale Pflicht zu erfüllen" und das Geschäft "für Deutschland zu retten". Schölller befürchtete, die Deutsche Bank könnte die Disconto-Gesellschaft schließlich völlig aus Rumänien verdrängen.¹⁰¹ Sie drehte also den Spieß um und schrieb an die Deutsche Bank, daß sie weitere einseitige Verhandlungen als Verletzung der vertraglich übernommenen Verpflichtungen betrachte.¹⁰² Vom Auswärtigen Amt verlangte sie, es solle der Deutschen Bank verbieten, das Fialla-Geschäft allein zu machen.¹⁰³ Sie hatte ihren Einfluß auf die Beamten jedoch überschätzt. Staatssekretär Stockhammern teilte dem deutschen Gesandten am 14. März 1905 mit: "Petroleumverhand-

97 DZA Potsdam, AA 8447, Bl. 36 (Umschlag mit Inhalt). - Was Sturdzas Haltung angeht, so ist als Bemerkung am Rande sicher nicht uninteressant zu erfahren, daß er in Deutschland studierte und in dieser Zeit mit Georg von Siemens befreundet war. (Vgl. Helferich, Karl, Georg von Siemens, Bd. 1, Berlin 1921, S. 23.)

98 DZA Potsdam, AA 8447, Bl. 45 (Umschlag mit Inhalt), Telegramm Gesandtschaft an AA, 7. 2. 1905.

99 Ebenda, AA an Gesandtschaft 9. 2. 1905.

100 Ebenda.

101 Ebenda, Bl. 64 ff., DG an AA 9. 3. 1905.

102 Ebenda, Bl. 55, Umschlag mit Inhalt.

103 Ebenda, Notiz von Stockhammern ohne Datum.

lungen sind am Widerstand der eiteln, auf Prestige und Sondervorteile bedachten Disconto gescheitert, doch will DB nun das Geschäft mit den Franzosen allein machen. Ich habe Reichskanzler die Sache vorgetragen, welcher damit einverstanden ist, daß wir die Banken den Kampf allein ausfechten lassen und der Disconto die ihr bisher mit Rücksicht auf ihre historische Stellung in Rumänien gewährte Unterstützung entziehen. Nur wenn das nationale Interesse es verlangt, behalten wir uns vor, den potenten Teil der feindlichen Brüder, also auch ev. DB gegen Disconto zu unterstützen. Ausführlicher Erlaß wird Ihnen in der Angelegenheit noch zugehen.¹⁰⁴ Nach außen hin also Neutralität, ein über allen Machtinteressen stehender Staat; tatsächlich jedoch bleibt eine Hintertür offen zur Unterstützung des "potenten" Teils.

Im Frühjahr 1905 kam Fialla erneut nach Bukarest. Obwohl Sturdza nicht mehr Regierungschef war, verhandelte er geheim weiter mit Fialla und verschaffte ihm mehrere Audienzen beim König. Dieser setzte die konservative Regierung von dem Vertrag zwischen Sturdza und Fialla in Kenntnis. Sie verhielt sich zunächst ablehnend, erhielt aber schließlich die Weisung des Königs, Sturdzas Versprechen einzulösen.¹⁰⁵

Die von Fialla vertretene Gruppe bestand nunmehr aus der Deutschen Bank und der Banque de Paris et des Pays Bas. Der Vertrag war dem Abschluß nahe, da erfuhr die Disconto-Gesellschaft vom Stand der Dinge. Sie telegraphierte sofort an den rumänischen Finanzminister Take Ionescu, den sie für ihren Vertrauensmann hielt, er solle ihr und dem Bankhaus Bleichröder die Teilnahme an dem Geschäft sichern. Da die Deutsche Bank nicht mehr nur mit Fialla, sondern auch mit der rumänischen Regierung verhandele, betrachte auch sie sich nicht mehr an die Vereinbarung gebunden.¹⁰⁶ Jedoch auch der Finanzminister wandte sich am 13. Mai 1905 an den deutschen Gesandten mit der Forderung, die Disconto-Gesellschaft solle auf ihre direkte Teilnahme verzichten und sich mit der Deutschen Bank verständigen. Der Ministerpräsident, vor dem er das Telegramm der Disconto-Gesellschaft bisher geheimgehalten habe, werde es als Konkurrenzofferte ansehen und auf neue Verhandlungen drängen.¹⁰⁷ Das hätte einen Vertragsabschluß weit hinausgezögert, zumal Premierminister Cantacuzino ohnehin zu den Gegnern des Vertrages gehörte. Inzwischen hatte die für alle deutschen Regierungsbehörden angewiesene Zurückhaltung gegenüber der Disconto-Gesellschaft begonnen, Früchte zu tragen. Die Disconto-Gesellschaft streckte die Waffen, zog am 15. Mai ihr Telegramm zurück und überließ der Deutschen Bank das Fiallaprojekt.¹⁰⁸ Am 20. Mai verzichtete auch das Bankhaus Bleichröder schriftlich.¹⁰⁹ Die Disconto-Gesellschaft bat, "es möchten angesichts dieser Nachgiebigkeit die alten guten Beziehungen zum Auswärtigen Amt wieder hergestellt werden." Der Staatssekretär sagte das zu, hob die Weisung vom 23. März wieder auf und triumphierte: "Diesen Erfolg verdanken wir unserer festen Haltung."¹¹⁰

Es schien, als seien nun alle Streitigkeiten beigelegt, alle Differenzen beseitigt. Am 17. Mai sollte der Vertrag vom rumänischen Ministerrat bestätigt und dann den Kammern vorgelegt werden. Da die Konservativen - Cantacuzino unter Protest - die Abmachungen Sturdzas offiziell zu ihren eigenen gemacht hatten, glaubten die Befürworter des Vertrages, von dieser Seite keine Opposition befürchten zu müssen. Der schriftliche Verzicht der Disconto-Gesellschaft schien ebenfalls dazu angetan, den Vertrag als so gut wie abgeschlossen zu betrachten. Da flatterten am 17. Mai 1905 Tausende von Flugblättern über die Straßen Bukarests. Das Flugblatt berichtete detailliert über den vor dem Abschluß stehenden Vertrag und

104 Ebenda, Bl. 54 f.

105 Ebenda, 8448, Bl. 96, Gesandtschaft Bukarest an AA 12. 6. 1905.

106 Ebenda, 8447, Bl. 49, Telegramm des Gesandten in Bukarest an AA.

107 Ebenda, Bl. 102 ff., Bericht Gesandtschaft Bukarest an AA 13. 5. 1905.

108 Ebenda, Bl. 106, AA an Gesandtschaft.

109 Ebenda, Bl. 111, Hans Bleichröder am 20. 5. 1905 an AA.

110 Ebenda, Bl. 106.

rief voller Empörung Regierung, Senat und Deputierte auf, der Vergabe der Erdölländereien in ausländische Hände nicht zuzustimmen. Das Flugblatt war eine Sensation, da der Öffentlichkeit über den bevorstehenden Vertragsabschluß bisher nichts mitgeteilt worden war. Alle großen Zeitungen beeilten sich, seinen Inhalt abzudrucken.

Das war nicht nur der Auftakt zu endlosen Diskussionen, sondern auch zu einem regelrechten Skandal um die Person Sturdzas und seine Rolle bei den Verhandlungen und bedeutete bereits die Entscheidung, daß es den Gegnern des Vertrages gelungen war, das Projekt zum Scheitern zu bringen. Am 22. Mai drohte Take Ionescu seine Demission an, wenn der Vertrag nicht abgeschlossen würde¹¹¹, und Sturdza wurde von den mit ihm durchaus nicht in allem einverstanden Mitgliedern seiner Partei so unter Druck gesetzt, daß er seine Unterschrift unter dem Vertrag leugnete. Er sah sich gezwungen, "mit den Wölfen zu heulen, um die Reste seines Prestiges und seine längst bestrittene Führerschaft in der Partei zu retten."¹¹² Am 26. Mai (13. Mai alten Stils) machte er im Senat eine einstündige "Mittelung", durch die er sich aus der Affäre herauszuwinden gedachte.¹¹³

Aber nicht nur in den Kammern, auch im Ministerrat schlugen die Wogen hoch. Am 2. Juni traten alle Minister gegen die Haltung Cantacuzinos und für den Abschluß des Vertrages mit der Deutschen Bank auf.¹¹⁴ Sie warfen Cantacuzino vor, die mit der Unterschrift Sturdzas unter das Fiallprojekt gegenüber der Deutschen Bank eingegangene Verpflichtung der rumänischen Regierung nicht eingehalten und den königlichen Befehl zum raschen Abschluß des Vertrages nicht befolgt zu haben. Offenbar hege er die Befürchtung, daß seine eigenen, noch nicht genutzten Petroleumländereien im Wert sinken könnten. Am 3. Juni telegraphierte der deutsche Gesandte an das Auswärtige Amt: "Es würde meines Erachtens angezeigt sein, vorläufig in freundschaftlicher Haltung gegen Rumänien etwas reservierter zu sein, dies vielleicht auch schon jetzt ... kund zu geben."¹¹⁵ Und wieder zeigte sich die deutsche Regierung bereit, im Sinne der deutschen Imperialisten einzugreifen. Reichskanzler Bülow telegraphierte dem Gesandten: "Ganz damit einverstanden, daß wir den Rumänen ein ernstes Gesicht zeigen. Euere Exzellenz können dabei darauf hinweisen, daß wir Rumänien in letzter Zeit eine Anzahl wichtiger Dienste geleistet haben. Der Janinazwischenfall und die wichtige Kutzowalachenfrage sind im Wesentlichen, wie von den rumänischen Ministern selbst anerkannt wurde, durch unsere freundschaftliche Unterstützung in Konstantinopel in befriedigender Weise geregelt worden. Die deutsche Bankwelt hat sich durch ihre Mitwirkung bei der Konsolidierung der rumänischen Finanzen seit Jahren große Verdienste um die Besserung und Sicherung der finanziellen Verhältnisse des Landes erworben."¹¹⁶ Ein umfangreicher Schriftwechsel zwischen der Gesandtschaft Bukarest und der deutschen Regierung zeigt, daß im folgenden nach dieser Weisung verfahren wurde.

Während die deutsche Regierung zornige Briefe schrieb und die Konservativen in Rumänien wütend im Parlament debattierten, gingen die Liberalen und ihre Anhänger zum Angriff über. Sie bildeten eine Aktiengesellschaft namens "România" (Rumänien), um die staatlichen Erdölländereien mit rumänischem Kapital auszubeuten. Die Gesellschaft verlangte 10 000 Hektar staatliches Erdölterrain und bot dem Staat 10 bis 12 Prozent Redevez vom Bruttoertrag und 25 bis 50 Prozent vom Gewinnüberschuß.

Der Aufruf einiger liberaler Politiker, rumänisches Kapital zu zeichnen, erzielte in wenigen Tagen eine Summe von 16,522 Millionen Lei, die von 320 (dreihundertzwanzig!) Personen gezeichnet waren. Dreimal 500 000, zweimal 400 000 und dreimal 300 000 Lei waren

111 Ebenda, Bl. 120, Gesandtschaft Bukarest an AA 23. 5. 1905.

112 Ebenda, 8448, Bl. 2 v.

113 DS, Nr. 46/1905, S. 579.

114 DZA Potsdam, AA 8448, Bl. 77 f., Gesandtschaft Bukarest an AA 3. 6. 1905.

115 Ebenda, Bl. 75 f.

116 Ebenda, Bl. 79.

die höchsten Beträge. Das alles bedeutete aber noch lange nicht, daß die gezeichneten Summen auch eingezahlt gewesen wären. Im August erklärten die Sprecher der Gesellschaft bereits, sie werde auch ausländisches Kapital aufnehmen.

Die deutschen Zeitungen vom Juni 1905 drohten mit Konsequenzen, die Rumänien durch seine unnachgiebige Haltung zu erwarten habe, der deutsche Gesandte schrieb, es sei wünschenswert, daß die România in Deutschland verschlossene Türen finde. Es zeigen sich aber in seinen Berichten schon Andeutungen, daß eine Verständigung der Deutschen Bank mit der România für das Verhältnis zu einer künftigen liberalen Regierung vorteilhaft wäre - allerdings müsse dann "dafür gesorgt werden, daß die deutsche Gruppe das Heft in der Hand behält ..." -, und er verhandelte auch bereits mit dem Generaldirektor der Steaua in diesem Sinne.¹¹⁷ Schließlich bot die Deutsche Bank wie auch andere Unternehmen der România direkt die Zusammenarbeit an.¹¹⁸

Der deutsche Gesandte verhandelte weiter freundlich und streng mit Cantacuzino, der sich jedoch diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes verbat. Er erklärte, Fialla keine formelle Zusicherung gemacht zu haben, auf die die Banken und der deutsche Gesandte als ihr verbrieftes Recht pochten. Zwischen dem deutschen Gesandten in Bukarest, dem Auswärtigen Amt und dem rumänischen Gesandten Beldiman entspann sich im Juni und Juli ein reger Briefwechsel in dieser Frage. Auch in den mündlichen und schriftlichen Verhandlungen zwischen den direkt Beteiligten wechselten Versprechungen und Drohungen einander ab. Ende Juli erklärte Petre Carp das Projekt der Deutschen Bank für gescheitert,¹¹⁹ und im Oktober spätestens wurde klar, "daß der König nicht beabsichtige, einen starken Druck auf den Ministerpräsidenten Cantacuzino auszuüben."¹²⁰ Ohne diesen Druck aber war das Projekt nicht mehr durchzusetzen. Der König versicherte zwar, daß auch die România keinesfalls die Terrains erhalten werde, aber das verstärkte nur den Eindruck, daß es in absehbarer Zeit überhaupt keine Lösung der Frage geben würde.

Premierminister Cantacuzino verhandelte weiter mit der România, um die es in der Öffentlichkeit recht still geworden war, aber nicht um die Vergabe der staatlichen, sondern der ihm gehörenden Privatterrains. Darüber verhandelte er übrigens auch mit der Gruppe, die sich aus dem Schaffhausenschen Bankverein und der Internationalen Bohrgesellschaft zusammensetzte.¹²¹

Die Frage der staatlichen Petroleumländereien versuchte Cantacuzino so zu lösen, daß weder die Ansprüche der Deutschen Bank noch die der România berücksichtigt werden mußten. Nachdem zunächst Gerüchte umgingen, der rumänische Staat werde die Terrains in staatlicher Regie ausbeuten, bereitete Cantacuzino ein neues Petroleumgesetz vor. Es sollte sicherstellen, daß die staatlichen Ländereien ausgebeutet würden, ihre Vergabe en bloc jedoch ein für allemal verhindert würde. Daneben sollte das Problem der immer noch völlig ungenügenden geologischen Erkundungen der staatlichen Ländereien gelöst werden.

Der neue Gesetzentwurf sah Lose vor, die einen Teil auf Petroleumvorkommen untersuchtes und zehn Teile unerforschtes Terrain umfaßten. Das als petroleumführend bekannte Land sollte pro Los 100 Hektar nicht überschreiten. In Verbindung damit mußte der Konzessionär zugleich jedoch auch 1 000 Hektar unerforschtes Land erkunden. Erwies sich diese große Fläche als ölhaltig, so mußte er die Hälfte davon an die Regierung zurückgeben, die so eine Reserve an Erdölterrains zu erreichen hoffte; die restliche Hälfte durfte er ausbeu-

117 Ebenda, AA 8449, Bl. 33 ff., Gesandtschaft Bukarest an Reichskanzler 27. 8. 1905.

118 Moniteur du pétrole roumain, Nr. 18/1905, S. 538 f.

119 Bukarester Tagblatt, Nr. 163, 26. 7. 1905.

120 DZA Potsdam, AA 8449, Bl. 45, Gesandtschaft Bukarest an AA 4. 10. 1905.

121 Ebenda.

ten. Keine Gesellschaft durfte mehr als drei Lose erwerben. Nachträgliche Zusammenlegung von Konzessionen zog ihre Annullierung nach sich. Pro Los mußten bei der Regierung 2 Millionen Francs Kaution hinterlegt werden.¹²²

Die ausländischen Monopole dachten jedoch gar nicht daran, der rumänischen Regierung die Erkundungskosten zu schenken. In Rumänien selbst war ebenfalls niemand bereit, die praktische Anwendung der liberalen Losung "prin no însine" (durch uns selbst) auch selbst zu finanzieren.

Noch vor der Verabschiedung des Gesetzes sondierten die rumänischen Minister die Meinung der ausländischen Kapitalgeber. Die Franzosen zeigten eine eindeutig ablehnende Haltung, die Amerikaner versteckten sich hinter ihrer "Unbeliebtheit" und hegten keinerlei Absicht, Lose zu erwerben. Der rumänische Gesandte in Deutschland, Beldiman, verhandelte mit der Deutschen Bank, die sich ebenfalls sehr zurückhaltend äußerte.¹²³

Der deutsche Gesandte in Bukarest hielt es für ausgeschlossen, daß ein Gesetz mit solchen Bedingungen verabschiedet werden könnte. Auch in politischen Kreisen Rumäniens machte sich eine Strömung gegen den Entwurf bemerkbar, aber Cantacuzino und seine Anhänger hielten am Wortlaut des Gesetzentwurfs fest. Sie waren die Eigentümer umfangreicher privater Petroleumländereien. Und wenn man die Darstellung des deutschen Gesandten, daß der Ministerpräsident das neue Minengesetz allein für die günstige Verwertung seiner eigenen Ländereien geschaffen habe, auch für eine Übertreibung halten muß, so entbehrt sie doch nicht eines gewissen realen Kerns. Je rigoroser die Bedingungen für die Vergabe der staatlichen Ländereien gestaltet würden, um so höher könnten die Preise für die Privatterrains geschraubt werden.

Das ausländische Kapital war jedenfalls nicht gesonnen, seine Profitinteressen zu opfern, um der rumänischen Wirtschaft in altruistischer Weise unter die Arme zu greifen. Zwar versuchte der deutsche Gesandte zu vermitteln; Man solle "durch Verhandlungen in Berlin dem deutschen Kapital doch noch einen erheblichen Anteil an den hiesigen Staatsländereien ... sichern. Denn wenn die Deutsche Bank bei diesen Verhandlungen etwa 5 bis 6 Tausend Hektar zu verständigen Bedingungen erwirbt, so hat sie hier schon Erhebliches erreicht. Außerdem steht dann nichts im Wege, daß auch andere deutsche Gruppen zu denselben Bedingungen erhebliche Teile der Staatsländereien erwerben."¹²⁴

Die deutschen Großbanken aber wollten keine Umgehung dieses Gesetzes; sie forderten seine Beseitigung. Gwinner schrieb am 23. November 1905 an den rumänischen Gesandten Beldiman, daß die im Gesetz gestellten Bedingungen für die Deutsche Bank nicht annehmbar seien und sie sich unter den gegebenen Umständen nicht an der Erschließung der staatlichen Terrains beteiligen werde.¹²⁵ Auch die Disconto-Gesellschaft lehnte eine Beteiligung ab.¹²⁶ Auf Beldimans offizielle Anfrage, welche Haltung die deutsche Regierung zu diesem Vorgehen der Banken einnehme, antwortete der Reichskanzler, man wolle "ihm keinen Zweifel darüber lassen, daß die Kaiserliche Regierung über die ... Haltung Rumäniens in der Petroleumfrage in hohem Grade verstimmt sei."¹²⁷

Als die Disconto-Gesellschaft sich schließlich doch anschickte, sich um Lose zu bewerben¹²⁸, wurde Direktor Schöller ins Auswärtige Amt zitiert. Er mußte eine Erklärung abgeben, daß

122 Ebenda, 8450, Bl. 35 ff.

123 Ebenda, 8449, Bl. 87 v. f., Gesandtschaft Bukarest an AA 14. 11. 1905.

124 Ebenda, 8449, Bl. 89 f.

125 Ebenda, Bl. 98.

126 Ebenda, Bl. 146, AA an Gesandtschaft Bukarest 29. 11. 1905.

127 Ebenda, Bl. 147.

128 Ebenda, 8450, Bl. 36, Gesandtschaft in Bukarest an AA 23. 1. 1900.

seine Bank keine Offerte auf der Grundlage des neuen Gesetzes abgeben oder zumindest das Auswärtige Amt vorher davon in Kenntnis setzen werde.¹²⁹

Am 17./30. Januar 1906 sanktionierte der König das von den Kammern beschlossene Gesetz.¹³⁰ Mit seinem Inkrafttreten war für die deutschen und die anderen ausländischen Monopole der Zugang zu den rumänischen Staatsländereien zunächst versperrt. Erst während des ersten Weltkrieges, als deutsche Truppen in Rumänien eindrangen und die Erdölgebiete zeitweilig besetzten, entstanden Bedingungen, die den deutschen Banken einen erneuten Vorstoß erlaubten, sich in den Besitz dieser Terrains zu setzen.¹³¹

Die eingangs gestellte Frage, ob dieser Sieg, die "Rettung der Staatsterrains vor dem Zugriff der ausländischen Monopole", im Interesse des Landes lag, ist nicht leicht zu beantworten. Er lag objektiv im Interesse des Landes und des Volkes im Sinne einer Bewahrung der Erdölreichtümer über den Kapitalismus hinaus für die Epoche nach der siegreichen Revolution der Arbeiterklasse, für den Sozialismus. Um aber dieses Ziel näherzubringen, wäre eine rasche Entwicklung des Kapitalismus und damit die Entwicklung eines starken Industrieproletariats ebenfalls "im Interesse des Landes" gewesen. Der durch die herrschende Clique errungene "Sieg" hemmte die schnellere Entwicklung des Kapitalismus. Der durch die wirtschaftliche Erschließung und Nutzung der Staatsterrains erwartete große Aufschwung der Erdölindustrie und in ihrem Gefolge der anderen Industriezweige blieb zwar nicht ganz aus - schließlich waren auf der Grundlage der privaten Terrains riesige Betriebe entstanden -, aber er hatte geringeren Umfang. Die Beurteilung der Vor- und Nachteile des Einfließens ausländischen Kapitals darf die Tatsache nicht außer acht lassen, daß die über das notwendige Geld verfügenden Angehörigen der rumänischen herrschenden Klassen noch nicht bereit waren, es in industrielles Kapital umzuwandeln, daß also ein kräftiger Anstoß für eine rasche kapitalistische Entwicklung noch nicht von der einheimischen herrschenden Klasse ausgehen konnte. Diese Besonderheit hat auch in der weiteren Geschichte Rumäniens eine wichtige und unheilvolle Rolle gespielt.

1.2.2. Metallurgie und erste Verarbeitungsbetriebe

Zwei Einflüsse äußeren Faktors auf die Industrialisierung unter dem Bedingungs-
satz der wirtschaftlich-technischen Revolution

2.1. Marktveränderungen, Außenhandel und regionale wirtschaftliche Integration
- mehrheitlich

2.1.1. Eine Auseinandersetzung zwischen den Strukturveränderungen der Industrie und
dem Außenhandel

2.1.2. Interindustrielle Wirtschaftsverbindungen und Industrialisierung

2.2. Die grundlegend unterschiedliche Stellung der imperialistischen und sozial-
istischen Länder zur Industrialisierung der arabischen Staaten

2.2.1. Zu den Wirkungen des Neokolonialismus

2.2.2. Wachsende Beziehungen zu sozialistischen Ländern als Grundlage und Charak-
ter einer zukunfts Industrialisierung

9. Einleitung

129 Ebenda, handschriftliche Randnotiz v. 31. 1. 1906.

130 Den Wortlaut siehe Monitorul Oficial, Nr. 239/1906.

131 Vgl. Güntner, Renate, Das Petroleumabkommen im Bukarester Friedensvertrag von 1918, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 4, S. 41 - 87.

GRUNDLINIEN DER STRUKTURENTWICKLUNG IN DER INDUSTRIE DER ARABISCHEN LÄNDER UND DER EINFLUSS ÄUSSERER FAKTOREN AUF DIESEN PROZESS UNTER DEN BEDINGUNGEN DER WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN REVOLUTION

von Günter Barthel/Gert Kück/Manfred Voigt

0. Einleitung
1. Zweigstruktur der Industrie und wissenschaftlich-technische Revolution
 - 1.1. Die traditionellen Industriezweige
 - 1.1.1. Die extraktive Industrie
 - 1.1.2. Die landwirtschaftliche Rohstoffe verarbeitende Industrie
 - 1.2. Die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Problematik der dynamischen Zweige
 - 1.2.1. Die Elektrifizierung und Chemisierung
 - 1.2.2. Metallurgie und erste Verarbeitungsstufen
2. Zum Einfluß äußerer Faktoren auf die Industrialisierung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution
 - 2.1. Strukturveränderungen, Außenhandel und regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit
 - 2.1.1. Zum Zusammenhang zwischen den Strukturveränderungen der Industrie und dem Außenhandel
 - 2.1.2. Interarabische Wirtschaftsbeziehungen und Industrialisierung
 - 2.2. Die grundsätzlich unterschiedliche Stellung der imperialistischen und sozialistischen Länder zur Industrialisierung der arabischen Staaten
 - 2.2.1. Zu den Wirkungen des Neokolonialismus
 - 2.2.2. Wachsende Beziehungen zu sozialistischen Ländern als Grundlage und Garantie einer nationalen Industrialisierung

0. Einleitung

Die vorliegende Untersuchung setzt sich zum Ziel, grundlegende Probleme der Strukturentwicklung in den wichtigsten Zweigen der Industrie der arabischen Länder sowie des Einflusses äußerer Faktoren auf diesen Prozeß unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu beleuchten. Wesentliche Ausgangspunkte für das Verständnis der auf-

geworfenen Fragen wurden in einer vorangehenden Arbeit¹ gesetzt, die sich hauptsächlich mit der Stellung der arabischen Länder in der Weltwirtschaft, aber auch mit den gegebenen natürlichen Voraussetzungen und den sozialökonomischen Bedingungen für die Industrialisierung befaßt. Die Beschäftigung mit den genannten Problemen und ihrer Lösung verdienen zunehmende Aufmerksamkeit, da die Beseitigung des kolonialen Erbes und die Überwindung der einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit vom kapitalistischen System der internationalen Arbeitsteilung im Bereich der Ökonomik der behandelten Länder auf der Errichtung einer neuen volkswirtschaftlichen Zweigstruktur fußt, die einem rasch wachsenden industriellen Sektor breite Entwicklungsmöglichkeiten einräumt. Allerdings beweisen die Ergebnisse der bisherigen Industrialisierungspolitik und der damit zusammenhängenden Umstrukturierung des Außenhandels in verschiedenen arabischen Ländern, daß die Etablierung industrieller Großunternehmen nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden kann und eine im Interesse des sozialen Fortschritts erfolgende Industrialisierung nur durch das Beschreiten des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges, das heißt auf Basis des entschlossenen antimperialistischen Kampfes aller progressiven Kräfte und des sich immer enger gestaltenden Bündnisses mit den sozialistischen Staaten zu realisieren ist.

1. Zweigstruktur der Industrie und wissenschaftlich-technische Revolution

1.1. Die traditionellen Industriezweige

1.1.1. Die extraktive Industrie

Traditionelle Zweige der extraktiven Industrie sind nur in einigen wenigen arabischen Ländern vorhanden. Lediglich in den drei Maghrebländern Algerien, Marokko und Tunesien ist seit dem Beginn unseres Jahrhunderts ein volkswirtschaftlich nennenswerter Erz-, Kohle- und Phosphatabbau betrieben worden. Dafür hat der traditionelle Bergbau in diesen Ländern - und mit Einschränkungen auch in Ägypten - bis in die jüngste Vergangenheit zunehmend an Bedeutung gewonnen, ehe die Erdöl- und Erdgasgewinnung mit rasch wachsender Ausdehnung an seine Seite trat und infolge ihrer Bedeutung für die Dynamisierung der Volkswirtschaften immer größere Beachtung erlangte.

Wenn sich auch durch diese Entwicklung die Möglichkeiten für eine rasche Wandlung der Produktionsstrukturen und -verfahren, zum Beispiel durch eine breite Einführung petrochemischer Prozesse, Substituierung von Erzeugnissen auf Erzbasis durch Plaste, Veränderung der Brennstoffträger für Energiegewinnung und Industrie usw., abzeichnen, werden die traditionellen Zweige der extraktiven Industrie auch unter den Bedingungen des stärkeren Wirkens der Gesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution im nationalen Rahmen ihre Bedeutung für den Aufbau einer Vielzahl von Grundindustrien und weiterverarbeitender Betriebe beibehalten. Zwei Bodenschätze sind es vor allem, die wegen der Größe ihrer Vorkommen besonderes Augenmerk verdienen: Eisenerze und Phosphate. Im Jahre 1970 hatte die Produktion der arabischen Länder an Eisenerzeugnissen auf der Grundlage eigener Rohstoffe, das heißt der Erzlager des Maghreb und der Arabischen Republik Ägypten, die 1-Millionen-Tonnen-Grenze noch nicht überschritten. Der Bedarf an metallurgischen Erzeugnissen wurde indessen mit einer Jahresmenge von zirka 2 Millionen Tonnen angegeben. Für das Ende der siebziger Jahre dürfte unter Beachtung der wesentlichsten ökonomischen, technischen und nicht zuletzt auch demographischen Trends eine Verfünffa-

¹ Siehe hierzu Barthel, Günter/Grienig, Horst, Innere Voraussetzungen und Bedingungen für den Industrienaufbau in den arabischen Ländern, in: Jahrbuch für Wirtschaftsge-schichte 1971, T. 2, S. 220 ff.

chung des Bedarfs zu erwarten sein. Allein aus dieser Prognose ergibt sich eine weitgesteckte Aufgabenstellung für diesen Teil der extraktiven Industrie. Die gegenwärtig bekannten Vorräte an Eisenerz, die mit etwa 2 bis 3 Milliarden Tonnen beziffert werden, können auf lange Sicht die Grundlage für eine Entwicklung weiterverarbeitender Industrien im arabischen Raum sein. Da die zur Zeit erkundeten Kohlenvorräte erheblich geringer sind - sie werden auf zirka 300 Millionen Tonnen beziffert² -, sind Erdgas und Erdöl perspektivisch echte komplementäre Brennstoffquellen.

Zu den bekannten Lagerstätten an Eisen gesellten sich seit wenigen Jahren große Funde in Mauretanien.

Während der Umfang des Eisenerzbergbaus in Ägypten von Beginn an wesentlich vom Inlandsbedarf bestimmt wurde³, war seine bisherige Entwicklung in den Ländern des Maghreb und in Mauretanien hauptsächlich durch die Exportabhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt und speziell vom EWG-Bereich geprägt. Seine künftige Größe wird deshalb von der Veränderung und Gestaltung der Relation des Eigenverbrauchs⁴ zum Export abhängig sein. Zum Ende der sechziger Jahre hatten sich diese Kennziffern so entwickelt, daß einer durchschnittlichen Jahresproduktion des Eisenerzbergbaus in Algerien, Marokko und Tunesien von insgesamt etwa 4 bis 5 Millionen Tonnen ein bis auf zirka eine Million Tonnen gewachsener Eigenverbrauch gegenüberstand. Die größere Erzmenge wurde exportiert, vor allem nach Westdeutschland und Italien.

Bei Erfüllung der jeweiligen Volkswirtschaftspläne wird Mitte der siebziger Jahre der Eisenbedarf bereits auf etwa 3,5 Millionen Tonnen angestiegen sein. Ein scharfer ökonomischer Zwang zur Steigerung des Abbaus wird sich daraus jedoch kaum herleiten, da zur Verbesserung der Devisensituation alle drei Länder über Erdöl und Erdgas verfügen, nach denen eine starke Nachfrage besteht. Es wäre also durchaus denkbar, daß der planmäßige Aufbau der Eisen- und Stahlindustrie diesen Ländern die Möglichkeit einer nationalen Bergbaupolitik gewährleistet.

Anders liegen gegenwärtig noch die Verhältnisse in Mauretanien. Seit Mitte der sechziger Jahre zum führenden Eisenproduzenten Nord- und Westafrikas aufgerückt, exportiert es seine, die 10-Millionen-Tonnen-Grenze übersteigende Jahresproduktion völlig, hauptsächlich nach Westdeutschland und Frankreich. Hier bleibt neben der inneren Entwicklung einer sich erst im Prozeß der Bildung befindenden Volkswirtschaft die Wirkung der ökonomischen Integration Mauretaniens in die "Organisation der Anliegerstaaten des Senegalfusses" (OERS)⁵ abzuwarten. Bei Verwirklichung der Abstimmungsvorschläge über die Entwicklung bestimmter Industriezweige in den Mitgliedsländern der OERS würde Mauretanien der Aufbau einer Eisen- und Stahlindustrie auf der Grundlage seiner Erzvorkommen zufallen.

Bei dem zweiten Hauptprodukt der extraktiven Industrie des Maghreb und der ARÄ, dem Phosphat, ergibt sich eine anders determinierte Situation.

Während sich bei Eisenerz durch den Aufbau eigener metallurgischer Basen in den arabischen Ländern eine zweifache Wandlung der bisher durch den Imperialismus erzwungenen Rohstoffausfuhr ergibt - nämlich durch den Anschluß eigener Verarbeitungsstufen ein importsubstituierender Effekt und gleichzeitig eine Teilverlagerung des vormals über den ka-

2 Creation of Iron & Steel Industries in the Arab Countries, Conference on Industrial Development in the Arab Countries, Kuwait 1966, CIDAC, KUW./2/ Eng. -3 (Summary) - Anhang, Tab. Nr. 2.

3 Statistische Angaben dazu für die Jahre 1910 - 1967 in Economic Bulletin, hg. v. National Bank of Egypt, Nr. 3, Kairo 1968, Anhang, Tab. 3/3c und 3/4c.

4 In erster Linie der Bedarf des Hüttenkombinats in Annaba (Algerien) als Zentrum für die Versorgung der Maghrebländer (siehe Abschnitt 1.2.2.).

5 Gegründet am 28. 3. 1968. Ihr gehören Mauretanien, Mali, Guinea und Senegal an.

pitalistischen Weltmarkt verlaufenden Reproduktionsprozesses der Volkswirtschaften in die Erzeugerländer selbst -, sind die Ergebnisse der Phosphatgewinnung weiterhin primär exportorientiert. Das gegenwärtige Verhältnis von Produktion zu Eigenverbrauch = etwa 9:1 wird sich auch in unserem Jahrzehnt nicht wesentlich verändern. Dafür spricht bei der außerordentlichen Höhe der Phosphatproduktion sowohl ihr wertmäßiger Anteil am Außenhandel Marokkos und Tunesiens, der rund 25 Prozent beträgt⁶, als auch der hohe Beschäftigungsanteil dieses Zweiges. Er ist in Marokko nach der Landwirtschaft der stärkste Sektor und erfaßt in Tunesien etwa ein Drittel der in der Industrie tätigen Bevölkerung.⁷ Daraus ergibt sich, daß auch künftig für die Erhaltung und Stärkung der Stellung des Phosphatbergbaus im Rahmen vor allem dieser beiden Volkswirtschaften, aber auch der Jordaniens, Sorge getragen werden muß. Effektive Wege wären einerseits in der Ausdehnung eigener Bearbeitungskapazitäten für Rohphosphat zu Superphosphaten und damit sowohl der Verbesserung der Deviseneinnahmen als auch der Beschäftigungslage und andererseits in der Beibehaltung bzw. Vergrößerung des staatlichen Eigentums im Bergbau mit der dadurch gegebenen Möglichkeit einer besseren planmäßigen Integration in dem Gesamtrahmen der Volkswirtschaft zu sehen.

1.1.2. Die landwirtschaftliche Rohstoffe verarbeitende Industrie

Die enorme Bedeutung der landwirtschaftliche Rohstoffe verarbeitenden Industriezweige für die Volkswirtschaft nahezu jedes arabischen Landes wird daraus ersichtlich, daß diese Branchen in sechs Ländern (Algerien, ARÄ, Sudan, Tunesien, Marokko und Libanon) allein 50 Prozent und mehr des Wertes der gesamten Produktion der verarbeitenden Industrie auf sich vereinigen. In allen anderen Ländern - mit Ausnahme Libyens in den letzten Jahren - lag ihr durchschnittlicher Anteil für das vergangene Jahrzehnt bei mindestens 30 Prozent.⁸ Die Rolle dieser oft schon seit Jahrhunderten bestehenden Gewerbebezüge wird nicht nur dadurch verstärkt, daß sie gegenwärtig fast überall mit der Abteilung II der Volkswirtschaft nahezu identisch sind und damit hinsichtlich der Beschäftigungslage, der Akkumulation usw. erhebliche Wirkungen ausstrahlen; sie sind auch auf Grund der Tatsache, daß sie hauptsächlich einheimische Rohstoffe verarbeiten, Stimul und vor allem ökonomisches Bindeglied des inländischen Reproduktionsprozesses. Deshalb werden bei der perspektivischen Gestaltung dieser Industriezweige - auch mit dem Blickpunkt des unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zunehmenden Aufbaus anderer Industrien - zumindest zwei Faktoren zu berücksichtigen sein:

1. Die bedeutenden Einwirkungen der genannten Branchen auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion.
2. Die sich ständig erhöhende Nachfrage nach den Produkten dieser Industrien auf dem Inlandsmarkt infolge des raschen Bevölkerungswachstums, erhöhter Kaufkraft und ähnlichem, wobei letztere wiederum zu einem ganzen Teil aus der Wechselwirkung dieser Industriezweige mit der Landwirtschaft resultiert.

Gleichzeitig ist der ökonomischen Notwendigkeit eines verstärkten Absatzes auf den Auslandsmärkten zu entsprechen, da sich mit einer Vielzahl gerade jener Erzeugnisse Exportmöglichkeiten, das heißt Deviseneinkünfte erschließen lassen.

⁶ In Ägypten macht er allerdings nur etwa 1 Prozent aus, obwohl auch dort zirka 90 Prozent der Erzeugung in den Export gehen. Siehe Economic Bulletin, a. a. O.

⁷ Die arabischen Länder, Gotha/Leipzig 1970, S. 127, 171.

⁸ Überschlägige Berechnung auf Grund von Plan- und Jahresergebnissen sowie Schätzungen der einzelnen Länder.

Aus der agraren Nahrungsmittelproduktion ergeben sich jedoch in fast allen arabischen Ländern Probleme dergestalt, daß sie seit einer Reihe von Jahren weder mit den Erfordernissen des Inlandbedarfs Schritt halten noch den zwingenden Exportanstrengungen der verarbeitenden Industrie im notwendigen Maße folgen kann. Die von der Verarbeitungsindustrie ausgehenden ökonomischen Anreize treffen aber in einer Anzahl arabischer Staaten auf Umstände, die sich nicht durch ökonomische Mittel und Maßnahmen verändern lassen. Um die Aufgaben insbesondere der Nahrungsmittelindustrie voll mit den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen in Einklang bringen zu können, bedarf es grundlegender, progressiver Umgestaltungen in den sozialökonomischen Verhältnissen der Landwirtschaft. Die besten Fortschritte auf diesem Gebiet hat bisher die ARÄ erzielt. Gleichzeitig beweist die dortige Entwicklung sowohl der absoluten Ergebnisse als auch der Relation der agrare Rohstoffe verarbeitenden Industrien zu den anderen Industriezweigen, daß die relativ weite Entfaltung letzterer ein kontinuierliches Wachsen der ersten bedingt (Realisierung der erzeugten Konsumkraft) und sie hinsichtlich verschiedenster Zulieferungen (Hilfsstoffe, Verpackungen, Chemikalien usw.) sogar erst weitgehend von möglichen Hemmnissen, Störungen bzw. devisaunabhängigen Importen als Voraussetzung für die Produktion befreit.

Tabelle 1

Produktion der verarbeitenden Industrie der ARÄ

Jahr	landwirtschaftl. Rohstoffe verarbeitende Industrie		übrige verarbeitende Industrie	
	Wert (in Mill. £E)	Anteil in %	Wert (in Mill. £E)	Anteil in %
1952	207	78	59	22
1963	539	63	314	37
1966	682	65,5	357	34,5
1968	791	66,7	393	33,3

Quelle:

Zusammengestellt und berechnet nach Central Bank of Egypt, Economic Review, Kairo 1965, Nr. 4, S. 353; Federation of Industries in the UAR, Year Book 1967, Cairo, First Section, S. 18; ebenda 1969, a. a. O., S. 15.

Aus den Zahlen wird ersichtlich, daß zwar mit zunehmender Industrialisierung die dominierende Stellung der auf agraren Rohstoffen basierenden Zweige zurückgeht, gleichzeitig aber auf Grund der vorn genannten Faktoren ihre gesellschaftliche Bedeutung erhalten bleibt⁹ und sich ihr absolutes Produktionsvolumen weiter erhöht. Die lediglich knapp umrissene Entwicklung beinhaltet indessen noch einen weiteren Umstand. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit und das Vermögen, mit den wachsenden Anforderungen Schritt zu halten, kann nur durch die Errichtung technisch moderner Industriekomplexe von optimaler Größe erreicht werden. Diese Forderung gilt - wenn vielleicht auch vorrangig für die Textilindustrie - prinzipiell für alle inbegriffenen Zweige, wirft freilich andere Probleme auf. Mo-

⁹ Von der ägyptischen Produktion wurden seit 1966 wertmäßig jährlich etwa 12 Prozent exportiert. Errechnet nach Economic Review, hg. v. Central Bank of Egypt, Kairo 1965, Nr. 4; Year Book 1967, hg. v. Federation of Industries in the UAR, Cairo, First Section; ebenda 1969.

derne Textilkombinate (von der Spinnerei bis zur Ausrüstung) benötigen größere Investitionen - auch im Vergleich zur Nahrungs- und Genussmittelindustrie -, und in allen Fällen werden sich Auswirkungen hinsichtlich der Beschäftigtenzahl ergeben. Doch auch in diesen Zweigen der Industrie kann die Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben auf lange Sicht nicht mit primär arbeitskräfteaufwendigen Kleinbetrieben, sondern in erster Linie nur über eine auf hohem wissenschaftlich-technischem Produktionsniveau stehende Fertigung erreicht werden.

1.2. Die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Problematik der dynamischen Zweige

1.2.1. Die Elektrifizierung und Chemisierung

Das Wirken der Gesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution¹⁰ führte - abgesehen von den unter unterschiedlichen sozialökonomischen Verhältnissen verschiedenartigen Konsequenzen hinsichtlich der sozialen Auswirkungen auf die Werkstätigen - einerseits in den kapitalistischen und sozialistischen Staaten zu einer raschen Entfaltung der Produktivkräfte und damit im Zusammenhang zu einer Revision der technischen Basis des Produktionsapparates. Andererseits wurden jedoch einige widerspruchsvolle Tendenzen in der Rohstoffwirtschaft der kapitalistischen Welt hervorgerufen, die hauptsächlich die ökonomische Entwicklung der afroasiatischen Länder beeinflussen. Durch den steigenden Bedarf an synthetischen Produkten und Rohstoffen, die bessere Nutzung von Sekundärstoffen sowie die Reduzierung des Materialaufwandes pro Produktionseinheit geht der Anteil traditioneller Rohstoffe zurück. Andere Bodenschätze hingegen (zum Beispiel Erdöl, Erdgas, Aluminium) werden mehr genutzt als früher, da ganze Industriezweige hierauf basieren. Obwohl der Absatz der meisten Rohstoffe nicht zurückgegangen ist, muß die Mehrzahl der Entwicklungsländer im Gefolge sinkender Preise auf dem Weltmarkt empfindliche Deviseneinbußen hinnehmen. Gleichzeitig registrieren die Regierungen der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, daß die Anstrengungen zur Produktionsausdehnung in den traditionellen Zweigen kaum wirksam werden, weil die durch imperialistische Manipulationen häufig stark verzerrte Preisschere zwischen Rohstoffen und Industriewaren auf dem Weltmarkt zugunsten der letzteren tendiert.

Die wissenschaftlich-technische Revolution wirkte sich auf die Entwicklungsländer vorwiegend nachteilig aus. Sie trug durch die Anwendung ihrer Ergebnisse im Interesse der Erzielung von Maximalprofiten in den letzten Jahrzehnten direkt und indirekt zur weiteren ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, zu einer Polarisierung von Reichtum und Armut im Bereich des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems in vorher nicht gekannten Ausmaßen bei.

Der Ausweg aus dieser Situation ist in der konsequenten Umstrukturierung der Volkswirtschaften zu suchen, um die aus der Vergangenheit ererbten Fesseln abstreifen und in den Genuß der Vorzüge der wissenschaftlich-technischen Revolution kommen zu können. Natürlich läßt sich dieses Ziel relativ leicht aussprechen, seine Realisierung erweist sich dann jedoch häufig als kompliziert. Neben dem Vorhandensein einer gewissen Rohstoffbasis und der Bereitstellung umfangreicher finanzieller Mittel, um die technischen Ergebnisse und Erfahrungen der Industriestaaten übernehmen zu können, setzt die Überwindung der allge-

¹⁰ Meleščenko, Ju., Lenin i naučno-tehničeskaja revolucija (Lenin und die wissenschaftlich-technische Revolution), in: Pravda, Nr. 144, 24. 5. 1969, S. 2/3.

meinen Rückständigkeit sozialökonomische Veränderungen voraus, die sowohl die überlebten Eigentumsrechte als auch das Analphabetentum liquidieren.¹¹

Über relativ günstige Voraussetzungen zur Neuprofilierung ihrer Volkswirtschaften und zur Erzielung hoher Zuwachsraten verfügen viele arabische Länder. Entscheidend ist indessen, daß die Völker der Algerischen Demokratischen Volksrepublik, der Syrischen Arabischen Republik, der Arabischen Republik Ägypten und der Volksrepublik Südjemen unter Führung revolutionär-demokratischer Schichten den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg beschreiten und große Anstrengungen zur Schaffung eines stabilen materiellen Fundaments für den Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen unternehmen. Auch die progressiven Regimes in der Libyschen Arabischen Republik und der Republik Irak sowie die Volksmassen in den übrigen arabischen Ländern streben nach sozialen Veränderungen und orientieren auf den Aufbau einer leistungsstarken nationalen Industrie. Außerdem - und dieser Fakt ist außerordentlich bedeutsam - sind im Gegensatz zur Masse der Entwicklungsländer die entscheidenden Ressourcen der meisten arabischen Länder immanenter Bestandteil jener Produktionsrichtungen, die in den europäischen und nordamerikanischen Staaten das Wachstumstempo der gesamten Wirtschaft stimulieren. Die riesigen Lagerstätten an flüssigen und gasförmigen Kohlenwasserstoffen stellen nicht nur eine finanzielle Einnahmequelle dar, die die Fonds für die umfassende Anwendung der wissenschaftlichen Ergebnisse in ihrer materiellen Gestalt garantiert, sondern sie sind zugleich die Voraussetzung für den Aufbau einer eigenen Petrochemie und die Aufnahme des nationalen Exports.¹²

Aus dieser Möglichkeit ergibt sich auch die mit den Erkenntnissen von Wissenschaft und Technik konform gehende Schlußfolgerung, daß die Industrialisierung der arabischen Länder auf dem Wege der durchgängigen, umfassenden Chemisierung und Elektrifizierung sowie des Aufbaus einzelner wenig materialaufwendiger Branchen der verarbeitenden Industrie und des Maschinenbaus vorangetrieben werden sollte. Im Vordergrund steht hierbei die Verwendung billiger, einheimischer Rohstoff- und Energiequellen, die im Produktionsprozeß hochgradigen Veredlungsverfahren unterliegen und somit einen sehr hohen Rentabilitätseffekt einschließlich der Reduzierung devisa-wirksamer Importe versprechen. Die Elektrifizierung der gesamten Volkswirtschaft ist in der Gegenwart ausschlaggebende Basis und eine der Hauptrichtungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Mit Hilfe der Elektroenergie kann der Einsatz von Elektromotoren in allen Bereichen und von neuartigen Technologien in den dynamischen Industriezweigen nach ökonomischen Parametern erfolgen. Die ausreichende Bereitstellung billiger Elektroenergie fördert insbesondere die Installation solcher Technologien, die zur Herstellung der Erzeugnisse technischer Wärmeprozesse bedürfen. Hierzu zählen unter anderem die erdölverarbeitende, die chemische, die Aluminium- und die Zementindustrie. Durch die Elektrifizierung erhalten die teilweise Kleinmechanisierung bestehender Industriebetriebe, die Technisierung des Verwaltungsapparates sowie die schrittweise Ausstattung der Wohnungen mit Klimaanlage nicht unwesentliche Impulse. Sie wirkt aber auch aktiv auf die Herausbildung neuer Industriezweige zurück. Einerseits regt die Energiewirtschaft zur eigenen Produktion von Energieübertragungsanlagen, Werkstoffen und Materialien an, und zum anderen wird sie den Bereich der Nachrichtenübermittlung (Fernsehen, meteorologische Stationen usw.) in den Dienst der nationalen Belange stellen.

Bis zum Jahre 2000 werden Wärme- und Wasserkraftwerke auf Grundlage der Verbrennung des Erdöls bzw. Erdgases und der Ausnutzung des Energiepotentials von Nil, Euphrat, Ti-

11 Siehe hierzu Špirt, A., Naučno-tehnička revolucija i ekonomika "tret'ego mira" (Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Wirtschaft der "dritten Welt"), in: Mirovaja ekonomika i međunarodne otnošenija (im folgenden: MĚMO), Nr. 3/1969, S. 104.

12 Vgl. Baade, Fritz, Dynamische Weltwirtschaft, München 1969, S. 488.

gris, Litani, Medjerda, Qued Cheliff, Qued Montonya, Qued Rbia usw. die Träger der Elektroenergieerzeugung sein.

Gleiche Vorzüge wie der Elektrifizierung kommen auch der Chemisierung zu, die gleichzeitig Resultat und überragender Faktor der wissenschaftlich-technischen Revolution ist. Im Gegensatz zu einigen anderen Industriezweigen verspricht die chemische Industrie auch in Zukunft stürmische Wachstumsraten, überaus hohe Produktivität und auf Grund der günstigen Absatzmöglichkeiten auf dem inneren und äußeren Markt eine gesicherte Rentabilität. Die zuletzt genannten Kriterien machen das Manko des großen Investitionsmittelbedarfs mehr als wett. Technologie und Charakter der Arbeitsinstrumente verlangen in den Betrieben der chemischen Industrie einen kontinuierlichen Produktionsprozeß, der nicht nur einen hohen Auslastungsgrad der Anlagen, sondern auch einen schnellen Rückfluß der eingesetzten Fonds garantiert.

Die kurze Amortisationsdauer und die hohe Gewinnrate der chemischen Industrie weckenden berechtigten Verdacht, daß die Kriege Israels gegen die progressiven Regimes in der ARÄ und Syrien sowie die von der inneren Reaktion der arabischen Länder und vom Imperialismus geschürten nationalistischen Differenzen unter anderem auch das Ziel zum Inhalt hatten, die Errichtung neuer Industriezweige, speziell chemischer Unternehmen zu verhindern. Sicherlich fürchten die internationalen Erdölmonopole die Nationalisierung der Fördergesellschaften weniger als den Aufbau einer nationalen Petrochemie, da sich die Verwertungsbedingungen des Kapitals in den nordamerikanischen und westeuropäischen Staaten durch das Auftauchen eines echten Konkurrenten rapid verschlechtern würde. Denn die Ausfuhr und den Verkauf des Rohöls können die Konzerne des Ölkartells - im Falle von Verstaatlichungsmaßnahmen - infolge ihres Markteinflusses in den kapitalistischen Staaten, aber auch auf Grund der fast vollständigen Eigenversorgung des sozialistischen Lagers gegenwärtig noch hintertreiben oder unter Kontrolle halten. Analoges gilt jedoch nicht für den Handel mit Chemieerzeugnissen, weil hier auf dem Weltmarkt ein potentiell größerer Käuferkreis in Erscheinung tritt. Wichtiger noch ist die Tatsache, daß die aufzubauende Industrie das Fundament für die allseitige Festigung der staatlichen Souveränität wäre und somit "unterirdisch" wirkende Kräfte der kapitalistischen Arbeitsteilung in Wegfall kämen.¹³

Die Palette der möglichen chemischen Erzeugnisse ist weitgespannt, sie reicht von Düngemitteln, Lacken, Farben über Medikamente, Waschmittel, Herbizide bis hin zu Chemiefasern, Harzen und Plasten, um nur einige zu nennen. Also Halbfabrikate oder Fertigwaren, die zur Zeit gegen teure Devisen importiert werden müssen. Durch die Produktionsaufnahme im Inland lassen sich diese Einfuhren ausschalten und beachtliche Ersparnisse erzielen.

Darüber hinaus gehende Beachtung verdient indessen ein anderes Charakteristikum der Chemisierung, dessen Auswirkungen auf die Industriezweigstruktur der arabischen Länder gegenwärtig noch gar nicht überschaubar sind. Materialien aus Plaste lassen - wie die Praxis beweist - bisher nicht realisierbare technische Lösungen mit hohem ökonomischen Effekt zu und verhelfen bereits praktizierten Technologien durch ihre Einbeziehung zu vorher utopisch anmutenden Nutzungskoeffizienten.

Die Verschiebung der Erzeugnismomenklatur zugunsten synthetisch gefertigter Halb- und Fertigwaren räumt insbesondere jenen Branchen der verarbeitenden Industrie und des Maschinenbaus große Chancen ein, in deren Produktionsprozeß relativ wenig Stahl einfließt und in denen eine weitgehende Kombination mit Erzeugnissen der Plastikindustrie das wegweisende Merkmal der Fertigung ist. Vor den arabischen Ländern steht deshalb die Aufgabe, das

¹³ Siehe hierzu Barthel, Günter, Die Industrialisierung ausgewählter ostarabischer Länder im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution - Probleme und Tendenzen, Habil.-Schr. Leipzig 1970, S. 26 - 77.

Optimum zwischen maximalem Einsatz von Platten und minimalen Importen bzw. sparsamer Verwendung - des eigenen Roheisen- und Stahlaufkommens in der ARÄ und in Algerien - an Walzgut, Blechen und Bändern in den entsprechenden Branchen festzulegen und durch die Veredlung der eingesetzten Halbfabrikate den größtmöglichen Zuwachs zum Nationaleinkommen zu erreichen. Die Senkung des Metallaufwandes je Erzeugnis- und Leistungseinheit auf Grund rationellen Materialverbrauchs und der Verwendung von Substituten eröffnete den arabischen Ländern völlig neue Perspektiven. Die wissenschaftlich-technische Revolution erlaubt ein zügiges Wachstumstempo ohne ausgeprägte metallurgische Basis und befreit die arabischen Länder nunmehr auch objektiv aus technisch-ökonomischer Sicht von der Notwendigkeit, alle klassischen Stadien der Industrialisierung zu durchlaufen.

Demzufolge widerspricht das starre Schema eines Etappenprogramms für den Aufbau des Maschinenbausektors den Erkenntnissen der modernen technischen und ökonomischen Wissenschaften. Auf dem Weltindustrialisierungssymposium in Athen unterbreitete die UNIDO eine Studie¹⁴, wonach sich die Entwicklung des Maschinenbaus in den Entwicklungsländern in drei Etappen vollzieht. Das Expertenteam der UNIDO geht davon aus, daß in der ersten Etappe Metallprodukte (Behälter, Haushaltgegenstände), kleinere Typen von elektrischen und Transportausrüstungen (Fahrräder) repariert, hergestellt bzw. montiert, in der zweiten Etappe nichtelektrische Maschinen für die Landwirtschaft und Textilindustrie, schwere oder mehr komplexe Typen von Metallprodukten, bestimmte spezifische, aber immer noch einfache Transportausrüstungen (Straßenfahrzeuge) und elektrische Geräte (Fernsprecher, Radios) produziert bzw. zusammengebaut und schließlich in der dritten Etappe spezialisierte Typen von Maschinen und Ausrüstungen (Kraftanlagen, Werkzeugmaschinen) des kapitalintensiven Sektors erzeugt respektive montiert werden.

Selbstverständlich kann sich die Entwicklung des Maschinenbaus in den drei Etappen vollziehen, in der Mehrzahl der Fälle wird sie aber diese enge Norm durchbrechen. Voraussetzung bleiben jedoch die regionale Kooperation und feste Liefervereinbarungen mit anderen Handelspartnern, denn sonst würde das Marktproblem in der Tat ernsthafte Schwierigkeiten aufwerfen.¹⁵

Augenscheinlich ist doch, daß das entscheidende Problem heute nicht mehr die Frage nach dem Vorrang von Schwer- oder Leichtindustrie etc. ist, sondern im Vordergrund steht die Suche nach einem optimalen Verhältnis zwischen allen Zweigen in jeder Entwicklungsstufe, um nicht mit den begrenzten materiellen und finanziellen Ressourcen und der Nachfragestruktur nach den wichtigsten Industriewaren im Inland, in der Region und auf dem Weltmarkt zu kollidieren.¹⁶ Das Ziel der modernen Planung ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Investitionen in der Abteilung II, die pro Unternehmen gering sind, schnell zurückfließen, viele Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, meistens ohne ausländische Unterstützung auskommen und auf Importe zur Aufrechterhaltung der Produktion verzichten können, und in der Abteilung I, die beträchtliche Mittel verschlingen, wenig Arbeitsplätze schaffen und erst durch eine Summe von direkten und indirekten Nutzeffekten einen sehr hohen Beitrag zur Akkumulationsrate in Aussicht stellen. Um diese These in die Tat umzusetzen, ist es jedoch erforderlich, daß der Elektrifizierung und Chemisierung in den Industrialisierungsplänen ein vorzuziehender Platz hinsichtlich der Prioritäten eingeräumt wird.

14 Engineering Industries. International Symposium on Industrial Development, Athen, 29. 11. - 20. 12. 1967, ID/CoNF, 1/2 (hg. v. UNIDO), S. 6 - 8.

15 In der gleichen Studie wird zum Beispiel darauf hingewiesen, daß der Markt für Maschinenbauerzeugnisse in einem typischen afrikanischen Land nicht größer ist als in einer westeuropäischen Stadt mit 200 000 Einwohnern. (Ebenda, S. 29.)

16 Siehe hierzu Andreasjan, R./El'janov, A., Razvivajuščiesja strany: diversifikacija ekonomiki i strategija promyšlennogo razvitija (Die Entwicklungsländer: Die Diversifikation der Wirtschaft und die Strategie der industriellen Entwicklung), in: MÉMO, Nr. 1/1968, S. 33.

1.2.2. Metallurgie und erste Verarbeitungsstufen

Auf Grund des nahezu völligen Fehlens eigener metallurgischer und Maschinenbauzentren mußten die arabischen Staaten die benötigten Produktionsmittel auch nach Erringung der nationalen Souveränität zumeist im Austausch gegen landwirtschaftliche und Bergbauprodukte importieren, wobei ein Ausbrechen aus der historisch geprägten Territorialstruktur zunächst nur schwer möglich war. Dadurch wiederum gelang es den kapitalistischen Hauptmächten, vorerst die ökonomische Entwicklung der jungen, befreiten Staaten nach den Interessen des Profils ihrer Schwerindustrie zu beeinflussen.

Mitte der sechziger Jahre hatten die Entwicklungsländer einen Anteil von 7 Prozent am Weltausstoß der Schwerindustrie; ihre Pro-Kopf-Produktion machte in diesem Zweig $1/30$ der hochentwickelten kapitalistischen Länder aus, in der Metallurgie war es $1/22$.¹⁷

Im März 1966 legten ägyptische Experten der Konferenz für industrielle Entwicklung in den arabischen Ländern, die in Kuwait abgehalten wurde, ein Gutachten über die Errichtung von Eisen- und Stahlindustrien in den arabischen Ländern vor.

Ausgehend von der Meinung, daß "die Stahlindustrie die Basis für alle anderen Industrien" sei, sahen sie im Aufbau metallurgischer Produktionseinheiten den folgenden grundsätzlichen Zusammenhang: "Die Schaffung einer Stahlindustrie wird uns helfen, den Lebensstandard zu steigern und die Volkswirtschaft der arabischen Länder vor der Abhängigkeit vom Ausland und folglich vor schädlichen Störungen zu schützen. Betrachtet man die Industrialisierung der arabischen Länder als einen obligatorischen Fakt, als zwingende Notwendigkeit zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit, dann ist die Errichtung einer Stahlindustrie von höchster Wichtigkeit und steht in einem unlösbaren Verhältnis zur Industrialisierung überhaupt."¹⁸

Die Vorschläge zum Aufbau einer Eisen- und Stahlindustrie beinhalten folgendes:

Unter Berücksichtigung der Ressourcen an Eisenerzen in den arabischen Ländern, dem Aufkommen an Schrott und den verfügbaren festen, flüssigen und gasförmigen Brennstoffen sowie der möglichen Investitionskraft und des Marktes wurden die arabischen Staaten in drei Gruppen unterteilt.

In der ersten Gruppe (Jordanien, Kuwait, Libyen) sollten Werke mit einer Kapazität von 30 000 bis 50 000 Tonnen im Jahr errichtet werden.

Die zweite Gruppe (Tunesien, Saudi-Arabien und Jemen) sollte Produktionseinheiten mit 100 000 bis 150 000 Tonnen Ausstoß pro Jahr aufbauen.

Für die dritte Gruppe (Marokko, Algerien, Sudan, Irak und Libanon) wurden Kapazitäten von 250 000 bis 300 000 Tonnen im Jahr vorgeschlagen.

Daneben hielt man für Ägypten, das 1965 im Eisen- und Stahlwerk Helwan sowie in dreikleinere Werken bereits einen Ausstoß von etwa 400 000 Tonnen erzielt hatte, die Ausdehnung der Produktion bis auf 2,5 Millionen Tonnen im Jahr für möglich und erstrebenswert.¹⁹ Abgesehen von dieser letztgenannten Zielsetzung, scheinen die übrigen Vorschläge recht bescheiden. In der Tat wurde auch als eine wesentliche Ausgangsgröße ein Bedarf an metallurgischen Erzeugnissen pro Kopf und Jahr von 20 Kilogramm, berechnet nach der Bevölkerungszahl, zugrundegelegt, im Vergleich zu etwa 500 Kilogramm in entwickelten kapitalistischen Ländern.

¹⁷ Vgl. Rymalow, W. W., Tendenzen und Probleme des Wirtschaftswachstums in Entwicklungsländern, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, H. 2/1965, S. 137 f.

¹⁸ Creation of Iron & Steel Industries in the Arab Countries, a. a. O., S. 1.

¹⁹ Ebenda S. 14.

Zu diesen Grundvorstellungen soll versucht werden, einige Gedanken, Faktoren und Probleme, die sich aus der wissenschaftlich-technischen Revolution und deren Auswirkungen ergeben, darzustellen.

In den letzten ein bis zwei Jahrzehnten brachte die Entwicklung der Produktivkräfte, der Technik und der Technologie eine Reihe von Faktoren und Veränderungen hervor, die ihren Niederschlag auf dem Gebiet der Metallurgie fanden, sich jedoch keineswegs nur in diesem Wirtschaftszweig entwickelten. Galt bislang für die Eisenverhüttung die unumstößlich scheidende Regel, daß das Erz zur Kohle gehen müsse, so brachten die rasch wachsenden Schiffsgrößen und -geschwindigkeiten eine Wandlung. Auf Grund möglicher billiger Frachten ist heute auch bei umgekehrtem Weg eine rentable Produktion, allerdings unter der Bedingung küstennaher Standorte, gegeben.

Dieser Faktor scheint für einen Teil der arabischen Länder gegenwärtig und künftig von untergeordneter Bedeutung zu sein. So verfügen zum Beispiel die Staaten des Maghreb einschließlich Mauretanien jeweils selbst über Erz und Kohle²⁰. Auch für das nunmehr fast ein Jahrzehnt arbeitende ägyptische Kombinat scheinen diese Probleme zufriedenstellend gelöst. Der Irak könnte bei entsprechender Standortwahl am Arabischen Golf (bei Zufuhren aus dem südasiatischen Raum) Vorteile gewinnen.

Bedeutend gravierender erscheint eine weitere, durch die wissenschaftlich-technische Revolution objektiv gestellte Forderung zu sein.

In immer schneller werdendem Tempo wächst die wirtschaftlich optimale Betriebsgröße der Hüttenwerke. Angaben von Putsch und Timmke zufolge ergibt sich folgende Entwicklung des Betriebs-Optimums²¹:

"Gründerjahre":	20 000 - 100 000 t Stahl/Jahr
30er Jahre unseres Jahrh.:	1 - 2 Mill. t " "
50er Jahre " " :	3 - 4 " t " "
70er Jahre " " :	8 - 12 " t " "

Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese bereits beeindruckenden Zahlen für die siebziger Jahre angesichts der enormen Entfaltung aller technischen Potenzen noch zu niedrig sein dürften.²² Neben der Sowjetunion, die bereits im vergangenen Jahrzehnt über solche gigantischen Produktionseinheiten verfügte, installierten auch die USA und Japan bereits Werke der als optimal genannten Größenordnung.

Es ist unbestreitbar, daß sich auch die arabischen Länder diesem Trend und seinen Auswirkungen nicht werden entziehen können, zumal ihre geringen Investitionsmittel eine möglichst auf lange Sicht günstige Relation von Aufwand und Ergebnis notwendig machen. Gerade darin aber liegt ein zunächst unlösbar erscheinender Widerspruch.

Unter den gegenwärtigen und künftigen Bedingungen von Wissenschaft und Technik werden nur große Betriebe sich dem Kostenoptimum am weitesten nähern. Sie erfordern hohe Investitionen, die vorerst noch für Entwicklungsländer reichlich problematisch sind. So belaufen sich beispielsweise in der Republik Zaïre (Kongo-Kinshasa) die geplanten Kosten zur Er-

20 Gegenwärtig werden die gesamten Eisenerz-Reserven Nordafrikas auf etwa 3 Milliarden t geschätzt, wovon z. Zt. jedoch nur zirka 0,5 Milliarden t abbaufähig sind. (Vgl. hierzu Uberoi, Ram, Entwicklungsmöglichkeiten der Eisenindustrien in Afrika, in: Draht-Fachzeitschrift, Coburg, H. 4/1968, S. 254.)

21 Putsch, K. W./Timmke, H., Über die optimale Betriebsgröße in der Stahlindustrie, in: Klepzig Fachberichte, H. 4/1967, S. 229.

22 Siehe hierzu Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1971 - 1975, T. III.

richtung eines Stahlwerkes von lediglich 200 000 Tonnen Jahreskapazität auf umgerechnet 23 Prozent des gegenwärtigen Bruttosozialproduktes.²³ Andererseits sinken bei steigender Kapazität (und höheren Gesamtanlagekosten) die Aufwendungen, bezogen pro Produktionseinheit, ganz erheblich.

Ein Vergleich mit den vorn skizzierten Vorschlägen für die arabischen Länder ergibt dabei nachstehendes Bild:

Tabelle 2

Kapazität und Kosten gemischter Hüttenwerke

	Kapazität in Mill. t Rohstahl/Jahr	Anlagekosten in Mill. M	Anlagekosten in M/t Rohstahl
1. Gruppe arab. Länder	0,05	60	1 200
2. Gruppe und 3. arab. Länder	0,2	288	1 440
Somisía (Argentinien)	1,3	1 500	1 150
Kisarazu (Japan)	3,0	2 270	760

Quelle:

Zusammengestellt bzw. errechnet nach: Creation of Iron & Steel Industries in the Arab Countries, Kuwait 1966, CIDAC, KUW./2/Eng. - 3 (Summary) - Anhang, Tab. 2, S. 16 - 18; Lindemann, G., Über Betriebsgröße und Standort moderner Eisenhüttenwerke, zit. bei Putsch, K. W./Timmke, H., Über die optimale Betriebsgröße in der Stahlindustrie, in: Klepzig Fachberichte, Düsseldorf, H. 4/1967, S. 229 ff.

Das Verhältnis von Kapazität, Investitionen und Anlagekosten, bezogen auf die Produktionseinheit, wird in der auszugsweise wiedergegebenen Darstellung verdeutlicht. Kleine metallurgische Betriebe benötigen relativ wenig Investitionsmittel. Dieser Weg mag für Entwicklungsländer auf den ersten Blick als der gangbarere anmuten. Die Nachteile werden jedoch bereits beim Vergleich pro Produkt sichtbar, wobei sich diese Relation in der gesamten Produktion fortsetzt, da die Anwendung des technischen Höchststandes heute und künftig nur in großen Werken gegeben ist. So verringert sich zum Beispiel durch großindustrielle Anwendung des Sauerstoffs im sogenannten Sauerstoffaufblasverfahren der Schrottanteil an der Herstellung von Rohstahl von einem Drittel auf etwa ein Viertel.²⁴ Der arabische Vorschlag hingegen basiert für die 1. Ländergruppe gerade auf einer nahezu ausschließlichen Verarbeitung des in den untersuchten Ländern anfallenden Eisen- und Stahlschrotts. Das ist vom Gesichtspunkt der Erfassung solcher volkswirtschaftlichen Reserven und ihrer Nutzbarmachung zweifellos richtig, kann aber als alleinige Maßnahme, das heißt nur durch die Errichtung kleinster Betriebe, nicht zur Überwindung der ökonomisch-technischen Diskrepanz zu den entwickelten Staaten beitragen und ebenso nicht die selbst formulierte politische Zielsetzung des Industrialisierungsprozesses verwirklichen. Andererseits muß noch einmal betont werden, daß weiterreichende Maßnahmen durch die geringe Akkumulationskraft in einer

²³ Irle, Wolfgang, Neue Stahlwerke in Entwicklungsländern, in: Der Volkswirt, Beiheft Nr. 44/1966, S. 26 f.

²⁴ Vgl. hierzu Uberoi, Ram, a. a. O., S. 252.

ganzen Anzahl arabischer Staaten begrenzt werden und dadurch die Errichtung einer modernen metallurgischen Industrie - jeden Staat für sich genommen - auf schier unüberwindbare Hindernisse zu stoßen scheint. Diese Situation wird durch Hinweise und Meinungen westlicher, insbesondere auch westdeutscher Ökonomen noch weiter zu beeinflussen und zu manipulieren versucht. Irle stellt in dem bereits zitierten Aufsatz als Fazit die Alternative für Entwicklungsländer mit den Worten, die Entscheidung laute: Stahlautark oder "Mut zur Lücke"!²⁵ Kann das erste Postulat dieser These - "stahlautark" - im strengen Sinne des Wortes gar nicht die Zielstellung sein, so gehört für die jungen Staaten zur Annahme des anderen Teils - wobei Irle mit dem Wort "Lücke" den tatsächlichen Verzicht dieser Länder auf die Schaffung einer Eisen- und Stahlindustrie im weitesten Sinne meint - wirklich Mut. Die Risiken sind für die Entwicklungsländer groß, zu groß. Es sind, wie es ein Gutachten der arabischen Experten ausweist, die "schädlichen Störungen", vor denen es die sich umstrukturierenden Volkswirtschaften sowohl wirtschaftlich wie auch politisch zu schützen gilt.

Diese und ähnliche Vorschläge aus dem Lager der kapitalistischen Volkswirtschaft kommen nicht von ungefähr. Trotz steigender Nachfrage nach Eisen und Stahl auf den Weltmärkten betrug die Kapazitätsauslastung der kapitalistischen Stahlindustrie Mitte der sechziger Jahre nur etwa 75 Prozent. Die ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Gesetzmäßigkeiten aber zwingen zu ständig größeren und moderneren Produktionseinheiten und -verfahren. Die wissenschaftlich-technische Revolution droht die kapitalistische Produktion an den Rand ökonomischer Krisen zu führen. So muß mit allen Mitteln versucht werden, den Zukunftsmarkt Afrikas und Asiens zu erhalten. Jährliche Zuwachsraten des Stahlverbrauchs in den Entwicklungsländern von 8,1 Prozent im Durchschnitt der Jahre 1950/1952 bis 1967 (davon im Nahen Osten von 11,3 Prozent)²⁶ sind so beachtliche Größen, daß daran das Profitstreben der kapitalistischen Stahlkonzerne nicht achtlos vorübergehen kann.²⁷ Auch das sind nicht zu unterschätzende Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution kapitalistischer Prägung.

Wird von der richtigen Erkenntnis der Konferenz der arabischen Staaten im Jahre 1966 ausgegangen, daß die Industrialisierung Grundlage und Notwendigkeit des ökonomischen Fortschritts und der Sicherung des weiteren Entwicklungsweges ist, so liegt die Lösung der skizzierten Aufgaben wesentlich in der Schaffung einer modernen, leistungsstarken Eisen- und Stahlindustrie begründet. Die Errichtung einer solchen Industrie wird jedoch weder in allen Ländern möglich noch notwendig sein.

Neben kleineren Werken, die in der ARÄ, im Libanon und in Algerien schon seit einigen Jahren bestanden, bzw. der Errichtung kleinerer Betriebe in Marokko, Tunesien, Libyen und Jordanien in den letzten Jahren wird der Hauptweg im Aufbau zunächst einiger weniger metallurgischer Großbetriebe (Kombinate) zu suchen sein. Die ersten Schritte auf diesem Weg wurden getan.

In Ägypten wurden im Haushaltsplan 1968/1969 die Grundlagen geschaffen, um innerhalb weniger Jahre im staatlichen Eisen- und Stahlwerk Heluan die Erzeugung von Roheisen von 410 000 Tonnen im Jahr auf 1,75 Millionen Tonnen jährlich und die Stahlerzeugung von 300 000 Tonnen auf 1,5 Millionen Tonnen im Jahr zu steigern. Eine folgende Erweiterung der Kapazität soll etwa 1974 neben der Deckung des landeseigenen Bedarfs einen zunehmenden Export an Eisen, Stahl und Walzwerkerzeugnissen ermöglichen.²⁸

25 Irle, Wolfgang, a. a. O., S. 28.

26 Der Pearson-Bericht, Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik, Wien/München/Zürich 1969, S. 62, Tab. 2/9.

27 Daß dabei auch Experten wie Ferdinand Friedensburg ihre Stimme erheben, verwundert keineswegs. Siehe Friedensburg, Ferdinand, Wandlungen in der Welteisenwirtschaft, in: Vierteljahresschäfte zur Wirtschaftsforschung, hg. v. Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), (West-)Berlin, Nr. 4/1966, S. 418 - 426.

28 MIA-Marktinformationen für Industrie und Außenhandel der DDR, Berlin 1969, Nr. 17, S. 2.

Der zweite Konzentrationspunkt entwickelt sich gegenwärtig in Algerien. Das staatliche Hüttenkombinat in Annaba wird im laufenden Vierjahrplan 1970 bis 1973 unter Bereitstellung hoher Investitionssummen durch die Regierung auf eine Kapazität von weit über einer Million Tonnen Stahl und Walzwerkerzeugnissen gebracht.²⁹

Beide Länder können damit neben der Deckung eigenen Bedarfs und unter der Voraussetzung planmäßig sich erweiternder Kapazitäten zur Versorgung des arabischen und afrikanischen Marktes mit bestimmten Produkten der Metallurgie beitragen. Das ist eine Möglichkeit, von der nicht unwesentliche Wirkungen für die nationale Industrialisierung der jungen afroasiatischen Staaten ausgehen können.

Von besonderer Bedeutung ist bei einer solchen Prognose, daß diese beiden Länder mit der am weitesten entwickelten metallurgischen Industrie im arabischen Raum Staaten sind, die den nichtkapitalistischen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung eingeschlagen haben. In beiden Fällen ist es die von ihnen gewählte enge ökonomische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die die Errichtung bzw. Erweiterung der Hüttenbasen ermöglicht. Neben der Bereitstellung von Fachkräften und Dokumentationen liefert die UdSSR zum Ausbau des ägyptischen Werkes Anlagen im Werte von 70 Millionen ägyptischen Pfund; die Errichtung des algerischen Kombines erfolgt auf der Grundlage sowjetischer und französischer Beteiligung. Damit wirken sich Voraussetzungen, die der nichtkapitalistische Entwicklungsweg im Interesse einer echten nationalen Industrialisierung zu schaffen vermag, auch auf andere Entwicklungsländer vorteilhaft aus.

Ohne Gefahr zu laufen, wirtschaftlichen und politischen Pressionen ausgesetzt zu werden, können andere arabische Staaten auf rein kommerziellem Wege an dieser Entwicklung partizipieren. Andererseits stärkt die wachsende Wirtschaftskraft, speziell auf dem Gebiet der Metallurgie, die zunehmende Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution und ihrer Wirkungen, die Stellung der nichtkapitalistischen Staaten innerhalb der arabischen Länder.

So stellt zum Beispiel die ARÄ auf diesem wie auf anderen Gebieten der Wirtschaft den Kern der Föderation zwischen ARÄ, der Libyschen Arabischen Republik und der Syrischen Arabischen Republik dar. Die Demokratische Volksrepublik Algerien wird zum führenden Eisen- und Stahlproduzenten des Maghreb und gleichzeitig zu einem wichtigen Lieferanten für Marokko und Tunesien.

Etwas komplizierter ist gegenwärtig noch die Situation für einige ostarabische Länder, insbesondere für den Irak. Letztlich aber sind die Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht gesellschaftsindifferent. Wie sie in diesen Ländern gemeistert werden, hängt nicht allein vom Stand der Produktivkräfte, sondern in weit höherem Maße von ihrer gesellschaftlichen Entwicklung ab.

2. Zum Einfluß äußerer Faktoren auf die Industrialisierung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution
 - 2.1. Strukturveränderungen, Außenhandel und regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit
 - 2.1.1. Zum Zusammenhang zwischen den Strukturveränderungen der Industrie und dem Außenhandel

Es gehört zu den Charakteristika der kapitalistischen Arbeitsteilung im internationalen Maßstab, daß fehlende oder geringe Exporte von industriellen Gebrauchsgütern, aber auch

²⁹ Ebenda, Nr. 26/1970, S. 1 f.

von Maschinen, nur bedingt den Schluß zulassen, daß bestimmte Industriezweige in diesem oder jenem arabischen Land nicht bzw. unvollkommen aufgebaut sind. Zahlreiche Zollhindernisse der imperialistischen Staaten schränken einerseits die Ausfuhr dieser Produkte stark ein und erschweren andererseits die Entwicklung dieser Sektoren in den nationalen Volkswirtschaften direkt.

Der außerordentlich geringe Anteil der industriellen Fertigwaren am Gesamtexport der arabischen Länder spiegelt demnach in potenziert Form den niedrigen Entwicklungsstand der Volkswirtschaften und die im Handel mit den kapitalistischen Staaten wirkenden Barrieren wider. Der Anteil von in einheimischen Unternehmen produzierten Industriewaren an der Ausfuhr schwankt zwischen 5 und 20 Prozent und erreicht nur in der ARÄ fast ein Drittel.³⁰ Unter den nationalen Exportprodukten - bei Eliminierung der Ölausfuhr fremder Gesellschaften sowie des libanesischen Reexports - nehmen Textilien und textile Halbfertigerzeugnisse, Trikotagen, Lebensmittel, Baumaterialien, chemische Produkte, Schuhe und Lederwaren die führende Position ein.³¹

Allerdings wäre es falsch, Veränderungen zu negieren, die Zeugnis von Strukturverschiebungen in einigen Ländern ablegen und den Beweis für die Möglichkeit des größeren Absatzes industrieller Fertigwaren auf dem Weltmarkt erbringen.³² Sie sind das Ergebnis des erfolgreich geführten Kampfes gegen die dominierende Rolle der imperialistischen Monopole auf dem Weltmarkt und als solches nicht hoch genug zu bewerten. Andererseits - und das ist die Kehrseite der Medaille - handelt es sich fast ausschließlich um Produkte der Leicht- (Textilien, Schuhe, Konserven) und der Baustoffindustrie (Zement). Diese Zweige haben im Prozeß der allmählichen Industrialisierung die Schwelle zwischen zunächst importsubstituierender und später exportorientierter Produktion bereits überschritten. Vor, während, aber hauptsächlich nach dem zweiten Weltkrieg konnte die Mehrzahl der arabischen Länder eine Leichtindustrie aufbauen, die auf einheimischen landwirtschaftlichen Rohstoffen fußt und teilweise auf den Märkten anderer Staaten in Erscheinung tritt. Das bezieht sich in erster Linie auf die Textilindustrie. Die Etablierung und Erweiterung der auf Naturfasern basierenden Textilindustrie stellt das Ringen um politische und ökonomische Unabhängigkeit unter Beweis. Durch die Verarbeitung eigener textiler Rohstoffe befreien sich viele arabische Länder vom devisenaufwendigen Import von Massenartikeln der Bekleidungsindustrie und sicherten sich nach und nach eine kleine Verbreiterung des Exportangebots. Damit wurde zunächst eine Stärkung der nationalen Wirtschaft erreicht, ohne deswegen eine tiefgreifende Umstrukturierung der materiellen Basis angestrebt bzw. gefördert zu haben.

30 Final Report of the Conference on Industrial Development in the Arab Countries, Kuwait v. 1. - 10. 3. 1966, CIDAC, KUW/INF/4/117 - 119, Kuwait 1966, S. 6. - Demgegenüber haben importierte Industriewaren im Irak einen Anteil von 37,1 Prozent, in Jordanien von 44,7 Prozent, im Libanon von 55,2 Prozent, in Syrien von 61,8 Prozent und in Kuwait von 98,8 Prozent am Gesamtverbrauch von industriellen Erzeugnissen. (Vgl. Industrial Planning, Programming and Policies in Selected Countries of the Middle East, CIDAC, KUW/IV/UN-6, S. 160 f.)

31 Golovin, Ju. M./Matjuchin, I. S./Smirnov, V. P., Tendencii i perspektivy razvitiya eksporta gotovykh izdelij i polyfabrikatov iz stran Blizhnego i Srednego vostoka (Tendenzen und Perspektiven der Entwicklung des Exports von Fertigerzeugnissen und Halbfabrikaten aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens), in: BIKI, Beilage 4/1967, S. 21 ff.

32 In den sechziger Jahren entfielen auf ein Dutzend Länder, darunter Brasilien, Argentinien, Mexiko, Indien, Pakistan, die VAR, Algerien und Marokko, über 80 Prozent des im Maschinenbau aller Entwicklungsländer erzeugten Wertes und mehr als zwei Drittel des Exports von Fertigerzeugnissen und Halbfabrikaten aus dieser Gruppierung. (Engineering Industries, a. a. O., S. 4.)

Der Zuwachs kündigt von dynamischer Entwicklung dieses Zweiges, jedoch in der Mehrzahl der arabischen Länder nicht von volkswirtschaftlicher Dynamik, das heißt, die Veränderungen in der Exportstruktur gehen nicht auf den direkten Einsatz der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution zurück. Hinter den genannten Fakten verbirgt sich das Streben der kapitalistischen Industriestaaten, die dynamische Industrie in ihren Territorien zu konzentrieren. Deshalb erweitern sie vorrangig die auf synthetischen Fasern beruhende Textilindustrie und ermuntern die Entwicklungsländer zu Industrialisierungskonzeptionen, die auf den Aufbau statischer Industrien, und hierzu zählt ohne Zweifel die landwirtschaftliche Rohstoffe verarbeitende Textilindustrie, hinauslaufen.

Auf diese Art und Weise verbessern sich zwar die Produktivitätseffekte und Rentabilitätschancen der Volkswirtschaften in den Industriestaaten bedeutend, und die arabischen Länder verwandeln sich von Rohstofflieferanten in Produzenten und Verkäufer von Erzeugnissen der Leichtindustrie. Aber diese Industrie entspricht in der Regel nur bedingt dem Höchststand und vermindert auf die Dauer die Akkumulationseffektivität der Volkswirtschaft. Demzufolge würde eine ausschließliche Orientierung auf derartige Industrialisierungskonzeptionen die arabischen Länder von der wissenschaftlich-technischen Revolution abschirmen. Notwendig ist vielmehr die bewußte Förderung dynamischer Industriezweige, die unter den jeweiligen Bedingungen zu einer grundlegenden Umstrukturierung der gesamten Wirtschaft führt.

Einen solchen Weg beschreiten die Länder mit sozialistischer Orientierung, in denen der Aufbau von Textilbetrieben Bestandteil einer umfassenden Wirtschaftspolitik ist. In den ägyptischen, algerischen und syrischen Industrialisierungsplänen ist der Ausbau der Textilindustrie in den Kampf um ökonomische Unabhängigkeit eingebettet, dessen Grundzüge neben der Etablierung völlig neuer Zweige, die das Profil der Volkswirtschaft insgesamt verändern, auch die Festigung traditioneller Sektoren einschließen, um die Importabhängigkeit bei wesentlichen Waren des täglichen Bedarfs zu reduzieren und - wenn möglich - Produkte dieses Bereiches zu exportieren. Deshalb deuten die Exporte von Textilien, insbesondere aus der ARÄ, auf die allgemeine Strukturverschiebung in der nationalen Wirtschaft hin, die in den nächsten Jahren mit einer Reihe anderer Industrieerzeugnisse, auch für die Ausfuhr, aufwarten wird.

Bisher gelang es nur der ARÄ, qualitative Veränderungen der Exportstruktur in größerem Umfang durchzusetzen. Hiervon kündigen die Zuwachsraten des Industriegüterexports, die über die der industriellen Produktion hinausgehen. So wuchs im Haushaltsjahr 1968/1969 im Vergleich zu 1967/1968 die Industrieproduktion des staatlichen und Privatsektors um 12,0 Prozent, aber die Ausfuhr industrieller Erzeugnisse um 27,3 Prozent.³³

Im Finanzjahr 1968/1969 stellten die Produkte der ägyptischen Industrie mit 28,8 Prozent nach der Baumwollausfuhr (29,5 Prozent) bei einem Gesamtwert des Exports in Höhe von 303,5 Millionen ägyptischen Pfund den zweitgrößten Posten.³⁴ Es ist damit zu rechnen, daß dank der unter den nichtkapitalistischen Verhältnissen zügig vorangetriebenen Industrialisierung die Ausfuhren industrieller Halb- und Fertigerzeugnisse rasch anwachsen werden. Die Zuwachsraten der Exporte der metallurgischen (198,2 Prozent), der chemischen (115,9 Prozent) und der verarbeitenden Industrie (91,9 Prozent) lassen nicht nur diesen Trend und den starken Ausbau der genannten Industriezweige erkennen, sondern belegen auch, daß die dominierende Position der Spinnerei- und Webereierzeugnisse - sie trugen 1968/1969 immer noch mit 59,378 Millionen ägyptischen Pfund oder 60,3 Prozent zum Exportwert der Industrie bei - allmählich eingeschränkt wird.³⁵

33 Industrial Egypt, Quarterly Bulletin of Federation of Industries in UAR, Kairo, Vol. 46, Nr. 1/1970, S. 18 f.

34 MEN Economic Weekly, Kairo, Nr. 7/1970, S. 15.

35 Industrial Egypt, a. a. O., S. 19.

Die nationale Strukturpolitik, die auf dynamische Produktionen mit fondserweiterndem, strukturveränderndem und absatzförderndem Charakter orientiert, muß - allgemein gesprochen - einen Beitrag zur Verstärkung von Exporten und/oder zur Verringerung von ständigen Importen (Rohstoffe, Halbfabrikate, Ersatzteile etc.) leisten. Mit Ausnahme der Eisen- und Stahlindustrie, die in den nächsten Jahrzehnten hauptsächlich Lieferant für die nationale Industrie sein wird³⁶, steht in Zukunft vor der gesamten Industrie die Aufgabe, Exporte durchzuführen, die ihrem wertmäßigen Ausdruck nach größer sein müssen als die Summe aller gleichzeitig für die errichteten Industrieunternehmen entstehenden ständigen Importe. Unwichtig ist hierbei, ob die Exporte direkt aus den durch Neuinvestitionen errichteten Unternehmen fließen oder aus der Folgeproduktion. Auf diesem Wege sichern sich die Regierungen Devisen, die eine Basis für die einmaligen Importe bilden. So gesehen, tragen dann strukturpolitische Veränderungen auch zur Entlastung der Zahlungsbilanz bei, weil sich die Einnahmen aus der Ausfuhr stetig erhöhen, während zumindest bei den Importen ständiger Art eine Reduzierung der Aufwendungen für eine bestimmte Produktionsstufe zu registrieren sein wird.

Das ist auch der Weg, um der Monopolisierung der Märkte, dem zunehmenden Agrarprotektionismus der imperialistischen Mächte und der Verringerung des anteilmäßigen Rohstoff- und Materialverbrauchs im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution begegnen zu können. Erst die Umgestaltung der Produktionsstruktur bietet die potentielle Gewähr für die Umstrukturierung der Ausfuhr. Die Vergrößerung des Anteils der Fertigerzeugnisse und Halbfabrikate am Gesamtexport läuft darauf hinaus, die Ausfuhr von Industriegütern als Quelle für den weiteren Industrialisierungsprozeß zu nutzen. Wachsende Deviseneinkünfte sind die Grundlage des beschleunigten Ankaufs fehlender Produktionsmittel. Dabei wird der Übergang zur Nutzung des Exports industriell gefertigter Waren als außenwirtschaftliche Akkumulationsquelle von Land zu Land unterschiedlich sein. Während einzelne Länder zunächst auf den Ausgleich der negativen Handelsbilanz orientieren, werden andere darüber hinaus die zunehmende Ausdehnung der produktiven Sphäre durch die Einfuhr neuer Ausrüstungen und Anlagen ins Auge fassen.

Nicht minder wichtig ist die Tatsache, daß die Industrieexporte das Tempo und Ausmaß der Industrialisierung von der Enge des Inlandmarktes befreien. Jede Industrialisierung, die vordergründig auf die Importsubstitution angelegt ist, scheidet früher oder später an der ungenügenden kauffähigen Nachfrage der einheimischen Industrie und Bevölkerung.

Niedrige Produktionszahlen stellen die Rentabilität in Frage, schmälern die Akkumulation neuer Industriezweige und setzen dem Aufbau anderer Produktionen Grenzen. Die Maximierung des Nationaleinkommens verlangt demzufolge das Wachstum der gesamten Volkswirtschaft, die Erweiterung des Verbrauchs im Inland und den verstärkten Absatz auf dem Auslandsmarkt.³⁷ Völlig zu Recht betont Pavlov, "daß der Export von Industrieerzeugnissen nicht nur ein Produkt der Industrialisierung ist, es ist dies auch ein Katalysator des Prozesses der industriellen Entwicklung an und für sich."³⁸

36 Vgl. International Cooperation and Trade Expansion in Various Countries in the Middle East, in: Studies on Selected Development Problems in Various Countries in the Middle East, hg. v. United Nations, New York 1967, S. 23.

37 Engert erbrachte in einer Analyse der ersten Industrialisierungspläne der VAR den Nachweis, daß durch die Ausrichtung auf die Eigenversorgung die Investitionsmittel zersplittert, die Industriezweigstruktur nicht rationell gestaltet und der Grad der Außenhandelsabhängigkeit nicht reduziert wurden. (Engert, Manfred, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung in der Vereinigten Arabischen Republik, Habil. -Schr. Berlin 1966, S. 32 ff.)

38 Pavlov, V., Promyšlennyj eksport razvivajuščichsja stran - problemy i perspektivy (Der industrielle Export der Entwicklungsländer - Probleme und Perspektiven), in: MÉMO, Nr. 7/1967, S. 59.

Um in den vollen Genuß der Nutzeffekte aus ständigem Export zu gelangen, steht vor den arabischen Ländern die Aufgabe, die dynamischen Industriezweige auf hohe Stückzahlen und niedrige Produktionskosten auszurichten. Diese Forderung ist keinesfalls theoretischer Natur, sondern sie resultiert aus der Anwendung von Wissenschaft und Technik in der Produktion. Der wissenschaftlich-technischen Revolution sind ökonomische Gesetzmäßigkeiten eigen, die unter anderem eine Produktionsmindestkapazität diktieren, die sich unaufhörlich erhöht und je Produkt und je Zweig durchaus variabel ist.

Gegenwärtig wird zwar die "kritische Masse", das heißt jenes optimale Produktionsvolumen, das eine rentable Fertigung garantiert und dessen Unter- bzw. Überschreiten mit ökonomischen Verlusten gekoppelt ist, selbst in den dynamischen Industriezweigen in den arabischen Ländern nicht die gleiche Höhe erreichen wie in den industrialisierten Staaten, weil die Kombination arbeits- und kapitalintensiver Techniken im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft, die relativ begrenzten finanziellen Mittel und die erst allmähliche Erschließung neuer Märkte zwangsläufig die Mindestproduktion auf die unterste Grenze beschränken. Auf die Dauer werden sich die Werte für eine vertretbare Produktionsaufnahme jedoch annähern, am ehesten in der ARÄ und in Algerien, die durch den erreichten Stand der Industrialisierung und die Bevölkerungszahl an größere Dimensionen gebunden sind.

Indessen trifft für alle arabischen Länder die Behauptung zu, daß sämtliche aufzubauenden dynamischen Industriezweige mit der Enge des nationalen Marktes kollidieren werden. Der Bedarf an industriellen Fertigwaren ist bekanntlich von einer Vielzahl von Faktoren abhängig. Ursächlich wird der Bedarf in seiner Größe und Spezifik vom ökonomischen Niveau, von der Akkumulations- und Konsumtionskraft sowie der Wirtschaftsstruktur, Größe und Bevölkerungszahl eines Landes beeinflusst. Selbstverständlich sollten die Art der Zweige und Erzeugnisse, die Bedingungen der Infrastruktur und die Außenhandelsbeziehungen nicht unbeachtet bleiben.³⁹

Daraus läßt sich ohne weiteres schlußfolgern, daß ein Teil der Industriezweige ausschließlich der Eigenversorgung dient, während ein anderer Teil auf Grund der beschränkten Absatzmöglichkeiten im Inland auf den äußeren Markt drängt. In der Landwirtschaft, der Lebensmittel-, Leicht- und Bauindustrie, der Energieerzeugung sowie im Einzelfall der Düngemittelproduktion ist der Eigenbedarf fast ohne Ausnahme so groß, daß die Warenmenge für den inneren Markt durchaus auf rationaler Basis produziert werden kann. Aus dieser Tatsache erklärt sich auch, warum sich gerade die genannten Zweige in den zurückliegenden Jahrzehnten parallel zueinander entwickeln konnten und auch in Zukunft ähnlichen Trends und Faktoren unterliegen.⁴⁰ Andere Zweige sind hingegen den Gesetzmäßigkeiten der internationalen Arbeitsteilung und den technologischen Veränderungen im Produktionsapparat unterworfen, die zur exportorientierten Fertigung zwingen. Die Installation dynamischer Produktionen wird die Zahl der Zweige anschwellen lassen, die bereits im Stadium der Projektierung auf die Chancen des späteren Absatzes auf fremden Märkten achten müssen, weil die minimale Produktionskapazität weit über den Bedürfnissen der eigenen Volkswirtschaft liegt. Es ist schon heute offensichtlich, daß der Einsatz modernster Produktionstechnologien in den arabischen Ländern an ein Erzeugnisvolumen gebunden ist, das das Konsumtionsniveau der jeweiligen Ökonomik übersteigt.

Eine erfolgreiche Industrieplanung muß jedoch von vornherein auf das engste mit der Errichtung dynamischer Industriezweige und der Einschätzung der prognostischen Absatzent-

³⁹ Fröhlich, G., Mindestproduktionsgrößen und Außenwirtschaft, in: Die Wirtschaft, Nr. 46/1968, S. 17.

⁴⁰ Vgl. hierzu Akamatsu, K., Historical Pattern of Economic Growth in Developing Countries, in: The Developing Economies, Tokio, Bd. 1, Nr. 1/1962, S. 8.

wicklung gekoppelt sein. Da mannigfaltige Gründe vorerst einen raschen Aufschwung der Industriewarenexporte aus den arabischen Ländern in die industrialisierten imperialistischen Staaten hemmen, sollten sich die Regierungen der arabischen Länder bemühen, unter allen Umständen durch Spezialisierungsabkommen untereinander und Lieferverträge mit den sozialistischen Staaten den potentiellen Markt für Industrieexporte zu erweitern.⁴¹

2.1.2. Interarabische Wirtschaftsbeziehungen und Industrialisierung

Unter den Möglichkeiten zur Beschleunigung und effektiveren Realisierung der Industrialisierungsprozesse und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der arabischen Länder nimmt die Ausweitung ihrer gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen einen wichtigen Platz ein.

Wie auf dem Industrialisierungssymposium der arabischen Länder in Kuwait 1966 festgestellt wurde, führte die mangelnde Koordinierung der Industrialisierungsprozesse im arabischen Raum zum Aufbau gleichartiger oder ähnlich gelagerter Industrien in mehreren Ländern.⁴² Ohne Zweifel wirkt sich das negativ auf das industrielle Entwicklungstempo aus. Durch die Schaffung von Industrien, deren Produktionskapazitäten die Nachfrage des Binnenmarktes übersteigen, aber auch durch die Inbetriebnahme von kleinen Betrieben mit niedriger Produktionskapazität in solchen Ländern, in denen die Voraussetzungen für größere Unternehmen vorhanden sind, wurden die Produktionskosten übermäßig erhöht, Absatzschwierigkeiten hervorgerufen und die Konkurrenzpositionen der neuen Industrien geschwächt.

Durch die Koordinierung der industriellen Entwicklung der arabischen Staaten und eine Spezialisierung könnten die Investitionen gemeinsam getragen, viele Produkte an den günstigsten Standorten zu niedrigen Kosten und in rentablem Umfang produziert werden.⁴³ Diversifizierung des Außenhandels, importsubstituierende und exportfördernde Effekte, Milderung des Marktproblems und gemeinsames Vorgehen auf dritten Märkten wären einige weitere der mannigfachen Vorteile, die der Industrialisierung aus einer Intensivierung und Verbreiterung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit erwachsen könnten.

Zu den Wirtschaftszweigen, bei denen sich die Koordinierung und die Zusammenarbeit bei der industriellen Entwicklung im interarabischen Rahmen anbietet, gehören die extraktive Industrie, in erster Linie die Erdölförderung, die Petrochemie, die Eisen- und Stahlindustrie, der Maschinenbau und das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Vor allem die Schaffung einer leistungsfähigen Erdölindustrie und der zugehörigen Folgeindustrie, geplant und errichtet auf regionaler Basis, gäbe der weiteren sozialen und ökonomischen Entwicklung Impulse, die auf andere Weise schwerlich zu erzielen wären. Weiterhin würde eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf so unterschiedlich gelagerten und gewichtigen Gebieten wie

41 Wie die Erfahrungen der letzten 15 Jahre bestätigen, kann der größte Teil der überschüssigen Industrieproduktion in den Nachbarländern abgesetzt werden. Vgl. Basmaji, Abduljellil Akil, Zur Bedeutung des syrischen Außenhandels mit den arabischen Ländern für die wirtschaftliche Entwicklung Syriens seit 1961, Diss. Berlin 1963, S. 189 ff.

42 Industrial Development in the Arab Countries, Selected Documents presented to the Symposium on Industrial Development in the Arab Countries, Kuwait, 1. - 10. 3. 1966, hg. v. United Nations, New York 1967.

43 Notwendig dafür wären als vorbereitende Schritte eingehende Studien über vorhandene und geplante Kapazitäten, natürliche Ressourcen, Arbeitskräfte und finanzielle Möglichkeiten. Ausgehend davon, wurde Mitte 1969 das Arabische Zentrum für industrielle Entwicklung geschaffen, das sich trotz seiner kurzen Existenz schon als effektives Beratungszentrum erwies.

der Finanzierung industrieller Vorhaben, der Standardisierung oder der Interessenvertretung in internationalen Organisationen - um nur einige zu nennen - für den Fortgang des Industrialisierungsprozesses wertvoll sein.

Ohne an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen, sei generell festgestellt, daß die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit somit beitragen könnte, die Industrialisierung der arabischen Länder in vieler Hinsicht effektiver zu gestalten.⁴⁴ "Die abnorme Isolierung, die (infolge der kolonialen Deformierung der Außenwirtschaftsbeziehungen - die Verf.) so lange bestand und zur Tradition wurde, bedeutet ja selbst schon, daß für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit große und unausgenutzte Möglichkeiten bestehen."⁴⁵

Die Realisierbarkeit der potentiellen ökonomischen Vorteile einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit im regionalen Rahmen wird jedoch grundsätzlich von politischen und ökonomischen Faktoren beeinflusst, vor allem von den sozialökonomischen Systemen und eingeschlagenen Entwicklungswegen der beteiligten Länder sowie vom jeweiligen Niveau und Tempo ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Auf Grund der divergierenden sozialökonomischen Gegebenheiten und politischen Orientierungen sowie infolge der unterschiedlich weit fortgeschrittenen ökonomischen Entwicklung in den arabischen Staaten und der mangelnden Komplementarität ihrer Volkswirtschaften ergaben sich auch gravierende Hindernisse für die Ausweitung der interarabischen Wirtschaftsbeziehungen. Der Umfang der bilateralen außenwirtschaftlichen Bindungen und Verbindungen blieb gering, und die vor allem auf Initiative der Arabischen Liga unternommenen Anstrengungen zur Verbreiterung und Vertiefung der ökonomischen Beziehungen zwischen den arabischen Ländern auf multilateraler Basis hatten wenig Erfolg.⁴⁶ Zentripetale Momente - hier sei nur der Einfluß der Idee der arabischen Einheit genannt - waren bisher weder in ihrer politischen und militärischen (integrierende Rolle des Israelproblems!) noch in ihrer ökonomischen Ausprägung stark genug, um den sich verschärfenden sozialökonomischen Differenzierungs- und politisch-ideologischen Polarisierungsprozeß im arabischen Raum überdecken zu können. Dieser Vorgang ist immer deutlicher zu beobachten und hat entscheidende Rückwirkungen auf das Zustandekommen, die Dauerhaftigkeit und die Stabilität von Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Die interarabische wirtschaftliche Zusammenarbeit gewinnt jedoch ungeachtet aller gegenwärtigen Hemmnisse perspektivisch immer mehr an praktischer Bedeutung, und zwar in dem Maße, wie die Übernahme moderner Produktionsmittel durch die arabischen Länder die Schaffung entsprechender Installierungs- und Anwendungsbedingungen (Investitionsteilung, Losgröße, Kooperation und Spezialisierung, Absatzsicherung und anderes) erfordert und die Notwendigkeit einer zwischenstaatlichen Arbeitsteilung auch im regionalen Rahmen verstärkt. Infolge seiner Einbettung in politische und soziale Gegebenheiten ist der allmählich stärker wirksam werdende Trend dadurch gekennzeichnet, daß sich die Zusammenarbeit in erster Linie zwischen arabischen Staaten mit gleichartiger oder ähnlicher politischer Orientierung und sich annähernder gesellschaftlicher Entwicklungsrichtung ausweitet.

Trotz der durch sie möglichen ökonomischen Effekte kann die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit Außenwirtschaftsbeziehungen zu industriell hochentwickelten Ländern nicht

44 Vgl. Kück, Gert, Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der arabischen Staaten, in: Deutsche Außenpolitik, Nr. 9/1966.

45 Myrdal, Gunnar, Internationale Wirtschaft, (West-)Berlin 1958, S. 332.

46 Ausführlicher hierzu: Anabtawi, M. F., Arab Unity in Terms of Law, Den Haag 1963; Dahbar, Amin, Le Marché commun Arabe et l'oeuvre économique de la Ligue Arabe, Damaskus 1965; Musrey, Alfred G., An Arab Common Market. A Study in Inter-Arab Trade Relations 1920 - 1967, New York 1969; Kück, Gert, Stand und Tendenzen der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen arabischen Staaten, in: Sozialistische Außenwirtschaft, Nr. 2/1972.

ersetzen, weil die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftskraft auch der entwickelten arabischen Länder nicht ausreicht, um den spezifischen Bedürfnissen der Industrialisierung bezüglich Maschinen und Ausrüstungen sowie technischem und technologischem Wissen zu genügen. Die Wirkungen, die von den wirtschaftlichen Beziehungen der arabischen Länder zu sozialistischen Staaten auf die Industrialisierung ausgehen, unterscheiden sich grundsätzlich von dem Einfluß, den die neokolonialistische Politik der imperialistischen Mächte auf den industriellen Aufbau im arabischen Raum ausübt.

2.2. Die grundsätzlich unterschiedliche Stellung der imperialistischen und sozialistischen Länder zur Industrialisierung der arabischen Staaten

2.2.1. Zu den Wirkungen des Neokolonialismus

Die große politische, ökonomische und militärisch-strategische Bedeutung des arabischen Raumes sowie die Erfolge, die die nationale Befreiungsbewegung der arabischen Völker erzielen konnte⁴⁷, sind die Ursachen für die Versuche des Imperialismus, die ihm verbliebenen Positionen unter Einsatz seines gesamten Potentials vorrangig zu verteidigen, und für das gleichzeitige Bestreben, seinen Einfluß zu festigen und zu erweitern. Dabei sind die imperialistischen Mächte infolge des geänderten Kräfteverhältnisses in der Welt gezwungen, ihre neokolonialistischen Ziele zu verschleiern und sie vorwiegend mit neuen bzw. in ihrer Kombination neuen Mitteln anzustreben. Daneben wird jedoch, wie die israelische Aggression gegen Ägypten und andere arabische Staaten beweist, durchaus auch auf "klassische" Methoden kolonialer Machtpolitik zurückgegriffen.

Gegenwärtig sind der Nahe Osten und Nordafrika zu einem der typischsten Wirkungsfelder neokolonialistischer Aktivitäten geworden, wobei das strategische Hauptziel des Imperialismus darin besteht, die politische und ökonomische Entwicklung der arabischen Länder so zu gestalten bzw. zu beeinflussen, daß der gesellschaftliche Fortschritt aufgehalten und die antimperialistischen und teilweise schon antikapitalistischen Tendenzen abgeschwächt und schließlich verdrängt werden.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Stellung der imperialistischen Staaten zur Industrialisierung der arabischen Länder zu sehen. War diese noch vor einigen Jahren fast ausnahmslos ablehnend, so herrscht gegenwärtig bei bürgerlichen Politikern und Theoretikern die Auffassung vor, daß der industrielle Aufbau in den ökonomisch schwach entwickelten Ländern unter den gegebenen objektiven Bedingungen politischer und materiell-technischer Art (Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems, vor allem auch der "traditionellen" Arbeitsteilung kolonialen Typs, Gefahr des Ausschleidens der Entwicklungsländer aus der kapitalistischen Weltwirtschaft, Vorhandensein billiger Arbeitskräfte und anderes) im Interesse der Systemsicherung des Imperialismus unumgänglich und zur Erzielung von Profiten in bestimmten Grenzen und Strukturen sogar wünschenswert sei. Die Notwendigkeit der Industrialisierung in den arabischen Ländern wie auch den Entwicklungsländern überhaupt wird im Sinne ihrer Unvermeidlichkeit daher nicht mehr bestritten; vielmehr werden große Anstrengungen gemacht, um die sich dort vollziehenden Industrialisierungsprozesse unter imperialistische Kontrolle zu bringen⁴⁸ und sie so zu gestalten, daß die Erreichung der ökonomischen Unabhängigkeit vom Imperialismus - und damit auch weitgehend der politischen Entscheidung- und Bewegungsfreiheit - für sie unmöglich wird und ihre untergeordnete

⁴⁷ Vgl. Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, Prag/Berlin 1969, S. 32 (Hauptdokument).

⁴⁸ Kress, Albin, Zur Funktion neokolonialistischer Industrialisierungsmodelle, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 3/1969, S. 395 ff.

Stellung als Ausbeutungsobjekt im Rahmen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems erhalten bleibt.⁴⁹

In aktiver Anpassung an das veränderte internationale Kräfteverhältnis versucht der Imperialismus, die Arbeitsteilung kolonialen Typs als wesentlichen Bestandteil des imperialistischen Reproduktionsmechanismus "mit den neuen politischen und ökonomischen Existenzbedingungen des kapitalistischen Weltmarktes in Übereinstimmung zu bringen ... Hauptinhalt einer in diesem Sinne modifizierten internationalen Arbeitsteilung ist die tendenzielle Verlagerung richtdynamischer Produktionen aus den Ländern mit hoher Arbeitsproduktivität in die Entwicklungsländer unter Aufrechterhaltung und teilweiser Ausweitung des bestehenden Produktivitätsgefälles."⁵⁰

Hinsichtlich der Industrialisierung der arabischen Länder bedeutet das, daß ihr industrieller Sektor zukünftig nicht mehr nur ergänzende Funktionen im Reproduktionsprozeß der imperialistischen Staaten erfüllen, sondern direkt in diesen Prozeß integriert werden soll. Pierre Desprairie, einer der leitenden Männer des französischen ERAP-ELF-Konzerns, erklärte diesbezüglich 1971 in Marseille: "In einer sinnvollen Industrialisierung des Mittelmeerraumes sollte den Entwicklungsländern des Südens überlassen werden ... alles, was Raum und Reichtum an Energiestoffen und billiger Arbeitskraft verlangt wie Eisen und Stahl, chemische Grundstoffe, Düngemittel. Demgegenüber könnte das mediterrane Europa sich den höheren Verarbeitungsstufen zuwenden in Ausnutzung seines technologischen Vorsprungs und der höheren Qualifikation seiner Arbeitskräfte."⁵¹

Im Zuge einer Adaptation der imperialistischen Strategie und Taktik an die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Gegebenheiten der Systemauseinanderetzung würde bei Realisierung dieser Konzeption unter Anhebung der Produktivitätsdisparitäten die imperialistische Ausbeutung qualitativ gefährlicher und quantitativ ausgeweitet. Dabei sind die Möglichkeiten des Imperialismus zur Beeinflussung und Kontrolle der Industrialisierungsprozesse der arabischen Länder sowohl hinsichtlich der inneren Gegebenheiten als auch im Hinblick auf deren Außenbeziehungen durchaus unterschiedlich. Deutlich wird das beispielsweise an dem im Rahmen der "Entwicklungshilfe" verstärkt durch staatsmonopolistische Maßnahmen initiierten und abgesicherten Kapitalexpert der imperialistischen Staaten: In Ländern wie Algerien, Ägypten oder Syrien trifft er infolge der durch die nichtkapitalistische Entwicklung veränderten sozialökonomischen Strukturen und Machtverhältnisse sowie der intensiven Beziehungen zu sozialistischen Ländern auf Bedingungen, die das Profitstreben in den durch die nationalen Interessen bestimmten Grenzen zu halten in der Lage sind. Auf der anderen Seite treffen die Versuche des Imperialismus, seine ökonomische Strategie in kapitalistisch orientierten Ländern des arabischen Raumes durchzusetzen, insofern noch auf günstige Voraussetzungen, als die Interessen der einheimischen Bourgeoisien bei der Industrialisierung sich als weitgehend vereinbar mit den systemsichernden Zielen der imperialistischen Einflußnahme auf die Industrialisierung erweisen, obwohl es hier schon gegenläufige Tendenzen gibt.

Eine typische Erscheinung des Neokolonialismus ist der auf supranationaler staatsmonopolistischer Basis beruhende kollektive Kolonialismus in Form der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die integrationsbedingte Intensivierung neokolonialistischer Bestrebungen

49 Sokolov, I., *Novye javlenija v mirovoj ekonomike i revoljucionnyj process* (Neue Erscheinungen in der Weltwirtschaft und der revolutionäre Prozeß), in: *Kommunist*, Nr. 3/1970.

50 Friedländer, Paul, *Die Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und anderer Faktoren auf die Stellung der Entwicklungsländer im System der intrasystemaren kapitalistischen Arbeitsteilung*, in: *Außenwirtschaft und Wachstum. Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, Nr. 30, Berlin 1968, S. 229.

51 *Handelsblatt*, Düsseldorf, 8. 3. 1971.

durch die EWG ergibt sich aus ihren weitgespannten reaktionären Zielsetzungen und aus dem zu deren Erreichung angewandten wirtschaftlichen Instrumentarium, das protektionistischen und zugleich diskriminierenden Charakter hat. Insbesondere die hohen Sätze des EWG-Außenzolltarifs für industrielle Halb- und Fertigwaren blieben nicht ohne Wirkung auf die Industrialisierung. Obwohl die Einkünfte aus dem Export von Erdöl, das zollfrei in die EWG geliefert werden kann, relativ hoch und von grundlegender Bedeutung für die Importfähigkeit vieler arabischer Länder sind, konnten die von der EWG ausgehenden negativen Wirkungen auf den Industrialisierungsprozeß hierdurch nicht aufgewogen werden. In einem Dokument der ersten Welthandelskonferenz heißt es hierzu: "... der freie Zugang (für Rohstoffe - die Verf.) in die EWG ist solange keine ungetrübte Freude, solange diese Gruppierung nicht die von den entwickelten Ländern traditionell angewandte gleitende Zollpolitik verändert, die auf die Schaffung verarbeitender Industrien in den Entwicklungsländern abschreckend wirkt."⁵²

Infolge der international gewachsenen Bewegung gegen die destruktiven Wirkungen der EWG auf den Welthandel und den industriellen Aufbau der jungen Nationalstaaten, aber insbesondere auch als Ausdruck des weiter vorn erwähnten Zwangs zum Einbau systemstabilisierender Elemente und Maßnahmen ging die EWG ab 1. Juli 1971 von dem offen industrialisierungsfeindlichen Prinzip der "gleitenden Zölle"⁵³ für Entwicklungsländer im Rahmen vorgegebener "Nullzollkontingente" ab.⁵⁴

Systemstabilisierenden Charakter haben auch die seit einiger Zeit zu beobachtenden Versuche zur Neukonzipierung der imperialistischen Entwicklungshilfe. Die zu diesem Zweck unter dem Zwang zur eigenen Selbstverständigung vorgenommenen kritischen Analysen kommen dabei, wie zum Beispiel der sogenannte "Pearson-Bericht", zu interessanten Einverständnissen.⁵⁵ So stellen die Autoren unter anderem fest, daß ein großer Teil der Entwicklungshilfe der Erlangung politischer oder strategischer Vorteile oder der Exportförderung der "Geberländer" dient und die Bindung der Entwicklungshilfe an Warenbezüge im "Geberland" den Realwert der Kredite um durchschnittlich zwanzig Prozent vermindert. Außerdem sei die bilaterale Hilfe mit Tendenzen des Interventionismus verbunden.⁵⁶ Vorgänge im arabischen Raum, angefangen bei den Einmischungsversuchen der USA und der Weltbank im Zusammenhang mit dem Ersuchen der ägyptischen Regierung um Finanzierung des Assuandammes über das westdeutsche Junktum zwischen Entwicklungshilfe und Hallsteindoktrin bzw. ihren Modifikationen bis zu den französischen Reaktionen auf die nationale algerische Erdölpolitik, demonstrieren das anschaulich.

Die politischen und ökonomischen Auswirkungen der imperialistischen Entwicklungshilfe liegen, obwohl sie nur angedeutet werden konnten, bezüglich der Industrialisierung auf der Hand. In diesem Zusammenhang sei noch auf ein Problem verwiesen, das für den Fortgang der Industrialisierung auch in den arabischen Ländern sehr bedeutsam ist, in der Diskussion der damit verbundenen Fragen jedoch oftmals nicht die gebührende Rolle spielt. Gemeint ist der Abzug von Spezialisten und Fachkräften aus den arabischen Staaten in die im-

52 Implications for Trade and Development of Developing Countries of Economic Groupings of Developed Countries and/or Preferential Trading Agreements, UNCTAD, E/CONF. 46/31 v. 3. 2. 1964, S. 258.

53 "Gleitende Zölle": Zölle, deren Höhe mit dem Verarbeitungsgrad der betreffenden Produkte steigt; "Nullzollkontingente": Kontingente für industrielle Halb- und Fertigwaren, bis zu deren Höhe die Einfuhr in die EWG zollfrei bzw. zollbegünstigt erfolgen kann.

54 Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, Nr. 3/1971, S. 88; vgl. auch Walter, Hans-Ulrich, Zur neokolonialistischen Handelspolitik der EWG gegenüber den jungen Nationalstaaten, in: Sozialistische Außenwirtschaft, Nr. 7 - 8/1971, S. 38 ff.

55 Der Pearson-Bericht, a. a. O.

56 Ebenda, S. 73, 103; vgl. auch Dokumentation der Zeit, Nr. 12/1970, S. 18 ff.

perialistischen Länder. Der dadurch ausgelöste ständige Abfluß von graduierten Kadern und anderen Fachkräften wird nicht annähernd durch die dort tätigen Experten aus westlichen Ländern, die zudem objektiv noch in starkem Maße die Wahrung imperialistischer Interessen übernehmen, ausgeglichen. Nicht zu übersehen ist, daß es sich hierbei um die qualifiziertesten Kräfte handelt, daß die Abwanderung von arabischen Fachkräften und Experten sich besonders seit 1966 sprunghaft verstärkte und daß der arabische Anteil an der internationalen Emigration von Fachleuten drei- bis viermal so hoch liegt wie der arabische Anteil an der Weltbevölkerung.⁵⁷ Die sich multiplizierenden Folgen für Wissenschaft und Bildung sowie die gesamte gesellschaftliche, insbesondere auch die industrielle Entwicklung liegen auf der Hand. Ein stellvertretender Generaldirektor der UNESCO bemerkte hierzu: "Was die arabische Welt anbetrifft, so stellt die Auswanderung der Talente ... ihren ganzen Entwicklungsweg in Frage."⁵⁸

2.2.2. Wachsende Beziehungen zu sozialistischen Ländern als Grundlage und Garantie einer nationalen Industrialisierung

Die sozialistischen Länder haben ebenso wie die jungen Nationalstaaten ein objektives Interesse am Ausbau der gegenseitigen Beziehungen, da die Festigung des Bündnisses zwischen dem sozialistischen Weltsystem, der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung von erstrangiger Bedeutung für die Perspektiven des antiimperialistischen Kampfes ist.⁵⁹ "Die weltpolitische Funktion der Beziehungen der sozialistischen Staaten zu den Entwicklungsländern und dabei besonders jenen, die den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg beschritten haben, besteht in der Zurückdrängung des Imperialismus in allen seinen Äußerungsformen."⁶⁰ Sie beruhen, wie Lenin 1918 formulierte, "auf dem völligen Bruch mit der barbarischen Politik der bürgerlichen Zivilisation, die den Wohlstand der Ausbeuter einiger weniger auserwählter Nationen auf der Versklavung der Hunderte Millionen zählenden werktätigen Bevölkerung in Asien, in den Kolonien überhaupt und in den kleinen Ländern begründete."⁶¹

Die von den sozialistischen Ländern ausgehenden vielfältigen positiven Wirkungen auf die gesamte gesellschaftliche Entwicklung der arabischen Länder tragen in ökonomischer Beziehung zur Liquidierung der Folgen des Kolonialsystems, zur Einschränkung und Beseitigung des Einflusses der ausländischen Monopole, zur Überwindung der deformierten Struktur der Wirtschaften dieser Länder und zur Umgestaltung ihrer weltwirtschaftlichen Verbindungen bei. Im Hinblick auf die Industrialisierung ist besonders hervorzuheben, daß die Lieferungen und Leistungen der sozialistischen Länder vorrangig für produktive Vorhaben bereitgestellt werden und somit unmittelbar der Produktionsaufnahme und -erweiterung in der nationalen Industrie zugute kommen. Durch die Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen, kompletten Anlagen, wissenschaftlichen Geräten, Transportmitteln und anderen Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie usw. leisten die sozialistischen Staaten einen bedeutenden Beitrag für die Entwicklung der materiell-technischen Basis der arabischen Länder. Mit einem hohen Anteil dieser Erzeugnisse an den Ausfuhren vor allem der

57 Adishesia, Malcolm S., Die Entwendung der Gehirne aus der arabischen Welt, in: Wissenschaftliche Welt, Nr. 4/1970.

58 Ebenda, S. 4.

59 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, a. a. O., S. 35 (Hauptdokument).

60 Hahn, Gerhard, Zu den Beziehungen der sozialistischen Staaten zu den Entwicklungsländern, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 1/1969, S. 27.

61 Lenin, W. I., Werke, Bd. 26, Berlin 1970, S. 425.

UdSSR und der europäischen RGW-Länder richten diese Staaten ihre Exportstruktur voll auf die Erfordernisse des sich in den arabischen Ländern vollziehenden Industrialisierungsprozesses aus. Andererseits sind die RGW-Länder bestrebt, neben traditionellen Erzeugnissen zunehmend Halb- und Fertigwaren aus der Produktion der neuerrichteten Betriebe zu importieren, womit sie den Wirkungen der Industrialisierung Rechnung tragen und sich als stabile und aufnahmefähige Märkte erweisen.⁶²

Tabelle 3

Anteil der sozialistischen Länder am Außenhandel Ägyptens, Syriens und Algeriens (in Prozent)

Land	Import			Export		
	1955	1965	1968	1955	1965	1968
Ägypten	7,4	24,8	41,7	28,1	55,9	50,5
Syrien	5,9	18,0	34,9	1,7	34,3	24,3
Algerien	0,3	4,4	6,9	0,8	3,5	6,6

Quelle:

Berechnet nach Yearbook of International Trade Statistics, 1959, 1964 und 1968.

In starkem Maße trug die seitens sozialistischer Länder an arabische Staaten vergebene Finanzhilfe zur Erreichung der in den nationalen Entwicklungsplänen formulierten Industrialisierungsvorhaben bei. So deckten Kredite sozialistischer Länder die Fremdfinanzierung der im ägyptischen Fünfjahrplan 1961 bis 1965 enthaltenen Projekte zu 38,4 Prozent.⁶³ An der Fremdfinanzierung der syrischen Planvorhaben im Zeitraum 1966 bis 1970 hatten sozialistische Länder sogar einen Anteil von 82 Prozent.⁶⁴ Dabei werden durch den konzentrierten Einsatz der Mittel überdurchschnittliche ökonomische Effekte erzielt, die an der Realisierung solcher Vorhaben wie des Assuanhochdamms und des syrischen Euphratdamms sichtbar werden. Die durch die Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und die regelmäßige Bewässerung erzielbaren höheren Erträge führen einmal zu einem vermehrten Aufkommen an landwirtschaftlichen Rohstoffen für die Industrie und haben andererseits über die Verminderung der Nahrungsmiteleinführen und die gestiegenen Ausfuhrmöglichkeiten bei Agrarprodukten eine gewachsene Importkapazität für Maschinen, Ausrüstungen und andere der Industrialisierung dienende Halb- und Fertigerzeugnisse zur Folge. Weiterhin bietet die Steigerung der Energieproduktion der Elektrifizierung und Chemisierung der Volkswirtschaft große Chancen. Großprojekte haben auch bedeutenden Einfluß auf die wirtschaftliche Erschließung bisher abseits liegender Gebiete, die Erweiterung des inneren Marktes, die Änderung der in vieler Hinsicht noch traditionell geprägten Denk- und Verhaltensweisen, die Qualifizierung der Arbeitskräfte und nicht zuletzt die Formierung und Organisation der Arbeiterklasse. Die der Industrialisierung aus den genannten Faktoren erwachsenen Stimuli sind somit außerordentlich vielfältig.

62 Vgl. Information des Sekretariats des RGW an die achte Sitzung des Rates für Handel und Entwicklung. Dokument UNCTAD/TD/B/225 v. 27. 1. 1969, in: Deutsche Außenpolitik, Nr. 6/1969, S. 761.

63 Hübner, Günter, Der Einfluß der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern auf den ökonomischen und sozialen Fortschritt der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Diss. Leipzig 1969, S. 80.

64 Ebenda.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und verschiedenen arabischen Ländern (vorwiegend solchen, die den nichtkapitalistischen Weg gehen) zeichnen sich dadurch aus, daß sie zunehmend dynamischer, vielseitiger und intensiver werden. Neben dem traditionellen Warenaustausch und den Kreditbeziehungen gewinnen die Spezialisierung und Kooperation in der Produktion, der Austausch von Experten und die Ausbildung von Fachkräften sowie die Vergabe von Lizenzen an Bedeutung. Perspektivisch wird auch der Bildung gemischter Gesellschaften mehr Beachtung zu schenken sein. Damit wird die bewußte Herstellung und Beeinflussung internationaler arbeitsteiliger Beziehungen neuen Charakters zwischen sozialistischen Ländern und arabischen Ländern von entscheidender Wichtigkeit für die Lösung einer ganzen Reihe von Struktur- und Effektivitätsproblemen sein, die gegenwärtig den ökonomischen Beziehungen zwischen ihnen noch innewohnen.

Die Beispiele für Kooperation arabischer Länder mit sozialistischen Partnern auf industriellem Gebiet sind noch nicht zahlreich, jedoch "gibt es eine deutlich steigende Tendenz hinsichtlich der Begründung und Durchführung industrieller Kooperation zwischen Entwicklungsländern und sozialistischen Ländern (centrally planned economies) in den letzten Jahren".⁶⁵ Diese industrielle Kooperation hat zum Ziel, ausgehend von objektiven weltwirtschaftlichen Gegebenheiten und Tendenzen, von den spezifischen Entwicklungssituationen und den sich perspektivisch ergebenden Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung den Industrialisierungsprozeß in den arabischen Ländern unter Beachtung der potentiellen gegenseitigen Vorteile voranzutreiben. Dabei ist der gesellschaftliche Nutzeffekt insgesamt Hauptkriterium für die Aufnahme und Durchführung arbeitsteiliger Beziehungen, als dessen wichtigste Elemente außenpolitische sowie direkte und indirekte ökonomische Nutzeffekte anzusehen sind.⁶⁶ Von besonderem Interesse, wenn auch nur in geringem Maße quantifizierbar, sind die indirekten ökonomischen Nutzeffekte, die in ihrer Mannigfaltigkeit (Wirkung auf das Wachstum des Nationaleinkommens, die Ökonomie der eingesetzten Produktionsmittel, die Beschaffung von Arbeitsplätzen, die Qualifizierung von Arbeitskräften und ihren rationalen Einsatz, stabile Absatzchancen, die Verminderung von Abhängigkeiten vom Imperialismus usw.) von nachhaltigem Einfluß auf die Industrialisierung der arabischen Länder sind.

Die Verbreiterung und Vertiefung der ökonomischen Beziehungen zwischen den sozialistischen und den arabischen Staaten hat die gesellschaftliche Entwicklung der Länder der arabischen Welt in starkem Maße vorangetrieben und sie in nicht geringem Umfang sowohl von der materiell-technischen als auch insbesondere von der politischen Seite her überhaupt erst ermöglicht. Durch ihre steigende Wirtschaftskraft brachen die sozialistischen Staaten die Monopolstellung der imperialistischen Mächte im Wirtschaftsleben der arabischen Länder und zwangen das Monopolkapital, den sich in den Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und der sozialistischen Gemeinschaft entwickelnden völlig neuen Normen Rechnung zu tragen. Diese drücken sich vor allem auch darin aus, daß die sozialistischen Staaten bestrebt sind, den arabischen Ländern wie den Entwicklungsländern überhaupt modernste Produktionsmittel und -verfahren zur Verfügung zu stellen. Damit leisten sie nicht nur schlechthin einen Beitrag zur Industrialisierung dieser Länder, sondern ermöglichen ihnen in wachsendem Umfang, die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution allseitig zu nutzen und die jahrhundertealte Rückständigkeit zu überwinden.

65 Industrial Co-operation between Developed and Developing Countries, Report of Expert Group Meeting, Bukarest, 8. - 13. 6. 1970. UNIDO/ID/WG. 47/18, New York 1971, S. 31.

66 Vgl. z. B. Zevin, L., Ekonomičeskoe sotrudničestvo socialističeskich i razvivajuščichsja stran (Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen und der Entwicklungsländer), in: Voprosy ekonomiki, Moskau, Nr. 9/1970; Hahn, Gerhard/Spröte, Wolfgang, Die ökonomischen Beziehungen der DDR zu den Entwicklungsländern, in: Deutsche Außenpolitik, Nr. 4/1970.

DER OBERBAURAT AUGUST LEOPOLD CRELLE UND DESSEN BETEILIGUNG AN DER PLANUNG UND AUSFÜHRUNG DES FRÜHEN PREUSSISCHEN EISENBAHNWESENS

von Wolfgang Eccarius

August Leopold Crelle (geboren am 17. 3. 1780¹ in Eichwerder bei Wriezen (Oder), verstorben am 6. 10. 1855 in Berlin) ist bisher besonders durch die Begründung und die Herausgabe des "Journals für reine und angewandte Mathematik"² bekannt geworden.³ Seine Tätigkeit für das frühe preussische Eisenbahnwesen hat dagegen bisher keine ausführliche Darlegung gefunden. Im folgenden Beitrag soll deshalb versucht werden, diese Seite seiner Wirksamkeit an Hand des heute noch greifbaren Dokumentenmaterials⁴ etwas genauer darzustellen.

Die deutsche Bourgeoisie gelangte bekanntlich erst nach Überwindung einiger Vorurteile zu einer Haltung, die den Bau von Eisenbahnen begünstigte, wobei einige Propagandisten eine aktive Rolle gespielt haben, die dem einzelnen Bourgeois zur Erkenntnis des eigenen ökonomischen Interesses verhalfen.⁵ In Preußen, dem deutschen Staat mit der entwickeltsten Bourgeoisie, hat neben Fritz Harkort (1793 bis 1880) unter anderen besonders Friedrich List (1789 bis 1846) in dieser Richtung gewirkt. Nachdem er 1835 zunächst seine Schrift "Aundeutung der Vortheile eines preussischen Eisenbahnsystems und insbesondere einer Eisenbahn zwischen Hamburg, Berlin, Magdeburg und Leipzig" den entsprechenden Regierungsstellen eingereicht hatte⁶, wandte er sich am 21. Mai 1835 mit einer erneuten Eingabe an den preussischen König Friedrich Wilhelm III. (1770 bis 1840) und den Kronprinzen, den späteren Friedrich Wilhelm IV. (1795 bis 1861)⁷. Hier entwickelte er den Plan eines

- 1 Das bisher in der Literatur (z. B. J. C. Poggendorff's biographisch-literarisches Handwörterbuch der exakten Naturwissenschaften, Bd. 1, A - L, S. 496; Bd. 7 a Supplement, S. 141) angegebene Geburtsdatum 11. 3. 1780 beruht nach dem Wriezener Taufregister, Jg. 1780, Nr. 1780/12, auf einem Irrtum.
- 2 Band 1 erschien 1826. Zu seinen Lebzeiten gab Crelle 52 Bände dieser für die Entwicklung der Mathematik im 19. Jahrhundert äußerst bedeutsamen Zeitschrift heraus.
- 3 Lorey, Wilhelm, August Leopold Crelle zum Gedächtnis, in: Journal für reine und angewandte Mathematik, Bd. 157, Jg. 1926, S. 3 - 11; Emersleben, Otto, August Leopold Crelle (1780 - 1855) zum 100. Todestag, in: Wissenschaftliche Annalen, Bd. 4, Jg. 1955, S. 651 - 656; Biermann, Kurt-Reinhard, Urteile A. L. Crelles über seine Autoren, in: Journal für reine und angewandte Mathematik, Bd. 203, Jg. 1960, S. 216 - 220.
- 4 Es wurde besonders das im Deutschen Zentralarchiv, Historische Abteilung II, Merseburg (im folgenden: DZA Merseburg) befindliche Aktenmaterial herangezogen.
- 5 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2, Berlin 1969, S. 153.
- 6 DZA Merseburg, Innenministerium, Rep. 77, Tit. 258, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 28 - 36.
- 7 Ebenda, Bl. 66 - 69.

Eisenbahnsystems, welches aus den Linien Berlin - Magdeburg - Hamburg, Berlin - Potsdam - Leipzig, Berlin - Stettin, Berlin - Breslau, Berlin - Frankfurt (Oder) - Thorn, Magdeburg - Braunschweig - Hannover - Minden - Köln bestehen sollte (Anhang, Abbildung 1). Es war dies mit geringfügigen Modifikationen der Teil seines Entwurfes eines deutschen Eisenbahnsystems, der sich auf preußische Gebiete bezog. Seine Pläne fanden jedoch auch hier in Preußen bei den staatlichen Institutionen keinen Widerhall.⁸

Zu dieser Zeit (um 1835) gab es aber in Berlin bereits einflußreiche Gruppen aus der Bourgeoisie und ihr nahestehenden Kreisen aus der Beamtenschaft, die ihre eigenen Pläne im Eisenbahnwesen verfolgten. Zu ihnen gehörte auch der Geheime Oberbaurat Crelle, der bis 1828 der Oberbaudeputation angehörte, seit dieser Zeit aber dem Kultusministerium als mathematischer Fachreferent und Berater angehörte. Als Herausgeber eines angesehenen Fachjournals für technische Fragen, des Journals für die Baukunst, von dem in den Jahren 1829 bis 1851 dreißig Bände erschienen, als ehemaliger leitender Beamter besonders für den Chaussee- und Wegebau in Preußen, der auf Dienst- und Privatreisen auch im Ausland einschlägige Erfahrungen gesammelt hatte und mit verschiedenen führenden Eisenbahnfachleuten persönlich bekannt war oder mit ihnen in brieflichem Kontakt stand, war er als Propagandist und gleichzeitig auch als Techniker für das entstehende Eisenbahnwesen in Preußen besonders prädestiniert. Auch seine gediegenen mathematischen Kenntnisse, die er sich als Autodidakt erworben hatte, und seine Neigung, die Mathematik auf praktische Gegebenheiten anzuwenden, kam ihm bei dieser Betätigung zustatten. Aus dem niederen preußischen Beamtentum stammend⁹, hatte er sich an der Berliner Bauakademie eine solide Ausbildung erworben. Es trifft für Crelle voll und ganz zu, wenn es heißt: "(Äußerst wichtig) war es für die Bourgeoisie, ausgebildete Eisenbahntechniker und -ingenieure zu finden. Engländern und anderen ausländischen Fachkräften mußte man enorme Gehälter zahlen, um sie für den Bau einer Eisenbahnlinie zu verpflichten, der jahrelang dauern konnte. In Preußen gelang es der Bourgeoisie vielfach, gerade die hellsten Köpfe aus dem Regierungsapparat zu kaufen. Dabei kamen ihr die erbärmlichen Verhältnisse zu Hilfe, unter denen der preußische Staat seine technische Intelligenz leben und arbeiten ließ."¹⁰ Schon die Zustände in der Oberbaudeputation waren für Crelle unerträglich gewesen. In einem Brief vom 21. November 1827 schilderte er seine dortige Lage mit den Worten:

"... die Tage laufen unter den Arbeiten schnell hin, das ist wahr, aber doch nicht schnell genug. Es ist wahrer Gewinn die Tage hinter sich zu haben. Mir ist das Leben in meinen jetzigen Verhältnissen doch auch so garnichts werth. Ich thue die saure Arbeit der Acten um das Leben zu gewinnen. Nun aber nehmen sie mir das ganze Leben, und also hat dieses Leben für mich gar keinen Werth. Ich kann mich jenem ehrlichen Schneiderburschen vergleichen, der einen Schiffer bat ihn von Wien nach Regensburg mitzunehmen. Es wurde ihm zugestanden unter der Bedingung daß er am Schiffsseil ziehe. Der ehrliche Junge zog tapfer kam wirklich von Wien bis Regensburg, aber mehr beschwerlicher als wenn er zu Fuß allein gegangen wäre!"¹¹

8 Zu den Gründen siehe: Mottek, Hans, a. a. O., S. 155 f., und besonders Rehbein, Elfriede/Keil, Rudi, Das Wirken Friedrich Lists für ein modernes Verkehrswesen in Deutschland, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden, Nr. 9, Jg. 1961/62, S. 307 - 332.

9 Crelles Vater, Christian Gottfried Crelle, eigentlich Feldmesser, war ab 1779 als Damm- und Wasserbauinspektor im Niederoderbruch tätig (Staatsarchiv Potsdam, Provinz Brandenburg, Rep. 2, Kurmärkische Kriegs- und Domänenkammer, D. 3562).

10 Eichholtz, Dietrich, Junker und Bourgeoisie vor 1848 in der preußischen Eisenbahngeschichte, Berlin 1962, S. 176.

11 Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Handschriftenabteilung, Sammlung Darmstaedter, H. 1818 (4), A. L. Crelle: Brief an Wilhelm Dorow (1790 - 1846) v. 21. 11. 1827 (z. Zt. in der Staatsbibliothek der Stiftung Preussischer Kulturbesitz in Westberlin).

Zwar war Crelle später im Kultusministerium weniger mit Kleinkram überhäuft, aber der von ihm erhoffte Einfluß, zum Beispiel auf die Reorganisation des Mathematikunterrichts an den preußischen Gymnasien¹², war doch im wesentlichen ausgeblieben. Dazu kamen die finanziellen Belastungen, die die Herausgabe besonders des "Journals für reine und angewandte Mathematik" mit sich brachten und denen er nur durch einen Nebenerwerb begegnen konnte, da er nur geringfügige staatliche Unterstützungen für seine Herausgeberschaft erhielt.¹³

Mit dem Jahre 1829 und der Herausgabe des ersten Bandes des "Journals für die Baukunst" begann Crelle aufklärende und werbende Tätigkeit für den Eisenbahnbau in Preußen. Mit rund 1 300 festen Bezieher, vorwiegend aus Kreisen der Bourgeoisie, der Beamtenschaft und der technischen Intelligenz, war sie neben Dingers "Polytechnischem Journal" und den "Verhandlungen des Vereins zur Beförderung des Gewerbfließes in Preußen" besonders geeignet, die Ideen des Eisenbahnbaues intensiv zu propagieren. Wurden anfangs hauptsächlich die Erfahrungen des Auslands von Crelle ausgewertet¹⁴, so folgte doch bald durch eine Arbeit mit dem programmatischen Titel "Einiges allgemein Verständliche über Eisenbahnen, insbesondere als Privat-Unternehmungen, für alle Diejenigen, welche sich dafür interessieren, und besonders für Diejenigen, so als Actionnaires daran Theil zu nehmen geneigt sind"¹⁵ die unmittelbare Anwendung dieser Erfahrungen auf preußische Verhältnisse. Später, etwa ab 1835, als in Preußen mit den Vorarbeiten zum Eisenbahnbau und der Gründung der ersten Eisenbahnkomitees begonnen worden war, wandte sich das Journal für die Baukunst immer mehr technischen Einzelfragen des Eisenbahnbetriebes und der Abwicklung der finanziellen Transaktionen der kapitalistischen Eisenbahn-Aktiengesellschaften zu. Bis 1851 erschienen insgesamt 35 Artikel zu Eisenbahnfragen, darunter 14 von Crelle selbst verfaßte.

Ebenfalls um 1835 begann Crelles praktische Tätigkeit für den Eisenbahnbau in Preußen. In Verfolgung Listscher Ideen hatte in Berlin der Justizkommissarius Robert sich bereits 1834 an Friedrich Wilhelm III. gewandt, um sich Konzessionen für die Strecken Berlin - Leipzig und Berlin - Magdeburg - Hamburg zu sichern.¹⁶ Nach deren Ablehnung versuchte er, sich erst eine bessere Ausgangsposition zu verschaffen, indem er die Gründung einer Aktiengesellschaft mit zunächst wesentlich beschränkter Zielstellung betrieb, nämlich nur für die Strecke Berlin - Potsdam. Mit der Unterstützung dieser Gesellschaft sollten dann die viel weiter gesteckten Ziele erneut in Angriff genommen werden. In einem Antrag Roberts vom 15. Februar 1836 heißt es dazu:

"Indessen konnte ich doch unmöglich meinen Wunsch, dem Vaterlande auf die angezeigte Weise zu dienen und zu nützen, ganz aufgeben. Glücklicher Weise fand ich Mitarbeiter, von gleichem Eifer beseelt, in den Personen des Geheimen Oberbauraths Crelle und Rechnungsrath Doussin, von welchen besonders der erste, als ein bewährter Architekt, bei dieser baulichen Angelegenheit eine Hauptperson war. Derselbe gab sich dazu her, die Ausarbeitung vorläufiger Bauplane (sic!) aufs Ungewisse zu übernehmen, und so legte ich nun wenigstens

12 DZA Merseburg, Kultusministerium, Rep. 76 VI, Sekt. 1 z, Nr. 8, Bd. 1.

13 DZA Merseburg, 2.2.1., Nr. 19479. Danach erhielt Crelle insgesamt (von 1832 bis 1854) eine Zuwendung von 3 400 Talern, seine Unkosten allein für das Journal für reine und angewandte Mathematik betragen dagegen rund 11 000 Taler.

14 Das geschah in der Hauptsache durch Übersetzung einschlägiger Fachartikel, die zum Teil mit ausführlichen Kommentaren versehen wurden, aber auch durch Zusammenstellung von Nachrichten kommerziellen und technischen Inhalts über Eisenbahnen aus England, Frankreich, Belgien, den USA und aus Rußland. Bis 1836 erschienen 10 umfangreiche Artikel dieser Art, uns zwar in den Bänden 2, 6, 7, 8, 9, 10 und 11.

15 Journal für die Baukunst, Bd. 9, Jg. 1836.

16 DZA Merseburg, 2.2.1., Nr. 29517, Bl. 37e - f.

den Bauplan zu einem kleinen Theile der oben genannten Straßen, nemlich zu der Strecke von Berlin bis Potsdam vor, und bat Ew. Königliche Majestät am 4. Mai v. J. um die Genehmigung zur Ausführung dieser Strecke, unter Anwendung des Expropriationsrechts. Ew. Königliche Majestät haben, wie mir jetzt von der Verwaltung für Handel, Fabriken und Bauwesen vom 24. v. M. bekannt gemacht worden, meinen Antrag mit landesväterlicher Huld zu genehmigen geruhet ..."

Und weiter:

"... und auf die Gewähr, daß ein anerkannter und bewährter Techniker sich mit seinen technischen Kenntnissen der Unternehmung anzuschließen und die Leitung der Anlage zu übernehmen geneigt sei, haben, ohne geringste öffentliche Bekanntmachung und Anpreisung irgend einer Art, bald 88 Personen aus allen Ständen, in der kürzesten Zeit, eine höhere Summe unterzeichnet, als erforderlich war ... Sämmtliche Theilnehmer (in der Mehrzahl sehr vermögende Leute) haben, nebst noch vielen Anderen, welche zur Actienzeichnung jetzt nicht mehr zugelassen werden konnten, bei dieser Gelegenheit unaufgefordert die Fortsetzung der Bahn ausdrücklich bevorwortet und sich für den Fall der Ausführung derselben, im Vertrauen auf die bisherige Leitung, erboten, Capitalien von sehr bedeutendem Betrage, selbst auf einige Millionen sich belaufend, aufzubringen."¹⁷

Die geplante Erweiterung sollte die Strecken Berlin - Stettin, Berlin - Frankfurt (Oder) mit einer späteren Fortsetzung bis Breslau und Berlin - Leipzig mit Abzweigungen nach Halle und Magdeburg umfassen. Die Bitte um Konzessionierung dieser Pläne wurde aber erneut abgelehnt.¹⁸

Die von Robert und Crelle zusammengebrachte Aktiengesellschaft aber ließ nicht locker. Von 1836 bis 1837 versuchte das Gründungskomitee (oder einzelne seiner Mitglieder) mit wechselndem Erfolg, nacheinander die Projekte Berlin - Frankfurt (Oder), Potsdam - Wittenberg - Halle und Leipzig sowie Halle - Kassel - Lipstadt durchzubringen.¹⁹ Um dabei die Schwierigkeiten zu umgehen, die immer wieder von den halbfeudalen Kreisen ausgingen, die den preußischen Staat beherrschten, wurden für die einzelnen Linien meist Neugründungen von Aktiengesellschaften vorgenommen. Doch taucht immer wieder der gleiche Personenkreis auf, neben Robert und Crelle handelt es sich dabei um die Beamten Jordan (Geheimer Justizrat) und von Harlem (Geheimer Oberregierungsrat) sowie die ehemaligen Offiziere von Reuß und von Kräwel.²⁰ Durch diese personelle Zusammensetzung war zweifellos eine geeignete Beeinflussung der maßgeblichen Behörden gegeben.

Auch Crelle versah in dieser Beziehung eine wichtige Funktion. Sie reichte von der Wahrnehmung der Interessen der Eisenbahngesellschaften bei Friedrich Wilhelm III. bis zur Auseinandersetzung mit den Ministerien, zu denen er durch seine jetzige und frühere Tätigkeit die verschiedensten Beziehungen unterhielt.²¹ In seinen regelmäßigen Gesuchen um finan-

17 Ebenda, Bl. 37 f - k.

18 Ebenda, Bl. 37 l.

19 DZA Merseburg, 2.2.1., Nr. 29552, Bl. 42 - 50, 64 - 70; 2.2.1., Nr. 29553, Bl. 2 - 4, 16R - 17; 2.2.1., Nr. 29595, Bl. 1 - 18; Innenministerium, Rep. 77, Tit. 258 a, Nr. 6, Bl. 1 - 2R.

20 Über v. Kräwel siehe auch Eichholtz, Dietrich, a. a. O., S. 175.

21 Wie nötig und schwierig diese Einflussnahme war, geht auch aus einem Brief des Mathematikers C. G. J. Jacobi (1804 - 1851) an seinen Bruder M. H. Jacobi (1801 - 1874) vom 17. 9. 1836 hervor, in dem es heißt: "Bei uns fügt sich damit (gemeint ist der Eisenbahnbau Berlin - Potsdam - W. E.) noch gar nichts an; Crelle schrieb mir neulich, dass so gut wie gar keine Aussicht dazu vorhanden wäre; jetzt soll wieder die Post die abenteuerlichsten Forderungen machen" (Briefwechsel zwischen C. G. J. Jacobi und M. H. Jacobi, hg. v. W. Ahrens, Leipzig 1907, S. 32. Man kann dies als eine Bestäti-

zielle Unterstützung für die Herausgabe seiner Fachjournale nahm er in dieser Zeit stets zu Fragen des Eisenbahnwesens Stellung. So heißt es zum Beispiel in einer Eingabe vom 6. Juli 1836:

"Der neue Band des Journals der Baukunst beschäftigt sich insbesondere mit dem Bau der Eisenbahnen, diesem jetzt so vielfältig angeregten Gegenstande. Ich habe Gelegenheit genommen, dem Journal einen, insbesondere für Actionairs bestimmten, allgemein verständlich abgefaßten technischen Aufsatz einzuverleiben, der auch noch in besonderen Abdrucken in das Publicum gelangen wird, und der die Absicht hat, den Privatleuten, welche, wie gewöhnlich, nur den Geldgewinn allein im Auge habend, hier vielleicht, aus Mangel der unentbehrlichen technischen Kenntnisse und deutlicher Vorstellungen von diesem ganz neuen Gegenstande, leicht in verfehlte Speculationen gerathen können, die allernöthigsten technischen Begriffe von dem Gegenstande vorzulegen, und sie auf diejenigen Umstände und Rücksichten aufmerksam zu machen, welche bei solchen Projecten nothwendig in Betracht kommen, in der Absicht, auch möglichst verhindern zu helfen, daß nicht durch verfehlte Speculationen der, gehörig benutzt, so vortheilhafte Gegenstand decreditirt werden möge. Ich erdreiste mich, einen besonderen Abdruck des kleinen Aufsatzes allerunterthänigst beizufügen. In den folgenden Heften des Journals der Baukunst gedenke ich, die projectirte Eisenbahn zwischen Berlin und Potsdam, zu welcher ich, auf Ersuchen der Unternehmer, den technischen Plan verfertigt habe, ausführlich technisch abzuhandeln."²²

Auch die ausführlichen Pläne für die Strecken Berlin - Frankfurt (Oder), Halle - Kassel - Lipstadt und Frankfurt (Oder) - Breslau wurden von Crelle ausgearbeitet. Neben der Veröffentlichung im "Journal für die Baukunst" wurden von allen Plänen Sonderdrucke hergestellt und den Behörden reichlich übermittelt, was in den entsprechenden Ministerialakten seinen Niederschlag gefunden hat.²³ Daß Crelle aber auch andere einflußreiche Persönlichkeiten damit versorgt hat, beweist der Bibliothekskatalog Alexander von Humboldts (1769 bis 1859).²⁴ Auch sein ehemaliger Dienstvorgesetzter Beuth (1781 bis 1853) ist sicher von ihm beeinflusst worden.²⁵

Humboldt, mit dem Crelle seit 1826 bekannt war, unterstützte ihn denn auch tatkräftig bei seinen Versuchen, die Aufmerksamkeit der herrschenden Kreise auf seine Pläne zu lenken. Unter dem Titel "Einiges in Zahlen über Eisenbahnen" hatte Crelle 1837 eine Arbeit verfaßt, die als Zusammenfassung und Höhepunkt seiner propagandistischen Tätigkeit für das Eisenbahnwesen in Preußen angesehen werden kann. Diese Arbeit hatte auch Humboldt gründlich durchgearbeitet²⁶ und für ihre Verbreitung in den maßgeblichen Behörden gesorgt. In einem Anschreiben Crelles vom 24. März 1838 an den Hofmarschall Ludwig von Massow (1795 bis 1859) heißt es dazu:

"... insbesondere auch in Folge einer Bemerkung, die mir Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath pp. Herr Alex. v. Humboldt machte, als ich ihm den Aufsatz, als eine literarische Arbeit, überreichte, daß nemlich der Inhalt möglicherweise auch einiges Interesse bei den gegenwärtigen Berathungen über den Gegenstand haben könnte."²⁷

gung der vielen Schwierigkeiten auffassen, die besonders der Minister v. Nagler dem Eisenbahnbau anfänglich bereitete.

22 DZA Merseburg, 2.2.1., Nr. 19479, Bl. 29.

23 Ebenda.

24 Stevens, Henry, The Humboldt Library, Neudruck Leipzig 1967, S. 152.

25 Crelle war 1819 - 1821 vorübergehend in der Technischen Gewerbe-Deputation unter der Leitung Beuths tätig (DZA Merseburg, Ministerium für Handel und Gewerbe, Rep. 120, AII 1, Nr. 1, Bd. 2).

26 Stevens, Henry, a. a. O. Hier werden Zusätze und Randbemerkungen von der Hand Humboldts erwähnt.

27 DZA Merseburg, 2.2.1., Nr. 29524/1.

Auf diesem Schreiben befindet sich folgender Zusatz von der Hand Humboldts:

"Sie verzeihen wohl, hochzuverehrender Herr Hofmarschall, wenn ich es auch meiner Seits es wage Sie zu bitten einen Blick auf die Schrift eines allgemein geachteten Mannes und sehr ausgezeichneten Mathematikers zu werfen. Die Eisenbahnen werden einst wie die Flußthäler die Beförderung nach sich ziehen und höchstens Brand, keine Überschwemmungen erregen.

Al. Humboldt"

Über das weitere Schicksal seiner Abhandlung berichtet Crelle selbst an der gleichen Stelle:

"Ich überreichte den Aufsatz schon im Manuscripte Sr. Königlichen Hoheit dem Kronprinzen.²⁸ Ermuntert durch die Höchstgnädigste Aufnahme beförderte ich ihn, sobald ich es vermochte, zum Druck, und jetzt habe ich die kleine Arbeit so eben auch Sr. Majestät dem Könige zu überreichen mich erdreistet."

Bei dieser Gelegenheit geht Crelle auch ausführlich auf den Zweck und den Inhalt seiner Arbeit ein, die 1838 auch im "Journal für die Baukunst" erschien. Er berichtet am 22. März 1838 an Friedrich Wilhelm III.:

"Ich habe dagegen die Gelegenheit des Journals zu einer anderen Erörterung über Eisenbahnen benutzt, nemlich zu einem Versuch der Beantwortung der allgemeinen Hauptfrage: ob und unter welchen Umständen Eisenbahnen überhaupt mit Nutzen, und zwar insbesondere durch Privatkräfte, ausführbar sind. Obgleich, zumal in neuerer Zeit, so sehr Vieles, und gewiß auch zum Theil sehr Treffendes, über Eisenbahnen geschrieben worden ist, so schien es mir doch, als ob man den Gegenstand nur mehr von einer Seite, nemlich entweder nur mehr technisch, ohne genügende Rücksicht auf den staatswirtschaftlichen Theil der Frage, oder umgekehrt, nur mehr staatswirtschaftlich, ohne hinreichende technische Begründung, behandelt habe. Ich habe versucht, denselben aus beiden Gesichtspuncten zugleich zu betrachten ... Von S. 48 an finden sich die Resultate der Berechnungen, und von Seite 52 an zieht die Schrift daraus mehrere Folgerungen; über den Einfluß der Frequenz auf die Transportkosten; über die Vergleichung mit Chausseen; über die Amortisation des Anlage-Capitals, mit einem deducirten Vorschlage zu den Amortisations-Regeln ... ferner über den Einfluß der Umwege auf die Wirkung der Eisenbahn, über den Einfluß starker Abweichungen von der mittleren Höhe einzelner Ausgaben auf die Resultate u. s. w. Die Abhandlung schließt mit ausführlichen, staatswirtschaftlich zu begründen versuchten (sic!) Betrachtungen über die Befürchtung, daß, wenn schnell nach einander große Capitalien auf Eisenbahnen gewendet werden sollten, eine Crisis im Geld-Umlauf und im Handel entstehen und der öffentliche Credit leiden könnte."²⁹

Außerdem entwickelt Crelle in dieser Publikation auch seinerseits den Plan eines preußischen Eisenbahnnetzes, den er in Analogie zu den ihm aus der Praxis bekannten Gegebenheiten des Chausseebaues konzipierte. Im einzelnen werden folgende Strecken vorgesehen (Anhang, Abbildung 2):

1. Berlin - Frankfurt (Oder) - Breslau - mit Verbindung nach Wien,
2. Berlin - Stettin,
3. Berlin - Halle und Leipzig,
4. Halle - Kassel - Lippstadt,
5. Berlin - Brandenburg - Magdeburg,

²⁸ Das Manuskript befindet sich jetzt in der Deutschen Staatsbibliothek Berlin, Handschriftenabteilung, Ms. Germ. 4^o 2051.

²⁹ DZA Merseburg, 2.2.1., Nr. 19479, Bl. 34 - 36R.

6. Brandenburg - Hamburg,
7. Magdeburg - Halle - Leipzig,
8. Minden - Lippstadt - Elberfeld - Köln - mit Verbindung nach Belgien.

Dieser Plan läßt deutliche Anklänge zu den Listschen Vorstellungen von 1835 erkennen, gleichzeitig stellt er eine geschickte Verbindung der von verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie vorbereiteten Eisenbahnprojekte mit den Interessen der von ihm vertretenen Gruppe dar.

Für die Ausführung dieses Netzes von rund 1 800 Kilometer Streckenlänge rechnet Crelle mit einem Zeitraum von mindestens 10 Jahren. Den benötigten Kapitalbedarf schätzt er auf 45 Millionen Taler. Tatsächlich waren in Preußen bis 1850 bereits rund 4 000 Kilometer Eisenbahnen gebaut³⁰ und dafür rund 150 Millionen Taler aufgebracht worden.³¹ Zu dieser Zeit waren auch die wesentlichen von Crelle vorgesehenen Strecken errichtet. Aber auf diese Entwicklung nahm Crelle bereits keinen Einfluß mehr.

Unmittelbar für die Errichtung einer Strecke ist Crelle nur beim Bau der ersten preußischen Eisenbahn von Berlin nach Potsdam tätig geworden. Die technischen Einzelheiten dieses Baues haben bereits an verschiedenen Stellen eine eingehende Darstellung erfahren³² und können daher hier entfallen. Die Eröffnung auf der Teilstrecke Potsdam - Zehlendorf erfolgte am 22. September 1838 (Anhang, Abbildung 3)³³ und der Gesamtstrecke am 29. Oktober 1838. Bereits im April 1838 trat Crelle teilweise von seinen Verpflichtungen als leitender Ingenieur bei der Berlin-Potsdamer Eisenbahngesellschaft zurück, um diese Tätigkeit ab 1. Juli 1838 ganz einzustellen. Offiziell gab er dafür gesundheitliche Gründe an, doch dürften auch gewisse Unstimmigkeiten mit der Direktion der Aktiengesellschaft der Berlin-Potsdamer Eisenbahn mitgespielt haben, die bereits 1836 mit Vorwürfen begannen, er habe sich bei der Abgeltung seiner Ansprüche für die geleisteten Vorarbeiten bereichern wollen und später durch die Überschreitung der von Crelle für den Bau veranschlagten finanziellen Mittel neue Nahrung fanden. Jedenfalls klingt zumindest Enttäuschung in Crelles Worten an, wenn er am 3. Dezember 1841 an Friedrich Wilhelm IV. schreibt:

"Unter den Aufsätzen im 15. Bande (des "Journals für die Baukunst" - W. E.) habe ich auch einige technische Nachrichten von dem Bau der Eisenbahn zwischen Berlin und Potsdam aufgenommen, zu welchem Bauwerke ich den Plan gemacht und denselben auch beinahe bis zu Ende ausgeführt habe. Ward mir bei diesem Werke, wegen meiner allzusehr zerrütteten Gesundheits-Umstände, auch nicht die Befriedigung zu Theil, die Ausführungen ganz zu Ende bringen zu können; und gedenkt nun auch jetzt, da das Werk durch andere vollendet worden ist, im Publicum meiner dabei kaum Jemand mehr, so habe ich doch die innere Befriedigung, an und zu der ersten Heerstraßen-Eisenbahn in meinem Vaterlande mitgewirkt zu haben, dieselbe im Wesentlichen nach meinem Entwurfe ausgeführt zu wissen und das Werk dauerhaft und seinem Zweck entsprechend zu sehen."³⁴

30 Böhme, Franz, Fünf Lokomotiven am Start, Leipzig/Jena 1957, S. 34 - 35.

31 Brockhage, B., Zur Entwicklung des preußisch-deutschen Kapitalexports, T. 1, in: Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, H. 148, Jg. 1910, S. 206.

32 Z. B. Fleck, G., Die ersten Eisenbahnen von Berlin nach dem Westen der Monarchie, in: Archiv für das Eisenbahnwesen, Berlin, Bd. 18, Jg. 1895.

33 Die Abbildung wurde entnommen: Hundert Jahre deutsche Eisenbahnen, Jubiläumsschrift zum hundertjährigen Bestehen der deutschen Eisenbahnen, 2. Aufl., hg. v. Reichsverkehrsministerium, Berlin 1938.

34 DZA Merseburg, 2.2.1., Nr. 19479, Bl. 51 R - 52.

Crelle ist nach 1838 nur noch schriftstellerisch - besonders in technischen Fragen des Eisenbahnwesens - tätig geworden. Daß er dabei wie auch früher nicht nur die Interesseneinzelner Kapitalistengruppen im Auge hatte, sondern allgemeinere Zielstellungen im Interesse der Bourgeoisie vertrat, beweisen zum Beispiel auch seine Studien zum Suez- und Panamakanal³⁵, blieben doch Fragen des Verkehrswesens für ihn ständig von Interesse.

35 Journal für die Baukunst, Bd. 22, Jg. 1845, Bd. 23, Jg. 1846.

Diskussionen

WAS IST DIE KOLONIALPOLITIK DER MONOPOLE?

(Noch einmal zum Thema "imperialistische Kolonialpolitik")

Bemerkungen zu: Jolanda Ballhaus, Wesen und Charakter der kolonialen Landgesellschaften Ende des 19. Jahrhunderts

von Manfred Nussbaum

In dem im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte veröffentlichten Aufsatz "Wesen und Charakter der kolonialen Landgesellschaften Ende des 19. Jahrhunderts"¹ vertritt Jolanda Ballhaus unter anderem die Ansicht, daß die deutsche Kolonialpolitik, die sich in den kolonialen Annexionen in der Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts manifestierte, bereits imperialistischen Charakter gehabt hätte und daß insbesondere die sogenannten Chartergesellschaften, denen seinerzeit große Vorrechte in den Kolonien eingeräumt wurden, eindeutig monopolkapitalistisch gewesen seien. Sie polemisiert gegen Autoren, die anderer Auffassung sind, und schreibt - hier sei mir ein längeres Zitat gestattet: "Die von den deutschen kolonialen Landgesellschaften praktizierten Methoden veranlaßten Manfred Nussbaum zu der Schlußfolgerung, daß es sich in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts 'trotz der sehr bald eindeutigen Vorherrschaft der Vorläufer des Finanzkapitals' noch nicht 'um typische Methoden der monopolkapitalistischen Epoche' handelte. Damit meint er offensichtlich Kapitalexport und Ausnutzung der Kolonien als eigene Rohstoffquelle - entsprechend den Ausführungen Lenins dazu -, wobei offenbleibt, welche Art und Weise der Rohstoffgewinnung er für typisch für die monopolkapitalistische Epoche hält. Die Landgesellschaften - schreibt Nussbaum - beschränkten sich 'auf solche Methoden der Ausplünderung, wie Inbesitznahme großer Landstrecken, Plantagenbau in begrenztem Umfang, verbunden mit brutaler Zwangsarbeit der afrikanischen Bevölkerung und Bestrebungen der Monopolisierung des Handels in den von den Gesellschaften beherrschten Gebieten. Außerdem hatte man es auch auf nicht unerhebliche Gründergewinne abgesehen'.

Diese Methoden resultieren daraus, sagt Nussbaum, daß vor dem Umschlag des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium 'die deutsche imperialistische Großbourgeoisie ihre spezielle ökonomische Politik in den Kolonien bzw. die ihr gemäßen Ausbeutungsmethoden noch nicht gefunden haben konnte'. Jürgen Kuczynski spricht sogar von einer vormonopolistischen Kolonialpolitik Ende des 19. Jahrhunderts. Er meint, daß sich zwar 'monopolartige Organisationen, Konzern- und Trustherren (also das entstehende Finanzkapital - d. Verf.) an der Kolonialpolitik beteiligten - aber aus vormonopolistischen Interessen'.

Das Finanzkapital erzeugte jedoch nicht nur die Epoche der Monopole, sondern die Monopole waren auch überall Träger monopolistischer Prinzipien."²

1 Ballhaus, Jolanda, wesen und Charakter der kolonialen Landgesellschaften Ende des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 1, S. 95 - 115.

2 Ebenda, S. 113.

Da ich die Auffassung von Ballhaus nicht teilen kann, es sich aber um ein sehr wichtiges Problem der Genesis des deutschen Imperialismus handelt, werde ich im einzelnen auf diese Argumente noch zu sprechen kommen.

Doch zuvor einige Bemerkungen über die Tatsache, daß die Untersuchung und Diskussion der Anfänge der modernen imperialistischen Kolonialpolitik in der gegenwärtigen Geschichtsschreibung einen verhältnismäßig breiten Raum einnehmen und gerade in den letzten Jahren wieder neu aufgelebt sind. Dies hat wohl zwei hauptsächliche, eng miteinander verknüpfte Gründe. Erstens befinden wir uns in der Periode der endgültigen Überwindung des Kolonialsystems im Weltmaßstab. Die ungeheure Mehrheit der kolonialen Gebiete und der kolonial unterdrückten Völker ist bereits von der direkten politischen Herrschaft der imperialistischen Mächte befreit. Wo tatsächlich noch koloniale Herrschaft alten Stils existiert, wie etwa in den portugiesisch besetzten Teilen Afrikas, ist sie durch den bewaffneten Freiheitskampf der betroffenen Völker in Frage gestellt, und ihre endgültige Liquidierung scheint nur noch eine Frage der Zeit. Gleichzeitig ist der nur noch durch die Anwendung äußersten Terrors überhaupt mögliche Versuch, die koloniale Herrschaft in diesen Gebieten aufrechtzuerhalten, in der Weltöffentlichkeit bereits so diskriminiert und als unmoralisch verdammt, daß die Kolonialisten sich einer zunehmenden Isolierung, zum Beispiel in den Vereinten Nationen, gegenübersehen. Man kann bereits damit rechnen, daß sich auch in den jetzt noch unter formaler Kolonialherrschaft stehenden Gebieten in historisch kurzer Frist neue Nationalstaaten konstituieren werden, wie dies schon anderwärts geschah.

Wäre bereits diese Problematik der Liquidierung des alten Kolonialsystems geeignet, im Zuge des Versuchs einer Bilanz die Anfänge der Erscheinung des modernen Kolonialismus noch einmal ins Blickfeld des Historikers geraten zu lassen, so gibt es noch einen weiteren Grund dafür: Der Kolonialismus tritt nicht spurlos aus der Welt. Die Wurzeln der schweren ökonomischen und politischen Probleme, mit denen die meisten jungen Nationalstaaten derzeit zu ringen haben, sind besonders in der Kolonialzeit zu suchen. Diesen Komplex braucht man nicht zu simplifizieren, aber dieser Zusammenhang ist von den Einsichtigen allgemein anerkannt, und der Begriff des "kolonialen Erbes" spielt nicht zufällig eine so gewichtige Rolle in der Diskussion. Darüber hinaus kann nicht übersehen werden, daß der durch die Tür hinausgeworfene Kolonialismus oft genug in der Form des Neokolonialismus durchs Fenster in die ehemaligen Kolonien wieder hineinsteigt. Ohne die Diskussion um die Definition dieser Erscheinung neu aufzunehmen - dies ist an anderer Stelle ausgiebig geschehen -, kann doch gesagt werden, daß der Neokolonialismus der Versuch der kolonialistischen Kräfte und Mächte ist, sich auf die neue Situation einzustellen. Diese neue Lage ist vor allem durch die politische Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien bzw. zum Teil auch bereits durch ihre formale Selbständigkeit oder alle möglichen Abstufungen zwischen diesen beiden Polen gekennzeichnet, jedenfalls durch die Existenz der neuen Staaten - bei Fortbestehen oder teilweise Fortbestehen ihrer ökonomischen Abhängigkeit.

Der Neokolonialismus ist ja auf ökonomischem Gebiet die direkte Fortsetzung der alten kolonialen Ausbeutung - oft sogar viel effektiver als diese. Wenn wir etwa die Kapitalanlagen der imperialistischen Mächte in Übersee betrachten, so haben sich diese mit dem Ende der alten Kolonialherrschaft nicht etwa verringert, sondern sind im Gegenteil sprunghaft angewachsen. Das ökonomische Engagement des Imperialismus in den ehemaligen Kolonien ist stärker denn je, und es könnte scheinen, daß mit dem Ende der alten Formen der direkten politischen Herrschaft die Kolonien als Kapitalanlagensphären erst richtig entdeckt worden sind - einer der Widersprüche der an Widersprüchen so reichen Welt des Imperialismus.³

³ Allerdings wird das Bild schon anders, wenn man die Entwicklung von Investitionen im kolonialen Bereich und in den imperialistischen Ländern selbst gegenüberstellt. Außerdem muß natürlich berücksichtigt werden, daß die Investitionen der Imperialisten nicht nur von ökonomischen Gesichtspunkten bestimmt werden, sondern z. B. auch vom Bestreben, die neuen Staaten politisch in der Einflußsphäre des Imperialismus zu halten

Trotzdem kann nicht übersehen werden, daß die Kapitalausfuhr neben der Rohstoffbeschaffung schon von Beginn der imperialistischen Kolonialpolitik an konstitutive Elemente waren. "Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von Waren kennzeichnend; für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von Kapital kennzeichnend geworden", stellte Lenin fest.⁴ Und als Ursache dieser Entwicklung gibt er an: "Erstens Monopolverbände der Kapitalisten in allen Ländern des entwickelten Kapitalismus; zweitens Monopolstellung der wenigen überaus reichen Länder, in denen die Akkumulation des Kapitals gewaltige Ausmaße erreicht hat. Es entstand ein ungeheurer 'Kapitalüberschuß' in den fortgeschrittenen Ländern."⁵

Wenn hier die Kapitalausfuhr in die kolonialen Gebiete als wesentliches Element der imperialistischen Kolonialpolitik aufgefaßt wird, so heißt das natürlich nicht, daß "Kapitalexport" und "Imperialismus" einfach Synonyme sind, wie dies manchmal behauptet wird, ebensowenig wie "Kolonialismus" und "Imperialismus" gleichzusetzen sind.

Es zeigt sich jedenfalls, daß trotz sprunghafter und widerspruchsvoller Entwicklung bestimmte Grundzüge der ökonomischen Politik des Imperialismus in den kolonialen Gebieten vor und nach der Liquidierung des alten Kolonialsystems sich gleichgeblieben sind. Nach wie vor sind die betreffenden Länder hauptsächlich als Kapitalanlagensphären und als Rohstofflieferanten für die sogenannten Metropole interessant - und selbstverständlich daneben auch als Warenabnehmer. Es gibt daher nicht den mindesten Grund, die Leninschen Feststellungen in bezug auf die imperialistische Kolonialpolitik in Zweifel zu ziehen, obwohl dies von gewisser Seite immer wieder versucht wird.⁶

angesichts einer ständig erstarkenden sozialistischen Welt. Doch das alles ändert nichts an der zunächst frapperenden Tatsache des enormen absoluten Wachstums der betreffenden Kapitalanlagen.

4 Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 244.

5 Ebenda, S. 245.

6 So ist ein kürzlich von H. U. Wehler herausgegebener Sammelband Imperialismus offensichtlich - trotz mancher Kaschierungsversuche, z. B. durch Aufnahme eines Autors aus der DDR - der Widerlegung der Leninschen Theorie gewidmet. (Imperialismus, hg. v. H. U. Wehler, Köln/(West-)Berlin 1970 = Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 37.) Es finden sich dort solche Formulierungen, wie die, daß Lenin "die doktrinaire Starrheit eines orthodoxen Marxisten mit der Flexibilität eines über einen erstaunlichen praktischen politischen Verstand verfügenden Kesselflickers verband." (Meyer, Alfred G., Lenins Imperialismustheorie, in: Imperialismus, a. a. O., S. 134.) Derselbe Verfasser versucht auch, Lenin theoretische Ansichten zu unterstellen, die dieser niemals hatte, z. B.: "Diese Expansion des Kapitalismus wird als Imperialismus bezeichnet" (ebenda, S. 127) oder: "Der Imperialismus, wie ihn Lenin sah, besteht aus den 'klassischen' Merkmalen des Kapitalismus übertragen auf die internationale Ebene." (Ebenda, S. 131.) Wehler selbst behauptet: "Unbestreitbar halten einige Stücke der Leninschen Theorie einer empirischen Überprüfung nicht stand (z. B. 'Imperialismus ist Kapitalexport', seine Auffassung vom amerikanischen Imperialismus, auch ist seine chronologische Periodisierung in der Imperialismusschrift von 1916 gewiß zu starr, seine Polemik, dem politischen Ziel des Traktats entsprechend oft grob und mit moralischen Vorwürfen verknüpft usw..." (Ebenda, S. 101.) Der gesamte Band strotzt von böartigen Tiraden und Unterstellungen, von Behauptungen über Lenins angeblichen "Dogmatismus", seiner - nach Wehlers Ansicht - gedankenlosen (!) Benutzung der Formulierung "Politik des Imperialismus" (S. 148) bis hin zu der These: "Der Leninismus ist ein Marxismus, der von immensen Zweifeln bedrängt wird - einem Mißtrauen gegenüber der Geschichte, den Massen und sogar der bewußten Führung". (Ebenda, S. 150.) Dies alles in einem Band, der vorgeblich der Analyse des Imperialismus gewidmet sein soll!

Die Wandlungen in der ehemaligen kolonialen Welt wirken aber nicht nur auf die praktische Politik und Wirtschaftspolitik, sondern auch auf die Geschichtsschreibung. Was die marxistische Historiographie angeht, zu der auch die Arbeiten von Ballhaus gehören, so gibt es hier allerdings keine sensationellen Wendungen. Die Marxisten haben immer, so wie sie es auch gegenwärtig tun, den Kampf der kolonialen Völker um ihre Befreiung unterstützt, wobei die Historiker dies unter anderem durch eine objektive Untersuchung des Kolonialismus seit seinen Anfängen zu verwirklichen suchten. Der Beitrag der Historiker der DDR auf diesem Gebiet ist allen Fachleuten bekannt und wird selbst in der bürgerlichen Literatur mindestens insoweit akzeptiert, als er nicht mehr verschwiegen werden kann. Die Bibliographie jedes Buches in der kapitalistischen Welt zum Thema legt Zeugnis dafür ab. Aber die Aufdeckung historischer Wahrheit ist, wie jeder Marxist weiß, ein Prozeß, der natürlich Diskussionen unter weltanschaulich Gleichgesinnten möglich macht, ja der die Austragung von Meinungsverschiedenheiten auch unter ihnen erfordert.

Ganz anders ist die Situation unter den Kolonialhistorikern in den kapitalistischen Ländern, insbesondere der BRD. Lange Jahre hat man zum Thema Kolonialgeschichte entweder Schweigen bewahrt oder den alten Apologeten der Kolonialherrschaft das Feld überlassen. Auf dieses Phänomen ist verschiedentlich hingewiesen worden. Doch seit einiger Zeit tut sich etwas Neues. Es erscheinen auch in der Bundesrepublik Arbeiten, die sich wenigstens kritisch mit einigen Aspekten der deutschen Kolonialgeschichte auseinandersetzen, so etwa die Bücher von Karin Hausen⁷ oder Detlef Bald⁸. Wieso diese Wandlung, die übrigens in auffälliger Weise mit dem Regierungswechsel in der Bundesrepublik zusammenfällt? Hier soll keinesfalls die subjektive Absicht der Verfasser der genannten Arbeiten zur Diskussion gestellt werden. Es geht vielmehr um die Hintergründe, mit denen sie vielleicht persönlich wenig zu tun haben. Offensichtlich hat eine neue Konzeption der Historiographie an den betreffenden bundesrepublikanischen Instituten Raum gewonnen, eine Konzeption, die doch wohl in engem Zusammenhang mit der neuen elastischen Außenpolitik steht. Man versucht offenbar, sich darauf einzustellen, daß die jungen Nationalstaaten als unumstößlicher Fakt der Weltpolitik existieren und als ein Fakt, mit dem auch die kapitalistische Expansion zu rechnen hat. Die Tatsache, daß der alte Kolonialismus in Übersee absolut undiskutabel geworden ist, läßt jede Verteidigung seiner Methoden, wie man sie vor einiger Zeit noch versuchte, als unklug erscheinen.⁹

Darum muß die neue Linie in der westdeutschen Historiographie zur Kolonialgeschichte richtig verstanden werden. Sie ist gar kein absoluter Bruch mit der Vergangenheit, mag dies den einzelnen der übrigens meist jungen Historiker, die sich neuerdings in der BRD mit der Thematik befassen, auch so scheinen. Zu dieser neuen Taktik gehören aber auch solche Ar-

7 Hausen, Karin, Deutsche Kolonialherrschaft in Afrika. Wirtschaftsinteressen und Kolonialverwaltung in Kamerun vor 1914, Zürich/Freiburg 1970.

8 Bald, Detlef, Deutsch-Ostafrika 1900 - 1914. Eine Studie über Verwaltung, Interessengruppen und wirtschaftliche Erschließung = IFO-Institut für Wirtschaftsforschung München. Afrika-Studien, Bd. 54.

9 In diesem Zusammenhang ist es aufschlußreich, wie von manchen bürgerlichen Autoren sogar versucht wird, die wissenschaftliche Berechtigung des Begriffs "Kolonialismus" überhaupt zu leugnen: "Kolonisation ist ein großer und alter Gegenstand der historischen Forschung. Das Wort 'Kolonialismus' scheint mir dagegen von den internationalen Rednertribünen zu stammen, wo Diplomaten und Propagandisten die psychologischen Kriege von heute führen; nach meinem Geschmack hat es den Basic-Charakter des für Simultanübersetzungen gebrauchsfähigen internationalen Vokabulars der Weltorganisationen, in dem die Suggestivkraft der Schlagwörter in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Genauigkeit steht." (Vgl. Lüthy, H., Die Kolonisation und die Einheit der Geschichte, in: Imperialismus. a. a. O., S. 42.)

beiten, wie die von Wehler.¹⁰ Hier wird, meiner Ansicht nach, allerdings schon viel absichtsvoller die wendigere Linie der westdeutschen Großbourgeoisie historiographisch reflektiert. Ganz beußt wird von diesem Autor der Versuch gemacht, sich von der Kolonialpolitik des Kaiserreichs ideologisch abzusetzen, nicht, indem man sie direkt kritisiert, sondern sie von Anbeginn dem Imperialismus zuordnet, den man durch zeitliche Vorverlegung und Trennung von seinem monopolistischen Gehalt als eine überwundene Epoche oder Politik behandelt. Die Leninsche Definition des Imperialismus als Kapitalismus auf seiner monopolistischen Stufe versucht man dabei als "dogmatisch" abzutun; Bismarck, der typische Repräsentant der Ära des Kapitalismus der freien Konkurrenz, wird durch einen Taschenspielertrick zum "Imperialisten".¹¹ Diese Methodik ist an sich nichts Neues. Schon Lenin setzte sich mit Kautsky auseinander, der geschrieben hatte: "Der Imperialismus ist ein Produkt des hochentwickelten Kapitalismus. Er besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres agrarisches Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welcher Nation es bewohnt wird."¹² Lenin meinte dazu: "Diese Definition taugt rein gar nichts, denn sie ist einseitig, d. h. sie greift willkürlich einzig und allein die nationale Frage heraus ..."¹³ Im folgenden ging Lenin dann auf die ökonomische Seite des Imperialismus ein und zeigte, daß für den Imperialismus eben nicht das Industriekapital, sondern das Finanzkapital charakteristisch ist: "Wesentlich ist, daß Kautsky die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik trennt, indem er von Annexionen als der vom Finanzkapital 'bevorzugten' Politik spricht und ihr eine angeblich mögliche andere bürgerliche Politik auf derselben Basis des Finanzkapitals entgegenstellt. Es kommt so heraus, als ob die Monopole in der Wirtschaft vereinbar wären mit einem nicht-monopolistischen, nichtgewalttätigen, nichtannexionistischen Vorgehen in der Politik."¹⁴

Außerordentlich bedeutsam für die Diskussion der noch zu erörternden Fragen scheint mir zu sein, daß Lenin hier den Begriff des Finanzkapitals in engem Zusammenhang mit dem Monopolbegriff setzt. Sehr wichtig ist auch der kurz vorher von Lenin geäußerte Hinweis: "Ganz und gar unernt ist der von Kautsky entfachte Streit um Worte, nämlich ob das jüngste Stadium des Kapitalismus als Imperialismus oder als Stadium des Finanzkapitals anzusprechen sei. Man nenne es wie man will - darauf kommt es nicht an."¹⁵ Diese Bemerkungen Lenins sind meiner Meinung nach nicht nur eine schlagende Beweisführung gegen Kautsky

10 Siehe Wehler, H. U., Bismarck und der Imperialismus, Köln/Berlin 1969. - In einer anderen Arbeit spricht Wehler ausdrücklich von "der Epochengrenze von 1945, mit der das Zeitalter des Imperialismus im Sinne unserer Konzeption einen Abschluß erreicht hat..." (Vgl. Imperialismus, a. a. O., S. 28 f.)

11 Die Vergewaltigung der Geschichte durch Wehler bringt selbst den bürgerlichen Historiker Hallgarten in Harnisch, der schreibt: "Die Meinung mancher Forscher, es habe sich hier, wie das schließliche wirtschaftlich geradezu lächerliche Ergebnis beweise, um den Versuch einzelner in den Kolonialorganisationen führender Kapitalistengruppen gehandelt, den Kolonialrausch für spekulative Zwecke auszunützen, wird von ihm (Wehler - d. V.) mit souveräner Verachtung abgetan, worauf er im Text, ohne sich um diesen seinen Einspruch zu kümmern, im Grunde die gleiche Geschichte erzählt." (Hallgarten, George W. F., War Bismarck ein Imperialist? in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Nr. 5/1971, S. 260.) "Unleugbar war das Bismarcksche Reich der Spätzeit, das des Schutzzolls, der Kartelle und der manipulierten Ausfuhr verschieden von dem der frühen Jahre. Vielleicht mag man hier von 'verpreußtem Kapitalismus' oder auch von 'Imperialismus-Ersatz' sprechen, doch sicher nicht vom Imperialismus als solchem, geschweige denn vom Sozialimperialismus." (Ebenda, S. 264 f.)

12 Die Neue Zeit, Nr. 2/1914, S. 909, zit. bei: Lenin, W. I., a. a. O., S. 272.

13 Lenin, W. I., a. a. O., S. 272.

14 Ebenda, S. 274.

15 Ebenda.

und den Kautsky fünfundfünfzig Jahre später nachahmenden Wehler, sondern sie geben uns auch eine gute Einführung zum Verständnis bestimmter Probleme, über die hier noch Ausführungen zu machen sind. Nicht um ein Spiel mit Worten geht es auch im vorliegenden Fall, nicht darum, ob man den Begriff des "aufkommenden Finanzkapitals"¹⁶ oder des "entstehenden Finanzkapitals" oder endlich bloß nackt des "Finanzkapitals"¹⁷ mit mehr oder weniger Berechtigung verwenden kann, sondern um den Nachweis, ob "die Monopole" hinter der Kolonialexpansion der achtziger Jahre standen oder nicht standen - nicht stehen konnten, weil sie nämlich noch kaum existierten. Es kommt also darauf an, was Lenin meint, wenn er von "derselben Basis" des Finanzkapitals spricht, das heißt auf die monopolistische Basis.

Die besonderen Bedingungen, unter denen sich die deutsche Kolonialexpansion der achtziger Jahre entwickelte, scheinen allerdings immer wieder Möglichkeiten der Fehlinterpretation oder des Irrtums zu eröffnen. In der von Ballhaus angeführten Arbeit¹⁸ ist seinerzeit versucht worden, diese besonderen Bedingungen darzulegen, die vor allem darin bestanden, daß in der Übergangsperiode vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, aber noch vor dem Entstehen der Monopolorganisationen, der deutsche Kapitalismus, getrieben von der Notwendigkeit des Kampfes um die Entwicklung des nationalen Marktes und des Drucks der Krisensituation, in den siebziger Jahren zur Kolonialpolitik überging. Dabei muß diese Kolonialpolitik in engem Zusammenhang mit der Schutzzollpolitik, der Auswanderungsfrage und bestimmten innenpolitischen Problemen, vor allem dem Bedürfnis zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung, gesehen werden. In der Arbeit heißt es unter anderem: "Entscheidend für den Eintritt Deutschlands in die Reihe der Kolonialmächte ist die ökonomische Entwicklung Deutschlands in den ersten eineinhalb Jahrzehnten nach der Reichsgründung. Der sich nach 1870 mächtig entfaltende Kapitalismus hatte schon lange vor 1870 ein Stadium erreicht, in dem die ihm innewohnenden Widersprüche stark hervortraten. Die wachsenden Produktivkräfte, die sich entwickelnde Industrie stießen immer wieder an die ihnen durch die Produktionsverhältnisse gesetzten Grenzen. Die schwere zyklische Krise, von der die deutsche Wirtschaft schon wenige Jahre nach der Reichsgründung heimgesucht wurde, und die darauf folgende, bis 1879 anhaltende Depression machten der deutschen Bourgeoisie schwer zu schaffen. Überhaupt spielte das Marktproblem, hervorgerufen durch den Gegensatz der ansteigenden industriellen Erzeugung zu den infolge der beschränkten Kaufkraft der arbeitenden Schichten begrenzten Absatzmöglichkeiten, fast vom Tage der Reichsgründung an - wenn man von der kurzen Gründerperiode absieht - eine Rolle in der öffentlichen Diskussion und bei den staatlichen Maßnahmen ... Daher ging man 1879 zum Schutzzoll über, sicherte sich Handelsvereinbarungen mit überseeischen Ländern und schritt schließlich zur offiziellen Besetzung kolonialer Territorien. Wilhelm Liebknecht, einer der hervorragendsten Führer der deutschen Sozialdemokratie, wies auf die den Kolonien zugeordnete Rolle als Remedium für wirtschaftliche Nöte des damaligen Deutschland hin ... Die ökonomischen Widersprüche des Kapitalismus der siebziger und achtziger Jahre - das waren die Basis und der Nährboden des kolonialen Enthusiasmus."¹⁹ Dieser Zusammenhang wurde dann unter anderem von Wehler noch einmal sehr ausführlich entwickelt und mit sehr reichem Material belegt²⁰, allerdings auch in das absurde Schema von einem

16 Ballhaus, Jolanda, a. a. O., S. 102.

17 Ebenda, S. 106.

18 Nussbaum, Manfred, Vom "Kolonialenthusiasmus" zur Kolonialpolitik der Monopole, Berlin 1962.

19 Ebenda, S. 42 f.

20 Vgl. Wehler, H. U., Bismarck und der Imperialismus, a. a. O., S. 22; "Das permanente Wachstum führt angesichts der Tatsache, daß zwar eine immanente Tendenz zum Ausbau von Überkapazitäten besteht, der Binnenmarkt sich jedoch nur allmählich und keineswegs proportional zum Entwicklungstempo der Leitsektoren ausweitet, zur wirt-

Bismarckschen "Imperialismus" gezwängt - eines Imperialismus ohne Monopole! Doch auf diese Problematik soll hier nicht weiter eingegangen werden; das ist an anderer Stelle bereits geschehen.²¹ Doch während Wehler die Bismarcksche Kolonialpolitik als "Imperialismus ohne Monopole" zu klassifizieren versucht - natürlich ohne diese Formulierung zu gebrauchen -, unternimmt es jetzt Ballhaus, diese Kolonialpolitik von einer anderen Seite her unter den Begriff des Imperialismus zu subsumieren. Sie versucht, die "monopolistischen" Chartergesellschaften, die in jenen Jahren eine große Rolle in den Kolonien spielten, mit der Tatsache des aufkommenden Imperialismus, das heißt der Stufe des monopolistischen Kapitalismus in der Weise in Verbindung zu bringen, als ob es sich um die Kolonialpolitik "der Monopole" gehandelt hätte. Ballhaus meint, daß die Chartergesellschaften in den deutschen Kolonien im wesentlichen aus folgenden Gründen bereits monopolkapitalistisch gewesen seien (ich versuche hier, ihre Argumentation zusammenfassend zu systematisieren):

1. Sie wären in der Epoche des aufkommenden Imperialismus entstanden: "Zu Beginn der achtziger Jahre wandelte sich die Situation. Der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus hatte begonnen ... Im Zusammenhang damit sind auch die Chartergesellschaften Ende des 19. Jahrhunderts zu betrachten."²²
2. Sie wären unter Beteiligung des Finanzkapitals gegründet und betrieben worden. Die Verwendung dieses Begriffs ist bei Ballhaus allerdings nicht ganz eindeutig. Heißt es auf Seite 102 noch vorsichtig "aufkommendes Finanzkapital", so ist auf Seite 106 schließlich nur noch nackt und bloß vom "Finanzkapital" die Rede.
3. Die Chartergesellschaften vertraten "monopolistische Prinzipien". "Die privilegierten und konzessionierten kolonialen Landgesellschaften, die Ende des 19. Jahrhunderts entstanden, brachten - ihrem monopolistischen Charakter entsprechend - Tendenzen des sich herausbildenden Monopolkapitalismus zum Ausdruck."²³

Im folgenden werde ich versuchen, auf diese drei Argumente einzugehen.

Zunächst zu 1. Die Tatsache, daß es sich bei dem in Betracht kommenden Zeitraum um die Übergangsepoche vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus handelt, ist natürlich unbestritten. Aber daß es sich eben um eine Übergangsepoche handelt, bedeutet doch, daß die Monopole noch nicht den Gesamtcharakter von Ökonomie und Politik bestimmen, daß also auch noch nicht ohne weiteres, das heißt ohne konkrete Analyse, auf einen Charakter der Kolonialpolitik geschlossen werden kann, der von den Monopolen bestimmt wurde. Ebenso wenig kann man aus dem Übergangscharakter der Epoche ohne weiteres schließen, daß irgendein beliebiges Unternehmen, zum Beispiel eine Kolonialgesell-

schaftlichen Expansion über die Grenzen hinaus: Der Warenexport, dem wichtige Industrien öfters den Aufstieg in eine Schlüsselstellung verdanken, wendet sich gewinnbringenden Außenmärkten zu." "Was man herkömmlicherweise Bismarcks 'Kolonialpolitik' genannt hat, umfaßt - wie zu zeigen sein wird - nur einen Ausschnitt aus diesen zielstrebigem konjunkturpolitischen Bemühungen, der deutschen Industrie gesicherte Absatzmärkte zu verschaffen." (Ebenda, S. 186.) Die zwischen diesen beiden zitierten Stellen liegenden Seiten und noch viele mehr hat Wehler der expliziten Ausbreitung dieser Bedingungen des deutschen Kapitalismus der achtziger Jahre gewidmet, eines Kapitalismus, der vorwiegend noch durch die "freie Konkurrenz" bestimmt war und dessen Hauptproblem in der Suche nach Möglichkeiten für den Export von Waren lag. Hierin zeigt sich aber eben auch die Abwegigkeit der Klassifizierung als "Imperialismus".

21 Siehe Nussbaum, Manfred, Ökonomie, Politik und Kolonialpolitik. Bemerkungen zu H. U. Wehler: Bismarck und der Imperialismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 3.

22 Ballhaus, Jolanda, a. a. O., S. 98.

23 Ebenda, S. 115.

schaft, ein Monopolunternehmen im modernen Sinne gewesen sei.²⁴ Man muß darauf hinweisen, daß man sich durch den gelegentlich verwendeten Begriff der "kolonialen Monopolgesellschaft" oder "monopolistischen Kolonialgesellschaft" nicht verwirren lassen darf. Die betreffenden Kolonialgesellschaften hatten ein vom Staat verliehenes juristisches Monopol zur Ausbeutung des jeweiligen Gebietes. Dieses Monopol hat wenig zu tun mit dem auf ökonomischer Stärke beruhenden, aus dem Umschlag von freier Konkurrenz hervorgegangenen Monopol, das für die imperialistische Epoche typisch ist. Im Gegenteil: Marx hat nachgewiesen, daß der Entfaltungsprozeß des Kapitalismus über folgende Etappen verläuft: Monopol (mittelalterliches, juristisch fixiertes) - freie Konkurrenz - modernes Monopol (im Zuge der Akkumulation des Kapitals und der Konzentration der Produktion entstandenes).²⁵

Insofern sind tatsächlich die kolonialen "Monopolgesellschaften" viel eher, jedenfalls von ihrer eigenen Form her, einer früheren Stufe der Entwicklung zuzurechnen als dem Monopolkapitalismus. Das beweist übrigens auch die Tatsache, daß diese "Monopolgesellschaften" sich in den Kolonien nach 1884 nur relativ kurze Zeit halten konnten und bald durch "freie Konkurrenz" abgelöst wurden. Sie wurden beseitigt, weil sie nicht den Erfordernissen der neuen Entwicklungsstufe des deutschen Kapitalismus entsprachen, sondern deutlich ein Hindernis für die wirtschaftliche Ausbeutung der Kolonien darstellten. Ihre Methoden und ihre ökonomischen Ziele konnten von den Monopolen nicht übernommen werden.

Trotzdem soll ein Zusammenhang zwischen dem Übergangscharakter der Epoche und der Kolonialpolitik nicht abgestritten werden. Auf diesen recht komplizierten Zusammenhang habe ich hinzuweisen versucht, sowohl durch die Darstellung der Widersprüche jener Epoche wie auch der Beziehungen zum Großkapital bzw. zum Bankkapital, der Rolle Hansemanns und der Disconto-Gesellschaft. Aber dieser Zusammenhang ist eben widersprüchlich und kompliziert. Er läßt sich nicht mit der These vom "monopolistischen Charakter" der Kolonialgesellschaften erklären. Der Zusammenhang besteht nicht zuletzt darin, daß die Kolonialpolitik Englands, wo "gewisse imperialistische Züge der Entwicklung bedeutend früher als in anderen Ländern zutage traten"²⁶, eine gewisse Wirkung auf expansionslüsterne Kreise in Deutschland ausübte. Ohne daß Deutschland selbst schon in das imperialistische Stadium des Kapitalismus eingetreten war, hielten bestimmte Teile der Bourgeoisie und kleinbürgerliche Ideologen, angespornt durch das englische Beispiel, eine koloniale Expansion für nötig und nützlich für den deutschen Kapitalismus. Sie versprachen sich davon vor allem neue Märkte. Eben das spielte in der Krisensituation zu Beginn der achtziger Jahre eine große Rolle und nicht etwa eine speziell monopolkapitalistische Motivierung für koloniale Eroberungen.

Zum zweiten Argument, daß die Kolonialgesellschaften deswegen monopolistisch gewesen seien, weil an ihnen das Finanzkapital beteiligt war, ergibt sich zunächst einmal eine methodologische Frage: Bedeutet die personelle oder finanzielle Beziehung und Verflechtung eines Unternehmens tatsächlich bereits, daß dieses Unternehmen selbst monopolistischen

24 Dieser Schluß ist nicht einmal in der Epoche des vollendeten Übergangs zu Imperialismus erlaubt. Auch hier existieren neben den Monopolen noch zahlreiche nichtmonopolistische Unternehmen, ja ganze Industriezweige, die überhaupt nicht monopolistisch organisiert sind.

25 Im "Elend der Philosophie" schrieb Marx: "Herr Proudhon spricht nur vom modernen Monopol, das durch die Konkurrenz geschaffen wird, aber wir wissen alle, daß die Konkurrenz aus dem feudalen Monopol hervorging. So war die Konkurrenz ursprünglich das Gegenteil des Monopols und nicht das Monopol das Gegenteil der Konkurrenz. Das moderne Monopol ist somit nicht eine einfache Antithese, sondern im Gegenteil die wahre Synthese." (Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 163.)

26 Lenin, W. I., a. a. O., S. 307.

Charakter besitzt? Muß man nicht vielmehr die eigentliche ökonomische Aktivität eines Unternehmens untersuchen, seine ökonomische Stärke, das heißt seine Stellung im Produktions- oder Austauschprozeß, seine Marktposition usw.? Dies alles scheint mir viel wichtiger zu sein, als der Nachweis, daß dieser oder jener große Kapitalist für ein Unternehmen ein paar Tausend Mark hergegeben hat, wie das ja im Fall der Kolonialgesellschaften tatsächlich der Fall war, wo man auf die patriotische Verpflichtung hinwies, um kapitalkräftige Geldgeber zu interessieren. Diese Problematik der tatsächlichen Bestimmung des Monopolcharakters eines Unternehmens geht vielleicht über den Rahmen der Diskussion der Kolonialpolitik hinaus und wirft grundsätzliche methodologische Fragen auf, die auch andere Autoren betreffen. Doch scheint es mir nicht unbedingt nötig zu sein, diese Problematik im gegebenen Rahmen weiter zu erörtern, da mir die These von Ballhaus auch in anderer Hinsicht zweifelhaft erscheint. Ich meine den wiederholten Hinweis auf das Finanzkapital überhaupt, von dem ja der monopolistische Charakter der Kolonialgesellschaften stammen soll. Aber was bedeutet hier eigentlich "Finanzkapital"? Offenbar - jedenfalls muß man dies aus der ganzen Anlage und Beweisführung im Aufsatz von Ballhaus schließen - ist dort davon ausgegangen worden, daß unter Finanzkapital die enge Verbindung von Industrie- und Bankkapital zu verstehen ist, die die Disconto-Gesellschaft zu dieser Zeit, das heißt in den achtziger Jahren, tatsächlich repräsentierte. Aber hier liegt meines Erachtens ein entscheidender Irrtum. Dieser Irrtum besteht nicht darin, daß die Disconto-Gesellschaft als Verbindung von Industrie- und Bankkapital angesehen wird. Die stellte sie ja tatsächlich dar. Der Irrtum besteht vielmehr vor allem darin, daß diese Verbindung als Finanzkapital gesehen und bezeichnet wird, was sie tatsächlich nicht war. Was ist der Unterschied? Die Verbindung von Industrie- und Bankkapital bzw. die Finanzierung von Industrieunternehmen durch Banken ist nichts Neues, was mit dem Imperialismus erst entsteht. Diese Erscheinungen haben wir ja doch schon viel früher. Denken wir nur an den berühmten *Crédit mobilier* in den fünfziger Jahren, der sozusagen das Vorbild der Finanzierungsbanken des sich entfaltenden Kapitalismus darstellt. Diese Kapitalverbindung kann aber nicht als "Finanzkapital" im leninschen Sinne bezeichnet, sondern bestenfalls als Vorläufer des modernen Finanzkapitals angesehen werden, weil ihr nämlich eine entscheidende Voraussetzung noch fehlt. Erst auf einer höheren Stufe der Entwicklung erfolgt der qualitative Umschlag zum Finanzkapital, nämlich erst dann, wenn sich in der industriellen Basis der Gesellschaft die Monopole gebildet haben, mit denen das Bankkapital verschmolzen oder verbunden ist. Solange aber diese, aus dem Prozeß der Konzentration der Produktion und des Kapitals herausgewachsenen Monopole noch nicht existieren, befinden wir uns auf einer früheren Stufe der kapitalistischen Entwicklung, und die Anwendung des Begriffs Finanzkapital kann nur zu Verwirrung führen. Es sei mir gestattet, hier auf Ausführungen Lenins zum Thema aufmerksam zu machen. Lenin führt dazu zunächst die Definition Hilferdings an, der schrieb: "Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie gehört nicht den Industriellen. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Andererseits muß die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital."²⁷ Lenin schreibt dazu, noch einmal Hilferding zitierend: "Das Finanzkapital ist also 'Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen'." Und fährt dann fort: "Diese Definition ist insofern unvollständig, als ihr der Hinweis auf eines der wichtigsten Momente fehlt, nämlich auf die Zunahme der Konzentration der Produktion und des Kapitals in einem so hohen Grade, daß die Konzentration zum Monopol führt und geführt hat ... Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie - das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses

Begriffs.²⁸ Und an anderer Stelle sagt Lenin: "Denn das Finanzkapital ist das große, zum Monopol fortentwickelte Industriekapital, das sich mit dem Bankkapital verschmolzen hat."²⁹ Diese Formulierungen sind eindeutig. Für Lenin, wie für jeden ökonomisch gebildeten Marxisten kann kein Zweifel daran bestehen, daß vom Finanzkapital nur dann die Rede sein kann, wenn es sich um eine Verschmelzung von industriellem Monopolkapital mit dem Bankkapital handelt. Wir sind hier gewissermaßen bei einer Schlüsselfrage, da bei Ballhaus die Verbindung der kolonialen Chartergesellschaften zu den Großbanken das Hauptkettenglied der Beweisführung ist. Erinnern wir uns noch einmal an die diesbezüglichen Ausführungen: "Bezeichnend ist, daß an den Chartergesellschaften bereits Kreise des Bank- und Großkapitals maßgeblich beteiligt waren, die den aufkommenden Monopolkapitalismus repräsentierten. Es ist bekannt, daß in den privilegierten Gesellschaften in Deutschland von Anfang an oder doch nach wenigen Jahren die Groß- und Kolonialbanken, die das aufkommende Finanzkapital vertraten - in erster Linie die Disconto-Gesellschaft -, eine vorherrschende Stellung einnahmen."³⁰ Wenn wir also die Prämisse annehmen, daß die personelle oder finanzielle Verbindung zum Finanzkapital bereits den monopolkapitalistischen Charakter eines Unternehmens ausmacht - eine Prämisse, die, wie gesagt, selbst in Zweifel gezogen werden kann -, so käme es jetzt darauf an, nachzuweisen, daß das seinerzeitige Bankkapital, vor allem die Disconto-Gesellschaft, zu dieser Zeit bereits Finanzkapital im Sinne der Leninschen Definition darstellte. Das heißt, die Disconto-Gesellschaft müßte an aus dem Konzentrationsprozeß hervorgegangenen industriellen Monopolen beteiligt bzw. mit solchen verflochten gewesen sein.

Da Ballhaus eine entsprechende Untersuchung nicht vorgenommen hat, soll dies hier nachgeholt werden. Kann die Disconto-Gesellschaft in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts als "Finanzkapital" bezeichnet werden?

Bekanntlich wurde die Disconto-Gesellschaft im Jahre 1851 als Kreditgesellschaft mit vorwiegend genossenschaftlichem Charakter gegründet. Als Vorbild diente der Brüsseler Kreditverein Union du Crédit.³¹ 1856 erfolgte die Umwandlung in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien unter dem Firmennamen "Direction der Disconto-Gesellschaft". In dieser Zeit entstanden in Deutschland eine ganze Reihe von Bankinstituten, die es sich zur Aufgabe machten, industrielle Unternehmungen zu gründen oder zu finanzieren, weswegen sie allgemein Crédit-mobilier-Banken genannt wurden.³² Damals entstanden schon die engen Verbindungen zwischen den Banken und der Schwerindustrie, die, wie Obermann schreibt, "für

²⁸ Ebenda.

²⁹ Lenin, W. I., Über eine Karikatur auf den Marxismus, in: Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 39.

³⁰ Ballhaus, Jolanda, a. a. O., S. 102. - Hierbei ist zu bemerken, daß die Formulierung "aufkommendes Finanzkapital" für ein bestimmtes Stadium der Entwicklung unter Umständen zu akzeptieren wäre, wenn sie bedeuten würde, daß Monopole oder "monopolistische Prinzipien" hier noch nicht involviert sind. Aber das eben scheint Ballhaus nicht zu sehen. Ein ähnliches Vorgehen wie das ihre wäre es, wenn ich eine Raupe als "aufkommenden Schmetterling" bezeichnen und von dieser Begriffsbildung ausgehend der Raupe Flugeigenschaften beilegen würde. Deswegen hat auch die Bezeichnung "aufkommendes Monopolkapital" wenig Sinn, sie kann die fehlende historisch-ökonomische Analyse nicht ersetzen.

³¹ Weber, H., Bankplatz Berlin, Köln/Opladen 1957, S. 78.

³² Diese Bezeichnung des 1852 gegründeten französischen Finanzierungsinstituts wurde somit verallgemeinert. Vgl. Riesser, Jacob, Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken mit besonderer Rücksicht auf die Konzentrationsbestrebungen, Jena 1905, S. 34; Krasensky, H., Kurzgefaßte Bankgeschichte, Stuttgart 1968.

Deutschland typisch geworden sind".³³ Abgesehen von dem staatlichen Finanzierungs- und Eisenbahngeschäft, investierte die Disconto-Gesellschaft vornehmlich im Eisenhüttenwesen und im Bergbau. Später gehörten zu den typischen industriellen Verflechtungen der Bank auch die Elektro-, Maschinenbau- und Kaliindustrie.³⁴

Die Beteiligung an der Elektroindustrie setzte erst 1890 ein, als die Disconto-Gesellschaft gemeinsam mit anderen Banken die "Internationale Druckluft- und Elektrizitätsgesellschaft" gründete, die "eine Kombination von Dampfkraft und komprimierter Luft für elektrische Beleuchtung und motorische Zwecke sowie der Errichtung von Kältekammern als Nebenbetrieb bezweckte."³⁵ Ab 1893 stieg die Bank bei Siemens & Halske und weiteren Elektrizitätunternehmungen ein.

Diese Aktivitäten können also noch keinen Einfluß auf die Kolonialpolitik der achtziger Jahre gehabt haben.

In der Tat lag der industrielle Schwerpunkt der Disconto-Gesellschaft zunächst im Eisenhüttenwesen und Bergbau. So erwarb die Bank den direkten Besitz an dem Berg- und Hüttenunternehmen "Henrichshütte", die dann mit der von dem Spekulantem Stroussberg übernommenen "Dortmunder Hütte" und dem Werk "Neu-Schottland" zur "Dortmunder Union" vereinigt wurde.³⁶ Eng verbunden war die Bank mit der Gelsenkirchener Bergwerks A. G., die unter ihrer Führung 1873 gegründet wurde. Die Disconto-Gesellschaft war nicht nur die älteste der Berliner Großbanken; sie verfügte auch etwa vier Jahrzehnte lang über das größte Eigenkapital unter den deutschen Kreditbanken und bildete um die Jahrhundertwende zweifellos einen wichtigen Faktor des deutschen Finanzkapitals. "Aus einem 1851 bescheiden auftretenden 'Vermittler' wurde ein 'allmächtiger Monopolinhaber', der einen weitgehenden Einfluß auf die verderbliche Entwicklung Deutschlands ausgeübt hat."³⁷ Diese mächtige Stellung der Disconto-Gesellschaft war nicht zuletzt auch ein Ergebnis des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses innerhalb der Banken selbst, der 1895 zur Übernahme der Norddeutschen Bank und 1914 zur Fusion mit dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein führte.

Wenn also die Disconto-Gesellschaft sich neben ihrem Engagement im Eisenbahnwesen vor allem in der eisenerzeugenden Industrie und im Kohlebergbau mit Kapitalanlagen beteiligte, so muß jetzt untersucht werden, wie weit der Prozeß der Monopolisierung in diesen beiden Industriezweigen im betreffenden Zeitraum gediehen war. In diesen beiden Zweigen haben wir auch die meiste Aussicht, frühzeitig auf wichtige Monopole zu treffen, weil die Art ihrer Produktion die Monopolisierung begünstigte. Dazu meint Sonnemann völlig richtig: "Die stärksten Monopole werden immer und zuerst in solchen Industriezweigen entstehen, die eine relativ geringe Zahl von Waren gleichförmiger Qualität herstellen, durch den Einfluß der Technik, neuer Produktionsverfahren usw. einen so hohen Grad der organischen Zusammensetzung des Kapitals aufweisen, daß die Kosten für die Neuanlage des fixen Kapitals nur von wenigen Kapitalisten aufgebracht werden können. Die Kartellierung, Bildung von Syndikaten und Vertrustung setzt immer einen bestimmten Grad der Konzentration und Zentralisation

33 Obermann, Karl, Die Rolle der ersten deutschen Aktienbanken in den Jahren 1848 bis 1856, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 2, S. 56.

34 Das Kalisyndikat wurde 1879 gegründet, hatte aber keine Wirkung auf die Kolonialpolitik, ebensowenig wie andere frühe Monopole in der chemischen Industrie, die meist sogenannte Liliput-Monopole darstellten. Vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiterklasse unter dem Kapitalismus, Bd. 14: Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962, S. 121.

35 Die Disconto-Gesellschaft 1851 bis 1901, Denkschrift zum 50jährigen Jubiläum, Berlin 1901, S. 180.

36 Siehe Lindenberg, Otto, 50 Jahre Geschichte einer Spekulationsbank. Ein Beitrag zur Kritik des deutschen Bankwesens, Berlin 1903, S. 11 ff.

37 Obermann, Karl, a. a. O., S. 75.

voraus. Darum war die Eisenindustrie von vornherein für den schnellen Übergang zur Monopolisierung prädestiniert.³⁸ Tatsächlich kommt als stimulierender Faktor der Monopolisierung nach 1879 für die deutsche Eisenindustrie die Einführung der Schutzzölle hinzu, die sich in dieser Richtung als äußerst wichtig erwies. Trotzdem aber währte es noch Jahre, bis es in dieser Industrie zur Monopolisierung kam. Nach 1879 bildeten sich zwar zahlreiche Kartelle, aber sie waren territorial beschränkt, konkurrierten miteinander und zerfielen sehr oft wieder. Deshalb schreibt Sonnemann nach eingehender Untersuchung dieser Entwicklung: "Es sind noch keine deutschen' Kartelle und Syndikate, solche des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, des Siegener Gebiets, des Lothringisch-Luxemburgischen Comptoirs usw. Sie machen sich gegenseitig heftige Konkurrenz und sind damit nicht in der Lage, ihrem eigentlichen Zweck, die Preise hoch zu halten, gerecht zu werden ... Man kann deshalb die These vertreten, daß bis zur Mitte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts keine Verbände - vielleicht mit Ausnahme des schon genannten 'Lothringisch-Luxemburgischen Comptoirs' - entstanden sind, die wirklich zu marktbeherrschenden Faktoren im Konkurrenzkampf wurden."³⁹ Es ist bekannt, daß das Roheisensyndikat erst 1896, und der Stahlwerksverband 1904 entstanden.

Wie sah es nun im Kohlebergbau aus? Auch hier war die Monopolbildung das Ergebnis eines langwierigen und komplizierten Prozesses, der in den achtziger Jahren überhaupt noch nicht abgeschlossen war. In dieser Periode herrschte vielmehr heftigster Konkurrenzkampf.

Kuczynski zitiert aus einer "Geschichte des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus" über die Zeit nach 1873: "Es begann nunmehr eine Zeit, die, was Konjunktur anbetrifft, zu den traurigsten des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus gehört und im wesentlichen bis in das Jahr 1887 hinein anhielt. Der Absatz nahm während derselben im großen und ganzen zwar zu, aber infolge der durch die Hochkonjunktur der Jahre 1871 bis 1873 hervorgerufenen Erweiterung der Betriebsanlagen und somit Vermehrung der Produktionstätigkeit überwog im allgemeinen das Angebot an Kohlen die Nachfrage. Die Preise nahmen demgemäß einen solchen Stand an, daß es nur den wenigen günstigst arbeitenden Zechen möglich war, etwas Überschuß zu erzielen; es herrschten eben Schleuderpreise ..."⁴⁰ Dies war natürlich alles andere als eine monopolistische Situation. Andererseits trieb sie zur Bildung von Vereinbarungen, und es hat in dieser Zeit nicht an Versuchen gemangelt, zu monopolartigen Zusammenschlüssen zu kommen. Nach vielen Bemühungen entstand dann eine gemeinschaftliche Verkaufsstelle, die ab 1892 folgende Unternehmen umfaßte, die eng mit der Disconto-Gesellschaft verbunden waren: die Gelsenkirchener Bergwerks-A. G., die Bochumer Bergwerks A. G. und die Gewerkschaft Monopol. Diese Gesellschaften förderten etwa 10 Prozent der gesamten Förderung des Ruhrgebietes. So war dies also auch dann noch kein umfassendes Monopol, und Kuczynski spricht zu Recht von einem "Monopollein".⁴¹

1893 wurde dann das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat gebildet, eines der mächtigsten Monopole in Deutschland. Für die Zeit davor aber gilt, daß in den Industriezweigen, mit denen die Disconto-Gesellschaft verbunden war, Monopolbildungen noch keine dauernden,

38 Sonnemann, Rolf, Die Auswirkungen des Schutzzolls auf die Monopolisierung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie 1879 - 1892, Berlin 1960, S. 33.

39 Ebenda, S. 60. - Die relative Wirkungslosigkeit dieser territorialen Verbände zeigte sich in dem starken Preisabfall in den Krisen- und Depressionsjahren. Dazu Sonnemann: "Grundsätzlich gilt für die Krisen- und Depressionsjahre 1891 - 1894 also die gleiche Feststellung wie für die Jahre von 1883 - 1887. Die Kartelle sind selbst mit Unterstützung der Schutzzölle nicht in der Lage, die Preise über den englischen zu halten." (Ebenda, S. 67.)

40 Zit. nach Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 67.

41 Ebenda, S. 89.

sondern vorübergehende Erscheinungen waren. Infolgedessen wird man schwerlich die Disconto-Gesellschaft und die mit ihr verbundenen Kapitalgruppen mit dem Begriff des Finanzkapitals erfassen - bestimmt aber nicht, wenn daraus "monopolistische Prinzipien" in der Kolonialpolitik abgeleitet werden. Darüber hinaus macht die Untersuchung deutlich, daß es im fraglichen Zeitraum in Deutschland überhaupt keine Monopole gab, die ein Interesse an der Kolonialpolitik haben konnten. Weder benötigten sie die Kolonien als Rohstoffbasis, noch hatten sie einen solchen, aus Monopolprofiten herrührenden Kapitalüberschuß, daß sie nach Anlagesphären dafür suchen mußten. Dafür waren sie ja tatsächlich zu unbedeutend.

Wenn nun auch der Nachweis einer Verbindung der Chartergesellschaften zum Finanzkapital im eigentlichen Sinne offensichtlich nicht möglich ist, da solches nicht existierte⁴², so soll doch noch auf einen dritten Punkt eingegangen werden, nämlich, daß die Kolonialgesellschaften "monopolistische Prinzipien" verfolgt hätten. Wenn darunter verstanden werden soll, daß diese Gesellschaften ihre vom Staat verliehenen Privilegien benutzten, um Konkurrenten aus ihrem Gebiet fernzuhalten, so ist das richtig. Aber solche "Monopolgesellschaften" gab es, wie Ballhaus selbst schreibt, schon lange vor der Existenz des Monopolkapitalismus. Was aber ist unter "monopolistischen Prinzipien" im Sinne imperialistischer Kolonialpolitik zu verstehen? Diese Frage zu beantworten, ist auch deswegen nötig, weil Ballhaus meint, daß es offen sei, "welche Art und Weise der Rohstoffgewinnung er (M. N.) für typisch für die monopolkapitalistische Epoche hält."⁴³ Natürlich muß diese Frage beantwortet werden. Dazu sei mir ein Beispiel gestattet: In einer Firmengeschichte des westdeutschen Hoeschkonzerns heißt es, nachdem geschildert wurde, wie das Eisen- und Stahlwerk Hoesch sich nach und nach Hochofenwerke, Kohlengruben und Kokereien angegliedert hatte: "Man hat 1896 Anteile an der Eisenstein-Konzession 'Reichsland' bei Bollingen in Lothringen erworben und beteiligt sich 1906 an der Erzbergbaugesellschaft Jarny bei Longwy, wodurch der Bezug von Minette-Erzen gesichert ist. Später, 1914, wird noch die Gewerkschaft 'Eisenzecher-Zug' hinzugeworben, eine der besten Erzgruben des Siegerlandes, die manganhaltigen Spateisenstein liefert, der für die Herstellung bestimmter Roheisensorten unerlässlich ist. Etwa zur selben Zeit wurden auch Beteiligungen an Erzvorkommen in Schweden und Brasilien übernommen. Mit der Hüttenkokerei hat man schon 1896 die Erzeugung von Teer, Ammoniak und Benzol aufgenommen. Die Benzolfabrik von Hoesch war die erste der Welt.

Aber ist man wirklich krisenfest? Es fehlt an Verarbeitungsbetrieben. Nicht, daß man sie aus dem Auge verloren hätte; der Sicherung von Rohstoffbasen hatte bisher alle Kraft gedient ..."⁴⁴

Deutlicher kann wohl kaum herausgestellt werden, worum es den kapitalistischen Monopolen bei der Übersee- und Kolonialexpansion geht: um die Sicherung von Rohstoffbasen für ihre Produktion. Hier soll nicht etwa bestritten werden, daß Ballhaus dies bekannt ist. Sie

42 Vielleicht hat Ballhaus das selbst unbewußt gefühlt und spricht deshalb im größeren Teil ihres Aufsatzes vom "aufkommenden Finanzkapital" - bis der Leser sich an den Begriff des "Finanzkapitals" gewöhnt hat, der dann in reiner Form erst am Schluß des Artikels auftaucht. Überhaupt scheint eine gewisse begriffliche Unschärfe in dem Aufsatz eine Rolle zu spielen, was sich auch an der mehrdeutigen Verwendung des Monopolbegriffs zeigt, der in verschiedenartiger Zusammenstellung benutzt wird, als monopolokapitalistisch, Bodenmonopol, Rohstoffmonopol, Monopolgesellschaft usw., ohne die unterschiedliche ökonomische Bedeutung dieser Kategorien auseinanderzuhalten. Auf diese Weise entsteht der Eindruck, daß nach Meinung der Autorin alles, was irgendwie und irgendwo in der Neuzeit mit dem Wort "Monopol" verknüpft werden kann, auch monopolkapitalistisch sei.

43 Ballhaus, Jolanda, a. a. O., S. 113.

44 Aufbruch ins Revier. Aufbruch nach Europa. Hoesch 1871 - 1971, München 1971, S. 196.

zitiert auch eine entsprechende Bemerkung Lenins, und weist an anderer Stelle einmal auf das Problem der Rohstoffsicherung für die Zukunft hin. Aber sie belegt mit keinem Fakt, daß derartige tatsächlich bei den Kolonialgesellschaften eine Rolle gespielt hat. Da sie keine Verbindung zwischen der konkreten Funktion der Kolonialgesellschaften in den achtziger Jahren und den "monopolistischen Prinzipien" herzustellen vermag und leider auch keine Analyse der ökonomischen Tätigkeit der Gesellschaften vornimmt, soll letzteres hier nachgeholt werden. Womit also befaßten sich diese Kolonialgesellschaften? Neben dem Einstreichen des sogenannten Gründergewinns, der Spekulation mit dem der ansässigen Bevölkerung abgenommenen Land und dem Verkauf dieses Landes an die nicht sehr zahlreichen sogenannten Siedler bestand die Tätigkeit vorwiegend im Handel und Plantagenbau. Die Produkte, die man erhandelte bzw. auf Plantagen anbaute, waren Palmkerne zur Ölgewinnung für Speisewecke, Südfrüchte und wilder Kautschuk, der durch Einsammeln gewonnen wurde.⁴⁵ Das Sammeln und der Anbau von Kautschuk gewannen später, als sich die Automobilindustrie entwickelte, eine gewisse Bedeutung, hatten jedoch in den Jahren, um die es hier geht, keinerlei Gewicht. Noch viele Jahre danach, als der Übergang zum Imperialismus bereits vollzogen war, im Jahre 1908 zum Beispiel, war Elfenbein das wichtigste Ausführprodukt der Kolonie Kamerun, und sein Exportwert lag mit 16,98 Millionen Mark mehr als viermal so hoch wie derjenige des Kautschuks mit 3,39 Millionen Mark.⁴⁶ Kautschuk ist überhaupt einer der wenigen in den deutschen Kolonien in größerer Menge gewonnenen Rohstoffe von industrieller Bedeutung, wenn man davon ausgeht, daß er für die Elektroindustrie wichtig war. In der Kolonie Deutsch-Ostafrika nahm er schon 1890 mit 11 Prozent den dritten Platz unter den Hauptexportgütern ein. Hier ließe sich sogar schließlich über die Verbindung der Deutschen Bank zu bestimmten Kolonialunternehmen einerseits und der Beziehung eben der Bank zur sich entwickelnden Elektroindustrie ein Interesse an monopolkapitalistischer Rohstoffsicherung nachweisen - zu unbedeutend sicherlich, um damit auf den Monopolkapitalismus der deutschen Kolonialgesellschaften insgesamt während der achtziger Jahre zu schließen, aber genügend aufschlußreich für den Übergangscharakter und die Kompliziertheit der Prozesse jener Epoche. Es soll aber doch noch auf ein anderes einschlägiges Indiz hingewiesen werden; auf die Erz- und Mineralvorkommen, die vor allem in Südwestafrika eine Rolle spielten.⁴⁷ Tatsächlich wurde die Ausbeutung dieser Vorkommen jedoch lange Zeit nach der Besitznahme der Kolonie vernachlässigt.⁴⁸ In der ersten Periode der deutschen Kolonialpolitik hat eben die Frage des Warenexports, die Suche nach neuen Absatzmärkten eine viel größere Rolle gespielt als das Problem der Sicherung von Rohstoffquellen. Die "vorsorgliche Besitzergreifung" als Motiv des kolonialen Wettrennens der Übergangsepoche mag hier sicher mitgewirkt haben - wie natürlich die gesamte Kolonialpolitik Ergebnis dieses Überganges ist und ihn widerspiegelt. Monopolkapitalistische Formen waren tatsächlich noch unreif und unausgebildet. Das erklärt eben die scheinbare Widersprüchlichkeit vieler Erscheinungen, denen mit vereinfachender Darstellung oder apodiktischer Behauptung nicht beizukommen ist. Dies zeigt sich auch an der Frage des Kapitalexports, auf die hier noch einmal zurückzukommen ist.

Wie schon bemerkt, gehört der Export von Kapital zu den wichtigsten "monopolkapitalistischen Prinzipien", besser gesagt, zu den Merkmalen des Imperialismus. Zwar gab es auch schon in der Periode des vormonopolistischen Kapitalismus einen relativen Kapitalüberschuß. Marx wies darauf hin, daß die periodische Brachlegung und Entwertung von Kapital

45 Dagegen war ein Hauptausfuhrartikel in die Kolonien während der ersten Jahre der deutschen Herrschaft vor allem Schnaps.

46 Hausen, Karin, a. a. O., S. 207.

47 Siehe Nussbaum, Manfred, Vom Kolonialenthusiasmus zur Kolonialpolitik der Monopole, a. a. O., S. 143 f.

48 In anderen Kolonien war der Bergbau auch später minimal. In Deutsch-Ostafrika z. B. betrug sein Anteil am Export nach 1912 nur 3 %. (Siehe Bald, Detlef, a. a. O., S. 141.)

die der kapitalistischen Produktionsweise immanente Methode ist, den Fall der Profitrate zu erhalten und schließlich die kapitalistische Akkumulation durch Bildung neuen Kapitals zu beschleunigen. Neben der periodischen Entwertung des relativen Kapitalüberschusses im kapitalistischen Krisenzyklus läßt sich auch schon im vormonopolistischen Kapitalismus bzw. in der Übergangsperiode zum Imperialismus ein gewisser Kapitalexport feststellen. Diese Kapitalausfuhr stammte zum größten Teil aus den Geldfonds des Handelskapitals, das besonders in Preußen nur zögernd Anlagen in der gewerblichen Produktion vornahm.⁴⁹ So kam es zum Ankauf ausländischer Anleihen, von russischen und polnischen Wertpapieren. Dieser Kapitalexport setzte bereits nach den Befreiungskriegen ein. Trotzdem war der Kapitalexport wegen der im vormonopolistischen Deutschland herrschenden allgemeinen Kapitalknappheit noch gering.⁵⁰ Für das Jahr 1883 wird die Summe der ausländischen Investitionen erst auf 3 bis 5 Milliarden Mark geschätzt.⁵¹ Und zu Ende der achtziger Jahre betrug der deutsche Besitz an ausländischen Effekten zirka 10 Milliarden Goldmark.⁵²

Mit dem Entstehen der Monopole jedoch gewinnt die Kapitalausfuhr eine neue Dimension. "Jetzt tritt der relative Kapitalüberschuß nicht mehr nur zyklisch auf, sondern wird in den führenden imperialistischen Ländern zu einer ständigen Erscheinung."⁵³ Dies ergibt sich eben aus der Herrschaft der Monopole und der Existenz des Monopolprofits bzw. der Notwendigkeit, diesen Profit wiederum profitbringend zu investieren. "So erweisen sich die ökonomische, finanzielle und politische Beherrschung, die Ausplünderung schwächerer Länder, ferner die Beherrschung von Rohstoffquellen und ausländischen Absatzmärkten als Bedingungen der Kapitalverwertung."⁵⁴ Der Drang zur Ausfuhr von Kapital ist daher in der monopolistischen Phase des Kapitalismus ungleich stärker als in der vormonopolistischen. Es ergibt sich, daß, wenn die Monopole wirklich hinter der Kolonialexpansion der achtziger Jahre gestanden hätten, ein Fluß von anlagensuchendem deutschem Kapital in die Kolonien feststellbar sein sollte, sobald diese okkupiert waren; zumindest müßte genügend Kapital für koloniale Anlagen zur Verfügung gestanden haben. Aber was sehen wir in Wirklichkeit? Eben nichts dergleichen! In Wirklichkeit sind die ersten Jahre nach der Okkupation der Kolonien erfüllt von den Klagen und dem oft vergeblichen Bemühen der kleinbürgerlichen Kolonialinteressenten und des Staates, kapitalkräftige Unternehmer zur Hergabe größerer Summen und zur finanziellen Beteiligung zu gewinnen.⁵⁵ Um solche Summen aufzubringen, wurde ein erheblicher Aufwand an nationaler Argumentation, an Hinweisen auf die angebliche patriotische Pflicht zur Unterstützung der kolonialen Unternehmen getrieben. Bismarck selbst sorgte dafür, daß aus dem Privatvermögen des Kaisers 500 000 Mark in die leeren Kassen der Deutsch-Ost-Afrikanischen-Gesellschaft (DOAG) flossen, teils zur Aufbesserung der Finanzen der Chartergesellschaft, teils als patriotisches Vorbild für andere potentielle Finanziers.⁵⁶ Trotzdem war das große Kapital sehr skeptisch in bezug auf koloniale In-

49 Siehe z. B. Mai, Joachim, Das deutsche Kapital in Rußland 1850 - 1894, Berlin 1970, S. 39.

50 Feis meint, daß "vor allem wegen der Tatsache, da jede Mark, über die sie verfügen konnten, von anderen dringenden Borgern innerhalb des Landes geborgt wurde, die Banken oft von vielversprechenden ausländischen Anleihen und Investitionen Abstand nahmen." (Feis, Herbert, Europe. The worlds banker 1870 - 1914, New York 1965, S. 62.)

51 Ebenda, S. 68.

52 Siehe Lenz, F., Wesen und Struktur des deutschen Kapitalexports vor 1914, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 18, Jena 1922, S. 48.

53 Nehls, Katja, Kapitalexport und Kapitalverflechtung, Berlin 1970, S. 21.

54 Ebenda.

55 Darüber ausführlich Müller, F. F., Deutschland - Sansibar - Ostafrika, Berlin 1959, S. 160 ff.

56 Auch der amerikanische Wirtschaftshistoriker David S. Landes stellte fest: "Bismarck mußte seine Bankiers anhalten. Interessenten für die Südsee und für Afrika zu mobili-

vestitionen. Als im Frühjahr 1886 der Bankier von der Heydt 1 Million Mark für die DOAG aufzubringen versuchte, erklärte unter anderem der Direktor der Noten- und Hypothekbank München, Kühn, daß "es zu einem schnellen Erfolg für dringend wünschenswert gelte, irgendeine schriftliche Äußerung seitens der hohen Reichsregierung in Händen zu haben, da doch dieselbe am Abschluß der deutsch-ostafrikanischen Finanzierung Interesse habe ... Dies sei deshalb nötig, weil der rein geschäftliche Standpunkt bei der Unsicherheit der Verhältnisse noch immer nicht genüge und deshalb der nationale Standpunkt mit hineingezogen werden müsse."⁵⁷ In einem Bericht von Bismarcks Kolonialfachmann Kusserow über entsprechende Verhandlungen mit Bankiers an den Kanzler vom 14. November 1886 heißt es: "Mein gelegentlicher Hinweis, daß die Kaiserliche Regierung ihr Interesse für das Gelingen dieses Kolonialunternehmens durch ihre politischen und maritimen Aktionen genugsam bestätigte, ward stets mit der Bemerkung beantwortet, daß solche Erwägungen für die Anziehung von Privatkapital nicht genügten, zumal sich dasselbe zugegebenermaßen im besten Falle erst nach fünf Jahren verzinsen könne."⁵⁸

Die deutschen Großkapitalisten investierten also überall lieber als in den eigenen Kolonien - kaum ein Beweis für ein monopolkapitalistisches Interesse an der Kolonialpolitik!

Was also die "monopolistischen Prinzipien" in bezug auf die Kolonialpolitik betrifft, die in der Ausnutzung der Kolonien als Kapitalanlagesphären und als Rohstoffquellen bestehen, so muß man ganz einfach feststellen, daß sie in den ersten Jahren der deutschen Kolonialpolitik kaum nachweisbar sind. Dies ist ja auch kein Wunder, da, wie nachgewiesen, daran interessierte Monopole zu dieser Zeit noch nicht existierten, sondern sich erst zu formieren begannen.

Dabei bleibt noch die Frage offen, ob selbst eine frühere Existenz der ersten wirklichen Monopole überhaupt einen Einfluß auf die Kolonialpolitik gehabt hätte. Es ist jedenfalls kaum einzusehen, welchen Nutzen das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat von Kolonien gehabt haben sollte. Für die Sicherung seiner Rohstoffbasis brauchte es sie jedenfalls nicht. Der Gedankengang: "Es handelt sich um Monopole, also müssen sie auf jeden Fall für Kolonialbesitz sein", ist meiner Meinung nach doch ein wenig abstrakt und hat, so glaube ich, mit den wirklichen Überlegungen Lenins wenig zu tun.

Mir scheint, daß der Nachweis monopolkapitalistischen Verhaltens eines konkreten Unternehmens vom Wissenschaftler konkretes Eingehen auf das ökonomische Gebaren dieses Unternehmens, seine Kapitalsituation, seine Produktion, Marktlage usw. erfordert. Statt dessen scheint Ballhaus die monopolistischen Prinzipien aus irgendetwas anderem herleiten zu wollen, vor allem aus dem - meiner Ansicht nach falsch angewandten - Begriff des Finanzkapitals selbst. Heißt dieses Vorgehen aber nicht, die historische Realität aus dem Begriff erklären zu wollen? Muß es nicht notwendigerweise in die Irre führen? Man wird unwillkürlich an jene Bemerkung von Marx erinnert, der, gegen Proudhon polemisierend, schrieb: "Die Materialien der Ökonomen sind das bewegte und bewegende Leben der Menschen, die Materialien des Herrn Proudhon sind die Dogmen der Ökonomen."⁵⁹

sieren - mit geringem Erfolg. Darüber findet sich Material in den Archiven des Bankhauses S. Bleichröder..." (Landes, David S., Über das Wesen des ökonomischen Imperialismus, in: Imperialismus, a. a. O., S. 72 bzw. 80.) Ebenso finden sich bei anderen Autoren Hinweise darauf, daß Bleichröder mehrfach Bismarcks außenpolitische und kolonialpolitische Ziele mit seinen speziellen Mitteln zu unterstützen suchte. Siehe z. B. Stern, Fritz, Gold and Iron: Bleichröder and Bismarck, in: The American Historical Review, Nr. 1/1969, S. 40.

⁵⁷ Siehe Müller, F. F., a. a. O., S. 164.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Marx/Engels, Werke, a. a. O., S. 126.

Irgendwann spürt übrigens wohl auch Ballhaus die Schwäche ihrer Argumentation; auch ihr ist die Tatsache des mangelnden Kapitalexports in die Kolonien bekannt. Deshalb schreibt sie, daß die deutschen Kolonien lange Zeit keinen großen Anziehungspunkt für Kapitalanlagen darstellten und keine bedeutenden Rohstoffquellen besaßen.⁶⁰ Warum dies aber so war, daß es sich ja nicht nur um von der ökonomischen Reife der Situation unabhängige Faktoren handelte, entgeht ihrer Aufmerksamkeit. Denn abgesehen vom Einsetzen stärkerer Investitionen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre und vor allem nach der Jahrhundertwende, wurden zu dieser Zeit auch stärkere Anstrengungen gemacht, die Kolonien als Rohstoffquellen tatsächlich zu nutzen. Natürlich hängen beide Faktoren - Kapitalfluß und Rohstoffgewinnung - eng zusammen. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Zunächst aber müssen wir feststellen: Die Frage, ob die für den Imperialismus typischen Funktionen der Kolonien von Anbeginn der deutschen Kolonialpolitik, sozusagen von der ersten Stunde an, schon deutlich ausgeprägt waren, muß verneint werden. Tatsächlich wäre es naiv, anzunehmen, daß die imperialistische Kolonialpolitik völlig entwickelt, mit allen Ausprägungen versehen, gewissermaßen wie Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus, nur weniger schön, auf die Welt kam. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wenn Ballhaus' Ansicht zuträfe, daß in den achtziger Jahren die Kolonialpolitik monopolkapitalistisch gewesen sei - das heißt vor der Existenz der Monopole -, diese unschöne "Athene" aus dem Haupte eines reichlich embryonalen Zeus hätte entspringen müssen.

In der historischen Realität aber entwickelt sich die imperialistische Kolonialpolitik mit dem Imperialismus selbst, beeinflußt die imperialistische Entwicklung und wird andererseits von den Bedingungen und Bedürfnissen der imperialistischen Hauptfaktoren, das heißt der Monopole und des Finanzkapitals, bestimmt. Daß sich dieses Verhältnis aber keineswegs automatisch oder unkompliziert und ohne Widersprüche entwickelt, dafür sind die deutschen Kolonien ein anschauliches Beispiel. Hier zeigt sich nämlich, daß eine zielstrebigere Ausnutzung der Kolonien erst verhältnismäßig spät einsetzte, im Grunde erst nach 1906, mit der sogenannten Ära Dernburg. Walther Rathenau, Generaldirektor des großen Elektromonopols AEG, der zusammen mit dem Bankier und zum Leiter des Reichskolonialamts ernannten Bernhard Dernburg die wichtigsten deutschen Kolonien besuchte, um zu erkunden, wie sie für den deutschen Imperialismus ergiebiger ausgebeutet werden könnten, hat 1907 in zwei Denkschriften auf die Möglichkeiten hingewiesen, die Kolonien für den deutschen Kapitalismus besser zu nutzen. Er schrieb unter anderem: "Wollte man ungeachtet der tiefen Verhüllung, die den künftigen Weltgang der Technik, der Ökonomie und des Verkehrs unseren Blicken entzieht, eine Vermutung wagen, so wäre man versucht anzunehmen, daß die Emanzipation von fremden Rohprodukten der nächstliegenden kolonialen Wirtschaftsepoche ihre Bedeutung geben wird. Eine Periode der Syndizierung und Monopolisierung der wichtigsten Grundprodukte hat seit etwa zwei Jahrzehnten begonnen und wird so lange vorhalten, als die Zahl des Vorkommens dieser Stoffe, wie Kohle, Petroleum, Eisenerz, Kupfer, Zink und Baumwolle, dem Umfang des Weltbedarfs nur eben entspricht. Während der Dauer einer solchen Periode, zumal, wenn sie mit einer über die Welt verbreiteten Schutzzoll-Ära zusammenfällt, besteht die Gefahr, daß einzelne Länder auf die Verarbeitung eigener Rohmaterialien beschränkt bleiben, während umgekehrt jeder eigene Besitz an Rohmaterialien zur Stabilisierung der entsprechenden Industrien führt."⁶¹ Man sieht hier die ganz deutliche Orientierung auf monopolkapitalistische Interessen, die mit dem alten Kolonialhandel der achtziger Jahre mit Elfenbein und Ölfrüchten nichts mehr zu tun hat. Es mag in diesem Zusammenhang von Interesse sein, daß, wenn auch die deutschen Kolonien den Erwartungen der rohstoffhungrigen Monopole nicht entsprachen, gerade die von Rathenau repräsentierte

60 Ballhaus, Jolanda, a. a. O., S. 114.

61 Rathenau, Walther, Erwägungen über die Erschließung des Deutsch-Ostafrikanischen Schutzgebietes, in: Nachgelassene Schriften, Bd. 2, Berlin 1928. S. 70.

Elektroindustrie einigen Nutzen aus ihnen ziehen konnte. 1913 wurden nicht nur 13,7 Prozent des deutschen Kautschukbedarfs aus den Kolonien gedeckt, sondern auch 6,2 Prozent des für diese Industrie so wertvollen Glimmers.⁶² Natürlich setzte diese stärkere Nutzung der kolonialen Rohstoffquellen eine stärkere Investitionstätigkeit, das heißt eine größere Kapitalausfuhr in die Kolonien, voraus. Dieser Kapitalexport setzte in den neunziger Jahren ein und steigerte sich nach der mit der Ernennung Dernburgs offiziell markierten neuen Phase der Kolonialpolitik. Während 1896 das in den Kolonien angelegte Kapital der Erwerbsgesellschaften 64 Millionen Mark ausmachte, stieg es bis 1912 auf 505 Millionen.⁶³ Nunmehr hatten sich wirklich monopolistische Methoden in gewissem Maße in der deutschen Kolonialpolitik durchgesetzt.⁶⁴ Die hier feststellbare Phasenverschiebung zwischen der Herausbildung der Monopole und dem Einsetzen eines wirklich monopolkapitalistischen Vorgehens in den Kolonien bzw. die von Kuczynski erwähnte Beteiligung "monopolartiger Organisationen" an der Kolonialpolitik "aus vormonopolistischen Interessen" am Ende des 19. Jahrhunderts - eine Formulierung, die von Ballhaus ebenfalls kritisiert wird - läßt sich theoretisch aus der Tatsache erklären, daß unmittelbar mit dem Entstehen der Monopole der Drang zum Kapitalexport noch nicht allzu stark sein konnte. Die für Anlagen in den Kolonien benötigten Mittel mußten erst durch Akkumulation von Monopolprofit über eine gewisse Zeit hinweg gebildet werden - was nicht ausschließt, daß es schon einen gewissen Kapitalexport gab, wie schon in der vormonopolistischen Periode.⁶⁵ Daß gerade die erwähnte Berufung des Bankiers Dernburg einen solchen entscheidenden Einschnitt in der Kolonialpolitik markierte, war auch zeitgenössischen Marxisten bewußt. 1912 schrieb Karl Radek in der "Neuen Zeit", daß die Dernburg-Periode "die Periode der Heranziehung des großen Kapitals in die kolonialen Unternehmungen" war.⁶⁶

Es zeigt sich also, daß die deutsche Kolonialpolitik der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre sich in kein starres Schema einzwängen und nicht als Imperialismus darstellen läßt. Dies gelingt Wehler nicht, dessen faktenreiche Darstellung ja gerade beweist, daß die Monopole seinerzeit noch keine Rolle spielten, und der deshalb die Theorie vergewaltigen muß, um zu seiner Behauptung zu kommen. Aber auch Ballhaus, die zwar die Theorie mehr oder weniger ungeschoren läßt, kommt nicht zu richtigen Einschätzungen, da sie die Fakten vernachlässigt. Wenn in diesem Beitrag gegen beide Autoren polemisiert wird, so soll das sicher nicht heißen, daß die Fehler von Ballhaus und Wehler auf einer Ebene liegen. Meine Diskussion mit Ballhaus betrifft eine Meinungsverschiedenheit unter Gesinnungsgenossen, und ich bin gewiß, daß unsere unterschiedlichen Auffassungen sich im weiteren Arbeits- und Reifungsprozeß auf die eine oder andere Weise angleichen werden. Meine Auseinandersetzung mit Wehler aber ist die mit einem Gegner des Marxismus. Hier gibt es keine Angleichung.

62 Koch, L., Ostafrika in der Geschichte der Weltwirtschaft, Berlin 1930, S. 49.

63 Jacob, E. G., Deutsche Kolonialkunde, Dresden 1934, S. 40.

64 Auch die Entwicklung des Eisenbahnbaus in den deutschen Kolonien spricht eine deutliche Sprache. 1895 gab es erst 14 km Eisenbahnen, 1900 waren es 234 km, 1913 4 176 km. (Siehe Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches, 1915, S. 459.)

65 Diesen Aspekt hat Ballhaus offenbar übersehen. Ihre Erklärung, daß erst die vom Reichstag bewilligten Zinsgarantien die Kapitalanlagen in den Kolonien ausgelöst hätten, erklärt nichts. Wenn der relative Kapitalüberschuß profitträchtige Anlagemöglichkeiten wittert, benötigt er keine Zinsgarantien für Investitionen in den eigenen Kolonien! Auch die Erwähnung des Methodenwechsels in den Kolonien als Übergang von der extensiven zur intensiven Ausbeutung ist keine Erklärung!

66 Radek, Karl, Literarische Rundschau, in: Die Neue Zeit, Nr. 32/1912, S. 213.

BEMERKUNGEN ZU

HEIKE REISHAUS-ETZOLD, DIE HERAUSBILDUNG VON MONOPOLKAPITALISTISCHEN LENKUNGSORGANEN DER WISSENSCHAFT WÄHREND DER WEIMARER REPUBLIK UNTER DEM EINFLUSS DER CHEMIEMONOPOLE⁺

von Rolf Sonnemann

Produktivkraft Wissenschaft - Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbar wirkende Produktivkraft - Wissenschaft im Dienste des Kapitals; Diese und ähnliche Formulierungen finden sich in der ökonomischen, philosophischen und historischen Literatur seit Mitte der fünfziger Jahre in stets wachsender Zahl, und in dem Maße, wie die wissenschaftlich-technische Revolution ihre Merkmale ausprägte, sind vor allem die Wirtschaftshistoriker der Frage nachgegangen, seit wann sich die ökonomische Funktion der Wissenschaft nachweisen läßt.

Daß sich die Aufmerksamkeit der diesen Forschungen nachgehenden Gesellschaftswissenschaftler dabei vornehmlich auf die sogenannten jungen Industrien richtete, ist verständlich. Ihr Emporkommen fällt in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts, die Zeit des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus, zugleich eine Periode, in deren Verlauf die Verwissenschaftlichung der Produktion rasche Fortschritte machte.

In keinem anderen Zweig der Volkswirtschaft hat die Wissenschaft während dieser Jahrzehnte eine so große Rolle gespielt wie in der chemischen Industrie und hier wiederum in der organischen Chemie.¹

Es verwundert nicht, wenn dieser Industriezweig, der später fast identisch mit dem Machtbereich der IG Farben war, besonders intensiv durchforscht wurde.²

+ Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 3.

1 Im Jahre 1880 sagte August Wilhelm v. Hofmann, der Senior der deutschen Teerfarbchemiker, in einem Trinkspruch, sich an Wissenschaftler, Staatsbeamte und Industrielle wendend: "Wenn die Industrie der Wissenschaft zu lebhaftem Dank verpflichtet ist, mit Zinsen, mit Wucher (!) hat die Industrie die Schuld der Dankbarkeit zurückbezahlt. Die Industrie und die Wissenschaft sind unzertrennliche Gefährten geworden. Je mehr sich die eine an die andere anschließt, um so größer ist der Nutzen für beide. Ich fordere Sie auf, mir Bescheid zu tun, ich trinke; Die Allianz der Industrie und der Wissenschaft." (Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Deutschen Chemischen Gesellschaft, Berlin 1918, S. 20.)

2 Im Anschluß an die Forschungen Kuczynskis bemühten sich um detailliertere Aussagen: Sonnemann, Rolf, Der Einfluß des Patentwesens auf die Herausbildung von Monopolen in der deutschen Teerfarbenindustrie (1877 - 1904), wirtschaftswiss. Habil. - Schr. Halle 1963; Sonnemann, Rolf/Etzold, Heike, Patent und Monopol. Eine Studie zur Herausbildung von Monopolen unter dem Einfluß des Patentwesens, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 1, S. 121 - 159; Handke, Horst, Beschäftigtenstrukturen und Entwicklungstendenzen in der chemischen Industrie Deutschlands von der Mitte der zwanzig-

In jüngster Zeit sind an der Technischen Universität Dresden zwei Dissertationen verteidigt worden, deren eine von Wolfgang Rudolph stammt und sich dieser Problematik für die Übergangsperiode vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus zuwendet³, während Heike Reishaus-Etzold das Wechselverhältnis von Monopol und Wissenschaft für eine spätere Periode imperialistischer Entwicklung untersucht⁴.

Dieser Arbeit entstammt der Beitrag, den das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte in Teil 3/1972 veröffentlichte.

Das Anliegen Reishaus-Etzolds, die Herausbildung einer staatsmonopolistischen Wissenschaftsorganisation unter dem Einfluß der deutschen Chemiemonopole nachzuweisen und dabei die Formen und Methoden sichtbar werden zu lassen, mit deren Hilfe die IG Farben Ausbildung und Forschung naturwissenschaftlich-technischer Kader ihren Profitinteressen unterordnete, hat zu beachtenswerten Ergebnissen geführt. Wie sich Wissenschaft und Technik in Produktivkräfte des Kapitals verwandeln, wie dieser Prozeß von den Chemiemonopolen forciert wird, weil selbst die weit ausgedehnte und gut organisierte Konzernforschung hinter den objektiven Erfordernissen wachsender Vergesellschaftung zurückbleibt, über welche Variationsbreite der Einflußnahme und direkten Lenkung die IG dabei verfügte - all das bedarf nach der Untersuchung Reishaus-Etzolds keiner weiteren grundsätzlichen Darstellung.

Es erhebt sich jedoch die Frage, auf welche Vorläufer sich der Chemiekonzern bezüglich seiner ausbildungs- und forschungslenkenden Maßnahmen beziehen konnte oder - allgemeiner ausgedrückt - wie sich das Wechselverhältnis von Lehr- und Forschungsinstitutionen zu den noch nicht zu Konzernen zusammengeschlossenen Betrieben der Chemieindustrie in der Frühzeit ihrer Entwicklung gestaltete. Wenn die chemische Industrie von Anfang an auf die Wissenschaft angewiesen war, wenn die Gründung chemischer Betriebe in vielen Fällen auf eine bedeutende Erfindung zurückzuführen ist, wenn die "Allianz von Wissenschaft und Industrie" sich in diesem Bereich materieller Produktion am markantesten auswies, wie gestaltete sich dieses Bündnis dann? Die bereits genannte Arbeit Rudolphs gewährt uns interessante Einblicke in einen Mechanismus, der sich historisch wie folgt entwickelt: Erfindung - Kauf der Erfindung in Gestalt des Patents oder einer Lizenznahme - Gründung des Betriebes - Übernahme wissenschaftlich-technischer Neuerungen aus den Laboratorien der Universitäten und Technischen Hochschulen - Einstellung von Chemikern, die auf Staatskosten ausgebildet wurden - "freundschaftliches Einvernehmen" von Professoren und Chemieindustriellen, das heißt laufender Bezug geistiger Produkte von den Universitäten und Hochschulen - an Bedingungen geknüpfte Schenkungen der Industrie für die Ausbildungs- und Forschungsstätten. Einige dieser Entwicklungstendenzen seien im folgenden skizziert.

ger bis Anfang der sechziger Jahre unter Berücksichtigung der Entwicklung in den beiden deutschen Staaten nach 1945, wirtschaftswiss. Habil.-Schr. Berlin 1965; Sonnemann, Rolf, Möglichkeiten und Grenzen der Produktivkraft Wissenschaft in der Frühperiode des Imperialismus, in: Probleme der nationalen Politik der SED und die Rolle der IG-Farben-Nachfolgekonzerne in Westdeutschland, Leuna 1966; Etzold, Heike/Sonnemann, Rolf, Empirie und Wissenschaft in der Geschichte der chemischen Industrie, in: Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte der wissenschaftlich-technischen Revolution, Halle 1968.

3 Rudolph, Wolfgang, Die Wechselwirkungen zwischen den chemischen Instituten der Technischen Hochschule Dresden und der Industrie im Zeitraum von 1870 bis 1900, phil. Diss. Dresden 1970.

4 Etzold, Heike, Monopol und Wissenschaft. Der Einfluß der Chemiemonopole auf die naturwissenschaftlich-technische Lehre und Forschung in Deutschland in der ersten Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus (1918 - 1932), phil. Habil.-Schr. Dresden 1970.

Am 2. Januar 1874 wurde in Radebeul bei Dresden die "Chemische Fabrik von Heyden" durch den Chemiker Friedrich von Heyden, einen Schüler Rudolf Schmitts, gegründet. Unmittelbarer Anlaß für die Betriebsgründung war die Synthese der Salicylsäure durch den Leipziger Chemiker Hermann Kolbe, der im Kreise seiner Schüler und Assistenten die Frage stellte, wer wohl ein Interesse daran hätte, diese Erfindung industriell zu verwerten.

Schmitt, wiederum Schüler Kolbes, empfahl den jungen Chemiker von Heyden. Diese erste synthetische Darstellung eines in der Natur vorkommenden Heilmittels erwies sich in der Folgezeit als ein lukratives Geschäft. Wenn die Produktion während der ersten zehn Jahre des Bestehens der Fabrik mit nur einem Chemiker - dem Betriebsgründer - auskam, dann läßt sich daran sowohl die Kleinheit des Betriebes wie auch die Vorherrschaft der Empirie in der chemischen Technologie ablesen.

Innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre vollzog sich aber ein grundsätzlicher Wandel, der in anderen Betrieben der organischen Chemie bereits früher eingesetzt hatte, seinem Charakter nach jedoch die gleichen Veränderungen betraf: die zunehmende Verwissenschaftlichung der Produktion⁵.

Bis zum Jahre 1900 wurden 27 Chemiker angestellt, von denen natürlich nicht alle bis zur Jahrhundertwende in dem Betrieb verblieben; aber nicht das ist hier interessant. Von Bedeutung ist die Tatsache, daß von diesen 27 Chemikern 22 an der Technischen Hochschule Dresden studiert hatten, und von denen empfahlen sich einige ihrem zukünftigen Chef durch eine oder mehrere Erfindungen, die sie während ihrer Ausbildung und Assistenz in den Laboratorien der TH Dresden gemacht hatten und deren Übernahme den Firmenchef nichts oder wenig kostete. So brachte der Chemiker Hermann Hähle ein Verfahren zur Herstellung von Guajakol aus Paraoxybenzoesäure mit, während Felix Öttel bei seinem Firmeneintritt ein Verfahren zur elektrolytischen Herstellung von Kaliumpermanganat übergab. Von dem Chemiker Hermann von Höhle stammen die meisten kolloidalen Präparate der Firma Heyden. Im Jahre 1885 fand der Professor für organische Chemie an der TH Dresden, Rudolf Schmitt, gemeinsam mit seinem Assistenten Richard Seifert ein neues Verfahren zur Salicylsäuresynthese, das technisch einfacher zu handhaben war und die doppelte Ausbeute im Vergleich zu dem bis dahin angewandten Verfahren erbrachte. Seifert begann daraufhin ab 1. Januar 1885 in der Chemischen Fabrik von Heyden zu arbeiten und überführte gemeinsam mit dem neuen Betriebsleiter Karl Kolbe und dem am 1. Oktober 1885 eingestellten Chemiker Max Prater dieses neue Verfahren in die industrielle Praxis.

In welchem Maße die von der Technischen Hochschule kommenden Chemiker mit ihren dort gefundenen Synthesen die Gewinne der Firma hochtrieben, darüber berichtet Seifert in seinen Aufzeichnungen: "Die Chemische Fabrik von Heyden hat die Gewinne aus dem Schmittschen Salicylverfahren während der 12-jährigen Patentdauer und auch noch nachher benutzt, um einen Teil von Radebeul und Nünchritz zu errichten ... Ich hatte schon auf der technischen Hochschule eine neue Reihe von Arzneistoffen erfunden, die Salole, und diese Erfindung mit nach der Fabrik gebracht ... Das Salol ist das beste Blasenantiseptikum geworden. Es wurde in ungeheuren Massen verbraucht ... Später stellte ich das Xeroform her, als in Hamburg die Cholera herrschte ... Auch mit diesem Produkt ist während der Patentdauer außerordentlich viel verdient worden. Das Salutol erfand ich schon in den ersten Jahren. Das Salutol hat uns im Kriege außerordentlich viel eingebracht unter dem Namen Kresotin-Kresol ... Mit der Salicylsäure, mit dem Kreosotal, mit dem Duotal und mit dem Saccharin sind enorme Einnahmen gemacht worden. Diese Verdienste sind benutzt worden, um die Chemische Fabrik von Heyden zu vergrößern."⁶

5 Vgl. Sonnemann, Rolf, Der Einfluß des Patentwesens auf die Herausbildung von Monopolen in der deutschen Teerfarbenindustrie, a. a. O., Kap. II, 3.

6 Archiv des VEB Arzneimittelwerk Dresden, 0005 Werkleitung, zit. bei Rudolph, Wolfgang, a. a. O., S. 189 - 192.

Es ist darum kein Wunder, wenn sich die Tantiemen Richard Seiferts für die Jahre von 1899 bis 1914 auf insgesamt 578 944 Mark beliefen, eine ungeheure Summe, gemessen an dem Gehalt eines Universitätsprofessors (der Chemiker Walter Hempel zum Beispiel bezog 1900 ein Jahresgehalt von 7 200 Mark und etwa die gleiche Summe für Vorlesungen und Übungen); dennoch war dies nur ein kleiner Teil des Gewinns, gemessen an dem Profit, den der Unternehmer bzw. die Aktiengesellschaft kassierte. (Nebenbei bemerkt: Seifert war auch der Erfinder des ODOL, dessen Verkauf seinem Intimfreund, dem Großindustriellen Karl Lingner, Riesenprofite einbrachte.) Daß sich die Chemische Fabrik von Heyden die Ergebnisse wissenschaftlicher Tätigkeit auch auf andere Art zu sichern wußte, geht aus dem Einstellungsantrag hervor, den die Firma am 23. Oktober 1894 mit dem Chemiker Dr. von Hößle abschloß. Es heißt dort in § 1, Hößle sei verpflichtet, "ohne ausdrückliche schriftliche Erlaubnis der Firma Heyden Nachfolger wissenschaftliche oder technische Arbeiten weder für Dritte zu besorgen, noch solche unter anderer oder eigenem Namen zu veröffentlichen."⁷ Bis zu fünf Jahren nach Austritt aus der Firma dürfe er weder in eine Konkurrenzfirma eintreten noch ein eigenes Unternehmen mit verwandtem Produktionsprogramm eröffnen. - Das Duisburgsche Prinzip der "Angestellterenerfindung" befolgend und auch in anderer Hinsicht der Praxis der IG-Farben-Stammbetriebe nacheifernd, entwickelte sich dieser Betrieb, der vor dem ersten Weltkrieg an 12. bis 14. Stelle in der Statistik der Aktiengesellschaften der deutschen chemischen Industrie rangierte, zu einem bedeutenden Unternehmen der Präparatindustrie, deren Dividenden in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hin und wieder sogar die der Teerfarbenindustrie übertrafen.⁸

Daß nur wenige Betriebe eine so enge Verbindung zu den Ausbildungs- und Forschungsstätten herzustellen wußten, darin ist Rudolph gewiß zuzustimmen. Doch das Bemühen, die Universitäten und Hochschulen dem Profitinteresse dienstbar zu machen, ist allen Direktionen der Chemiebetriebe eigen gewesen.

Halten wir darum als erstes fest: Bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gerieten die höchsten Bildungs- und Forschungsstätten in den Sog des Kapitals. Natürlich waren bei weitem nicht alle Hochschullehrer und Forscher gewillt, der Industrie ihre Dienste anzubieten, und nicht wenige Professoren haben ein Leben lang "reine Forschung" insofern betrieben, als sie sich der Grundlagenforschung widmeten und sich wenig darum kümmerten, was die Industrie daraus zu machen wußte. Doch der allgemeine Trend zu einem engen Bündnis zwischen Wissenschaft und Industrie war nicht zu stoppen. Die folgenden Bemerkungen sollen dafür ergänzendes Material bieten.

Die Technische Bildungsanstalt Dresden war zu Zwecken der Ausbildung gegründet worden. Im Jahre 1846 begann mit der Einrichtung eines Forschungslaboratoriums die Forschungstätigkeit der Studenten und vor allem der Hospitanten. Clemens Winkler bezeichnete 1879 "die Ausbildung der Erfindertätigkeit (als) das höchste und zugleich notwendigste Ziel des Unterrichts."⁹

Wer aber bestimmt Zweck, Gegenstand und Ziel der Forschung? Es lassen sich im wesentlichen zwei Tendenzen für die Entwicklung der Forschung der Hochschullehrer bestimmen: Zum einen sind es die aus den Studenten- und Assistentenjahren herrührenden Anregungen der Lehrer, die jetzt, da die Schüler selbst Lehrer geworden sind, weiterverfolgt werden. Zum anderen wird die Forschung durch die Industrie in der Umgebung der Hochschule, durch den Staat und die allgemeinen Bedürfnisse der chemischen Industrie, aber auch anderer Zweige, angeregt. Dabei ist zu beachten, daß zumindest bis zur Jahrhundertwende eine Arbeits-

7 Vgl. Rudolph, Wolfgang, a. a. O., Anhang, S. 193.

8 Vgl. die Geschäftsberichte des "Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands", in: Die chemische Industrie, Jg. 1888 ff.

9 Staatsarchiv Dresden, Ministerium für Volksbildung, Nr. 15.902.

teilung zwischen den naturwissenschaftlichen Lehrstühlen und Instituten der Universitäten und den technischen Hochschulen bestand. So heißt es in einem Brief der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig vom 9. März 1899: "Die technischen Hochschulen haben weder einen reinen wissenschaftlichen Zweck (was heißt, daß die Grundlagenforschung nicht ihre Sache sei - R. S.), noch wollen sie einen solchen haben; sie dienen der Anwendung der Wissenschaft auf das Leben ... Die Teilung der Aufgaben hat der Wissenschaft und der Technik gedient."¹⁰

Den Anforderungen bestimmter Betriebe genügen vor allem die Forschungsarbeiten der Hospitanten und in den späteren Jahren auch die Dissertationen, da die Studenten zum Zeitpunkt der Anfertigung der Arbeiten ihre spätere Arbeitsstelle kennen und sich auf deren Bedürfnisse einstellen. Rudolph antwortet auf die Fragen: Welche Forschungen wurden bevorzugt? Wer finanzierte die Forschung? Wann und wie erfolgten Aufträge durch den Staat? Welche Rolle spielte die Tätigkeit in der Industrie? wie folgt¹¹:

Der Einfluß der Industrie auf die Forschungsrichtungen und -themen habe immer mehr zugenommen. "Ernst von Meyer (1847 bis 1916, ordentlicher Professor für organische Chemie an der TH Dresden und deren Rektor in den Jahren 1898/1899 und 1912, Mitglied mehrerer ausländischer Akademien der Wissenschaften - R. S.) führte das unter Schmitt begonnene Forschungsgebiet für die Chemische Fabrik von Heyden mit sichtlich erhöhter Intensität weiter. Der Grund dafür bestand weniger darin, daß er sich schon unter Kolbe mit diesen Problemen befaßt hatte, sondern vielmehr in seinem unmittelbaren Interesse am Aufblühen der Fabrik, deren Teilhaber, Aktionär und Aufsichtsratsmitglied er war."¹²

Walter Hempel (1851 bis 1916, in Fachkreisen "Meister der Gasanalyse" genannt, wie von Meyer während mehrerer Amtsperioden Rektor der Technischen Hochschule, Mitglied verschiedener wissenschaftlicher Gesellschaften) hatte eine enge Verbindung zur Gußstahlfabrik Döhlen und war stets bestrebt, seine Forschungsergebnisse der unmittelbaren praktischen Nutzung innerhalb der Industrie zuzuführen. Seine Arbeiten über Probleme der Verbrennung, Heizung und Belüftung "wurden zur Grundlage einer engen und fruchtbaren Zusammenarbeit mit Friedrich Siemens", an dessen Arbeiten über die Regenerativfeuerung er wahrscheinlich teilnahm. Richard Möhlau (1857 bis 1940, Sohn des Besitzers einer Indigoblau-druckerei, Rektor der TH Dresden. 1908, Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Gesellschaften) kam den Bedürfnissen der sächsischen Industrie genauso nach wie Fritz Förster (1866 bis 1931, Mitglied mehrerer Akademien der Wissenschaften), dessen Interesse sich der jungen elektrochemischen Industrie zuwandte.

Die Forschungsfinanzierung erfolgte fast ausschließlich durch den Staat, und wenn die Industrie sich zu Zahlungen bereit fand, dann flossen deren Gelder nicht in den Haushalt der Hochschule oder des betreffenden Ministeriums, sondern kamen den Professoren und Privatdozenten direkt zugute. Jedoch ist zu beachten: "Der Nutzen, den die Forschungsarbeiten für das Aufblühen der sächsischen Industrie und damit für die wirtschaftliche Stärke des Staates hatten, war so groß, daß der Staat nicht gegen die Benützung der von ihm bezahlten Mittel eintrat, zumal diese Nutzung ständig eng mit dem Studium verbunden bzw. ein Bestandteil desselben war."¹³

Da die Industrie bis um die Jahrhundertwende nur in seltenen Fällen Verträge mit den Wissenschaftlern zur Durchführung von Forschungsarbeiten abschloß, spielten die persönlichen Kontakte von Hochschullehrern zu Industriellen eine hervorragende Rolle. Die Chemische

10 Staatsarchiv Dresden, Ministerium für Volksbildung, Nr. 15.863, zit. bei Rudolph, Wolfgang, a. a. O., Anhang, S. 155.

11 Vgl. Rudolph, Wolfgang, a. a. O., Abschnitt 3.2.3.

12 Ebenda, S. 82.

13 Ebenda, S. 86.

Fabrik von Heyden verfügte über solche Kontakte zu den bereits genannten Professoren Rudolf Schmitt und Ernst von Meyer, später auch zu Walter Hempel, Fritz Förster und Alfred Lottermoser. Von Meyer sorgte dafür, daß Assistenten Hempels in das Unternehmen eintraten, Lottermoser gemeinsam mit Hermann von Hößle Kolloidpräparate für Heyden erfand, Hempel Mitglied des Aufsichtsrates wurde und ab 1920 Fritz Förster in der gleichen Funktion tätig wurde und in den anorganischen und elektrochemischen Laboratorien der TH Dresden Forschungen für die Fabrik betrieben wurden.

Manches ließe sich noch über die Rolle der wissenschaftlichen Gesellschaften sagen, die sich als wichtiges Bindeglied zwischen Bourgeoisie und Wissenschaft erwiesen und die im Falle der 1867 gegründeten Deutschen Chemischen Gesellschaft Unternehmer und Wissenschaftler zu ihren Gründern zählten. Diese Gesellschaft wurde damals zum Prototyp für die unter dem Einfluß des Kapitals stehenden wissenschaftlichen Gesellschaften und zu einem der wichtigsten Mittel für die Ausrichtung der chemischen Forschung auf die Bedürfnisse der jungen Industrie.

Es wird aber auch mit den angeführten Beispielen deutlich geworden sein, daß es in bezug auf die Allianz von Wissenschaft und Industrie eine historische Kontinuität gab, die Reischhaus-Etzold für die von ihr untersuchte Periode beweiskräftig darstellen konnte.

DIE ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFT UNTER DEN BEDINGUNGEN DER INDUSTRIELLEN REVOLUTION UND DER WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN REVOLUTION IM KAPITALISMUS UND SOZIALISMUS

II. Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der VR Ungarn vom 7. bis 10. September 1971 in Quedlinburg

ZUR ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFT IN DEN MITGLIEDSLÄNDERN DES RGW

von Horst Fruck/Walter Draeger

Die Jahre 1970/71 waren für fast alle RGW-Länder eine Zeit der Rechenschaftslegung über den zurückgelegten Weg, über die erzielten Erfolge, aber auch über die zu lösenden Aufgaben bis 1975. In fast allen Ländern fanden Parteitage oder entscheidende Plenarsitzungen statt, auf denen zu Problemen der Landwirtschaft Stellung genommen wurde.

Diese Bilanz und Rechenschaftslegung ist insofern von Bedeutung, als man auf eine Periode von rund zehn Jahren genossenschaftlicher Entwicklung in der Landwirtschaft blicken konnte. Es ist bekannt, daß die Umgestaltung dieses Volkswirtschaftszweiges einer der kompliziertesten und langwierigsten ist, so daß die volle Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze des Sozialismus wesentlich später als in anderen Volkswirtschaftszweigen zum Tragen kommt. Auf der Grundlage des Leninschen Genossenschaftsplanes und unter Berücksichtigung der spezifischen Besonderheiten in den einzelnen Ländern wurden die verschiedenen Typen von Genossenschaften gebildet.

Diesem Prozeß der Genossenschaftsbildung folgte in allen sozialistischen Ländern eine Zeit der Konsolidierung, der organisatorischen Gestaltung und teilweisen Umstrukturierung der Genossenschaften. Parallel dazu liefen Maßnahmen der Arbeiter-und-Bauern-Macht zur ökonomischen Stärkung der Genossenschaften, zur Konzentration und Spezialisierung der Produktion und damit auch zur Stärkung der genossenschaftlichen Produktion.

Das widerspiegelt sich in der zunehmenden durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der Bruttoproduktion, die im Zeitraum 1961/65 zwischen -0,6 Prozent und 3,2 Prozent und im Zeitraum 1966/69 zwischen 0,9 Prozent und 5,9 Prozent lag. Beachtliche Fortschritte wurden bei der Erhöhung der Getreideproduktion erreicht (siehe Tabelle 1).

Gegenüber dem Zeitraum von 1956 bis 1960 wurde die Getreideerzeugung, hauptsächlich durch Steigerung der Hektarerträge, um fast 40 Prozent erhöht. Das ist ein großer Erfolg der sozialistischen Landwirtschaft. Die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, ein höheres gesamtwirtschaftliches Wachstum und die Stärkung der internationalen Position des sozialistischen Lagers erfordern jedoch, in allen Ländern noch höhere durchschnittliche Wachstumsraten durch Ausschöpfung der inneren Reserven und durch internationale Zusammenarbeit zu erreichen.

Tabelle 1

Entwicklung der Hektarerträge des Getreides, einschließlich Hülsenfrüchte
(dt/ha)

Zeitraum	VRB	UVR	DDR	VRP	SRR	UdSSR	ČSSR
1956 - 60	15,8	17,8	24,2	14,7	12,3	10,1	20,4
1961 - 65	19,0	20,3	25,3	17,0	15,9	10,2	21,8
1966 - 69	26,9	25,7	30,0	19,9	19,8	13,2	26,3
1966 - 69							
1956 - 60	170,3	144,4	124,0	135,4	161,0	130,7	129,0

Quelle:

Errechnet nach Angaben in Statistischen Jahrbüchern der Länder.

Die Etappe der Konsolidierung ist heute in fast allen Ländern abgeschlossen, so daß die Parteitage oder letzten Plenartagungen der kommunistischen und Arbeiterparteien in allen RGW-Ländern ein höheres Tempo der Intensivierung der Landwirtschaft, darunter insbesondere die umfassende Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes, als Schwerpunkt der weiteren Entwicklung herausstellen konnten. Das bedeutet jedoch nicht, daß in diesen Ländern bereits ein einheitliches Niveau der Intensivierung erreicht worden wäre. Noch bestehen beträchtliche Unterschiede in der Intensität der Bodennutzung, gemessen am Bruttoumsatz je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN), dagegen besteht in der Pro-Kopf-Produktion infolge der unterschiedlichen Nutzflächenquote eine weitgehende Annäherung, wobei jedoch strukturelle und qualitative Unterschiede in der Produktion unberücksichtigt bleiben (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2

Nutzflächenquote, Bruttoumsatz (BU) je ha LN und je Einwohner (1968)

Land	ha LN/Einwohner	BU/ha LN	BU/Einwohner
UdSSR	2,31	1,0	2,2
SRR	0,76	2,2	1,7
VRB	0,70	2,8	2,0
UVR ⁺	0,67	3,3	2,2
VRP	0,61	4,1	2,5
ČSSR	0,50	4,3	2,1
DDR	0,37	5,8	2,2

+ 1967.

Quelle:

Bereich Ausländische Landwirtschaft, Forschungsbericht 1970.

Aus diesen Kennzahlen wird klar, daß die Landwirtschaft der einzelnen Länder jetzt noch objektiv vor differenzierten Anforderungen steht. Das betrifft vor allem die quantitative Seite des Aufwandes, zum Beispiel den Düngemittelaufwand je Hektar Ackerland (AL), den Traktorenbesatz, den Aufwand an Elektroenergie und anderes. Bei diesen Kennziffern wird es nur allmählich zu einer Annäherung kommen (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3

Düngemittelverbrauch in kg Reinnährstoff
(je ha AL)

Länder	Verbrauch kg je ha AL	
	1960	1969
VRB	35	171
ČSSR	94	194
DDR	189	310
VRP	47	143
SRR	8	52
UdSSR	12	40
UVR	30	125

Errechnet nach Angaben in Statistischen Jahrbüchern der Länder.

Dagegen bestehen objektiv gleiche Anforderungen an die qualitative Seite des Aufwandes im Zusammenhang mit der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes entsprechend den Erfordernissen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. So steht zum Beispiel vor allen Ländern die Aufgabe, Mehrnährstoffdünger mit hoher Nährstoffkonzentration anzuwenden, zur komplexen Mechanisierung durch Einsatz von Maschinensystemen überzugehen, in der Pflanzen- und Tierproduktion leistungstärkere Sorten und Rassen einzusetzen usw.

In den sozialistischen Ländern sind die Bedingungen herangereift, zur industriemäßigen Pflanzen- und Tierproduktion überzugehen. In den letzten Jahren sind eine Reihe industriemäßig produzierender Anlagen, zum Teil als Experiment, errichtet worden, die wertvolle Erfahrungen vermitteln. Die Überführung der Landwirtschaft auf industrielle Grundlage wird jedoch für die Gesamtheit der sozialistischen Länder einen längeren Zeitraum umfassen und wesentlich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst werden. Das betrifft insbesondere die Investitionsbereitstellung und ihre materielle Absicherung sowie die Aufnahme freierwerdender Arbeitskräfte in der Industrie und anderen Bereichen.

Die UdSSR geht bereits jetzt in größerem Umfang zur industriemäßigen Produktion über. So wurden bisher 500 industriemäßig betriebene Geflügelfarmen sowie eine Reihe von Rinder- und Schweinemastanstalten, Aufzuchtbetrieben, Brütereien und andere errichtet. In diesem Jahr werden zum Beispiel einige Schweinemastanlagen mit einer Jahresproduktion von je etwa 100 000 Masttieren errichtet. Auch in der Pflanzenproduktion, vor allem im Getreide-, Obst-, Wein- und Gemüsebau sind industriemäßig produzierende Großkomplexe entstanden. Bis 1975 sollen weitere 1 500 industriemäßige Anlagen für die Erzeugung von Fleisch, Milch, Eiern und Gemüse errichtet werden. L. J. Breshnew charakterisierte diese Entwicklung auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU als einen Prozeß, der die Zukunft der Landwirtschaft bestimmt.

Diese Stufe der Intensivierung setzt einerseits gefestigte Genossenschaften, hohes Bewußtsein der Genossenschaftsbauern und eine Vielzahl von Fachkadern aller Disziplinen in der Landwirtschaft voraus. Sie erfordert andererseits hohe, qualifizierte Anleitung und Hilfe durch die Partei- und Staatsorgane sowie die Bereitstellung moderner Produktionsmittel durch die Industrie. Damit wird das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und Bauernschaft auf höherer Stufe fortgesetzt - auf höherer Stufe, weil die Komplexität der Entwicklung der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft auf der einen Seite und die höhere Produk-

tion der Landwirtschaft andererseits zur Angelegenheit aller Volkswirtschaftszweige wird. Anders ausgedrückt, der Prozeß der Verflechtung der Volkswirtschaftszweige untereinander und mit der Landwirtschaft wird außerordentliche Ausmaße annehmen müssen. Sehr anschaulich zeigt sich dieser Prozeß am Beispiel der UdSSR. Auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU wurden zur Integration von Landwirtschaft und Industrie, zur Herausbildung eines Agrar-Industrie-Komplexes in der Volkswirtschaft, richtungsweisende Aufgaben formuliert. "Die Produktivkräfte in der Landwirtschaft haben bisher einen solchen Stand erreicht, daß die Landwirtschaft kurz vor dem Zusammenschluß mit der Industrie steht. Es bewahrheiten sich die genialen Voraussagen Lenins, daß in einer bestimmten Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung die realen Voraussetzungen für eine organische Synthese dieser beiden Zweige der Volkswirtschaft bestehen werden."

Ein wichtiger Aspekt in diesem Prozeß ist der beschleunigte Auf- und Ausbau jener Industriezweige, die Produktionsmittel für die Landwirtschaft liefern und die landwirtschaftlichen Rohstoffe verarbeiten. So sieht die Direktive für den Fünfjahrplan 1971 - 75 unter anderem vor, die Produktion von Mineraldüngemitteln auf 90 Millionen Tonnen, von Traktoren auf 575 000 Stück und von Landmaschinen auf 3,5 Milliarden Rubel im Jahre 1975 zu erhöhen. In beschleunigtem Tempo werden auch die mikrobiologische Industrie und die Futtermittelindustrie entwickelt. Für die Nahrungsmittel-, Fleisch-, Milch- und Fischindustrie ist eine Produktionserhöhung um 33 bis 35 Prozent vorgesehen. Das Netz von Transport- und Dienstleistungseinrichtungen für die Landwirtschaft wird erweitert.¹ Damit wird die Vertiefung der ökonomischen Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft möglich und eine komplexe Leitung und Planung erforderlich.

Auf betrieblicher Ebene entwickeln sich auf der Grundlage von Verträgen, kooperativen Zusammenschlüssen und betrieblichen Fusionen Direktbeziehungen zur Industrie. Es entstehen Agrar-Industrie-Betriebe, Agrar-Industrie-Kombinate und Agrar-Industrie-Vereinigungen, in denen Rohstoffproduktion, Verarbeitung und Absatz der Endprodukte einheitlich organisiert werden.

Eine Agrar-Industrie-Vereinigung umfaßt entsprechend der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit eine bestimmte Anzahl Kolchosen, Sowchosen, zwischengenossenschaftliche Einrichtungen, Verarbeitungsbetriebe, Lager, Transporteinrichtungen und andere zur Erzeugung eines oder mehrerer Endprodukte. In diesen Vereinigungen "werden die Technik, die Investitionen und das Arbeitskräftepotential effektiver genutzt und in stärkerem Maße industrielle Methoden angewandt."²

In Form von Kooperationsverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, Genossenschaftsverbänden, Kombinat und in anderer Weise entwickeln sich auch in den anderen Mitgliedsländern des RGW feste kooperative Beziehungen zwischen der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel. Um ein weiteres Beispiel zu nennen: In der Volksrepublik Bulgarien werden den Bedingungen des Landes entsprechend und in Auswertung der sowjetischen Erfahrungen Agrar-Industrie-Komplexe gebildet, die zunächst überwiegend den Charakter von landwirtschaftlichen Produktionsvereinigungen haben und auf der Grundlage der zwischenbetrieblichen horizontalen Kooperation zu einer höheren Konzentration und Spezialisierung führen. Zur Zeit entstehen solche Komplexe in der Größenordnung von durchschnittlich 20 bis 30 000 Hektar LN. Im Laufe der weiteren Entwicklung soll im Rahmen dieser Komplexe die Integration mit der Industrie, die zum Teil noch aufzubauen ist, sowie dem Handel vollzogen und eine einheitliche Leitung des gesamten Reproduktionsprozesses erreicht werden.

1 Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU für den 5-Jahrplan der UdSSR, in: Presse der Sowjetunion, Nr. 53/1971.

2 Breshnew, L. I., Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU Moskau, Berlin 1971, S. 70.

Die Erfahrungen der sozialistischen Länder zeigen, daß diese Entwicklung auch grundlegende soziale Bedeutung hat, indem dadurch die Produktions-, Kultur- und Lebensbedingungen der Landbevölkerung denen der Stadtbevölkerung angenähert werden.

Mit dem Prozeß der komplexen Intensivierung und der Überführung der Landwirtschaft auf industrielle Grundlagen ist eine ständige Vervollkommnung der Formen der gesellschaftlichen Organisation der Produktion verbunden. Hier sei besonders auf den Konzentrationsprozeß hingewiesen, der sich unter anderem in der Flächenkonzentration je Betrieb widerspiegelt. Im staatlichen und genossenschaftlichen Sektor Bulgariens, Rumäniens und Ungarns sind Betriebe mit 2 000 bis 6 000 Hektar LN entstanden. Die LPG in der ČSSR sowie die LPG und VEG in der DDR verfügen über eine durchschnittliche Betriebsgröße von etwa 600 bis 800 Hektar LN. In der UdSSR ist der Konzentrationsprozeß am weitesten fortgeschritten. Die durchschnittliche Betriebsgröße beträgt hier im staatlichen Sektor 21 400 Hektar und im genossenschaftlichen Sektor 6 000 Hektar LN. Diese Nutzflächenkonzentration hat natürlich auch eine Konzentration und damit Spezialisierung in der Pflanzen- und Tierproduktion innerhalb des sozialistischen Landwirtschaftsbetriebes zur Folge. Der höchste Spezialisierungs- und Konzentrationsgrad wird in den industriemäßigen Einrichtungen erzielt.

Besondere Bedeutung erlangt in der gegenwärtigen Etappe die horizontal und vertikal gestaltete zwischenbetriebliche Kooperation, die sich, und das ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, als ein objektiver Prozeß, unabhängig von der erreichten betrieblichen Flächenkonzentration erweist.

So werden zum Beispiel in der DDR die Kooperationsbeziehungen in der Pflanzen- und Tierproduktion sowie bei der Anschaffung von Großmaschinen entwickelt und damit die Konzentration und Spezialisierung vertieft. Mehrfach bewährt haben sich die kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion, die über eine Ackerfläche von mehr als 5 000 Hektar verfügen. Ebenso kommt es in der UdSSR mit der höchsten betrieblichen Flächenkonzentration zu einer breiten Entfaltung der zwischenbetrieblichen Kooperation in Form von zwischenkollektivwirtschaftlichen Einrichtungen, Produktionsvereinigungen und Agrar-Industrie-Vereinigungen. Auch in den anderen sozialistischen Ländern entwickeln sich vielfältige Kooperationsbeziehungen. Die internationalen Erfahrungen zeigen, daß die zwischenbetriebliche Kooperation eine elastische und dynamische Entwicklung der Konzentration, Spezialisierung und der schrittweisen Verflechtung mit der Industrie entsprechend dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte, den gesellschaftlichen Erfordernissen und den spezifischen Besonderheiten der Länder ermöglicht.

Die Weiterentwicklung der Landwirtschaft auf der Grundlage der komplexen Intensivierung vollzieht sich nicht nur im Rahmen nationaler Schranken der einzelnen RGW-Staaten, sondern ist Bestandteil der sich immer mehr vertiefenden sozialistischen internationalen ökonomischen Integration im RGW-Bereich. Dabei konzentriert sich, um nur einige Gebiete zu nennen, die Zusammenarbeit auf die Agrarforschung, Saatzucht und Saatgutproduktion, Viehwirtschaft und Veterinärwesen, Mechanisierung, Chemisierung und Melioration. Diese internationale Zusammenarbeit findet ihren Zusammenhang bei der Koordinierung der einzelnen Schwerpunkte in den Jahres- und Perspektivplänen sowie in der Erarbeitung einer Prognose bis 1985.

Diese internationale sozialistische Zusammenarbeit wird beim jetzigen Entwicklungsstand der Landwirtschaft, wie auch in den anderen Zweigen der Volkswirtschaft, zu einer objektiven Notwendigkeit. Sie bildet eine neue Triebkraft zur Weiterentwicklung der Landwirtschaft, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die richtige Ausnutzung dieses Vorteils des sozialistischen Weltsystems die Landwirtschaft in der kommenden Periode noch besser befähigt, ihren Beitrag zur Erhöhung des materiellen und kulturellen Niveaus der Werktätigen zu leisten.

ZUM PROBLEM DER MESSUNG DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT AUFGRUND VON BERECHNUNGEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT IN DEN USA⁺

Zur Entwicklung einer kleinen Gedankenfolge

von Jürgen Kuczynski

Als ich 1965 das Manuskript des zweiten Bandes meiner Geschichte der Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika schrieb, fiel mir die so verschiedene Entwicklung der Arbeitsproduktivität¹ in Industrie und Landwirtschaft zunächst mehr in der Weise auf, daß ich meinte: Jetzt holt die Landwirtschaft endlich, wie Marx schon vor über hundert Jahren vorausgesagt hatte², die Industrielle Revolution mit Mechanisierung und Chemisierung nach.

1967 wurde auf dem VII. Parteitag im Bericht des Zentralkomitees eine kurze Definition der Wissenschaftlich-technischen Revolution und eine Einschätzung ihres Standes in der Deutschen Demokratischen Republik gegeben, die sich im Laufe der Zeit als absolut richtig erweisen sollte: "Seinerzeit, während der Entwicklung des Kapitalismus, war die industrielle Revolution durch das Entstehen und die massenhafte Anwendung der Arbeitsmaschinen als der für die damalige kapitalistische Produktionsweise typischen Form der Nutzung der Produktivkräfte charakterisiert. Heute wird die wissenschaftlich-technische Revolution in ihrem Wesen gekennzeichnet durch die Herausbildung der wissenschaftlich-technischen, organisatorischen und ökonomischen Voraussetzungen für den Übergang zur komplexen Anwendung automatisch gesteuerter und geregelter Produktionssysteme."

1968 fand eine merkwürdige Doppelentwicklung statt. Auf der einen Seite begann Wolfgang Jonas seine theoretische Ausarbeitung des Inhalts der Wissenschaftlich-technischen Revolution im Sinne ihrer Definition auf dem VII. Parteitag.³ Gleichzeitig aber wurde der Begriff der Wissenschaftlich-technischen Revolution von anderer Seite derartig erweitert, daß jeder Unterschied zwischen ihr und dem seit Anbeginn des Kapitalismus stets in schnellem Tempo vor sich gehenden wissenschaftlich-technischen Fortschritt verwischt wurde.

1969 trat ich zum ersten Male gegen diese Verwischung auf und trug auf einer Konferenz der Internationalen Wissenschaftlergewerkschaft meine Bedenken gegen die Überschätzung

+ Überarbeitetes Referat des II. Kolloquiums der Wirtschaftshistoriker der DDR und der VR Ungarn in Quedlinburg vom 6. bis 10. September 1971.

1 Theoretisch kann man zwischen Arbeitsproduktivität und Arbeitsleistung unterscheiden, indem man aus der letzteren die Wirkungen einer Veränderung der Arbeitsintensität durch einfache Beschleunigung oder Verlangsamung des Arbeitsprozesses unter sonst gleichen Bedingungen ausschaltet; praktisch, bei statistischen Berechnungen, ist eine solche Ausschaltung unmöglich. Wir sprechen darum im folgenden ganz einfach von der Arbeitsproduktivität als der Leistung pro Arbeitender bzw. pro Arbeitender und Stunde.

2 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, T. 2, Berlin 1959, S. 99 f.

3 Jonas, Wolfgang/Linsbauer, Valentine/Marx, Helga, Die Produktivkräfte in der Geschichte, Bd. 1, Berlin 1969, S. 27 ff.

des Ausmaßes und der Wirksamkeit der Wissenschaftlich-technischen Revolution in der Gegenwart vor. Ich stützte mich in meinen Ausführungen dort auf die folgende (hier bis 1969 fortgesetzte) Tabelle⁴:

Tabelle 1

Steigerung der Arbeitsproduktivität in den USA
(in Prozent)

Jahrzehnte	Fabrikindustrie	Landwirtschaft
1890/99 - 1900/09	15,1	13,4
1900/09 - 1910/19	20,8	2,4
1910/19 - 1920/29	42,7	2,6
1920/29 - 1930/39	32,8	13,7
1930/39 - 1940/49	23,1	32,9
1940/49 - 1950/59	26,8	66,6
1950/59 - 1960/69	32,1	88,7

In den drei Jahrzehnten 1940/49, 1950/59 und 1960/69, in denen angeblich die Wissenschaftlich-technische Revolution solche Rolle gespielt haben soll, stieg die Arbeitsproduktivität in der Industrie eher weniger als in den vorangehenden drei Jahrzehnten, während sie in der Landwirtschaft, in der die Industrielle Revolution des 18. Jahrhunderts nachgeholt wurde, enorm heraufging.

1970 jedoch kamen mir Bedenken gegen diese isolierte Betrachtung der Landwirtschaft, und ich gab folgendes zu überlegen⁵:

Man muß doch bedenken, daß die seit 1950 so rasch steigende Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft vor allem auch durch starke Leistungen der Industrie an die Landwirtschaft - Maschinen, Düngemittel etc. - herbeigeführt wurde. Kann man diese Industrieleistungen für die Landwirtschaft bei der Berechnung der Arbeitsproduktivität berücksichtigen?

Folgendes scheint mir möglich. Für Verhandlungen im Senat wurden Berechnungen der Anzahl der für die Ausrüstung der Landwirtschaft (farm production equipment and supplies) Tätigen gemacht, die sowohl für 1950 wie für 1964 eine Zahl von 1,4 Millionen Beschäftigten ergaben.⁶ Auf die Tatsache, daß sich diese Zahl zwischen 1950 und 1964 praktisch nicht verändert hat, kommt man auch, wenn man den Input von "mechanical power and machinery" und "fertilizer and liming materials" für 1950 und 1964 sowie die Veränderung der Produktivität im Durchschnitt der Fabrikindustrie vergleicht. Das heißt, wenn man annimmt,

4 World Federation of Scientific Workers, International Symposium on the Relations between Science and Technology, Bratislava 1970, S. 288 f. Quellen der Berechnungen sind: Long Term Economic Growth 1860 - 1965, hg. v. U. S. Department of Commerce, Bureau of the Census, Washington D. C. 1966, S. 190 f.; Statistical Abstract of the United States, laufend 1965 bis 1970; U. S. Department of Agriculture, Changes in Farm Production and Efficiency, Summary Reports, laufend 1965 bis 1970.

5 Vgl. zum Folgenden Kuczynski, Jürgen, Zur Problematik der Berechnungen der Arbeitsproduktivität in einzelnen Industrien und Wirtschaftszweigen, in: Statistische Hefte, Nr. 2/1971, S. 155 f.

6 Senate Hearings, Department of Agriculture and Related Agencies Appropriations, H. R. 10509, 90th Congress, First Session, Fiscal Year 1968, Part 4, Washington D. C. 1967, S. 40, 82.

daß die Produktivität für die Fabrikindustrie als Ganze und für die an dem genannten Input beteiligten Industrien sich etwa gleich entwickelt hat, dann kann man mit Hilfe der jährlichen Produktivitätszahlen und Inputzahlen ganz grob die Anzahl der in der Industrie für die Landwirtschaft Beschäftigten berechnen.⁷

Es ergibt sich dann folgendes:

Tabelle 2

Anzahl der für die landwirtschaftliche Produktion Beschäftigten
(in Millionen)

Jahrzehnt	in der Landwirtschaft	in der Industrie
1910/19	13,5	1,0
1920/29	13,0	0,9
1930/39	11,8	0,8
1940/49	10,4	1,0
1950/59	8,5	1,4
1960/69	5,8	1,4

Die Zahl der in der Industrie für die Landwirtschaft Beschäftigten ist gegenüber den direkt in der Landwirtschaft Produzierenden seit 1940/49 beachtlich gestiegen. Zählen wir sie als Mitbeteiligte an der landwirtschaftlichen Produktion hinzu, dann ergibt sich folgendes:

Tabelle 3

Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft
(in Prozent)

Jahrzehnt	pro in der Landwirtschaft Beschäftigten	pro für die Landwirtschaft Beschäftigten
1910/19 - 1920/29	+ 3	+ 3
1920/29 - 1930/39	+ 14	+ 14
1930/39 - 1940/49	+ 33	+ 28
1940/49 - 1950/59	+ 67	+ 56
1950/59 - 1960/69	+ 89	+ 77

Die Arbeitsproduktivität ist unter Berücksichtigung der relativ zunehmenden Beschäftigung in der Industrie für die landwirtschaftliche Produktion beachtlich weniger gestiegen - dabei haben wir nur die direkte Beschäftigung in der Industrie, nicht die indirekte, also zum Beispiel nicht die Produktion von Werkzeugmaschinen für die Produktion von Traktoren, berücksichtigt.

Wenn man annimmt, daß die indirekte Beschäftigung in der Industrie etwa ebenso groß ist wie die direkte, dann würde sich für 1960/69 ergeben:

In der Landwirtschaft Beschäftigte	5,8 Millionen,
in der Industrie für die Landwirtschaft Beschäftigte	2,8 Millionen.

⁷ Für den Input-Index vgl. die laufende Veröffentlichung in Changes in Farm Production and Efficiency, a. a. O., sowie Productivity in Agriculture, United States, 1870 - 1958, Washington D. C. 1961, S. 61 = U. S. Department of Agriculture, Agricultural Research Service, Technical Bulletin Nr. 1238.

Das heißt, die industrielle Beschäftigung für die Landwirtschaft ist bereits etwa halb so groß wie die landwirtschaftliche Beschäftigung selbst. Hier liegt natürlich eine Gesetzmäßigkeit der Entwicklung vor, deren Wirksamkeit sich seit dem zweiten Weltkrieg außerordentlich beschleunigt hat.

Das Department of Agriculture berechnet aus der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft auch die Zahl der Menschen, die pro in der Landwirtschaft Beschäftigten mit landwirtschaftlichen Produkten versorgt werden. Nur einige Zahlen seien hier genannt⁸:

Tabelle 4

Pro landwirtschaftlich Beschäftigten Versorgte⁺

1820	4,1	1920	8,3
1850	4,2	1950	15,5
1900	6,9	1969	45,3

+ Einschließlich des landwirtschaftlich Beschäftigten.

Eine solche Berechnung legt die Idee nahe, bei der Kalkulierung der landwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität auch die Zahl der Beschäftigten auf dem Wege von der Landwirtschaft bis in den Haushalt des Versorgten mit zu berücksichtigen.

Fritz Behrens hat in seiner hervorragenden Arbeit "Zur Theorie der Messung des Nutzeffektes der gesellschaftlichen Arbeit" folgendes ausgeführt: "Das Allgemeine der produktiven Arbeit ergibt sich unmittelbar aus dem Wesen der materiellen Produktion, in der sich der Prozeß des Zusammenwirkens zwischen Mensch und Natur vollzieht, dessen Resultat ein Produkt ist, das direkt als Konsumtionsmittel oder indirekt als Produktionsmittel Bedürfnisse der Menschen befriedigt. In allen Produktionsweisen gehören zur Sphäre der materiellen Produktion jene Zweige, in denen ein Produkt hergestellt wird, das eine von der Produktion gesonderte Form annimmt, bzw. in denen das Produkt unmittelbar im Produktionsprozeß selbst verbraucht wird: die Landwirtschaft und die Industrie einschließlich des Bauwesens sowie das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sowie der Handel, soweit diese unmittelbar der Produktion dienen oder soweit in ihnen der Produktionsprozeß fortgesetzt wird. Im Unterschied hierzu gehören ebenfalls in allen Produktionsweisen jene Tätigkeiten, die entweder in der materiellen Sphäre selbst ausgeübt werden, aber sich nicht in einem Produkt vergegenständlichen, sondern nur (wie das Rechnungswesen) eine ideelle Widerspiegelung des materiellen Prozesses sind sowie alle Tätigkeiten im gesellschaftlichen Überbau, in Staat, Kultur und Gesundheitswesen u. dgl. zur nicht-materiellen Produktion. Es ist also ebenso unrichtig, den Begriff der produktiven Arbeit dadurch zu erweitern, daß man den Begriff der materiellen Produktion ausweitet, indem man alle Tätigkeiten in der Basis der Gesellschaft in sie einbezieht, wie z. B. das Verkehrs- und Nachrichtenwesen für individuelle Zwecke sowie den gesamten Handel, wie es falsch ist, ihn dadurch zu erweitern, daß man jede gesellschaftlich notwendige Arbeit in sie einbezieht. Dagegen ist es notwendig, in den Begriff der produktiven Arbeit nicht nur die individuelle Arbeit selbst, sondern auch die Arbeit einzubeziehen, die Teil eines Gesamtarbeiters ist."⁹

Damit stimme ich völlig überein. Auch wenn er sagt: "Jede Arbeit, die Bedürfnisbefriedigung schafft, ist nützliche Arbeit, aber nur die Arbeit, die einen zur Bedürfnisbefriedigung

⁸ Vgl. Changes in Farm Production and Efficiency, a. a. O.

⁹ Behrens, Fritz, Zur Theorie der Messung des Nutzeffektes der gesellschaftlichen Arbeit, Berlin 1963, S. 13 = Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Bd. 13.

geeigneten Gebrauchswert schafft bzw. einen materiellen Dienst liefert, ist produktive Arbeit. Daher ist nicht jede nützliche Arbeit produktiv, obwohl jede produktive Arbeit auch nützliche Arbeit ist."¹⁰

Nun muß man aber folgendes überlegen. Wenn Marx darauf hinweist, daß sich erst auf dem Markt zeigt, ob und welchen Tauschwert eine Ware hat, ja ob sie überhaupt eine Ware ist, ob gesellschaftlich notwendige Arbeit auf sie verwendet worden ist, so zeigt sich auch dort erst, ob sie Gebrauchswert hat. Das heißt, um bei landwirtschaftlichen Waren zu bleiben: Für die meisten von ihnen zeigt erst der Kauf durch den individuellen Konsumenten im Kleinhandel, ob sie Gebrauchswert haben.

Das heißt, wenn wir die Veränderungen in der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft messen wollen, müssen wir nicht nur die Veränderungen in der Zahl der für die Landwirtschaft in der Industrie Beschäftigten, sondern auch die Veränderungen in der Zahl der mit der Transformierung und Transportierung der landwirtschaftlichen Produkte bis zu ihrem Ausweis als Gebrauchswerten, bis zu ihrem Kauf durch den individuellen Konsumenten Beschäftigten berücksichtigen.

Dabei müssen wir folgendes beachten:

"Die Messung des Nutzeffektes der gesellschaftlichen Arbeit zerfällt in

1. die Messung der Arbeitsproduktivität als Nutzeffekt der lebendigen Arbeit und in
2. die Messung des Nutzeffektes der vergegenständlichten Arbeit.

Der Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit kommt also sowohl in der Arbeitsproduktivität als auch im Wert je Produkt als Nutzeffekt der gesamten (lebendigen und vergegenständlichten) Arbeit zum Ausdruck."¹¹

Jedoch: "Jeder wie auch immer begründete Versuch, eine Produktivität der Produktionsmittel nachzuweisen, ist im Sozialismus aber genauso unwissenschaftlich wie im Kapitalismus. Die Arbeitsproduktivität ist der Nutzeffekt der produktiven Arbeit. Wenn man in die produktive Arbeit auch die vergegenständlichte Arbeit einbezieht, stellt man sich auf den Standpunkt der sogenannten Zurechnungstheorie."¹²

Wir berechnen die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft also als eine Funktion des materiellen Produkts, das die Landwirtschaft hervorbringt, und der lebendigen Arbeit.

Aber: Auf der einen Seite ist das Produkt, das in der Landwirtschaft hervorgebracht wird, für uns erst ein gesellschaftliches Produkt, wenn es sich als solches durch seine Anerkennung als Gebrauchswert von seiten des Finalkonsumenten erwiesen hat - und auf der anderen Seite rechnen wir zur lebendigen Arbeit alle lebendige Arbeit, die zur Herstellung des Produktes und seiner Bewahrung als Gebrauchswert aufgewendet werden muß.

Vielleicht könnte man einwenden, daß die lebendige Arbeit in der Industrie, die ich zur Landwirtschaft zuzähle, im Grunde doch schon geronnene Arbeit ist, da sie in der Landwirtschaft ja als Traktoren erscheint. Aber ist dem so? Und wenn: Wie steht es dann mit der Arbeit der in der Landwirtschaft Beschäftigten, die Zäune und Arbeitsinstrumente auf der Farm selbst herstellen oder sie reparieren? Auch berücksichtige ich ja nicht alle lebendige Arbeit, die auf der Farm später als geronnene Arbeit erscheint, sondern nur die laufende lebendige Arbeit des Jahres in der Industrie.

10 Ebenda, S. 17.

11 Ebenda, S. 45.

12 Ebenda, S. 27.

Gehen hier in merkwürdiger Weise lebendige und geronnene Arbeit ineinander über? - aber tun sie das nicht immer? Gibt es überhaupt in der Praxis der Arbeit "reine lebendige Arbeit" an einem Produkt? Wenn ich mit einem Messer arbeite und dieses bei der Arbeit schärfe - ist solche Arbeit des Schärfens anders einzuschätzen als die Herstellung von Traktoren für die Landwirtschaft?

Die theoretischen Probleme, die sich hier ergeben, sind recht vielfältig und kompliziert, und es kann sehr gut sein, daß man doch zu anderen Lösungen der Messung der Produktivität bei der Produktion von landwirtschaftlichen Produkten kommt, als ich sie hier versucht habe. Wichtig ist mir zunächst nur, daß man den Weg, den ich vorschlage, klar vor sich sieht und meine Berechnungsmethode kennt. Ob der Weg der richtige ist, muß man dann diskutieren.

Ich komme jetzt zur Berechnung der Produktivität in der Landwirtschaft zurück. Vorgeschlagen war, auch die Beschäftigten bei der Transformierung und Transportierung im weitesten Sinne des Wortes - also unter Einschuß von Nahrungsmittelindustrie, Verkehr und Handel - bei der Berechnung der Produktivität zu berücksichtigen.

Dazu haben wir jedoch leider nur für zwei Jahre Angaben. Sie lauten für processing and marketing farm products 1950 10,1 Millionen, 1964 10,7 Millionen.¹³ Eine andere Studie, die nur Nahrungsmittel betrifft, gibt für 1947 und 1958 getrennte Zahlen für direkt und indirekt Beschäftigte. Sie lauten für 1958¹⁴:

Insgesamt: 10,0 Millionen,
davon direkt: 4,63 Millionen,
davon indirekt: 5,37 Millionen.

Nehmen wir an, daß die Zahl der für die landwirtschaftliche Produktion von der Farm bis in den Haushalt indirekt Beschäftigten insgesamt, also auch für Nicht-Nahrungsmittel, und auch 1950 und 1964 etwa ebenso groß wie die der direkt Beschäftigten ist, dann ergibt sich folgende Veränderung in der Zunahme der Arbeitsproduktivität:

Tabelle 5

Index der Arbeitsproduktivität bei der Herstellung landwirtschaftlicher Produkte

Jahr	in der Landwirtschaft	unter Berücksichtigung der Leistungen der Wirtschaft für den Input und den Output bis zum Konsumenten
1950	100	100
1964	236	158

Statt 136 Prozent betrug die so berechnete Steigerung der Arbeitsproduktivität nur noch 58 Prozent - und dabei haben wir die indirekte Beschäftigung nur auf dem Weg von der Farm zum Konsumenten, nicht bei der Belieferung der Farm mit Maschinen etc. berücksichtigen können.

Faktisch wird die Arbeitsproduktivität für landwirtschaftliche Produkte von 1950 bis 1964 nur um etwa 50 Prozent gestiegen sein - im Vergleich zu rund 40 Prozent innerhalb der Fa-

¹³ Senate Hearings, a. a. O.

¹⁴ U. S. Department of Agriculture, Marketing Economics Division, Economic Research Service, Industry Output, Labor Input, Value Added, and Productivity Associated with Food Expenditures, ERS-393, Washington D. C. 1969.

brikindustrie - welch letztere Zahl aber auch zu hoch sein wird, da wir die wachsenden Zu-
leistungen für die Industrie und für den Konsumenten von Industriewaren nicht berücksichti-
gen konnten.

1970 schloß ich meine Ausführungen für die "Statistische Hefte" so:

"Weitgehend schlußfolgernde Frage:

Ist es bei der heute so starken Integration der verschiedenen Industrien und Wirtschaftszweige, insbesondere auch angesichts des Wachstums der Dienstleistungen für die Produktion und auf dem Wege von der Produktion zum Konsumenten, noch sinnvoll, über längere Zeit Veränderungen der Arbeitsproduktivität im Rahmen einer einzelnen Industrie, eines einzelnen Wirtschaftszweiges zu berechnen, um so deren Leistung unter dem Gesichtspunkt der Ökonomie der Zeit zu messen?

Man mag sagen, daß solche Berechnungen theoretisch niemals seit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gegen Ende der Urgemeinschaft erlaubt waren. Das ist richtig, aber praktisch gesehen kein Einwand, solange die Veränderungen in der Arbeitsteilung nicht schnell vor sich gingen, also keine allzu große Rolle spielten. Unter den Verhältnissen des letzten Vierteljahrhunderts aber haben solche Berechnungen auch praktisch ihren Wert verloren, unter dem Gesichtspunkt der Messung der Einsparung von Zeit in der gesellschaftlichen Produktion und bei der Belieferung des Konsumenten."

1971, auf der Tagung in Quedlinburg, stellte ich auch folgende Frage:

Sollte man die gesamtwirtschaftliche Produktivität nicht so berechnen, daß man die gesamte materielle Produktion und alle lebendige Arbeit für die materielle Produktion, einschließlich aller Dienste bis zum Finalkonsumenten, bis zum endgültigen Ausweis jedes Produkts als Tauschwert und als Gebrauchswert gegenüberstellt? In diesem Fall würden auch Dienste, die uns parasitär (also nicht einmal nützlich?) erscheinen, als produktive Tätigkeiten gerechnet werden - wie zum Beispiel das gesamte Reklamewesen, das zweifellos der Ausweisung einer Ware als Gebrauchswert dient. Ja, ist es nicht so, daß nur durch eine solche Art von Gegenüberstellung die verschiedensten Erscheinungen des Parasitismus und Bürokratismus, die zur Bewährung eines Produkts als Tauschwert und als Gebrauchswert im Kapitalismus heute notwendig sind, in der Kennziffer Arbeitsproduktivität Platz und Ausdruck finden?

ZUR TYPOLOGIE DER AGRARSTRUKTUR OSTEUROPAS⁺

von Emil Niederhauser

Bei einer vergleichenden Untersuchung muß vor allem das zu vergleichende Territorium festgelegt werden. Die Arbeit behandelt das gesamte Territorium östlich und südöstlich der Elbe ebenso wie das europäische Rußland (bzw. später die europäischen Teile der Sowjetunion) und die Balkanhalbinsel. Obwohl die ebenfalls östlich der Elbe liegenden mecklenburgischen und preußischen Gebiete nicht einbezogen werden, wird das untersuchte Gebiet im folgenden vereinfacht als Osteuropa bezeichnet.

Unsere Tagung beschäftigt sich mit der Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Daher erscheint es am zweckmäßigsten, die Jahrhunderte des Feudalismus unberücksichtigt zu lassen und die Untersuchung mit den Formen der Bauernbefreiung zu beginnen, obwohl der Feudalismus im Hinblick auf die zweite Leibeigenschaft und den türkischen Feudalismus manche Anhaltspunkte geboten hätte, um Ähnlichkeiten der Entwicklungszüge festzustellen. Die Bauernbefreiung hängt im wesentlichen von dieser früheren Agrarstruktur ab, war ihre logische Folge. In den baltischen Gebieten des russischen Reiches ging sie mit den Reformen der Jahre 1817 bis 1819 vor sich, im Habsburger Reich selbst durch die Reform von 1861, in Kongreß-Polen 1864, im gleichen Jahr in Rumänien. Auf dem Territorium des türkischen Reiches begann sie mit der Liquidierung des Spahi-Systems um 1830 (auch in dem damals schon autonomen serbischen Fürstentum), in Griechenland nach 1829, in Bulgarien nach 1878. Für die einstmals türkischen Gebiete ist es allerdings nicht ganz exakt, von einer Bauernbefreiung zu sprechen, da es hier im juristischen Sinne des Wortes keine Leibeigenschaft gegeben hat.

Es ist aber auch gar nicht die persönliche Abhängigkeit des Leibeigenen, seine rechtlich fixierte Unfreiheit, die hier interessiert und die schon vor den hier angeführten Zeitpunkten in vielen Ländern teilweise oder gänzlich aufhörte (man denke nur an die Bauernbefreiung unter Joseph II. und in den folgenden Jahren), sondern die Besitzverhältnisse der einstigen Leibeigenen und Rajahs bzw. der jetzt schon freien Bauern sowie die nach der Befreiung entstandene Grundbesitzstruktur. Von diesem Gesichtspunkt aus kann man zwei große Gruppen unterscheiden; in der einen blieb auch im kapitalistischen Zeitalter der Großgrundbesitz neben dem Bauernbesitz erhalten, in der anderen gab es im wesentlichen nur bäuerlichen Besitz. Letzteres war eigentlich nur in den früher türkischen Gebieten der Fall, wo der gesamte bearbeitete Boden in das Eigentum der Bauern überging (Serbien, Bulgarien). In den zur Jahrhundertwende noch türkischen Gebieten blieb der Großgrundbesitz erhalten, in Griechenland kam nur ein Teil des einstigen türkischen Großgrundbesitzes durch Kauf in die Hände der Bauern. In allen übrigen Ländern erhielten die Bauern im großen und ganzen nur jenen Grund und Boden, der sich auch bis dahin in ihrem Besitz befunden hatte

⁺ Die vorliegende Arbeit wurde als Beitrag zum II. Kolloquium der Wirtschaftshistoriker der DDR und der VR Ungarn eingereicht, das vom 6. bis 10. September 1971 in Quedlinburg stattgefunden hat.

(in einigen Ländern bedeutete das, daß sie den gesamten früher ihnen gehörenden Grundbesitz behielten, so in den österreichischen Erbländen, in Galizien und Rumänien. In Ungarn und Rußland bekamen sie weniger, in Kongreß-Polen etwas mehr). Neben dem bäuerlichen Besitz blieb also fast überall der Großgrundbesitz bestehen, teilweise als staatliches oder Kirchengut.

Die kapitalistische Differenzierung der Bauernschaft hing ebenfalls von der Form der Bauernbefreiung ab. In Kongreß-Polen war der Anteil der besitzlosen Bauern schon früher hoch (zwischen 1807, der persönlichen Befreiung der Bauern, und 1864 waren hier die Bauern der Form nach Pächter). In Ungarn und in Kroatien (außerhalb der Militärgrenze) wuchs ihre Anzahl nach der Befreiung. In Galizien hingegen bestand der größte Teil der Bauernschaft aus armen Bauern. In Rußland und in Rumänien fesselte das Gesetz die Bauern faktisch auch weiterhin an die Scholle, so wurde nur ein kleiner Teil besitzlos. Das Gros gehörte aber auch hier eher zu den armen als zu den Mittelbauern. Die durchschnittlichen Besitzgrößen besagen nicht viel, da sie keine Schlüsse zulassen über die Qualität des Bodens, die Art seiner Bearbeitung (Dreifelderwirtschaft oder Fruchtwechsel) und ihrer Intensität, über die Bevorzugung spezieller Kulturen (zum Beispiel Wein), den Stand der Tierzucht usw. Im großen und ganzen kann man jedoch feststellen, daß mit Ausnahme der österreichischen Erblände, wo die Mittelbauern stärker vertreten waren, auf den übrigen Gebieten (und dies ist auch für den Balkan gültig) die unteren Kategorien der Mittelbauern und noch mehr die armen Bauern überwogen.

Die Agrarstruktur muß im Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden. Im Habsburger Reich und in Kongreß-Polen setzte seit dem Beginn der kapitalistischen Periode eine beträchtliche industrielle Entwicklung ein, die im Verlaufe der Zeit einen Teil der besitzlosen Bauern aufsaugte. In Rußland begann die Industrialisierung erst viel später, in größerem Ausmaß in den neunziger Jahren und dann wieder in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg. In den Balkanländern wiederum wies die industrielle Revolution nur unbedeutende Ergebnisse auf, der agrarische Grundcharakter dieser Länder blieb unverändert. Wenn daher vom Standpunkt der Bauern aus die Entwicklung auf dem Balkan auf den ersten Blick günstiger erscheint, weil kein Großgrundbesitz vorhanden war, so hemmte doch die Stagnation des gesamten Wirtschaftslebens auch die Entwicklung der Bauernschaft. Die Bauern des Balkans standen faktisch auf einem niedrigeren Niveau als ihre osteuropäischen Leidensgenossen. Selbst im Habsburger Reich ging eine technische Entwicklung in der Landwirtschaft vor sich: Mechanisierung, Verbreitung neuer Kulturen, Intensivierung der Bewirtschaftung. Etwas langsamer erfolgte sie auch in Kongreß-Polen. In Rußland bestand dagegen das Wesen der Agrarfrage auch nach der Jahrhundertwende noch im Vorhandensein der extensiven Bewirtschaftung.

Wir können nur kurz darauf hindeuten, daß aufgrund des großen Anteils der Bauernschaft an der Bevölkerung, sobald das politische Leben das ermöglichte, Bauernparteien oder Agrarparteien entstanden, die sich als Klassenrepräsentanz der Bauernschaft betrachteten. Wo Großgrundbesitz vorhanden war, nahmen sie dessen teilweise oder gänzliche Liquidierung in ihr Programm auf, aber auch dort, wo es keinen Großgrundbesitz gab, waren sie bestrebt, die Klassenforderungen der Bauern auf den politischen Foren vorzubringen.

Das Bodendekret der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 und die verschiedenen Bodenreformen in den anderen osteuropäischen Gebieten nach 1918 führten zu mehr oder weniger wesentlichen Veränderungen der agrarischen Besitzstruktur. Wir wollen hier weder den Unterschied zwischen dem sozialistischen Charakter der Oktoberrevolution und dem bürgerlichen Charakter der anderen Bodenreformen verwischen, noch den wesentlichen Unterschied außer acht lassen, der zwischen der Nationalisierung des Bodens und der Modifizierung der Verhältnisse des Privateigentums besteht. Dennoch kann auf diesen Problembereich hier nicht näher eingegangen werden. Der Unterschied in bezug auf die hier behandelte Frage springt ins Auge: In Sowjet-Rußland wurde der Großgrundbesitz völlig liquidiert. In

sämtlichen übrigen osteuropäischen Ländern dagegen verwirklichten die Bodenreformendiese Aufgabe nur teilweise. Gewisse Unterschiede bestanden in den letzteren von Anfang an im Hinblick auf den Teil des Großgrundbesitzes, den die Bauern durch die Bodenreform erhalten sollten. Generell sollte das meist der größte Teil sein. Praktisch verzögerte sich die Durchführung der Bodenreform. Sie war bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges noch nicht beendet (in Ungarn, in den baltischen Ländern und der Tschechoslowakei war sie allerdings faktisch abgeschlossen). Auf ihre Verwirklichung wirkten in den nach der Auflösung des habsburgischen Vielvölkerreiches entstandenen kleinen, meist aber weiterhin Vielvölkerstaaten auch nationalistische Gesichtspunkte ein: Gegenüber Großgrundbesitzern, die den nationalen Minderheiten angehörten, wurden die Reformvorschriften strenger eingehalten, die Bauernschaft der Minderheiten wurde oft benachteiligt.

Die agrarische Besitzstruktur wurde jedoch grundlegend verändert. Der Großgrundbesitz verschwand oder wurde wesentlich verringert. Die Anzahl der Mittelbauern, aber auch die der nur wenig Boden besitzenden armen Bauern wuchs. Überall verminderte sich die Zahl der besitzlosen Bauern. Das hing damit zusammen, daß sich überall - in der Sowjetunion in unvergleichlich raschem Tempo - die Industrie entwickelte. Da nur in der Sowjetunion die kapitalistischen Produktionsverhältnisse beseitigt wurden, schritt in den anderen Ländern die Differenzierung der Bauernschaft weiter voran. Jetzt vergrößerte sich aber nicht die Schicht der Besitzlosen (sie gingen in die Industrie oder wanderten aus), sondern vielmehr die Schicht der reichen Bauern. Infolge des langsamen Tempos der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen und der weltwirtschaftlichen Krise im besonderen befand sich der Großteil der Bauern in einer schwierigen Lage. Durch Ablösungskosten, Steuern und Verschuldung verloren sie einen Teil des in der Bodenreform erhaltenen Landes wieder. Ein Teil des verkauften oder versteigerten Bauernbesitzes gelangte in die Hände der einstigen Großgrundbesitzer, ein anderer in die der reichen Bauern, ein dritter kam in den Besitz von Banken. An die Stelle des feudalen Großgrundbesitzes trat jetzt das bürgerliche Großgrundeigentum.

Auch die Machtverhältnisse änderten sich nur in der Sowjetunion. In den anderen Ländern behielt die Bourgeoisie die Macht zusammen mit den früheren Großgrundbesitzern. Unter diesen Umständen ist die weitere Existenz der Bauernparteien in den kapitalistischen Ländern verständlich. Sie vertraten größtenteils das besitzende Bauertum, wendeten sich aber gegen die bürgerliche Herrschaft und verurteilten den "städtischen" Kapitalismus ebenso wie den Sozialismus, das heißt, sie suchten eine dritte Lösung. Das hielt sie nicht davon ab, die zahlenmäßige Übermacht der Bauern gegenüber anderen Klassen zu betonen, woraus sie den Schluß zogen, daß in diesen Ländern nur die Bauernschaft berufen sein könne, die Macht in ihre Hände zu nehmen.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ergab sich in allen osteuropäischen Ländern außer Griechenland die Möglichkeit einer radikalen Verwirklichung der nach 1918 begonnenen Bodenreformen. Die weitere Entwicklung zeigt freilich eindeutig, daß man die Landwirtschaft nicht isoliert betrachten darf. Die Bodenreform allein konnte die Agrarprobleme nicht lösen. Dazu war eine weitreichende Industrialisierung und die Schaffung landwirtschaftlicher Großbetriebe, vor allem aber eine grundlegende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse erforderlich.

Zieht man alle Faktoren in Betracht, deren Wirkung hier nur flüchtig skizziert werden konnte, so kann man drei Gebiete, drei Entwicklungstypen unterscheiden:

Der erste Typ ist der ostmitteleuropäische. Dort schreitet bei Weiterbestehen des Großgrundbesitzes die Wirtschaft seit dem Beginn der kapitalistischen Entwicklung rasch voran; der zweite Typ ist der eigentliche osteuropäische. Dort besteht ebenfalls der Großgrundbesitz weiter, die rasche wirtschaftliche Entwicklung setzt jedoch erst viel später ein;

der dritte Typ ist der südosteuropäische oder Balkantyp. Dort verläuft die wirtschaftliche Entwicklung ohne Großgrundbesitz bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts langsam.

Die beiden ersten Typen haben viele gemeinsame Züge. Es gibt aber auch spezifische Besonderheiten der Entwicklung, die allen drei Typen gemeinsam sind. Diese drei Teilgebiete des osteuropäischen Raums sind schon seit dem hohen Mittelalter zu unterscheiden und lassen sich auch von dem hier behandelten speziellen Gesichtspunkt fixieren.

ZUR ROLLE DER RÜBENZUCKERINDUSTRIE BEI DER INTENSIVIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND IM 19. JAHRHUNDERT

Einige technologische und ökonomische Aspekte

von Gerhard B. Hagelberg

In seinem Referat über die Intensivierung der Feldwirtschaft in Deutschland im 19. Jahrhundert betonte Professor Berthold mit Recht die hervorragende Rolle der Zuckerrübe, wobei er sich vor allem auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sowie des Ertrags je Flächeneinheit, die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, die vollere Auslastung der Arbeitskräfte und die Anfänge der wissenschaftlichen Pflanzenzüchtung und der Mechanisierung bezog.¹ Auf den ersten Blick scheint diese besondere, übrigens keineswegs neue Wertschätzung der Zuckerrübe jedoch auf einen quantitativen Widerspruch zu stoßen, insofern als die gesamte Rübenanbaufläche Deutschlands vor dem ersten Weltkrieg maximal nur etwa zwei Prozent des Ackerlandes ausmachte, so daß sich der direkte Einfluß der Zuckerrübe bei einem drei- bis vierjährigen Fruchtwechsel auf höchstens 8 Prozent des Ackerlandes erstreckte. Danach könnte man meinen, daß sich die Zuckerrübe mehr betriebs- als volkswirtschaftlich auswirkte.² Infolge der territorialen Konzentration der Rübenkultur war der Einfluß der Zuckerrübe gebietsweise natürlich viel größer, als aus dem Gesamtdurchschnitt des Deutschen Reiches zu schließen wäre. Auch in bezug auf die landwirtschaftliche Bedeutung der Zuckerrübe für ganz Deutschland ist eine Durchschnittszahl zuwenig aussagekräftig, da das Rübenareal hauptsächlich auf Kosten des Brachlands und der Ackerweide entstand. Dennoch könnte man fragen, ob die der Zuckerrübe zugerechneten ökonomischen und technologischen Verbesserungen innerhalb der landwirtschaftlichen Produktivkräfte nicht ebenfalls mittels anderer Kulturpflanzen erreichbar gewesen wären. Darauf läßt sich aus dem quantitativen Ausmaß des Zuckerrübenbaus keine befriedigende Antwort ableiten.

Von der heutigen Einsicht in die Entwicklung der Produktivkräfte ausgehend, richtet sich das Augenmerk verstärkt auf das qualitativ neue Element, das mit der Zuckerrübe in die Landwirtschaft eingeführt wurde: Mit ihr entstand erstmals eine enge, organische Verbindung zwischen Feld und Fabrik. Bereits Eyth erkannte in dieser Verbindung einen Mechanismus für die Übertragung moderner Technik in die Landwirtschaft: "Dort gelang es, den Hebel anzusetzen, der aus der Rübenfabrik einen neuen Geist auch auf die Rübenfelder und von da auf die gesamte Bodenkultur verpflanzte."³ Den Antrieb für diesen Hebelmechanismus lieferten nämlich die kapitalistischen Zuckerfabriken, die als industrielle Unternehmen technisch-organisatorisch auf einer höheren Entwicklungsstufe standen als der landwirtschaftliche Betrieb und im Interesse ihres Maximalprofits ständigen Druck auf diesen ausübten, sich den

1 Berthold, Rudolf, Bemerkungen zu den Wechselbeziehungen zwischen der Industriellen Revolution und der kapitalistischen Intensivierung der Feldwirtschaft in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 1, S. 261 - 267.

2 Vgl. Roemer, Theodor, Handbuch des Zuckerrübenbaues, Berlin 1927, S. 22.

3 Eyth, Max, Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens in Deutschland, England und Amerika, Berlin 1893, S. 26.

Bedürfnissen des Fabrikationsverfahrens anzupassen, gleichzeitig ihm aber auch Mittel für höhere Leistungen verschafften. Bekanntlich handelte es sich hierbei in erster Linie um verbessertes Saatgut. Man weiß aber auch zumindest von einer Zuckerfabrik, die bereits in den frühen achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts künstlichen Dünger mischte und den Rübenbauern lieferte.⁴

Im Interesse kapitalistischer Verwertungsbedingungen offenbarte sich unter diesem Gesichtspunkt im 19. Jahrhundert die deutsche Rübenzuckerindustrie als ein Prototyp für

- die vertikale ökonomische Integration von Industrie und Landwirtschaft,
- die Einflußnahme des industriellen Endproduzenten auf landwirtschaftliche Produktionsverfahren,
- in Verbindung mit dem Modus der Materialsteuer, die durch zentrale wirtschaftspolitische staatliche Maßnahmen (ökonomische Stimuli) gelenkte, aber dezentralisiert durchgeführte Anleitung der Landwirtschaft seitens der verarbeitenden Industrie zur Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und technologischer Neuerungen.

Da in dieser Betrachtung äußerst aktuelle Probleme des ökonomisch-technologischen Entwicklungsprozesses wirtschaftlich zurückgebliebener Länder anklingen, ist sogleich eine wichtige Einschränkung am Platze, um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen. Wenn hier am Beispiel der deutschen Zuckerindustrie im vorigen Jahrhundert die Funktion der Industrie als Organisator der Landwirtschaft hervorgehoben wird, so soll damit keineswegs die Frage beantwortet werden, ob die Landwirtschaft oder die Industrie bei der wirtschaftlichen Entwicklung die primäre Rolle spielt. So wie diese Frage häufig in den letzten Jahren in Diskussionen über Entwicklungsländer gestellt worden ist, muß man sie für ziemlich sinnlos halten, da es sich offensichtlich um ein Wechselverhältnis handelt, dessen störungsfreier Ablauf eine den örtlichen und zeitlichen Bedingungen entsprechende proportionale Entwicklung beider Sektoren erfordert.

Was man tatsächlich an diesen ökonomisch-technologischen Beziehungen zwischen Feld und Fabrik in der Rübenzuckerproduktion frühzeitig ablesen kann, ist das Modell eines wesentlichen, vielleicht sogar unentbehrlichen Mechanismus für die Übertragung wissenschaftlich-technischer Fortschritte auf die landwirtschaftliche Praxis, ihre Verbreitung und den Übergang zu einer intensiveren Form der Agrarproduktion. Dieses historische Beispiel untermauert die entwicklungstheoretisch aufschlußreiche These, daß bestimmte Industriezweige, die als Lieferanten landwirtschaftlicher Produktionsmittel oder Abnehmer landwirtschaftlicher Erzeugnisse in unmittelbarer Berührung mit dem Agrarsektor stehen dazu tendieren, den agrartechnischen Fortschritt zu aktivieren und stimulieren, sofern sie nicht Schranken davon abhalten, die in den Produktionsverhältnissen begründet liegen. Infolge der räumlichen Ausdehnung der Landwirtschaft, der großen Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe mit verhältnismäßig niedriger Kapitaldichte und der Abhängigkeit des landwirtschaftlichen Produktionsablaufs von Naturereignissen - um nur einige der wichtigsten Unterschiede zwischen Landwirtschaft und Industrie zu nennen - waren sowohl der "Zwang des Fließbands", der in hohem Grade Arbeitsweise und sogar Arbeitsergebnis in der kapitalistischen Industrie bestimmt, als auch staatliche Maßnahmen ökonomischer und außerökonomischer Art, die meist weit vom Schauplatz beschlossen wurden, von beschränkter Wirksamkeit im Agrarsektor, besonders was die Einführung und Anwendung technischer Neuerungen betrifft. Die Aufgabe der Organisation und Anleitung der Landwirtschaft wurde in der Hauptsache von der Industrie durch ihre vielseitigen und engen Verbindungen mit dem Agrarsektor als Lieferant und Ab-

⁴ Bericht der Zucker-Enquete-Kommission, Bundesrat, Session von 1883/1884, Anlagen, Bd. 2, Stenographische Protokolle über die Vernehmungen der Sachverständigen, S. 821.

nehmer erfüllt.⁵ Wie trefflich zeichnete Marx die Rolle der Industrie als Organisator der Landwirtschaft zur Überwindung ihres technischen Rückstands: "An die Stelle des gewohnheitsfaulsten und irrationellsten Betriebs tritt bewußte, technologische Anwendung der Wissenschaft. Die Zerreißung des ursprünglichen Familienbandes von Agrikultur und Manufaktur, welches die kindlich unentwickelte Gestalt beider umschlang, wird durch die kapitalistische Produktionsweise vollendet. Sie schafft aber zugleich die materiellen Voraussetzungen einer neuen, höheren Synthese, des Vereins von Agrikultur und Industrie, auf Grundlage ihrer gegensätzlich ausgearbeiteten Gestalten."⁶ Es würde dem Bild einer neuen, höheren Synthese widersprechen, wenn von einem bestimmten Stand der Entwicklung an dieser Mechanismus aufhörte zu funktionieren. Das Gegenteil ist der Fall; Er zeigte sich in vollster Entfaltung dort, wo die Produktivkräfte am weitesten fortgeschritten waren. Die Erklärung liegt auf der Hand: Durch die zunehmende Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bis zum kchen- und tafelfertigen Artikel, durch die wachsende Verlagerung der Erzeugung landwirtschaftlicher Produktionsmittel aus dem Agrar- in den Industriesektor und durch die Ausstattung der Landwirtschaft mit völlig neuen Produktionsmitteln im Zuge ihrer Mechanisierung und Chemisierung vermehrten und vertieften sich die Berührungspunkte zwischen Industrie und Landwirtschaft und damit die Möglichkeit wie auch die Notwendigkeit für die Industrie, den landwirtschaftlichen Produktionsablauf zu vervollkommen.

Bleibt die Frage zu beantworten, warum gerade die Rübenzuckerindustrie als historisches Beispiel dieses Mechanismus hervorragt. Das ist sicherlich auf die Tatsache zurückzuführen, daß in der Zuckerfabrik eigentlich gar kein Fabrikationsprozeß stattfindet, sondern ein Extraktions- und Luterungsverfahren, dessen Ertrag und Effizienz hauptsächlich von der Qualität des Rohstoffes abhängen, diese wiederum aber, wie Achard bereits erkannte, weitgehend von ackerbautechnischen Maßnahmen bestimmt wird. Dadurch war die Fabrik von Anfang an gezwungen, über den bloßen Ankauf des Rohstoffes hinaus auf dessen Erzeugung einzuwirken. Ein weiteres Moment, das den industriellen Endproduzenten in diesem Zweig frühzeitig zur Einflußnahme auf den landwirtschaftlichen Produktionsablauf drängte, ergab sich aus jenem inhärenten Interessengegensatz zwischen Rbenlieferant und Verarbeitungsbetrieb, der daraus resultierte, daß die Zuckerrüben lediglich nach Gewicht und ohne Berücksichtigung ihres Zuckergehalts bezahlt wurden. (Dafür gab es anfangs auch den einfachen objektiven Grund, daß vor Einführung des Polarisationsapparats eine in der Wirtschaft praktikable Ermittlung des Zuckergehalts gar nicht möglich war.) Die Rbenbauern erstrebten folglich ein hohes Rbengewicht und eine möglichst große Ernte je Flächeneinheit. Besonders große Rüben wiesen aber einen niedrigeren Zuckergehalt auf und waren schwieriger zu verarbeiten. Die Fabrik andererseits legte Wert auf Ausbeute, das heißt möglichst viel Zucker pro Gewichtseinheit Rohstoff. Dieser Widerspruch wurde in Deutschland zunächst größtenteils durch Selbstanbau auf eigenen und gepachteten Ländereien abgeschwächt. Bei den anfänglichen Betriebsgrenverhltnissen bedeutete eine derartige Integration von Agrikultur und Manufaktur keine Schwierigkeit. Die 122 Zuckerfabriken in Deutschland 1836/37 verarbeiteten im Durchschnitt rund 200 Tonnen Rüben, das Produkt von höchstens 10 Hektar Anbaufläche. In den nächsten fünfzehn Jahren stieg die mittlere Kapazität jedoch auf das Zwanzigfache. Die 184 deutschen Fabriken in der Kampagne 1850/51 verarbeiteten durchschnittlich 4 000 Tonnen Rüben, wofür bei den damaligen Erträgen etwa 170 Hektar Anbaufläche notwendig waren. Sollte eine regelmäßige Fruchtfolge eingehalten werden, setzte dies einen Besitz von mindesten 500 Hektar voraus. Es ist klar, daß bei einem derartigen Umfang der Aufbau einer von ihrer Betriebsgröße her konkurrenzfähigen

5 Vgl. Romeo, Carlos, *Revolucin técnica y reordenacin econmica en la agricultura*, in: *Cuba Socialista*, Havanna, Nr. 60 (August 1966), S. 63 - 87.

6 Marx, Karl, *Das Kapital*, Bd. 1, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd. 23, Berlin 1968, S. 528.

Zuckerfabrik bereits zu Anfang der fünfziger Jahre die Möglichkeiten eines Einzelunternehmers überstieg - mächtige Großgrundbesitzer ausgenommen -, durch Eigenbesitz und Zupachtung das notwendige Rübenvolumen selbst zu liefern. Die ökonomische Optimalrelation zwischen Rübenanbau und -verarbeitung unter ein und derselben Regie war selbst annähernd nur noch durch den Zusammenschluß mehrerer Unternehmer erreichbar. Die Ansicht ist sicherlich vertretbar, daß mehr als der steigende Kapitalbedarf der steigende Rohstoffbedarf für die Errichtung einer Zuckerfabrik die Bildung und Ausbreitung kapitalistischer Gesellschaften in der deutschen Zuckerwirtschaft forcierte.⁷

Nebenbei zeigen diese Zahlen, daß die im deutschen Sprachgebrauch übliche Bezeichnung der Zuckerindustrie als "landwirtschaftliches Nebengewerbe" bereits gemessen am Zustand in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine ziemlich unglückliche Konstruktion darstellt, insofern als das einen abwertenden Eindruck hinterlassende Präfix "Neben-" einer richtigen Einschätzung entgegenwirkt. Auch vor diesem Zeitpunkt trifft diese Bezeichnung bestenfalls auf von einzelnen Großgrundbesitzern errichtete Fabriken zu, aber nicht auf die von Kaufleuten gegründeten Unternehmen und schon gar nicht auf ein für damalige Verhältnisse wahrhaftiges "big business" wie die 1836 gegründete Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation, deren Statuten ein Aktienkapital von 1 Million Gulden vorsahen und deren Fabrik in Waghäusel Ende der vierziger Jahre als die größte Zuckerfabrik Deutschlands und das wichtigste industrielle Unternehmen in Baden galt. Diese Gesellschaft ist hier jedoch nicht nur deswegen erwähnenswert, sondern auch weil sie ursprünglich rein auf die Verarbeitung angekaufter Rüben ausgerichtet war und erst 1854/55 mit dem Eigenbau von Rüben auf einer Pachtung von rund 170 Hektar begann, dann aber ihren Landwirtschaftsbetrieb bis Ende 1873/74 auf 2 300 Hektar ausdehnte, um nicht vollständig von fremden Lieferanten abhängig zu sein. Nach einem zeitgenössischen Bericht unterhielt die Feldwirtschaftsabteilung von Waghäusel Mitte der fünfziger Jahre schriftliche Rübenlieferungsverträge mit 11 240 Bauern, versah sie mit schlesischem oder Magdeburger Rübensamen und überwachte den Anbau.⁸

Bereits damals rangierten die spezifischen Organisationsformen der Verbindung zwischen Rübenfeld und Zuckerfabrik, den örtlichen und zeitlichen Verhältnissen entsprechend, von einfachen vertraglichen Regelungen bis zur einheitlichen Leitung. Aber ausgehend von der gleichen Zielstellung - der Sicherung des Rohstoffbedarfs in der erforderlichen Quantität und Qualität - äußerten sich diese Beziehungen in Anbauvorschriften, Bereitstellung von Saatgut und anderen Inputs, Beaufsichtigung, Beratung, Qualitätsbestimmungen und ähnlichen Maßnahmen seitens der Industrie zur Gestaltung des landwirtschaftlichen Produktionsablaufs.⁹

Ohne die in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen wurzelnden Unterschiede zu übersehen, stützt sich die hier vorgebrachte Erklärung des Beitrags der Rübenzuckerindustrie zur Intensivierung der Landwirtschaft in Deutschland im vorigen Jahrhundert schließlich auf übereinstimmende Beobachtungen in anderen Ländern und Zeiten. Das

7 Vgl. Ochsenfarth, Albert, Die Rübenlieferungspflicht der Gesellschafter von deutschen Zuckerfabriken, Jena 1931, S. 5 - 13; Marks, Kurt, Die Nebenleistungspflicht bei Handels-Gesellschaften der deutschen Zuckerindustrie, rer. pol. Diss., Handelshochschule Mannheim 1933.

8 Statuten der Badischen Gesellschaft für Zuckerfabrikation, Karlsruhe 1836; 100 Jahre Zuckerfabrik Waghäusel 1837 - 1937 (Festschrift); Mayer, Rudolf, Zuckerrübenbau und Zuckerindustrie in Baden, staats- u. wirtschaftswiss. Diss. Heidelberg 1938.

9 Vgl. Eichholz, W./Gerdes, G./Herrmann, E./Reichenheim, H./Spicher, J./Wöhlert, W., Vertragsbeziehungen zwischen Zuckerrübenproduktion und Zuckerrübenverarbeitung; Übersicht über den internationalen Stand, in: Fortschrittsberichte für die Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, Berlin, Bd. 7, Nr. 4/1969.

direkte Pendant der oben zitierten Bemerkungen Max Eyths findet sich in einem 1897 veröffentlichten Brief von Bischof Christian A. Madsen an eine Zeitung in dem amerikanischen Bundesstaat Utah:

"Ein großer Teil der Landwirtschaft im Staat wird aufs Geratewohl und sorglos geführt. Große Flächen werden schlecht und recht bepflanzt und der Herr soll alles übrige tun. Würde die gewöhnliche Feldwirtschaft im Staat die gleiche Sorgfalt und Aufmerksamkeit genießen, die man dem Zuckerrübenbau zukommen läßt, würden sich die Einnahmen der Farmer sehr viel vermehren. Die Zuckerfabrik in Lehi ist nicht nur eine großartige Sache für sich allein für den Kreis Utah und den ganzen Staat, sondern sie ist von einem unschätzbaren Wert, indem sie den Farmern die wertvolle Eigenschaft der Gründlichkeit beibringt. Das ist es, was man in allen Zweigen der Landwirtschaft braucht. Es ist notwendig, den Ackerbau intensiv und nicht extensiv zu betreiben. Die Errichtung einiger Zuckerrüben-Musterwirtschaften wäre eine ausgezeichnete Sache."¹⁰

Zu den eingangs gestellten Fragen wäre demnach zu sagen, daß der weitgehende Einfluß der Zuckerrübe allem Anschein nach auf dem sogenannten Demonstrationseffekt beruhte, der schon von einer verhältnismäßig kleinen Fläche ausgehen kann. Ausgelöst und angetrieben wurde dieser Demonstrationseffekt jedoch von der verarbeitenden Industrie. Das dürfte erklären, warum in Deutschland flächenmäßig viel bedeutendere Feldfrüchte wie die Kartoffel, denen aber ein derartiger Motor fehlte, nicht dieselbe Schlüsselrolle bei der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktivkräfte ausüben konnten.

Diese Ausführungen beschränken sich natürlich nur auf einen in unserer Diskussion bisher vernachlässigten, aber gerade unter dem spezifischen Blickwinkel des Zuckerrübenanbaus beachtenswerten Aspekt der Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft im 19. Jahrhundert. Es scheint an der Zeit, ökonomische und technologische Wirkungsfaktoren solcher Art vor allem auf die Stellung hin zu untersuchen, die ihnen im gesamtgesellschaftlichen Bezugssystem der Agrar- und der Industriegeschichte zukommt. Dies wäre ein wichtiger Schritt zu einer dimensionsgerechten Einschätzung ihrer Bedeutung.

10 Zitiert nach Arrington, Leonard J., Beet Sugar in the West, Seattle/London 1966. S. 73; für ein Beispiel aus der neuesten Zeit siehe Fuldner, Eckart, Agrargeographische Untersuchungen in der Ebene von Thessaloniki, in: Frankfurter Geographische Hefte, Frankfurt (Main), Nr. 44/1967, S. 125 - 128.

Literaturkritik

DIE LÄNDLICHE KLEININDUSTRIE IN RUSSLAND IM 17. JAHRHUNDERT

Ein Beitrag zur Genesis des Kapitalismus in Rußland

von Bruno Widera

Lenin stellte fest, daß Rußland vom 17. Jahrhundert an in eine neue Periode seiner geschichtlichen Entwicklung eintrat, in der nicht mehr wie bisher "die Geschlechtsverbände" wirksam waren, sondern sich "bürgerliche Bindungen" bildeten.¹ Die sowjetische Forschung zur neuzeitlichen Geschichte Rußlands hat sich die Aufgabe gestellt, die neuen Entwicklungselemente gerade für das 17. Jahrhundert aufzuspüren. Ihre Arbeit der verfloßenen zehn Jahre hat sich in einer Reihe von Monographien niedergeschlagen.² Von besonderem Interesse dabei ist, daß das russische Dorf des 17. Jahrhunderts als Schauplatz der neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung eingehenden Untersuchungen unterzogen wird, die, was bemerkenswert ist, gerade auch das zentrale Rußland erfassen. Diese Tatsache verdient festgehalten zu werden, weil die zukunftssträchtigen, zum Kapitalismus hinführenden Tendenzen bislang vorrangig auf die sogenannten "Randgebiete", wie Archangel'sk, Cholmogory, Solikamsk, Ustjug und später auf den Ural, bezogen wurden. Einige Feststellungen von prinzipieller Bedeutung hat bereits A. N. Sacharov getroffen; denn er wies nach, daß in den Dörfern des Patriarchatsbesitzes - besonders des Moskauer Gebiets - eine Umwandlung von Produktenrente in Geldrente stattfand.³ Gleiches gilt für die Zunahme der "Wanderarbeit" (otchodničestvo) jener Bauern, die die Dörfer verließen und in den Städten ihren Lohnerwerb bestritten.⁴ Recht breiten Raum nimmt in seinen Darlegungen das Pachtwesen ein⁵, dem Marx ein so bedeutendes Gewicht für die ursprüngliche Akkumulation beimißt.⁶ Als Pächter treten in Rußland im 17. Jahrhundert auf; die Landpächter, die Mühlenpächter, die Schmiedepächter, die Verkaufsbudenpächter. Leider ist dieses vielfältige russische Pachtwesen des 17. Jahrhunderts als Element der ursprünglichen Akkumulation und demzufolge des beginnenden Kapitalismus ungenügend erforscht. Die sowjetischen Forschun-

1 Lenin, W. I., Was sind die "Volksfreunde" und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten? in: Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 146 f.

2 Sacharov, A. N., Russkaja derevnja XVII veka (Das russische Dorf im 17. Jh.) Moskau 1966; Zaozerskaja, E. I., U istokov krupnogo proizvodstva v russkoj promyšlennosti XVI - XVII vekov (An den Quellen der Großproduktion in der russischen Industrie des 16./17. Jh.), Moskau 1970; Vvedenskij, A. A., Dom Stroganovych v XVI - XVII vv. (Das Haus der Stroganovs im 16. u. 17. Jh.), Moskau 1962; Man'kov, A. G., Razvitie krepostnogo prava v Rossii vo vtoroj polovine XVII v. (Die Entwicklung des Leibeigenschaftsrechtes in Rußland in der zweiten Hälfte des 17. Jh.), Moskau 1962; Petrikeev, D. I., Krupnoe krepostnoe chozjajstvo XVII v. (Eine große Leibeigenenwirtschaft des 17. Jh.), Leningrad 1967.

3 Sacharov, A. N., a. a. O., S. 65.

4 Ebenda, S. 77.

5 Ebenda, S. 145 ff.

6 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 770 f.

gen zur ursprünglichen Akkumulation haben bisher überwiegend theoretischen Charakter, die Ableitung des konkreten Akkumulationsprozesses aus den Fakten steht noch weitgehend aus. Ein positives Beispiel der Verbindung von Faktenmaterial und theoretischer Verallgemeinerung bildet die Arbeit von Sacharov. Obwohl Sacharov besonders den Lohnarbeit suchenden landlosen Bauern fixiert, deutet er auch den aus der sozialen Differenzierung des Dorfes hervortretenden wohlhabenden Bauern an, der sich ökonomisch zum potentiellen Unternehmer entwickelt.⁷

Dieser bäuerliche und ländliche Unternehmer ist spezielles Objekt der Untersuchung von L. L. Murav'eva.⁸ Sie beschäftigt sich mit der ländlichen Kleinindustrie (derevenskaja promyšlennost') der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und richtet ihr Augenmerk besonders auf den kleinen Unternehmer⁹, auch wenn sie den Lohnarbeit suchenden, aus dem landlosen Bauerntum hervorgehenden Dorfhandwerker nicht außer acht läßt. Sie sieht beide polare Gestalten: einerseits den Kleinunternehmer, andererseits den Lohnarbeiter. Dabei hebt sie hervor, daß nicht alle landlosen Bauern und Dorfhandwerker ohne eigene Werkstatt, die in der Stadt eine Erwerbstätigkeit aufnahmen, sich zu Lohnarbeitern entwickelten¹⁰, weil eine ganze Reihe von ihnen in der Stadt zur ökonomischen Selbständigkeit aufrückten. Die Verfasserin hat sich ebenso wie Sacharov in den zentralen Gebieten Rußlands dieser Zeit umgesehen. Konkret ausgedrückt, hat sie das Moskauer Land, das Moskauer nordöstliche Hinterland und die Territorien östlich der Wolga untersucht. Als Zwischenstromland von Kljazma, Wolga und Oka zeichnet sich dieses große Gebiet durch günstige, von Wasserstraßen bestimmte Verkehrsverhältnisse aus, die ihrerseits die Ausbildung eines großen Territorialmarktes erheblich förderten, der wiederum mit vielen anderen Territorialmärkten, sogar mit dem sibirischen, schon verknüpft war.¹¹ In über 40 dörflichen Siedlungen aus 20 Großkreisen (ujezdy) machte die Autorin eine Bestandsaufnahme über die gewerbliche Entwicklung und kleine Warenproduktion mit allen ihren ökonomischen und gesellschaftlichen Auswirkungen.

In ihrer Aussage stützt sich die Verfasserin auf Grundbücher (piscovye knigi), Rechnungsbücher (prichodo-raschodnye knigi) der Klöster und Verwaltungen (prikazy), Korrespondenzbücher (perepisnye knigi) und Zolleintragungen (tamožennye vypisi) einzelner Städte. Obwohl diese Quellenunterlagen nach Meinung der Autorin kein "Massenmaterial" sind, ist es dennoch möglich, daran überaus bedeutsame Phänomene einer kapitalistischen Entwicklung Rußlands im 17. Jahrhundert zu erkennen. Aus den Quellenunterlagen erschließt die Verfasserin: a) die Entstehung und Entwicklung der ländlichen Kleinindustrie (derevenskaja promyšlennost'); b) die weitere Trennung der Industrie von der Landwirtschaft im russischen Dorf; c) die Formierung der Klasse der ländlichen Kleinindustriellen (derevenskie promyšlenniki) und gewerblichen Unternehmer; d) den fördernden Einfluß auf die Entwicklung des inneren Marktes durch die ländliche Kleinindustrie und durch die kleinen Warenproduzenten. Bei der Darlegung dieser Prozesse veranschaulicht die Verfasserin die "positive Rolle" des der Leibeigenschaft verhafteten russischen Dorfes bei der Gestaltung der "bürgerlichen" Beziehungen Rußlands im 17. Jahrhundert, die eben "mit der Genesis des Kapitalismus" zusammenhängen.¹²

7 Sacharov, A. N., a. a. O., S. 142 - 145.

8 Murav'eva, L. L., Derevenskaja promyšlennost' central'noj Rossii vtoroj poloviny XVII v. (Die ländliche Industrie Zentral-Rußlands in der zweiten Hälfte des 17. Jh.) Moskau 1971.

9 Ebenda, S. 103 ff.

10 Ebenda, S. 113.

11 Ebenda, S. 67, 74, 94, 153 - 156.

12 Ebenda, S. 182 f.

Aus den Grundbüchern sowie aus den Korrespondenzbüchern hat die Verfasserin zahlreiche Angaben darüber ermittelt, daß in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die Dorfflecken (derevnja), die Dörfer (sela) und Neusiedlungen (slobody) nicht nur von einer Bevölkerung bewohnt waren, die sich hauptsächlich mit Handel und "Industrie" (promyšlennost') beschäftigte, sondern daß daselbst "ganze Gruppen von Handwerkern eines Faches lebten".¹³ In den Zollbüchern von Ustjug, Tot'ma und Solvyčegodsk fand die Verfasserin Belege "für die Wirksamkeit des Handelskapitals in der dörflichen gewerblichen Wirtschaft der Bauern im zentralen Rußland."¹⁴ In den Korrespondenzbüchern fand sie schriftliche Nachweise, daß die großen Feudalherren, wie die Fürsten Ja. K. Čerkasskij, I. A. Golicyyn, G. S. Kurakin, der Bojar N. I. Romanov, in den Dörfern ihrer großen Grundbesitzungen sowohl das Hausgewerbe der landlosen Bevölkerung und die Kleinindustrie der dörflichen Handwerker förderten als auch das "otchodničestvo", den Abzug aus dem Dorf und Zuzug in die Stadt, tolerierten und häufig sogar begünstigten.¹⁵ Anhand dieser konkreten Tatsachen vermittelt die Verfasserin die Einsicht, daß bedeutende weltliche Feudalherren aus ökonomischen Notwendigkeiten die neuen zur kapitalistischen Entwicklung führenden Tendenzen selbst förderten und so an der Ausprägung einer neuen Periode der Geschichte Rußlands mitwirkten. Aufgrund des von Feudalherren tolerierten und begünstigten "otchodničestvo" füllten sich die Städte des zentralen Rußlands schon in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts mit teils selbständigen und teils in Lohnarbeit stehenden Handwerkern sowie mit Händlern, Kaufleuten und anderen Gewerbetreibenden, die aus den Dörfern kamen. Allein in Moskau stieg zu Beginn des 18. Jahrhunderts der Anteil der aus den Dörfern zugewanderten Handwerker auf 46,3 Prozent der gesamten Handwerksleute an.¹⁶

In den Dörfern wurden folgende Waren für den Markt hergestellt: Textilien, wie Hosen, Frauen- und Männerhemden, Segeltuch, Filz, Tucho, Leinwand; Eisenzeug, wie Sensen, Sichel, Pflugschare, Pfannen, Äxte, Messer verschiedener Art und Nägel; die Holzarbeitenden Handwerker stellten her: Blockhölzer für den Hausbau, Dielen- und Dachbretter, Räder für allerlei Straßenfahrzeuge; die Kürschner bereiteten die Schaffelle zur Herstellung von Pelzkleidung für den Alltag, und die Gerber produzierten Juchtenleder. Da sich der Steinbau - besonders in den Städten - immer mehr einbürgerte, war die Herstellung von Ziegeln sehr verbreitet.

Obwohl die Verfasserin aus den Quellenunterlagen keine Statistiken erarbeiten kann, vermag sie doch anhand von Einzelfällen ein überaus eindrucksvolles Bild von den Produktionsausmaßen zu vermitteln.¹⁷ Im Jahre 1689 kaufte das Donskoj-Kloster bei Moskau 115 Arschin Segeltuch, im Jahre 1695 über 1 400 Arschin. Ein einziger Schmied verkaufte im Jahre 1667 auf dem Markt an einem Tag 15 Sensen.¹⁸ Zwischen Oktober 1674 und Februar 1675 verbuchten die Zollkammern von Efremovo und Kotel'nikovo die Erhebung von Zöllen für 176 Fuhren Weidenbast.¹⁹ In zwei Fällen verkauften Schmiede 4 000 und 5 000 Stück Stangeneisen.²⁰ Eines guten Absatzes erfreuten sich auf den städtischen Märkten die Erzeugnisse der Messerschmiede, denn es wurden Posten von 500, 700, 800, 950, 1 400, 1 500 und 1 800 Messern zum Verkauf gebracht.²¹ Nägel wurden bis zu 60 000 Stück angeboten.²²

13 Ebenda, S. 26.

14 Ebenda, S. 27.

15 Ebenda, S. 158.

16 Ebenda, S. 161.

17 Ebenda, S. 105 - 111.

18 Ebenda, S. 127.

19 Ebenda, S. 132.

20 Ebenda, S. 128.

21 Ebenda, S. 150.

22 Ebenda, S. 152.

Aufschlußreich in vieler Hinsicht ist die Tatsache, daß im Jahre 1674 in der Ostanovskaja sloboda (Kreis Kašin) Zoll für 500 eiserne Pflugschare erhoben wurde, die Schmiede aus den umliegenden Dörfern zum Markt brachten.²³ Die angeführten Beispiele illustrieren hinreichend das Phänomen, daß die ländlichen Kleinindustriellen für den Markt produzierten. Anhaltspunkte für die Marktproduktion an sich und für deren Umfang bieten auch die Losungen, die die Produzenten und die Aufkäufer der Produkte bei den Verkäufern erzielten. Die Höhe dieser Losungen tritt nur aus den in den schriftlichen Quellen verzeichneten Kriminalfällen hervor, zum Beispiel in Bittschriften, Beschwerdeschreiben, in Schutzanweisungen der Zaren. Im Jahre 1676 wurden vier Bauern aus Ivanovo, als sie auf dem Weg zum Jahrmarkt nach Chotim zogen, überfallen und ihnen 50 Rubel Geld und Textilien im Werte von 67 Rubel geraubt.²⁴ Im Jahre 1698 wurde ein Aufkäufer Opfer eines Raubüberfalls; es wurden ihm 123 Rubel Geld und Waren im Werte von 296 Rubel entwendet.²⁵ Natürlich lassen sich diese Beträge auch als Gradmesser für den sozialen Status dieser aus der landlosen Bauernschaft stammenden ländlichen Gewerbetreibenden und Händler deuten. Die Bestohlenen und Ausgeraubten gehörten zu den relativ wohlhabenden Schichten des russischen Dorfes der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Sie zogen auch die Vorteile aus den Reformen des Münzwesens, die in Rußland in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts durchgeführt wurden.²⁶ Den erwähnten Nominalwerten entsprachen recht hohe Realwerte, die zur beträchtlichen Bereicherung ihrer Besitzer beitrugen, aber auch erneute ökonomische Transaktionen ermöglichten. Bemerkenswert ist, daß der Absatz der Erzeugnisse auf den Märkten bei stark ausgeprägter Konkurrenz vonstatten ging.²⁷ Sie äußerte sich in verschiedenen Formen, denn die einheimischen Warenproduzenten waren nicht wählerisch in den Mitteln, ihre Konkurrenten von den Märkten fernzuhalten. Zunächst wurden zu den Märkten führende Wege und Straßen versperrt, mitunter sogar zerstört und Brücken niedergerissen.²⁸ gelang es den Konkurrenten, auf Umwegen doch zu den Märkten zu kommen, dann wurden sie dort nicht selten verprügelt, so daß die städtischen Marktplätze oft Schauplätze von Raufereien und Prügeleien wurden.²⁹ Auch Festnahmen der lästigen Konkurrenten ereigneten sich.³⁰ Ein sehr häufig benutztes Mittel, den Konkurrenten wirksam auszuschalten, war die Ausraubung und Ausplünderung. Die Verfasserin vermag gerade diese Begleitumstände der Konkurrenz mit Quellenunterlagen zu veranschaulichen.³¹ Die Marktfahrer begaben sich teils in bewaffneter Begleitung zum Markt, teils bewaffneten sie sich selbst.³² Der Konkurrenzkampf spielte sich jedoch nicht nur zwischen den Marktbesuchern, sondern auch zwischen deren Protektoren, den Grundherren, ab. So hatte Fürst Ja. K. Čerkasskij die auf seinen Dörfern entstandene Kleinindustrie gefördert und deren Absatz auf äußeren Märkten begünstigt.³³

Es lag nahe, daß die Verfasserin auch die Rolle des Staates und sein Verhalten zur Konkurrenz der Produzentengruppen aufgriff³⁴, wobei sie auf die diesbezüglichen umfangreichen

23 Ebenda, S. 132 f.

24 Ebenda, S. 129.

25 Ebenda, S. 142.

26 Spasskij, I. G., Russkaja monetnaja sistema (Das russische Münzsystem), 3. erw. Aufl., Moskau 1962, S. 110 - 125.

27 Murav'eva, L. L., a. a. O., S. 134 - 138.

28 Ebenda, S. 137.

29 Ebenda, S. 134 f.

30 Ebenda, S. 134.

31 Ebenda, S. 135, 142.

32 Ebenda, S. 136.

33 Ebenda, S. 138.

34 Ebenda, S. 164 f.

Darlegungen von A. G. Man'kov³⁵ hinwies. Ihr selbst erscheint das Verhalten des Staates widerspruchsvoll. Einmal war er bestrebt, die Marktbetätigung der Bauern zu beschränken und ihnen nur den Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu gestatten, aber zum anderen war ihm auch an der Intensivierung des Handels und an der Entwicklung der Städte als Steuerzahler gelegen, so daß die staatlichen Instanzen den Beschwerden der handeltreibenden Possadbevölkerung nachgingen.³⁶ Die Verfasserin charakterisiert daher die ökonomische Politik des Staates als wechselhaft und unbeständig.

Beständiger und im Grunde konsequenter war dagegen die staatliche Politik hinsichtlich des "otchodničestvo" der landarmen und landlosen Bauern aus den Dörfern und ihres Zuzugs in die Städte. Die Verfasserin stellt fest, daß das bäuerliche "otchodničestvo" keine sporadische und vorübergehende, sondern eine "ständige" Erscheinung war.³⁷ "Die Wanderarbeit riß die Bauern aus dem leibgeigenen Dorf heraus und zog sie in das Handels- und 'Industrie'-leben der Stadt hinein".³⁸ Diese eindeutige Feststellung ist insofern bemerkenswert, als sie die Grenzen der Wirksamkeit des "uloženie" vom Jahre 1649 bloßlegt, durch welches ja der Abzug der Bauern aus den Dörfern verhindert, zumindest stark erschwert werden sollte. Schließlich verweist die Verfasserin auf die Forschungsergebnisse von Man'kov, der in den Regierungserlassen von 1655, 1658, 1677, 1688 und 1699 das Bestreben des Staates erblickt, die in die "posady" der Städte eingewanderten Landleute zum dortigen Daueraufenthalt zu verpflichten, ja zu zwingen.³⁹ Mit Hilfe dieser Regierungsmaßnahmen sollte die Entfaltung der Städte und die sich dort vollziehende Konzentration von Handel und Industrie gewährleistet werden.⁴⁰ Die dorfabtrünnigen Bauern wurden zwar an den "posad" und damit an die Stadt "gebunden", aber durch ihre Kommerz- und Produktionstätigkeit bildeten sich "bürgerliche Bindungen", an deren Ausprägung sie ja ihrerseits selbst mitwirkten. Es ist ein Anliegen der Verfasserin, besonders durch die Herauslösung der Handel treibenden Bauern und der Spezialaufkäufer aus der Masse der ländlichen kleinen Warenproduzenten einen wichtigen Faktor der "bürgerlichen" Beziehungen⁴¹ zu zeigen.

Breiten Raum widmet die Verfasserin auch der Darstellung jener ökonomisch gebundenen "Wanderarbeiter" (otchodniki), die nicht die Mittel und die Möglichkeiten haben, in der Stadt zum kleinen Warenproduzenten und zum Händler aufzurücken, und die sich daher nur durch Lohnarbeit den Lebensunterhalt sichern können. So zeigt sie, daß das ländliche "otchodničestvo" zur kapitalistischen Lohnarbeit führte. Die zentralrussischen Städte waren in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zu Aufenthaltsplätzen der sich formierenden Lohnarbeiterschaft geworden. Kleine Warenproduzenten - zum Teil Pächter - und Händler sowie Lohnarbeiter befinden sich in "bürgerlichen Beziehungen" zueinander, auch wenn beide polare Schichten durch Zwangsgesetze des feudalen Staates zum festen Aufenthalt in den Städten genötigt wurden.

Indem die Verfasserin ländliche Kleinindustrie als Element der "bürgerlichen Bindungen" untersucht, arbeitet sie auch die Erscheinungen der Lohnarbeit heraus⁴², wobei sie deren Vielfältigkeit zum Vorschein bringt. Aus den Quellenunterlagen vermochte sie neue Fakten von Lohnarbeit zu ermitteln, so daß der bisherige wissenschaftlich erarbeitete Bestand an Faktenmaterial über kapitalistische Lohnarbeit in Rußland im 17. Jahrhundert bereichert

35 Man'kov, A. G., a. a. O.

36 Murav'eva, L. L., a. a. O., S. 164 f.

37 Ebenda, S. 156.

38 Ebenda.

39 Ebenda, S. 165; Man'kov, A. G., a. a. O., S. 318 - 322.

40 Derselbe, a. a. O., S. 321; Murav'eva, L. L., a. a. O., S. 165.

41 Dieselbe, a. a. O., S. 140.

42 Ebenda, S. 117 - 120, 166 - 176.

worden ist.⁴³ Ganz allgemein stellt die Verfasserin fest, daß durch die wirtschaftliche Entwicklung im zentralen Teil Rußlands der Bedarf an Arbeitskräften mit Leibeigenen nicht gedeckt werden konnte und daher eine "ganze Armee von feudalabhängigen Spezialisten an der Lohnarbeit beteiligt war".⁴⁴ Besonders die ökonomisch tätigen Klöster und die Verwaltungsbehörden (prikazy), die große Wirtschaften aufbauten, waren nicht nur auf die selbständigen Handwerker, sondern auch auf die Beschäftigung von Lohnhandwerkern (naëmnye remeslenniki) angewiesen.⁴⁵

Zur Unerläßlichkeit wurde die Lohnarbeit im Bauwesen, im Mühlengewerbe, in der Textilherstellung, aber auch in der Gerberei und im Kürschnergewerbe. Zimmerleute, Maurer, Tischler, Müller, Schmiede, Filzmacher, Mantillenschneider, Schuhmacher wurden zu Lohnarbeitern.⁴⁶ Viele von ihnen fanden besonders in Moskau Beschäftigung.⁴⁷ Aus den Quellenunterlagen geht hervor, daß die Löhne vorwiegend Zeittlöhne, also Tages- und Wochenlöhne, waren, so für Maurer, Zimmerleute und teilweise für Schmiede, die jedoch auch für Stücklohn arbeiteten. Stücklöhne wurden auch an die Filzmacher und Mantillenschneider gezahlt.⁴⁸

Ein besonders wichtiges Forschungsergebnis konnte die Verfasserin bezüglich der "Vertragsunternehmer" (podrjadčiki) erzielen.⁴⁹ Hierzu unterbreitet sie viel Originalmaterial. Dieses Element einer frühkapitalistischen Entwicklung hat sich vor allem im Bauwesen Rußlands in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ausgebildet. Die Verfasserin charakterisiert es als "eine höhere Form der Organisation der Lohnarbeit".⁵⁰ Die Bauherren stellten die Bauleute nicht selbst ein und kauften auch die Baumaterialien nicht selbst, sondern übertrugen die gesamte Bauausführung den "podrjadčiki". Diese lieferten die Baumaterialien, wie Ziegel, Bausteine, Sand, Kalk und Bauholz, beschafften die für die Bauausführung benötigten Arbeitskräfte und bezahlten sie. Als selbständige Unternehmer führten sie auf Rechnung der Bauherren die Bauvorhaben aus. Bemerkenswert ist, daß zum Beispiel die klösterlichen Bauherren nicht nur Sakralbauten, sondern auch Wirtschaftsbauten, wie Mühlen, Mühlenwehre und Speicher, in Bauauftrag gaben. An einigen Beispielen ist erkennbar, daß die Bauherren mit vielen "podrjadčiki" in "Geschäftsverbindungen" standen und mit ihnen langfristige Verträge - für fünf Jahre - schlossen.⁵¹ Die Vertragsunternehmer dürften mit den Bauaufträgen gute Verdienste erzielt haben, denn es wurden ihnen von den Bauherren bis 1 200 Rubel gezahlt⁵², also für damalige Verhältnisse ansehnliche Summen.

Den von der Verfasserin benutzten Quellenunterlagen zufolge war das Vertragssystem nicht auf das Bauwesen beschränkt. Auch in der Lederherstellung (Gerbereiwesen) und in der Lederverarbeitung (Kürschnergewerbe) hat es Fuß gefaßt. Vor allem hat es sich im Sektor Juchtenleder⁵³ ausgeprägt, wo dank der "podrjadčiki" Gerbereiwesen, Lederverarbeitung und Lederaufkauf zu einem gemeinsamen Unternehmen zusammengeschlossen wurden. Zur

43 Widera, Bruno, Zur Rolle der Lohnarbeit in neueren sowjetischen Forschungen über den Frühkapitalismus in Rußland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 1, S. 257 - 270; derselbe, Die Entstehung der Werke in Rußland und die Lohnarbeit der Facharbeiter im 17./18. Jahrhundert, in Druck gegeben für den Sammelband: Geschichte des Kapitalismus in Rußland, Berlin 1972.

44 Murav'eva, L. L., a. a. O., S. 117.

45 Ebenda.

46 Ebenda, S. 46.

47 Ebenda, S. 119, 163.

48 Ebenda, S. 117 - 119.

49 Ebenda, S. 166 - 176.

50 Ebenda, S. 167.

51 Ebenda, S. 167, 171.

52 Ebenda, S. 170.

53 Ebenda, S. 175.

Ausführung eines diesbezüglichen Auftrages waren gleichfalls mehrere Spezialarbeiter, etwa zehn in einem Artel⁵⁴, nötig. Sie zu gewinnen, war nur durch Lohnarbeit möglich.

Die hochqualifizierten Bau- und Lederarbeiter konnten die "podrjadčiki" nur aus der Masse der die Dörfer verlassenden landlosen (bezpašennye) Bauern entnehmen, der "otchosniki", die sich auf der Grundlage der in den Dörfern entwickelnden Kleinindustrie diese beruflichen Qualifikationen erwarben. Freilich mußten die "podrjadčiki" ebenfalls Fachleute ihres Berufes sein, denn sie hatten die Aufgabe, die Arbeiten der Lohnarbeiter zu beaufsichtigen und zu leiten. Sie stellten entsprechend ihrem finanziellen und professionellen Status eine der "neuen sozialen Gruppen" dar⁵⁵, die schon im 17. Jahrhundert innerhalb der Feudalordnung Rußlands "bürgerliche Bindungen" knüpften. Ihre gesellschaftliche Hauptfunktion bestand darin, die Lohnarbeit zu organisieren und kollektiv in den Wirtschaftsprozess einzusetzen. Es ist das Verdienst der Autorin, daß sie diesen Typ des aus der ursprünglichen Akkumulation hervorragehenden Kapitalisten - den Pächter in seinen verschiedenen Erscheinungsformen als anderen Typ haben andere sowjetische Historiker, die sich mit den Anfängen des Kapitalismus in Rußland beschäftigen, vorgeführt - ermittelte und in ihrem Buch so plastisch veranschaulichte.

So durchleuchtet die Autorin das Wirtschaftsleben Rußlands in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und sucht es nach kapitalistischen Erscheinungen ab. Sie findet es konkret ausgeprägt durch Unternehmertypen, durch Lohnarbeiter, durch den größeren Markt. Im Lichte ihrer Forschungsergebnisse wird immer deutlicher, daß die Absicht der Feudalherren, mit dem "uloženie" (1649) die Feudalordnung zu festigen, die gesetzmäßige Entwicklung Rußlands zum Kapitalismus nicht verhindern konnte. Mit dem "uloženie" konnten die neuen antifeudalen und "anteilbeigenschaftlichen Tendenzen" (Sacharov) nicht einmal gebremst, geschweige denn beseitigt werden, selbst abgesehen davon, daß in dem Gesetzeskomplex den Bauern der Abzug in die Stadt rechtlich eingeräumt war. Die Forschungsergebnisse von Murav'eva bieten gleichfalls Veranlassung, die Meinung zu revidieren, daß im "uloženie" ein Beleg für die weitere Stärkung der Feudalordnung zu erblicken sei. Sie erharteten vielmehr die Auffassung, daß das "uloženie" in Wirklichkeit die neuen, die feudale Ordnung sprengenden Elemente nur eindämmen sollte. Aus den Forschungsergebnissen von Murav'eva geht hervor, daß das "uloženie" diese Funktion jedoch kaum erfüllen konnte. Die neue, zum Kapitalismus verlaufende ökonomische Entwicklung war nicht mehr aufzuhalten, wenn sie gelegentlich auch verlangsamt werden konnte, vor allem durch die Verstärkung des feudal-leibeigenschaftlichen Druckes. Die Verfasserin zeigt mit ihren Forschungsergebnissen, daß die marxistische Erkenntnis, wonach im Schoße der feudalen Ordnung die Elemente der kapitalistischen Gesellschaft heranreifen⁵⁶, für Rußland schon für die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts ihre völlige Bestätigung findet. Unzweifelhaft bekommt die sowjetische Forschung zur Genesis des Kapitalismus in Rußland durch das fakten- und gedankenreiche Buch der Autorin neue Impulse, die kapitalistische Entwicklung früher zu datieren und genauer zu konkretisieren. Der verantwortliche Redaktor leitet ihr Buch mit folgenden bedeutsamen Bemerkungen ein: Die Arbeit ist der Erforschung des Platzes des leibeigenen Dorfes in der "neuen Periode" der Geschichte Rußlands im zentralen Industrie-Rayon gewidmet. Das Thema wurde im Zusammenhang mit dem Problem der Anfangsetappe der Entstehung des Kapitalismus in Rußland behandelt. Die Hauptschlußfolgerung der Autorin führt zu der Feststellung, daß das leibeigene Dorf eine aktive Rolle bei der Formierung der industriellen Produktion im Lande spielte und einen bedeutenden Einfluß auf die wichtigsten

54 Ebenda.

55 Ebenda, S. 176.

56 Marx, Karl, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1964, S. 9; derselbe, Das Kapital, Bd. 1, in: ebenda, Bd. 23, Berlin 1962, S. 789.

sozialökonomischen Tendenzen nahm, die in Richtung der kapitalistischen Evolution des Landes im 17. Jahrhundert verliefen.⁵⁷ So wird es sich wohl als notwendig erweisen, anhand dieser Fakten die Periodisierung der neueren Geschichte Rußlands zu überdenken. Die mit dem 17. Jahrhundert einsetzende "neue Periode" bietet sich als Zäsur an.⁵⁸

57 Murav'eva, L. L., a. a. O., S. 4.

58 Volkov, M. Ja., Formirovanie gorodskoj buržuazii v Rossii v XVII - XVIII vv. (Die Formierung des städtischen Bürgertums in Rußland im 17./18. Jh.), in: Goroda feodal'noj Rossii (Die Städte im feudalen Rußland), Moskau 1966, S. 178 - 206; Šaskol'skij, I. I., Russkoe morechodstvo na Baltijskom more v XVII veke (Die russische Seefahrt in der Ostsee im 17. Jh.), in: Problemy istorii feodal'noj Rossii (Probleme der Geschichte des feudalen Rußlands), Leningrad 1971, S. 148 - 156; weitere Angaben in den Literaturverzeichnissen zu Anm. 43 vorliegender Rezension.

Quellen

und Materialien

DAS LANDBUCH DER MARK BRANDENBURG ALS QUELLE ZUR HISTORISCHEN GEOGRAPHIE BRANDENBURGS

von Gerhard Engelmann

Die brandenburgische Landesforschung hat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwei Werke aufzuweisen, die in der Erfassung und Darstellung der historischen Tatsachen grundverschieden sind: Heinrich Berghaus' "Landbuch der Mark Brandenburg"¹ und Theodor Fontanes "Wanderungen durch die Mark Brandenburg"². Da vom "Landbuch" ein Neudruck erschienen ist, liegt es nahe, das Werk zu analysieren und mit Fontanes "Wanderungen" zu vergleichen. Die Analyse soll dem Leser die rechte Einstellung zum "Landbuch" vermitteln, zumal das Leipziger Zentralantiquariat dem fotomechanischen Nachdruck keine Einführung begeben konnte.

Heinrich Berghaus wurde im Jahre 1797 in Kleve als der Sohn eines Nationalökonomens geboren. In Münster in Westfalen begann er mit geodätischen Arbeiten, und in Berlin wurde er wissenschaftlicher Kartograph, den Ferdinand v. Richthofen zwischen Alexander v. Humboldt und Carl Ritter, Johann Jacob Baeyer und Heinrich Wilhelm Dove unter die Männer stellte, "die mit den Geographen aller anderen Länder in die Schranken treten konnten".³ In Potsdam gründete Berghaus 1839 zur Ausbildung von Kartographen und Kupferstechern eine "Geographische Kunstschule", deren Erzeugnisse den Namen der Stadt um die Welt gehen ließen.

Berghaus war ein Meister der raschen kartographischen Auswertung neuer Forschungsergebnisse und einer anschaulichen Darstellung des Geländes durch die Technik der Böschungsschraffen. Seine ersten Karten erschienen in Friedrich Justin Bertuchs Geographischem Institut in Weimar. Er wurde Mitarbeiter an Gottlob Daniel Reymanns "Geographischer Special-Charte von Deutschland". Dann wandte er sich an die Landkartenhandlung Simon Schropp & Co. und an das "Magazin für Kunst, Geographie und Musik" (Johann Hofmann und Friedrich Wilhelm Wolff) in Berlin. Berghaus zeichnete auch Karten für die Geographische Anstalt der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart und zählte zu den führenden Autoren der Geographischen Anstalt Justus Perthes in Gotha.

- 1 Berghaus, Heinrich, Landbuch der Mark Brandenburg und des Markgrafenthums Nieder-Lausitz in der Mitte des 19. Jahrhunderts oder geographisch-historisch-statistische Beschreibung der Provinz Brandenburg (im folgenden: Landbuch), 3 Bde., Brandenburg 1854 - 1856. Unveränderter fotomechanischer Nachdruck der Originalausgabe: Zentralantiquariat der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1970, 2 212 Seiten, Preis: 345 Mark.
- 2 Fontane, Theodor, Wanderungen durch die Mark Brandenburg, 4 Bde. u. 1 Bd.: Fünf Schlösser. Altes und Neues aus Mark Brandenburg, Berlin 1862 - 1889. - Neuausgabe in: Fontane, Theodor, Sämtliche Werke, Bd. 9 - 13, München 1960.
- 3 Richthofen, Ferdinand v., Die Geographie im ersten Halbjahrhundert der Gesellschaft für Erdkunde, in: Sonderband zur Hundertjahrfeier 1828 - 1928 der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, Berlin 1928, S. 15 - 30 (22).

Berghaus war in der Zeit, da das linke Rheinufer zu Frankreich gehörte, als ein "echter Sohn der Revolution" geboren. Als er in Marburg studierte, gelobte er, "sich nie zu beugen, sondern aufrecht zu stehen, immer und überall, wo Menschen sind".⁴ Er handelte in seinem ganzen Leben stets aus Pflichtgefühl und besaß ein ausgeprägtes soziales Empfinden, das ihn zur praktischen Tat drängte. Dabei griff er jedes Unternehmen, das ihn begeisterte, ohne Rücksicht auf das wirtschaftliche Risiko auf. So geriet er in Schulden, die er nicht abtragen konnte. Im Jahre 1862 sah er sich gezwungen, Potsdam zu verlassen und seine kartographische Tätigkeit aufzugeben. Die letzte Arbeit, die ihn in Potsdam über Wasser halten sollte, war das "Landbuch der Mark Brandenburg".

Den Anstoß zur Aufnahme der Arbeit am "Landbuch" gab ein politisches Ereignis des Jahres 1850. Als Preußen im Zusammenhang mit dem Verfassungskonflikt Kurhessens die militärische Mobilmachung anordnete, stellte sich Berghaus der Königlichen Regierung von Potsdam als Stellvertreter eines zum Heeresdienst eingezogenen Beamten zur Verfügung. Er wurde als Hilfsarbeiter in die Abteilung für Kirchenverwaltung und Schulwesen eingestellt und rückte zum stellvertretenden Dezernenten für Bauverwaltung und damit zum interimistischen Mitglied des Regierungskollegiums auf. Nach der Demobilmachung bemühte sich Berghaus um eine dauernde Anstellung bei der Königlichen Regierung. Als seine Bitte aus formalen Gründen abgelehnt wurde, schlug er dem Potsdamer Regierungspräsidenten vor, ihn "mit der Abfassung einer vollständigen geographisch-statistischen Beschreibung des Regierungsbezirks Potsdam" zu beauftragen.⁵ Auch dieses Gesuch wurde ablehnend beschieden. Berghaus erhielt aber die Erlaubnis, die Akten der Regierung und ihrer nachgeordneten Dienststellen einsehen zu dürfen. Ein Jahr später erteilte ihm der Potsdamer Oberpräsident Heinrich Eduard Flottwell den Auftrag, "eine geographisch-historisch-statistische Beschreibung der ganzen Provinz Brandenburg" vorzulegen.⁶ Ihr Umfang entsprach dem Gebiet der ehemaligen Mark Brandenburg und des Markgrafentums Niederlausitz. Für die statistische Erfassung wählte Berghaus als zeitlichen Querschnitt die Mitte des 19. Jahrhunderts, ergänzte ihn aber, wo es möglich war, durch den Anfang des Jahrhunderts. Die Erörterung der Einzel Tatsachen verband er stets mit historischen Rückblicken.

Den Zutritt zu den Amtsstellen nutzte Berghaus weidlich aus. Er arbeitete oft eine Woche lang in den Archiven und Registraturen von Berlin, Potsdam, Brandenburg und Frankfurt (Oder) sowie in Stadtmagistraten und Landratsämtern. Ungezählt sind die mündlichen und schriftlichen Mitteilungen, die er im ganzen Lande einholte, zuletzt unter Mitarbeit seines Sohnes August. Innenminister G. A. Rochus v. Rochow hatte 1838 den Landräten landeskundliche Übersichten zum Vortrag auf den Kreistagen zur Pflicht gemacht⁷, doch konnte Berghaus nur wenige solcher Übersichten auswerten. Für die Geländebeschreibung standen ihm außer seinen eigenen trigonometrischen Aufnahmen die Nivellementwerte der staatlichen Plankammern und die Profile der Gewässer und Wege, die von den Kreisbeamten angefertigt worden waren, zur Verfügung. Als besonders wertvoll erwiesen sich für ihn die

4 [Berghaus, Heinrich, anonym] Wallfahrt durch's Leben vom Baseler Frieden bis zur Gegenwart. Von einem Sechsendsechziger, Bd. 1, Leipzig 1862, S. 83.

5 Staatsarchiv Potsdam, Acta personalia, Berghaus, Bl. 12 - 13, Berghaus an Clemens August Frhr. v. Wolfen-Metternich v. 2. 4. 1851.

6 Archiv VEB Hermann Haack, Geographisch-Kartographische Anstalt Gotha, Briefsammlung Heinrich Berghaus an Perthes, Berghaus an Wilhelm Perthes v. 25. 5. 1852, 8. 6. 1852.

7 Cirkular-Reskript vom 2. September 1838, in: Annalen der Preußischen innern Staatsverwaltung, Berlin, 32. Jg. 1838, S. 539 - 541; Schneider, Sigfrid, Die preußischen Kreisbeschreibungen vor hundert Jahren, in: Berichte zur deutschen Landeskunde H. 2/1952 (Bd. 11), S. 487 - 497.

hydrographischen Nachrichten über die schiff- und flößbaren Gewässer sowie über die Kanäle, die Handelsminister Ludwig Friedrich Victor Hans Graf v. Bülow 1820 für die Bearbeitung einer hydrographischen Karte Preußens von den Königlichen Regierungen angefordert hatte.⁸

Bei der Erörterung geschichtlicher Fragen ging Berghaus vom Landbuch Karls IV. (1375) aus, dessen Neubearbeitung der Berliner Stadtarchivar Eduard Fidicin in Angriff genommen hatte.⁹ Fidicin war ein tätiges Mitglied des 1837 in Berlin gegründeten "Vereins für die Geschichte der Mark Brandenburg" und stand mit Berghaus im Briefwechsel.¹⁰ Von den Kirchenbehörden holte sich Berghaus bestimmte soziologische Auskünfte, zum Beispiel über die Zahl der Ehescheidungen, der Trunksüchtigen und der Selbstmörder und über den Erfolg der Schul- und Erwachsenenbildung, die sich auch in den Dienst der Bekämpfung von Aberglauben und Scharlatanerie, wie Zauberei, Hexerei und Besprechung von Krankheiten bei Tier und Mensch, zu stellen habe. Weitere Erhebungen stellte er über den Rückgang der niederdeutschen Mundart als ländlicher Umgangssprache und über den Einbruch der hochdeutschen Schriftsprache vor allem in den Städten an.¹¹ Bei der siedlungs- und eigentums-geschichtlichen Statistik ging Berghaus vom gedruckten Material aus, das in den älteren Landesbeschreibungen der Mark Brandenburg vorlag, und zwar

Anton Friedrich Büsching: Vollständige Topographie der Mark Brandenburg (Berlin 1775), Beschreibung seiner Reise von Berlin über Potsdam nach Re Kahn (Berlin 1775), Beschreibung seiner Reise von Berlin nach Kyritz in der Prignitz (Leipzig 1780);

August Heinrich Borgstedt: Statistisch-topographische Beschreibung der Kurmark Brandenburg. Erster Theil (Berlin 1788);

Friedrich Gottlob Leonhardi: Erdbeschreibung der Preußischen Monarchie (Halle 1791 - 1797).

Friedrich Wilhelm August Bratring: Statistisch-topographische Beschreibung der gesammten Mark Brandenburg (Berlin 1801 - 1809).

Berghaus beachtete auch das Spezialschrifttum über alle Zweige der brandenburgischen Landesbeschreibung. Ihm standen an die 30 Urkundenbücher zur Verfügung; an selbständigen Veröffentlichungen zitierte er rund 250 Titel, und Zeitschriftenaufsätze entnahm er aus etwa 50 Periodika.

Eine feste siedlungsgeographische Grundlage für die Mark Brandenburg und die Niederlausitz versuchte Berghaus durch eine Umfrage an sämtliche Städte und Dörfer bis zu den Einschichten herab zu erlangen. Die Methode, Material für wissenschaftliche Darstellungen durch Fragebogen zu sammeln, war zu jener Zeit eine übliche Maßnahme. In der Mark Bran-

8 Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II Merseburg (im folgenden: DZA Merseburg), Rep. 93 B, Nr. 3833, H. 3, Berghaus an August v. d. Heydt v. 10. 3. 1853, 23. 4. 1853, 30. 4. 1853.

9 Fidicin, Eduard, Die Territorien der Mark Brandenburg oder Geschichte der einzelnen Kreise, Städte, Rittergüter, Stiftungen und Dörfer in derselben als Fortsetzung des Landbuchs Kaiser Karl's IV.. 4 Bde.. Berlin 1857 - 1864. - Berghaus stand zur Verfügung Hertzberg, Ewald Fridrich v., Landbuch des Kurfürstenthums und der Mark Brandenburg, Berlin/Leipzig 1781.

10 Staatsarchiv Potsdam, Provinz Brandenburg, Rep. 16, Nr. 9, Nachlaß Heinrich Berghaus, Bd. 19, Eduard Fidicin an Berghaus v. 27. 11. 1852, 6. 8. 1853.

11 DZA Merseburg, Rep. 76 V c, Sekt. 3, Tit. 23, Nr. 5 (im folgenden: Rep. 76 Berghaus), Bd. 1, Bl. 283, Berghaus an die ev. Superintendenten der Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) v. -. 8. 1852.

denburg hatte schon 1703 die Forstverwaltung eine durch Johann Christoph Bemann in Frankfurt (Oder) überlieferte amtliche Erhebung durchgeführt. Sein Sohn J. E. Bemann versandte 1 741 Fragebogen innerhalb der neumärkischen Inspektion Sonnenburg.¹² Die Fragebogenerhebung zur Inventarisierung der Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg durch Ferdinand v. Quast setzte erst zwei Jahre nach Berghaus' Erhebung ein. Im August 1852 legte Berghaus der Ankündigung des "Landbuches" einen Fragebogen bei, der durch ein Geleitwort Flottwells amtliches Gewicht erhielt und durch die Landratsämter an Bürgermeister, Rittergutsbesitzer und Lehrer verteilt werden konnte.¹³ Berghaus stellte 28 Fragen, die er wiederum unterteilte, so daß sich 80 Einzelfragen ergaben. Er fragte nach Namen und Lage der Orte und ihrer Feldmark, nach der Flurgröße, der Bewirtschaftung des Bodens, dem Vieh-, Wild- und Fischbestand, der Bienen- und Seidenraupenzucht, nach den Mineralprodukten und ihren Lagerungsverhältnissen, nach der Einwohnerzahl in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Gliederung, dem Aufriß der Siedlungen, ihrer Einordnung in das Verkehrsnetz, nach den zentralen Funktionen der Orte und nach historischen Nachrichten über die Städte, Standesherrschaften und Rittergüter. Wie eingehend er sich die Antworten wünschte, zeigen die Erläuterungen zu den einzelnen Fragen. So wird bei der Bewirtschaftung der Ländereien gefragt: "Dreifeldersystem oder Koppelwirtschaft; ist sie ausschließlich auf den Anbau von Cerealien oder auch auf die Cultur von Handels-, Küchen-, Knollen-Gewächsen, Farbe-Pflanzen, Officinal-Pflanzen, Futterkräutern usw. gerichtet? Wievielschurig ist der Wiesenwachs, können resp. müssen die Wiesen be- oder entwässert werden? Werden die Hütungen, wo sie noch vorhanden, immer oder periodisch benutzt und von welcher Viehgattung?" Grundsätzlich maß Berghaus dem Stand und der Entwicklung der Produktivkräfte also große Bedeutung bei, wie sein Fragenkatalog deutlich zeigt. So bittet er im Hinblick auf die städtischen Gewerbe um historische Notizen über die Einführung der Maschinen in den Gewerbebetrieb. Bei den ländlichen Gebieten richtet er sein besonderes Augenmerk auf die Verarbeitung des im Eigenbau erzeugten Flachses und die darauf gestützte Leinweberei.

Bei der Herkunft der Einwohner bewegte Berghaus die Frage: "Giebt es unter den Orts-Einwohnern Familien, welche ihrem Geschlechts-Namen nach die altslawische Abstammung verrathen, wie groß ist die Anzahl dieser Familien und welchem Standegehören sie im Durchschnitt an? Wie groß ist die Zahl der Familien und der Familienglieder, die von den französischen Refugiés abstammen und ist bei ihnen noch die französische Sprache beim Gottesdienst oder gar noch im Familien-Leben üblich?"

Fragebogen gingen aus 3 868 Orten ein. Nach der Ortsstatistik der Volkszählung von 1939 fehlten somit 903 Orte; da aber viele der von Berghaus selbständig behandelten Siedlungen unterdessen in Gemeinden aufgegangen waren, stehen wohl für mehr als 1 000 Orte Angaben aus, mithin für mehr als ein Viertel aller befragten Orte. Damit war das Ergebnis der Erhebung für eine flächenhaft lückenlose und daher auch kartographisch auswertbare Darstellung in Frage gestellt. Berghaus wertete jedoch seinerseits auch die vorliegenden Ergebnisse nicht einmal im Text des "Landbuches" entsprechend aus. Dies geschah nur mit den Nachrichten über die Städte, Standesherrschaften und Rittergüter, die er durch Studium des Schrifttums und einen umfangreichen Briefwechsel mit Adelsfamilien ergänzte. Berghaus übergab die Fragebogen der Königlichen Bibliothek in Berlin. Sie stellen ein noch heute

12 Schwartz, Paul, Aus J. E. Bemanns handschriftlichem Nachlasse, in: Schriften des Vereins für die Geschichte der Neumark, 16. Jg. 1904, S. 286 - 301, mit auszugsweisem Abdruck der Antworten aus den Fragebogen.

13 DZA Merseburg, Rep. 76 Berghaus, Bd. 1, Bl. 280, Ankündigung eines geographisch-historisch-statistischen Landbuchs der Provinz Brandenburg, auf besondere Veranlassung Sr. Excellenz des Herrn Staats-Ministers und Ober-Präsidenten Flottwell bearbeitet von Dr. H. Berghaus v. -. 8. 1852.

größtenteils un ausgewertetes Material für eine historische Siedlungsgeographie einzelner Orte oder Ortsgruppen dar.¹⁴

Mit der Niederschrift des "Landbuches", das in den Jahren 1854 bis 1856 erschien, begann Berghaus erst Mitte Juli 1853. Er hatte dem Verleger Adolph Müller in Brandenburg täglich Manuskripte für drei Setzer in der Druckerei abzuliefern und war daher von früh fünf Uhr bis nach Mitternacht an den Schreibtisch gefesselt. Ihm gebrach es an der Zeit, die Gliederung des Werkes vor Beginn der Niederschrift endgültig zu überdenken und während der Niederschrift das Wesentliche aus der Stofffülle der Einzel Tatsachen herauszuarbeiten. So reihte er oft Einzel Tatsache an Einzel Tatsache und schob zuweilen Archivalien im vollen Wortlaut ein. Da sein Verleger, für den das Unternehmen so kostspielig wurde, daß er sich um staatliche Subvention bemühen mußte¹⁵, ihn an einen "scharf gemessenen Raum" gebunden hatte (Bd. 3, S. 448)¹⁶, mußte Berghaus auf den restlichen 270 Seiten des 2 117 Seiten umfassenden Werkes alle Literaturnachweise, die er bisher stets angegeben hatte, weglassen.

Für den Aufbau des "Landbuches" ging Berghaus von der Staatenkunde aus, wie sie damals von der sich rasch entwickelnden Statistik gepflegt wurde. Er gab daher als Ziel seiner Arbeit die "vollständige Statistik der Provinz Brandenburg" an.¹⁷ Hermann v. Conring hatte in seinem "Examen rerum publicarum"¹⁸ bei der Besprechung des Staates vier Hauptgruppen unterschieden: Grundmacht - Kultur - Verfassung - Verwaltung. Den Inhalt dieser Hauptgruppen legte Friedrich Wilhelm Schubert 1835 in seinem "Handbuch der Allgemeinen Staatenkunde von Europa"¹⁹ fest. Berghaus kannte Schuberts Handbuch und bot Ende des Jahres Georg v. Cotta für die [Augsburger] Allgemeine Zeitung sechs Aufsätze einer "Vergleichenden politisch-statistischen Darstellung der Staatskräfte der Staaten des Deutschen Bundes" an, die er als Vorabdruck eines umfassenden staatenkundlichen Werkes ansah.²⁰ Da Cotta auf dieses Angebot nicht einging, schränkte Berghaus das Thema auf den preußischen Staat ein und gewann für diese anonym gehaltene Veröffentlichung als Verleger Georg Reimer in Berlin.²¹ Seine Gliederung der Statistik unterschied sich in diesem Buche von Conrings Hauptgruppen nur dadurch, daß er in der Gruppe "Kultur des Staates" die intellektuelle Tätigkeit vor die materielle Tätigkeit setzte, da jene die Voraussetzung dieser sei.

Im "Landbuch" begann Berghaus mit Conrings erster Hauptgruppe: Grundmacht des Staates, erster Abschnitt: "Das Land".²² Für diesen Abschnitt schrieb Schubert vor: "Wir sprechen von dem gegenwärtigen Länderbestande in Bezug auf seine politische Eintheilung und seine

14 Staatsarchiv Potsdam, Provinz Brandenburg, Rep. 16, Nr. 9, Nachlaß Heinrich Berghaus: Materialien zum Landbuch der Mark Brandenburg, 19 Bde.

15 DZA Merseburg, Rep. 76, Berghaus, Bd. 1, Bl. 295 - 298, Adolph Müller an Karl Otto v. Raumer v. 20. 6. 1856.

16 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben beziehen sich auf Berghaus, Heinrich, Landbuch, a. a. O.

17 DZA Merseburg, Rep. 93 B, Nr. 3833, H. 3, Berghaus an August v. d. Heydt v. 10. 3. 1853.

18 Conring, Hermann v., Examen rerum publicarum (Untersuchung öffentlicher Angelegenheiten), Helmstedt 1660.

19 Schubert, Friedrich Wilhelm, Handbuch der Allgemeinen Staatenkunde von Europa. Bd. 1, Königsberg 1835, S. 10 - 22.

20 Cotta-Archiv (Stiftung der Stuttgarter Zeitung) im Schiller-Nationalmuseum Marbach (Neckar); Briefsammlung Heinrich Berghaus an Cotta, Berghaus an Georg v. Cotta v. 19. 10. 1844, 8. 11. 1844.

21 [Berghaus, Heinrich, anonym] Statistik des Preußischen Staates, Berlin 1845.

22 Alle drei Bände des Landbuches tragen auf der ersten Textseite die Überschriften: Erstes Hauptstück: Die Grundmacht der Provinz Brandenburg. Erster Abschnitt: Das Land.

physische Beschaffenheit, wo die Beschreibung des Bodens nicht nur die natürlichen Hilfsquellen, die Bewässerung des Landes, die Einwirkung der Gebirge und die klimatischen Verhältnisse berücksichtigt, sondern auch zugleich den Einfluß der Regierung und für einige Länder selbst des Volkes im Aufbau von Landstraßen, Canälen und anderen Anstalten zur Beförderung des bürgerlichen Verkehrs darlegt.²³

Zum äußeren Aufbau des "Landbuches" ist vorausschickend zu bemerken, daß Berghaus im dreibändigen Werk einem in 68 Paragraphen gegliederten Text 72 "Erläuterungen" (im folgenden: Erl.) gegenüberstellt, die den Textteil der Seitenzahl nach um das Doppelte übertreffen (32 Prozent zu 66 Prozent). Dieser ungleiche Aufbau wird aus der improvisierten Niederschrift des Werkes zu erklären sein. Er gibt dem "Landbuch" den Charakter eines Sammel- und Nachschlagewerkes und verhindert jeden Versuch einer abgewogenen Landesbeschreibung.

Die knappe Hälfte des Werkes ist der physischen Geographie der Provinz Brandenburg vorbehalten, jedoch sind die Beiträge dazu über alle drei Bände verteilt. Die einleitenden drei Paragraphen behandeln die geographische Lage, Grenzen und Flächengröße sowie die nur von Schubert geforderte politische Einteilung Brandenburgs. Dabei bringt die erste "Erläuterung" wissenschaftsgeschichtlich wertvolle "Historische Nachweisungen über die Bemühungen zur Bestimmung der geographischen Lage". Ehe sich dann Berghaus der Beschreibung der Oberflächengestalt des Landes zuwendet, gibt er eine "Geognostisch-geologische Übersicht" (§§ 5 - 26). Die Tatsachen entnahm er im wesentlichen den bereits damals selten gewordenen Schulprogrammen der Berliner Gewerbeschule, in denen Carl Friedrich v. Klöden, der Gründer der Gewerbeschule, die Ergebnisse seiner geologischen Wanderfahrten in den Jahren 1828 bis 1830 niedergelegt hatte.²⁴ Bei allen abbauwürdigen Vorkommen und bei den Mineralquellen war er auf die Hervorhebung des wirtschaftlichen Nutzens bedacht. Die Darstellung des Rüdersdorfer Kalkgebirges überließ er dem Direktor des Bergamtes Rüdersdorf, Bergrat Brahl. Im Pleistozän beeindruckte ihn "das gewaltige Phänomen der Wanderblöcke und Geschiebe von der Ostküste Englands rings in einem großen Bogen die skandinavischen und finnischen Gebirgskämme" umfassend (Bd. 1, S. 53). Er folgte Leopold v. Buch und J. F. Ludwig Hausmann in der Deutung dieser "nordischen Geschiefelformation" und Charles Lyell in der Annahme eines Polarmeeres, "auf dessen Grunde die Diluvialmassen sich schichteten und Eisflöße mit ihren Findlingen strandeten" (Bd. 1, S. 189). Der Vorstellung von einer "großen Eiszeit, die Ludwig J. R. Agassiz 1837, durch Johann G. F. Charpentier angeregt, für die Alpen entwickelt hatte, blieb Berghaus ebenso fern wie Alexander von Humboldt. Bei der Deutung des norddeutschen Gewässernetzes und des parallelen Verlaufs seiner Längstäler zum Streichen der Höhenzüge schloß sich Berghaus an Friedrich Hoffmann an, mit dem er sich in jungen Jahren in barometrische Meßzüge durch das westliche und südliche Deutschland geteilt hatte. Im "Landbuch" brachte er Hoffmanns Abhandlung "Über die ursprüngliche Richtung der norddeutschen Flußstäler"²⁵ als Nachtrag zum geologischen Abschnitt (Bd. 3, S. 144 - 153). Schließlich griff Berghaus von Heinrich Girard²⁶, der die Gedankengänge des früh verstorbenen Friedrich Hoffmann fortführte, die Vermutung auf, der Ursprung der Terrainformen im großen liege "in gewissen Bewegungen

23 Schubert, Friedrich Wilhelm, a. a. O., Bd. 1, S. 11 f.

24 Klöden, Carl Friedrich, Beiträge zur mineralogischen und geognostischen Kenntniß der Mark Brandenburg in zehn Stücken, in: Schulprogramme der Gewerbeschule zu Berlin für die Jahre 1828 bis 1837.

25 Hoffmann, Friedrich, Über die ursprüngliche Richtung der norddeutschen Flußtäler und der Lüneburger Heide, in: Gilberts Annalen der Physik, Bd. 76, 1824, S. 55 - 72.

26 Girard, Heinrich, Über die geognostischen Verhältnisse des nordöstlichen deutschen Tieflandes, in: Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft, Bd. 1, 1849, S. 339 - 352.

der Masse, die von tiefer liegenden geologischen Ursachen herrühren" (Bd. 1, S. 51). Den Abschluß des geologischen Kapitels bildet die "Geographische Vertheilung der Bodenarten", für die er Abhandlungen von Albrecht Thaer und Georg Ernst Wilhelm Crome in Möglin sowie des Niederlausitzers Johann Gottlieb Koppe heranzog.²⁷

Nach diesem geologischen Kapitel war es "an der Zeit, im Zusammenhange die äußere Gestaltung unseres Erdreichs zu schildern" (Bd. 1, S. 298). Dabei verschrieb sich Berghaus dem Arbeitsmaterial des preußischen Handelsministeriums aus dem Jahre 1821. So zieht durch alle drei Bände eine hydrographische Beschreibung des brandenburgischen Anteils an den Strömen und Nebenflüssen Norddeutschlands.²⁸ Das aufbereitete amtliche Material gab ihm die Gelegenheit, die Flußläufe in allen Einzelheiten bis zum letzten Wehr und zu jeder Schleuse und Brücke zu registrieren. Eine anschauliche Darstellung der Oberflächengestalt wurde dadurch nicht erreicht.

Dies versuchte Berghaus im dritten physisch-geographischen Kapitel, das sich ebenfalls - aber weniger straff als das hydrographische - über alle drei Bände verteilt. Diese Beschreibungen lassen etwas von dem geomorphologischen Blick Friedrich Hoffmanns verspüren, zum Beispiel, wenn Berghaus den Unterschied zwischen dem trocknen Land der Höhenplatten und den feuchten Niederungen, die sie umgeben, betont. Zum Auffinden natürlicher Einheiten benutzte Berghaus die Tatsache historischer Landschaften. Dabei wurde ihm die Einwirkung des Menschen auf die "Naturausstattung" bei sich verändernder Verkehrslage bewußt. Mit Nachdruck hob er diese Betrachtung vom Denken in politischen Raumeinheiten ab, wenn er zum Beispiel beim Teltow schrieb: "Unter Teltow ist nicht der Teltow'sche Kreis in seinem heutigen Umfange zu verstehen, sondern derjenige Terrain-Abschnitt, welcher ... rings umher von großen Niederungsthälern begränzt ist, aus denen der Höheboden inselartig hervortritt, ein Plateau bildend, welches in vorhistorischen Zeiten, als jene Niederungen noch unter Wasser standen und entweder Seen oder Theile eines großen Flußbettes waren, eine vollständige Insel gewesen ist, die ungefähr die Hälfte des Teltow'schen Kreises ausmacht oder eine Größe von etwa 15 Geviertmeilen enthält." (Bd. 1, S. 469)

Im ersten Band griff Berghaus den Ausdruck "Landschaften" auf und verstand damit die Behandlung der morphographischen Einheiten Brandenburgs - immer wieder das Gewässernetz auch in der Überschrift hervorhebend - in einem ostwärts ausgreifenden Bogen um das Stadtgebiet von Berlin herum, das von der Darstellung ausgeschlossen blieb. Es folgen vielfach in "Erläuterungen" aufeinander:

Das Plateau der Ostprignitz und von Ruppin (§ 31, Erl. 27)

Die Havelländische Niederung

1. Die Niederung und ihre Gewässer (§ 31, Erl. 28, 1)

2. Die Plateau-Inseln des Havellandes (§ 31, Erl. 28, 2)

Das Uckermärkisch-Barnimsche Havelgebiet (§ 32, Erl. 29)

Das Teltowsche Havelgebiet (§ 32, Erl. 30)

Die Täler der Nuthe und ihrer Nebengewässer (§ 32, Erl. 31)

27 Thaer, Albrecht, Geschichte meiner Wirthschaft zu Möglin, Berlin 1815; Crome, Georg Ernst Wilhelm, Der Boden und sein Verhältnis zu den Gewächsen, Hannover 1812; Koppe, Johann Gottlieb, Kurze Darstellung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in der Mark Brandenburg, Berlin 1839.

28 Landbuch, a. a. O., Bd. 1, §§ 27 - 30, Bd. 2, §§ 35, 36, 38 - 42, Bd. 3, §§ 49, 51, 53, 54, 56, 58, 59.

Das Havelgebiet in der Zauche und auf dem VlÄming

1. Die Täler und ihre Gewässer (§ 32, Erl. 32,1)

2. Plateau der Zauche (§ 32, Erl. 32,2).

Im zweiten Band ließ Berghaus den Ausdruck "Landschaften" fallen. Nunmehr faßte er die morphographischen Einheiten unter der weniger anspruchsvollen Überschrift zusammen; Oberflächengestalt des Bodens in den Flußgebieten der Spree und Elster (§ 37).

Mit historisch-ökonomischen Darstellungen im Anschluß an die physisch-geographischen begann Berghaus erst bei der Darstellung des Havelländischen Luchs, an die er die "Anlage des Domainenamts Königshorst" anschloß (Bd. 1, S. 410 - 412). Bei der Behandlung des Uckermärkisch-Barnimschen Havelgebietes brachte er die Gründung von Joachimsthal und neuer Ansiedlungen um Oranienburg als Anhang (Bd. 1, S. 452 - 466). Zahlreich wurden die Einschübe im Abschnitt über das Nuthegebiet und die Zauche. Potsdam kam dabei nur in seinen frühesten Zuständen und der Flächengröße des Stadtgebietes zur Darstellung: "Um Alles zu schildern, bedarf es eines eignen Buchs" (Bd. 1, S. 532 - 536).

Da diese bis zum Ende des ersten Bandes sich steigenden Einschübe den Fluß der Darstellung hemmten, entschloß sich Berghaus, die historischen Darlegungen unter der Überschrift "Territorialgeschichte" zusammenzufassen und ihnen nicht die Landschaften, sondern die Kreise zugrunde zu legen. So schloß er den ersten Band mit einem entsprechenden "Rückblick" auf die Prignitz (§ 33, Erl. 33), dem er im zweiten Band - ebenfalls als Rückgriff - Ruppiner Land, Brandenburg und Havelland folgen ließ (§ 34, Erl. 34/35). Im restlichen zweiten und im dritten Band wuchsen sich diese "Territorialgeschichten" (§ 43, Erl. 37, bis § 65, Erl. 72) zu einem Umfang aus, der die Hälfte des Gesamtwerkes ausmacht. Für jeden Kreis werden historisch erörtert: die Städte mit einem Anteil von 40 Prozent an den Seitenzahlen der Territorialgeschichte sowie die "Königlichen Herrschaften", die "Standesherrschaften und ritterschaftlichen Besitzungen" mit 50 Prozent des Anteils an der Seitenzahl. Dabei werden die "begütertesten Geschlechter" bis in Einzelheiten der Familiengeschichte und des jeweiligen Eigentums an Grund und Boden behandelt. Weniger umfangreich ist die Darstellung des kirchlichen Grundeigentums. Einen Anhang der Bände 1 und 2 stellen statistische Tafeln für die Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) dar. Soweit statistische Zahlen im "Landbuch" überhaupt auftreten, beruhen sie auf den vom "Preußischen Statistischen Bureau" unter der Leitung von Johann Gottfried Hoffmann, dem Vater Friedrich Hoffmanns, herausgegebenen "Tabellen und amtlichen Nachrichten" (Berlin 1851 ff.). Bei der Nachrechnung der Längen- und Flächenmaße durch Berghaus stellten sich ansehnliche Unterschiede heraus, da die amtlichen Werte anhand von veralteten Kartenunterlagen berechnet worden waren.

Über diese in den drei Bänden des Gesamtwerkes untergebrachten Stoffeinheiten hinaus versprach Berghaus noch zur Abrundung des physisch-geographischen Teils Ausführungen über Klima, Pflanzengeographie und Tiergeographie (Bd. 1, S. 49). Für diese Darlegungen fehlten aber im brandenburgischen Schrifttum wesentliche Unterlagen. So konnte Berghaus zum Beispiel nur eine meteorologische Abhandlung über Brandenburg angeben.²⁹ Entsprechende Erörterungen kommen nur lokal begrenzt und daher bruchstückhaft vor.

Schwerer wog noch die Tatsache, daß in der Hauptgruppe "Grundmacht der Provinz Brandenburg" der zweite Abschnitt "Das Volk", in dem Schubert Ausführungen über den jährlichen Zuwachs der Bevölkerung des Gesamtgebietes und über das Verhältnis zwischen absoluter und relativer Bevölkerung, über die Bewohner der Städte und des platten Landes erwartete, gänzlich ausfiel. Die "Territorialgeschichten" der einzelnen Kreise konnten die

²⁹ Gronau, Carl Ludwig, Versuch einiger Beobachtungen über die Witterung der Mark Brandenburg, besonders in der Gegend um Berlin, T. 1, Berlin/Stralsund 1794.

Gesamtübersicht über Brandenburg nicht ersetzen. Es fehlt aber auch das Gegenstück zur "Grundmacht"; die Conringsche Hauptgruppe "Kultur der Provinz Brandenburg" mit den Abschnitten über die intellektuelle und materielle Tätigkeit.

Hier wäre für Berghaus die Gelegenheit gekommen, auf staatliche Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft in dem damals noch vorwiegend agrarischen Preußen einzugehen. Er war Mitglied der Märkischen Ökonomischen Gesellschaft in Potsdam, die sich im Sinne der Physiokraten zum Ziele gesetzt hatte, Untersuchungen durchzuführen, "die zur Aufnahme und Beförderung der einheimischen ländlichen und städtischen Nahrungsgeschäfte dienen" (Statuten). Berghaus schlug zum Beispiel vor, die landwirtschaftlichen Gesellschaften der preußischen Provinzen zu veranlassen, die Bodengüte zu beurteilen, phänologische Beobachtungen anzustellen und die Klimaänderungen zu verfolgen. Die Ergebnisse könnten im Landes-Ökonomie-Kollegium in Berlin nach dem Vorbild der englischen Landwirtschaft von Land- und Forstwirten zu praktischen Anweisungen an die einheimische Bauernschaft verarbeitet werden. Aber sein Vorschlag wurde nicht verwirklicht, und im "Landbuch" fiel Conrings Hauptgruppe "Kultur" völlig aus.

Die Hauptgruppen "Verfassung" und "Verwaltung", die Conring für seine Staatenkunde noch vorschrieb, waren seit Anton Friedrich Büschings Beschränkung dieser Ausführungen³⁰ als selbständige Kapitel nicht mehr zu erwarten. In seiner "Statistik des Preußischen Staats" (Berlin 1845) aber hatte Berghaus diese beiden Hauptgruppen noch berücksichtigt. Auch von ihnen abgesehen, blieb das "Landbuch" ein Torso. Die Überschriften auf den ersten Seiten aller drei Bände hatten mehr versprochen, als Berghaus halten konnte.

Daß Berghaus bei der Arbeit mit der Feder seine Kunst des Stiftes nicht vergaß, zeigt sein Plan, dem "Landbuch" einen "Historischen Atlas der Mark Brandenburg" beizugeben. In einem Immediatschreiben vom 27. November 1852³¹ bat Berghaus König Friedrich Wilhelm IV. um eine Beihilfe von 1 000 Talern: "Es ist die Absicht, dem Buche ausführliche Land-Tafeln beizufügen, die den Zustand der Bewohnung der Provinzen in drei Zeiträumen veranschaulichen sollen." Dazu seien "langwierige Studien über die Beschaffenheit des Landes nach seiner Bewässerung, seiner Bewaldung, seiner Ackerfläche pp." erforderlich. Die entstehenden Unkosten könnten durch den Absatz "bei der geringen Zahl von Leuten, welche an historischen Monographien Antheil nehmen", nicht gedeckt werden. Nach Ablehnung dieser Unterstützung mußte Berghaus jedoch auf eine Verwirklichung des Projekts verzichten. Der Atlas sollte das Land in folgenden zeitlichen Querschnitten darstellen:

1. in der Mitte des 14. Jahrhunderts nach dem Landbuch der Kurmark von Kaiser Karl IV. (1375) und für die Neumark nach dem Landbuch Ludwigs des Älteren (1337),
2. am Ende des 18. Jahrhunderts nach Karten der friderizianischen Zeit und
3. in der Mitte des 19. Jahrhunderts nach zeitgenössischen Unterlagen.

Im Januar 1845 erweiterte Berghaus den Plan auf fünf Blätter, indem er ihn bis in die Slawenzeit und auf die kirchlichen Territorialverhältnisse ausdehnte. Er wollte großmaßstäbliche Kartenblätter zeichnen, "um alle Dörfer, die aus der Mitte des 14. Jahrhunderts schon bekannt sind", eintragen zu können.

Von den Beurteilern des "Landbuches" trat zuerst Alexander v. Humboldt hervor. Er schrieb an Berghaus: "Monographien wie die, welche Sie jetzt unter der Feder und in der Presse haben, sind ... sehr dankenswerth und ich bewundere abermals Ihr Talent, mit dem Sie alle-

³⁰ Büsching, Anton Friedrich, Neue Erdbeschreibung, Hamburg 1754 - 1809.

³¹ DZA Merseburg, Rep. 76, Berghaus, Bd. 1, Bl. 278 - 279, Berghaus' Immediatsgesuch v. 27. 11. 1852.

mein Physisch-Geographisches in die Specialitäten der Heil. Röm. Reichs-Streusandbüchse zu verweben wissen." Zugleich aber bedauerte er Berghaus' Ausscheiden aus der wissenschaftlichen Arbeit auf dem Felde weltumspannender Kartographie. Er forderte Berghaus auf, in seinen alten Arbeitskreis zurückzukehren: "Ich beschwöre Sie, beeilen Sie sich, aus der Mark herauszukommen ... Hören Sie auf meine Bitten!"³² Aber Berghaus hatte dazu nicht mehr die Kraft. So begnügte er sich damit, das "Landbuch" zu Ende zu führen. Er trug sich sogar mit dem Gedanken, ein Landbuch der Provinz Sachsen zu verfassen, und begann im hohen Alter mit der Arbeit an einem Landbuch von Pommern und Rügen.

Emil v. Sydow urteilte in Petermanns Geographischen Mitteilungen über das Landbuch der Mark Brandenburg: "Es besteht noch keine Schilderung, welche den Boden und die Gewässer der Provinz so speziell nach allen Richtungen hin zergliedert, wie die vorliegende; es möchten aber auch wenige Persönlichkeiten hierzu so befähigt sein, wie die des Herrn Verfassers."³³ Für Richard Boeckh war das "Landbuch" "das Werk eines unermüden Fleißes, gründlichster Gelehrsamkeit und feiner Kritik".³⁴ Obwohl sich Berghaus ohne Unterlaß um die sprachliche Deutung der topographischen Namen abgemüht hatte, betrachteten ihn die Philologen als Außenseiter auf diesem Gebiet.

Die zuständigen Referenten im Kultusministerium hatten in ihren Gutachten über die Unterstützungswürdigkeit des Werkes erklärt, ein buchhändlerischer Erfolg sei nicht wahrscheinlich; der Bittsteller sei "nicht zuverlässig", seine Arbeiten seien "nicht von der Bedeutung und Gründlichkeit", daß sie außerordentliche Geldausgaben rechtfertigten; Berghaus gehe es "weniger um einen literarischen Zweck als um Erlangung von Geldmitteln".³⁵ Nach dem Erscheinen des Werkes machten sie abfällige Bemerkungen. So veranlaßte der Hinweis, daß alle vorhandenen Materialien benutzt worden seien, einen Referenten zu der Aktennotiz: "Das Werk ist für den Handgebrauch fast unbrauchbar und eine wahre Olla potrida [ein Topf zum Betrunknenwerden] von allerhand zusammengewürfelter Spreu."³⁶ Diese Unsachlichkeit von Repräsentanten der preußischen Staatsmacht, die bis zur persönlichen Diffamierung reichte, war kein Zufall, hatte doch Berghaus im Revolutionsjahr 1848 auf der Seite des Volkes gestanden und dafür "große, tiefgreifende Erschütterungen" erleiden müssen.³⁷

Vom Standpunkt der Gegenwart aus betrachtet, ist zu betonen, daß die Verarbeitung großer Stoffmassen ein Kennzeichen der aus dem 18. Jahrhundert übernommenen und zur Lebzeit von Berghaus noch verbreiteten enzyklopädischen Arbeitsweise ist. Die Unebenheiten im Aufbau des Werkes wurden durch einen Wandel in der Planung hervorgerufen, der erfolgte, als der Verfasser von dem ihm vertrauten Gebiet der kartographischen Arbeit und ihrer wissenschaftlichen Vorbereitung zur Arbeitsweise des Historikers hinüberwechselte. Immerhin aber hat Berghaus die methodische Leistung vollbracht, die Landesbeschreibung aus dem bisher üblichen Rahmen der politischen Einheiten herausgenommen und in geographi-

32 Alexander v. Humboldt an Berghaus [1854], in: Briefwechsel Alexander von Humboldt's mit Heinrich Berghaus aus den Jahren 1825 bis 1858, Bd. 3, Leipzig 1863, S. 325 - 326.

33 Sydow, Emil v., Rezension von Berghaus, Heinrich: Landbuch der Provinz Brandenburg, 3. Bde., Brandenburg 1855 - 1856, in: Petermanns Geographische Mitteilungen Nr. 2/1856, S. 121.

34 Boeckh, Richard, Ortschafts-Statistik des Regierungs-Bezirks Potsdam und der Stadt Berlin, Berlin 1861, S. 1.

35 DZA Merseburg, Rep. 76, Berghaus, Bd. 1, Bl. 272, 273 - 276, 277, Aktennotizen zum Immediatgesuch des Heinrich Berghaus v. 27. 11. 1852.

36 DZA Merseburg, Rep. 76, Berghaus, Bd. 1, Bl. 293, 296 - 297, Aktennotizen bei der Übersendung von Prospekt und Exemplar des Landbuchs an das Kultusministerium v. -. 12. 1855 u. -. 3. 1856.

37 Staatsarchiv Potsdam, Acta personalia Berghaus, Bl. 22 - 29, Kurzgefaßter Lebenslauf des Professor Berghaus, Potsdam 9. 2. 1852.

schen Einheiten geboten zu haben. Wenn Robert Gradmann den statistisch-topographischen Darstellungen jener Zeit den Vorwurf machte, daß man aus ihnen alles mögliche an Einzelheiten erfahre, aber nichts darüber, wie das Land aussähe³⁸, so gilt dies für Berghaus' "Landbuch" nicht im vollen Umfange. Wer sich geduldig durch die drei Bände hindurchliest, wird hier die Ansätze zu einer Landeskunde finden, wie sie erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ausgebildet vorlag.

Neben den wissenschaftlichen Kartographien Heinrich Berghaus trat in der brandenburgischen Landesforschung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Dichter Theodor Fontane mit seinen "Wanderungen durch die Mark Brandenburg".³⁹

Da Fontane etwas anderes suchte, als Berghaus in seinem Bemühen um eine historisch-landesbeschreibende Grundlegung bereitgestellt hatte, fiel Fontanes Urteil über Berghaus' "Landbuch" hart aus. Bei der Vorbereitung auf eine Wanderung ins Beeskow-Storkower Land schrieb er an einen Freund: "Wo findet man Belehrung über Beeskow-Storkow? Berghaus, ein erbärmliches Buch, läßt mich wie immer im Stich, man kann sagen, er hat 2 000 Seiten mit Stoff gefüllt, der in Akten, aber nicht in Bücher gehört; alles tot und ledern. Die Weltgeschichte vom Registrator-Standpunkt gesehen."⁴⁰ Noch drei Tage vor seinem Tode wiederholte er auf der Suche nach Schrifttum über das Ländchen Friesack sein Urteil: "Was ich in Fidicin⁴¹ oder Berghaus gefunden, ist tödlich."⁴²

Fontanes dichterische Freiheit ließ ihn auswählen, was ihm gemäß war. Was ihn nicht ansprach, ließ er fallen. "Sorglos habe ich gesammelt, nicht wie einer, der mit der Sichel zur Ernte geht, sondern wie ein Spaziergänger, der einzelne Ähren aus dem reichen Felde zieht."⁴³ "Das Beste aller Historie" sind seiner Meinung nach am Wegrand aufgelesene Anekdoten.⁴⁴ In Briefen an Vertraute sprach er es aus, "daß die freie künstlerische Behandlung des Stoffes um des künstlerischen Willens ein Recht der Existenz hat, auch wenn die strikte historische Wahrheit dabei in die Brüche geht".⁴⁵ "Das Poetische hat immer recht; es wächst weit über das Historische hinaus."⁴⁶

Abstoßend wirkte auf Fontane auch die stilistische Formung im "Landbuch". Berghaus galt als der schnelle, aber auch flüchtige Schreiber, der das Niedergeschriebene - je Tag für

38 Gradmann, Robert, Die "Oberamtsbeschreibungen" als Vorbilder, in: Berichte zur deutschen Landeskunde Bd. 3, 1943, S. 146 - 151 (146).

39 Fontane, Theodor, Wanderungen durch die Mark Brandenburg, a. a. O.

40 Theodor Fontane an Friedrich Wilhelm Holtze v. 10. 1. 1879, in: Briefe Th. Fontanes an Friedrich Wilhelm Holtze, hg. v. J. Neuendorff, in: Jahrbuch der Deutschen Schiller-Gesellschaft, Nr. 4/1960, S. 370.

41 Fidicin, Eduard, a. a. O.

42 Theodor Fontane an F. Meyer v. 17. 9. 1898, in: Briefe Theodor Fontanes, 2. Sammlung, hg. v. Otto Pniower u. Paul Schlienther, Bd. 2, Berlin 1910, S. 472 f.

43 Fontane, Theodor, Wanderungen durch die Mark Brandenburg, Bd. 1, a. a. O., Vorwort, S. 7.

44 Fontane, Theodor, Von Zwanzig bis Dreißig. Autobiographisches, in: Sämtliche Werke, a. a. O., Bd. 15, S. 252 f.

45 Aus der Kontroverse mit Johann David Ludwig Erdmann Preuß, zit. nach Fricke, Hermann, Fontanes Historik, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte, Bd. 5, 1954, S. 13 - 22 (18).

46 Theodor Fontane an Friedrich Wilhelm Holtze v. 12. 4. 1895, in: Briefe Theodor Fontanes, a. a. O., S. 349 f.

drei Setzer! - nicht nochmals durchlese.⁴⁷ Dagegen bezeichnete sich Fontane als den langsamsten Arbeiter der Welt: "Diese Langsamkeit resultiert aus Stilgefühl, aus Feile. Das, was ich hingeschrieben habe, genügt mir nicht. Und das Basteln, das nun nötig wird, kostet dreimal mehr Zeit als die erste Niederschrift und zwanzigmal soviel Zeit als der erste Entwurf ... Der Künstler, der echte Dichter, sucht oft vierzehn Tage lang nach einem Wort."⁴⁸

So standen sich Berghaus und Fontane unversöhnlich gegenüber. Sie hatten gemeinsam das Ziel historischer Deutung landeskundlicher Tatsachen und gingen jeder seinen eigenen Weg. Dies mit Recht, aber nicht in gegnerischer Stellung zueinander. Wissenschaftler und Dichter arbeiten auf gleichem Grunde. Beide suchen und sammeln und verarbeiten eine Unzahl von beobachteten Tatsachen innerlich zu einem Bilde, das sie beschreibend und erklärend oder aber erzählend und dramatisierend entwerfen. Dabei wirkt sich im Erkennen des Wesentlichen das Intuitive, das gemeinhin als ein Kennzeichen des künstlerisch Sehenden gilt, auf beiden Seiten aus. Fontane wollte es für sich allein in Anspruch nehmen. Berghaus ließ es durch den Ballast kleinster Tatsachenangaben nur gehemmt zur Entfaltung kommen. Auf beiden Seiten muß Maß gehalten werden, wenn Dichter wie Wissenschaftler Gütliches schaffen wollen.

47 Archiv VEB Hermann Haack, Geographisch-Karthographische Anstalt Gotha, Briefsammlung Heinrich Berghaus an Perthes, Berghaus an Wilhelm Perthes v. 13. 3. 1841.
48 K., Potsdamerstraße 134 c, Theodor Fontane, nach fünfzig Jahren, in: Die Gegenwart, 3. Jg. 1948, S. 15 - 20 (17).

BESTANDSINFORMATION FÜR DEN WIRTSCHAFTSHISTORIKER AUS DEM
DEUTSCHEN ZENTRALARCHIV POTSDAM

QUELLEN ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE DES 18. JAHRHUNDERTS
IM BESTAND GENERALDIREKTORIUM IM DEUTSCHEN ZENTRALARCHIV,
HISTORISCHE ABTEILUNG II, MERSEBURG

von Elisabeth Schwarze

0. Einleitung
1. Behördengeschichte
2. Bestandslage
3. Inhaltsanalyse
 - 3.1. Land- und Forstwirtschaft
 - 3.1.1. Landwirtschaftspolitik
 - 3.1.2. Ländliche Besiedlung und Kolonisation
 - 3.1.3. Soziale Lage der Landbevölkerung
 - 3.1.4. Forstwirtschaft
 - 3.2. Handel und Gewerbe
 - 3.2.1. Handelspolitik
 - 3.2.2. Gewerbe- und Manufakturpolitik
 - 3.2.3. Soziale Lage der werktätigen Bevölkerung in den Städten
 - 3.3. Steuer- und Finanzpolitik
4. Zusammenfassung

0. Einleitung

In der Historischen Abteilung II des Deutschen Zentralarchivs werden Quellen zur deutschen und ausländischen Wirtschaftsgeschichte aus der feudalistischen und der kapitalistischen Gesellschaftsepoche verwahrt. Einen hervorragenden Informationswert für die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse im feudal-absolutistischen Preußen des 18. Jahrhunderts besitzt der Bestand Generaldirektorium. Die Qualität der Überlieferung wird bestimmt durch die dominierende Rolle, die das Generaldirektorium als zentrale innere und wirtschaftsleitende Behörde in einem Staat spielte, dessen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf einer harten und rücksichtslosen Ausbeutung der breiten Volksmassen basierte und in erster Linie auf den Aufbau und die Unterhaltung eines in keinem Verhältnis zu den ökonomischen Möglichkeiten des Landes stehenden Militär- und Beamtenapparates gerichtet war. Da sich die

"Allgegenwärtigkeit" des feudal-absolutistischen Staates auf nahezu alle Gebiete des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens erstreckte und das Bestreben bestand, jegliche Betätigung in diesen Bereichen durch Gebote und Verbote zu "reglementieren", enthält die Überlieferung des Generaldirektoriums reiches und vielseitiges Quellenmaterial zu den verschiedensten Fragestellungen der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und ihren Spezialdisziplinen, wie Agrargeschichte, Finanzgeschichte usw. Die Wichtigkeit des Bestandes kommt nicht zuletzt in der intensiven Benutzung durch Historiker und Wirtschaftshistoriker aller Fachgebiete zum Ausdruck.¹ Der Bestand ist durch Findbücher erschlossen, die dem Benutzer verhältnismäßig geringe Zugriffszeiten für die einzelnen Akteneinheiten ermöglichen.

1. Behördengeschichte²

Die Gründung des Generalfinanz-, Kriegs- und Domänendirektoriums (Generaldirektorium) erfolgte am 20. Dezember 1722 durch Instruktion des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I.

Ziel dieser Neugründung war vor allem eine straffere Lenkung der Wirtschaft und die Erhöhung des Finanzaufkommens zur Stärkung und Vergrößerung der Armee als wichtigstem Macht- und Unterdrückungsinstrument der herrschenden Feudalklasse.

Durch die Zusammenfassung der beiden obersten Finanzbehörden - des Generalfinanzdirektoriums für die Verwaltung der Domäneneinkünfte und des Generalkriegskommissariats für die Steuerverwaltung - im Generaldirektorium wurde den Mißständen, die durch die Kompetenzstreitigkeiten der beiden Behörden innerhalb der preußischen Finanzverwaltung aufgetreten waren, ein Ende bereitet. Die innere Organisation der Behörde wurde von zwei Grundsätzen geprägt: Kollegialität, das heißt Beratung und Beschlußfassung im Plenum der Departementsminister und Einteilung der Departements nach Provinzen, wobei jedem der vier Provinzialdepartements noch bestimmte gesamtstaatliche Sachaufgaben zugewiesen wurden.

1 Vgl. am Beispiel Bussenius, Ingeburg Charlotte, Die preußische Verwaltung in Süd- und Neustpreußen 1793 - 1806, Heidelberg 1960, Studien zur Geschichte Preußens, Bd. 6; dieselbe, Urkunden und Akten zur Geschichte der preußischen Verwaltung in Südpreußen und Neustpreußen, 1793 - 1806, Frankfurt (Main) 1961; Dösseler, Emil, Die Wirtschaft der Grafschaft Mark unter Brandenburg-Preußen, 1609 - 1806, Altena 1961; dieselbe, Die oberbergische Wirtschaft und soziale Struktur bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins, Bd. 84, 1968/69; Hoffmann, Hildgard, Handwerk und Manufaktur in Preußen 1769, Berlin 1969; Kroker, Werner, Wege zur Verbreitung technologischer Kenntnisse zwischen England und Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Berlin 1971; Krüger, Horst, Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen, Berlin 1958; Mode, Heinz/Wölffling, Siegfried, Zigeuner, Leipzig (1968); Moritz, Erhard, Preußen und der Kościuszko-Aufstand 1794, Berlin 1968; Reuter, Ortulf, Die Manufaktur im Fränkischen Raum, Stuttgart 1961; Sauerländer, Wilhelm, Geschichte der Stadt Lüdenscheid von den Anfängen bis zum Jahre 1813, Lüdenscheid 1965; Vogler, Günter, Zur Geschichte der Weber und Spinner von Nowawes 1751 - 1785, Potsdam 1965.

2 Die Geschichte des Generaldirektoriums ist bisher noch nicht geschrieben worden. Einen knappen Abriss der Behördengeschichte gibt Hausherr, Hans, Verwaltungseinheit und Ressorttrennung vom Ende des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Berlin 1953. - Über die spätere Zeit orientiert die Arbeit von Ruppel-Kuhfuß, Edith, Das Generaldirektorium unter der Regierung Friedrich Wilhelms II., Würzburg 1937. - Die wichtigsten Quellen zur Entwicklung des Generaldirektoriums sind publiziert in den Acta Borussica, Behördenorganisation, Bd. 2 - 14, Berlin 1896 - 1934.

Das erste Departement umfaßte die Provinzen Ostpreußen, Pommern und Neumark sowie die Grenz- und Rodungssachen, das zweite die Kurmark, Magdeburg, Halberstadt, das Marschwesen und die Militärökonomie, das dritte die rheinischen Provinzen sowie das Post- und Münzwesen und das vierte die westfälischen Landesteile sowie die Kassen- und Rechnungssachen. Hinsichtlich dieser Aufgabenverteilung traten schon sehr bald Verschiebungen ein, die sich auch in der Folgezeit häufig wiederholten.

Mit dem Regierungsantritt Friedrichs II. veränderten sich Aufgaben, Stellung und Bedeutung des Generaldirektoriums. Seine Stellung als die zentrale Verwaltungsbehörde des preußischen Staates wurde zugunsten des königlichen Kabinetts erheblich reduziert. Die Notwendigkeit einer stärkeren Arbeitsteilung führte zur Herausbildung von Fachabteilungen mit zunehmender Selbständigkeit, die teilweise nur noch formal Bestandteile des Generaldirektoriums waren und ihre Befehle direkt aus dem Kabinett erhielten. So wurden 1740 das 5. Departement für Handel und Gewerbe, 1746 das 6. Departement für Militärökonomie, 1768 das Berg- und Hüttendepartement und 1770 das Forstdepartement geschaffen. Wichtige Sachkomplexe und Aufgaben wurden dem Generaldirektorium entzogen. So wurde zum Beispiel 1766 die gesamte Steuerverwaltung aus dem Generaldirektorium herausgelöst und als "administration générale des accises et péages" französischen Steuerbeamten übertragen; das "Retablissement", das heißt den Wiederaufbau der im Siebenjährigen Krieg zerstörten Wirtschaft vertraute Friedrich II. Kommissaren an, und für die eroberte Provinz Schlesien wurde von Anfang an ein besonderes Ministerium eingerichtet. Akten über Schlesien befinden sich deshalb nicht im Bestand Generaldirektorium.

Nach dem Regierungswechsel 1786 erhielt das Generaldirektorium eine neue Instruktion, die den Zweck verfolgte, die Behörde auf den Zustand, den es unter Friedrich Wilhelm I. erreicht hatte, zurückzuführen. Das 1770 begründete Forstdepartement wurde aufgehoben und die Forstsachen wieder den Provinzialdepartements überwiesen. Die übrigen Fachdepartements blieben zwar bestehen, waren aber angewiesen, alle Angelegenheiten von "allgemeinem Interesse" kollegialisch mit den Provinzialdepartements zu beraten; technische Einzelheiten wurden in den einzelnen Departements selbständig bearbeitet. Als Organ der kollegialischen Plenarberatung wurde das sogenannte "Generaldepartement" geschaffen, das für alle Angelegenheiten von gesamtstaatlichem Interesse zuständig war. Gleichzeitig erfolgte die Aufhebung der "Regie", der französischen Steuerverwaltung, und die Wiederherstellung der Zoll- und Akziseverwaltung als ein Departement des Generaldirektoriums. Die Reorganisation des Generaldirektoriums änderte nichts an der Tatsache einer allgemeinen Reformbedürftigkeit des preußischen Staatsapparates. Es bedurfte jedoch erst des Anstoßes von außen, um 1806/08 den Zusammenbruch des überlebten feudal-absolutistischen preußischen Behördensystems herbeizuführen.

Mit der Einführung der Ministerialverfassung durch den Freiherrn vom Stein wurde das Generaldirektorium aufgelöst; seine Aufgaben gingen im wesentlichen auf das Innen- und das Finanzministerium über.

2. Bestandslage³

Die Akten des Generaldirektoriums bildeten nach der Auflösung der Behörde zunächst das sogenannte Generaldirektorialarchiv, das nach einer Periode gänzlicher Vernachlässigung 1838 zusammen mit anderen Beständen als "Geheimes Ministerialarchiv" wiederbegründet und 1878 mit dem Preussischen Geheimen Staatsarchiv vereinigt wurde. Während des zwei-

3 Vgl. Meisner, Heinrich Otto/Winter, Georg, Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin-Dahlem, 2. Teil, II. - IX. Hauptabteilung, Leipzig 1935 = Mitteilungen der preußischen Archivverwaltung, H. 25.

ten Weltkrieges wurden die Bestände des Preußischen Geheimen Staatsarchivs in die Kali-bergwerke Staßfurt und Schönebeck ausgelagert. Von dort aus ist der Bestand Generaldirektorium, ohne nennenswerte Verluste erlitten zu haben, nach Merseburg gelangt. Er umfaßt etwa 1 840 laufende Meter Akten aus der Zeit von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis 1808, wobei der Schwerpunkt der Überlieferung im 18. Jahrhundert liegt. Der Bestand enthält nicht nur Akten des Generaldirektoriums selbst, sondern auch die ihrer Vorbehörden (Hofkammer bzw. Generalfinanzdirektorium, Generalkriegskommissariat und verschiedene ältere Jagd- und Forstbehörden) und einiger merkantilistischer Sonderverwaltungen, die außerhalb des Generaldirektoriums standen (zum Beispiel die "Regie" für die Verwaltung der indirekten Steuern, die Generaltabaksadministration, verschiedene Kassen und Kommissariate sowie die Generalfinanzkontrolle).

Der Gesamtbestand Generaldirektorium gliedert sich in einzelne Teilbestände (Abteilungen), die sich nur teilweise mit den Departements der Behörde decken. Die Abteilungen (Teilbestände) sind teils nach sachlichen, teils nach territorialen Gesichtspunkten aufgebaut, wobei zu beachten ist, daß sich die Sachabteilungen und die Provinzialabteilungen stark überschneiden; Aktengruppen mit territorialem Bezug findet man nicht nur in den Provinzialabteilungen, sondern auch in den Sachabteilungen. Sachkomplexe, die sich auf den Gesamtstaat beziehen, befinden sich dagegen nur in den Sachabteilungen.

Die Provinzialabteilungen betreffen folgende preußischen Landesteile: Ostpreußen und Litauen⁴, Herrschaften Serrey und Tauroggen, Westpreußen, Neuostpreußen, Pommern, Neumark, Kurmark, Magdeburg, Halberstadt, Minden und Ravensberg, Kleve Mark, Tecklenburg und Lingen, Ostfriesland sowie Mörs, Geldern, Holländische Güter und Neuchâtel.

Die Sachabteilungen gliedern sich in Invaliden- und Invalidenkassensachen, Generalkassensachen, Generalfinanzkontrolle, Münzdepartement, Generalakzise- und Zolldepartement, Fabrikendepartement, Manufaktur- und Kommerzkollegium, Technische Deputation, Seidenbausachen, Tabakssachen, Oberbaudepartement, Salzdepartement, Forstdepartement, Militärdepartement.

Die Abteilung Geheime Hofkammer und Generalkriegskommissariat umfaßt Akten von Vorbehörden des Generaldirektoriums, die sich auf Ostpreußen beziehen. Die einzelnen Abteilungen sind nach einem alphabetischen Sachschemata untergliedert. Bedeutende Aktengruppen innerhalb der Provinzialabteilungen sind die Städtesachen und die Ämtersachen, die jeweils alphabetisch nach den Namen der Städte bzw. Ämter geordnet sind.

3. Inhaltsanalyse

3.1. Land- und Forstwirtschaft

Die Landwirtschaft bildete im 18. Jahrhundert die ökonomische Grundlage Brandenburg-Preußens. Die Einkünfte aus den Domänen betragen über die Hälfte aller Einnahmen und bildeten neben den steuerlichen Erträgen die Haupteinnahmequelle des Staates. Da die Steuerkraft des Landes, die einzig und allein der Erhaltung und Vergrößerung der Armee diente, bereits aufs äußerste angespannt war, waren die Bemühungen des Staates während der Regierungszeit Friedrich Wilhelms I. in erster Linie darauf gerichtet, die Domäneneinkünfte zu erhöhen. Instrumente der preußischen Landwirtschaftspolitik waren die Provinzialdepartements des Generaldirektoriums. Ihre Akten befinden sich bei den Provinzialabteilungen des Bestandes sowohl als besondere Gruppe Ämter- und Ämterverpachtungssachen als auch in verschiedenen Sachgruppen wie Dorfordnungen, Gärtner und Büdner, Ge-

⁴ Unter Litauen ist hier das preußische Litauen, der spätere Regierungsbezirk Gumbinnen, zu verstehen.

meinheitsstellungen und Auseinandersetzungen, Hopfenbau, Hütungs- und Triftsachen, Mühlensachen, Landesetablisement, Neuanbauende in den Ämtern, Pferdezucht, Viehzucht, Viehseuchen, Verpachtungssachen und anderes. Hervorzuheben sind auch die umfangreichen Aktengruppen über die Untersuchung des Domänenwesens in Ostpreußen und Pommern 1718 bis 1736. Die Akten in den Untergruppen Ämter- und Ämterverpachtungssachen bilden die Quellengrundlage für die preußische Domänenpolitik; sie betreffen die Erwerbung, Bewirtschaftung und Verpachtung der Domänen und machen deutlich, daß die Domänenpolitik unter Friedrich Wilhelm I. darauf gerichtet war, den Domänenbesitz, der unter seinen Vorgängern teilweise entfremdet worden war, in vollem Umfang wiederherzustellen und durch den Ankauf verschuldeter Rittergüter zu erweitern. Vorrangige Bedeutung besaßen die Anlage von Domänenvorwerken und deren Verpachtung auf Zeit an finanzkräftige "Generalpächter" zur Vermehrung der Kammereinkünfte sowie die Schaffung von möglichst vielen Bauern- und Kleinbauernstellen zur "Peuplierung" des Landes. Es bestand die Tendenz, die Vererbpachtung der Domängüter in die Zeitpacht umzuwandeln, ein Prozeß, der, wie die Quellen zeigen, nicht reibungslos vonstatten ging. Den Domänenbauern galt die Sorge des Staates nur insofern, als sie zur Erhaltung ihrer Steuerfähigkeit notwendig war. Die feudalen bäuerlichen Abhängigkeitsverhältnisse blieben unangetastet.

3.1.1. Landwirtschaftspolitik

Unter Friedrich II. war die Landwirtschaftspolitik nicht mehr so ausschließlich auf die Vergrößerung des Domänenbesitzes gerichtet. Die Quellen zeigen, daß der junkerliche Großgrundbesitz verstärkte Förderung erfuhr; ein Großteil der Gelder, die nach dem Siebenjährigen Krieg für den Wiederaufbau der Landwirtschaft zur Verfügung standen, kam den adligen Gutsherren als den Hauptstützen der feudal-absolutistischen Gesellschaftsordnung zugute. Die Domänenvorwerke wurden nicht wesentlich vermehrt, in mehreren Fällen wurden Domänen aufgeteilt und mit Siedlerfamilien besetzt. Unter Friedrich Wilhelm II. wurden zahlreiche Domänen an "verdiente" Staatsmänner und Günstlinge verschenkt.

Eine wichtige Seite der preußischen Domänenpolitik waren die Bemühungen um die Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge durch Verbesserung der Produktionsmittel und Produktionsinstrumente. Besonders hervorzuheben ist der umfangreiche Schriftwechsel des Generaldirektoriums über zahlreiche Fragen der landwirtschaftlichen Produktion, wie Verbesserung der Bodenqualität durch Düngung und richtige Fruchtfolge, Einführung der Stallfütterung, Anbau neuer Futterpflanzen, Einrichtung der englischen Schlag- und Koppelwirtschaft, Förderung von Obst- und Hopfenbau, Zucht der Seidenraupe, Verbesserung des Viehbestandes durch Einkreuzen leistungsfähiger ausländischer Viehrassen, Bekämpfung und Verhütung von Viehseuchen, Heranziehung von Fachleuten aus Holland und der Schweiz zur Verbesserung der Milchverarbeitung.

3.1.2. Ländliche Besiedlung und Kolonisation

Eines der Hauptanliegen des preußischen Staates im 18. Jahrhundert war die Förderung des Bevölkerungszuwachses zur Steigerung der Steuerfähigkeit des Landes und zur Sicherung des Rekrutennachwuchses. Die bevölkerungspolitischen Maßnahmen des preußischen Staates nehmen dementsprechend einen breiten Raum in der archivalischen Überlieferung ein. Organe zur Durchsetzung der preußischen Bevölkerungspolitik waren die Provinzialdepartements des Generaldirektoriums. Teilweise wurden für größere Sonderaufgaben auch Kommissionen gebildet, so 1721 die Domänenkommission unter dem Minister von Görne zur "Neueinrichtung" des Domänenwesens in Ostpreußen und Litauen oder die für die Meliorationsaufgaben in Pommern und der Neumark gebildete Kommission unter dem Geheimen Finanzrat von Brenckenhoff und dem Kammerpräsidenten von Schütz.

Reiches Quellenmaterial liegt für das sogenannte "Retablisement" Ostpreußens und Litauens vor. Diese Provinzen waren Anfang des 18. Jahrhunderts durch mehrere Pestepidemien gebietsweise fast völlig entvölkert worden. Die Akten betreffen die Ansiedlung von Kolonisten auf verlassenen Bauern-, Kleinbauern- und Häuslerstellen, ihre Anwerbung und Unterstützung seitens des Staates (meist durch mehrjährige Freistellung von der Kontribution, Freistellung vom Militärdienst, Vergünstigungen beim Hausbau usw.), die Beschwerden der Ansiedler wegen schlechter Existenzbedingungen und anderer Schwierigkeiten, ihre Gesuche um Befreiung oder Aufschub von steuerlichen und anderen Lasten. Die Akten über die Einwanderung von Siedlerfamilien aus Berchtesgaden, Salzburg, der Schweiz, von Hugenotten, Mennoniten, Pfälzern und Waldensern (diese haben Preußen zum Teil wieder verlassen) zeigen, daß der preußische Staat besonders um Ansiedler aus auswärtigen Staaten bemüht war, um eine echte Bevölkerungsvermehrung zu erzielen. Unter Friedrich II. wurde die Ansiedlungspolitik des preußischen Staates in verstärktem Maße fortgesetzt. Umfangreiche Quellengruppen in den Provinzialabteilungen, die in den Sachtiteln Kolonistensachen, Landesetablisement, Neuanbauende in den Ämtern, Meliorationssachen, Urbarmachungen und ähnlichen zusammengefaßt sind, informieren über die Siedlungspolitik des preußischen Staates. Da Friedrich II. nicht mehr in dem Umfang wie sein Vorgänger bei der Ansiedlung von Kolonisten auf vorhandenes, aber unbebautes Bauernland zurückgreifen konnte, war er zu einer Änderung seiner Besiedlungspolitik gezwungen, die auf die Nutzbarmachung bisher landwirtschaftlich nicht genutzten Bodens für die Gewinnung von Acker- und Weideflächen gerichtet war.

Über die Meliorationen in den Oder-, Warthe- und Netzebrüchen, in Pommern und in der Altmark, die Regulierung von Flußläufen, die Entwässerung von Sumpfgeländen, die Schaffung von Siedlerstellen und die Ansiedlung von Kolonisten liegt besonders reichhaltiges und aussagekräftiges Quellenmaterial vor. Zahlreiche Aktengruppen in den Provinzialabteilungen betreffen das "Retablisement", das heißt den Wiederaufbau der im Siebenjährigen Krieg zerstörten Landwirtschaft und der Städte.

Wichtig für die Bevölkerungs- und Sozialgeschichte sind die verschiedenen im Bestand vorhandenen historisch-statistischen oder bevölkerungsstatistischen Tabellen über Geburten und Todesfälle sowie über Bauern-, Büdner- und Kolonistenstellen. Eine ergiebige Quelle für die Besiedlung und die Sozialstruktur Westpreußens und des Netzedistrikts sind die Klassifikationsanschlüsse und Kontributionskataster, die nach der Annexion dieser Gebiete durch Preußen 1772 zur Feststellung der Steuerfähigkeit der Bewohner angelegt wurden.

3.1.3. Soziale Lage der Landbevölkerung

Die Angaben zur sozialen Lage und zur rechtlichen Stellung der Landbevölkerung sind nicht so leicht faßbar wie die Quellen zu anderen Fragen der preußischen Agrargeschichte. Bauern und Landbewohner waren in erster Linie Steuerobjekte, nicht Objekte staatlicher Sozialpolitik, und die Bemühungen des feudal-absolutistischen Staates galten der Erhaltung der Steuerfähigkeit, nicht aber einer Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation der bäuerlichen Bevölkerung. Informationen zur Lage der Bauern und anderer ländlicher Schichten können oft nur aus dem Zusammenhang einzelner Vorgänge geschlossen werden. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Quellen zur sozialen Lage der Landbevölkerung spärlicher fließen. Besonders ergiebig sind solche Titel wie Domänensachen, Gemeindesachen, Kolonistensachen, Kreissachen, Hütungs- und Triftsachen, Armensachen und die Ämtersachen der Provinzialabteilungen. Sie dokumentieren die bäuerlichen Abhängigkeits- und Untertänigkeitsverhältnisse, die in den verschiedenen preußischen Provinzen sehr differenziert waren, die bäuerlichen Dienstleistungen, zum Beispiel die Einrichtung des Scharwerks in Ostpreußen und in Litauen, Beschwerden der einheimischen Bauern und Kolonisten gegen die ihnen auferlegten Verpflichtungen, aber auch die im Laufe des 18. Jahrhunderts angestreb-

ten Reformversuche, die vor allem in der Aufhebung der Hofdienste, der Naturaldienste, des Scharwerks und anderer bäuerlicher Verpflichtungen meist auf den Domänen und einzelnen junkerlichen Gütern bestanden. Weitere Quellengruppen betreffen die fehlgeschlagenen Versuche des preußischen Staates, die krassesten Auswüchse der Leibeigenschaft in Ostpreußen und Pommern zu beseitigen, um die gutsherrlich-bäuerlichen Abhängigkeitsverhältnisse der in den mittleren Provinzen der Monarchie üblichen sogenannten Erbuntertänigkeit anzugleichen. Sehr ergiebig sind auch die Sachtitel Gesindedachen; sie dokumentieren die Handhabung des "Gesindezwangdienstes" und enthalten zahlreiche Bauern-, Hirten-, Gesinde- und Schäferordnungen. Die Titel Kolonistensachen enthalten wertvolle Informationen zur Lage der Siedlerfamilien in Preußen. Häufig betreffen sie Gesuche um Befreiung von Diensten, so zum Beispiel die Gesuche der Schweizer und Pfälzer Kolonisten in Ostpreußen um Befreiung von den "Burgdiensten". Die drückenden Dienste führten 1769 in einigen Spinnerdörfern des Amtes Wollup zu einem Aufstand, der durch militärische Exekution niedergeschlagen wurde. Recht ergiebig sind auch die Titel Armsachen für die Erforschung der sozialen Lage der Landarmut, das Landarmenwesen, die Einrichtung von Landarmenanstalten und Arbeitshäusern.

3.1.4. Forstwirtschaft

Die Quellen zur preußischen Forstwirtschaft sind in dem Teilbestand Forstdepartement zusammengefaßt. Hier befinden sich auch Akten älterer brandenburgischer Forst- und Jagdbehörden aus dem 16. und 17. Jahrhundert, die als Vorakten zu dem Bestand gekommen sind.

Die Gründung eines eigenen Forstdepartements innerhalb des Generaldirektoriums Anfang des Jahres 1770 erfolgte aus einem sehr realen Anlaß. Der durch jahrhundertelangen Raubbau entstandene Holzangel begann sich empfindlich auf Handwerk, Baugewerbe und Industrie auszuwirken. Besonders akut machten sich die Mißstände nach dem Siebenjährigen Krieg bemerkbar. Unter dem Druck wirtschaftlicher Notwendigkeit sah sich der preußische Staat zu einer Änderung seiner Forstpolitik gezwungen, die sich nunmehr in erster Linie auf die Erhaltung und Erweiterung des Waldbestandes und die Bewirtschaftung des Holzes richten mußte. Im Zusammenhang hiermit ist auch die gleichzeitige Errichtung des Oberbaudepartements zu sehen, dessen Aufgabe im wesentlichen darin bestand, dafür zu sorgen, daß die Kammerbauten unter größtmöglicher Schonung von Geld- und Holzbeständen ausgeführt wurden. Die vorhandenen Forstakten betreffen vor allem den Holzeinschlag, Holzhandel und die Holzverwertung, Holzverarbeitung und andere waldausbeutende Gewerbezweige wie Köhler, Teerschweler, Aschenbrenner, Pottaschesieder und Torfstecher, Wildhege und Vertilgung von Raubtieren, Jagdsachen und Jagdverpachtungen, Fischereisachen, Forstschädlingsbekämpfung sowie Forstetats- und Kassensachen, Anstellung der Forstbedienten, statistische Übersichten und anderes mehr.

3.2. Handel und Gewerbe

Zur Geschichte der preußischen Handels- und Gewerbepolitik und zur Lage der Manufakturarbeiter und Gewerbetreibenden in Preußen im 18. Jahrhundert liegt eine außerordentlich umfangreiche und aussagekräftige Überlieferung vor, die sich sowohl in den Provinzialabteilungen unter den Sachtiteln Kommerzien- und Manufaktursachen, Fabriken- und Manufaktursachen, Handwerkersachen, Privilegien und Konzessionen, Akzise- und Zollsachen und anderen, als auch in den Sachabteilungen wie Generalakzise- und Zolldepartement, Fabrikendepartement, Manufaktur- und Kommerzkollegium, Technische Deputation,

Seidenbausachen, Tabaksachen, Salzdepartement und Generaldepartement befindet. Diese Quellen sind teilweise durch ältere Aktenpublikationen für die Forschung leicht zugänglich.⁵

3.2.1. Handelspolitik

Die Quellen zur Handelspolitik des preußischen Staates dokumentieren, daß diese zunächst stark auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft ausgerichtet war. In guten Erntejahren sollten Schutzzölle und Einfuhrverbote ausländische Getreideimporte erschweren bzw. verhindern. Bei Mißernten wurde im Interesse der inländischen Verbraucher die Getreideausfuhr gesperrt. Die Aktenüberlieferung zur Getreidehandelspolitik des preußischen Staates, die sich sowohl in den Provinzialabteilungen als auch in den Beständen der wirtschaftsleitenden Fachdepartements wie Akzise- und Zolldepartement, Fabrikendepartement und Manufaktur- und Kommerzkollegium befinden, betrifft unter anderem die Einfuhr fremden Getreides, den Getreideaufkauf auf dem Lande durch Kommissionäre, die Anlegung von Getreidemagazinen für den Bedarf der Armee, die Bildung einer Getreidehandelskompanie in Berlin, den Getreidehandel zwischen den einzelnen preußischen Provinzen und die russische Getreideausfuhr nach Preußen.⁶

Sehr stark reglementiert war namentlich unter Friedrich Wilhelm I. der Handel mit Rohwolle.⁷ Bereits seit 1718 existierte ein Ausfuhrverbot für Rohwolle, um billigen Rohstoff für die Wollmanufakturen zu sichern, die stark auf die Bedürfnisse der Armee ausgerichtet waren. Zur Versorgung der Tuchmacher, die auf eigene Rechnung arbeiteten, wurden Wollmagazine angelegt. Über den Handel mit textilen Rohstoffen und Fertigwaren im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts unterrichten umfangreiche Quellengruppen in Sachtiteln wie Linnen- und Garnsachen, Wollsachen und andere. Sie enthalten Reglements für den Garnhandel, Einfuhrbestimmungen für fremde Leinwand, Konzessionen für Kaufleute, Hausiererverbote, Wollausfuhrverbote, Verleihung des Stapelrechts für wollene Waren an die Königsberger Kaufleute, Unterschleife und Betrügereien der Kaufleute, Einfuhrverbote für fremde Tücher, Anlegung von Wollmagazinen. Zeitweise erfolgte ein Export von preußischen Tuchen, besonders neumärkischer Provenienz, nach Rußland für die russische Armee durch die eigens für den Rußlandhandel ins Leben gerufene "Russische Kompagnie". Die Akten darüber befinden sich im Generaldepartement und in der Provinzialabteilung Pommern.

Trotz aller Versuche, die einheimische Industrie zu fördern und unabhängig von Importen zu werden, ist es der merkantilistischen Wirtschaftspolitik während der Regierungszeit Friedrich Wilhelms I. nicht gelungen, eine aktive Handelsbilanz zu erzielen. Die Produktivkräfte waren noch unterentwickelt, die feudalen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse hemmten ihren Aufschwung. Die Quellen zeigen, daß sich die starken Handelsbeschränkungen meist negativ auf die Lebenslage der breiten Volksmassen auswirkten, die gezwungen waren, auf Importe zu verzichten und dafür teure und schlechte einheimische Fertigwaren zu kaufen.

⁵ Acta Borussica, Denkmäler der preußischen Staatsverwaltung im 18. Jh., hg. v. d. Kgl. Akademie der Wissenschaften, Berlin 1892 ff.; Schmoller, Gustav/Hintze, Otto, Die preußische Seidenindustrie im 18. Jahrhundert und ihre Begründung durch Friedrich den Großen, 3 Bde., Berlin 1892; Schmoller, Gustav/Naudé, W./Skalweit, August, Die Getreidehandelspolitik und Kriegsmagazinverwaltung Brandenburg-Preußens 1740 - 1786, 4 Bde., Berlin 1910 - 1931; Rachel, Hugo, Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Preußens 1713 - 1740, Bd. 1 - 3, Berlin 1922 - 1928; Hinrichs, Carl, Die Wollindustrie in Preußen unter Friedrich Wilhelm I., Berlin 1933.

⁶ Vgl. auch Acta Borussica, Schmoller, Gustav/Naudé, W./Skalweit, August, a. a. O., Bf. 3 u. 4.

⁷ Vgl. auch Acta Borussica, Hinrichs, Carl, a. a. O.

Während Friedrich Wilhelm I. seine Wirtschaftspolitik unter fiskalischen Gesichtspunkten betrieben hatte und in der Anhäufung eines möglichst großen Staatsschatzes Endziel und -zweck seiner wirtschaftspolitischen Maßnahmen gesehen hatte, betrieb Friedrich II. eine aktivere und flexiblere Gewerbe- und Handelspolitik. Gleichzeitig versuchte er, den totalitären Anspruch des feudal-absolutistischen Staates auf Beherrschung des Wirtschaftslebens weiter zu verwirklichen. Der Aktenniederschlag der friderizianischen Handelspolitik konzentriert sich besonders auf die Bestände Fabrikendepartement, Generalakzise- und Zolldepartement, Manufaktur- und Kommerzienkollegium. Umfangreiche Quellengruppen betreffen die Versuche des preußischen Staates, zur Erleichterung des Binnenverkehrs das unübersichtliche, veraltete System von Binnenzöllen abzubauen und zu vereinheitlichen und die Verkehrsverhältnisse zu Wasser und zu Lande zu verbessern. Während zahlreiche Binnenzölle beseitigt wurden, wurden gegenüber dem Ausland hohe Zollschranken errichtet. Durchfuhrzölle auf der Elbe schädigten den sächsischen und den hamburgischen Handel.

Sehr gut dokumentiert sind die Bemühungen Preußens um den Abschluß von vorteilhaften Handelsverträgen, deren Ziel es unter anderem war, Absatzmärkte für die schlesische Leinwand zu schaffen. Allerdings sind nur wenige dieser Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß gelangt. 1753 wurde mit der Türkei ein Handelsvertrag abgeschlossen. 1785 kam ein Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten zustande, der jedoch wirtschaftlich nur geringe Folgen gehabt hat, da das Geschäft weiter in den Händen Englands blieb. Hervorzuheben sind auch die Quellen über den Handel mit Ostasien, mit dem die Gründung der Asiatischen Gesellschaft in Emden verbunden war. 1755 setzte der Ausbruch des Seekrieges dem Ostasienhandel ein Ende. Der Siebenjährige Krieg führte zu einer schweren Handelskrise, die die Berliner Kaufleute besonders hart traf.

Zahlreiche Quellengruppen betreffen die Begründung und die Tätigkeit verschiedener merkantilistischer Handelskompanien, so zum Beispiel der Elbe-, Oder- und Levantekompanie, der Assekuranzkompanie, der Emdener Heringskompanie, des Russischen Kontors für den Einfuhrhandel aus Rußland, der Seehandlungskompanie, der Brennholzkompagnie und anderer. In diesen Handelsgesellschaften fungierte der Staat selbst als Zwischenhändler, Kaufmann und Monopolist. Sie schädigten aber letzten Endes den privaten Handel und die Industrie, da die Rohstoffe verteuert wurden.

Gut belegt sind auch die Handelsbeziehungen Preußens zu Polen. 1775 wurde ein Handelsvertrag mit Polen abgeschlossen, dessen Bestimmungen praktisch von Preußen diktiert wurden und dahin zielten, den polnischen Markt für preußische Fabrikwaren zu erobern und billige Rohstoffe aus Polen einzuführen. Ebenfalls gut dokumentiert ist die Handelspolitik Preußens gegen Sachsen und Österreich, die sich zeitweise zum Zollkrieg ausweitete. Ein umfangreiches System von Durchfuhrzöllen in Schlesien und auf der Elbe sollte den Handel dieser Länder stören. Die Auswirkungen fielen aber zuletzt auf Preußen selbst zurück, da die ausländischen Händler Preußen umgingen und hauptsächlich Breslau als Zentrum des Transithandels geschädigt wurde.

Zahlreiche Akten betreffen die Abhaltung von Messen und Märkten, vor allem die Messe in Frankfurt an der Oder, sowie den Besuch von fremden Messen in Braunschweig, Leipzig usw.

3.2.2. Gewerbe- und Manufakturpolitik

Zur Gewerbepolitik⁸ des preußischen Staates in der Manufakturperiode existiert eine sehr umfangreiche und wertvolle Dokumentation sowohl in den Provinzialabteilungen (hier befin-

⁸ Vgl. auch Krüger, Horst, Zur Geschichte der Manufakturen und Manufakturarbeiter in Preußen, Berlin 1958. - Enthält umfangreichen Quellenanhang, der sich hauptsächlich auf die Überlieferung des Generaldirektoriums stützt.

den sich vor allem die Akten von vor der Gründung der großen Wirtschaftsverwaltungen) als auch in den Beständen der merkantilistischen Wirtschaftsbehörden. Organe der staatlichen Gewerbe- und Manufakturpolitik waren zunächst die Provinzialdepartements des Generaldirektoriums. 1740 erfolgte die Gründung des V. Departements als Spezialbehörde für Manufaktur- und Kommerziensachen. Der neuen Behörde wurden vier Hauptaufgaben gestellt: Verbesserung der Manufakturen im Lande, Einführung neuer Manufakturen, Herbeiziehung und Etablierung ausländischer Gewerbetreibender und Eröffnung neuer Handelswege. 1767 wurde die Manufakturkommission gegründet, die 1787 zum Fabriken- und Kommerzkollegium erweitert wurde. Ihr wurden Aufsichts- und gewerbepolizeiliche Funktionen übertragen. Als sich Ende des 18. Jahrhunderts die Arbeits- und Lohnkämpfe der Manufakturarbeiter verschärften, griff die Behörde in die Klassenauseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Unternehmern ein.

Zur Förderung des Seidenanbaues in Preußen wurde 1787 das Seidenbaudepartement geschaffen, das bis 1795 existierte.

Die Überlieferung des Generaldirektoriums zur Gewerbe- und Manufakturpolitik konzentriert sich besonders auf das Handwerkerzunft- und Innungswesen, das Fabriken- und Manufakturwesen sowie auf die staatlichen Gewerbe- und Monopolunternehmen wie das Königliche Lagerhaus in Berlin, die Gold- und Silbermanufaktur, die Berg- und Hüttenverwaltung⁹, die Salzadministration, die Tabakadministration und andere.

Die Archivalien zur Geschichte des Handwerks und des Innungswesens in Preußen zeigen, daß sich Anfang des 18. Jahrhunderts zahlreiche sehr spezialisierte Gewerbebezüge entwickelt hatten. Umfangreiche Quellengruppen betreffen die Privilegienverleihung für neue Gewerbebezüge oder die Erneuerung von Privilegien, Zunftbriefen und Innungsartikeln bereits bestehender Gewerbe. Die Spezialisierung innerhalb der einzelnen Handwerkszweige wurde stark gefördert durch die Einwanderung der Hugenotten, die viele bisher in Preußen unbekannte Gewerbe und Produktionsmethoden mitbrachten. Größere "Französische Kolonien", deren Entwicklung sehr gut dokumentiert ist, befanden sich in den bedeutenderen Städten des Königreiches wie Berlin, Halle, Königsberg, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Magdeburg. Die Einwanderung der Hugenotten verhalf vor allem der Textil- und Luxuswarenindustrie zum Aufschwung.

Berlin war Zentrum der Textilindustrie, in der Neumark spielte das Tuchmachergewerbe eine große Rolle und in Magdeburg und Halle war das Strumpfwirkergewerbe besonders stark vertreten.

Sehr gut belegt sind die Maßnahmen des Staates gegen die Zünfte, die bereits in den zwanzig Jahren des 18. Jahrhunderts einsetzten. In dem Reichsgesetz über das Zunftwesen von 1731, das auf besonderes Betreiben Preußens zustande kam, erhielten sie ihre gesetzliche Grundlage. Mit diesem Gesetz besaß der Staat die Handhabe, vor allem die genossenschaftliche und kooperative Verfassung der Zünfte zu beseitigen und sie der staatlichen Aufsicht zu unterwerfen. Radikal ging der preußische Staat gegen die Gesellenverbände vor, die ihm als Nährboden sozialer Unruhen und selbständiger Bestrebungen der Gesellen besonders verhaßt waren. Die diesbezüglichen Akten enthalten im einzelnen Auswanderungsverbote für Gesellen, Gesellenreglements, Verbot von Gesellenzusammenkünften, Lohnforderungen, Verbote für Bauernkinder, ein Handwerk zu erlernen. Obwohl die Zunftschranken zunächst nicht zugunsten der aufstrebenden Manufakturen beseitigt wurden, führten die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sowie der zunehmende Heeres- und Luxusbedarf jedoch bald zu einer Lockerung der Zunftschranken, so daß in den Manufakturen häufig zünftige und unzüftige Arbeiter nebeneinander beschäftigt wurden.

⁹ Die Akten des Berg- und Hüttendepartements bilden unter der Rep. 121 einen eigenen Bestand.

Eine wertvolle Dokumentation ist über die Anlage, die Konzessionierung, den Betrieb und die Produktion der Manufakturen und Fabriken in den preußischen Provinzen und Landesteilen vorhanden. Sie betrifft die Betriebe der verschiedensten Produktionszweige wie Lederfabrikation, Seiden-, Baumwollen-, Leinen-, Wollen- und Papierherstellung, Graupen-, Öl- und Walkmühlen, Färbereien, Zuckersiedereien, Galanteriewaren, Metallwaren usw. Einen umfassenden Überblick über die Gesamtproduktion der Manufakturen und Fabriken geben die jährlich zur Information des Königs aufgestellten Generaltabellen über die Nationalfabrikation und den Warenverkehr, die Generalwolltabellen, die Übersichten über die Baumwoll- und Leinenfabrikation und über die in Gang befindlichen Webstühle, die Bereisungsberichte der Manufakturbeamten und die Nachweise über die Seeschiffahrt und die Handelschiffe. Die Akten der "Technischen Deputation", die 1796 vom Manufaktur- und Kommerzkollegium abgespalten wurde, betreffen vor allem die technische Seite des Produktionsprozesses, die Verbesserung und Einführung neuer Produktionsmethoden, Erfindungen und ihre Anwendung, Berichte über den Fabrikationsprozeß verschiedener Produkte, Einführung neuer Maschinen, Berichte über die Bereisung ausländischer Industriebetriebe.

Eine eigene Quellengruppe bilden die Akten über Anbau, Fabrikation und Handel des Tabaks. Sie befinden sich sowohl in den Provinzialabteilungen als auch in dem Teilbestand "Tabaksachen des Generaldirektoriums", der unter anderem auch die Akten der 1766 gegründeten staatlichen Monopolverwaltung der Generaltabaksadministration enthält.

Eine wichtige Rolle für die Wirtschaft des preußischen Staates spielten die Gewinnung, die Fabrikation und der Handel mit Salz, wofür ebenfalls ein staatliches Monopol bestand. Die diesbezüglichen Quellen betreffen unter anderem die Verwaltung des Salzwesens, den Salzhandel im In- und Ausland, die Salzgewinnung in den Salzbergwerken und Siedestätten der einzelnen preußischen Provinzen.

Einen eigenen Bestand bilden die Akten über den Seidenbau und das 1787 begründete Seidenbaudepartement. Die entsprechende Überlieferung enthalten auch die Sachtitel Seidensachen, Maulbeerplantagen und andere in den Provinzialabteilungen. Die Quellen betreffen die Anlage und Pflege von Maulbeerplantagen, die Anstellung der Seidenbaubeamten und den Seidenbau in den einzelnen preußischen Landesteilen, enthalten jedoch keine Akten über die Seidenverarbeitung.¹⁰

Insgesamt zeigen die Quellen zur preußischen Handels- und Gewerbepolitik im 18. Jahrhundert, daß diese eindeutig den Interessen der herrschenden Feudalklasse und der Stützung des Militär- und Beamtenapparates diene und darauf gerichtet war, mit allen Mitteln die staatlichen Einnahmen zu erhöhen. Die starke merkantilistische Reglementierung der Wirtschaft durch den Staat zu einer Zeit, da sich in Westeuropa bereits die Ansätze für einen Kapitalismus der freien Konkurrenz herausbildeten, wirkte sich hemmend auf das Entstehen einer kapitalkräftigen, selbständigen Bourgeoisie in Preußen aus.

3.2.3. Soziale Lage der werktätigen Bevölkerung in den Städten

Für die Quellenlage zur sozialen Lage der ausgebeuteten Schichten in den Städten, vor allem der kleinen Handwerker und der freien Lohnarbeiter in den Manufakturen und Fabriken, gilt das gleiche, was bereits über die Dokumentation zur sozialen Lage der Landbevölkerung gesagt wurde. Die Quellenkomplexe und Einzeldokumente befinden sich verstreut in verschiedenen Sachtiteln wie Handwerkssachen, Manufaktur- und Fabriksachen in den Provinzialabteilungen und den Städtesachen sowie in mehreren Sachgruppen der Bestände Fabrikendepartement und Manufaktur- und Kommerzkollegium. Hier sind es vor allem die

¹⁰ Vgl. auch Acta Borussica, Schmoller, Gustav/Hintze, Otto, a. a. O.

Aktengruppen über die einzelnen Manufaktur- und Fabrikationszweige, die die wertvollsten Informationen zur Geschichte der Lage der arbeitenden Schichten im Spätfeudalismus enthalten. Als Objekt einer staatlichen Sozialpolitik oder eines allgemeinen staatlichen Interesses ist der Lohnarbeiter kaum faßbar. Er tritt in den Quellen meist nur als Bittsteller in Erscheinung oder dann, wenn Klassenauseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeitern ein Eingreifen des Staates erforderlich machten.

Einen besonders breiten Raum in der Überlieferung aus dem ersten Drittel des 18. Jahrhunderts nehmen die Maßnahmen des Staates gegen die Zünfte sowie gegen die Gesellenbewegungen und -vereinigungen als Organe des Klassenkampfes der Gesellen ein, die in einer völligen Zerschlagung dieser Organisationen gipfelten, in denen der feudal-absolutistische Staat mit Recht Herde des Widerstandes und der sozialen Unruhe sah.

Die zu diesem Sachkomplex vorhandenen Quellen befinden sich vor allem in dem Sachtitel Handwerkersachen der Provinzialabteilungen und der Städtesachen. Sie spiegeln auch den Existenzkampf der Zunfthandwerker gegen das Aufkommen der Manufakturen sowie die Einführung neuer Produktionsmethoden und Produktionsinstrumente wider. Die Quellen zeigen, daß sich innerhalb der Zünfte ein Differenzierungsprozeß vollzog, in dessen Verlauf einige Handwerker zu Unternehmern aufstiegen, die große Masse jedoch zu besitzlosen Lohnarbeitern herabgedrückt wurde.

Für die Blütezeit des Manufakturwesens in Preußen, die um die Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzte und ihre Höhepunkte in der Zeit nach dem Siebenjährigen Krieg erreichte, sind äußerst wertvolle Quellen zur Lage der Manufakturarbeiter in den bereits erwähnten Beständen des Generaldirektoriums vorhanden. Über den Gesamtbestand der Fabrikationsstätten, die Gesamtzahl der Arbeiter und die Höhe der Löhne orientieren die bereits genannten jährlichen "Generaltabaux der Nationalfabrikation". Sehr instruktiv sind auch die Akten über das Berliner Lagerhaus in der Provinzialabteilung Kurmark über die Arbeitsbedingungen und die Ausbeutung der Berliner Lagerhausarbeiter, über Kinderarbeit und über die Lohnkämpfe der Tuchweber gegen den Unternehmer des Lagerhauses.

Wertvolle Angaben enthalten die Akten auch über Arbeitszeit und Arbeitslöhne. Die Arbeitszeit in der Seidenindustrie betrug zum Beispiel 16 bis 17 Stunden; die Tuchweber des Lagerhauses arbeiteten 1783 von 5 bis 21 Uhr. Die Quellen zur Lohngeschichte zeigen, daß einigen relativ gutbezahlten hochqualifizierten Facharbeitern eine große Masse von schlecht bezahlten Hilfskräften und Tagelöhnern gegenüberstand. Die Armut der Wollarbeiter war sprichwörtlich.

Mannigfaltig sind die Formen passiven und aktiven Klassenkampfes gegen die Ausbeutung durch Staat und Unternehmer. Der passive Widerstand der ausgebeuteten Klasse manifestierte sich vor allem in der Lieferung minderwertiger Fertigerzeugnisse oder in der Verfälschung und Unterschlagung von Material. In dem Titel Konventionen und Strafsachen des Fabrikendepartements befinden sich die Bestimmungen über die Bestrafung der Weber und Spinner. Die Aktengruppen in den Sachtiteln Baumwollenfabriken, Wollfabriken, Allerehand Warenfabriken usw. enthalten zahlreiche Eingaben von Webern, in denen sie Klage über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen führen. Als besonders "unruhige und tumultuarische Supplicanten" wurden die Spinner- und Weberkolonisten in Nowawes bezeichnet.

Soziale Bewegungen der Manufakturarbeiter setzten verstärkt nach 1763 ein. Besonders aktiv waren die Textilarbeiter. Bekannt sind der Lohnstreik der Arbeiter in der Kattun-Fabrik von Elias Wulff in Berlin, der Streik der Arbeiter in der Stahl- und Eisenwarenfabrik in Neustadt Eberswalde, der Aufstand in den sieben Spinnerdörfern des Amtes Wollup und die Lohnkämpfe der spanischen Tuchweber des Berliner Lagerhauses.

Wertvolle Quellen über die Lage der Stadt- und Landarmut enthalten die Sachtitel Armensachen in den Provinzialabteilungen. Im einzelnen betreffen die Akten Bettler und Vagabunden,

Armenwesen, Armenkassen, Anlage von Arbeitshäusern, Hospitälern, Invalidenhäusern sowie die Einrichtung der Charité in Berlin.

3.3. Steuer- und Finanzpolitik¹¹

Die Haupteinnahmequellen des preußischen Staates waren neben den Domäneneinkünften die Kontribution und die Akzise. Die Kontribution, eine direkte Steuer, wurde vornehmlich auf dem Lande erhoben, während die Akzise eine städtische Verbrauchssteuer war, von der jedoch auch die Landbevölkerung betroffen wurde, wenn sie städtische Waren kaufte.

Unter Friedrich Wilhelm I. erfolgte eine umfassende Regelung der Kontribution auf dem Lande, die in den Beständen des Generaldirektoriums ihren Niederschlag gefunden hat. Dabei war jedoch nicht an eine Verringerung der Lastengedacht, sondern an eine gleichmäßigere Verteilung. Die vorhandenen Akten betreffen vor allem die Aufstellung der neuen Hufen- und Kontributionskataster, die die Grundlage für die Neufestsetzung der Kontribution bildeten. Mit der Hufenklassifikation ging eine Vereinheitlichung der vielen vom platten Lande gezahlten Steuern einher, an deren Stelle der "Generalhufenschoß" trat. Landlose Häusler oder Büdner zahlten den Giebelschoß, das heißt, hier diente das Haus als Grundlage für die Steuerberechnung. Die Militarisierung Preußens brachte noch andere Lasten mit sich. Nachdem die Einquartierung der Kavallerie vom Land in die Städte verlegt worden war, mußte die Landbevölkerung als Ablösung einen Zuschlag zur Kontribution zahlen. Als besonders drückend empfanden die Bauern die Vorspannleistungen. Die diesbezüglichen Akten befinden sich vor allem in den Titeln Servis-, Einquartierungs- und Vorspannsachen in den Provinzialabteilungen. Während die Kontribution im wesentlichen konstant blieb, ist die Akzise im Laufe des 18. Jahrhunderts ständig gestiegen. Ein besonders umfangreicher Schriftwechsel betrifft die Tarifordnung vom 14. April 1766, die zu einer Erhöhung zahlreicher Auflagen auf Nahrungs- und Genußmittel führte. Schwer wurde die Bevölkerung auch von dem unpopulären Tabak-, Kaffee- und Salzmonopol belastet.

Über die Zollpolitik des preußischen Staates enthalten die Bestände des Generaldirektoriums eine umfangreiche und wertvolle Dokumentation. Eine Vielzahl von Zollschranken innerhalb der preußischen Provinzen, Privatzölle und Transitzölle erschwerten den Warentransport und verteuerten die Frachtkosten. Die rigorose Zollpolitik führte dazu, daß der Schmuggel blühte. Zahlreiche Aktengruppen betreffen Schmuggel und Zollbetrügereien.

Organe zur Durchsetzung der staatlichen Finanzpolitik waren zunächst die Provinzialdepartements des Generaldirektoriums. Auf Grund der angespannten Finanzlage nach dem Siebenjährigen Krieg kam es - da das Generaldirektorium einer Anziehung der Steuer- und Zollschraube nach dem Siebenjährigen Krieg widerstrebt - zu einer Verselbständigung der Steuerverwaltung. Zunächst tauchte bei Friedrich II. sogar der Gedanke der Steuerverpachtung nach dem berüchtigten französischen Vorbild auf. Dieser abenteuerliche Plan scheiterte nicht etwa an moralischen oder wirtschaftlichen Bedenken, sondern an den Steuerpächtern, die die geforderte Kautions nicht aufbringen konnten. Daraufhin wurde eine staatliche Sonderverwaltung, die "Regie", für die Akzise und Zölle eingerichtet, besetzt mit französischen Beamten, die ihre Weisungen vom König direkt erhielten. Neben der "Regie" entstand gleichzeitig im Generaldirektorium ein neues Departement für Akzise und Zölle, das aber nur eine koordinierende, beratende Funktion besaß und mit der eigentlichen Steuerverwaltung nichts zu tun hatte. Die Akten der "Regie" sind zum großen Teil verlorengegangen, der Rest ist dem Bestand Generalakzise- und Zolldepartement des Generaldirektoriums einverleibt worden.

¹¹ Geschichte der brandenburgischen Finanzen, Bd. 1 (von Kurt Breyszig), Leipzig 1892; Bd. 2 (von Friedrich Wolters), München 1915; Acta Borussica, Rachel, Hugo, a. a. O.

1786 wurde die unpopuläre "Regie" aufgelöst und die Steuerverwaltung wieder dem Generaldirektorium übertragen. Gleichzeitig erfolgte die Aufhebung des Tabak- und Kaffeemonopols. Dafür wurden die indirekten Steuern auf verschiedene Nahrungsmittel und Salz erhöht.

Folgende Teilbestände des Generaldirektoriums enthalten besonders wertvolle Quellen zur Steuer- und Finanzgeschichte Preußens im 18. Jahrhundert: Abt. 2 Generalkassen- und Generalfinanzkontrolle. Dieser Bestand enthält den Schriftverkehr, die Rechnungen, Etats, die Beamtenachen, Besoldungslisten und Kassenbücher der dem Generaldirektorium und später dem Generalkontrollleur der Finanzen unterstellten "Generalkassen", aber auch anderer Kassen, die nicht zum Ressort des Generaldirektoriums gehörten. Außerdem befinden sich in ihm die Akten der 1797 als Kontrollorgan für das gesamte Finanz-, Kassen- und Rechnungswesen des Landes gegründeten Generalfinanzkontrolle, die nicht zum Ressort des Generaldirektoriums gehörte, sondern direkt dem König unterstand. Der Bestand enthält die Etats einer Vielzahl von Kassen für die verschiedensten Zwecke und Institutionen, die Etats zahlreicher Behörden, Kontributionsetats, Servisetats, Etats der Domänenkassen, der Kammerrevenue, die Kammereietats der Kriegs- und Domänenkammern, Forstetats, Etats der Kirchen, Schulen und Hospitäler usw. usf.

Wichtig sind in diesem Bestand vor allem einige Aktengruppen finanzstatistischen und finanzsoziologischen Inhalts, so zum Beispiel Bevölkerungstabellen, Tabellen über die Feuerstellen in Neumark und Pommern, Nachrichten über Veränderungen bei der Armee, historische Tabellen vom Zustand sämtlicher Kreise in der Kurmark usw. Erwähnenswert sind auch die Akten der zur Reformierung des Finanzwesens 1798 gebildeten Generalfinanzkommission. Hervorzuheben ist ferner der Teilbestand Generalakzise und Zolldepartement, der, da die Akten der "Regie" nur lückenhaft überliefert sind, für die Steuerpolitik des preussischen Staates nach dem Siebenjährigen Krieg die wichtigste Quellengrundlage bildet. Im einzelnen betreffen die Akten unter anderem Abgabeverfassung, Abgabetarife, Kommunalabgaben, Ein-, Aus- und Durchfuhrzölle für Getreide, Vieh- und Schlachtsteuer, Getränkesteuer, Handel und Verzollung des Tabaks, Besteuerung fremder Fabrikate, Handels- und Schifffahrtssachen, Messen und Märkte, Akzisefreiheiten, Zoll- und Transitsachen, Hafen- und Zollbehörden, Akzise- und Zollwesen der einzelnen Provinzen.

Erwähnenswert ist auch der Bestand Münzdepartement, der außer den Akten des 1787 gegründeten Münzdepartements auch Akten der Generalmünzdirektoren von 1750 bis 1786¹² und die Münzakten des 4. Departements des Generaldirektoriums, in dem die Münzsachen ursprünglich bearbeitet wurden, enthält.¹³ Die Quellen zur Geschichte des preussischen Münzwesens betreffen im einzelnen die Münzbedienten, Rechnungs-, Kassen- und Etatsachen der Münzstätten, Münzedikte (1612 bis 1803), Ankauf und Lieferung der Münzmetalle, Prägung der Medaillen und Münzen, Einrichtung von Münzstätten, Verbote geringhaltiger Münzen, Falschmünzer, Münzvergehen und -strafen.

Die Sachtitel Akzisesachen, Kontributionssachen, Zoll- und Schleusensachen, Kassen- und Rechnungssachen, Etatssachen in den Provinzialabteilungen beinhalten wertvolle finanzgeschichtliche Informationen für die einzelnen Landesteile, die denen für den Gesamtstaat sachlich entsprechen.

12 Akten der Generalmünzdirektoren aus dem 18. Jahrhundert befinden sich auch in dem Bestand Staatsmünze (Rep. 183), der in der Historischen Abteilung II des Deutschen Zentralarchivs verwahrt wird.

13 Vgl. auch Acta Borussica, Schroetter, Frh. v./Schmoller, Gustav, Das preussische Münzwesen im 18. Jahrhundert, 3 Bde., Berlin 1904 - 1910.

4. Zusammenfassung

In der vorliegenden Bestandsinformation konnte nur ein knapper Überblick über die Quellenlage zur preußischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 18. Jahrhunderts gegeben werden, wobei örtliche Varianten unberücksichtigt bleiben mußten. Die Bestände des Generaldirektoriums enthalten darüber hinaus eine Fülle von wichtigen Quellen zur wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen preußischen Landesteile und der Städte, aber auch zur Wirtschaftsgeschichte der deutschen Einzelstaaten und des Auslands. In diesem Zusammenhang sei auf weitere im Deutschen Zentralarchiv, Historische Abteilung II, verwahrte Bestände hingewiesen, die ergänzende oder weiterführende Informationen zur preußisch-deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der Epoche des Spätféudalismus enthalten. Hervorzuheben ist vor allem die Aktenüberlieferung weiterer bedeutender Zentralbehörden des brandenburg-preußischen Staates, der kurfürstlichen Kanzlei, des Geheimen Rates und des Zivilkabinetts. Auch die Aktenbestände der preußischen Gesandtschaften, der Seehandlung, der Staatsmünze, der Berg- und Hüttenverwaltung sowie die Landtagsakten, die Nachlässe von Departementsministern des Generaldirektoriums und preußischen Wirtschaftspolitikern beinhalten eine reiche sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Dokumentation, die von der Forschung bisher keineswegs völlig ausgeschöpft worden ist.

Das Anliegen der Bestandsinformation ist es, die Forschungen der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, insbesondere die Erarbeitung der Geschichte des deutschen Volkes zu unterstützen und dazu beizutragen, daß der Bestand Generaldirektorium noch intensiver als bisher von den Wirtschaftshistorikern der DDR genutzt wird.

Die vorliegende Bestandsinformation beginnt das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte eine fortlaufende Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR. Wie gewöhnlich, damit einen spärlichen Niederschlag zu verzeichnen. Die beachtlichen Leistungen von Wirtschaftshistorikern in der DDR einerseits und das rasch zunehmende internationale Interesse an den Ergebnissen dieser Produktion andererseits lassen uns hoffen, daß diese Bibliographie ihren Zweck erfüllen und weiteren Bestand nach mehr erhellern wird. Mit der Bearbeitung der Bibliographie wurde die Abteilung Dokumentation und Information des Zentralinstituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin beauftragt.

Bibliographie

Mit dem vorliegenden Band beginnt das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte eine fortlaufende Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR. Wir glauben, damit einem spürbaren Bedürfnis zu entsprechen. Die beachtlichen Leistungen von Wirtschaftshistorikern in der DDR einerseits und das rasch anwachsende internationale Interesse an den Ergebnissen dieser Produktion andererseits lassen uns hoffen, daß diese Bibliographie ihren Zweck erfüllen und unseren Leserkreis noch mehr erweitern wird. Mit der Bearbeitung der Bibliographie wurde die Abteilung Dokumentation und Information des Zentralinstituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin beauftragt.

Die Redaktion

BIBLIOGRAPHIE WIRTSCHAFTSGESCHICHTLICHER LITERATUR DER DDR

1. Lieferung

Vorbemerkungen

Die Abteilung Information und Dokumentation des Zentralinstituts für Geschichte legt die erste Lieferung wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR vor. Sie umfaßt die bis 31. Dezember 1971 ausgewerteten Arbeiten des Berichtsjahres 1971 und enthält Monographien, Zeitschriftenaufsätze, Hochschulschriften, Sammel- und Festschriften, Tagungsberichte sowie Rezensionen in Aufsatzform. Weitere Lieferungen werden zweimal jährlich jeweils in Teil 2 und 4 des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte veröffentlicht.

Die vorliegende Bibliographie verfolgt einen doppelten Zweck: Sie will über die in der DDR publizierten Ergebnisse wirtschaftsgeschichtlicher Forschung bibliographisch, das heißt titelmäßig, informieren und darüber hinaus die angezeigten Titel bis zu einem gewissen Grade durch eine zeitliche Gliederung des Materials und durch die schlagwortmäßige Aufschlüsselung aller Titel für ein späteres Mehrjahresregister erschließen. Für das Register wird der zur Zeit in Arbeit befindliche Thesaurus, das heißt eine Liste normierter Schlagwörter, benutzt werden. Diese Schlagwörter, die Deskriptoren, sollen voraussichtlich ab 1973 den angezeigten Titeln hinzugefügt werden.

Besondere Überlegungen erforderte die Abgrenzung des Gegenstandes vorliegender Bibliographie in zeitlicher, räumlicher und inhaltlicher Hinsicht.

Als zeitlicher Rahmen gilt die gesamte historische Entwicklung von der Urgesellschaft bis zur Gegenwart, der Epoche des Sozialismus/Kommunismus. Als Einschnitte wurden die weltgeschichtlichen Daten des Übergangs einer Gesellschaftsform zur nächsthöheren gewählt.

Insgesamt umfaßt die Bibliographie folgende Gruppen:

- Theorie und Methodik
- Festschriften, Biographien, Kongresse
- Mehrere Zeitabschnitte umfassend
- Bis 500 (Ur- und Sklavenhaltergesellschaft)
- 500 bis 1789 (feudale Gesellschaft)
- 1789 bis 1917 (kapitalistische Gesellschaft)
- 1917 bis zur Gegenwart (sozialistisch-kommunistische Gesellschaft. Diese Gruppe, die den Übergang vom Kapitalismus/Imperialismus zum Sozialismus/Kommunismus umfaßt, ist unterteilt nach sozialistischen und kapitalistischen Staaten sowie Entwicklungsländern.)

In räumlicher Hinsicht gibt es keine Einschränkungen. Es wird die Literatur über sämtliche Erdteile, Länder und Staaten der Welt erfaßt.

Die sachliche Abgrenzung ist kompliziert, weil die Wirtschaftsgeschichte in viele Rand- und Grenzgebiete der allgemeinen Geschichte hineinreicht. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde eine Reihe solcher Randgebiete ausgeschlossen und darüber hinaus bestimmte Abgrenzungen festgelegt.

Die Bibliographie umfaßt folgende Sachgebiete:

- Theorie und Methode der Wirtschaftsgeschichte
- Bibliographien zur Wirtschaftsgeschichte und ihren Randgebieten
- Festschriften, Kongresse, Biographien
- Geschichte der einzelnen Wirtschaftszweige, zum Beispiel Handwerk, Industrie und Industriezweige, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Handel, Finanzen, Banken und Versicherungen
- Geschichte der Wirtschaftspolitik
- Geschichte der Produktionsverhältnisse, unter besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Aspekte
- Geschichte der Produktivkräfte, unter besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Aspekte.

Die Betriebsgeschichte, die ein wichtiges Sachgebiet der Wirtschaftsgeschichte darstellt, wurde hier nicht aufgenommen. Entsprechend der Bedeutung dieses Sachgebietes wird die "Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik", die das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte bisher veröffentlicht hat, auch weiterhin fortgesetzt.

Jeder aufgenommene Titel erscheint in der vorliegenden Bibliographie nur einmal und wird seinem Schwerpunkt entsprechend eingeordnet. Verweisungen werden wegen des vorgesehenen Registers nicht vorgenommen.

Die formale Titelaufnahme entspricht weitgehend den für die Information und Dokumentation verbindlichen Richtlinien. Die Zeitschriftenabkürzungen richten sich nach dem DDR-Standard TGL 20969 vom November 1967.

Die Bearbeiter bitten alle Nutzer um Hinweise zur Verbesserung der Bibliographie.

Peter Wick

Abt. Information und Dokumentation
des Zentralinstituts für Geschichte
der DAW zu Berlin

1. Assing, Helmut: Die Bedeutung der Kategorie "ökonomische Gesellschaftsformation" für die Erforschung vorkapitalistischer Klassengesellschaften. Ethnograph.-archäol. Z., 12, 1971, 2, S. 199 - 220.
2. Bunge, Martin: Zur Struktur und Funktion ökonomischer Prozesse. [M. russ., engl. u. franz. Zsfssg.] In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch.-wiss. R., Rostock, 20, 1971, 1/2, S. 21 - 27.
3. Friedländer, Paul: Neokolonialismus, wissenschaftlich-technische Revolution und nichtkapitalistische Entwicklung. In: Beitr. Hochschule Ökon., Berlin, 1971, 1, S. 25 - 52.
4. Göhler, Edelgard; Weitkus, Otto: Theoretische Probleme der sozialistischen ökonomischen Integration. In: Einheit, Berlin, 26, 1971, 2, S. 186 - 97.
5. Heitz, Gerhard: Probleme regionaler Agrargeschichtsforschung. In: Arch. mitt., Berlin, 21, 1971, 2, S. 51 - 55.
6. Irmischer, Johannes: August Boeckh und seine Bedeutung für die Entwicklung der Altertumswissenschaft. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 107 - 18.
7. Lehmann, Hermann; Lehmann, Karin: Die Dialektik in Lenins Imperialismus-Analyse. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 257 - 66.

8.

Ley, Hermann: Technik und Weltanschauung. Einige philosoph. Konsequenzen d. wiss.-techn. Revolution. 2. Aufl. - Leipzig, Jena, Berlin: Urania 1971. 131 S.

9.

Quesnay, François: Ökonomische Schriften. Bd. 1, Halbbd. 1. 2. 1756 - 1759. Übers., eingel. u. hrsg. v. Marguerite Kuczynski. - Berlin: Akademie-Verl. 1971. XC, 505 S.; S. 507 - 832.

10.

Simonde de Sismondi, J. C. L.: Neue Grundsätze der politischen Ökonomie oder vom Reichtum in seinen Beziehungen zur Bevölkerung. Bd. 1. Eingel. u. hrsg. v. Achim Toepel. - Berlin: Akademie-Verl. 1971. 378 S. (Ökonomische Studientexte 4.)

Bibliographien

11.

Bibliographie zur Geschichte der Mark Brandenburg. T. 2. Bearb. v. Hans-Joachim Schreckenbach. Weimar: Böhlau 1971. 433 S. (Veröffentlichungen d. Staatsarch. Potsdam 9.)

12.

Bibliographie zur Geschichte der Stadt Leipzig. Ausd. Schr. d. Hist. Komm. d. Sächs. Akad. d. Wiss. zu Leipzig. Hauptbd. 1. Bearb. v. Hildegard Heilemann nach Verarb. v. Edith Rothe. - Weimar: Böhlau 1971. XII, 263 S.

13.

Fischer, Hagen: Bibliographie der Schriften von Elisabeth Charlotte Welskopf. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 211 - 13.

14.

Günther, Renate; Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik. 6. Forts. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 4, S. 289 - 95.

15.

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 287 - 316.

16.

Michaelis, Rudolf; Prescher, Hans: Agri-
cola-Bibliographie 1520 - 1963. Bestandsaufnahme d. Werke d. Dr. Georgius Agricola m. bibliogr. Forschungsergebnissen. Von Ulrich Horst. - Berlin: Deutscher Verl. d. Wissenschaften 1971. 935 S., Taf. (Agricola: Ausgewählte Werke 10.)

17.

Mecklenburgische Bibliographie. Zusammen-
gest. v. Gerhard Baarck. Berichtsjahr
1969. Nachträge aus d. Jahren 1965 - 1969.
Sachreg. f. d. Berichtsjahr 1965 - 1969.
Schwerin: Wissenschaftliche Allgemein-
bibliothek d. Bezirkes Schwerin 1971.
126, 59 S.

Festschriften, Biographien, Kongresse,
Quellennachweise

18.

Archivalische Quellennachweise zur Ge-
schichte der chemischen Industrie. Proto-
koll v. Ausschüssen u. Kommissionen
d. I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft.
Nachtrag. Hrsg. v. Betriebsarchiv VEB
Filmfabrik Wolfen - Fotomechan. Kombinat
u. dem Dt. Zentralarchiv Potsdam. Bearb.
v. Kurt Metschies. - Wolfen 1971. 11, 55 S.
[Als Manusk. gedr.]

19.

Biographisches Lexikon zur deutschen Ge-
schichte. Von d. Anfängen bis 1945. Hrsg.
von Gerhart Hass [u. a.] - Berlin: Deut-
scher Verl. d. Wiss. 1971. 770 S.

20.

V. [Fünfter] internationaler Kongreß für
Wirtschaftsgeschichte. [Von] Helga Kan-
zig, Heinz Kreisig, Ingrid Mittenzwei
[u. a.]. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 19,
1971, 3, S. 405 - 13.

21.

Kuczynski, Jürgen: Überlegungen zu Fest-
schriften bei der Lektüre des Buches: Ent-
stehung und Wandel der modernen Gesell-
schaft. Festschrift für Hans Rosenberg
zum 65. Geburtstag. In: Jb. Wirtschafts-
gesch., Berlin, 1971, 4, S. 267 - 71.

22.

Lemke, Hans: Wissenschaftliche Konfe-
renz zu bildungspolitischen und pädagogi-
schen Traditionen der deutschen Arbeiter-
bewegung. In: Beitr. Gesch. Arb.bewe-
gung, Berlin, 13, 1971, 1, S. 116 - 18.

23.

Metschies, Kurt: Bestandsinformation für
den Wirtschaftshistoriker aus dem Deut-
schen Zentralarchiv Potsdam. Der Bestand
Badische Anilin- und Sodafabrik AG. im
Deutschen Zentralarchiv Potsdam, Hist.
Abt. 1. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin,
1971, 2, S. 269 - 74.

24.

Müller, Hans-Heinrich: III. Internationa-
ler Kongreß der landwirtschaftlichen Mu-
seen in Budapest vom 19. bis 23. April
1971. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin,
1971, 4, S. 225 - 28.

25.

Pietschmann, Dietrich: Quellen der Wirtschafts- und Betriebsgeschichte in Justizbeständen der Abteilung Kapitalismus des Staatsarchivs Magdeburg. In: Archivmitt. Berlin, 21, 1971, 4, S. 136 - 140.

26.

Weier, Astrid; Remus, Klaus: Bericht über die 15. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft in Stralsund. In: Wiss. Z. Päd. Inst. Magdeburg, Magdeburg, 8, 1971, 1, S. 100 - 05.

27.

Wimmer, Walter: Arbeitstagung zur Geschichte der ökonomischen Politik der SED. In: Beitr. Gesch. Arb.bewegung, Berlin, 13, 1971, 1, S. 118 - 19.

Mehrere Zeitabschnitte umfassend

28.

Berthold, Rudolf: Agrarkrisen, Agrarkonjunktur und Bevölkerungsentwicklung. Bemerkungen zu Wilhelm Abel, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 4, S. 231 - 65.

29.

Beyer, Wolfgang: Aus der Geschichte der Windmühlen. 1. Die Entwicklung der verschiedenen Windmühlenarten. 2. Die Windmühlen im ehemaligen Land Sachsen. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 17, 1971, 4, S. 153 - 59, Abb.; 5, S. 193 - 99, Abb.

30.

Hagelberg, Gerhard B.: Anhaltspunkte zur vergleichenden Wirtschaftsgeschichte von Rohr- und Rübenzucker bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 141 - 80.

31.

Koch, Wolfgang: Zur Geschichte des Streit- tages, eines alten Freiberger Bergarbeitertage. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 17, 1971, 4, S. 160 - 61.

32.

Mathé, Gerhard: Die Serpentin-Vorkommen bei Zöblitz und ihre Nutzung. Zur Gesch. e. 500jährigen Erwerbszweiges im Erzgebirge. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 17, 1971, 5, S. 224 - 28, Abb., Kt. skizze.

33.

Suhle, Arthur: Die Münze. Von d. Anfängen bis z. europ. Neuzeit. 3. Aufl. - Leipzig: Koehler & Amelang 1971. 226 S., Abb.

34.

Thomas-Laukner, Magda: Die natürlichen Grundlagen der Land- und Forstwirtschaft in den Hochlagen und den mittleren Lagen des westlichen Erzgebirges. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 17, 1971, 2, S. 67 - 75, Abb.

bis 500

35.

Bieźuńska-Małowist, Iza: Die Expositio von Kindern als Quelle der Sklavenbeschaffung im Griechisch-Römischen Ägypten. Übers. v. Berthold Puchert. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 129 - 33.

36.

Böttcher, Gert; Gosch, Gerhard: Eine Schönfelder Siedlung in Magdeburg - Neue Neustadt. Vorbericht. In: Ausgrabungen u. Funde, Berlin, 16, 1971, 1, S. 14 - 17, Abb.

37.

Diesner, Hans-Joachim: Kriege des Altertums. Griechenland u. Rom im Kampf um d. Mittelmeerraum. - Berlin, Deutscher Militärverl., 1971, 335 S., Abb. Kt.

38.

Diesner, Hans-Joachim: Der Übergang vom Sklavenhalter- zum Feudalsystem, dargestellt anhand von Tabellen und Schemata. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 193 - 210.

39.

Finley, M. I., Aristoteles und ökonomische Analyse. Übers. v. Ursula Kreißig. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 87 - 105.

40.

Günther, Rigobert: Das Verhältnis unterschiedlicher ökonomischer Systeme in der alten Welt zur Gesellschaftsformation. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 15 - 27.

41.

Hahn, István: Die Anfänge der antiken Gesellschaftsformation in Griechenland und das Problem der sogenannten asiatischen Produktionsweise. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 29 - 47.

42.

Harmatta, János: Eine neue Quelle zur Geschichte der Seidenstraße. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 135 - 43.

43.

Held, Wieland: Die ökonomische Unterwanderung der Munizipien durch das Großgrundigentum im 2. und 3. Jahrhundert, vor allem im Westen des Römischen Reiches. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 4, S. 159 - 69.

44.

Horst, Fritz: Untersuchungen auf der jungbronze- und jastorfzeitlichen Siedlung von Zedau, Kr. Osterburg (Altmark). In: Ausgrabungen u. Funde, Berlin, 16, 1971, 1, S. 22 - 26, Abb.

45.

Horst, Fritz; Leube, Achim: Spätkaiserliche Siedlungsfunde von Zedau, Kr. Osterburg (Altmark). In: Ausgrabungen u. Funde, Berlin, 16, 1971, 1, S. 29 - 33, Abb., Kt. skizzen.

46.

Jakobson, V. A. - "Some problems connected with the rise of landed property (Old Babylonien period)", in: Klengel, H. (editor) Beiträge zur sozialen Struktur des alten Vorderasien, Berlin, Akademie-Verl., 71, p. 33 - 37.

47.

Kreißig, Heinz: Fragen der sozialökonomischen Basis im Hellenismus des Ostens. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 119 - 28.

48.

Lange, Elsbeth: Botanische Beiträge zur mitteleuropäischen Siedlungsgeschichte. Ergebnisse zur Wirtschaft und Kulturlandschaft in frühgeschichtlicher Zeit. Mit 29 Abb., 17 Tab., 40 Kt. - Berlin: Akademie-Verl. 1971. 142 S. (Schriften z. Ur- u. Frühgesch. 27.)

49.

Lotze, Detlef: Zu einigen Aspekten des spartanischen Agrarsystems. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 63 - 76.

50.

Musiolek, Peter: Griechische Vorstellungen vom historischen Progreß durch menschliches Tun. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 83 - 85.

51.

Staerman, E. M.: Der Klassenkampf der Sklaven zur Zeit des römischen Kaiserreiches. Übers. v. Renate Günther. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 149 - 64.

52.

Velkov, Velizar: Bergbau und Hüttenwesen bei den alten Thrakern. Übers. v. Johanna Rennhack. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 175 - 92.

53.

Wolski, Józef: Progressivität und Konservatismus in Sparta und Athen im Zeitalter der Perserkriege. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 77 - 82.

500 - 1789

54.

Bach, H.; Dusek, S.: Slawen in Thüringen. Geschichte, Kultur u. Anthropologie im 10. - 12. Jahrh. Nach d. Ausgrabungen bei Espenfeld. - Weimar: Böhlau 1971. 265 S., Abb., Taf. 4^o

55.

Donnert, Erich: Russisch-deutsche Kulturbeziehungen und hansische Rußlandkunde zu Beginn der Neuzeit. Harald Raab in memoriam. In: Z. Slawistik, Berlin, 16, 1971, 1, S. 133 - 44.

56.

Donnert, Erich: Die Stroganov und die westeuropäischen Wirtschaftsbeziehungen Rußlands im 16. Jahrhundert. In: Z. Gesch. - wiss., Berlin, 19, 1971, 3, S. 393 - 404.

57.

Eggert, Wolfgang: Formen der sozialen Auseinandersetzung im frühmittelalterlichen Frankenreich. Zu dem Buch von Siegfried Epperlein, Volk und Herrschaft im karolingi-

schen Imperium. Studien über soziale Konflikte und dogmatisch-politische Kontroversen im fränkischen Reich. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 4, S. 273 - 285.

58.

Epperlein, Siegfried: Karl der Große. Eine Biographie. Berlin: Deutscher Verl. d. Wissenschaften 1971. 163 S., Abb., Kt.

59.

Felber, Roland: "Asiatische" oder feudale Produktionsweise in China. In: Z. Gesch. - wiss., Berlin, 19, 1971, 1, S. 65 - 91.

60.

Freydank, Helmut: Spätbabylonische Wirtschaftstexte aus Uruk. - Berlin: Akademie-Verl. 1971. 167 S., Taf. (Deutsche Akad. d. Wiss. zu Berlin. Inst. f. Orientalforsch. Veröff. 71.)

61.

Henriot, Ernest: Kurzgefaßte illustrierte Geschichte des Schiffbaus von den Anfängen bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts. Rostock: Hinstorff 1971. 136 S., Abb.

62.

Herrmann, Joachim: Sozialökonomische Grundlagen und gesellschaftliche Triebkräfte für die Herausbildung des deutschen Feudalstaates. In: Z. Gesch.wiss. Berlin, 19, 1971, 6, S. 752 - 89, Kt., Skizzen.

63.

Hoeckel, Rolf: Risse von Schiffen des 16. und 17. Jahrhunderts. Mit schiffsgeschichtl. Beitr. Hrsg. v. Lothar Eich. 2. Aufl. - Rostock: Hinstorff 1971. 89 S., Abb., Kt.

64.

Kuczynski, Jürgen: La Bruyère über Klassen, Schichten und Berufe seiner Zeit. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 4, S. 101 - 24.

Kuczynski, Jürgen: Ein Zentrum handwerkswirtschaftsgeschichtlicher Forschung. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 277 - 85.

Lehmann, Hannelore: Paul Jacob Marperger (1656 - 1730), ein vergessener Ökonom der deutschen Frühaufklärung. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 4, S. 125 - 57.

Maczak, Antoni: Zusammenhänge zwischen Fernhandel und ungleichmäßiger Entwicklung polnischer Wirtschaftsgebiete im 16. und 17. Jahrhundert. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 219 - 28.

Mägdefrau, Werner: Stadtentstehung und revolutionäre Kommunalbewegung aus regionaler Sicht. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 19, 1971, 5, S. 627 - 47.

Reinhold, Josef: Polen - Litauen auf den Leipziger Messen des 18. Jahrhunderts. Weimar: Böhlau 1971. XVII, 193 S., Taf., Kt. (Abhandlungen z. Handels- u. Sozialgesch. 10.)

Schellhas, Walter: Die Rolle der Bergleute bei der Verteidigung der Stadt Freiberg gegen die Schweden in den Jahren 1639 und 1642/43. Ein Beitr. z. Gesch. d. Freiburger Bergarbeiterbewegung. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 17, 1971, 4, S. 162 - 70, Abb., Kt. skizze.

Seeig, Eckhard: Die Entstehung des Direktionsprinzips im sächsischen Bergrecht und seine Weiterentwicklung im Merkantilismus. - Diss. F. f. Natur- u. Geisteswiss. T. U. Clausthal 1971, XXXIV, 129 S.

Stöber, Horst: Zum Problem des Feudalismus in Afrika vor der Kolonialherrschaft, dargestellt vornehmlich an Verhältnissen Westafrikas. In: Ethnograph.-archäol. Z., Berlin, 12, 1971, 1, S. 77 - 117, Abb.

Strubell, Wolfgang: Johann Kunckel, ein sächsischer Chemiker aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 17, 1971, 5, S. 200 - 03, Abb.

Widera, Bruno: Neue sowjetische Forschungen zur Geschichte der europäischen Wirtschaftsbeziehungen der Ruß bis zum Mongoleneinfall. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 271 - 83.

Wilsdorf, Helmut: Bergwerke und Hüttenanlagen der Agricola-Zeit. In Zusammenarb. m. Werner Quellmalz. - Berlin: Deutscher Verl. d. Wissenschaften 1971. 616 S., Abb., Taf. (Agricola, Georgius: Ausgewählte Werke, Erg. Bd. 1.)

1789 - 1917

Barth, Ernst: Die Einwirkung der Reichsgründung von 1871 auf die Entwicklung der deutschen Maschinenbauindustrie bis etwa 1900. In: Großpreussisch-militaristische Reichsgründung 1871. Bd. 2. - Berlin: Akad.-Verl. 1971. (Dt. Akad. d. Wiss. zu Berlin. Schriften d. Zentralinst. f. Gesch. R. 1. Allg. u. dt. Gesch. 36/B)

Behm, Erika; Kuczynski, Jürgen: Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse <Deutschland>. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 123 - 30.

78.

Buchheim, Gisela: Hermann von Helmholtz und die klassische Elektrodynamik. In: Schriftenr. Gesch. Naturwiss., Leipzig, 8, 1971, 1, S. 26 - 36, Abb.

79.

Büttner, Thea: Probleme der sozialökonomischen Struktur der Staaten Tropisch-Afrikas bis zur imperialistischen Kolonialaufteilung. Ein Beitr. z. Diskussion über d. präkapitalist. Gesellschaftsformationen. In: Ethnograph.-archäol. Z., Berlin, 12, 1971, 1, S. 119 - 30.

80.

Danzer, Klaus: Dmitri I. Mendelejew und Lothar Meyer. Die Schöpfer d. Periodensystems d. chem. Elemente. Leipzig: Teubner, 1971. 100 S., Abb.

81.

Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Zentralinstitut f. Geschichte.
Deutschland im ersten Weltkrieg. Von e. Autorenkollektiv unter Ltg. v. Fritz Klein. Bd. 1. Vorbereitung, Entfesselung u. Verlauf d. Krieges bis Ende 1914. 3. durchges. Aufl. - Berlin: Akademie-Verl. 1971. XXVI, 514 S., Taf., Kt.

82.

Eisenblätter, O.; Kahl, A.; Preller, W.: Die soziologische Gesellschaftsanalyse in Friedrich Engels Werk "Die Lage der arbeitenden Klasse in England". In: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch.wiss. R., Leipzig, 20, 1971, 1, S. 87 - 100.

83.

Förster, Alfred: Die Gewerkschaftspolitik der deutschen Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes. - Berlin: Tribüne 1971. 384 S.

84.

Zur Geschichte der Arbeitserziehung in Deutschland. Von e. Autorenkollektiv unter Ltg. v. Robert Alt u. Werner Lemm.

T. 2. Von 1900 bis zur Gegenwart. - Berlin: Volk u. Wissen 1971. 308 S. (Monumenta paedagogica 11.)

85.

Gossweiler, K.: Großbanken, Industrie-monopole, Staat. Ökonomie u. Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914 - 1932. - Berlin/Dt. Verl. d. Wissenschaften 1971. 350 S.

86.

Grossert, Werner: Die Entwicklung der Arbeiterklasse, ihrer Lage und ihres Kampfes in Anhalt bis 1871. - Diss. Halle 1971. [Maschinenschriftl. vervielf.] 40.

87.

Haak, Ernst; Wunderlich, Hannes: Grundkurs zu Lenins Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus". - Berlin: Dietz 1971. 239 S.

88.

Harnisch, Hartmut: Quellen zur Agrargeschichte Brandenburgs in der Epoche des Kapitalismus. T. 1 u. 2. In: Archivmitt., Berlin, 21, 1971, 2, S. 55 - 60; 21, 1971, 3, S. 109 - 112.

89.

Hell, Jürgen: Essay über die Entwicklung der Plantagenwirtschaft auf der Insel Kuba <1800 bis 1898>. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 1, S. 273 - 89.

90.

Hofmann, P.; Klemm, H.; Weigel, V.: Zu den Erkenntnissen von Friedrich Engels über das Monopol und dessen Auswirkungen auf die Klassenbeziehungen im Kapitalismus. In: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch.wiss. R., Leipzig, 20, 1971, 1, S. 101 - 14.

91.

Kücklich, Erika: Streik gegen Notverordnungen! Zur Gewerkschafts- und Streikpolitik der KPD gegen die staatsmonopolistische Offensive der Regierung Papen im Sommer und Herbst 1932. In: Beitr. Gesch. Arb.bewegung, Berlin, 13, 1971, 3, S. 454 - 469.

92.

Loth, Heinrich: Über die Anfänge der süd-afrikanischen Arbeiterbewegung. In: Beitr. Gesch. Arb.bewegung, Berlin, 13, 1971, 2, S. 272 - 84.

93.

Loth, Heinrich: Schwarzafrika im ersten Weltkrieg. Die Ausnutzung anticolonialer Tendenzen durch die kriegführenden Mächte. In: Z. Militärgesch., Berlin, 10, 1971, 3, S. 314 - 23.

94.

Müller, Werner: Die Monopolbourgeoisie und die Verfassung der Weimarer Republik. Eine Studie über d. Strategie u. Taktik zur Beseitigung d. bürgerlich-parlamentarischen Systems 1927 - 1930. - Diss. Berlin 1970. [Maschinenschriftl. vervielf.] 4⁰.

95.

Thal, Peter: Zum wissenschaftlichen Gehalt und sozialen Standpunkt der Theorie des klassischen bürgerlichen Ökonomen Adam Smith. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 4, S. 83 - 100.

96.

Thümmler, Heinzpeter: Zur sozialen Struktur der Ausgewiesenen unter dem Sozialistengesetz (1878 bis 1890). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 131 - 40.

97.

Wege, Fritz: Zur sozialen Lage der Arbeiter Namibias unter der deutschen Kolonialherrschaft in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 201 - 18.

98.

Weinberger, Gerda: Zum Verhältnis von Profitmaximierung und Profitorientierung in der imperialistischen Kolonialpolitik (am Beispiel Südafrikas bis 1914). In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 55 - 74.

99.

Weinberger, Gerda: Das Victoria-Falls-Power-Projekt der AEG und die deutsche Kapitaloffensive in Südafrika vor dem ersten Weltkrieg. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 4, S. 57 - 82.

100.

Wolf, Richard: Arbeit und Arbeitsgesellung der Zwickauer Steinkohlenbergarbeiter in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellschaftswiss. R., Berlin, 20, 1971, 1, S. 83 - 98.

101.

Wolter, Heinz: Das lothringische Erzgebiet als Kriegsziel der deutschen Großbourgeoisie im deutsch-französischen Krieg 1870/71. Materialien über die sozialökonomischen Hintergründe der Annexion Elsaß-Lothringens. In: Z. Gesch.-wiss., Berlin, 19, 1971, 1, S. 34 - 64.

102.

Zwahr, Hartmut: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über d. Leipziger Proletariat während d. industriellen Revolution. In: Die großpreussisch-militaristische Reichsgründung 1871. Bd. 1. - Berlin: Akademie-Verl. 1971, S. 505 - 551, Anm.

1917 - Gegenwart, sozialistische Länder

103.

Baar, Lothar: Über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten. Das Beispiel DDR - Nordeuropa. In: Nordeuropa, Greifswald, 4, 1971, S. 25 - 32.

104.

Berthold, Rudolf; Hombach, Wilfried: 25 Jahre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands - 25 Jahre marxistisch-leninistische Agrarpolitik. [russ., engl. u. franz. Zsfssg.] In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch. wiss. R., Rostock, 20, 1971, 1/2, S. 29 - 37.

105.

Beyer, Heinz; Kanzig, Helga: Zur Wirtschaftspolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei der Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik <1963 bis Dezember 1965>. 1.2. - Diss. Inst. f. Gesellschaftswiss. beim ZK d. SED Berlin 1971. 300; 39, 26 gez. Bl., mehr. Bl. 4⁰[Maschinenschr. vervielf.] 4⁰.

106.

Braumann, Christa; Storost, Hansgeorg; Weinhold, Eberhard: Sozialistischer An eignungsprozeß und Herausbildung des sozialistischen Eigentümergefühlens in der Arbeiterklasse. In: Dt. Z. Philos., Berlin, 19, 1971, 5, S. 573 - 94.

107.

Brendel, Gerhard: Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR mit den RGW-Ländern unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 16, 1971, 6, S. 1058 - 67.

108.

Brendel, Gerhard: Zu einigen Problemen der ökonomischen Integration im Lichte des XXIV. Parteitag der KPdSU. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 16, 1971, 4, S. 681 - 92.

109.

Doernberg, Stefan: Kurze Geschichte der DDR. Hrsg.: Deutsches Institut f. Zeitgeschichte, Berlin. 5. durchges. u. erg. Aufl. - Berlin: Dietz 1971. 750 S., 7 farb. Ktn., 48 Bildseiten.

110.

Erfolgreiche internationale Wirtschaftspolitik der SED. Von e. Autorenkollektiv: Peter Florin [u. a.] - Berlin: Verl. Die Wirtschaft 1971. 138 S.

111.

Falk, Waltraud: Die Bedeutung der Planung für die Forcierung des Wirtschaftswachstums im Sozialismus und die dabei in der DDR gewonnenen Erfahrungen. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 11 - 33.

112.

Falk, Waltraud: Zur Dialektik von Politik, Ökonomie und Ideologie in der Wirtschaftspolitik der SED. In: Beitr. Gesch. Arbeiterbewegung, Berlin, 13, 1971, Sonderh. zum 25. Jahrestag d. SED, S. 79 - 96.

113.

Feige, Gerhard: Die Rolle des sozialistischen Staates und seines Rechts bei der planmäßigen Leitung der Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik in der DDR. - Potsdam-Babelsberg: Deutsche Akademie f. Staats- u. Rechtswissenschaft "Walter Ulbricht", Informationszentrum Staat u. Recht 1971. 81 S. (Aktuelle Beitr. d. Staats- u. Rechtswiss. 68.)

114.

Fischer, Siegfried: Untersuchungen zum ökonomischen Wachstum von Industriebetrieben. - Diss. Sekt. Sozialist. Betriebswirtsch. T. U. Dresden 1971. 224 gez. Bl. in getr. Pag., Abb. 4⁰[Maschinenschr. vervielf.]

115.

Galle, Horst: Braunkohlenbergbau im Kreis Wurzen. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 17, 1971, 5, S. 229 - 36, Kt. skizze.

Handke, H.: Die Entwicklung der Beschäftigungsstrukturen in der chemischen Industrie der DDR unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1955 - 63. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 4, S. 11 - 35.

Hegemann, Margot: Die Entwicklung der Zusammenarbeit im RGW. In: Z. Gesch.-wiss., Berlin, 19, 1971, 1, S. 5 - 33.

Hentzschel, M.; Richter, H.; Stingl, K.: Grundfragen der Konsumgüterpreisbildung und -entwicklung. - Berlin: Verl. Die Wirtschaft 1971. 124 S. (Planung und Leitung der Volkswirtschaft. 39.)

Herold, Manfred; Teschner, Gertraud: Die Arbeiterklasse - einflußreichste gesellschaftliche Kraft. Ökonomische Effektivität u. sozialistische Demokratie in d. Sicht d. XXIV. Parteitages d. KPdSU. In: Einheit, Berlin 26, 1971, 5, S. 516 - 29.

Hochbaum, Hans-Ulrich: Volkseigene Industriekombinate als ökonomisch-rechtliche Organisationsform zur Verwirklichung der Wirtschaftspolitik der sozialistischen Staatsmacht. In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller-Univ. Jena, Gesellsch.wiss. R., Jena, 20, 1971, 1, S. 49 - 87.

Kanzig, Helga: Zur Geschichte der ökonomischen Politik der SED in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 19, 1971, 12, S. 1483 - 1503.

Kalweit, Werner; Schulz, Gerhard: 25 Jahre kontinuierliche und schöpferische Wirtschaftspolitik der SED. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 19, 1971, 4, S. 465 - 81.

Keller, Dietmar: Lebendige Demokratie. Der Übergang v. d. antifaschist. z. sozialist. Demokratie in d. volkseigenen Industrie d. DDR 1948 - 1952. - Berlin: Tribüne 1971. 320 S.

Klinger, Günther: Einige Gedanken zur wachsenden Bedeutung des sozialistischen Wirtschaftsrechts in Vorbereitung des VIII. Parteitages. In: Information, Berlin, 1971, 2/3, S. 10 - 22.

Kuczynski, Jürgen: Probleme der Entwicklung einer sozialistischen Landwirtschaft in Kuba. Mit einem Vorw. v. Carlos Rafael Rodriguez. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 1, S. 11 - 43.

Kulow, Hans: Zu einigen Grundfragen der langfristigen Voraussicht der Bedürfnisse der Werktätigen im Sozialismus. In: Dt. Z. Philos., Berlin, 1971, 5, S. 595 - 608.

Kunz, Willi: Wirtschaftsintegration - eine neue Etappe der Zusammenarbeit der RGW-Länder. In: Probl. d. Friedens u. Sozialismus, Berlin, 14, 1971, 5, S. 635 - 41.

Kuntsche, Siegfried: Der Kampf gegen die "Gemeinwirtschaft" der Neubauern, für die Auflösung des Gutsbetriebes und den Aufbau der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern. [M. russ., engl. u. franz. Zsfssg.] In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 20, 1971, 1/2, S. 39 - 51.

Löffler, Johannes: Die Entwicklung der Pflanzenproduktion im Lehr- und Versuchsgut Bandelstorf, Kreis Rostock-Land, von 1956 bis 1966. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 4, S. 181 - 212.

130.

Maur, Hans: Der Erfahrungsaustausch der Parteiorganisationen der drei Großbaustellen des Kohle- und Energieprogramms der DDR in Vorbereitung des V. Parteitag der SED. In: Beitr. Gesch. Arb.bewegung, Berlin, 13, 1971, 4, S. 655 - 65.

131.

Maur, Hans: Die erste ökonomische Konferenz des Kombinati "Schwarze Pumpe". Ein Beitrag zur Realisierung des Kohle- und Energieprogramms der DDR. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 4, S. 173 - 80.

132.

Penig, Ludwig; Zachäus, Reinhold: Staatsmacht und Recht bei der Verwirklichung ökonomischer Aufgaben. In: Staat u. Recht, Berlin, 1971, 4, S. 641 - 54.

133.

Reißig, Karl: Die historische Bedeutung des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR. In: Z. Gesch. - wiss., Berlin, 19, 1971, 4, S. 469 - 96.

134.

Richter, H.: Das ökonomische System des Sozialismus in der DDR - schöpferische Anwendung und Weiterentwicklung der Politischen Ökonomie des Sozialismus durch die SED. In: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch.wiss. R., Leipzig, 20, 1971, 2, S. 201 - 17.

135.

Röthling, Fritz: 25 Jahre erfolgreiche marxistisch-leninistische Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - dargestellt am Saalkreis (Bezirk Halle). Diss. Halle 1971. 315, 138 S., Anh. [Maschinenschr. vervielf.] 4⁰

136.

Rothe, Lyra: Über die Ausarbeitung der Prinzipien der Wirtschaftspolitik der KPD und der SED in den ersten Nachkriegsjahren bis zum Beginn des Zweijahrplanes. In: Beitr. Gesch. Arb.bewegung, Berlin, 13, 1971, Sonderh. 25 J. SED, S. 154 - 66.

137.

Said, Jamal: Die Entwicklung des Lieferservice im Produktionsmittelhandel der Deutschen Demokratischen Republik im Prozeß der weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus. - Habilschr. H. f. Ök. Berlin 1971. 112 gez. Bl., Abb. 4⁰ [Maschinenschr. vervielf.]

138.

Scherzberg, Johanna: Untersuchungen zum Wortschatz der Wirtschaftspolitik der Deutschen Demokratischen Republik in der Phase des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung und bei der Herausbildung des ökonomischen Systems des Sozialismus in den Jahren 1963 bis 1969. - Habilschr. Päd. H. Potsdam 1971. V, 337, 13 gez. Bl., Abb. 4⁰ [Maschinenschr. vervielf.]

139.

Stoph, Willi: Bericht zur Direktive des 8. Parteitag der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971. - Berlin: Dietz 1971. 63 S.

140.

Tafelwerk zum Buch Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR. Hrsg. von d. Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK d. SED. - Berlin: Verl. Die Wirtschaft 1971, 150 S.

141.

Wilhelm, Hans-Georg: Zur Anwendung des Leninschen Genossenschaftsplanes im Agrarbezirk Neubrandenburg von 1952 bis 1960. In: Jb. Wirtschaftsgesch., 1971, 4, S. 213 - 23.

1917 - Gegenwart, kapitalistische Länder

142.

Arndt, Veronika: Einige Gedanken zum Versuch der imperialistischen Lösung nationaler und agrarpolitischer Probleme in dem von den Faschisten okkupierten nord-östlichen Grenzland der ČSR Regierungsbezirk Troppau 1938-1941. In: Wiss. Z. Päd. Inst. Magdeburg, Magdeburg, 8, 1971, 1, S. 13 - 33.

143.

Baudis, Dieter; Garcia, Gloria: Die langfristige Planung der Cuban Electric Company in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg bis zur Nationalisierung 1960. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 1, S. 115 - 89.

144.

Beilicke, W.: Sozialpolitik in der EWG. - Berlin: Tribüne 1971. 208 S.

145.

Berger, Heinz: So sabotierte das deutsche Monopolkapital die Berliner Wirtschaft. In: Berl. Arb.bewegung, Berlin, [1], 1971, S. 34 - 43.

146.

Braun, Bruno: Der Kampf gegen die Berliner Konzerne. In: Berl. Arb.bewegung, Berlin, 1971, Apr., S. 77 - 87, Abb.

147.

Drechsler, Karl; Dress, Hans; Hass, Gerhart: Europapläne des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg. In: Z. Gesch.-wiss., Berlin, 19, 1971, 7, S. 916 - 31.

148.

Eichholtz, Dietrich: Alte und "neue" Konzeptionen. Bürgerliche Literatur zur Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 231 - 55.

149.

Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945. Bd. 1. 1939 - 1941. 2., durchges. Aufl. - Berlin: Akademie-Verl. 1971. XI, 408 S. (Forschungen z. Wirtschaftsgesch. 1.)

150.

Fensch, Dorothea; Groehler, Olaf: Imperialistische Ökonomie und militärische Strategie. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 19, 1971, 9, S. 1167 - 77.

151.

Franke, Klaus: Die Krise 1966/67 und die ökonomische Tätigkeit des imperialistischen Staates in der BRD. Ihre Konsequenzen f. d. Kampfbedingungen d. Arbeiterklasse in d. Bundesrepublik. - Diss. Inst. f. Gesellschaftswiss. beim ZK d. SED Berlin 1971. 180, XXII gez. Bl. 4^o [Maschinenschr. vervielf.]

152.

Fritsch, Wolfgang: Zur Rolle des Staatshaushaltes und des staatlichen Sektors in der finnischen Wirtschaft. In: Nordeuropa, Greifswald, 4, 1971, S. 133 - 56.

153.

Zum 25. [Fünfundzwanzigsten] Jahrestag des Beginns des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 19, 1971, 3, S. 369 - 73.

154.

Gerns, Willi: Staatsmonopolistische Einkommenspolitik und Gewerkschaften in der BRD. In: Probl. Friedens u. Sozialismus, Berlin, 14, 1971, 2, S. 232 - 38.

155.

Gossweiler, Kurt: Die Rolle der Großbanken im Imperialismus. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 35 - 54.

156.

Grau, Günter: Die bürgerliche Verbrauchsmotivforschung im Dienste des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Gegenwart. Geschichte u. Analyse e. psychol. betriebenen Marktforschungsdisziplin in d. BRD. - Diss. Handels-H. Leipzig 1971. 220 S.

157.

Groehler, Olaf: Die Güter der Generale. Dotation im zweiten Weltkrieg. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 19, 1971, 5, S. 655 - 83.

158.

Gruner, Joachim: Das Ringen des britischen Imperialismus um eine neue Position im System der westeuropäischen Integration. - Diss. H. f. Ök. Berlin 1971. IV, 197, XVII gez. Bl.; Anl. 4^o [Maschinenschr. vervielf.]

159.

Handke, Horst: Über die Haltung der US-Monopole zur kubanischen Revolution. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 1, S. 45 - 113.

160.

Hanke, Horst; Thieleke, Karl-Heinz: BDI-Präsident Thyssen-Generaldirektor Sohl. In: Dok. Zeit, Berlin, 1971, 18, S. 17 - 24.

161.

Hanke, Horst: Stiftungen - heimliche Schrittmacher imperialistischer Außenpolitik. In: Mitt.bl. Arb.gemeinsch. ehemaliger Offiziere, Berlin, 1971, 9, S. 12 - 14.

162.

Hanke, Horst: Stiftungen als Instrumente der Monopolherrschaft. - Berlin: Deutsches Wirtschaftsinstitut 1971. 86 S. (DWI-Forschungsh. 6, 1971, 2.)

163.

Hausolf, Herbert: Die Wissenschaftspolitik der BRD im Dienste des Rüstungskapitals. In: Mitt.bl. Arb.gemeinsch. ehemaliger Offiziere, Berlin, 1971, 5, S. 7 - 8.

164.

Henker, Joachim: BRD - Stadt- und Gemeindeentwicklung - die kommunalpolitische Konzeption der SPD. In: Dok. Zeit, Berlin, 1971, 13, S. 13 - 20.

165.

Höhe, Hans-Joachim: Der Staatshaushalt der BRD. Funktion, Struktur, Entwicklungstendenzen d. Haushaltssystems in der BRD. - Berlin: Deutsches Wirtschaftsinstitut 1971. 96 S. (DWI-Forschungsh. Jg. 6, 1971, 1.)

166.

Der Imperialismus der BRD. Hrsg. v. Inst. für Gesellschaftswiss. beim ZK d. SED. - Berlin: Dietz 1971. 686 S., Reg., Tab., Abb.

167.

Klein, Dieter: "Postindustrielle Gesellschaft" - Theorie eines überlebten Systems. In: Einheit, Berlin, 26, 1971, 5, S. 597 - 611.

168.

Kolbe, Hellmuth: Reformstrategie im Dienst des Monopolkapitals. In: Einheit, Berlin, 26, 1971, 6, S. 769 - 75.

169.

Kuczynski, Jürgen: Überlegungen über die Rolle der Großbanken im staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, S. 267 - 70.

170.

Lärmer, Karl: Ökonomie und Politik. Aspekte der Investitionspolitik der American & Foreign Power Company Inc. in Kuba und Lateinamerika in den fünfziger Jahren. Eine kommentierte Dokumentation. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 1, S. 191 - 234.

171.

Meißner, Herbert: Wessen Wirtschaftsminister ist Karl Schiller? In: Einheit, Berlin, 26, 1971, 5, S. 588 - 97.

172.

Meyer, Peter: Beziehungen zwischen der faschistischen deutschen Militärdoktrin und der Investitionsentwicklung in kriegswirtschaftlich wichtigen Bereichen. - Diss. H. f. Ök. Berlin 1971. 272, XIV gez. Bl.; Anl. 4^o [Maschinenschr. vervielf.]

173.

Militär-Industrie-Komplex in der Bundesrepublik Deutschland. Autorenkollektiv: Klaus Engelhardt [u. a.] - Berlin: Institut f. internationale Politik u. Wirtschaft 1971. 96 S. (DWI - Forschungsh. 6, 1971, 3.)

174.

Möbius, Christian: Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der Bauwirtschaft

und dem wirtschaftlichen Wachstum unter den Bedingungen der staatsmonopolistisch organisierten wissenschaftlich-technischen Revolution. Dargest. am Beisp. Westdeutschlands. - Diss. F. f. sozialist. Betriebswirtsch. T. U. Dresden 1971. III, 187 gez. Bl., Abb., Anh. 4^o [Maschinenschr. vervielf.]

175.

Mohrmann, Heinz: Zu den Geschäften der Gelats-Bank. Finanzkapital und Klerus in Kuba. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 1, S. 235 - 51.

176.

Neelsen, K.: Wirtschaftsgeschichte der BRD. Ein Grundriß. - Berlin: Dt. Verl. d. Wissenschaften 1971. 400 S.

177.

Ohlsen, Manfred: Die Austragung des Gegensatzes zwischen Monopolkapital und kleinen und mittleren Unternehmern zu Beginn der faschistischen Herrschaft in Deutschland, 1933 - 1934. <Unter bes. Berücks. d. Umwandlung d. Unternehmerverbände in staatsmonopolist. Regulierungsorgane d. Faschismus>. - Gesellschaftswiss. Diss. Jena 1971. VII, 323 gez. Bl. 4^o [Maschinenschr. vervielf.]

178.

Pacheco, Francisco; Rodriguez, Delfin: Die Cuban Land and Leaf Tobacco Company und der politische "caciquismo". In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 1, S. 253 - 71.

179.

Philipp, Peter: Zu Problemen der Veränderung der finnischen Energiebasis (Elektrifizierung) als ein Ausdruck industrieller Strukturwandlungen in der wissenschaftlich-technischen Revolution. In: Nordeuropa, Greifswald, 4, 1971, S. 117 - 31, Kt. skizze.

180.

Pruskil, W.: Geographie und staatsmonopolistischer Kapitalismus. Zur Entwicklung und Standortverteilung der erdölverarbeitenden Industrie Westdeutschlands. - Gotha, Leipzig: Haack 1971. 176 S., 6 Kt.

181.

Radandt, Hans: Zum Kapitalexport der imperialistischen Hauptländer bis 1945. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 4, S. 37 - 55.

182.

Reinhold, Otto: Der Imperialismus der BRD. In: Einheit, Berlin, 26, 1971, 6, S. 758 - 68.

183.

Rose, Günther: "Industriegesellschaft" und Konvergenztheorie. Genesis, Strukturen, Funktionen. - Berlin: Deutscher Verl. d. Wissenschaften 1971. 396 S.

184.

Sack, Siegfried; Wawrzinek, Hubert: Energiewirtschaftlicher Strukturwandel im Zeichen des Profits. - Berlin: Tribüne 1971. 160 S.

185.

Schirmeister, Caspar: Bonner Wirtschaftspolitik 1971. In: Dok. Zeit, Berlin, 23, 1971, 15, S. 9 - 15.

186.

Schlicker, Wolfgang: Arbeitsdienstbestrebungen des deutschen Monopolkapitals in der Weimarer Republik < unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung >. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 95 - 122.

187.

Schumann, Wolfgang: Die faschistische "Neuordnung" Europas nach den Plänen des deutschen Monopolkapitals. Programme der Metallindustrie, des Metallerg- und Kohlenbergbaus im Jahre 1940. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 19, 1971, 2, S. 224 - 41.

188.

Schwarzbach, Helmut: Die Differenzen zwischen dem Verband Sächsischer Industrieller und dem Reichsverband der deutschen Industrie 1931. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 3, S. 75 - 93.

189.

Tjulpanov, Sergej Ivanovič: Die Lenin-sche Imperialismustheorie und der staatsmonopolistische Kapitalismus in der Bundesrepublik. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 19, 1971, 2, S. 180 - 93.

190.

Wenzel, Lothar: Warum interessierte sich Hermann Joseph Abs für die Leipziger Pittler-Werkzeugmaschinen AG? Eine Untersuchung zum Thema Maschinenbau-Aufrüstung-Krieg 1933 - 1945. In: Sächs. Heimatbl., Radeberg, 17, 1971, 4, S. 150 - 51.

1917 - Gegenwart. Entwicklungsländer

191.

Barthel, Günter; Grienig, Horst: Innere Voraussetzungen und Bedingungen für den Industrieaufbau in den arabischen Ländern. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, 1971, 2, S. 217 - 43.

192.

Grigorjan, Yurij: Strukturveränderungen in der Industrie Lateinamerikas in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg < 1945 - 1965 >. Übers. v. C. Barck. [M. span. Zsfssg.] In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 20, 1971, 10, S. 5 - 16.

193.

Halpap, Paul: Zur Gruppierung der Länder Lateinamerikas nach ihrem Industrialisierungsniveau. [M. span. Zsfssg.] In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 20, 1971, 10, S. 41 - 55.

194.

Hamdun geb. Al-Chalabi, Salwa: Die Frau in der irakischen Gesellschaft und ihre Rolle in der nationalen Befreiungsbewegung < 1945 - 1963 >. - Gesellschaftswiss. Diss. Berlin 1971. II, 187 gez. Bl., Anh. 4^o [Maschinenschr. vervielf.]

195.

Michailski, Klaus-Joachim: Aktuelle Probleme der indischen Landwirtschaft. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 16, 1971, 4, S. 762 - 73.

196.

Rudolph, Klaus: Zur Problematik der Ausbildung industrieller Kader im Rahmen der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Brasilien. [M. span. Zsfssg.] In: Wiss. Z. Univ. Rostock, Gesellsch. - wiss. R., Rostock, 20, 1971, 10, S. 17 - 40.

197.

Die Staaten Afrikas und Asiens. Innere Entwicklung - Außenpolitik. - Berlin: Staatsverl. d. DDR 1971. 255 S.

198.

Thole, Günther; Wuensche, Renate; Mardek, Helmut: Thesen. Die Außenpolitik und die Außenwirtschaftspolitik d. Staaten Asiens u. Afrikas in d. internat. Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus u. Imperialismus. - Potsdam-Babelsberg: Selbstverl. d. DASR 1971. 88 S. (Aktuelle Beitr. d. Staats- u. Rechtswiss. 77.)

199.

Tradition und nichtkapitalistischer Entwicklungsweg in Afrika. Probl. d. Überwindung vorkapit. gesellsch. Verhältnisse in Basis und Überbau. Autorenkoll. unter d. Leitg. von I. Sellnow u. H. Mardek. Wiss. Redaktionssekr.: J. Herzog, Autoren: R. Arnol, K. Ernst, G. Friede ... [u. a.] - Berlin: Dt. Verl. d. Wiss. 1971. 320 S.

200.

Zinger, Harry: Planung in Entwicklungsländern. In: Dt. Außenpolitik, Berlin, 16, 1971, 3, S. 574 - 92.

201.

Zinger, Harry: Regionale ökonomische Zusammenarbeit zwischen afrikanischen Staaten. In: Dok. Zeit, Berlin, 23, 1971, 19, S. 20 - 29.

BIBLIOGRAPHIE SELBSTÄNDIGER SCHRIFTEN ZUR BETRIEBSGESCHICHTE
IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

(7. Fortsetzung)⁺

von Renate Günther

Der vorliegende Teil der Bibliographie enthält die 1971 in der Deutschen Demokratischen Republik erschienenen selbständigen Schriften zur Betriebsgeschichte sowie aus dem vorangehenden Zeitraum nachträglich bekannt gewordene Darstellungen, die in den bisher erschienenen Teilen nicht verzeichnet sind. Zu den letzteren gehören eine größere Anzahl von Arbeiten, die die Deutsche Post und die Deutsche Reichsbahn betreffen und aus den letzten vierziger, den fünfziger und sechziger Jahren stammen.

Die Bibliographie stützt sich im wesentlichen auf die Angaben aus der "Deutschen Nationalbibliographie", enthält aber auch betriebshistorische Darstellungen, die dort nicht aufgeführt, jedoch in Bibliotheken vorhanden sind.

Aufnahmemodus und Gliederung sind in der Einleitung zur 4. Fortsetzung ausführlich dargestellt.⁺⁺

Die Titel sind alphabetisch nach Betrieben geordnet. Die bibliographischen Angaben folgen dem Titelblatt, dort, wo lediglich ein Umschlagtitel vorhanden ist, dem Umschlagblatt. Alle nicht auf dem Titelblatt befindlichen, aber in der Publikation selbst zu ermittelnden Angaben wurden der Einfachheit halber, unabhängig von ihrem Platz in der Veröffentlichung, durchweg in runde Klammern gesetzt. Eckige Klammern stehen nur zur Erläuterung von Abkürzungen, bei der Erscheinungsweise und bei Vornamen, die im Original abgekürzt sind. Die in der Bibliographie nicht erläuterten Abkürzungen wie VEB, LPG, Abt. usw. sind allgemein bekannt. Ein Abkürzungsverzeichnis erübrigt sich daher.

+ Die 6. Fortsetzung befindet sich im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 4, S. 289 ff., die 5. Fortsetzung sowie die ausführliche Angabe über die vorangegangenen Teile befinden sich in ebenda 1970, T. 4, S. 301 ff.

++ Ebenda 1969, T. 4, S. 271 f.

VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer

Bergarbeiterland in Volkes Hand, Geschichte des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer. Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschichte im Auftrag der SED-Betriebsparteiorganisation des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer. (2 Bde) - Berlin: Verl. Tribüne 1970, Bd. 1 u. d. T.: Bergarbeiterland im Aufbruch (1969) Bd. 2 (1. - 5, 5. Tsd.) 1970. 243 S. mit Abb. mehr. Bl. Abb. 40

VEB Braunkohlenwerk "Erich Weinert" Deuben

Buch unserer Tage. Beiträge zur Betriebsgeschichte des VEB Braunkohlenwerk "Erich Weinert" Deuben 1956 - 1968. Gemeinschaftsarbeit der Kommission für Betriebsgeschichte und des Zirkels schreibender Arbeiter. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation. (1. - 3. Tsd.) - (Berlin: Verl. Tribüne 1970.) 211 S. mit Abb. gr. 80 [Rückentitel:] Beiträge zur Betriebsgeschichte des VEB Braunkohlenwerk "Erich Weinert" Deuben.

Buch- und Kunstdruckerei Johannes Keipert, Weimar

Fünzig Jahre Buch- und Kunstdruckerei Johannes Keipert, Weimar.-(Weimar 1969.) 8 Bl. in Art eines Blockbuches 40

VEB Chemiefaserwerk "Friedrich Engels", Premnitz

Polyester contra Pulver. Zur Geschichte des VEB Chemiefaserwerk "Friedrich Engels", Premnitz. Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschichte im Auftrage der Betriebsparteiorganisation. - Berlin: Verl. Tribüne 1971. 343 S., Abb. Taf. 40

LPG Cobbelsdorf

Siehe Kooperationsgemeinschaft Cobbelsdorf-Wörpe-Griebo

Deutsche Post

Beiträge zur Altenburger Postgeschichte. - Altenburg 1961, 16. S., 2 Bl. Abb. 80 = Beiträge zur Altenburger Heimatkunde. Hrsg.: Rat der Stadt (Schloßmuseum) in Zu-

sammenarbeit mit der Ortsgruppe Altenburg des deutschen Kulturbundes. H. 8. Enth.: Grupelt, Werner: Der Übergang der Altenburger Posten an Thurn und Taxis. - Höckner, Hans: Das Altenburger Postwesen um 1835.

(Ehmke, Heinz): Postgeschichte, Mecklenburg-Strelitz. - (Neustrelitz 1964.) 54 S. mit Abb. 80

Grallert, Wolfram: Erdball ohne Grenzen. Ein Buch von der Post. Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. G. Rehbein. (2. erw. u. überarb. Aufl.) - Leipzig/Jena/Berlin: Urania-Verl. (1963). 378 S. mit Abb. gr. 80

Hoffmann, Paul: Einhundert Jahre deutsches Bahnpostwesen in Mitteldeutschland. Hrsg.: Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Landesleitung Sachsen-Anhalt, Sektion Philatelie. - Halle (Saale) 1950. 24 S. 80 = Briefmarkensammler-Club "Hallensia", Bericht Nr. 32.

Hoffmann, Paul: Das Postwesen in der Stadt Halle während seines 300jährigen Bestehens, seine Einrichtungen und Poststempel. T. 1. - Halle (Saale), Harz 3 1948. 14 S. 80 = Briefmarkensammler-Club "Hallensia". Bericht Nr. 30.

Lattauschke, Gerh[ard]: Aus Dessaus Postgeschichte. 1 - 8. Hrsg.: Deutscher Kulturbund, Sektion Philatelie. - Halle (1955 - 1957). Je 4 S. 80

Lattauschke, Gerhard: Aus Dessaus Postgeschichte. Hrsg.: Deutscher Kulturbund, Sektion Philatelie, Arbeitsgemeinschaft "Merkur". - Dessau (1960). 79 S. mit Abb. 80

Merseburger, K[arl] E[rich]: Die kursächsischen Post- und Distanzsäulen August des Starken in und um Zeitz. (Beiträge zur Geschichte der Post und Philatelie in Zeitz.) Hrsg.: Schloß Moritzburg. Städtisches Museum. - (Zeitz 1964.) 55 S. mit Abb., 1 Taf. 80

[Umschlagt.] Schriftenreihe des städtischen Museums Zeitz, Schloß Moritzburg. H. 2.

Schlaikjer, Erich: Geschichte und Wertzeichen der "Privatpost Courier" in Zeitz 1893 - 1900. (Beiträge zur Geschichte der Post und Philatelie in Zeitz. Redaktion: Museumsdirektor Joachim Winkler. Hrsg.: Schloß Moritzburg, Städtisches Museum.) - (Zeitz 1966.) 62 S. mit Abb., 1 Kf. 8^o

[Umschlagt.] Schriftenreihe des Städtischen Museums Zeitz, Schloß Moritzburg. H. 3.

Schröder, Wilhelm: Beiträge zur Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens der Deutschen Demokratischen Republik. - (Berlin: Deutscher Zentralverlag [1954].) 242 S. mit Abb., 4 Taf. 8^o

Schröder, Wilhelm: Zwei Jahre Deutsche Post in der sowjetischen Besatzungszone. Reden und Aufsätze. 2. erw. Aufl. - Berlin: Deutscher Zentralverlag 1947. 70 S. 8^o

Deutsche Reichsbahn

(Brückner): 71 Jahre Prignitzer Schmalspurbahn. Hrsg.: Reichsbahndirektion Schwerin; Deutscher Modelleisenbahnverband, Bezirksvorstand Schwerin. - (Schwerin 1969.) 18 S. mit Abb. 8^o

Elbertzhagen, Walter Otto: Die Entwicklung des Eisenbahnnetzes in Deutschland und seine Bedeutung für die Linienführung des internationalen Eisenbahnverkehrs in Europa. (Nebst Tabellenband und Atlas.) - Historisch-philologische Dissertation, Pädagogische Hochschule Potsdam 1959. II, 275 gez. Bl.; 81 Bl., 25 Taf. 4^o [Ms.]

Friedrich, Karl: Zu den Beziehungen zwischen der erweiterten Reproduktion des Kapitalismus und der Eisenbahn in Sachsen in der Periode des vormonopolistischen Kapitalismus. - Dissertation Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden 1962. 215 gez. Bl. Anhang; Anl. 4^o [Ms. vervielf.]

Fünf Lokomotiven am Start. Aus den Anfängen des Eisenbahnwesens. - Leipzig/Jena: Urania-Verl. (1957). 121 S. mit Abb. 8^o = Kleine Urania-Bücherei.

(Mette, Thomas): Zeittafel zur Entwicklung des sozialistischen Eisenbahnwesens in der Deutschen Demokratischen Republik (1949 - 1969). Hrsg.: Politische Verwaltung der Deutschen Reichsbahn. - Berlin 1969. 8^o = Schriftenreihe der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn. Sonderh. 1969.

Nordmann, Hans: Die ältere preußische Eisenbahngeschichte. - Berlin: Akademie-Verl. 1950. 34 S. 4^o = Abhandlungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse. Jg. 1948, Nr. 4.

Nordmann, Hans: Die Frühgeschichte der Eisenbahnen. - Berlin: Akademie-Verl. 1948. 27 S. 4^o = Abhandlungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse, Jg. 1947, Nr. 4.

Bahnpost

Siehe Deutsche Post

Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektion Greifswald

Reichsbahndirektion Greifswald. Bilanz und Ausblick. Hrsg.: Reichsbahndirektion Greifswald, Politische Abteilung. - (Greifswald 1967.) 32 S. mit Abb. 8^o

Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektion Halle

Dokumentation über die erreichten Erfolge der Eisenbahner des RBD-Bezirk Halle bei der Durchsetzung der Beschlüsse von Partei und Regierung im Zeitraum 1958 - 1963. Hrsg.: RBD Halle, Polit.-Abt. - (Halle 1963.) 47 S. mit Abb. 14,5 x 21 cm

VEB Drehmaschinenwerk Leipzig

Wenzel, Lothar: Die Entwicklung der Pittler-Werkzeugmaschinenfabrik AG Leipzig-Wahren als kriegswichtiges Konzern-Unternehmen im System der faschistischen Wirtschafts- und Betriebspolitik in den Jahren 1933 bis 1945. - Phil. Diss. Leipzig 1968, 391 Bl. [Ms. vervielf.]

Eisenhüttenkombinat Ost

Cerny, Jochen: Der Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost 1950/51. - Gesellschaftswiss. Diss. Jena 1970.

VEB Energieversorgung Leipzig

20 [Zwanzig] Jahre Berufsausbildung im VEB Energieversorgung Leipzig. (Festschrift.) Zusammengestellt von einem Kollektiv der Betriebsberufsschule. - (Leipzig 1966.) 24 S. mit Abb. 4^o

VEB Energieversorgung Suhl

Brücher, Hartmut: Herren über Wärme, Kraft und Licht. Berichte und Episoden vom Wachsen und Werden des VEB Energieversorgung Suhl. Hrsg.: SED Betriebsparteiorganisation des VEB Energieversorgung Suhl. - Berlin: Verl. Tribüne 1971. 168 S.

VEB Erdölverarbeitungskombinat "Otto Grotewohl" Böhlen

Baum, Horst: Die Wandlung des Charakters der Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft und die Herausbildung neuer Anforderungen an die Werktätigen durch die wissenschaftlich-technische Revolution und die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Dargestellt am VEB Erdölverarbeitungskombinat "Otto Grotewohl" Böhlen. - Dissertation Leipzig 1969, Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie und wissenschaftlicher Sozialismus. VIII, 212, 66 gez. Bl. mit Abb. 4^o [Ms. vervielf.]

Siehe auch VEB Petrochemisches Kombinat Schwedt, Kombinatbetrieb "Otto Grotewohl" Böhlen.

LPG 1. [Erster] Mai Wartenberg/Lindenberg

Burzik, A[lfred]: Erfahrungen bei der Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der LPG "1. Mai" Wartenberg/Lindenberg. - Erfurt 1966, 14 S., 2 Abb. 8^o [Umschlagt.] = Für Sie notiert. (Hrsg.: Internationale Gartenbauausstellung.)

LPG Exdorf

Siehe Kooperationsgemeinschaft Jüchsen, Exdorf, Obendorf

VEB Fahrzeugzubehörwerke Gera

Chronik des VEB Fahrzeugzubehörwerke Gera. - (Gera [um 1962].) 39 Bl. 4^o [Ms. vervielf. in Ordner]

Siehe auch VEB Felgenwerk Ronneburg

VEB Feinpapierfabrik Königstein

400 [Vierhundert] Jahre Feinpapier aus Königstein. - (Königstein 1969.) 28 Bl. mit Abb. 8^o

VEB Feinstrumpfwerke Esda

Von Lee bis Esda. (1. - 5. Tsd.) - Berlin: Verl. Tribüne (1969). 138 S., mehr. Bl. Abb. 4^o

VEB Felgenwerk Ronneburg

Günther, Fritz: Der VEB Felgenwerk Ronneburg. Entstehung und Übergang von einem kapitalistischen zu einem sozialistischen Betrieb. - (Ronneburg 1957.) 24 Bl. 4^o [Ms. vervielf.]

Siehe auch (ab 1958) VEB Fahrzeugzubehörwerke Gera

VEB Filmfabrik Wolfen

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie, Nr. 3: Quellen und Dokumente aus dem Bestand der I. G. Farbenindustrie AG, Sekretariat Dr. Gajewski im Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat. Hrsg.: Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat - und Deutsches Zentralarchiv Potsdam. Bearb. von Kurt Metschies, Deutsches Zentralarchiv Potsdam; Alfred Neumann und Willi Zimmermann, VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat. - Wolfen 1971. 120 S. 8^o [als Manusk. gedr.]

Archivalische Quellennachweise zur Geschichte der chemischen Industrie. Protokolle von Ausschüssen und Kommissionen der I. G. Farbenindustrie Aktiengesell-

schaft. Nachtrag. Hrsg.: Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat - und Deutsches Zentralarchiv Potsdam. Bearb. von Kurt Metschies, Deutsches Zentralarchiv Potsdam. - Wolfen 1971. 55 S. 8^o [als Manuskript gedr.]

Spezialinventar des Betriebsarchivs VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat - zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1945 - 1949. Bearb. von Alfred Neumann und Willi Zimmermann. Hrsg.: Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat -. Wolfen 1971. 48 S. 4^o = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, Nr. 25 [Umschlagtitel]: Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1945 - 1949.

Spezialinventar des Betriebsarchivs VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat - zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1950 - 1955. Bearb. von Alfred Neumann und Willi Zimmermann. Hrsg.: Abt. Öffentlichkeitsarbeit - Betriebsarchiv - des VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat -. Wolfen 1971. 88 S. 4^o = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, Nr. 26 [Umschlagtitel]: Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1955 - 1965.

LPG "Florian Geyer" Aschersleben

Sozialistische Landwirtschaft, moderne Technik, Schichtarbeit. (Meinungen und Erfahrungen der LPG "Florian Geyer", Aschersleben.) Hrsg.: SED-Bezirksleitung Halle, Abt. Agitation und Propaganda. - Halle 1969. 30 S. mit Abb. 8^o

LPG "Frieden" Beyern

Winzer, Helmut; Probleme und Entscheidungen in Beyern. Zur Geschichte der LPG "Frieden" Beyern, Kreis Herzberg (1952 - 1964). (Als Ms. gedr.) Hrsg.: Niederlausitzer Arbeitskreis für regionale Forschung beim Rat des Bezirks. - (Cottbus 1970.) 190 S. mit Titeln. 8^o = Niederlausitzer Studien, Sonderh.

LPG Griebow

Siehe Kooperationsgemeinschaft Cobbelsdorf-Wörpen-Griebow

LPG Gröbzig

Siehe Kooperationsgemeinschaft Görzig, Gröbzig, Wörbzig

LPG "Helmut Just" Börlin

Sozialistisch leiten - unsere größte Reserve. Die sozialistischen Leitungsmethoden in der LPG "Helmut Just" Börlin. Hrsg.: Rat des Bezirkes Leipzig, Agrarpropagandakommission. - (Leipzig 1962.) 11 S. 4^o

VEB Jenapharm

20 [Zwanzig] Jahre Arzneimittel aus dem volkseigenen Betrieb Jenapharm. (Betrachtungen im VEB Jenapharm.) - (Jena 1969.) 24 Bl. mit Abb. 4^o [Umschlagtitel:] Pharmaca Jenensia
Text in dt., engl., franz. und russ. Sprache

LPG Jüchsen

Siehe Kooperationsgemeinschaft Jüchsen, Exdorf, Obendorf

VEB Kaliwerk "Karl Marx", Sollstedt

Geschichte des VEB Kaliwerk "Karl Marx", Sollstedt. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED und Werkleitung. (Fotos: Günther Unverferth. 1. - 2,4. Tsd.) - Berlin: Verl. Tribüne 1970. 188 S. 4^o

Keipert, Johannes, Weimar

Siehe Buch- und Kunstdruckerei Johannes Keipert, Weimar

VEG Klockow

Siehe Lehr- und Versuchsgut Klockow/Uckerm.

VEB Kombinat Landmaschinen

Felsen, Berge, Täler und ein Kombinat. (Bildbd. Text: Günther Groth. 2. Aufl.) Hrsg.: VEB Kombinat Landmaschinen. - Neustadt/Sa. 1969. 110 S. 4^o

Kombinat "Otto Grotewohl" Böhlen

Siehe VEB Erdölverarbeitungskombinat "Otto Grotewohl" Böhlen sowie VEB Petrochemisches Kombinat Schwedt, Kombinatbetrieb "Otto Grotewohl" Böhlen

Kombinat "Schwarze Pumpe"

Maur, Hans: Die politische Führungstätigkeit der Parteiorganisation der SED beim Aufbau des Kombines "Schwarze Pumpe" bis zum V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (August 1955 - Juli 1958). - Wirtschaftswiss. Diss. Technische Hochschule Dresden 1970. 345 gez. Bl. 4^o [Ms. vervielf.]

Konsumgenossenschaft

Siehe Verband deutscher Konsumgenossenschaften

Kooperationsgemeinschaft der LPG Cobbelsdorf-Wörpen-Griebo

(Siegert, Siegfried): Erfahrungen der Kooperationsgemeinschaft der LPG Cobbelsdorf-Wörpen-Griebo bei der Gestaltung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Lande. Hrsg: SED-Bezirksleitung, Abt. Landwirtschaft u. Abt. Agitation und Propaganda. - (Halle 1971.) 15 S. mit Abb. 8^o

Kooperationsgemeinschaft Dahlen-Außig, Kr. Oschatz

Taubert, H[ans] u. a.: Die Zusammenarbeit in der Feldwirtschaft zwischen 13 Genossenschaften vom Typ 3 und 1 der Kooperationsgemeinschaft Dahlen-Außig, Kr. Oschatz, Bez. Leipzig. Hrsg.: Institut für Landwirtschaft, Bezirkslandwirtschaftsrat. - (Leipzig 1967.) 15 S. 8^o = Aktuelles aus Wissenschaft und Praxis. [Umschlagt. :] Erfahrungen kooperativer Zusammenarbeit in Dahlen-Außig.

Kooperationsgemeinschaft "Glauchau Nord"

Erfahrungen aus der Arbeit der Kooperationsgemeinschaft "Glauchau Nord" bei der Aufnahme von Kooperationsbeziehungen in der Pflanzen- und Tierproduktion sowie

Überlegungen für die weitere Konzentration und Spezialisierung der Produktion. Hrsg.: Landwirtschaftsrat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt. - Karl-Marx-Stadt 1967. 173 S. 8^o = Schriftenreihe des Instituts für Landwirtschaft beim Landwirtschaftsrat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt. Als Manusk. gedr.

Kooperationsgemeinschaft Görzig, Gröbzig, Wörbzig

Frauen, moderne Technik, sozialistische Landwirtschaft. (Erfahrungen von Genossinnen von der kooperativen Pflanzenproduktion der LPG Görzig, Gröbzig und dem VEG Wörbzig, Kr. Köthen.) - (Halle/Köthen 1969.) 19 S. 8^o

Kooperationsgemeinschaft Jüchsen, Exdorf, Obendorf

Erfahrungen in der kooperativen Pflanzenproduktion der Kooperationsgemeinschaft Jüchsen, Exdorf, Obendorf. Zusammenge stellt und wissenschaftlich bearbeitet von Horst Leffler, Hrsg.: Agra. Landwirtschaftsausstellung der DDR. - (Markkleeberg b. Leipzig) 1968. 122 S. 8^o

Kooperationsgemeinschaft Plate

Prohaska, H[ans]/Cwielong, H[ildegard]/Gutowsky, I[ngrid]: Die Entwicklung von Kooperationsbeziehungen und die Verantwortung der Genossen. Erfahrungen der Parteilarbeit aus den LPG, die in der Kooperationsgemeinschaft Plate freiwillig zusammenarbeiten. Arbeitsmaterial für die Grundorganisationen der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft. Hrsg.: SED-Bezirksleitung Schwerin, Abt. Agitation/Propaganda. - (Schwerin 1969.) 17 S. mit Abb. 4^o

Kooperationsgemeinschaft Rogäsen, Kr. Brandenburg

Die Überwindung ungerechtfertigter Unterschiede im Produktionsniveau zwischen den LPG. Erfahrungen aus der Kooperationsgemeinschaft Rogäsen, Kreis Brandenburg. (Erarbeitet von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Herbert T. schoppe.) Hrsg.: Rat für landwirtschaftliche Produktion und

Nahrungsgüterwirtschaft des Bezirkes Potsdam; Deutsche Agrarwissenschaftliche Gesellschaft. - Potsdam (1970), 32 S. mit Abb. 4^o [Umschlagt.] Agrarinformation, Sonderh. 1970.

Kraftwerk Finkenheerd

(Ain, Heinz, u. a.): 50 [Fünzig] Jahre Kraftwerk Finkenheerd. 1921 - 1971. Vom MEW-Konzern zum volkseigenen Betrieb. - (Brieskow-Finkenheerd 1971.) 55 S. mit Abb.

Lehr- und Versuchsgut Klockow/Uckermark

Possart, Werner: Erfahrungen und Ergebnisse bei der Herausbildung von selbständig planenden und abrechnenden Produktionseinheiten in der Pflanzenproduktion beim Übergang zur industriemäßigen Produktion. Dargestellt am Beispiel der Spezialbrigaden des Lehr- und Versuchsgutes Klockow/Um. - Landwirtschaftswiss. Diss. Rostock 1968. III, 158 gez. Bl., Anh. 4^o [Ms. vervielf.]

VEB Maschinenfabrik Halle

Archivalische Quellennachweise des Betriebsarchivs des VEB Maschinenfabrik Halle zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bearb. v. d. Mitarbeitern des Betriebsarchivs des VEB Maschinenfabrik Halle. Hrsg.: Betriebsarchiv VEB Maschinenfabrik Halle und SED-Stadtleitung Halle, Bildungsstätte - Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. Als Ms. gedr. - Halle 1969. 8^o T. 1: Bestand Wegelin & Hübner Maschinenfabrik und Eisengießerei AG Halle (Saale). XIII, 112 S. T. 2: Schriftgutbestand Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei AG Halle (Saale). IX, 71 S.

PGH "Mechanik", Taucha

Gilardon, Klaus: Zur Situation des Tauchaer Handwerks im 20. Jahrhundert. Eine Gegenüberstellung von Lage und Entwicklung unter imperialistischen und sozialistischen Bedingungen. - Disserta-

tion Sektion Geschichte, Karl-Marx-Universität Leipzig 1970.

Popp, Gottfried: Die Entstehung und Entwicklung der PGH "Mechanik" von der Gründung bis zur Gegenwart. Unter Verwendung von Studienmaterial von Klaus Gilardon. - (Taucha 1968.) 24 S. mit Abb. 8^o [Umschlagt.] 10 Jahre PGH "Mechanik", Taucha

LPG Obendorf

Siehe Kooperationsgemeinschaft Jüchsen, Exdorf, Obendorf

VEB Petrolchemisches Kombinat Schwedt, Kombinatbetrieb "Otto Grotewohl" Böhlen

Zimmermann, Siegfried: Die Geschichte des Kombinatbetriebes "Otto Grotewohl" Böhlen im VEB Petrolchemisches Kombinat Schwedt. - Gesellschaftswiss. Diss. A, Bergakademie Freiberg 1970. II, 367 gez. Bl., Anh. 4^o [Ms. vervielf.]

Siehe auch VEB Erdölverarbeitungskombinat "Otto Grotewohl" Böhlen

VEB Rohrwerke Bitterfeld

(Spiegelberg, Karl): Seht, was aus uns geworden ist! Betriebsgeschichte des VEB Rohrwerke Bitterfeld. Hrsg.: SED-Betriebsparteileitung und Werkleitung des VEB Rohrwerke Bitterfeld. - (Bitterfeld 1964.) 88 S. mit Abb. 8^o [Umschlagt.] Betriebsgeschichte. - VEB Rohrwerke Bitterfeld

Schwarze Pumpe

Siehe Kombinat "Schwarze Pumpe"

LPG 7. [Siebenter] Oktober Schenkenberg Kr. Delitzsch

10 [Zehn] Jahre LPG - 10 Jahre Sieg des Sozialismus! - (Schenkenberg 1962.) 32 S. mit Abb. 8^o

VEB Textilwerke Mülsen

Durch kollektive Arbeit zu hohen Erfolgen. Erfahrungen aus dem Experimentierbetrieb VEB Textilwerke Mülsen. - (Mülsen 1964.) 46 S. mit Abb. 8^o

LPG "Theodor Körner", Lemmersdorf,
Kreis Strasburg

Schwarz, Helmut: Die Ausarbeitung der Perspektive einer LPG. Unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Tierproduktion. (Dargestellt am Beispiel der LPG "Theodor Körner" Lemmersdorf, Kreis Strasburg.) - Diss. Hochschule für Ökonomie Berlin 1968. 287 Bl. in getr. Pag. 4⁰ [Ms. vervielf.]

Verband deutscher Konsumgenossenschaften

(Raubaum, Jörg/Keller, Günter): Aus der Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften. (Arbeitsblätter: Wolfgang Roch, Method. Bearbeitung: Werner Suhr.) - Berlin: Verband deutscher Konsumgenossenschaften 1970. 35 S.; 10 gez. Bl. 4⁰

VEB Verlag Technik, Berlin

VEB Verlag Technik, Berlin. 1946 - 1971. (Festschrift. Red.: K[urt-] O[skar] Wagner [u. a.]) - Berlin: Verlag Technik 1971.) 92 S. mit Abb.

VEB Volltuchwerke Crimmitschau

Wir Volltuchwerker. Geschichte des VEB Volltuchwerke Crimmitschau. [Von] Walter Fellmann unter Mitarbeit eines Kollektivs des Betriebes. Hrsg.: SED-Betriebsparteiorganisation des VEB Volltuchwerke Crimmitschau. (1. - 3, 2. Tsd.) - (Berlin: Verl. Tribüne 1971.) 151 S. mit Abb. mehr. Bl. Abb. 4⁰

VEB Waggonbau Dessau

75 [Fünfundsiebzig] Jahre Dessauer Waggonbauerfahrung. - (Dessau 1970.) 8 Bl. mit Abb. 8⁰

VEB Walzengießerei Coswig

(Eckert, Heinz): Festschrift. VEB Walzengießerei Coswig. 1892 - 1967. - (Coswig 1967.) 8 Bl. mit Abb. 4⁰

VEB Warnowwerft, Warnemünde

25 [Fünfundzwanzig] Jahre VEB Warnowwerft, Warnemünde. (Hrsg.: Betriebspar-

teioorganisation der SED und Werftleitung.) - (Warnemünde 1971.) 48 S. mit Abb. 4⁰

VEB Werk für Fernsehelektronik (WF),
Berlin-Oberschöneeweide

Grabley, Hanna: Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Veränderung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen für die perspektivische Arbeitskräfteplanung und die Berufsbildung. (Untersucht am Beispiel des Bereichs Bildröhrenproduktion des VEB Werk für Fernsehelektronik Berlin.) - Dissertation Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst 1964. 6, 251, 5 gez. Bl. mit eingekl. Abb., mehr. Taf. 4⁰ [Ms. vervielf.]

VEG Wörbzig

Siehe Kooperationsgemeinschaft Görzig, Gröbzig, Wörbzig

LPG Wörpen

Siehe Kooperationsgemeinschaft Cobbelsdorf, Wörpen, Griebö

VEB Zwirnerei und Nähfadenfabrik Oederan/Sa.

(Böhme, Gerhard/Sandig, Günther/War-natz, Siegfried): Oederaner Nähfaden - Qualitätsgarne in aller Welt. Hrsg.: VEB Zwirnerei und Nähfadenfabrik Oederan/Sa. - (Oederan/Sa. 1969.) 40 S. mit Abb. 4⁰

AUTORENVERZEICHNIS

- Barthel, Günter, Dr. sc. oec., Stellvertretender Direktor der Sektion für Erziehung und Ausbildung, Lehr- und Forschungsbereich Arabische Staaten, Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften, Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Draeger, Walter, Dr. rer. oec. habil., Sektorenleiter für Bildung, Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik, Berlin.
- Eccarius, Wolfgang, Lehrer, Rat des Kreises Eisenach, Ernst-Abbe-Oberschule.
- Engelmann, Gerhard, Dr. phil., Potsdam.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Hagelberg, Gerhard B., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Klemm, Volker, Prof. Dr. phil. et agr. habil., Hochschuldozent, Leiter des Bereichs Agrarökonomie, Sektion Pflanzenproduktion, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Kück, Gert, Dr. rer. oec., Diplomökonom, Leiter der Fachgruppe Ökonomie, Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften, Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Koval'čenko, Ivan Dmitrievic, Prof., Leiter des Lehrstuhls für Quellenforschung der Geschichte der UdSSR, Historische Fakultät, Staatliche Universität Moskau.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Niederhauser, Emil, Dr., Kandidat der Geschichtswissenschaften, Wissenschaftlicher Hauptmitarbeiter, Institut für Gesellschaftswissenschaften, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest.
- Nussbaum, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Schwarze, Elisabeth, Dr. phil., Diplomarchivar, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Historische Abteilung II, Merseburg.

Selunskaja, Natalija Borisovna, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Lehrstuhl für Quellenforschung der Geschichte der UdSSR, Historische Fakultät, Staatliche Universität Moskau.

Sonnemann, Rolf, Dr. rer. oec. et phil. habil., Ordentlicher Professor, Direktor der Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften, Bereich Geschichte der Produktivkräfte, Technische Universität Dresden.

Thiede, Otmar, Dr. oec., Dipl.-Ing., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.

Voigt, Manfred, Dr. rer. oec. habil., Ordentlicher Professor für Ökonomie der Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens, LFB Arabische Staaten, Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften, Karl-Marx-Universität Leipzig.

Widera, Bruno, Dr. phil. habil., Freier Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

ОТ А Т Ь И, И С С Л Е Д О В А Н И Я, З А М Е Т К И

- Ковальченко, И.Д. Советский опыт в применении математико-статистических методов в исторических исследованиях
- Селунская, Н.В.
- Клемм, В. К применению математико-статистических методов при интерпретации аграрноисторических эпох
- Тиде, О. Национализация британских железных дорог в рамках политики национализации третьего лейбористского правительства с 1945 по 1951 гг.
- Гюнтер, Р. Предпосылки и начало наступления капитала немецких банковских монополий в румынской нефтяной промышленности / 1900 - 1905 гг. /
- Бартель, Г. Основные черты структурного развития в промышленности арабских стран и влияние на этот процесс внешних факторов в условиях научно-технической революции
- Кюк, Г.
- Фойгт, М.
- Эккариус, В. Верховный Советник по строительству Август Леопольд Крелле и его участие в планировании и строительстве раннего прусского железнодорожного транспорта

Нуссбаум, М.

Что такое колониальная политика монополий / Ещё раз на тему "империалистическая колониальная политика" / Заметки к: Йоланда Баллхауз, Сущность и характер колониальных компаний по закупке и продаже земли в конце 19 века

Зоннеманн, Р.

Заметки к: Хайке Райсхауз-Этцольд, Образование монопольно-капиталистических органов управления науки во время Веймарской республики под влиянием монополий химической промышленности

Развитие сельского хозяйства в условиях технической революции и научно-технической революции при капитализме и социализме

2-ой коллоквиум историков-экономистов ГДР и ВНР с 7 по 10 сентября 1971 г. в Кведлинбурге

Фрук, Х.†/ Дрэгер, В. О развитии сельского хозяйства в странах СЭВ

Кучинский, Д. К проблеме измерения производительности труда на основе расчётов для сельского хозяйства США. Краткое изложение хода мыслей

Нидерхаузер, Э. О типологии аграрной структуры Восточной Европы

Хагельберг, Г.Б. О значении сахаросвекловичной промышленности при интенсификации сельского хозяйства Германии в 19 веке. Отдельные технологические и экономические аспекты

РЕЦЕНЗИИ

Видера, Б.

Русская мелкая промышленность в 17 столетии. Статья о генезисе капитализма в России

ИСТОЧНИКИ И МАТЕРИАЛЫ

Энгельманн, Г.

Поземельная книга графства Бранденбург как источник историографии Бранденбурга

Фонд информации для историка-экономиста из Немецкого Центрального архива в Потсдаме

Шварце, Э.

Источники об экономической и социальной истории 18 столетия в наличии Генеральной дирекции Немецкого Центрального архива, II. исторический отдел, Мерзебург

БИБЛИОГРАФИЯ

Библиография историко-экономической литературы в ГДР

Гунтер, Р.

Библиография отдельных публикаций об истории предприятий в Германской Демократической Республике
/ 7-ой выпуск /

Наши авторы

CONTENTS

Preface		7
PAPERS, STUDIES, MISCELLANEA		
I. D. Kovaichenko/ N. V. Selunskaya	Soviet experiences in the use of methods of mathematical statistics in historical research	11
V. Klemm	On the use of methods of mathematical statistics in the interpretation of time series in agricultural history	23
O. Thiede	The nationalization of British railways in the context of the nationalization policy of the third Labour Government, 1945 to 1951	81
R. Günther	Prerequisites and commencement of the capital offensive of German banking monopolies in the Rumanian oil industry (1900 to 1905)	107
G. Barthel/ G. Kück/ M. Voigt	Outlines of the structural development of industry in the Arab countries and the influence of external factors on this process under the conditions of the scientific-technical revolution	137
W. Eccarius	Oberbaurat August Leopold Crelle and his contribution to the planning and building of the early Prussian railway system	163
DISCUSSIONS		
M. Nussbaum	What is the colonial policy of the monopolies? (Once more on the theme of "imperialist colonial policy"). Remarks on: Jolanda Ballhaus, Nature and character of the colonial land companies at the end of the 19th century	173
R. Sonnemann	Remarks on: Heike Reishaus-Etzold, The development of monopoly capitalist organs for the management of science during the Weimar Republic under the influence of the chemical monopolies	191

Agricultural development in capitalism and socialism under the conditions of the Industrial Revolution and the scientific-technical revolution

Second conference of economic historians of the G. D. R. and Hungary, Quedlinburg, 7 - 10 September 1971

- H. Fruck † / W. Draeger On the agricultural development of the member countries of COMECON 197
- J. Kuczynski On the problem of measuring labour productivity on the basis of agricultural data for the United States. In pursuit of a train of thought 203
- E. Niederhauser On the typology of the agrarian structure of Eastern Europe 211
- G. B. Hagelberg On the role of the beet sugar industry in the intensification of agriculture in Germany in the 19th century. Some technological and economic aspects 215

REVIEWS

- B. Widera Russian small industry in the 17th century. A contribution to the genesis of capitalism in Russia 223

SOURCES AND MATERIALS

- G. Engelmann The Landbuch der Mark Brandenburg as a source for the historical geography of Brandenburg 233

Inventories for the economic historian from the German Central Archives in Potsdam

- E. Schwarze Sources for the economic and social history of the 18th century in the records of the General Directorate in the German Central Archives, Historical Department II, Merseburg 245

BIBLIOGRAPHY

- Bibliography of economic historical literature in the G. D. R., 1st supply 263
- R. Günther Bibliography of monographs on business history in the German Democratic Republic (seventh instalment) 281

- List of authors 289

CONTENU

TRAITÉS, ÉTUDES, MÉLANGES

- I. D. Kovalsčenko/
N. V. Selunskaja Expériences soviétiques dans l'application de méthodes mathématico-statistiques au cours de recherches historiques 11
- V. Klemm Observations sur des méthodes mathématico-statistiques dans l'interprétation de certaines périodes de l'histoire agraire 23
- O. Thiede La nationalisation des chemins de fer britanniques dans le cadre de la politique de nationalisation du troisième gouvernement Labour 81
- R. Günther Les conditions et le commencement de l'offensive du capital par les monopoles de banque allemands dans l'industrie pétrolière roumaine (1900 - 1905) 107
- G. Barthel/
G. Kück/
M. Voigt Ligne de base du développement structurel dans l'industrie des pays arabes et l'influence de facteurs extérieurs sur ce procès sous les conditions de la révolution scientifique et technique 137
- W. Eccarius L'Oberbaurat August Leopold Crelle et sa participation à la planification et exécution des premiers chemins de fer prussiens 163
- DISCUSSIONS
- M. Nussbaum Qu'est-ce que représente la politique coloniale des monopoles? (d'autres remarques sur la politique coloniale impérialiste). Observations sur Jolanda Ballhaus, Essence et nature des sociétés immobilières vers la fin du 19^e siècle 173
- R. Sonnemann Remarques sur Heike Reishaus-Etzold, La formation d'organes dirigistes de caractère monopolistico-capitaliste dans les sciences sous l'influence des monopoles de produits chimiques pendant la République de Weimar 191

II. Colloque des historiens d'économie de la République Démocratique Allemande et de la République populaire d'Hongrie à Quedlinburg du 7 au 10 septembre 1971

H. Fruck †/W. Draeger	Remarques sur le développement de l'agriculture dans les pays membres du COMECON	197
J. Kuczynski	Observations sur le problème du mesurage de la productivité du travail en raison d'évaluations faites pour l'agriculture dans les Etats-unis. Remarques sur le développement d'une petite suite d'idées	203
E. Niederhauser	Observations sur la typologie de la structure agricole	211
G. B. Hagelberg	Observations sur le rôle de l'industrie de betteraves au cours de l'intensifications de l'agriculture en Allemagne au 19 ^e siècle. Quelques aspects technologiques et économiques	215

CRITIQUE LITTÉRAIRE

B. Widera	La petite industrie russe au 17 ^e siècle. Contribution à la genèse du capitalisme en Russie	223
-----------	--	-----

SOURCES ET MATERIAUX

G. Engelmann	Le "Landbuch der Mark Brandenburg" comme source de la géographie historique du Brandebourg	233
--------------	--	-----

Information sur le matériel existant dans les archives centrales de Potsdam et dont peut se servir l'historien économiste

E. Schwarze	Sources de l'histoire économique et sociale du 18 ^e siècle conservées dans le dépôt "Generaldirektorium" des archives centrales allemandes, deuxième section historique, Merseburg	245
-------------	---	-----

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie de la littérature économique-historique en République Démocratique Allemande, premier supplément		263
--	--	-----

R. Günther	Bibliographie de publications traitant de l'histoire des entreprises en RDA (à l'exception d'articles parus en journaux ou revues scientifiques)	281
------------	--	-----

Index des auteurs		289
-------------------	--	-----

SUMARIO

Prólogo

7

ARTICULOS, ESTUDIOS, MISCELANEA

I. D. Kovalchenko/ N. V. Selunskaya	Experiencias soviéticas en la aplicación de métodos matemático-estadísticos en las investigaciones históricas	11
V. Klemm	Sobre el empleo de métodos matemático-estadísticos en la interpretación de series cronológicas en la historia agrícola	23
O. Thiede	La nacionalización de los ferrocarriles británicos en el marco de la política de nacionalización del tercer gobierno laborista de 1945 a 1951	81
R. Günther	Los requisitos y el comienzo de la ofensiva inversionista de los monopolios bancarios alemanes en la industria petrolera rumana (1900 a 1905)	107
G. Barthel/ G. Kück/ M. Voigt	Rasgos fundamentales del desarrollo estructural de la industria en los países árabes y la influencia de los factores externos en este proceso bajo las condiciones de la revolución científico-técnica	137
W. Eccarius	El Oberbaurat August Leopold Crelle y su participación en la planificación y construcción del primer sistema ferrocarrilero prusiano	163
DISCUSIONES		
M. Nussbaum	¿Qué es la política colonial de los monopolios? (Una vez más sobre el tema "la política colonial imperialista"). Observaciones sobre: Jolanda Ballhaus, La naturaleza y el carácter de las compañías agrarias coloniales a fines del siglo XIX	173
R. Sonnemann	Observaciones sobre: Heike Reishaus-Etzold, El desarrollo de órganos capitalistas monopolistas para la dirección de la ciencia durante la República de Weimar bajo la influencia de los monopolios químicos	191

El desarrollo de la agricultura en el capitalismo y el socialismo bajo las condiciones de la Revolución Industrial y la revolución científico-técnica

La 2ª conferencia de historiadores económicos de la RDA y de Hungría en Quedlinburgo del 7 al 10 de septiembre de 1971

H. Fruck†/W. Draeger	Sobre el desarrollo de la agricultura en los países miembros del CAME	197
J. Kuczynski	Sobre el problema de la medición de la productividad del trabajo en base a datos relativos a la agricultura estadounidense. En torno a algunos pensamientos	203
E. Niederhauser	Sobre la tipología de la estructura agraria de Europa Oriental	211
G. B. Hagelberg	Sobre el papel de la industria azucarera de remolacha en la intensificación de la agricultura alemana en el siglo XIX. Algunos aspectos tecnológicos y económicos	215

RESEÑAS

B. Widera	La industria pequeña rusa en el siglo XVII. Una contribución a la génesis del capitalismo en Rusia	223
-----------	--	-----

FUENTES Y MATERIALES

G. Engelmann	El Landbuch der Mark Brandenburg como fuente para la geografía histórica de Brandeburgo	233
--------------	---	-----

Inventarios para el historiador económico del Archivo Central Alemán en Potsdam

E. Schwarze	Fuentes para la historia económica y social del siglo XVIII en el archivo del Directorio General en el Archivo Central Alemán, Departamento Histórico II, Merseburgo	245
-------------	--	-----

BIBLIOGRAFIA

Bibliografía de la literatura económico-histórica en la RDA	263
---	-----

R. Günther	Bibliografía de monografías referentes a la historia de empresas en la República Democrática Alemana (7ª entrega)	281
------------	---	-----

Registro de autores	289
---------------------	-----

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

J. Kuczynski
Wissenschaft und Rüstung

H. Reishaus-Etzold
Die Einflußnahme der Chemiemonopole auf die "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften E. V." während der Weimarer Republik

W. Gutsche
Zum Funktionsmechanismus zwischen Staat und Monopolkapital in Deutschland in den ersten Monaten des ersten Weltkrieges (1914 - 1915)

E. Behm/J. Kuczynski
Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse (Sachsen)

B. Widera
Das Städtewesen in der vormongolischen Ruß

V. A. Beljavskij
Die Sklavenelite des Hauses Egibi

H.-H. Müller
Heinrich Heine. Zur 175. Wiederkehr seines Geburtstages

F. Behrens
Über den Zusammenhang zwischen Arbeitsproduktivität und Wertproduktivität. Bemerkungen zu: Jürgen Kuczynski, Zum Problem der Messung der Arbeitsproduktivität auf Grund von Berechnungen für die Landwirtschaft in den USA

R. Rompe/K. Werner
Zu einigen Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

H. Radandt
Sprach Lenin von der führenden Rolle des Bankkapitals gegenüber dem Industriekapital? Bemerkungen zu: Kurt Gossweiler, Die Rolle der Großbanken im Imperialismus

I. Bobovič/T. Pažitnova

Probleme der Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder Europas in neuen Arbeiten sowjetischer Autoren. Bemerkungen zu Ėkonomičeskaja istorija socialističeskich stran (Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder), unter der Redaktion von F. J. Poljanskij und V. A. Žamin, und A. A. Uspenskij, Ėkonomičeskaja istorija zarubežnych stran Evropy (Wirtschaftsgeschichte des europäischen Auslands)

H. Handke

Spiegel oder Zerrspiegel? Zur Darstellung der Arbeiterklasse in einigen soziologischen Publikationen der BRD: Die neue Arbeiterklasse. Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus; Braun, Siegfried/Fuhrmann, Jochen, Angestelltenmentalität. Berufliche Positionen und gesellschaftliches Denken der Industrieangestellten. Bericht über eine industriesoziologische Untersuchung; Fürstenberg, Friedrich, Die Soziallage der Chemiewerker. Industriësoziologische Untersuchungen in rationalisierten und automatisierten Chemiebetrieben; Bottomore, T. B., Die sozialen Klassen in der modernen Gesellschaft

U. Bentzien

Heresbach, Thumbshirn und Grosser in Neuausgaben. Konrad Heresbach, Vier Bücher über Landwirtschaft (Rei sticae libri quatuor); Martin Grosser, Anleitung zu der Landwirtschaft; Abraham von Thumbshirn, Oeconomia. Zwei frühe deutsche Landwirtschaftsschriften

I. P. Vejnberg

Probleme der sozialökonomischen Struktur Judäas vom 6. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 1. Jahrhundert u. Z. Zu einigen wirtschaftshistorischen Untersuchungen von Heinz Kreißig

T. Scholz

Zu einigen Kriterien der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse im Kapitalismus (Bericht über das Symposium "Strukturprobleme der Arbeiterklasse in wirtschaftshistorischer Sicht")

K. Lärmer

Bericht über die 3. Jahrestagung des Arbeitskollektivs zur Erforschung der "Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland" vom 22. 11. bis 26. 11. 1971 in Weißig bei Rathen